DIE MEMOIREN FRANCESCO CRISPI'S

ERINNERUNGEN UND DOKUMENTE

F. FONTANE & CO. BERLIN

Carl A. Rudisill Library
1976 0057857 3

This book is from the Walter Theodore Nau Library
Given to the Carl A. Rudisill Library
Lenoir-Rhyne College, Hickory, NC
In memory of
The Reverend Dr. Henry and
Mrs. Helen Hempfling Nau
missionaries of the Lutheran
Church to India, Africa.
By
The Reverend Dr. Walter T. Nau.
Professor of French & German
B.A. of Theology (Concordia Seminary 1930)
Ph.D. (Duke University 1947)
Secretary of Faculty
Honorary Honors Committee
Chief College Marshall

Hickory, NC
March 5, 1996 (Birthday of the Donor).

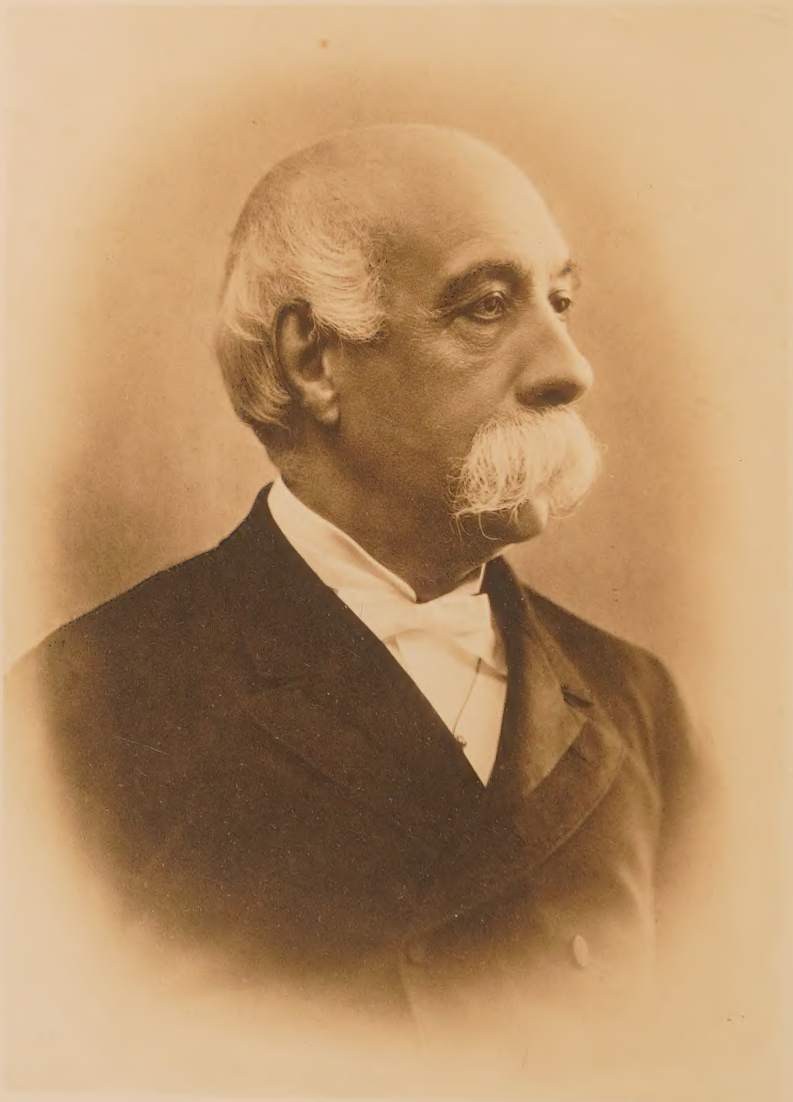
WITHDRAWN
L. R. COLLEGE LIBRARY

CARL A. RUDISILL LIBRARY
LENOIR-RHYNE COLLEGE

Memoiren Francesco Crispi's

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/diememoirenfranc0000tpal



Crispi

Die Memoiren
Francesco Crispi's

Erinnerungen und Dokumente

Herausgegeben von

T. Palamenghi-Crispi

Deutsch von **W. Wichmann**-Rom

Mit dem Porträt Crispi's
in Doppellichtdruck

Zweites Tausend

CARL A. RUDISILL LIBRARY
LENOIR-RHYNE COLLEGE

Berlin
F. Fontane & Co.
1912

DG
495
.C23
1912
Gen. 1973

Alle Rechte vorbehalten

Altenburg
Pierersche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Vorbemerkungen.

Das erste Kapitel dieses Buches harrt seit dem Jahre 1886 seiner Drucklegung. Crispi verfaßte es bereits damals und beabsichtigte, es zu veröffentlichen, damit Italien, nach genauer Kenntnis dessen, was bereits im Jahre 1877 angeregt worden war, die begangenen Fehler einsehen und wieder gut machen könne. Man befand sich in den letzten Monaten der Amtszeit des Ministerpräsidenten Agostino Depretis; das Land war mit dessen schwacher und schwankender Politik unzufrieden; die von Crispi beabsichtigte Veröffentlichung erschien daher nicht unzweckmäßig.

Depretis, von diesem Vorhaben, das ihm persönlich nicht angenehm sein konnte, unterrichtet, riet seinem früheren Kollegen ab, es zur Ausführung zu bringen; er schob Gründe des öffentlichen Wohls vor, berief sich auf Crispi's Vaterlandsliebe und wandte ein, daß eine solche Veröffentlichung nicht ohne die Zustimmung der Regierung vorgenommen werden dürfe.

Crispi erklärte daraufhin Depretis in einem Brief vom 19. September:

Ich habe niemandes Zustimmung zur Veröffentlichung aller jener politischen Handlungen nötig, an denen ich mitgewirkt habe. Ich bestreite daher die Notwendigkeit einer Zustimmung, die Du gar nicht das Recht hast, zu erteilen . . . . Parlamentarische Regierungen haben keine Geheimnisse, da sie verantwortlich sind. Wahrung des Ge-

heimnisses verlangen nur diejenigen, die ihre Pflicht nicht getan haben, und die daher den Tadel der öffentlichen Meinung fürchten.

In Angelegenheiten internationaler Wichtigkeit gilt nur eine Regel und die ist: daß man die Vollbringung eines historischen Ereignisses abwarte, und daß man den Männern, die im Amte sind, ihre diplomatische Arbeit nicht erschwere.

Nun wohl, alles, was ich in meiner Veröffentlichung behandle, fand mit dem Berliner Vertrage seinen Abschluß, der nicht allein einen unabänderlichen Zustand von Dingen schuf, sondern auch einem jeden das unbeschränkte Recht verlieh, die Ereignisse, die ihm vorausgegangen, zu untersuchen und zu beurteilen.

In der parlamentarischen Geschichte anderer Länder könnte ich zahlreiche Beispiele zur Unterstützung meiner Behauptung finden.

Neun Jahre sind seit dem Tag meiner Mission im Auslande verflossen, und was die Persönlichkeit anbetrifft, steht fest:

daß Viktor Emanuel, Decazes, v. Bülow, Gambetta und Melegari tot sind;

daß Derby und Andrassy nicht mehr Minister sind.

Fürst Bismarck, mit dem ich mich beschäftige, steht da im ungeminderten Glanze seiner Persönlichkeit, da die Gedanken, die er mir in den beiden Unterredungen, die ich mit ihm hatte, entwickelte, heute triumphieren.

Und außerdem, lieber Depretis, verzeih einmal: am 4. März d. J. hast Du doch selbst, als ich in der Kammer andeutete, ich könnte die Dinge vom Jahre 1877 enthüllen und die entsprechenden Dokumente vorlesen, nicht allein meinem Vorhaben zugestimmt, sondern mich sogar dazu aufgefordert, es auszuführen, wie ein Mann, der weiß, was er getan hat.

Ungeachtet dieser Wahrung seines Rechtes und des persönlichen Vorteils, einen so wichtigen Abschnitt seiner politischen Tätigkeit seinen Gegnern gegenüber, die ihn in jeder Weise in seiner Karriere behindert hatten, enthüllen zu können, unterließ Crispi die beabsichtigte Veröffentlichung und gab, nachdem er wenige Monate darauf Minister geworden war, den Gedanken an dieselbe ganz auf.

Der authentische Bericht über seine Mission vom Jahre 1877 kann gewissermaßen als ein Vorwort zu seinem, in den folgenden Kapiteln des Buches wiedergegebenen amtlichen Lebenswerke gelten. Crispi's Meinung über die für Italien nützliche Politik, seine klare Auffassung von Italien's Vorteil und der Ziele, denen die Politik der europäischen Großmächte zustrebte, sind eng zusammengedrängt, aber klar dargelegt.

Dies Buch soll keine erschöpfende Darstellung der Tätigkeit Francesco Crispi's in der auswärtigen Politik geben, die, vielseitig, auf allen Gebieten einen wiederherstellenden Einfluß ausübte und die reich an Initiativen war. Es behandelt hauptsächlich einen Abschnitt derselben — den vom Jahre 1887 bis zum Jahre 1890 — und beschränkt sich darauf, aus diesem die wichtigsten, mit dem Bestand des Dreibundes verknüpften Ereignisse hervorzuheben.

Die Persönlichkeit Bismarck's erhält, in bezug auf seine Haltung zu Italien, ein besonderes Relief aus den neuen Dokumenten, die wir veröffentlichen; wir sind überzeugt, daß sie dazu beitragen werden, das Verständnis für die Politik des deutschen Staatsmannes zu fördern, dessen Gefühle bisher wie von Mißtrauen, beinahe von Verachtung gegen Italien beherrscht, hingestellt worden sind.

Die Tagebuchaufzeichnungen, die aus eilig am Ende einer Unterredung oder eines arbeitsreichen Tages hingeworfenen, zur persönlichen Erinnerung bestimmten

Notizen bestehen, sind in ihrer ungeschminkten Offenheit äußerst wertvoll, sei es der politischen Angaben wegen, die sie enthalten, sei es, da sie einen genauen Anhalt auch betreffs der geheimsten Gedanken Crispi's geben.

Überflüssig ist, zu erklären, daß alles peinlichst genau wiedergegeben worden ist; eine gewisse Zurückhaltung hat sich allerdings da und dort als unerläßlich erwiesen. Aber an keiner Stelle haben wir uns gestattet, Tatsächliches zu unterdrücken oder Dokumente zu ändern, die eben enthalten, was sie enthalten. Die vollkommen veränderte internationale Lage verleiht denselben einen ausschließlich historischen Wert.

Viel bleibt noch zu sagen, was zu passender Zeit gesagt werden wird.

Rom, im Dezember 1911.

T. Palamenghi-Crispi.

Den schlichten Worten des Neffen Crispi's etwas hinzufügen, hieße Eulen nach Athen tragen; nur meiner Genugtuung möchte ich hier Ausdruck geben, dem Monumentum aere perennius, das mein verehrter, alter Freund, der frühere Abgeordnete Dr. Tommaso Palamenghi-Crispi, durch die Veröffentlichung der Memoiren seinem großen Onkel in den Herzen der Völker setzt, in dessen Sprachen sie übersetzt werden, durch die Herausgabe der deutschen Ausgabe einen Baustein hinzugefügt zu haben.

Berlin, im Januar 1912.

W. Wichmann.

Inhalt.

Seite.

Vorbemerkungen . . . . . V—VIII

Erstes Kapitel.

Eine geheime Mission . . . . . 1—89

Die Vision eines großen Italien. — Das neue Königreich. — Die auswärtige Politik der parlamentarischen Rechten. — Andrassy und Bismarck bemühen sich im Jahre 1872 vergeblich bei Minghetti und Visconti Venosta um eine entente intime. — Der Irredentismus und sein Einfluß auf die Beziehungen zwischen Italien und Österreich. — Der russisch-türkische Krieg. — Die republikanischen Institutionen Frankreichs in Gefahr. — Italien sieht sich gezwungen, zu handeln. — Die von Viktor Emanuel II. und seinem Premierminister Depretis dem Kammerpräsidenten Crispi im Jahre 1877 anvertraute, geheime Mission. — Unterredungen mit Decazes, Gambetta, Thiers, Derby, Gladstone, Andrassy usw. Berichte über dieselben an den König und an den Ministerpräsidenten. — Crispi und Bismarck verständigen sich über einen italienisch-deutschen Bündnisvertrag.

Zweites Kapitel.

Italiens auswärtige Politik von 1878 bis zum Abschluß des Dreibundes . . . . . 90—126

Graf Corti lehnt die Anregung zu geheimen Abmachungen mit England am Vorabend des Berliner Kongresses ab. — Wie Frankreich seitens der Mächte Carte blanche betreffs Tunis erhielt. — Isolationspolitik. — Wegen Überhandnahme der irredentistischen Bewegung droht Österreich die Grenzen zu überschreiten. — Des Ministerpräsidenten Cairoli Franzosenfreundlichkeit verhindert nicht, daß Frankreich nach Tunis geht. — Die Besetzung von Tunis und Englands Gleichgültigkeit. — Schon damals hätte Italien Tripolis besetzen können. — Von Frankreich enttäuscht, wendet sich Italien an Deutschland. — Dreibundvorspiele. — Graf Maffei. — Der Vertrag vom 20. Mai 1882.

Drittes Kapitel.

Die ägyptische Frage im Jahre 1882 . . . . . 127—160

Italien lehnt die Aufforderung ab, in Ägypten gemeinsam mit England vorzugehen. — Crispi's Reise nach Berlin und London. — Unterredungen mit Graf Hatzfeldt und Lord Derby. — Neun Briefe Crispi's über die Vorteile, die für Italien aus der Annahme des englischen Vorschlages hätten erwachsen können.

Seite

Viertes Kapitel.

Vom ersten zum zweiten Dreibundsvertrage 1882—1887 . . . . 161—172

Der Urfehler: Kaiser Franz Joseph kommt nicht nach Rom. — Das italienische Königspaar muß daher auf einen Besuch in Berlin verzichten. — Bismarck und der Herzog von Genua. — Eine Kriegsgefahr in der Haltung Frankreichs und Rußlands gegeben. — Kronprinz Friedrich in Rom. — Das italienische Kabinett mit den Verbündeten unzufrieden. — General Robilant Minister des Äußeren. — Noch ein Urteil Bismarck's über die allgemeine Lage im Oktober 1885. — Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes. — Die Gründe, mit denen Bismarck England zu einem Einverständnis mit Italien betreffs des Mittelmeers zu überzeugen suchte. — Der neue Vertrag vom 20. Februar 1887.

Fünftes Kapitel.

Crispi und die bulgarische Frage . . . . . 173—199

Die ministerielle Krise vom Februar 1887; die Haltung Crispi's, seine Unterredungen mit dem König, seine Ernennung zum Minister des Innern. — Die bulgarische Frage und das Verhalten der italienischen Regierung vor und nach der Übernahme der auswärtigen Politik durch Crispi. Nachrichtenaustausch und Dokumente. Italien beantragt und erreicht von den Mächten die Annahme des Prinzips der Nicht-Intervention in Bulgarien. — Kriegsgefahren. — Briefwechsel zwischen Crispi und Lord Salisbury wegen eines militärischen Übereinkommens zwischen England und Italien. Der orientalische Dreibund. — Urteile Crispi's über Rußland.

Sechstes Kapitel.

Die erste Reise nach Friedrichsruh . . . . . 200—250

Crispi und Frankreich. — Urteile Crispi's über das Kaiserreich und die Republik. — Die Pariser Ausstellung 1889 und das monarchische Europa. — Erste Reise Crispi's nach Friedrichsruh. — Unterredungen mit dem Fürsten Bismarck. — Die Turiner Rede.

Siebentes Kapitel.

Der Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen Italien und Frankreich . . . . . 251—288

Unterhandlungen zwecks Erneuerung des italienisch-französischen Handelsvertrages. — Eine offiziöse Mission Bosellis in Paris: seine Briefe an Crispi. Politische und wirtschaftliche Gründe, die zu dem Zollkrieg führten. — Aus dem Tagebuch Crispi's, Oktober bis Dezember 1887: internationale Fragen. — Eine Unterredung zwischen dem Zaren und dem Fürsten v. Bismarck. — Gefälschte Schriftstücke. — Der Florentiner Zwischenfall.

Achtes Kapitel.

Botschafterempfänge. Januar—Juni 1888 . . . . . 289—317

Eine Unterredung Stourdzas mit dem Fürsten Bismarck: Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. — Die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Vertrages vom Jahre 1879.

Seite

— Die Beziehungen zwischen Italien und Rußland in einer Unterredung zwischen Crispi und dem russischen Botschafter, Baron v. Uxküll. — Flourens will das französisch-russische Bündnis vereiteln. — Militärische Vorbereitungen in Frankreich. — Kronprinz Friedrich in San Remo. — Der Tod des alten Kaisers. — Die italienische und die österreichische Flotte zusammen in Barcelona. — Austausch von Herzlichkeiten zwischen Bismarck und Crispi. — Eine scharfe Aussprache zwischen Graf Herbert Bismarck und dem Botschafter Herbette. — Der Tod Kaiser Friedrichs III. — König Humbert äußert den Wunsch, sich nach Berlin zu begeben.

Neuntes Kapitel.

Noch ein französisch-italienischer Zwischenfall . . . . . 318—352

Der Streit mit Frankreich wegen der Steuern in Massaua: drei diplomatische Noten Crispi's über die Rechte Italiens und die französischen Belästigungen. — Die Mächte sind auf seiten Italiens. — Aus dem Tagebuche Crispi's: Spanien und der Vatikan. — König Ludwig's von Portugal Befürchtungen wegen der Reise des italienischen Königspaares in die Romagna. — Zweiter Besuch Crispi's beim Fürsten Bismarck. — Graf Kalnoky und Crispi in Eger.

Zehntes Kapitel.

Der dritte Zwischenfall mit Frankreich (1888) . . . . . 353—395

Ein gefälschter Brief Felix Pyats. — Wilhelm II. in Rom. — Unterredungen Crispi's mit dem Grafen Herbert Bismarck. — Beglaubigte Geschichte des Zwischenfalls der italienischen Schulen in Tunis. — Aus dem Tagebuch Crispi's. — Die Lage Frankreichs am Ende des Jahres 1888.

Elftes Kapitel.

1889 . . . . . 396—444

Der Selbstmord des Erzherzogs Rudolf von Habsburg. — Das Balkan-Bündnis und eine Initiative Crispi's. — Die Eröffnung der Pariser Weltausstellung. — Die Kriegsgefahr mit Frankreich. Die Sendung des Kardinals Hohenlohe an Leo XIII.: Sendung des Abgeordneten Cucchi an den Fürsten Bismarck. — Italien und Paris. — Die Abschaffung der Differentialtarife und die Feindseligkeit Frankreichs. — Urteile Floquets über die französische Presse.

Zwölftes Kapitel.

Tunis und Tripolis (1890) . . . . . 445—486

Die Entlassung des Fürsten Bismarck: Die kaiserlichen Verordnungen über Arbeiterschutz; Erklärungen Kaiser Wilhelms; Crispi und Bismarck. — Die beabsichtigte Annexion Tunesiens durch Frankreich; Widerspruch Crispi's; die Unterstützung der Großmächte; Briefwechsel Crispi-Salisbury. — Tripolis für Tunis. — Die Befestigungen von Biserta. — In Erwartung der italienischen Besetzung Tripolitaniens.

Namenverzeichnis . . . . . 487—490

Erstes Kapitel.

Eine geheime Mission.

Die Vision eines großen Italien. — Das neue Königreich. — Die auswärtige Politik der parlamentarischen Rechten. — Andrassy und Bismarck bemühen sich im Jahre 1872 vergeblich bei Minghetti und Visconti Venosta um eine entente intime. — Der Irredentismus und sein Einfluß auf die Beziehungen zwischen Italien und Österreich. — Der russisch-türkische Krieg. — Die republikanischen Institutionen Frankreichs in Gefahr. — Italien sieht sich gezwungen, zu handeln. — Die von Viktor Emanuel II. und seinem Premierminister Depretis dem Kammerpräsidenten Crispi im Jahre 1877 anvertraute, geheime Mission. — Unterredungen mit Decazes, Gambetta, Thiers, Derby, Gladstone, Andrassy usw. Berichte über dieselben an den König und an den Ministerpräsidenten. — Crispi und Bismarck verständigen sich über einen italienisch-deutschen Bündnisvertrag.

Die bedeutendsten Italiener, denen man das moderne Italien verdankt, schöpften die Kraft um das Leid im Exil, im Gefängnis und um die Verfolgungen despotischer Regierungen zu ertragen, in der Vision eines großen Italien. Für Mazzini war die Idee der Größe gleichbedeutend mit der Idee der Einheit. Erkannte er doch, daß ein italienischer Staatenbund Ursache zu „dauernder Schwäche“ gegeben haben würde. Nach ihm konnte der alte Ruhm der damals so zerstückelten Nation erst wieder in neuem Glanze erstrahlen, wenn dieselbe zu einem einzigen Staate vereinigt würde. Dreißig Jahre hindurch predigte Mazzini, daß die Italiener die „Mission der Weltzivilisation“ wieder aufnehmen müßten, die sie seit den Tagen der römischen Macht ausgebreitet hätten, damals mit den Waffen, im Mittelalter mit dem Vorbild der Freiheit der

Kommunen und in der Zeit der Renaissance mit Kunst und Wissenschaft.

Das neue Königreich erstand jedoch nicht in völliger Unabhängigkeit. Die Politik, die im Jahre 1859 die französischen Waffen auf die lombardischen Ebenen berief, hielt Italien jahrelang in Dienstbarkeit zu Napoleon III. Wie Mazzini, wollte auch Francesco Crispi, daß sich die Einigkeit nicht durch fremde Hilfe, sondern aus eigener Kraft vollzöge. Er bekämpfte seit dem ersten italienischen Parlament die Einmischung Frankreichs in die Angelegenheiten Italiens, war einer der heißesten Gegner der „September-Konvention" (1864), indem er sich dem Verbleib der französischen Truppen auf römischem Gebiet widersetzte und war im Jahre 1870 die Seele der Linkspartei, welche die stark zögernde Regierung der Rechten zur Okkupation von Rom, zur Wahrung des italienischen Nationalrechts drängte. Er war es auch, der damals verhinderte, daß ein italienisches Armeekorps Napoleon III. zu Hilfe eilte.

Von der Proklamation der Republik in Frankreich bis zu dem Zeitpunkt, an dem die italienische Linke ans Ruder kam (18. März 1876), blieb die auswärtige Politik Italiens, nachdem sie der Direktive, die sie sich in Paris zu holen pflegte, beraubt war, bedeutungslos. Da das Heer desorganisiert und die Kriegsmarine seit Lissa zerstört war, hatten die Regierenden in der Schwäche Italiens und in dem Programm einer inneren Reorganisation des Staates einen Vorwand für ihre Trägheit gefunden. Selbst die Reise König Viktor Emanuels II. an die Höfe zu Wien und Berlin im September 1873 brachte keinen Vorteil, ja sie verschlimmerte sogar noch die internationale Lage Italiens; denn während sie einerseits nur den Wunsch nach einer größeren Annäherung an die Zentralmächte andeutete, zeigte sie Frankreich andererseits, daß die Tage der franko-italienischen Allianz vorüber seien. Die den

König auf jener Reise begleitenden Staatsmänner Minghetti und Visconti-Venosta hatten von dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren, Grafen Andrassy, wie von dem deutschen Reichskanzler, Fürsten Bismarck, erfahren, daß „le désir d'une entente intime" sehr lebhaft sei. Um die italienischen Minister für sich zu gewinnen, hatte Andrassy frank und frei erklärt, daß er in keiner Weise die Beschwerden des Papstes unterstützt haben würde, die zu jener Zeit noch heftig und voller Hoffnungen waren, und daß er sich jeden gemeinsamen Vorgehens mit Frankreich in allen das Papsttum betreffenden Angelegenheiten enthalten haben würde. Als Beweis seiner freundschaftlichen Dispositionen hatte er sogar mitgeteilt, daß er eine vom Vatikan für das nächste Konklave verlangte Lokalität nicht bewilligt hatte, und daß es bei dieser Ablehnung bleiben würde. Auch Bismarcks Erklärung war nicht günstiger für den Papst gewesen. Er hatte ihm gerade in jenem Monat (3. September) durch den Kaiser jegliche Abänderung der Kirchengesetzgebung verweigern lassen. Aber in Anerkennung, daß eine Rücksichtnahme auf den Pontifex seitens Italiens von Nutzen wäre, hatte er verlangt, daß Italien in seiner Politik Frankreich, das seine Ansprüche immer höher geschraubt haben würde, keine Konzessionen machte, und endlich hatte Bismarck kurz und bündig erklärt, daß Deutschland nie einen Angriff auf Italien erlauben würde.

Die beiden Minister, die Rom wohl mit der Absicht verlassen hatten, Deutschland einen Zweibund anzutragen, enthielten sich jetzt jeden Vorschlags und kehrten nach Italien zurück, indem sie sich der Täuschung hingaben, sowohl auf Deutschland wie auf Österreich rechnen zu können, ohne das Wohlwollen Frankreichs zu verlieren und ohne selber Verpflichtungen zu übernehmen. Dies aber war ein leerer Wahn.

Bald darauf gab die irredentistische Agitation

in Österreich zu Besorgnissen Anlaß. Anfangs wurde die italienische Regierung noch nicht verdächtigt, die Hoffnungen der „exaltierten Partei", die eine Gebietsvergrößerung auf Kosten Österreichs anstrebte, ermuntert zu haben. Graf Andrassy ließ von seinem Botschafter in Rom, Graf Wimpffen, eine gemeinsame Aktion zur Bekämpfung der die guten Beziehungen beider Länder bedrohenden Gefahren in Vorschlag bringen. Eine gemeinsame Aktion, welche hauptsächlich darin bestehen sollte, daß die italienische Regierung Österreich helfe, „die Urheber und Vermittler der Annexionspropaganda zu entdecken!"

Die italienisch-österreichischen Beziehungen verbesserten sich in den ersten Monaten des Jahres 1875. Kaiser Franz Joseph erwiderte in Venedig den in Wien empfangenen Besuch des Königs von Italien. Er fand eine festliche Aufnahme. Im Februar 1876 machte sich der Irredentismus wieder lebhafter geltend. Man bereitete Expeditionen italienischer Freiwilliger nach Dalmatien vor. Die österreichische Regierung ergriff energische Maßregeln und nahm zahlreiche Verhaftungen von Italienern in Ragusa und in Triest vor. Die Junifeste in Mailand und Legnano zur Zentenarfeier der Liga der lombardischen Kommunen, sowie die in einem großen Teil italienischer Zeitungen erschienenen Erörterungen über die Vergangenheit machten einen höchst ungünstigen Eindruck in Österreich.

Als der serbisch-türkische Krieg mit Kämpfen in Montenegro und Albanien ausgebrochen war, fing Österreich an, unserer Politik zu mißtrauen. Serbien verlangte die Vermittlung Italiens, aber das österreichisch-ungarische Kabinett lehnte sich dagegen auf. Es fanden österreichfeindliche Meetings in Mailand, Rom und andern Städten statt. Österreich ließ den Botschafterposten beim Quirinal längere Zeit unbesetzt, und die Presse des Kaiserreichs

— in erster Linie die offiziösen Zeitungen — veröffentlichte heftige Angriffe auf Italien, indem sie die Regierung des Einverständnisses mit den Irredentisten beschuldigte. Der Botschafter, Graf Robilant, befand sich in Wien sehr unbehaglich und drückte den Wunsch eines längeren Urlaubs aus.

Erklärlicherweise war Österreich gegen Italien aufgebracht. Italiens nicht sicher, konnte es Rußland nicht frei die Stirn bieten, das sich auf den Krieg gegen die Türkei vorbereitete, und so befand es sich in der Gewalt Deutschlands. Im Januar 1877 wurde Baron Haymerle zum neuen Botschafter beim Quirinal ernannt. Die Mißstimmung schwand jedoch nicht. Das seitens der italienischen Regierung erfolgte Anerbieten eines Ideenaustausches über die orientalische Frage wurde von Andrassy abgelehnt. Derselbe fand neuen Grund zum Ärger in dem ihm — wie man sagte — von einer fremden Regierung eingeflößten Verdacht, daß zwischen Ignatieff und Robilant geheime Abmachungen betreffs einer italienisch-russischen Verständigung existierten. Im Mai erhielt man in Italien Nachricht, daß Österreich an den Grenzen rüste. Eine österreichische außerordentliche Gesandtschaft und ferner 2000 österreichische Pilger kamen in Rom an, um dem Papste ihre Huldigungen darzubringen. Im Juli wurde die diplomatische Intervention Italiens zugunsten Montenegros in Wien übel aufgenommen; man hielt sie für den Vorläufer einer militärischen Intervention Italiens in Albanien. Im August traten schwerwiegende Zwischenfälle ein: erst wurde ein Angestellter des italienischen Konsulats in Wien und dann der Militärattaché der Botschaft der Spionage beschuldigt. Die Angriffe der Presse wurden so heftig, daß der Militärattaché sich gezwungen sah, von Wien abzureisen.

Inzwischen war der Krieg zwischen Rußland und der Türkei ausgebrochen. Man kämpfte mit wechselndem

Glück. Am 27. April verließ der russische Geschäftsträger Nelidoff mit dem gesamten Botschaftspersonal Konstantinopel. Am folgenden Tage überschritt das russische Heer die türkische Grenze. Am 28. April genehmigte die rumänische Kammer einen Vertrag mit Rußland betreffs des Durchmarsches der russischen Truppen durch das Gebiet des Fürstentums, und am 10. Mai übernahm Fürst Karl von Rumänien das Kommando der Armee. Am 20. Mai wurde in der Türkei der heilige Krieg verkündet. Rumänien proklamierte seine eigene Unabhängigkeit und erklärte den Türken den Krieg. Die Russen überschritten die Donau am 22. Juni. Am 5. Juli besetzte ihre Avantgarde Tirnovo; am 19. Juli erlitten sie Niederlagen bei Plewna und am 30. Juli bei Kassanyk. Dann schien sich das Kriegsgeschick zu wenden. Am 24. August übernahm der Fürst von Rumänien den Oberbefehl über das russische und rumänische Heer und griff Plewna an. Am 28. August wurde Suleyman bei Schipka geschlagen.

Auch in Frankreich spielten sich ernste Ereignisse ab, die ganz Europa in Besorgnis versetzten. Am 4. Mai jenes Jahres (1877) hatte die französische Kammer eine Tagesordnung gebilligt, in der die Regierung aufgefordert wurde, sich aller ihr zu Gebote stehenden Mittel zur Unterdrückung der klerikalen Agitationen zu bedienen, und der Konseilpräsident Jules Simon hatte sie angenommen. Der Präsident der Republik, Marschall Mac Mahon, sandte jedoch am 16. Mai ein Schreiben an Jules Simon, in dem er ihn zu einer Erklärung über die von ihm befolgte passive Haltung vor der Kammer drängte und ihm vorwarf, daß er den zum Siege seiner Ideen nötigen Einfluß nicht zu wahren gewußt hätte. Das Ministerium Simon hatte seine Demission gegeben. Schon am nächsten Tage war das reaktionäre Ministerium De Broglie-Fortou konstituiert, in welchem — auf Pression

Mac Mahons — Herzog Decazes als Minister des Äußern verblieb. In der Sitzung vom 17. Mai beschloß die Kammer auf Vorschlag Léon Gambettas, „nur zu einem Kabinett Vertrauen zu haben, das frei im Handeln und gewillt sei, nach republikanischen Grundsätzen zu regieren, die allein die Ruhe im Innern und den Frieden im Auswärtigen sichern könnten."

Am 18. Mai schickte der Präsident der Republik eine Botschaft an die Kammer, indem er unter der Ankündigung einer Sessionsvertagung die Notwendigkeit der Ministerkrise erklärte.

Dann veröffentlichte die Linkspartei im Senat ein Manifest an das Land, um darzulegen, daß die Krise ohne Grund provoziert worden sei. Die Deputierten der äußersten Linken in der Kammer erließen ein zweites Manifest, worin die präsidentielle Kundgebung vom 16. Mai und die späteren Regierungshandlungen als ungerecht und verfassungswidrig erklärt wurden.

Am 23. Mai sandte Minister De Broglie ein Zirkular an die Staatsanwälte mit der Aufforderung, ihre Wachsamkeit und Energie zu verdoppeln und mit Entschlossenheit jene die Moral, die Religion und das Eigentum schützenden Gesetze gegen die Angriffe der Presse und besonders gegen die Verbreitung falscher Nachrichten, die die öffentliche Meinung beunruhigen könnten, beobachten zu lassen. Am 2. Juni wurde der Präsident des Munizipalrats von Paris verhaftet, weil er in St. Denis eine aufrührerische Rede gegen den Präsidenten der Republik gehalten hatte. An demselben Tage verbreitete der Minister des Innern Fortou ein Zirkular, in welchem er strenge Überwachung der Personen befahl, die Zeitungen und Flugschriften in Umlauf setzten. Am 8. Juni wurde der Präsident des Munizipalrats zu 15 Monaten Gefängnis und 2000 Francs Geldstrafe verurteilt. Am 17. Juni verlas Herzog De Broglie vor dem Senat eine Botschaft

des Präsidenten der Republik mit der Aufforderung, der Senat selbst solle, gemäß dem Artikel V der Staatsgrundgesetze, der Auflösung der Kammer seine Zustimmung geben. Die Kammerauflösung war am 22. Juni bewilligt worden. Jedoch hatte die Kammer am 17. Juni als Tagesordnung dem Ministerium ein Mißtrauensvotum abgegeben. Am 21. Juni war das Votum der Steuern verweigert worden; nur dem Kriegsminister wurden die Ergänzungskredite bewilligt. Am 24. Juni erklärte die Linkspartei der Kammer und des Senats die Wiederwahl jener Deputierten, die das Mißtrauensvotum gegen das Ministerium abgegeben hatten, für eine Ehrenpflicht des Landes. Endlich wurde am 25. Juni die Kammer aufgelöst, und am 22. September sollten die Wahlversammlungen für den 14. Oktober einberufen werden.

In jenen schwierigen Zeiten, die Europa durchmachte, konnte und durfte Italien nicht in Untätigkeit verharren. Für den Fall, daß die klerikale Partei in Frankreich triumphiert hätte, was eine ernste und unmittelbare Gefahr für das Land dargestellt hätte, mußte Vorsorge getroffen werden. Österreichs Haltung in seinen Beziehungen zu Italien war so erregt und erregend geworden, daß die Ergreifung von Schutzmaßregeln dringend notwendig erschien. Es waren infolge des russisch-türkischen Kriegs Änderungen auf der Balkanhalbinsel in Sicht, bei welchen Italien nicht uninteressiert bleiben konnte.

Francesco Crispi war dieser Überzeugung und hatte die feste Meinung, daß, wenn die Linke ans Ruder käme, sie auch der äußeren Politik eine neue, kluge, aber auch kühne Richtung geben müsse, die der Bedeutung Italiens in Europa und seinen gerechtfertigten Interessen entspräche. So ließ er sich denn jene Mission übertragen, über die er in den folgenden Blättern berichtet:

Rom, 25. August 1877.

Sehr geehrter Herr!

Seit dem Jahre 1861 schlug Herr Mancini Sr. Exzellenz dem Baron Ricasoli, damaligen Ministerpräsidenten, vor, bei den verschiedenen europäischen Regierungen Unterhandlungen einzuleiten zwecks Abfassung eines internationalen Gesetzbuches, um die juridische Stellung der Bürger der betreffenden Länder und der ihnen zustehenden bürgerlichen Rechte gegenüber der in den verschiedenen Staaten geltenden Gesetzgebung zu regeln. Diesem Vorschlag konnte damals verschiedener Umstände wegen, die in der Zeit lagen, nicht Folge geleistet werden. Geleitet von Rücksichten auf Zivilisation und Fortschritt, zögerte die italienische Regierung indessen nicht, in seinem Bürgerlichen Gesetzbuche von 1865, Artikel 3 das Prinzip zu genehmigen, daß auch der Fremde die den Bürgern zuerteilten Zivilrechte genieße.

Wenn jedoch dieses Prinzip wirklich nützliche und allgemeine Konsequenzen tragen soll, so müßte es auch von der Gesetzgebung der andern Staaten sanktioniert und gegenseitig durch internationale Vereinbarungen garantiert werden.

Die Regierung des Königs hat das Zustandekommen solcher Vereinbarungen in jeder Weise zu begünstigen versucht. Als Herr Mancini im Jahre 1867 eine Reise nach Paris, Brüssel und Berlin unternahm, unterzog er sich der Aufgabe, mit den betreffenden Regierungen über diese wichtige Sache auf offiziösem Wege Fühlung zu nehmen.

Die Eröffnungen dieses hervorragenden Rechtsgelehrten wurden günstig aufgenommen; jedoch verhinderten die Ereignisse, daß es zu einem praktischen Abschluß kam.

Da Ew. Exzellenz jetzt in Begriff steht, jene Hauptstädte zu besuchen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie im Gespräch mit den einflußreichen und kompetenten Persönlichkeiten, zu denen Sie in Beziehung treten werden, nachforschen wollten, ob die betreffenden Regierungen zur Wiederaufnahme der unterbrochenen Unterhandlungen geneigt wären. Ew. Exzellenz, der so großen Anteil an der Abfassung der die bürgerlichen Beziehungen in Italien regelnden Gesetze hat, weiß besser als jeder andere die Nützlichkeit unserer Vorschläge hervorzuheben.

Indem ich Ew. Exzellenz im voraus für Ihre Tätigkeit danke, nehme ich die Gelegenheit wahr, Ihnen von neuem meine Hochachtung zu bezeigen.

Melegari.

An Se. Exzellenz Herrn F. Crispi,
Präsident der Deputiertenkammer.

Turin, 26. August.

Um 11 Uhr vormittags Besuch beim Könige.

Turin, 27. August.

Um 10 Uhr vormittags zweiter Besuch beim Könige.

Turin, 27. August 1877.

Mein lieber Depretis!

Wie Dir bereits telegraphiert, reise ich heute abend um 8 Uhr 50 Min. ab. Am Bahnhof werde ich Bargoni[1]) treffen, der mir Deinen Brief übergeben soll.

Der König ließ mich rufen und ich blieb lange bei ihm. Se. Majestät war wie gewöhnlich guter Laune, obgleich Correnti, den ich heute morgen um 8 Uhr sah, mir sagte, daß er ihn ein wenig erregt gefunden habe. Er erhofft nichts von einer Kombination infolge des Orientkrieges. Auch er glaubt, daß der richtige Augenblick verpaßt und dort kein Platz mehr für uns sei. Trotzalledem empfahl er mir, das Möglichste zu tun, um noch mit einigem Nutzen eintreten zu können. Ganz anders war seine Sprache betreffs der zweiten Angelegenheit, der meine Reise eigentlich gilt. Der König fühlt das Bedürfnis, seine Lebenstage mit einem Siege zu krönen, um unserm Heere die Kraft und das Ansehen zu verleihen, die ihm beide vor der Welt noch fehlen. Es ist die Sprache eines Soldaten, und ich verstehe sie. Denselben Wunsch hatte auch der arme Bixio, der dann so elend starb, ehe er noch einmal für den Ruhm unseres Landes kämpfen konnte.

Und der König hat leider recht. Wenn uns 1866 nicht Generale gefehlt, wenn wir in Venetien und an der Adria gesiegt hätten, so würden die Österreicher es nicht wagen, so zu sprechen und zu schreiben, wie sie es tun. Das italienische Heer hätte in Europa die Autorität, die ihm jetzt verloren

[1]) Präfekt von Turin.

gegangen ist, und das Wort Italiens würde gegenwärtig größere Bedeutung bei den Kabinetten genießen.

Wetzen wir die Scharte wieder aus, wenn es geht! Da man uns für gute Diplomaten hält, so zeigen wir endlich, daß wir tüchtig sind, damit unser Vaterland denen, die uns nicht genug achten, den Beweis gebe, daß Italien auf dem alten Kontinent doch noch existiert!

Sobald ich Dir aus Paris Nachrichten geben kann, werde ich es tun.

Wenn Du in den Fragen, die Dich beschäftigen, meiner bedarfst, so schreibe nur!

Dein ergebener F. Crispi.

Um 8 Uhr 50 Min. nachmittags, nach Empfang folgenden Briefes von Depretis durch Bargoni, Abreise nach Paris.

Präsidium des Ministerrats. Rom, den 27. August 1877.

Exzellenz!

Ich habe Se. Majestät in Kenntnis gesetzt, daß Ew. Exzellenz den ihm vom Ministerium anvertrauten Auftrag gern übernehmen wolle, um bei den Regierungen der Mächte von neuem Unterhandlungen zu dem Zweck anzubahnen, den im italienischen Bürgerlichen Gesetzbuch sanktionierten liberalen Prinzipien auch in den betreffenden Legislationen Geltung zu verschaffen. Es ist der Wunsch des erhabenen Herrschers, daß Ew. Exzellenz bei Gelegenheit Ihrer Auslandsreise eine besondere Vertrauensmission bei Sr. Majestät dem deutschen Kaiser übernehme.

Vor nicht langer Zeit richtete die deutsche Regierung eine Anfrage an die italienische betreffs eines engeren Zusammenschlusses der beiden Staaten, und das italienische Ministerium des Äußeren zögerte nicht, seine Zustimmung zu dem Plan eines Zusammenschlusses zum Zwecke einer gemeinsamen Verteidigung auszudrücken. In voller Übereinstimmung mit dem Unterzeichneten fühlt Se. Majestät nunmehr das Bedürfnis, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland noch enger zu knüpfen; er wünscht, daß Ew. Exzellenz Sr. Durchlaucht, dem Fürsten Bismarck, bekannt gebe, auf welchem Wege man zu einer konkreten und vollständigen

Übereinstimmung durch einen Bundesvertrag gelangen könne, der, indem er sich auf die gemeinschaftlichen Interessen gründet, alle Eventualitäten vorsieht. Die italienischen Interessen können nicht allein durch die Vorherrschaft der ultramontanen Partei verletzt werden, sondern auch durch die Vergrößerung Österreichs infolge der Annexion einiger ottomanischer Provinzen, eine mögliche Konsequenz des Orientkrieges. Es ist wünschenswert, daß sich die beiden Regierungen auch über diesen Punkt verständigen.

Da Ew. Exzellenz die Grundgedanken vollauf kennen die die italienische Politik, sowohl die innere, wie die äußere, leiten, wäre es überflüssig, an dieselben zu erinnern. Deutschland und Italien haben keine entgegengesetzten Interessen, und beide Nationen müssen gleichmäßig entschlossen sein, die nationale Einheit und die politischen und bürgerlichen Freiheiten zu verteidigen. Das Hauptziel Italiens geht dahin, die unschätzbaren Güter, die wir erworben, vor jeder feindlichen Verletzung, und die Grundlagen, auf denen unsere Existenz aufgebaut ist, zu bewahren.

Sorgen Ew. Exzellenz dafür, daß die Wünsche Sr. Majestät und seiner Regierung auf vertraulichem Wege Sr. Durchlaucht, dem Fürsten Bismarck, unterbreitet und erklärt werden! Ferner, daß ihm gleichzeitig unser Dank ausgesprochen wird für das Wohlwollen, das er stets Italien gegenüber bewiesen hat.

Empfangen Ew. Exzellenz den Ausdruck meiner Hochachtung, mit der ich bin

Ew. Exzellenz ergebenster

A. Depretis
Präsident des Ministerrats.

An Se. Exzellenz Herrn F. Crispi
Präsident der Deputiertenkammer.
Turin.

Paris, den 2. September 1877.

Exzellenz!

Gestern empfing mich der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten. Die späte Stunde erlaubte es nicht, Ew. Exzellenz eine sofortige Mitteilung von der langen Unterhaltung zu machen, welche sich auf verschiedene, beide Länder betreffende Fragen bezog.

Zunächst bedankte sich der Herzog Decazes für unsere Haltung bei der Anfrage des Abgeordneten Savini an die Kammer. Ich antwortete, daß Kammer und Regierung nichts anderes als ihre Pflicht getan hätten, da sie es nicht gestatten konnten, daß man von der Tribüne des italienischen Parlaments her die inneren Angelegenheiten Frankreichs diskutierte oder kritisierte. Zugleich sprach ich die Meinung aus, daß man in Versailles ebenso handeln würde wie bei uns.

Se. Exzellenz kam dann auf die Notwendigkeit einer vollkommenen Verständigung zwischen beiden Nationen zu sprechen. Er sprach lange über diesen Punkt und bemühte sich, mir zu beweisen, daß Frankreich nur freundschaftliche Gefühle für uns hegen könnte.

Jenseits der Alpen — sagte er — wohnt eine Nation, der Frankreich durch wirtschaftliche, politische und moralische Interessen verbunden ist, und es wäre ein wirkliches Verbrechen, die notwendige Harmonie beider Völker zu stören. Er deutete jedoch, wie auf ein Element möglicher Zwietracht, auf die Existenz einer Partei bei uns hin, die er als preußisch bezeichnete; aber er tat dies in so höflicher Weise, daß er den Wunsch durchblicken ließ, diese Meinung möge keinen unangenehmen Eindruck auf mich machen.

Ich erklärte meinerseits sofort, daß wir in unserem Lande Italiener seien, daß alle, ohne Unterschied der Partei — einzig die Klerikalen ausgenommen — kein anderes Interesse als dasjenige der Nation verträten, und daß es ein Irrtum wäre, vorauszusetzen, daß wir uns nach den Ratschlägen oder dem Einfluß irgendeiner fremden Macht regieren ließen. Was Frankreich anbelangt, so drängt uns alles, eine ehrliche Freundschaft für diese Nation zu hegen. Überlieferungen der Zivilisation, Erziehung, Studien, Gesetze und Handel vereinigen uns, und von unserer Seite wird nichts geschehen, was dieses Band, das zwei Völker so ganz natürlich umschlingt, zerreißen könnte.

Dann fuhr Se. Exzellenz fort, indem er sagte, daß er sich den Zweck unserer Rüstungen und vor allem die kürzlich befohlene Befestigung Roms nicht erklären könne. Auf die wirklich friedlichen Absichten seines Ministeriums wieder zurückkommend, bestätigte er, daß in Frankreich keine der regierungsfähigen Parteien die Torheit begehen würde, Italien den Krieg zu erklären. Die Zeiten sind vorüber — fügte der Minister hinzu — ‚in denen wir unsere Ideen mit den Waffen in die andern Länder trugen. Nach unsern Niederlagen haben wir

erkannt, daß wir fortan andere Wege einschlagen müssen, um unserer Meinung in der Welt Geltung zu verschaffen.

Daraufhin hielt ich es für angemessen, die Haltung unserer Regierung darzulegen, und sagte, daß das, was man heute bei uns tate, nichts Außergewöhnliches sei. Italien bedürfe des Friedens, weil es seine administrativen und finanziellen Reformen durchführen und seine politischen Einrichtungen entwickeln und befestigen müsse. Was das Heer anbeträfe, so wollten wir nur unsere Rüstungen umwandeln und vervollständigen, und es würden noch viele Jahre bis zur Erreichung dieses Zieles vergehen. Die Befestigung Roms verfolge keinen Sonderzweck, sie sei nur ein Teil der für die Landesverteidigung notwendigen Anordnungen. Ich erinnerte daran, daß seit der Begründung des Königreichs eine Kommission, unter dem Vorsitze Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Carignano, ernannt worden sei, um ein Befestigungssystem auszuarbeiten, das den neuen Verhältnissen auf der Halbinsel entspräche. Ich sagte, daß die Studien der Kommission bereits beendigt und die nötigen Summen schon vor mehreren Jahren vom Parlament bewilligt worden seien, daß aber bis jetzt noch nichts ausgeführt wurde, daß vielmehr die von den gefallenen Fürsten errichteten Festungen, im Widerspruch zu den Forderungen der Gegenwart noch bestanden. Ich bewies so, daß die Befestigungen Roms nur zu dem allgemeinen nationalen Verteidigungsplan gehörten, und schloß damit, daß Frankreich keinen Grund zur Beunruhigung hätte, da jene Arbeiten doch keine feindliche Demonstration gegen die französische Nation bedeuteten, noch als solche ausgelegt werden könnten.

Se. Exzellenz schien sich nach meinen Ausführungen zu beruhigen, und da ich ihn jetzt für empfänglich hielt, nahm ich die günstige Gelegenheit wahr, unser Gespräch auf einen anderen Gegenstand zu lenken, nämlich auf die Verordnungen des Artikels 3 unseres Bürgerlichen Gesetzbuches und ihre Anwendung auf unsere Mitbürger innerhalb des Bereichs der Republik.

Ich erklärte Zweck und Ursprung dieses Artikels und erinnerte an die bereits früher eingeleiteten Verhandlungen, diese Prinzipien mittels eines internationalen Abkommens in Frankreich einzuführen. Endlich machte ich auf die Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe aufmerksam, die damit anfingen, den Artikel 14 des Code Napoléon umgekehrt auf die Franzosen in Italien anzuwenden. Ich unterließ nicht die

Äußerung, daß ein diesen Fortschritt billigender Vertrag den besten Eindruck in unserem Lande machen würde.

Se. Exzellenz hörte mit wohlwollender Aufmerksamkeit zu und erklärte sich zu einer Unterhandlung bereit. Er wollte die vorangegangenen Verhandlungen einer Prüfung unterziehen, damit wir noch einmal dieselben angelegentlich durchsprechen und zu einem Beschluß kommen könnten. Auch er, der Minister, hielt es für nötig, daß Artikel 3 unseres Bürgerlichen Gesetzbuchs zugunsten der Italiener in Frankreich angenommen werde, und er versprach mir, alles daran zu setzen, damit das Gesuch Gehör fände.

Aus Sr. Exzellenz Rede sprach klar der Wunsch, durch neue Taten zu beweisen, daß Frankreich unser Freund sei und ferner sein wolle, und mit dieser Absicht erzählte er mir auch von dem Eifer, mit dem seine Regierung einer Unterschrift des Handelsvertrages zugestimmt habe. Er sagte mir, daß wir uns nochmals sehen würden.

Ich war vollständig befriedigt von der Haltung des Herzogs Decazes und von dem Inhalt seiner Worte. Man müßte ihn für einen großen Heuchler halten, wollte man an seinen Worten zweifeln. Er lobte ausdrücklich unsere Regierung und unser Volk und sprach voller Bewunderung von unserm König. Er sagte, wir hätten den Beweis großer politischer Klugheit geliefert, und unsere Haltung, dem Vatikan gegenüber, wäre eine korrekte gewesen. Nun möchte ich nicht verfehlen, Ew. Exzellenz noch über eine von ihm geäußerte Ansicht zu berichten, deren Wichtigkeit Ihrem Scharfsinn nicht entgehen wird. Der Herzog Decazes ist überzeugt und hat dies auch seinen Kollegen wiederholt, daß beim Tode des Papstes das Konklave im Vatikan die Wahlhandlung in vollster Freiheit werde ausüben können. Er fügte hinzu, dies sei auch die Meinung des Kardinals Guibert nach seiner Rückkehr aus Rom.

Hiermit schließe ich den langen Brief und verbleibe Ew. Exzellenz ergebener, treuer Freund

F. Crispi.

Paris, 5. September 1877.

Mein lieber Depretis!

Am 2. d. Monats sandte ich einen offiziellen Brief an Dich ab, zu welchem der beiliegende eine Fortsetzung oder besser

eine Ergänzung bildet. Ich habe ihn so geschrieben, daß Du ihn, wenn Du willst, dem Minister des Auswärtigen übergeben kannst, nachdem Du eine Kopie davon genommen.

Lassen wir die offiziellen Hemmnisse beiseite und reden wir wie alte Freunde und Patrioten!

Ich habe die bedeutendsten Männer des Landes, darunter Gambetta [1]), gesprochen, bei dem ich lange verweilte und mit dem ich am 3. d. M. zu Mittag speiste. Ich habe, soviel es möglich ist, ihre Absichten kennen gelernt und mir daher eine gründliche Meinung über die französischen Zustände bilden können.

Frankreich macht eine furchtbare Krisis durch, deren Ende schwer ist vorauszusehen. Die gegenwärtige Regierung repräsentiert eine numerisch kaum beachtenswerte Minderheit, wird aber von einem kühnen, skrupellosen bonapartistischen Komitee beeinflußt und birgt in ihrem Schoße ein paar ebenfalls kühne und skrupellose Individuen.

Die Republikaner sind ihres Sieges bei den nächsten allgemeinen Wahlen sicher. Vor zwei Tagen drückten mir einige Konservative dieselbe Meinung aus und sagten ganz offen: Nous serons battus! Ich zweifle, daß sich diese Überzeugung nach dem vorgestern erfolgten Tode des Herrn Thiers aufrecht erhalten läßt. Wenigstens setze ich Zweifel darin, daß die Bedeutung des Sieges eine solche sein werde, wie man sie vor dem verhängnisvollen Todesfall annahm. Aber wenn auch die Regierung eine Niederlage erleidet, was geschieht bei dem Wiederzusammentreten der Kammern?

---

[1]) Welche Beziehungen zwischen Crispi und Gambetta nach diesem Zusammentreffen bestanden, erhellt folgender Brief Gambettas an Crispi:

Paris, le 21 octobre 1877.

Mon cher Président!

Je profite du voyage de mon ami Armand Ruiz à Rome pour vous envoyer l'expression des sentiments d'affectueuse solidarité que m'a laissé votre charmante liaison.

Je tiens à vous redire que je serai toujours fort aise de rester en communication avec vous, et vous rendre ici les services que je sais que vous n'hésiteriez pas à me rendre à Rome. Vous pouvez croire qu'on est heureux dans la vie publique de rencontrer des hommes d'un caractère aussi ouvert, aussi ferme que le vôtre. Donc vous pouvez user de mon ami Ruiz et avoir en lui la confiance la plus entière.

C'est à ce titre de confident que je l'introduis auprès de vous.

Croyez à mon amicale sympathie

Léon Gambetta.

Herr Thiers sagte mir in unserer Unterredung vom 31. August, daß nach jenem Zusammentreten die Minister und der Präsident der Republik ihre Entlassung nehmen und daß dann die beiden Kammern, zu einem nationalen Kongreß vereinigt, einen neuen Präsidenten ernennen werden. Kurz zuvor hatte mir Gambetta dasselbe gesagt.

Wird jetzt nach dem Tode Thiers' dasselbe geschehen, wo der Kandidat, auf den die Konservativen, welche die Republik angenommen hatten, ihr ganzes Vertrauen gesetzt hatten, fehlt? Die Republikaner antworten ja, und aus den Zeitungen folgere ich, daß sich nach dem schweren, vom Lande als solchen empfundenen Verlust alles regelmäßig und ihren Wünschen gemäß vollziehen wird.

Ich wünsche es, aber mein Glaube ist sehr erschüttert.

Was dann, wenn Minister und Präsident nicht ihren Abschied nähmen?

Die Republikaner erklären, daß sie dem Budget dann nicht ihre Stimme geben würden.

Was dann, wenn die Regierung einen Staatsstreich versuchte? Thiers fürchtete ihn nicht, sowohl weil sich die Armee nicht dazu hergeben würde, als auch, weil Mac Mahon aus Mangel an Geist und persönlichen Fähigkeiten nicht zu einem solchen fähig wäre. Gambetta fügte hinzu, daß sich das Heer bei einem Staatsstreich in zwei Teile spalten, und daß dann voraussichtlich ein Bürgerkrieg entstehen würde.

Was für Ereignisse auch immer eintreten mögen, betrachten wir sie vom italienischen Standpunkt aus!

Die Republikaner und die Reaktionäre bestätigen, daß sie Freunde Italiens sein wollen und nichts gegen das Land zu unternehmen wünschen. Den ersteren glaube ich; den letzteren nicht.

Ich zweifle an den letzteren, weil der das Elysée beeinflussende Ausschuß klerikal und ihr Organ der „Figaro“ ist, der unser Land und unseren König beleidigt hat. — —

Ich sage nicht, daß man uns morgen den Krieg erklären wird, denn alle politischen Parteien ohne Ausnahme haben eine heilsame Furcht vor dem Fürsten Bismarck, von dem sie annehmen, daß er uns nicht allein lassen würde. Sicherlich aber wird man Gelegenheit suchen und den geringsten Vorwand ergreifen, um Händel mit uns anzufangen.

Hör' was ich feststellen konnte: in allen Klassen der Bevölkerung wurzelt die Ansicht, daß Italien Frankreich den

Krieg erklären will. Sobald man mir diese Ansicht kundgab, habe ich sie bekämpft; aber ich habe erkennen müssen, daß diejenigen, welche sie zuerst verbreitet haben, nur bezweckten, sich dem Volke gegenüber eine Rechtfertigung für den Fall zu schaffen, daß sie selbst uns eines Tages angriffen. Sicher ist, daß die Franzosen in ihren Rüstungen fortfahren und die privaten Fabriken für das Kriegsministerium alle Arten von Waffen herstellen. Denken wir darum an unsere Angelegenheiten und halten wir uns bereit für alle Fälle.

Antworte mir durch Vermittlung der Botschaft nach London, damit ich sicher bin, daß Dich meine Briefe auch erreicht haben.

Von Herzen

Dein

Crispi.

Paris, 5. September 1877.

Exzellenz!

Bevor ich Paris verlasse, fühle ich mich verpflichtet, Ihnen über meine letzten Schritte bei dieser Regierung Rechenschaft abzulegen.

Am zweiten Tage nach unserer Konferenz erwiderte der Herzog Decazes meinen Besuch. Ich war abwesend, und wir konnten uns deshalb nicht sehen. An jenem Tage — es war der 31. August — befand ich mich in St. Germain-en-Laye bei Herrn Thiers, der, wie Ew. Exzellenz durch Telegramm erfahren hat, vorgestern gestorben ist.

Da der Minister des Äußeren dann Paris verlassen mußte, sandte er einen seiner Beamten zu Herrn Reßmann, dem ersten Sekretär der italienischen Botschaft, um sich des Versprechens zu entledigen, das er mir betreffs der erbetenen Unterhandlungen wegen Artikel 3 unseres Bürgerlichen Gesetzbuches gegeben hatte. Reßmann und der erwähnte Beamte sahen sich am 2. September und besprachen das obige Argument.

Se. Exzellenz ließ mich wissen, daß er alles unserem Verlangen gemäß geprüft, sich aber überzeugt hätte, daß die Anwendung des Artikels 3 unseres Zivilkodexes auf die Italiener in Frankreich sich nur durch eine Reform in der Gesetzgebung dieses Landes durchführen ließe, wozu eine Zustimmung des Parlamentes nötig wäre. Augenblicklich könnte man sich nicht mit dieser Reform beschäftigen, später ließe sich darüber sprechen;

aber es wäre angebracht, daß Italien zu diesem Zwecke auf offiziellem Wege die Unterhandlungen einleite.

Der Herzog Decazes ist kein Heuchler, aber er ist ein Schwächling. Wie es scheint, hat er mit Herrn De Broglie, dem Justizminister, gesprochen, der gegenwärtig ganz andere Dinge im Kopf hat als das Bürgerliche Gesetzbuch.

Ich ergreife diese Gelegenheit,um zu wiederholen usw.

F. Crispi.

7. September.

Frühstück bei Emile de Girardin, Rue la Perouse 27. — Champs Elysées. — Besuch des Parlaments in Versailles. — Quästor Baze.

8. September.

Thiers' Begräbnis.

9. September.

Bei Garnier-Pagès. Henri Martin.

Paris, 9. September.

Lieber Depretis!

Gestern erhielt ich Dein Telegramm, das, entziffert, folgendermaßen lautet:

„Ich billige vollkommen, was Du getan hast, und halte es für richtig, daß Du Dich nicht nach London, sondern unverzüglich nach Berlin begibst."

Am Mittwoch 8 Uhr abends reise ich nach Berlin ab, wo ich am folgenden Tage 7^{45} abends eintreffen werde. Wenn ich es für nötig halte, werde ich auf der Heimreise Brüssel und London berühren. Ich werde mich nach den obwaltenden Umständen richten.

Ich wäre schon eher abgereist, wenn ich mich nicht unpäßlich gefühlt hätte. Seit acht Tagen war ich so elend, daß ich wieder zum Arzt gehen mußte. Jetzt geht es mir besser, und ich hoffe, die Reise ohne zu viele Beschwerden machen zu können.

Der gestrige Tag ist hier ruhig verlaufen. Man fürchtete, daß Thiers' Begräbnis den Vorwand zu Unruhen geben würde.

Aber die Haltung des Volkes war wirklich bewunderungswürdig. Einige Rufe: vive la République, honneur à Thiers, vive Gambetta, und alles vollzog sich ordnungsmäßig.

Wenn der Pariser vergißt, sich auf die Barrikaden zu stürzen, wenn er sich gehorsam den Gesetzen unterwirft, dann wird die Sache der Freiheit in Frankreich triumphieren und wird ein Friedenspfand für Europa sein.

Dem Begräbnis wohnten alle auswärtigen Vertreter bei, so auch Dein Freund auf besondere Einladung der Familie Thiers.

Wenn Du mir schreiben willst, richte die Briefe nach Berlin an die italienische Botschaft.

Mit Empfehlungen an Deine Frau Gemahlin
verbleibe ich Dein getreuer

F. Crispi.

9. September.

Frühstück bei E. de Girardin. — Gambetta kommt.

Paris, 11. September 1877.

An Se. Majestät den König von Italien.

Herr!

Bevor ich Paris verlasse, fühle ich die Pflicht, Ew. Majestät von dem ersten Teil meiner Reise Rechenschaft abzulegen und über die empfangenen Eindrücke zu berichten.

Ich traf hier am 28. August um 6 Uhr nachmittags ein und werde morgen wieder abreisen. Ich habe den Minister Decazes und die hervorragendsten Männer Frankreichs, der dynastischen sowohl wie der republikanischen Partei, gesehen.

Alle lassen der treuen Gesinnung und der großen Weisheit Ew. Majestät sowie der Güte und der Klugheit unseres Volkes volle Gerechtigkeit widerfahren. Alle sind der Meinung, daß wir Italiener mit einem sehr gesunden politischen Sinn begabt wären. Sie schätzen uns glücklich, daß wir einen König haben, der die Strömungen verstanden und uns inmitten großer Fährnisse in so bewundernswerter Weise in einen guten Hafen geführt hat. Aber im Hintergrund dieses herrlichen Bildes erscheint ein schwarzer Punkt, auf den wir unsere Aufmerksamkeit lenken müssen.

Die Franzosen mißtrauen uns und argwöhnen gleichzeitig, daß wir ihnen mißtrauen.

Sie mißtrauen uns, und mehr als einer glaubt oder gibt vor zu glauben, daß Italien die Absicht hege, mit Frankreich Krieg zu führen. Minister Decazes drückte jene Meinung nicht gerade klar aus, sprach aber sehr interessiert von unseren Rüstungen und den Befestigungen Roms; namentlich diese letzteren schienen ihm einen antifranzösischen Zweck zu haben.

Im Gespräche erklärte ich diesem Minister und den andern Herren, die mit mir darüber gesprochen hatten, daß Italien den Frieden brauche, und daß wir mit der Reorganisation des Heeres und mit der Anlage von Befestigungen durchaus keine Kriegsabsichten verbänden, sondern nur die Beschaffung von Mitteln zur Verteidigung unseres Landes im Auge hätten.

„Der König von Italien" — sagte und wiederholte ich — „hat, getreu den Verträgen und internationalen Verbindlichkeiten, stets ein Beispiel von Pflichterfüllung gegeben und wird dies auch ferner tun; aber er fordert auch — auf seinem Rechte beharrend —, daß er respektiert werde."

Die Franzosen glauben, daß wir ihnen mißtrauen, und um die Zweifel, die sie uns andichten, zu zerstreuen, bemühen sie sich, uns die größte Freundschaft zu bezeugen. Der Herzog Decazes betonte ausdrücklich und wiederholte immer von neuem, daß keine der politischen Parteien, die Anspruch auf die Regierung haben, die Torheit begehen würde, Italien den Krieg zu erklären. Er fügte hinzu, die extremen Parteien würden es vielleicht wagen; aber für diese bestände eine geringe Möglichkeit, zur Herrschaft zu gelangen, und außerdem würde ihnen das Land keine Gefolgschaft leisten.

Ich habe es wohl nicht nötig, Ew. Majestät zu erinnern, auf welche Parteien Se. Exzellenz anspielte. Auch ich bin der Meinung des Herrn Ministers, daß Frankreich ihnen in diesem Augenblick nicht folgen würde. Aber in der Geschichte dieses Landes ist das Unbekannte ein zu fürchtendes Ungeheuer, und da man hier des Morgen nicht sicher sein kann, so befiehlt uns die Klugheit, an unsere Angelegenheiten zu denken.

Frankreich macht eine Krise durch, deren Lösung noch ungewiß ist. Die Republikaner sowohl wie die Regierungsparteien glauben sich ihrer Sache sicher und bedienen sich beide derjenigen Mittel, die ihnen nützlich scheinen, um als Sieger hervorzugehen.

Ich will mich nicht mit der Hypothese eines Erfolges der Regierungsparteien beschäftigen. Die Folgen lassen sich voraussehen. Mac-Mahon würde bis 1880 an der Regierung sein, also

das Septemnat vollmachen, mit dem Vorsatz, im letzten Jahre seiner Präsidentschaft eine Revision der Verfassung im monarchischen Sinne zu verlangen. Ich werde nun den Fall prüfen, in dem der Sieg den Republikanern zufiele!

Siegten die Republikaner, wie wäre dann die Haltung der Urheber des Aktes vom 16. Mai? Werden sie einen Staatsstreich ausführen? Und wenn sie einen solchen versuchten und er ihnen gelänge, wem würden die Vorteile zufallen?

Das Kabinett ist aus Orleanisten und Bonapartisten zusammengesetzt. Wenn diese gemeinsam den Sturz der Republik anstreben sollten, so arbeitet doch jede der beiden Parteien für den Triumph der von ihnen begünstigten Dynastie.

Im Lande jedoch hat nach den Republikanern die bonapartistische Partei die stärkste Lebenskraft und zugleich die größte Kühnheit. Aber darauf kommt es nicht an. Da eine von beiden im Falle eines Staatsstreiches unterliegen muß, so wird sich der Schlaueste seines Nebenbuhlers zu entledigen wissen.

Wer von beiden siegt und — nehmen wir an — ohne Zwistigkeiten die Zügel der Regierung in Frankreich übernimmt, der wird seinen Triumph dem Heere und dem Klerus verdanken. Und wenn Heer und Klerus die beiden Mächte waren, die dem Sieger halfen, so werden sie Ansprüche erheben, die befriedigt werden müssen.

Was der Klerus verlangt, wissen alle: die Rückkehr zur Vergangenheit und damit als erste Bedingung die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes. Das Heer seinerseits wird durch irgend einen Sieg das im letzten Kriege mit Deutschland verlorene Prestige wiederzuerlangen suchen. Es ist leicht zu verstehen, daß der Boden, welcher der Reaktion am geeignetsten erscheint und auf dem sie am leichtesten Erfolg zu finden glaubt, eben unser Italien ist.

Diese meine Vermutungen würden zunichte werden, wenn Frankreich von seinen schlechten Gewohnheiten ließe, wenn es zu einer freiheitlichen Regierung gelänge, und das häßliche Spiel mit Revolutionen und Staatsstreichen für immer beseitigte, aus dem nichts Stabiles, nichts Dauerhaftes hervorgehen kann; denn in unserer Zeit ist die Gewalttätigkeit keine gute Staatskunst. Wir aber müssen uns danach richten und der Verwirklichung der von mir aufgestellten Hypothesen nach Möglichkeit vorzubeugen suchen. Wehe, wenn uns ein Regierungswechsel in Frankreich nicht zur Verteidigung des italienischen Thrones und der nationalen Unabhängigkeit bereit fände!

Ich verhehle Ew. Majestät nicht, daß die Republikaner einen Staatsstreich für unmöglich halten. Sie meinen, daß es Mac-Mahon zu einer so kühnen Tat an Geist und seelischen Mitteln fehle, und daß das Heer sich nicht dazu hergeben wird. Auch Herr Thiers war dieser Ansicht, den ich am 31. August, also drei Tage vor seinem Tode, sah, und der mit großer Verehrung von Ew. Majestät sprach.

Nachdem ich Ihnen nun alles übermittelt habe, ist meine Pflicht erfüllt. In 29 Regierungsjahren hat Ew. Majestät mit Ihrer Intelligenz und Ihrem Mut größere Schwierigkeiten überwunden als die von mir vorgesehenen und wesentlichere Gefahren zu vermeiden gewußt. Ew. Majestät Einsicht und Erfahrung werden Ihnen im Einverständnis mit den verantwortlichen Ratgebern der Krone das eingeben, was in Voraussicht der Ereignisse zu tun nötig ist.

Gestatten Sie jetzt, daß ich diesen Brief schließe und mich mit aller Ehrfurcht und herzlicher Ehrerbietung als Ew. Majestät untertäniger und ergebener Diener empfehle

F. Crispi.

12. September.

2 Uhr 45 Min. nachmittags Abreise nach Berlin über Brüssel. Ich übernachte in Brüssel.

14. September.

Ankunft in Berlin 7 Uhr vormittags.

Um ½1 Uhr Besuch bei Herrn v. Holstein im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten und dann beim Staatssekretär Grafen Bülow.

Graf de Launay, der italienische Botschafter, kommt um ¼4 Uhr zu mir.

Wir besichtigen den Reichstag; ich schreibe an den Präsidenten Bennigsen [1]).

[1]) Freiherr Rudolf von Bennigsen, das Haupt der nationalliberalen Partei, war im Mai 1877 in Rom gewesen und war dort mit großer Zuvorkommenheit vom Kammerpräsidenten und einer großen Zahl von italienischen Abgeordneten empfangen worden (d. H.).

Rudolf von Bennigsen telegraphiert aus Hannover:

15. September.

„Je viendrai cette nuit á Berlin pour avoir l'honneur et le plaisir d'être avec vous."

Ich gehe zusammen mit de Launay zu Leonhardt, dem preußischen Justizminister, der uns zu Friedberg, dem Vorsitzenden der deutschen Justizkommission, als zuständigen verweist. Ich spreche mit diesem über die Anwendung des Artikels 3 des italienischen Bürgerlichen Gesetzbuches in Deutschland. Er wäre sehr froh, denselben anzunehmen; aber nur Bismarck sei imstande, die Schwierigkeiten zu überwinden.

8 Uhr abends reise ich vom Anhalter Bahnhof nach München ab. Um Mitternacht bin ich in Leipzig.

16. September.

Um 12 Uhr 30 Min. bin ich in München. Um 1½ Uhr reise ich nach Salzburg ab, wo ich im Hotel Europa übernachte.

17. September.

9 Uhr 45 Min. vormittags nach Lend. Von dort nach Gastein, wo ich um 6 Uhr ankomme.

Wildbad, die Bäderstadt, liegt oberhalb des Gasteiner Tals am Ostabhang des Berges. Dort befindet sich eine Mineralwasserquelle, zu der viele Zuflucht nehmen, um sich von der Steifheit der Glieder und der Trägheit der Nerven zu erholen. Jährlich suchen mehr als 3000 Fremde daselbst Genesung. Zumeist gehören diese hier zusammenströmenden Menschen den höheren gesellschaftlichen Klassen an.

Aus den tiefen Spalten des Berges ergießt sich schäumend die Ache und bildet zwei herrliche Wasserfälle, einer unter dem anderen. Bis vor wenigen Jahren waren die meisten Häuser von Wildbad aus Holz. Aber seitdem der deutsche Kaiser und sein großer Kanzler die Bäder dieses Ortes bevorzugen, sind dort schöne Gebäude und prächtige Villen entstanden.

Ich traf in Wildbad um 6 Uhr nachmittags ein und benachrichtigte den Fürsten Bismarck von meiner Ankunft, indem ich ihm meine Visitenkarte schickte und unmittelbar darauf das folgendermaßen abgefaßte Schreiben:

Hotel Straubinger.
6 Uhr 40 Min. abends.

„Altesse,

Dans le doute que vous n'avez pas encore reçu ma carte, je vous écris ces quelques lignes pour vous prier de vouloir bien me fixer l'heure dans laquelle je pourrais avoir l'honneur de vous voir.

En attendant etc."

Fürst Bismarck sandte sofort seinen Sekretär und ließ sich entschuldigen, daß er seiner schwachen Gesundheit wegen nicht persönlich kommen könnte, daß er mich aber sofort empfangen würde.

Fürst Bismarck wohnt rechts vom Flusse in einem bescheidenen, dem Straubinger gehörigen Hause, das wir in wenigen Minuten erreichten. Ich mußte zum ersten Stockwerk hinaufsteigen. Der Fürst war in seinem Zimmerchen, dessen Tür nach dem Flur, der Treppe gegenüber, liegt. Im Zimmer befanden sich einige Stühle, ein Tisch, ein herrlicher Kachelofen, und dicht neben seinem Herrn lag

ausgestreckt ein prachtvoller Hund. Auf dem Tische eine kleine Pistole mit weißem Griff.

Als die Tür geöffnet wurde, erhob sich der Fürst, kam mir entgegen und bot mir die Hand.

„Ich bin erfreut, Durchlaucht, Ihre persönliche Bekanntschaft zu machen."

Er: „Wir kennen uns ja schon lange!"

Ich: „Ja, Durchlaucht, aber heute habe ich zum erstenmal das Vergnügen, Sie zu sehen und Ihnen die Hand drücken zu können. Da ich in Deutschland bin, kann ich es nicht verlassen, ohne Ihnen die Grüße meines Königs zu übermitteln. Ich danke Ihnen herzlich für die Erlaubnis, Sie hier besuchen zu dürfen."

Er: „Welche Nachrichten bringen Sie aus Italien? Waren Sie in Frankreich? Was sagt man in Paris?"

Ich: „In Rom beschäftigt man sich mit der Möglichkeit eines Krieges, falls in Frankreich die reaktionäre Partei bei den nächsten politischen Wahlen siegt. Und dann ist man Österreichs nicht sicher, dessen Haltung unserer Regierung gegenüber wenig freundlich ist. — Sie haben uns durch Baron v. Keudell sagen lassen, daß Sie die freundschaftlichen Bande mit uns immer fester ziehen wollen. Ich bin daher im Auftrag des Königs hier, um Verschiedenes mit Ihnen zu besprechen.

„Das erste ist für Italien und Deutschland von ganz besonderem Interesse, das andere betrifft internationale Fragen.

„Ich beginne mit dem, was uns und Sie angeht.

„Ich weiß nicht, ob es nötig ist, unseren Handelsvertrag vom Dezember 1865 noch einmal zu berühren.

Doch ich bin überzeugt, daß mit der Eröffnung des Gotthard die Beziehungen zwischen unseren Ländern sich vielseitiger gestalten werden, und daß es folglich nützlich sein wird, die Bürger beider Teile vor Behinderungen im Handel und im öffentlichen Leben zu bewahren. Zu diesem Zwecke möchte meine Regierung, daß Ew. Durchlaucht einen Vertrag annähmen, vermöge dessen die Deutschen in Italien und die Italiener in Deutschland vollkommene Gleichheit mit den Einwohnern in der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte fänden.

„Wenden wir uns jetzt zu Argumenten von größerem Interesse, die ich mit wenigen Worten erklären werde.

„Ich bin beauftragt, Sie zu fragen, ob Sie geneigt sind, mit uns einen Vertrag eines eventuellen Bündnisses für den Fall einzugehen, in welchem wir gezwungen wären, uns mit Frankreich und Österreich zu schlagen. — Außerdem möchte sich mein König über die Lösung der Orientfrage mit dem Kaiser auseinandersetzen."

Er: „Von ganzem Herzen nehme ich den Vorschlag zu einem Vertrage an, nach welchem die Italiener in Deutschland und die Deutschen in Italien mit den Einwohnern gleichgestellt würden und ihre bürgerlichen Rechte gleichmäßig ausüben könnten. Doch kann ich das nicht machen, bevor ich nicht mit meinen Kollegen gesprochen habe. Ein Vertrag dieser Art entspricht meinen Plänen, weil es ein öffentlicher Beweis unserer Übereinstimmung mit Italien wäre.

„Nun zum Übrigen: Sie kennen unsere Absichten. Würde Italien von Frankreich angegriffen, so würde sich Deutschland solidarisch erklären und sich mit Ihnen gegen

den gemeinsamen Feind verbünden. Über einen Vertrag mit einem solchen Ziele könnten wir uns verständigen. Hoffen wir aber, daß es keinen Krieg geben wird, und daß wir den Frieden aufrecht erhalten können. In Frankreich kann die Republik nur gedeihen, wenn sie friedlich gesinnt ist; wäre sie es nicht, so liefe sie Gefahr, sich zu verlieren. Meiner Meinung nach wäre ein Krieg nur möglich, falls die Monarchie wieder eingesetzt würde.

„In Frankreich müssen die Dynastien klerikal sein, weil dort die Geistlichkeit unruhig und mächtig ist, und weil die Herrscher, um das Volk zu täuschen, kriegerisch sein müssen; daher sind sie gezwungen, mit den Nachbarn Streit anzufangen. So war es zu allen Zeiten, und Sie finden ein Beispiel schon zu Beginn der Regierung Ludwigs XIV.

„Österreich gegenüber liegt die Sache anders. Ich möchte den Fall gar nicht annehmen, daß es uns feindlich sein könnte; ja, ich will Ihnen sogar offen sagen, daß ich diese Möglichkeit nicht einmal hypothetisch voraussetzen will.

„Morgen kommt Graf Andrassy zu mir, und im Gespräch mit ihm will ich ihn auf mein Wort beruhigen, daß ich sein Freund bin, und daß ich mich keinem gegenüber verpflichtet habe.

„Der russisch-türkische Krieg hat einen anderen Verlauf genommen, als wir annahmen; und doch brauchte Österreich die Grenze nicht zu überschreiten. Ich hoffe, daß dies auch nicht notwendig werden wird, daß sich vielmehr der Krieg auf die beiden Kämpfenden beschränken und lokalisieren lassen wird.

„Es liegt uns daran, daß Österreich und Rußland befreundet sind, und wir suchen alles zu tun, daß sie es bleiben.

„Betreffs der Orientfrage wollen wir die verschiedenen Möglichkeiten für ihre Lösung besprechen und gewisse Grundsätze feststellen, um zu einer Übereinstimmung zu gelangen.

„Jedoch man muß zugeben, daß das russische Heer bis heute kein Glück gehabt hat und es unmöglich ist, das Ende des Krieges abzusehen. Der Zar muß große Anstrengungen machen. Wenn das russische Heer geschlagen zurückkehrt, könnte der Zar zu Hause Unannehmlichkeiten haben. Doch wie dem auch sei, das ist seine Sache, und ich gestehe Ihnen, daß Deutschland gar kein Interesse an der Orientfrage hat, und daß wir jede Lösung annehmen, sobald sie nicht den europäischen Frieden stört."

Ich: „Ich bewundere Ihre Offenheit und bekenne, daß, wenn ich an Ihrer Stelle stände, ich nicht anders sprechen würde.

„Es bleibt also dabei, daß wir einen Vertrag schließen, welcher den Deutschen in Italien und den Italienern in Deutschland die Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte zusichert, wie sie die Einheimischen genießen. Als Grundlage dieser Konvention könnte der Artikel 3 des italienischen Bürgerlichen Gesetzbuches dienen, welcher dem Fremden diese Wohltat gewährt.

„Was Frankreich anbetrifft, sind wir ebenfalls einig.

„Im übrigen gestatten Sie mir, Ihnen einige Fragen zu unterbreiten:

„Glauben Sie, daß Österreich immer Ihr Freund bleiben wird? Jetzt braucht es Sie, um den 1866 erlittenen Schaden wieder gut zu machen, denn Sie allein können ihm den Frieden zusichern, ohne den es nicht seine Finanzen regeln, sein Heer nicht neu errichten kann. Aber Österreich kann weder die Vergangenheit vergessen noch den neuen Deutschen Kaiser mit freundlichem Auge anblicken.

„Sie sagen, Deutschland habe kein Interesse an der Orientfrage. Es sei. Ich möchte Sie aber daran erinnern, daß die Donau zumeist ein deutscher Fluß ist: sie berührt Regensburg, und auf ihr gehen deutsche Waren bis zum Schwarzen Meer.

„Wir Italiener können auf alle Fälle an der Lösung der Orientfrage kein so geringes Interesse nehmen wie Sie. Die umherschwirrenden Gerüchte erwecken die Befürchtung, daß wir geschädigt werden. Wenn sich die Großmächte dahin einigen, von jeder Eroberung in den Balkanprovinzen Abstand zu nehmen und das den Türken entrissene Land den Völkern des Orients zu überlassen, so haben wir nichts dagegen. Geschieht es aber, daß Rußland, um sich der Freundschaft Österreichs zu versichern, diesem Bosnien und die Herzegowina anbietet, so kann Italien nicht erlauben, daß Österreich diese Länder besetzt.

„Sie wissen: im Jahre 1866 blieb Italien ohne Grenzen nach den Ostalpen zu. Wenn Österreich neue Provinzen erhielte, die es im Adriatischen Meere verstärkten, bliebe unser Land wie in einer Zwangsjacke eingeengt und, so oft es dem Nachbarreiche gefiele, einer Invasion ausgesetzt.

„Hier müßten wir uns helfen. Wir sind den Verträgen getreu und wollen auch weiter nichts von den anderen. Sie müßten den Grafen Andrassy von jedem Verlangen nach einer Eroberung im ottomanischen Gebiet abbringen.“

Er: „Österreich verfolgt eine gute Politik, und ich darf glauben, daß es dabei bleibt. Nur in einem Falle könnte jedes Band zwischen Österreich und Deutschland zerreißen, nämlich bei einer Streitigkeit in der Politik beider Länder in Polen.

„In Polen gibt es zwei Völker: Adel und Bauernschaft (la noblesse et le paysan), von verschiedener Natur, Gewohnheit und verschiedenem Wesen. Der erstere ist unruhig, aufrührerisch, die letztere ist ruhig, arbeitsam, nüchtern. Österreich schmeichelt dem Adel.

„Wenn eine polnische Bewegung ausbräche und Österreich ihr hülfe, müßten wir uns dem entgegenstellen. Wir können an unseren Grenzen nicht die Wiederherstellung eines katholischen Reiches erlauben. Das wäre ein Frankreich im Norden. Heute haben wir ein Frankreich, alsdann würden wir deren zwei haben, die natürlich verbündet sein würden, und wir würden zwischen zwei Feinden stehen.

„Auch aus anderen Gründen würde uns eine Erhebung in Polen schaden; denn sie würde unvermeidlich den Verlust eines Teils unseres Landes mit sich bringen. Wir können jetzt nicht mehr auf Posen und Danzig verzichten, da das Deutsche Reich nach der russischen Grenze zu offen bleiben und seine Flußmündungen im Baltischen Meer verlieren würde.

„Österreich weiß, daß es nicht rückwärts schreiten kann, und weiß, daß wir treue Freunde sind. Es befindet sich auf einem guten Wege und hat kein Interesse, ihn zu verlassen. Falls es sich ändern und sich zum Schützer des Katholizismus aufwerfen sollte, würden auch wir uns ändern und dann folglich mit Italien sein. Aber heute weist nichts darauf hin, daß dies geschehen kann, und wir dürfen durch Argwohn keinen Vorwand bieten, daß Österreich in seiner Politik wechselt. Es wird immer noch Zeit sein, Vorkehrungen zu treffen.

„Die Donau geht uns nichts an. Sie wird erst von Belgrad an schiffbar, und in Regensburg liegen nur einige Flöße (quelques radeaux). Im Jahre 1856 ließ Österreich im Pariser Kongreß im eigenen Interesse die deutsche Konföderation in der Donaukommission außer acht, und das war wirklich nicht nötig. Österreich betreibt seinen Handel über Triest und Hamburg.

„Bosnien und die ganze Orientfrage berührt deutsche Interessen nicht. Es würde uns leid tun, wenn sie der Grund von Mißhelligkeiten zwischen Österreich und Italien würde, denn dann würden sich zwei Feinde bekämpfen, die wir im Frieden sehen möchten. — Übrigens, wenn sich Österreich Bosnien nimmt, nimmt sich Italien Albanien oder irgendein anderes türkisches Gebiet am Adriatischen Meer.

„Ich hoffe, daß die Beziehungen zwischen Ihrer und der Wiener Regierung freundschaftlich und mit der Zeit herzlich werden. Nichtsdestoweniger, wenn es mir auch leid tun würde, Sie mit Österreich engagiert zu sehen, einen Krieg würden wir darum nicht anfangen."

In diesem Augenblick öffnet sich die Tür, und Graf Herbert Bismarck tritt mit einem Bündel Telegrammen ein. Er reicht sie dem Vater, der, nachdem er sie gelesen, die entsprechenden Antworten angibt, und Graf Herbert empfiehlt sich.

Fast unmittelbar darauf erscheint die Fürstin Bismarck, welche ihrem Gatten eine Limonade bringt.

Ich erhebe mich, und er sagt:

„Meine Frau.“

Ich biete der Fürstin meine Huldigung dar. Der Fürst trinkt, und die Fürstin geht hinaus. Sobald wir allein sind, ergreife ich wieder das Wort:

„Ich verstehe und achte Ihre Haltung dem Wiener Hof gegenüber.

„Gestatten Sie mir jedoch die Bemerkung, daß die deutsche Einheit noch nicht beendet ist. Von 1866 bis 1870 haben Sie Wunder verrichtet, aber Sie haben außerhalb Deutschlands viele deutsche Völkerschaften, die Sie früher oder später an sich ziehen werden. — Österreichisches Land mißfällt Ihnen nicht. Sie kommen jedes Jahr hierher, und Gastein, das die wahre Grenze Deutschlands in den Alpen bezeichnet, hat für mich eine Bedeutung: es mag eine Verkündigung sein . . . .“

Er: „Nein, Sie irren. Ich kam schon vor 1866 hierher. — Horen Sie: Wir haben ein großes Reich zu regieren, ein Reich von 40 Millionen Einwohnern, mit weitläufigen Grenzen. Es gibt uns viel zu tun, und wir wollen aus Ehrgeiz nach neuen Eroberungen nicht das, was wir haben, aufs Spiel setzen. Das Werk, dem wir uns gewidmet haben, nimmt unsere ganze Zeit, unsere geistigen Kräfte

vollkommen in Anspruch. Wir haben viele Schwierigkeiten zu überwinden. In seinem Alter kann der König keine starken Erschütterungen mehr vertragen. Er hat sehr viel für Deutschland getan und muß nun ausruhen.

„Wir haben in unserem Lande verschiedene katholische Fürsten, eine katholische und dazu französische Königin, einen unruhigen Klerus, den man durch besondere Gesetze in Ruhe halten muß. Wir haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens. Böte man uns eine katholische Provinz Österreichs an, wir würden sie zurückweisen.

„Es wird uns nachgesagt, daß wir Holland und Dänemark wollen.

„Was sollen wir nur damit? Wir haben schon genug nichtdeutsche Völkerschaften, um noch nach anderen Verlangen zu tragen. Mit Holland stehen wir in gutem Einvernehmen, und mit Dänemark sind unsere Beziehungen nicht schlecht. Solange ich Minister bin, stehe ich auf seiten Italiens, aber wenn ich auch Ihr Freund bin, will ich mit Österreich nicht brechen.

„Im Jahre 1860 war ich in Petersburg, aber mein Herz war mit Ihnen. Ich war sehr zufrieden über Ihre Erfolge; denn sie stimmten zu meinen Ideen.

„Nach allem möchte ich Ihnen wiederholen, daß wir wünschen, Sie würden Österreichs Freunde. Man könnte einen Ausgleich in der Orientfrage finden, wenn Sie, sobald Österreich sich Bosnien aneignet, eine türkische Provinz an der Adria nehmen.“

Ich: „Eine Provinz an der Adria genügt uns nicht; wir würden nicht wissen, was wir damit anfangen sollten.

— Wir haben keine Grenzen nach dem Osten hin; Österreich liegt jenseits der Alpen und kann in das Reich einfallen, wann es ihm beliebt. Wir wollen nichts von den andern; wir werden treu an den Verträgen halten, aber wir wollen uns zu Hause sicher fühlen: Sprechen sie darüber mit dem Grafen Andrassy!“

Er: „Nein, ich will weder die bosnische Frage und noch viel weniger die Ihrer Ostgrenzen berühren. Lassen wir sie jetzt. Ich möchte nichts berühren, was dem Grafen Andrassy mißfallen könnte; denn ich will ihn mir als Freund bewahren.“

Ich: „Gut, machen Sie, wie Sie es für richtig halten. — Aber bitte sagen Sie mir: Ihnen liegt am Frieden, und Sie hoffen, daß dieser andauern wird. Wir haben die Möglichkeit erwogen, daß in Frankreich die reaktionäre Partei siegt und die Monarchie wieder eingesetzt wird. Und wir sind übereingekommen, daß man diesem Ereignis vorbeugen muß.

„Stellen wir jetzt eine andere Hypothese auf:

„Wenn die Republikaner in Frankreich aus den allgemeinen Wahlen als Sieger hervorgingen, könnten Sie dann nicht ein Mittel der Verständigung finden?

„Ich richte diese Frage nicht zufällig an Sie.

„In Paris sah ich den Abgeordneten Gambetta, der großen Einfluß in seinem Lande hat. Wir haben lange über die politische Lage Frankreichs und über die Notwendigkeit des europäischen Friedens auch zur Sicherung der Republik gesprochen. Ich verbarg ihm nicht, daß ich zu Ihnen ginge; dabei äußerte er den Wunsch einer

Verständigung mit Ihnen und wollte, daß ich mit Ihnen darüber spräche.

„Ich verstehe wohl, daß ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland noch nicht möglich ist; denn die Gemüter sind wegen der erlittenen Niederlagen noch zu sehr erbittert (aigris). Aber es gibt einen Punkt, über den Sie sich einigen könnten, und Italien würde Ihnen darin folgen; es ist der der Abrüstung."

Er: „Ein Bündnis mit dem republikanischen Frankreich wäre für uns zwecklos. Eine Abrüstung der beiden Länder wäre nicht möglich. Vor 1870 wurde diese Frage mit dem Kaiser Napoleon verhandelt, und nach langen Besprechungen wurde der Beweis geliefert, daß sich der Gedanke an die Abrüstung nicht in die Praxis umsetzen läßt. Im Wörterbuch finden sich noch keine Vokabeln, welche die Grenzen zwischen Abrüstung und Rüstung festsetzen. Die militärischen Einrichtungen sind in jedem Staat verschieden. Wenn man die Heere auf Friedensfuß stellt, kann man nicht sagen, ob die Nationen, die sich zur Abrüstung bekannt haben, in der gleichen Lage der Offensive und der Defensive sind. Überlassen wir diese Frage den Gesellschaften der Friedensfreunde."

Ich: „Beschränken wir uns also auf den Bündnisvertrag für den Fall, daß uns Frankreich angreift."

Er: „Ich werde die Befehle des Kaisers entgegennehmen und auf offiziellem Wege über ein mögliches Bündnis verhandeln."

Bei der vorgerückten Stunde und da die zu behandelnden Fragen erschöpft waren, erhob ich mich, um mich zu verabschieden.

„Bleiben Sie noch in Gastein?“ fragte der Fürst.

„Nein, Durchlaucht.“antwortete ich, „jedes Verweilen an diesem Orte wäre unnötig. Ich habe meinen Namen weder in Salzburg, Hotel Europa, noch hier im Hotel Straubinger angegeben.“

„Also dann auf Wiedersehn!“

„Auf Wiedersehn!“

18. September.

Um $^3/_4$10 Uhr morgens verließ ich Gastein in einem Wägelchen, das mich in 3 Stunden nach Lend brachte. Der Zug war noch nicht eingetroffen, und so mußte ich einige Stunden auf dem Bahnhof warten.

Über Lend geht die Eisenbahnlinie, die von Tirol kommt und nach Deutschland führt. Um 2 Uhr mittags reisten wir ab; um 5 Uhr nachmittags waren wir in Salzburg und gegen Mitternacht in München. — Ich stieg im Hotel Vier Jahreszeiten ab.

München, 19. September.

Es gibt in München einen außerordentlichen und bevollmächtigten Gesandten des Königs von Italien. Ich kann wirklich nicht verstehen, warum wir eine diplomatische Vertretung in Bayern haben. Seit der Errichtung des großen Kaiserreichs haben die kleinen deutschen Fürsten keine Stimme mehr in der europäischen Politik. Die Verträge werden in Berlin gemacht, und der Reichskanzler denkt und handelt im Interesse aller deutschen Völker und Staaten.

Die Gesandtschaft in München wird vom Grafen Rati-Opizzoni vertreten. Sein Amt ist eine wahre Sinekure.

Noch hat er keine eigene Wohnung, sondern lebt im Hotel, wo ich ihn fand. Sein Leibblatt, das ihm aus Italien gesandt wird, ist die „Unitá catholica".

Von München aus telegraphierte ich die Resultate meiner Unterredung mit dem Fürsten Bismarck an den König und an den Ministerpräsidenten.

Dem König, mit dem ich unter Chiffre auf französisch korrespondierte, schrieb ich:

„J'ai parlé avec Bismarck. Il accepte traiter alliance défensive et offensive dans le cas où la France nous attaque. Il prendra les ordres de S. M. l'Empereur pour traiter officiellement. Je retourne à Berlin, toujours aux ordres de V. M."

Die Depesche an Depretis hatte folgenden Inhalt:

In Gastein hatte ich mit Bismarck eine zweistündige Unterredung.

Er ist bereit, über ein eventuelles Bündnis für den Fall zu verhandeln, daß uns Frankreich angreifen sollte.

Er nimmt Artikel 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches zwecks öffentlicher Bekundung unseres politischen Einvernehmens an.

Einen Vertrag gegen Österreich weist er zurück.

Die Orientfrage berührt keine deutschen Interessen.

Er wird die Befehle des Kaisers entgegennehmen, um offiziell zu verhandeln. — Schreibe mir nach Berlin."

Um 3¼ Uhr reiste ich von München ab. Graf Rati-Opizzoni hatte die Liebenswürdigkeit, mich zum Bahnhof zu begleiten.

Berlin, 20. September.

Ich komme in Berlin 7 Uhr 45 Min. an. Ich finde einen Brief Dr. Giovanni Valeri's, dem italienischen Sprachen- und Literaturprofessor der Kronprinzessin Viktoria, der Gemahlin des Prinzen Friedrich Wilhelm, des

deutschen Kronprinzen, vor. Valeri, der während meiner Abwesenheit persönlich im Hotel gewesen war, schreibt mir, daß er mit mir über wichtige Dinge zu sprechen habe und mich darum bitte, ihm Gelegenheit zu geben, mich zu sehen. Er hinterläßt seine Adresse: Deutsches Haus — Potsdam.

Ich telegraphiere ihm, daß er im Laufe des Tages, zu einer ihm genehmen Stunde, kommen könne.

Gegen 11 Uhr vormittags erscheinen die Reichstagsabgeordneten Ludwig Loewe und Friedrich Dernburg im Namen der Kollegen und der Mitglieder des Landtags und sprechen den Wunsch aus, mir zu Ehren ein parlamentarisches Bankett zu veranstalten. Ich nehme die Einladung an und überlasse den Herren die Wahl des Tages.

Loewe gehört zur Fortschrittspartei; Dernburg ist nationalliberal.

Graf de Launay besucht mich und überreicht mir zwei Telegramme des Königs. Ich teile unserem Botschafter mit, daß Fürst Bismarck den Vorschlag zu einem Vertrage, der den Italienern in Deutschland die Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte gleich den Einheimischen gewährt, günstig aufgenommen hat.

Die Telegramme des Königs sind, das erste vom 17. als Antwort auf meinen Pariser Brief vom 11. September, das andere vom 20. als Antwort auf meine Depesche aus München.

Das erste ist so gefaßt:

„Merci pour votre lettre qui m'a fait beaucoup de plaisir parce que je vois que vos idées sont parfaitement d'accord avec les miennes. Je remarque cependant que vous ne me parlez pas des aspirations ministérielles.

Faites moi le plaisir de me télegraphier si je dois écrire quelque chose au Prince de Bismarck ou si vous ferez de vous — même sans moi. Je vous souhaite bonne réussite dans tout et je me fie entièrement dans votre expérience et habilité. Bien des amitiés. Victor Emanuel."

Das zweite Telegramm hat folgenden Inhalt:

„Je vous remercie. Tâchez d'avoir quelque document positif pour pouvoir traiter.

Victor Emanuel."

Depretis beeilt sich nicht, mir auf meine Münchener Depesche zu antworten; ich muß ihn mahnen. Er telegraphiert mir am Abend des 20.:

„Ich empfing gestern Dein Telegramm."

Ich schreibe ihm folgenden Brief, in dem ich ihm meine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck schildere:

Berlin, 20. September 1877.

Lieber Depretis!

Gestern übermittelte ich Dir von München aus in Chiffre folgendes Telegramm: „In Gastein hatte ich mit Bismarck eine zweistündige Unterredung. Er ist bereit, über ein eventuelles Bündnis für den Fall zu verhandeln, daß uns Frankreich angreifen sollte. — Er nimmt Artikel 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches zwecks öffentlicher Bekundung unseres politischen Einvernehmens an. — Einen Vertrag gegen Österreich weist er zurück. — Die Orientfrage berührt keine deutschen Interessen. — Er wird Befehle des Kaisers entgegennehmen, um offiziell zu verhandeln. — Schreibe mir nach Berlin."

Sr. Majestät, dem ich eine sofortige Benachrichtigung versprochen hatte, telegraphierte ich in Chiffren Folgendes: „I'ai parlé avec Bismarck. Il accepte traiter alliance défensive et offensive dans le cas où la France nous attaque. Il prendra les ordres de S. M. l'Empereur pour traiter officiellement. Je retourne á Berlin, toujours aux ordres de V. M." Ich erinnere daran, daß ich zu Launay nichts über die Bündnis-Angelegenheit

gesagt habe, sondern mich ihm gegenüber darauf beschränkte, über Artikel 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu sprechen.

Höre also, wie sich die Dinge zugetragen haben:

Ich traf hier am 14. um 7 Uhr früh ein. Gegen Mittag begab ich mich zu Herrn v. Holstein, dem ich den Wunsch, Bismarck zu sehen, ausdrückte. Er erhob dagegen verschiedene formelle und substantielle Einwände.

Der Fürst sei in Gastein. In einem so kleinen Orte würde ein Besuch sofort auffallen und in der europäischen Presse Gelegenheit zu allen möglichen Erörterungen bieten. Es sei besser, ihn hier zu erwarten, denn in einer großen Stadt könnten sich viele Dinge ereignen, ohne daß das Publikum etwas davon merke. Er fügte hinzu, daß der Fürst sehr erfreut sein werde, mich zu sehen und zu sprechen, da er bereits von meiner Reise nach Deutschland benachrichtigt worden sei.

Dies waren die substantiellen Einwände.

Was die formellen betrifft, so war Herr v. Holstein der Ansicht, daß man, um eine Audienz beim Fürsten zu erlangen, sich an den Freiherrn von Bülow wenden muß. Es herrscht Disziplin im Ministerium des Äußeren, und man wagt nichts außerhalb der Hierarchie zu tun.

„Übrigens steht Bülow", so schloß er, „im vollen Vertrauen des Fürsten, er ist sogar während der Abwesenheit des Reichskanzlers der eigentliche Minister der Auswärtigen Angelegenheiten."

Man führte mich bei Herrn von Bülow ein, einem Mann in den Sechzigern, der sehr liebenswürdig war und mich wie einen alten Freund empfing.

Er wußte bereits durch den Grafen Launay, daß ich nach Berlin gekommen war.

Nach einem allgemeinen Gespräch über die politischen Interessen Deutschlands und Italiens kamen wir überein, daß, weil die beiden Nationen die gleichen Grundsätze aufrechtzuerhalten, denselben Feind zu bekämpfen haben, sie verbündet und einig sein müssen. Bülow versprach, an den Fürsten zu schreiben und ihm meinen Wunsch, ihn zu sehen, zu übermitteln.

Am 15. suchten mich Bülow und Holstein im Hotel auf, aber ich war ausgegangen. Darauf schrieb mir Holstein, daß er mir eine Nachricht zu geben hätte.

Ich ging sofort hin und erfuhr, daß der Fürst in bejahendem Sinne geantwortet hätte und mich in Gastein erwartete. Ohne

Zeit zu verlieren, reiste ich abends 8 Uhr ab, in 17 Stunden war ich in München, von dort begab ich mich nach Salzburg, wo ich übernachtete.

Am 17. 9 Uhr 45 Min. früh fuhr ich nach Lend, wo ich um 2 Uhr nachmittags ankam; dort mietete ich mir einen Wagen, der mich in 6 Stunden nach Gastein brachte.

Von Lend steigt die Straße steil den Berg hinan, von dem die Ache herunterstürzt, und nur mühsam klimmen die Pferde hinauf. Man fährt in eine enge, dunkle, kalte Schlucht, der Klamm-Paß genannt, ein; um dann in das gewundene, mehrere Meilen lange Gasteiner Tal zu gelangen. Die Gipfel des Klamm-Passes und die das Tal einschließenden Berge waren mit Schnee bedeckt, leider hatte ich mich nicht mit warmen Kleidern vorgesehen, um mich vor der Kälte zu schützen.

Als ich in Gastein eintraf, das am Ende des Tales am Fuße des Reichenberges liegt, war ich müde und hätte mich gern ausgeruht. Dessenungeachtet sandte ich zunächst meine Karte und bald darauf ein Schreiben an den Fürsten Bismarck, der sofort seinen Sekretär schickte, um sich zu entschuldigen, daß er wegen seiner schwachen Gesundheit nicht persönlich kommen könnte, mich aber sogleich empfangen würde.

Ich ging hin, und wir blieben von ½8 bis 10 Uhr abends zusammen. Wir sprachen über alles, was Europa an Interessantem bietet, und über das, was uns anbetrifft, findest Du einen Auszug in meinen vorhergegangenen Telegrammen.

Du wirst einen ausführlichen Bericht über die Unterredung erhalten. Vorläufig sage ich Dir nur, daß, wenn es auch in der Orientfrage keinen von den drei Kaisern geschriebenen Vertrag gibt, dennoch Bedingungen zwischen ihnen festgesetzt sind, nach denen die Frage im gegebenen Falle gelöst werden muß. Wenn Rußland vorwärtsschreitet, besetzt Österreich Bosnien und die Herzegowina und annektiert sie im Falle einer Aufteilung des türkischen Gebiets. Als ich bemerkte, daß Italien einer Vergrößerung Österreichs links vom Adriatischen Meere nicht gleichgültig gegenüberstehen kann, antwortete mir Bismarck:

‚Nehmen Sie sich Albanien!'

Darauf erklärte ich ihm, daß wir gar nicht daran dächten, und daß er sich ins Mittel legen müßte, einen Ausgleich für uns durch eine Grenzregulierung nach den Alpen hin zu erreichen. Seine Antwort aber lautete, daß man davon in Wien nicht sprechen könne, daß Deutschland als der Freund beider

Mächte den Frieden zwischen Österreich und Italien wünschen und zu ihm verhelfen müsse, und endlich daß es beim gegenwärtigen Stand der Dinge, und falls Österreich seine Politik nicht ändert, Stillschweigen bewahren müsse, um nicht Verdacht zu erwecken.

Ich bin nun der Ansicht, daß man in Anbetracht der russischen Mißerfolge und der Voraussicht einer Wiederaufnahme des Kampfes im Frühling klar und offen in Wien und London sprechen und unsere Gedanken frei darlegen müßte. Inzwischen wäre es nötig, unsere Rüstungen zu beschleunigen und alle Argumente bereit zu halten, damit man auch uns anhört.

Meine Fahrt von Berlin nach Gastein blieb ein Geheimnis. In Salzburg und Gastein wurde mein Name in den Hotels nicht genannt.

De Launay wußte von meinem Besuch bei Bismarck, aber Deinen Vorschriften gemäß verschwieg ich ihm dessen wahren Zweck.

Hier mache ich für heute Schluß und grüße Dich herzlich.

Dein Crispi."

Um 8 Uhr abends erscheint Dr. Valeri und sagt mir, daß die Kronprinzessin meinen Besuch wünscht.

Ich erwiderte, daß ich mich durch die liebenswürdige Kundgebung der edlen Prinzessin sehr geehrt fühle und es Ihrer Kaiserlichen Hoheit überlasse, den Tag zu bestimmen, an dem ich sie sehen könnte.

Valeri erzählte, daß die Prinzessin sehr von Italien eingenommen wäre und mit Liebe seine Fortschritte verfolge. Erfreut über den Besuch des Präsidenten der italienischen Kammer in Berlin, hätte es Ihrer Kaiserlichen Hoheit gefallen, ihn zu sich nach Potsdam zu rufen.

Ich bat den liebenswürdigen Boten, der erlauchten Prinzessin meinen Dank abzustatten und ihr zu sagen, daß ich mich glücklich schätzen werde, ihr persönlich meine Huldigung und Verehrung darbringen zu können.

Berlin, 21. September.

Da das gestrige Telegramm Depretis' mir nicht ausführlich genug schien, antwortete ich mit dem folgenden:

„Ich erhielt Dein lakonisches Telegramm. Se. Majestät der König war höflicher als Du. Ich benachrichtige Dich, daß de Launay nichts von den Bündnisverhandlungen gegen Frankreich weiß."

Herr von Holstein schreibt mir:

Berlin, 21. sept. 1877.

Monsieur le Président!

Pouvant parfaitement imaginer à quel point toute tentative de vous trouver chez vous serait une pure formalité, je me permets de me annoncer d'avance, pas par égard de la personne du soussigné, mais parce que j'ai quelque chose à communiquer.

J'aurai donc l'honneur de passer chez vous demain samedi vers deux heures.

Dans le cas où cela viendrait à déranger des combinaisons antérieures, je vous prie de croire que je serai ici à votre disposition depuis midi à 5 heures.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de mes sentiments de très haute considération.

Holstein."

Um 1 Uhr mittags begebe ich mich zu Herrn von Holstein; er kündigt mir an, daß Bismarck nach Berlin kommen würde.

Er fragt mich nach den Eindrücken, die ich auf meiner Gasteiner Reise gewonnen und ich antworte, daß ich sehr zufrieden bin und daß ich hoffe, meine in dem Gespräch mit Sr. Durchlaucht für das Wohl beider Nationen gewonnene günstige Überzeugung bei der Rückkehr des Fürsten in die Hauptstadt bestätigt zu hören.

Herr von Holstein ist der Meinung, daß es für mich nicht leicht sein wird, den Fürsten wiederzusehen.

Diesmal ist Se. Durchlaucht sehr beschäftigt und wird schwerlich Zeit finden, jemand zu empfangen. Aber vielleicht wird er eine Ausnahme machen.

Herr von Holstein hat die Weisung, mir zu sagen, daß Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Prinzessin Viktoria meinen Besuch wünsche und daß sie wahrscheinlich mich zum Essen in das Palais zu Potsdam einzuladen beabsichtigt. Er fügt hinzu, daß ich die Einladung bald erhalten werde.

Als ich in das Hotel zurückkomme, finde ich einen Brief des Abg. Dernburg vor, der mir für Sonntag, den 23., das parlamentarische Bankett ankündigt.

Der Brief ist folgendermaßen abgefaßt:

„Berlin, den 21. September 1877.

Monsieur le Président!

Vous avez bien voulu accepter le petit banquet que les membres du Reichstag et du Landtag, présents à Berlin, ont eu l'honneur de vous offrir comme témoignage de leurs sympathies pour vous, Monsieur le Président, pour vos collègues et pour votre grande et belle patrie.

Puisque vous avez eu la bonté de nous laisser le choix du jour nous vous avons proposé le dimanche prochain. Nous nous permettrons de venir vous chercher ce jour à cinq heures moins un quart.

Je suis heureux de pouvoir vous exprimer au nom de mes collègues et dans mon nom personnel, le vif plaisir et la grande satisfaction que votre présence en Allemagne nous inspire. J'en tire les meilleures conséquences pour les relations futures des deux peuples déjà si étroitement unis.

Agréez l'expression de ma considération la plus distinguée avec laquelle je suis, Monsieur le Président, votre très dévoué.

F. Dernburg.

Membre du Reichstag et Chef-Redacteur de la Nationalzeitung."

Ich antworte:

Kaiserhof, le 21. Septembre.

„Monsieur et cher Collègue!

En remerciant vous et vos collègues, au Reichstag et au Landtag, de l'honneur que vous me faites, j'accepte l'invitation et je vous attendrai à l'hôtel dimanche 23 courant à l'heure que vous m'avez indiquée. Agréez, Monsieur, mes salutations bien cordiales."

Ich schreibe an Depretis:

Graf de Launay benachrichtigt mich, vom Hofmarschall ein Schreiben mit der Ankündigung erhalten zu haben, daß mich die Prinzessin am Sonntag, den 23. abends zum Essen bei sich haben möchte.

Das Zusammenfallen der beiden Einladungen bringt uns in Verlegenheit, und wir wissen nicht, was wir machen sollen. Endlich nimmt es der Botschafter de Launay auf sich, die Frage auf irgendeine Weise zu lösen.

Abends zu später Stunde empfange ich das Antworttelegramm Depretis' auf meines von heute morgen.

„Meine gewohnte Schweigsamkeit wird noch durch eine Krankheit erhöht, die mich seit 8 Tagen an das Bett fesselt. Du sollst sie aber als ein Klugheitsattest auslegen, das nicht weiter prüft, sondern das Ergebnis der Unterredung, über welche Du mir berichtetest, als Dein Werk anerkennt.

Laß die wichtige, dringendste Frage noch offen. Kannst Du nicht mehr erreichen, so verschaffe Dir eine Unterlage, die uns ermöglicht, darauf zurückzukommen und darauf zu bestehen[1]).

Mir scheint, daß man verstehen müßte, daß wir der Orientfrage nicht gleichgültig gegenüber stehen dürfen, falls sie durch eine Vergrößerung Österreichs gelöst werden soll."

Unverzüglich antwortete ich durch folgendes Telegramm:

[1]) Als ich an Depretis schrieb, war die Frage, auf die er anspielt, schon weitläufig behandelt worden (siehe meinen Brief vom 20. September).

„Mit großem Bedauern höre ich von Deiner Krankheit. Verhandlungen über eine eventuelle Vergrößerung Österreichs wurden gepflogen und können jederzeit wieder aufgenommen werden[1]).

Man muß die Frage daher in Wien und London behandeln.

22. September.

Für das Essen in Potsdam und das parlamentarische Bankett wurde dank Ihrer Kaiserlichen Hoheit, der Prinzessin Viktoria, die der nationalen Vertretung den Vorrang gab, eine passende Lösung gefunden.

Graf de Launay schreibt mir über diese Angelegenheit:

„Alles ist auf das beste geordnet. Als Antwort auf mein Telegramm an den Hofmarschall erhalte ich die Nachricht, daß die Einladung nach Potsdam auf Montag verschoben ist.“

Herr Friedrich Goldberg, Korrespondent verschiedener deutscher und ausländischer Zeitungen, hatte mich um eine Unterredung gebeten, die ich ihm gewährte.

Er kam zur bezeichneten Stunde und fragte mich vor allem, ob ich mich eines besonderen Auftrages der italienischen Regierung wegen beim deutschen Kaiser hier aufhielte, und ob ich von meinem Berliner Besuch befriedigt wäre. Ich antwortete, daß ich ohne jede offizielle Verpflichtung nach der Hauptstadt Deutschlands gekommen und von meiner Reise sehr befriedigt wäre, denn ich hätte persönlich die Sympathien der Deutschen für Italien feststellen können.

Herr Goldberg sprach sich lobend über die italienische Politik aus. Er meinte, daß es z. Z. in Europa sehr schwierig

[1]) In demselben Brief vom 20. September spreche ich von meinen Einwänden gegen die vorgeschlagenen Erwerbungen Österreichs und von den Antworten des Fürsten Bismarck.

sei, den Frieden aufrechtzuerhalten, und daß ein Krieg vernichtende Folgen für Deutschland sowohl als für alle anderen Nationen haben würde, weil auf die Bündnisse noch kein Verlaß sei.

Er fragte mich nach meiner Meinung über den russisch-türkischen Krieg, und ich antwortete:

„Es ist ein Akt der Gewalttätigkeit, dem Europa untätig zusieht. Dies wäre ohne die Lösung der früheren Bündnisse nicht geschehen."

Er: „Sie haben recht, aber Deutschland kann keine andere Haltung einnehmen. Deutschland hat im Orient keine Interessen, und wenn es für die Türkei Partei ergreifen würde, so hätten wir einen allgemeinen Krieg. Frankreich würde gern den Vorwand ergreifen, um wieder an den Rhein zu gelangen und Rache wegen der 1870 erlittenen Niederlagen zu nehmen. Doch ich versichere Sie, daß Rußland den Deutschen nicht sympathisch ist, und daß seine Verluste an der Donau unserer Bevölkerung Freude bereitet haben."

Ich: „Ich verstehe das alles nicht. Da Rußland 1870 neutral blieb, beeinflußte es Ihre Siege. Wenn Rußland auch nur auf diplomatischem Wege dazwischen getreten wäre — und der arme Thiers hat sein Möglichstes dazu getan —, hätte das deutsche Heer Paris nicht erreicht. Sie müßten ihm folglich dankbar sein."

Er: „Und doch ist es so. Sie müssen die Deutschen vom Kaiserlichen Hof unterscheiden; die ersten sind die Gegner, der zweite ist der Freund Rußlands. Die russischen Grenzen sind für unsere Waren und unsere Bürger streng abgeschlossen. Sie können sich nicht vorstellen,

welche Unannehmlichkeiten die Polizei und die russischen Zollbeamten den Deutschen bereiten, und wie schwer es ist, in Rußland zu reisen.

„Klagen hierüber hört man jetzt täglich und stündlich, und da das deutsche Volk die seine eigenen Interessen berührenden Dinge selbst zu beurteilen liebt, so vermehren sich seine Antipathien je nach dem erlittenen Schaden."

Ich: „Das alles ist wohl möglich, aber Deutschland ist mit Rußland politisch verbunden; darum müssen sie sich beide zu verständigen wissen und Hand in Hand vorgehen. Preußen ist ebenso interessiert wie Rußland, die Ende des 18. Jahrhunderts bei der Aufteilung Polens eroberten Provinzen zu behalten. Zu diesem Zwecke sind also die Höfe von Berlin und Petersburg gezwungen, eine gleiche Politik zu treiben."

Er: „Nein, Sie täuschen sich! Das gehört zur inneren Verwaltung! Deutschland braucht niemand, um sein Besitztum in den Provinzen, wo die Bevölkerung nicht ganz und gar deutsch ist, garantieren zu lassen. In Westpreußen und im Herzogtum Posen sind die echten Polen Landbewohner, und diese sind gefügig, arbeitsam und gehorsam. Dort haben die großen Herren keinen rechten Einfluß! Die Städte sind größtenteils deutsch geworden. In Posen ist die Hälfte der Bevölkerung deutsch, und wenn auch in Danzig die Polen die Mehrzahl bilden, so sind sie doch deshalb nicht zu fürchten (il ne sont pas à craindre pour cela). Die Stadt blüht durch den Handel, und ihre Bevölkerung würde nicht gewinnen, wenn sie sich von

Deutschland trennen wollte. Übrigens hat Danzig eine starke Garnison und stellt einen militärischen Platz ersten Ranges dar. Folglich ist es nicht leicht, die Stadt einzunehmen. Erinnern Sie sich, wie schwer es im Jahre 1813 war, sie zur Kapitulation zu bewegen!“

Ich: „Daß Deutschland in Westpreußen seine Autorität in normalen Zeiten aufrechterhalten kann, habe ich keinen Grund anzuzweifeln. Aber ich glaube nicht, daß es so bleibt im Falle einer Revolution. Sie werden sich gewiß des polnischen Aufstandes im Jahre 1863 erinnern und nicht vergessen haben, daß sich damals Preußen und Rußland zu einem Vertrage[1]) genötigt sahen, um den Aufruhr gemeinsam zu unterdrücken. Aufstände sind ansteckend, besonders wenn sie vom Nationalitätsprinzip angeregt wurden!“

Er: „Im Jahre 1863 gab es noch kein Deutsches Reich!“

Ich: „Wenn auch! Wir müssen bedenken, daß in den Provinzen polnischen Ursprungs die Bevölkerung katholisch ist, und die Katholiken geben viel zu schaffen! Posens Bevölkerung und sein Klerus ist am unternehmungslustigsten und kühnsten unter den Katholiken.“

Er: „Das ist etwas ganz Anderes. Die katholische Partei ist in ganz Deutschland stark; sie besitzt Geld und Zeitungen und eine kraftvolle Organisation. Aber sie stellt im ganzen Kaiserreiche doch nur eine Minorität dar. Sie kann Ärgernis geben, aber wird niemals gefürchtet werden. Es ist eine Partei wie jede andere, verpflich-

[1]) Vertrag vom 8. Februar 1863.

tet, die Gesetze zu respektieren, und kann daher im Zügel gehalten werden."

Ich: „Gestatten Sie mir, Sie aber darauf aufmerksam zu machen, daß die Frage in den polnischen Provinzen anders liegt. In den deutschen Provinzen sind die Katholiken Deutsche, und diese können nicht den Sturz des Kaiserreiches wünschen. Die polnischen Katholiken haben nichts mit Deutschland gemein; ihr Vaterland ist ein anderes. Auch in dem Religionskampf würden sie Mittel und Wege finden, ihre Nationalität hochzuhalten."

Er: „Ich stimme mit Ihnen über die Schwierigkeit dieser Frage überein; aber Fürst Bismarck versteht sein Handwerk und hat dies bei jeder Gelegenheit bewiesen. Ihm kann es nicht schwer fallen, die Polen in Ruhe zu halten, sobald sie den öffentlichen Frieden stören wollen. Im November 1870 nahm die Geistlichkeit Posens mit dem Erzbischof an der Spitze die Initiative für eine Agitation zugunsten der weltlichen Macht des Papstes. Die Bewegung breitete sich aus, nahm aber keine politische Form an. Dann kamen im Mai die Gesetze, denen alle nationalen Parteien und ganz Deutschland zugestimmt hatten; und, falls es nötig ist, werden noch andere Gesetze eingebracht werden. Der Fürst ist bestrebt, ein starkes Freundschaftsband um Deutschland und Italien zu schlingen, und die Katholiken müssen nachgeben und gehorchen."

Ich: „Als Italiener muß ich der deutschen Regierung für ihre Haltung in dem, was mein Land angeht, dankbar sein. Aber Sie haben keine genügenden Gründe ge-

funden, um mich zu überzeugen, daß Rußland und Preußen in der polnischen Frage nicht vereint vorzugehen brauchen."

Danach erhob ich mich. Herr Goldberg verstand meinen Wunsch und verabschiedete sich.

Ich sehe Herrn von Holstein und bitte ihn um eine Nachricht, wann ich den Fürsten Bismarck sehen könnte.

23. September.

Ich empfange folgendes Schreiben von Herrn von Holstein:

„Monsieur le Président!

Le Prince part dans l'après-midi de demain, lundi, plus-tôt qu'il n'en avait eu l'intention. Cependant il espère vous voir encore. Peut-être aurez-vous l'obligeance de venir me trouver un peu avant une heure. A une heure le Prince compte être libre. Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de mes sentiments de très haute considération.

Dimanche. Holstein."

Um ½1 Uhr begab ich mich in das Bureau des Reichskanzlerpalais zu Herrn von Holstein. Er kündigte mir an, daß der Fürst sehr beschäftigt sei und einige ausländische Minister nicht hätte empfangen können. Er fügte jedoch hinzu, daß er mich morgen um 1 Uhr zu sehen wünsche.

Herr von Holstein sagte mir, daß der Fürst den Staatsminister Dr. Leonhardt mit dem Studium der Frage über die Gleichstellung der Deutschen und der Italiener betreffs Anwendung ihrer bürgerlichen Rechte in Deutschland beauftragt habe. Er riet mir, zu Leonhardt zu gehen und mich mit ihm über diese Angelegenheit zu verständigen.

Dann sprachen wir vom Bankett und dem Essen am

Potsdamer Hofe. Der Fürst sei über diese Sympathiebeweise sehr erfreut.

Um ½3 Uhr gehe ich in Begleitung vom Grafen de Launay in das Justizministerium, um Dr. Leonhardt wiederzusehen. Er ist ein Mann in den sechziger Jahren, mit offenem Gesicht und liebenswürdigen Manieren. Sofort kommen wir auf die Sache selbst zu sprechen. Ich sagte, daß nun die Zeit gekommen sei, in der außerhalb des öffentlichen Lebens jede Verschiedenheit in der Behandlung der einzelnen Staatsangehörigen aufhöre. Ein allgemeines Gesetz muß in dem Bereich der individuellen Beziehungen die gleichen Rechte allen Menschen, ohne Ausnahme der Nationalität, in allen Ländern sichern. Ich erinnere daran, daß Italien mit seinem neuen Gesetzbuch den anderen Völkern ein Beispiel gegeben hat, indem es die Fremden im vollen Besitz ihrer bürgerlichen Rechte läßt. Ich bemerkte, wie traurig es wäre, daß noch keine Regierung ihm auf diesem Wege gefolgt wäre. Ich wies die Notwendigkeit eines Vertrages zwischen Deutschland und Italien nach, damit jede Mißstimmung zwischen den Gesetzgebungen beider Länder verschwände.

Leonhardt erklärte sich einverstanden und versprach, zur Erfüllung unserer Wünsche beizutragen.

23. September.

Um ½5 Uhr treffen die Abgeordneten Loewe und Dernburg im Kaiserhof ein, und wir begeben uns zusammen nach dem Hotel de l'Europe (Poppenberg), das sich „Unter den Linden" befindet.

Das Bankett war im großen Saal mit großer Einfachheit, aber mit wirklicher Eleganz vorbereitet.

Ich fand dort den Grafen de Launay, der vor mir angelangt war, Mitglieder des Reichstags und der beiden Häuser des Landtags, Bundesratsbevollmächtigte, Ministerialdirektoren und Unterstaatssekretäre, den Bürgermeister von Berlin, Künstler, Gelehrte, Journalisten. Es war jede politische Partei vertreten, die Nationalliberalen in der Mehrzahl, die Fortschrittspartei fast ganz, und für die Konservativen Herr Grävenitz.

Als ich ankam, übernahm der Präsident von Bennigsen die Vorstellung; und bald darauf gingen wir zu Tisch.

Der Präsident des preußischen Landtags saß zu meiner Linken, Graf de Launay zur Rechten.

Als die Stunde der Toaste geschlagen hatte, erhob sich Herr von Bennigsen und schlug ein Hoch auf Kaiser Wilhelm und auf König Viktor Emanuel vor.

Alle erhoben sich und brachten begeistert das Hoch aus.

Dann setzte eine Pause ein; und wieder erhob sich Bennigsen und brachte ein Hoch auf den Präsidenten der italienischen Kammer aus. Er sprach französisch; und fast alle folgenden Toaste wurden ebenfalls auf französisch gehalten[1]).

Der Redner erinnerte an die alten geistigen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland. Er sprach von den künstlerischen und natürlichen Schönheiten der Halbinsel, die zu allen Zeiten die Deutschen herbeilockten und eine moralische Herrschaft über sie ausübten.

[1]) Bennigsens Rede habe ich der „Nationalzeitung“ entnommen.

Er berührte kurz die mittelalterlichen Kämpfe, aber fügte sofort hinzu, daß den Eroberungskriegen Friedenszeiten folgten, in denen die gegenseitige Zuneigung der beiden Völker durch das Band der gemeinsamen Interessen noch vertieft wurde.

„Deutschland", sagte er, „fühlt für Italien eine aufrichtige treue Freundschaft. Beide Nationen haben die gleichen Bestrebungen und die gleichen Ziele, die Aufrechterhaltung der nationalen Einheit, die Entwicklung einer liberalen, parlamentarischen Verfassung. Sie müssen diese Güter gemeinsam verteidigen und durch ihre Vereinigung blühend im Innern, stark und geachtet nach außen hin werden. So sind Italien und Deutschland in der Gegenwart und der Zukunft dazu geschaffen, vereint vorwärts zu schreiten.

„Wenige unter den Anwesenden werden Italien noch nicht gesehen haben, während selten ein Italiener zu uns kommt und sich in unser vielleicht zu sehr gefürchtetes Klima wagt. Deshalb dürfen wir uns um so mehr über die Gegenwart unseres Gastes freuen.

„In Herrn Crispi verehren wir einen der tüchtigsten Männer seines Landes, einen von begeisterter Vaterlandsliebe beseelten Mann, hervorragend durch seinen politischen Scharfblick und durch die Erkenntnis dessen, was seinem Heimatlande am besten nützt.

„Wollen Sie sich deshalb mit mir vereinigen in ein Hoch auf ein Bündnis beider Länder, auf den Ruhm und die Größe Italiens, auf den Präsidenten der italienischen Deputiertenkammer, einen der edelsten Söhne seiner Nation."

Alle erhoben sich und riefen Beifall. Darauf war ich genötigt, zu sprechen, und drückte zunächst mein Bedauern aus, daß ich der deutschen Sprache nicht mächtig sei. Ich dankte im Namen Italiens und sagte, daß jenseits der Alpen den Deutschen ein Brudervolk lebe. An dem Tage, an welchem sich Italien und Deutschland erhoben, verstanden sie die Gemeinsamkeit ihrer Interessen. Ich erinnerte an die Lage der beiden Länder vom Mittelalter bis 1815. Das alte Reich hatte keine wahre Größe, nur Reaktion und Despotismus; der Kongreß von 1815 verweigerte Italien wie Deutschland jede politische Existenz auf dem alten Kontinent. Nach langen Prüfungen und Opfern, und dank der beiden Dynastien, welche den Geist und die Tendenzen ihrer Völker verstanden, hat die im Jahre 1848 begonnene nationale Bewegung beiden Nationen eine Verfassung gebracht, die im Innern die Freiheit belebte und zugleich ein Friedenspfand für Europa wurde.

Das neue Deutsche Reich hat nichts mit dem alten zu schaffen. Die Fahne von Regensburg fiel, die neue Fahne ist das Zeichen der Freiheit und Einheit und flößt Italien Vertrauen ein. Ich schloß, indem ich ein Hoch auf den Kaiser, den Hüter der deutschen Einheit, und auf die ständige Freundschaft zwischen Italien und Deutschland ausbrachte.

Dann sprachen Schulze-Delitzsch, der italienische Botschafter de Launay und der Bürgermeister von Berlin, Duncker, der daran erinnerte, daß Italien den anderen Völkern die Mutter der Zivilisation war, und ein begeistert aufgenommenes Hoch auf Rom ausbrachte.

24. September.

Um 11 Uhr Besuch der Zuchthäuser; Trennung der Jugendlichen von den Erwachsenen — gemeinsame Werkstätten — Bettnischen — die Synagoge und die Kapelle — die Zellen und die Arbeit — dreißig Handwerke — die Schulen — die Küche, das Lazarett — die Beamten — die Schildwachen vor der Tür des Zuchthauses.

Um 1 Uhr Besuch beim Fürsten Bismarck.

Auf den Rat des Herrn von Holstein stieg ich zur Wohnung des Reichskanzlers hinauf. Kaum hatte ich die Schwelle betreten, da erhob sich der Fürst. Nachdem wir uns herzlich die Hand gedrückt, sagte ich:

„Ich wollte Berlin nicht verlassen, ohne Sie noch einmal gesehen zu haben."

Er: „Und ich bin eigens nach Berlin gekommen, um Ihnen die versprochene Antwort zu geben. Wegen der Gegenseitigkeit des Genusses der bürgerlichen Rechte in beiden Ländern sind wir bereit, auf der Grundlage des Artikels 3 Ihres Gesetzbuches den Vertrag abzuschließen. Senden Sie die regelrechten Vollmachten, und wir werden alles in Ordnung bringen."

Ich: „Aber dies ist es nicht allein, was ich wünsche und was mein König fordert. Was sagen Sie zu dem Allianzprojekt zwischen dem Königreich Italien und dem deutschen Kaiserreich im Falle, daß das eine oder das andere oder beide Länder von Frankreich angegriffen würden?"

Er: „Ich habe den König noch nicht gesehen, und schreiben kann ich ihm über solche Dinge nicht. Ich muß ihn selbst sprechen und mündlich seine Befehle entgegennehmen."

Ich: „Aber wer ist in Deutschland mächtiger als Bismarck? Wenn Sie entschlossen sind und das, was ich vorschlage, als nützlich für beide Länder ansehen, so hat der König keinen Grund, entgegengesetzter Meinung zu sein."

Er: „Ich bin zur Unterhandlung bereit. Lassen Sie sich Vollmacht geben, und wir werden uns über den Wortlaut des Vertrages einigen."

Ich: „Auf welchen Grundlagen? Wonach sollen sich die Prinzipien richten? Und was tun wir betreffs Österreichs?"

Er: „Ich sagte Ihnen, daß ich betreffs Frankreichs bereit bin, zu verhandeln, betreffs Österreichs nicht. Unsere Stellung beiden Ländern gegenüber ist nicht die gleiche. Frankreichs gegenwärtige Lage ist unsicher. Wir wissen nicht, wer aus dem Kampf zwischen Mac Mahon und dem Parlament als Sieger hervorgehen wird. Der Präsident-General hat sich mit seiner Wahlproklamation sehr viel vergeben, und wer weiß, ob aus den nächsten allgemeinen Wahlen nicht eine monarchische Kammer hervorgehen wird. Ein König könnte sich nur auf das Heer stützen, dieses würde die Revanche verlangen . . . . . ."

Ich: „Und ich sage Ihnen, daß er sich auch auf den Klerus stützen wird, der die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes verlangt . . ."

Er: „. . . Keine dieser Gefahren können wir von Österreich befürchten, und es ist wichtig für uns, dies Reich zum Freunde zu haben. Ich gehe noch weiter, ich will nicht einmal annehmen, daß es unser Feind wer-

den könnte. Wir hätten übrigens, wenn es, was ich nicht glaube, seine Politik änderte, immer noch Zeit, uns zu verständigen."

Ich: „Beschränken wir uns also auf Frankreich . . . Aber auf welchen Grundlagen soll unser Vertrag geschlossen werden?"

Er: „Das Bündnis wird sowohl ein defensives wie ein offensives sein müssen. Nicht weil ich den Krieg will, den zu vermeiden ich das möglichste tun werde, aber der Natur der Dinge selbst wegen.

„Stellen Sie sich zum Beispiel vor, die Franzosen zögen zweimal hunderttausend Mann in Lyon zusammen. Der Zweck ist sonnenklar. Sollen wir warten, bis sie uns angreifen?"

Ich: „Gut. Ich werde dem König über Ihre Ideen berichten, und wir werden die ordnungsmäßigen Vollmachten für die Abfassung der beiden Verträge senden."

Er: „Für den Vertrag über die Gegenseitigkeit des Genusses der bürgerlichen Rechte in unseren Ländern können Sie die Vollmachten an de Launay schicken; wegen des Bündnisses würde ich lieber mit Ihnen verhandeln."

Ich: „Sehr wohl. Über diesen Gegenstand werde ich mit Sr. Majestät dem Könige reden und seine Befehle entgegennehmen."

Er: „Ich habe mit Andrassy gesprochen und ihm gesagt, daß Sie bei mir gewesen wären, und daß die italienische Regierung in guter Freundschaft mit Österreich leben möchte. Er freute sich darüber und trug mir auf, Sie zu grüßen. — Gesprächsweise teilte ich ihm auch

mit, daß Italien nicht wünschte, daß Österreich Bosnien und die Herzegowina annektiere. — Mit Rußland steht es schlecht, und für dieses Jahr ist der Feldzug zu Ende. Österreich hat durchaus keine Absicht, sich zu rühren. — Sie würden gut tun, wenn Sie Andrassy aufsuchten. Sie werden einen sehr guten Freund in ihm finden."

Ich: „Erlauben Sie mir, Durchlaucht, daß ich nun von einer Angelegenheit spreche, die von höchstem Interesse für Italien ist.

„Pius IX. ist alt, und es wird nicht lange mehr dauern, bis er diese Welt verläßt. Wir werden dann ein Konklave zur Ernennung seines Nachfolgers haben. Es ist ja wahr, daß Sie als protestantische Regierung sich nicht wie die katholischen um die zukünftige Wahl des römischen Pontifex zu kümmern brauchen, aber auch in Deutschland haben Sie katholische Bevölkerung und einen katholischen Klerus, und es kann nicht ohne Interesse für Sie sein, was sich im Vatikan ereignet."

Er: „Für mich hat es wenig zu bedeuten, wer der Nachfolger Pius IX. sein wird. Ein liberaler Papst würde vielleicht schlimmer sein als ein reaktionärer. Der Schaden liegt in der Konstitution. Die Persönlichkeit, wer sie auch sein möge, und welche Ansichten und Neigungen sie auch besitze, wird wenig oder gar keinen Einfluß auf die Haltung des Heiligen Stuhles haben. Wer im Vatikan herrscht, ist die Kurie."

Ich: „Das ist nur zu wahr, und Sie haben dies in dem herben Kampfe erprobt, den Sie von 1870 an mit

dem katholischen Klerus ausfechten mußten. Wir Italiener sind Ihnen dankbar dafür.“

Er: „Aber ich kann der italienischen Regierung nicht gleichermaßen dankbar sein: Sie haben den Papst in Watte gewickelt, und niemand kann ihn treffen[1]). Seit dem März 1875 haben wir die italienische Regierung auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die das Gesetz über die Garantien des Heiligen Stuhles für die anderen Mächte enthält. Die Frage ist offen geblieben.“

Ich: „Sie werden wissen, daß ich dieses Gesetz bei seiner Diskussion im Parlamente bekämpfte.“

Nachdem wir noch einige Ideen von geringerer Wichtigkeit ausgetauscht hatten, verabschiedeten wir uns in herzlicher Weise mit einem „Auf Wiedersehn.“

24. September.

Um 8 Uhr Diner in Potsdam — Der Verlobte der Prinzessin Charlotte — Die Festungswerke Roms — Prinz von Sachsen-Meiningen.

25. September.

Diner bei de Launay — Vorher beim Magistrat.

Berlin, den 25. September 1877.

An Se. Majestät den König von Italien,
Herr!

Bei der Erklärung meines heutigen Telegramms und jenes vom 19. d. Mts. fühle ich die Pflicht, Ihnen anheim zu geben, wie ich die mir von Ew. Majestät im Einverständnis mit dem Präsidenten des Ministerrats anvertraute Mission bei Sr. Durchlaucht, dem Fürsten Bismarck, erfüllt habe.

[1]) Die Worte des Fürsten lauteten genau folgendermaßen: „Vous l'avez emboîté dans le coton; et personne peut l'atteindre.“

Die Aufgaben meiner Mission, die den Gegenstand der am 7. in Gastein und am 24. in Berlin stattgehabten Unterredungen bildeten, waren folgende:

Eventuelles Bündnis mit Deutschland im Falle eines Krieges mit Frankreich oder Österreich.

Übereinkommen in der Lösung der verschiedenen Fragen, die infolge des türkisch-russischen Krieges im Orient auftauchen könnten.

Gleichstellung der Deutschen und Italiener im Genuß der bürgerlichen Rechte in jedem der beiden Staaten.

Der Fürst verhielt sich entschieden ablehnend zu einem Vertrag gegen Österreich. Er will ihn gern annehmen gegen Frankreich, obgleich er die Hoffnung ausdrückte, daß letztere Macht sich ruhig verhalten und den europäischen Frieden nicht brechen werde.

Auch ich erklärte, daß wir diese Hoffnung nährten; jedoch gab ich ihm zu bedenken — und der Fürst war derselben Ansicht —, daß im Falle eines Triumphes der reaktionären Partei in den nächsten politischen Wahlen und eines möglichen Sturzes der Republik die folgende Regierung unbedingt zum Kriege ihre Zuflucht nehmen müßte, um die Niederlage von 1870 wieder gut zu machen und in ihrem Lande Macht und Ansehen zu gewinnen.

Was Österreichs Haltung uns gegenüber anbetrifft, so äußerte der Fürst sein Bedauern und drückte den Wunsch aus, daß sich zwischen beiden Regierungen ein herzliches Einvernehmen herstellen lassen möge.

Als ich ihn jedoch darauf aufmerksam machte, daß Österreich, auch wenn es nach 1866 den Frieden nötig habe, nicht den erlittenen Schaden werde vergessen können und in mehr oder weniger ferner Zukunft die Notwendigkeit fühlen werde, seine Stellung in Deutschland wieder zu gewinnen, antwortete der Fürst, er wolle glauben, daß dieser Fall nicht eintrete. Ein einziger Grund könnte Anlaß zu Zwistigkeiten zwischen den beiden Kaiserreichen geben, und das wäre der, daß Österreich durch sein Verhalten eine Bewegung in Polen ermutigen wolle.

„Österreich" — sagte der Fürst — „kitzelt den Ehrgeiz des polnischen Adels. Nichtsdestoweniger" — fügte er hinzu — „stehen die Dinge nicht so, um Besorgnisse zu erregen. Lassen Sie mich nur Vertrauen zur österreichischen Regierung haben. Wenn der Tag kommen sollte, daß ich mich in meiner Voraus-

sicht getäuscht hätte, würden wir immer noch Zeit haben, darauf einzugehen und könnten dann ein Bündnis festsetzen."

Meine Überzeugung ist, daß der Fürst sich eng an Österreich halten will, und ich glaube, aus seinen Worten schließen zu können, daß er mit dem Wiener Kabinett übereinstimmen möchte und den Wunsch hat, daß auch wir ihm in dieser Politik folgten. Die Möglichkeit eines Bruches zwischen den beiden Reichen scheint das Gemüt Sr. Durchlaucht nicht im entferntesten zu beunruhigen. In bezug auf Italien erklärte er mir ganz offen, daß er es sehr bedauern würde, wenn es mit Österreich bräche, aber Krieg würde er darum nicht führen.

Zu den Angelegenheiten im Orient erklärte der Fürst, daß Deutschland kein Interesse daran habe, und daß infolgedessen Se. Durchlaucht jede Lösung annehmen würde, die nicht den europäischen Frieden störe.

Unverzüglich erwiderte ich, daß Italien sich aber nicht gleichgültig dabei bezeigen könne. Ich sprach dann von den in Umlauf gesetzten Gerüchten über territoriale Veränderungen und von den russischen Vorschlägen, Österreich behilflich zu sein, Bosnien und die Herzegowina zu nehmen, um es sich zum Freund zu machen.

Bei dieser Gelegenheit erinnerte ich an die Lage, in der wir uns seit dem Friedensvertrag von 1866 befinden, und wie jede Gebietserweiterung des Nachbarreiches unserm Lande Schaden bedeuten würde. Unsere Grenzen — sagte ich — sind nach Osten zu offen, und wenn Österreich am Adriatischen Meer seine Macht verstärken sollte, wären wir eingeengt wie in einem Schraubstock und überhaupt nicht mehr sicher.

Ich fügte noch hinzu: „Sie müssen uns bei dieser Gelegenheit helfen. Wir sind den Verträgen treu und wollen auch von anderen nichts weiter. Sie müßten morgen den Grafen Andrassy von allen Eroberungsgelüsten auf türkischem Gebiete abraten."

Der Fürst entgegenete, daß er nicht über alles das mit dem Grafen Andrassy reden wolle, weil diese Streitfragen dem österreichischen Minister unangenehm sein könnten. Er glaube jedoch, daß ein Vergleich möglich sei, und schlage vor, daß, im Falle Österreich Bosnien und die Herzegowina haben würde, Italien sich Albanien oder einen andern türkischen Besitz am Adriatischen Meere nehmen solle.

Als wir in der gestrigen Unterredung von neuem über die verschiedenen, schon in Gastein behandelten Fragen diskutiert hatten, erklärte mir der Fürst, während ich mich verabschieden

wollte, daß er dem österreichischen Minister von unserm Widerstand, den wir Österreich bei der Wegnahme Bosniens und der Herzegowina entgegensetzen würden, Mitteilung gemacht habe. Und er fügte hinzu: „Gehen Sie nach Wien. Ich bin sicher, daß Sie sich mit dem Grafen Andrassy verständigen können."

Eine Reise nach Wien ist notwendig, um die Absichten Andrassys hinsichtlich der Orientfrage besser kennen zu lernen und um zu sehen, ob ein Ausgleich mit Österreich möglich ist. Ich werde es tun, nachdem ich in London gewesen bin, wohin ich morgen, wie ich schon an Ew. Majestät telegraphiert habe, reisen werde.

Der Fürst machte keinerlei Einwendungen gegen die Gleichberechtigung der Deutschen und Italiener in jedem der beiden Staaten bei Ausübung der bürgerlichen Rechte, sondern stimmte ihnen im Gegenteil aus ganzer Seele bei.

Der Fürst sprach mir von einem Vertrag, den Deutschland mit der Schweiz, betreffs der Bürger von Neufchâtel, habe und er möchte, daß wir ihn zur Grundlage für denjenigen nähmen, der zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreich Italien abgeschlossen werden soll.

Für einen eventuellen Bündnisvertrag gegen Frankreich, sagte mir der Fürst, würde er die Befehle des Kaisers einholen. Was den Sondervertrag in bezug auf die Ausübung der bürgerlichen Rechte anbetrifft, so wünscht er ihn möglichst bald geschlossen zu sehen und in der Folge sollen die Befugnisse dazu von Ew. Majestät an den Grafen de Launay gegeben werden.

Andere Fragen von geringer Wichtigkeit wurden am 17. und 24. d. Mts. behandelt, aber ich unterlasse es, darauf einzugehen, weil ich die Grenzen dieses Briefes zu weit ziehen müßte. Ich werde Ew. Majestät nach meiner Rückkehr nach Italien einen Sonderbericht darüber geben in einer Audienz, die Ew. Majestät geruhen wollen, mir zu gewähren.

Stets den Befehlen Ew. Majestät gewärtig, verbleibe ich in aller Ergebenheit und herzlicher Ehrerbietung usw."

F. Crispi.

26. September.

Abschiedsbesuch beim Staatssekretär Friedberg und dem Minister von Bülow.

Vor meiner Abreise von Berlin sende ich folgendes Telegramm:

An Se. Majestät den Kaiser Wilhelm.

Baden-Baden.

Im Begriff Deutschland Lebewohl zu sagen, empfinde ich ein lebhaftes Bedauern, nicht persönlich Ew. Majestät meine Huldigung haben darbringen zu können. Es drängt mich Ew. Majestät als dem Oberhaupt der großen Nation herzlich für die Beweise der Sympathie zu danken, die das edle deutsche Volk Italien gegeben hat.

Francesco Crispi.

10 Uhr 45 Min. abends reise ich von Berlin vom Potsdamer Bahnhof ab. In Potsdam überfällt mich die Müdigkeit, trotz der intensiven Kälte.

27. September.

In Kreiensen wache ich wieder auf. Um 5 Uhr nachmittags sind wir in Ostende; und um 8½ Uhr schiffen wir uns nach England ein.

28. September.

4 Uhr morgens Ankunft auf der Station Connon Street.

Marquis Menabrea — Auf der Suche nach Stansfeld — Vorstellung im Athenäum-Club — Karte abgegeben beim Speaker, beim Lord Chancellor, beim Lord Chief-Justice, bei Lord Beaconsfield und Lord Derby.

Rom, 26. September 1877.

Lieber Crispi!

Meine Gesundheit habe ich mir in Stradella ruiniert. Ich hatte wieder einen der gewohnten gichtischen Anfälle, ich vernachlässigte ihn und vom Arzt wurde er schlecht behandelt. Der Zwang, mich nach Rom zu begeben, wo meine Gegenwart

erforderlich war, und die Anstrengungen der Reise haben das Übel noch verschlimmert, und in Rom dehnte sich der Gichtanfall auch auf den Darm aus. Die Krankheit war sehr lästig und drohte langwierig zu werden, obgleich sie nicht so schwer war. Jedoch siegte meine gute Natur, und mit Hilfe von Abführmitteln und Senfpflastern habe ich den Anfall überwunden. Auf den Füßen kann ich mich noch nicht halten, aber es wird jetzt nicht mehr lange dauern. In 3 oder 4 Tagen werde ich vollständig wieder hergestellt sein, ich betrachte mich schon jetzt als in voller Genesung befindlich.

Deine Reise wird folgendes bemerkenswerte Ergebnis haben: Die Diplomatie hat begonnen, uns kennen zu lernen, uns Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und offen mit uns zu verhandeln. Lange waren wir Verschwörer um der Einheit unsres Vaterlandes willen, als Abgeordnete der Liberalen errangen wir uns allgemeine Achtung, jetzt wird man lernen, uns als Staatsmänner zu schätzen. Sobald Du hier sein wirst, werden wir uns darüber einigen müssen, wie das Resultat Deiner Mission fruchtbar zu machen und zu sichern ist.

Hiermit gebe ich Dir einige Nachrichten, die zu wissen gut für Dich ist, damit Du die Zeit Deiner Rückkehr nach Rom danach einrichten kannst.

Zunächst von den inneren Angelegenheiten.

Zanardelli hatte seinen Abschied eingereicht, weil man ihm telegraphiert hatte, daß die Verspätung im Abschluß der Verträge ein Mißgeschick sei. Ich antwortete maßvoll und erhielt seine Einwilligung zur Weiterführung der Verhandlungen. So hoffe ich also, noch zu einem Abschluß zu gelangen, ohne eine Krisis hervorzurufen. Von Mancini hoffe ich wenig, weil ich nicht glaube, daß seine Gesundheit sich vollständig wieder herstellen wird. Es wird mit unser größter Verdruß sein.

Indessen ist da noch eine andere Unannehmlichkeit. Cialdini kam nach Rom und zeigte sich sehr unzufrieden mit Mezzacapo wegen der Pensionierungen in der Armee und mit Nicotera wegen der siebenzig Ordenscomthure und sprach von seinem Abschied, der, wenn auch nicht sofort, so doch binnen kurzem erfolgen würde. Die Entlassung Cialdinis würde uns sehr schaden, und darum tätest Du gut, wenn Du auf Deiner Rückkehr nach Italien Paris berührtest, um ihn zu besuchen und ihn zu überreden, uns nicht seinen Beistand zu entziehen. Er sagte mir, daß er Dich gesprochen habe und Du ihm gesagt hättest, daß eine Vergrößerung der Truppenkörper von der Kammer angenommen

worden wäre. Ich weiß nicht, ob die Sache leicht durchgegangen wäre und will nicht behaupten, daß in den von Mezzacapo getroffenen Maßnahmen sich nicht einige irrige befanden. Aber sicher ist, daß etwas getan werden mußte, und daß man jetzt um jeden Preis verhindern muß, daß General Cialdini von seinem Amt zurücktritt. Du weißt, daß die Partei die Vorkehrungen Mezzacapos gebilligt hat, daß eine feindliche Haltung gegen ihn Partei und Ministerium verletzen würde, und daß sie vielleicht eine Bresche schlagen würde, durch die unsre politischen Gegner eindringen könnten.

Was die äußeren Angelegenheiten betrifft, so ist es gut, wenn Du weißt, daß de Launay über Deinen Besuch bei Bismarck[1]) an Melegari berichtet hat und die Worte besonders hervorhob, die Bismarck zu Andrassy gesagt hat. Jene Worte sind indessen für uns ein Programm geworden, um dessen Verwirklichung wir uns bemühen müssen. Leider kennen wir nicht die Antwort Andrassys, und sicherlich werden unsre Forderungen in Wien auf den heftigsten Widerstand stoßen. Es bedarf von unserer Seite großer Geschicklichkeit, großer Beständigkeit und auch eines bißchen Glückes, um zu reussieren.

Die Bemerkungen, die Du in dieser Hinsicht Bismarck gemacht hast, mußt Du vorsichtig auch Derby machen. Mit England haben wir viele Interessen gemeinsam, keines entgegengesetzt. Unser Wunsch, uns mit ihm in vollstem Einvernehmen zu erhalten, ist dringend. Das liegt auch in unserm eigenen Interesse, denn wenn wir in einen Krieg hineingezogen würden, so liegt in Englands Freundschaft die Sicherheit unsrer befestigten Plätze, nämlich unsrer großen Städte.

Wenn Du mit den englischen Staatsmännern sprichst, kannst Du vielleicht eine heikle Frage berühren, die Du aber nicht ganz entwickeln darfst, wenn sich nicht eine günstige Gelegenheit bietet, und auch dann mußt Du immer noch mit großer Klugheit vorgehen.

In der letzten Zeit wurden wir von einem Teil der englischen Presse schlecht beurteilt. Irgend jemand hegte den Argwohn, daß ein Bündnis zwischen Italien und Österreich existiere, ein Bündnis, das niemals auch nur im Gedanken eines Menschen bestanden hat. Letzthin veröffentlichte die Foreign Office eine Bekanntmachung über die Pässe, mit denen die eng-

[1]) Die gesperrten Wörter sind im Original chiffriert.

lischen Untertanen aufgefordert wurden, sich zu versehen, wenn sie beabsichtigten, sich nach Italien zu begeben. Jene Bekanntmachung war eine unverdiente Beleidigung für Italien und seine Regierung, die die britischen Untertanen stets mit der größten Sympathie empfangen hat und auch stets weiter empfangen wird. Und sind wir nicht die Gegner des Papsttums, das der älteste Feind Englands ist? — Viele glauben nun in Italien, daß das Vorhandensein dieser Stimmung zum großen Teil auf eine einzige Persönlichkeit zurückzuführen sei. Wir genießen nicht die Sympathieen des jetzigen großbritannischen Botschafters in Rom, der ein intimer Freund unsrer politischen Gegner ist.

In dieser Angelegenheit verlasse ich mich auf Deine Vorsicht. Auch würde ich gern sehen, wenn Du mit unserm Botschafter ein Wort darüber sprächest.

Ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du mir aus London telegraphieren könntest, wie man dort über das Ergebnis der nächsten Wahlen in Frankreich denkt. Diese Voraussagungen werden mir auch vom finanziellen Standpunkt aus nützlich sein.

Dann bitte ich Dich noch, mir Deine Reiseroute zu telegraphieren und den Tag, an dem Du glaubst, in Rom eintreffen zu können. Weil die Finanzlage eine gute ist, hoffe ich, wird auch die parlamentarische Lage gut sein; aber das ist nur eine Seite des Problems, das wir lösen müssen, und um die liberale Partei in der Macht zu befestigen, bedarf es noch des Fleißes und der Arbeit und großer Anstrengung.

Ich verbleibe stets Dein sehr anhänglicher

A. Depretis.

P. S. Bestätige mir bitte zu meiner Beruhigung telegraphisch den Empfang dieses Schreibens.

London. R $\frac{1 \quad 10}{d^{\circ} \quad d^{\circ}}$

(Telegramm):

Habe Deinen Brief erhalten. Werde meine Rückkehr telegraphieren, sobald ich Derby gesehen habe.

Crispi.

London, 3. Oktober 1877.

Lieber Depretis!

Gestern erhielt ich Deinen Brief . . . . . Cialdini werde ich bei meiner Durchreise in Paris sehen, sollte sich jedoch

meine Rückkehr beschleunigen, so werde ich versuchen, ihn in Italien zu sprechen.

Wir haben seinerzeit über das Heer und die Landesverteidigung gesprochen. Mit den von Mezzacapo getroffenen Anordnungen zeigte er sich nicht zufrieden.

Als wir aber die einzelnen Fälle durchgingen, mußte er zugestehen, daß viele der Pensionierten wirklich altes Eisen waren, und daß diejenigen, die zur Disposition gestellt oder vernachlässigt worden sind, bei der ersten Gelegenheit wieder in Ehren eingestellt werden könnten.

In der Tat hat das Kriegsministerium den Elementen, die aus der Revolution hervorgegangen sind, wenig Ehrerbietung gezeigt, während man denjenigen, die vor 1860 unsere Feinde gewesen sind, jede Rücksicht hat zuteil werden lassen. Was denkst Du über Pianell, der den Oberbefehl über Verona führt, an den Pforten Italiens, wenige Schritte von Tirol entfernt? Wohlgemerkt, Verona ist eine Festung, die hätte zerstört werden sollen, mit der die Österreicher liebäugeln, die sie uns bei der ersten Gelegenheit wegnehmen würden, und die sie leicht zu unserm Schaden ausnützen könnten. In Deutschland wurde mir gesagt, daß man sie nicht hat schleifen wollen, um nicht Pianells Mißfallen zu erregen.

Wie dem auch sei, das sind Dinge, die wir wieder in Ordnung bringen können.

Cialdini wird sich davon überzeugen, und ich werde alles daran setzen, daß er keine Handlung begeht, die zu unserm Nachteil ausgelegt werden könnte.

Ich konnte de Launay nicht verhehlen, daß ich mit Bismarck zusammen gewesen bin. Wie ich Dir telegraphierte, habe ich ihm gegenüber nur die Verhandlungen zwecks eines Bündnisses gegen Frankreich geheim gehalten. Er brachte mir indessen stets alle Briefe und Telegramme zu lesen, bevor sie weggeschickt wurden. Und ich will hoffen, daß Du sie alle gelesen hast. Ich muß unbedingt nach Wien gehen, um Andrassy zu sprechen. Dort ist die Militärpartei entschlossen, sobald sich nur eine Gelegenheit bietet, Bosnien zu besetzen.

Die deutsche Regierung erhebt keinen Widerspruch, aber sie hat ihre Zustimmung nicht erteilt. Auch hier waren sie, soviel mir Menabrea sagte, nicht dagegen, aber als sie erfuhren, daß wir es ohne eine Gebietsentschädigung an den Alpen nicht dulden können, gaben sie uns schließlich recht.

Bei einer solchen Sachlage kann uns eine freie und ent-

schlossene Sprache, eine Erklärung, die sie unsrer Zustimmung und unsrer Hilfe zu genau festgelegten Bedingungen versichert, nur vorteilhaft sein und kann uns nichts schaden.

Solche Rede zu führen, fühle ich in mir die Kraft, und wenn Du einwilligst, werde ich über Wien fahren. Wenn Du anders darüber denkst, werde ich sofort nach Italien zurückkehren.

Ich erwarte, daß Du mir bei Erhalt dieses telegraphisch Bescheid gibst.

Disraeli ist krank. Derby ist in Liverpool, und ich erwarte eine Nachricht von ihm, um zu erfahren, wann wir uns sehen können. Ich werde ihm meine Ansichten betreffs der Dir soeben mitgeteilten Frage darlegen und zweifle nicht an seiner günstigen Antwort. Es wird mir leicht fallen, darüber zu sprechen, da ich weiß, daß er uns geneigt ist.

Die englische Presse war uns nicht freundlich gesinnt, und daran seid Ihr ein wenig schuld, weil Ihr Euch nicht darum gekümmert und sie den Gemäßigten überlassen habt. Hierzulande sind die Zeitungen sehr mächtig, und man muß mit ihnen rechnen. Da will ich Dir gleich etwas erzählen, was mich betrifft. Gestern veröffentlichte die Times ein Telegramm ihres römischen Korrespondenten, in dem er sagte, daß dort die offizielle und die diplomatische Welt mit meinen Reden in Berlin und meinem Telegramm an Kaiser Wilhelm nicht zufrieden sei. Das ist das Echo einiger Worte der Opinione vom 29., die Eure Zeitungen unwidersprochen hingehen ließen.

Meine Berliner Reden waren sehr verfassungstreu und korrekt. Die höchsten Kreise zeigten sich sehr zufrieden und drückten mir ihre Billigung aus.

Ich sprach über mein Telegramm an den Kaiser mit dem Minister von Bülow und dem Freiherrn von Holstein; diese stimmten mir nicht nur betreffs der Form zu, sondern freuten sich darüber, daß ich dem Kaiser das Verdienst der mir und Italien von der deutschen Volksvertretung dargebrachten Kundgebungen zugeschrieben habe.

Man bedenke, daß diesmal sogar die Etiquette des Hofes beiseite geschoben wurde. Kaum wußte die Kronprinzessin von meiner Anwesenheit in Berlin, als sie jemanden sandte, der mir ihren Wunsch, mich zu sehen, übermittelte. Und da der Kaiser und der Kronprinz im Manöver waren, veranstaltete sie für mich ein Essen in der Potsdamer Residenz. Für mich persönlich hat dies keine Bedeutung, aber ich freue mich für mein Vaterland und für meine Partei.

Dem Foreign-Office werde ich Deine Erklärungen übergeben und versuchen, auch Menabrea dafür zu interessieren, damit auch er den durch die Paßangelegenheit hervorgerufenen schlechten Eindruck verwischen hilft. Ich werde diese Sache nicht vergessen, wenn ich den Grafen Derby sehe.

Du wirst die erbetenen Nachrichten über die allgemeinen Wahlen in Frankreich erhalten und auch meinen Reiseplan erfahren, sobald Du mir den Empfang meines Schreibens telegraphisch bestätigt haben wirst.

Ich freue mich über die gute Finanzlage. Mit guten Finanzen können wir große Dinge erreichen. Überlaß mir die Sorge für das Übrige. In der Kammer wird sich alles ordnungsgemäß vollziehen.

Und nun erlaube mir, daß ich Dir herzlich die Hand drücke.

Dein getreuer Crispi.

4. Oktober.

Besuch in Woolwich.

Ich telegraphiere an Depretis:

„Derby kommt morgen vom Lande, eigens um mich zu empfangen. Sonnabend sehe ich Gladstone. Sonntag reise ich nach dem Festland. In der City hält man den Erfolg der republikanischen Partei bei den allgemeinen französischen Wahlen für sicher. In der französischen Botschaft spricht man dem nicht entgegen, glaubt aber, daß Mac-Mahon Stimmen gewinnen und mit dem linken Zentrum regieren werde."

5. Oktober.

Um 1 Uhr Unterredung mit Lord Derby. Meine Reise nach Deutschland — Übereinkommen über die Gegenseitigkeit der bürgerlichen Rechte — Gegenseitige Sympathien — Frankreich und Deutschland gegenseitiges Mißtrauen — Bismarcks Meinung: ich sage, er wird den Krieg nicht erklären, wenn man ihn nicht dazu zwingt — Frankreich: Verbündete — territorialer status quo. — Änderungen im Orient: Appell an die Gerechtig-

keit der Mächte. Derby: „Nehmen Sie Albanien!“ Unsere Lage gegenüber der Grenzmacht Österreich.

Um 8 Uhr Abreise nach Chester.

Ich telegraphiere an den König:

„J'ai été avec le ministre des affaires étrangères. Il a trouvé juste nos observations contre l'occupation de la part de l'Autriche d'une province ottomane et le cas échéant il en tiendra compte. Il ne m'a pas fait aucune objection lorsque je lui ai dit que dans ce cas nous aurions droit à prétendre une compensation aux Alpes.“

Ich telegraphiere an Depretis:

„Ich war bei Derby. Ich bin sehr befriedigt von unserer Unterredung. Er nimmt an, über Artikel 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu verhandeln, und wird sich unsere Einwände gegen eine mögliche Vergrößerung Österreichs an der Adria gegenwärtig halten.“

6. Oktober.

Ich reise von Chester um 9¾ Uhr ab und treffe in Hovarden-Castle um 10½ Uhr ein. Wer Großbritannien nicht kennt, staunt, alle diese Landschaften bebaut und so dicht bevölkert zu sehen.

Howarden-Castle liegt in der Grafschaft Flint in Walis, dicht an der Grenze von England, dem es unter Heinrich VIII. angegliedert wurde.

Die Besitzung Gladstones befindet sich an derselben Stelle, an der sich das Schloß Eduards I. erhob.

Das Schloß liegt auf einem Hügel und beherrscht die ganze Ebene. Auf der Zinne ist die englische Flagge gehißt und zeigt die Gegenwart Gladstones an.

Das Haus, das er bewohnt, ist wenige Schritte vom Park entfernt. Es wurde vor 60 Jahren im gothischen Stil erbaut. Beim Eintritt sieht man überall Bücher.

Herr Gladstone empfing mich wie einen alten Freund. Er drückte mir seine Freude aus, mich bei sich zu sehen, und ich zeigte ihm meine Befriedigung, einem treuen Freund Italiens die Hand drücken zu können. Er stellte mir seine Frau vor, eine liebenswürdige, gütige Dame, die, als sie hörte, daß ich sofort nach London zurückzureisen gedachte, mir die Freundlichkeit erwies, zu zeigen, daß es ihr leid täte. Herr und Frau Gladstone wünschten, daß ich einige Tage bei ihnen verbrächte.

Lord Gladstone, dem ich von vornherein erklärte, daß ich nicht länger als einen Tag bleiben könnte, rief aus: „Aber ich sehe doch, daß Sie einen Koffer mit haben!“ Als ob er sagen wollte: „Nun, Sie sind doch sicherlich nicht gekommen, um nur einige Stunden bei mir zu verbringen!“

Er begann sofort eine Unterhaltung über die Tagesereignisse, und besonders über den Krieg im Orient und seine Folgen.

Herr Gladstone war der Ansicht, daß die Russen schließlich siegen werden. Er hält einen Winterfeldzug für unwahrscheinlich; aber er glaubt nicht, daß die Türken als Sieger daraus hervorgehen werden.

„Den Türken wird es wie den amerikanischen Untertanen ergehen,“ sagte er. „Bisher haben sie widerstehen können, ja sogar Erfolge erzielen können, weil sie besser bewaffnet sind als die Russen, aber die Überzahl wird siegen. Ein Reich von 80 Millionen Einwohnern verfügt über größere Mittel als ein solches von 26 Millionen. Es ist ein Unglück, daß die orientalische Frage mit den Waffen gelöst werden muß, aber es gibt kein anderes

Mittel. Für Rußland handelt es sich heut um Leben oder Tod!“

Ich lenkte Gladstones Aufmerksamkeit auf die Mißstimmung, ich möchte beinahe sagen die Gehässigkeit der englischen Presse gegen Italien.

„Es ist schwer, den Grund dafür ausfindig zu machen,“ erwiderte er, „weil im Grunde genommen keiner vorhanden ist. Man muß ihn in der Russenfeindschaft suchen, die bis zu einem wirklich lächerlichen Grade gediehen ist. Da Italien mit Deutschland befreundet ist und dieses wieder mit Rußland, so nimmt man an, daß Sie diese Freundschaft teilen! Außerdem ist dieses Gefühl nicht im Volke verbreitet, sondern in den oberen Schichten der Bevölkerung. Nun aber treten heute die oberen Schichten zurück, und das Volk ist die führende Klasse. Glücklicherweise gibt es keine italienische Frage mehr, noch kann es eine geben, aber wenn sie auftauchen sollte, so würden Sie das ganze Land sich für Sie erheben sehen!“

„Ich freue mich über das, was Sie sagen, und werde es nicht vergessen. Wir sind Deutschlands Freunde, weil wir gleiche Interessen und dieselben Feinde haben, aber nicht darum haben wir dieselben politischen Verbindungen oder Freundschaften wie Deutschland. Sehen Sie, auch mit Ihnen sind wir aus fast gleichen Gründen befreundet.“

Die Unterhaltung dehnte sich auf das Papsttum und die orientalische Frage, auf Österreich und Frankreich aus. Ich sagte am Ende:

„Italien ist imstande, ein guter Verbündeter für Sie zu sein, im Gegensatz zu Österreich und Frankreich, auf deren Beistand Sie nicht rechnen können.“

„Sie haben recht, aber ich versichere Sie, daß im englischen Volke alle Sympathien auf Ihrer Seite sind, und Sie dürfen einigen Zeitungsartikeln, die die Folge des Russenhasses sind, keine Wichtigkeit beimessen; sie geben die Gefühle der Nation nicht wieder!“

Die Hausfrau erscheint. — Spaziergang nach dem Schloß. — Zimmer. — Vesper. — Spaziergang im Park. — Die Pfarrei.

Lord Derby schwach, aber ohne Vorurteile gegen den Fremden. Im Grunde genommen ist er liberal. Die Wahl der Pfarrer. — Das Papsttum. — Der neue Papst. — Die Kandidaten. — Kardinal Simeoni. — Kardinal Antonelli. — Seine Töchter. — Der Prozeß.

Das Howarden-Castle wurde zu Karls I. Zeiten von den Anhängern des Parlaments belagert und zerstört. Die Pfarrei von Howarden zählt 6000 Einwohner und stammt aus dem 16. Jahrhundert. Die Pfarrei brannte vor einigen Jahren ab, und es blieben von ihr nur die Mauern stehen. Der Pfarrer lebt von dem Zehnten. — Mittagessen. — Abreise.

Ich erhalte folgendes Telegramm vom König:

7. Oktober.

„Je vous remercie de votre dépêche. Je vous souhaite que les espérances ministérielles se réalisent. Je vous prie de me dire quand vous serez de retour. Vittorio Emanuele.“

Ich antworte:

„Je serai de retour le 22 ou 24 courant. Je vais partir pour Vienne ou j'attends les ordres de V. M.“

9. Oktober.

Abreise von London um 8 Uhr 30 Min. vormittags.

9. Oktober.

Ankunft in Paris 6½ Uhr morgens. Ich spreche Gambetta.

11. Oktober.

Abreise von Paris um 9 Uhr 20 Min. morgens.

12. Oktober.

Komme in Wien um 9 Uhr 30 Min. abends an.

13. Oktober.

Der Botschafter General Robilant schreibt mir, daß er sich mir zur Verfügung stelle. Um ½1 Uhr mache ich ihm einen Besuch. Er gibt mir Informationen — ich telegraphiere an Depretis:

„Deinen Brief erhalten. Andrassy ist auf dem Lande. Er wird am 20. in Pest sein. Lage hier sehr schwierig. Ich werde morgen früh schreiben. Laß die Nachricht, daß ich bei der Wahlrede Gambettas war, dementieren!“

14. Oktober.

Ich erhalte von Depretis folgendes Telegramm:

„Ich erwarte Deinen Brief. Inzwischen muß ich Dich davon unterrichten, daß de Launay in seinem hier angelangten Schreiben dringend empfiehlt, in Wien größte Vorsicht walten zu lassen. Wenn es Dir gelingt, mit Andrassy zu sprechen, bemühe Dich, indem Du unsere Sympathie kundtust, Dich in allgemeinen Ausdrücken zu bewegen und indem Du Dir betreffs jeder Streitfrage, die sich zwischen den beiden Staaten ergeben könnte, die größte Zurückhaltung auferlegst. Wir wünschen bezüglich der orientalischen Frage gemeinsam vorgehen zu können — Bemühe Dich aus diesem Grunde, Deine Rückkehr hierher zu beschleunigen. Die Dinge lassen sich hier ernst an, und Deine Anwesenheit ist durchaus notwendig.“

Besuch beim Minister Glaser — Artikel 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches, Prozeßordnung. — Darauf bezügliche Fragen. Übereinkommen für eine internationale

Konvention. Besuch bei Herrn Orézy — Artikel 3 — Handelsvertrag — Besuch in Schönbrunn.

Lieber Crispi!

Ich schreibe Dir aus Stradella, wo ich mich einige Stunden aufhalten konnte, ich habe in diesen 3 Tagen keinen freien Augenblick gehabt. Nachdem ich der Einweihung der neuen venetianischen Eisenbahnen beigewohnt hatte, begab ich mich nach Brescia oder vielmehr auf einen Landsitz in der Nähe von Brescia, um Zanardelli zu besuchen. Ich hatte eine lange Unterredung mit ihm. Er ist entschieden gegen den staatlichen Betrieb und schien geneigt, mir beizustehen. Ich verschwieg ihm nicht meinen Entschluß, mich der Kammer nur mit den abgeschlossenen Verträgen vorzustellen. In einigen Tagen wird Zanardelli, der jetzt wieder hergestellt ist, nach Rom kommen, und dort wird sich die Sache entscheiden, da ich in der Lage bin, jeden Tag abzuschließen. Es wird aber nötig sein, daß auch Du Dich in Rom einfindest, da, wenn Mißverständnisse zwischen Zanardelli und mir entstehen sollten, die Lage äußerst ernst werden würde. Ich komme jetzt zu dem Hauptpunkte dieses Schreibens, das ich Dir durch mein Telegramm aus Padua angekündigt habe. Es bedarf wohl nicht der Bitte, daß Du in Wien[1]) über Deine Unterredungen mit Bismarck schweigst und Dir die größte Zurückhaltung auferlegst. Die katholische Partei ist in Wien zahlreich und mächtig und wird nicht verfehlen, jeden Deiner Schritte zu beobachten, jedes Deiner Worte zu wägen und aufzunehmen, um es auszusprengen. Die Presse unserer Gegner sucht die böswilligsten Vermutungen zu verbreiten und würde glücklich sein, neue Gründe zu finden.

In bezug auf die Unterredung, welche Du mit Andrassy haben wirst, wird die Diskussion außer dem Artikel 3 sicher auch den Handelsvertrag und die mögliche Vergrößerung Österreichs durch die Annexion Bosniens berühren.

Was den Handelsvertrag betrifft, wird es genügen, unserem Wunsche, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und zu Ende zu führen, Ausdruck zu geben; wenn kein Vertrag von langer Dauer zu erlangen ist, so sehe man zu, sich wenigstens über einen modus vivendi zu einigen, oder über einen Vertrag mit kurzer Verfallzeit,

[1]) Die gesperrten Wörter sind im Original chiffriert.

den man als Versuch ansehen könnte. Die Grundzüge des definitiven Vertrages wurden von uns in einer Denkschrift niedergelegt und Haymerle übergeben; in dieser haben wir auseinandergesetzt, daß wir auf einige Anträge, die uns in den vorhergehenden Verhandlungen gemacht wurden, z. B. auf die Aufhebung des Einfuhrzolls auf Getreide in Italien, aus schwerwiegenden finanziellen Rücksichten nicht eingehen können. Versuche jedoch Andrassy zu überzeugen, daß wir lebhaft wünschen, uns über andere die österreichische Regierung interessierende Punkte zu verständigen!

Bemühe Dich auch, die Stellung unserer Regierung in der 9145 (?) Frage zu erklären.

Italien braucht Frieden und wünscht freundschaftliche Beziehungen mit den Nachbarländern zu bewahren. Unsere Sympathien sind für Andrassy und sein Ministerium und für die liberale Partei, welche ihn stützt; wir sind bereit, alle Anstrengungen zu machen, um die guten Beziehungen zu ihm aufrecht zu erhalten, aber wir werden nicht imstande sein, die öffentliche Meinung in Italien angesichts einer Vergrößerung Österreichs zu beherrschen ohne Kompensationen für uns. Das ist die Wahrheit. Was dann in Italien geschehen wird, ist schwer vorauszusehen, aber es ist klar, daß das bestehende Ministerium nicht auf seinem Posten bleiben könnte.

Sieh zu, mein lieber Crispi, Deine Ausdrücke mit größter Mäßigung zu wählen, sei es aus Rücksicht auf die große Empfindlichkeit Robilants, sei es, um bei der katholischen und der Militärpartei nicht Besorgnisse zu erwecken, die unbedingt vermieden werden müssen. Deine Worte sollen der Ausdruck Deiner freien, persönlichen Meinung sein. Was Dir Andrassy sagen wird, soll uns als Richtschnur dienen.

Da habe ich Dir, mein lieber Crispi, einen meinem Gewissen entsprechenden Überblick über meine Art, die Dinge zu betrachten, gegeben, den Du vielleicht für überflüssig halten wirst, aber Du mußt nachsichtig gegen mich sein, weil ich von dem Ernst der augenblicklichen Lage eingenommen und von dem Wunsche erfüllt bin, nichts zu versäumen, was unserem Lande nützlich sein könnte.

Immer Dein sehr anhänglicher

Stradella, 10. Oktober 1877. Depretis.

Wien, den 15. Oktober 1877.

Lieber Depretis!

Wie ich Dir am 13. abends telegraphierte, ist die Lage hier sehr schwierig. Die Presse, die Politiker, das Ministerium, der Hof, alle sind uns feindlich. Wer diese Antipathien gegen uns heraufbeschworen hat, weiß ich nicht; ich stelle nur die Tatsache fest, die von größter Wichtigkeit ist. Robilant, der mir ein Bild davon entwarf, sagte, daß die Österreicher uns als die Ursache ihres ganzen Unglücks betrachten. ‚Wir erwecken den Nationalitätsgeist in diesen Gegenden und halten ihn wach durch unsern Anspruch auf Illyrien und das Gebiet von Trient. Ohne uns würde der Krieg 1866 niemals ausgebrochen sein, dessen Folge es war, daß Österreich vom Deutschen Bunde ausgeschlossen wurde. Wir könnten die Ursache zum Beginn einer Zersplitterung des Kaiserreichs sein, wenn wir darauf beständen, das italienische Gebiet, welches das Kaiserreich jenseits der Alpen besitzt, zu beanspruchen.‘

Ich brauche Dir gegenüber die Ungerechtigkeit einer solchen Anschuldigung nicht zu erklären. Wenn man, wie wir, dem Gefühle für unzeitgemäße Interessen freien Lauf läßt, kann deren Beurteilung von der gegnerischen Seite nicht unbefangen sein.

So stehen die Dinge. Meine erste Tätigkeit ist gewesen, den Zorn zu beschwichtigen und Italien die Sympathien der liberalen Österreicher wiederzugewinnen.

Die Redakteure verschiedener Zeitungen haben mich besucht, unter ihnen der Besitzer der „Neuen Freien Presse“ und der des „Tagblattes,‘, welche hier und außerhalb die weiteste Verbreitung haben. Ich fragte alle, warum sie seit zwei Jahren unser Ministerium bekämpfen. Der Besitzer der „Presse“ antwortete mir, der Grund sei der, daß Melegari keine klare Politik in der Orientalischen Frage treibe; aus seinem Verhalten gehe sogar hervor, daß wir Partei für Rußland nähmen. Obgleich sie sich dann alle Freunde Italiens genannt und den Wunsch ausgedrückt haben, gute und freundschaftliche Beziehungen mit uns zu unterhalten, haben sie doch zu verstehen gegeben, daß sie nns mißtrauen.

Was die Orientalische Frage anbetrifft, so sagte ich, daß wir vollkommen neutral gewesen seien und es noch sind, und daß wir für keinen der kriegführenden Teile Partei ergreifen, daß wir aber die verschlimmerte Lage der Bevölkerung, die sich

befreien möchte, bedauerten. Bezüglich Österreichs fügte ich hinzu, daß wir seine Freunde seien, und daß wir in allem, was unseren gemeinsamen Interessen dienen kann, im Einverständnis mit ihm bleiben möchten. Da ich mich noch ein wenig weiter über diesen Gegenstand auslassen wollte, verfocht ich die These der notwendigen Erhaltung und Befestigung des österreichischen Kaiserreiches, das wir als ein Element der Zivilisation gegen den Orient ansähen.

Der Besitzer der „Neuen Freien Presse" gab mir das Versprechen, wieder unser Freund zu werden. Wenig Mühe hatte ich mit dem Besitzer des „Tagblattes", da er bei seinem Besuche eine Nummer seiner Zeitung mitbrachte, die einen schmeichelhaften, wenn auch historisch nicht ganz genauen Artikel über mich enthielt.

Als mich gestern Dein Telegramm erreichte, war ich beim Justizminister und bei Baron Orézy gewesen. Letzterer ist die rechte Hand des Grafen Andrassy und sein Vertreter im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten. Als ob ich Deine Gedanken erraten hätte, habe ich mich ihnen gegenüber so verhalten, wie Du es wünschtest. Robilant, der bei meiner Unterredung mit Herrn Orézy zugegen war, konnte nicht umhin, mir seine volle Billigung auszudrücken.

Graf Andrassy ist auf seinen Gütern in Ungarn. Einige sagen, daß er seine Abreise um 24 Stunden hinausgeschoben habe, um meine Ankunft zu erwarten, andere dagegen meinen, daß er seine Abreise beschleunigt habe, um mir auszuweichen. Graf Robilant ist der Ansicht, daß keine der beiden Annahmen richtig sei.

Graf Andrassy wird nach dem 17. in Pest weilen, und da ich mich auch dorthin begebe, werde ich ihn leicht sehen können.

Da ich meinen Plan, diese Reise zu unternehmen, angekündigt hatte, und auch dortigen Freunden, die mich darüber befragt hatten, davon geschrieben habe, kann ich ihn nicht ändern, ohne Verdacht zu erregen und ohne Ursache zu böswilligen Vermutungen zu geben.

Ich versichere Dir aber, daß meine Haltung reserviert sein wird, und daß ich unsere Politik in keiner Weise bloßstellen werde.

Gleich nachdem ich den Abstecher nach Pest gemacht haben werde, werde ich nach Italien zurückkehren.

Für heute drücke ich Dir nur die Hand.

Dein getreuer Crispi.

15. Oktober.

Besuch des Minister Glaser. Wir sprechen wieder des längeren über den Vertrag betreffs des Genusses der bürgerlichen Rechte in beiden Staaten. Vollstreckung richterlicher Entscheidungen. — Beschlagnahme und Lohnfragen. — Grenzen. — Festsetzung des Beschlusses ohne Einspruch.

Visitenkarte bei dem Kammerpräsidenten.

Um 7 Uhr abends in der Oper mit Robilant.

16. Oktober.

Der Kammerpräsident besucht mich. — Wir sprechen von der Geschäftsordnung.

Mittags gehe ich in die Kammer. Vizepräsident Vidulich, ein Istrier, begleitet mich. Auch der Präsident erscheint.

Besuch der Gefängnisse, des Schwurgerichts und der Strafkammer. Um ½5 Uhr Besuch beim Handelsminister.

17. Oktober.

Vizepräsident Vidulich kommt. — Die Gemeinden in Österreich. — Wahlsystem. — Gemeinderat. — Gemeindevertretung und Amtsvorsteher. Plutokratisches Drei-Klassen-Wahlrecht. In den Gemeinden mit Selbstverwaltung wird der Amtsvorsteher oder Bürgermeister vom Gemeinderat vorgeschlagen und vom Kaiser bestätigt. Die Provinziallandtage — Gesetzgebende Macht der Lokalbehörden. Von ihnen hängt die Bezirkseinteilung ab.

18. Oktober.

Ich reise um ½9 Uhr vormittags von Wien ab. Ankunft in Pest um 5½ Uhr nachmittags.

19. Oktober.

Besuch der beiden ungarischen Kammern und des Museums.

20. Oktober.

Um 4½ Uhr Besuch beim ungarischen Ministerpräsidenten Herrn Tisza in Buda. — Er empfängt mich mit den Worten:

„Exzellenz haben eine lange Reise gemacht. Werden Sie nach dem Orient gehen?“

Ich: „Nein, ich habe keinen Grund, dorthin zu fahren. Wien und Pest sind die letzten Etappen meiner Reise. Ich hatte es schon so bei meiner Abfahrt von Italien bestimmt.“

Erster Punkt: Internationale Konvention betreffend den Genuß der bürgerlichen Rechte der Österreicher und Ungarn in Italien und der Italiener in Österreich-Ungarn. Er lehnt nicht grundsätzlich ab, aber geht auf keine der diesbezüglichen Fragen ein.

Zweiter Punkt: Handelsvertrag. Bei der Verlängerung des gegenwärtigen Vertrages möchte man Erleichterung für die ungarischen Weine haben. Als ich bei der Eröffnung der Diskussion bemerkte, daß eine Verlängerung zu nichts nützen könne, erklärte Tisza, daß er eine solche nur auf ganz kurze Zeit wünsche.

Dritter Punkt: Übereinstimmung zwischen beiden Ländern. Antwort: „Es denken nicht alle wie Sie in Ihrem Lande!“ Ich bemerkte, daß das Land vom Parlament und von der Regierung vertreten werde. Das Parlament ist der rechtmäßige Dolmetsch der öffentlichen Meinung. Die Würde der konstitutionellen Regierungs-

form. Alles wird in Italien am Lichte der Sonne behandelt: Militärische und internationale Fragen. Wir können angegriffen werden, wir aber werden niemals angreifen. — Die drei Kaiser. — Die Orientalische Frage. — Im Jahre 1854 hat Piemont reichlich Blut vergossen und Geld hergegeben . . . . Tisza: „Das war keine schlechte Politik!“

Ich: „Da Sie das anerkennen, so müssen Sie verstehen, daß wir nicht von ihr ablassen werden. Übrigens war die Politik Österreichs nicht die gleiche.“

Sympathieerklärungen für Italien.

Ich verabschiede mich um ¾5 Uhr.

Tisza sieht aus wie ein Presbyterianer. Er hat ein undurchdringliches Gesicht. Große Brillengläser verdecken seine Augen. Er diskutiert nicht, er urteilt nur. Man merkt, daß er von den bürgerlichen Rechtsfragen wenig oder gar nichts versteht. Er möchte einen internationalen europäischen Vertrag. Ausgezeichnet, wenn er möglich wäre! Aber er wird vorgeschlagen, damit nichts dabei herauskomme.

Um 5 Uhr erhalte ich den Besuch des Justizministers und seines Unterstaatssekretärs.

„Nous ne voulions pas que vous quittiez Pest sans que vous reste une bonne impression de nous.“

Mittagessen beim Präsidenten Ghyczy. Es sind zugegen Abgeordnete der verschiedenen Parteien und einige frühere Minister: Szlávy (Jósef), ehemaliger Ministerpräsident. — Gorosc, früherer Handelsminister, jetzt Präsident des Klubs der Rechten. — Simonyi, ehemaliger Handelsminister. — Sàpary, ehemaliger Minister des

Innern — Bittò (István), ehemaliger Ministerpräsident — Eber, Deputierter — Waherman Mór, Deputierter — Csernátory, Deputierter und Direktor des „Ellenór“ — Falk, Deputierter und Direktor des Pester Lloyd — Zsedényi, Präsident der Finanzkommission — Pulszky, Direktor des Museums — Kallay Beni, Deputierter der äußersten Rechten — Hélfi Ignácz, Deputierter der äußersten Linken u. a.

Ich telegraphiere dem König:

„Am 24. gedenke ich in Turin zu sein. Ich bitte Ew. Majestät, mir telegraphieren zu wollen, wann und wo ich Sie sehen kann. Zu Ew. Majestät Diensten usw.“

Besuch bei Andrassy um ½1 Uhr. Fragen über die bürgerlichen Rechte. — Handelsvertrag.

Andrassy: „Ich habe mich über Ihre Reise nach Gastein nicht beunruhigt und habe die Zeitungen ruhig reden lassen!“

Ich: „Sie hätten auch keinen Grund gehabt, sich über dieselbe zu beunruhigen, Fürst Bismarck hat mit Ihnen über ihren Zweck gesprochen und Ihnen meine Ideen mitgeteilt! Ich habe nichts gesagt, worüber Sie sich beklagen könnten!“

Andrassy spricht von seiner Politik Italien gegenüber. — Ultramontanismus. — Veraltete Ansichten — seien nicht im Interesse Österreich-Ungarns. Wenn er Italiener wäre, würde er ebenso gehandelt haben. Notwendigkeit, jetzt Freunde zu bleiben und die Übereinstimmung nicht mit praktisch unausführbaren Forderungen zu stören. Er glaubt den Zeitungen nicht, ist vielmehr überzeugt von unserem guten Willen. Er fügt hinzu:

„Das Prinzip der Nationalität ist nicht immer und allerorts anzuwenden; auch ist die Sprache nicht die Norm für die Feststellung einer Nationalität. Mit der Grammatik macht man keine Politik. Es wirken verschiedene Elemente zusammen bei Begründung einer Nationalität! Vor allen Dingen die Bodenbeschaffenheit, dann die wirtschaftlichen Zustände, welche die Lebensbedingungen der Bevölkerung ergeben. Nehmen Sie z. B. Triest, wenn wir es Ihnen auch geben wollten, würden Sie nicht einen Tag dort bleiben können. Sie würden verwünscht werden! Ich habe einen Bericht über diese Angelegenheit, in der ich diese Gedanken entwickle. Wenn ich ihn hier hätte, würde ich ihn Ihnen zu lesen geben. Übrigens, um offen zu sein: Wollen Sie noch andern Landbesitz? Sagen Sie es; das ist eine Politik, welche ich verstehe. Es ist eine Frage . . . . .“

Ich: „Ich stimme im Prinzipe mit Ihnen überein. Die Sprache allein ist nicht Beweis für die Nationalität, und wenn wir sie als Norm aufstellen wollten, würden wir uns viele Staaten zu Feinden machen und Krieg führen müssen. Nun aber ist unsere Politik eine Friedenspolitik. Wir wollen mit den Nachbarn in gutem Einvernehmen leben, uns auf der Basis der Interessen verständigen und die Verträge achten. — Wir werden nicht angreifen, wir würden uns nur verteidigen, wenn man uns angriffe. Wir waren Revolutionäre, um Italien zu schaffen; wir sind konservativ, um es zu erhalten. Sie allein können uns verstehen, weil auch Sie ein Revolutionär waren.“

Andrassy: „Ich war in effigie hingerichtet worden[1])."

Ich: „Nun also, Sie wissen, daß, wenn die Unabhängigkeit und Freiheit eines Landes durch Opfer errungen worden sind, derjenige, welcher diese Opfer gebracht hat, die erworbenen Güter nicht durch kühne Abenteuer in Gefahr bringen mag. — Fiume. — Eine lächerliche Bezichtigung; die Häfen sind für den Handel notwendige Tore. Wer sie hat, muß auch das Gebiet besitzen, aus dem die Produkte kommen. Was könnten wir mit Fiume anfangen? — Die öffentliche Meinung wird von dem Parlament und der Regierung zum Ausdruck gebracht. Haben Sie sich über ihre Haltung zu beklagen gehabt? Die beiden Staaten müssen notwendig Freunde sein und die Regierungen müssen übereinstimmen.

Andrassy: „Eine solche Politik habe ich getrieben, sowohl in den 6 Jahren, die ich Minister war, als auch in den 5 Jahren, seitdem ich Ministerpräsident bin. Ich bekümmere mich nicht um die Zeitungen, noch um die Parlamente — ich trotze der Unpopularität; ich weiß, was das Interesse des Reichs erfordert. Eine Politik der Feindschaft gegen Sie widerspricht den Interessen Österreich-Ungarns. Solange ich Minister bin, werde ich nicht davon abgehen!"

Ich: „Lassen Sie uns über alles dies zum Schluß kommen! Über den Handelsvertrag, über die zivilrechtlichen Beziehungen."

Andrassy: „Langsam! Die Politik hat wenig mit den Handelsbeziehungen zu tun."

[1]) Graf Julius Andrassy wurde, weil er in den Jahren 1848—49 an der Revolution Ungarns, seines Vaterlandes, teilgenommen hatte, von dem österreichischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und am 22. September 1852 in effigie hingerichtet.

Entwickelung dieses Grundsatzes. Beispiel: Deutschland.

Ich: „Ich denke ebenso; aber betrachten wir die Folgen. Ich sage nicht, daß der Handelsvertrag mit geschlossenen Augen abgeschlossen werden soll. Ich denke aber, daß man die Verhandlung anfangen muß, wenn man zu einem Schluß kommen will. Ein Hinausschieben der Verhandlungen würde einen schlechten Eindruck machen."

Andrassy: „Einverstanden."

Ich: „Übereinstimmung in der Orientalischen Frage?"

Der russisch-türkische Krieg; wie er enden wird. Auch dies ist eine Nationalitätenfrage, wie sie lösen? Autonomie der Bulgaren: Bis wohin — bis zum Balkan? — Und die der anderen? Davon, wenn die Russen siegen. — Aber wenn die Türkei siegt? — Man muß also das Ende des Krieges abwarten.

Ich: „Aber dann gerade müssen wir schon einig sein."

Geld und Menschen verbraucht. Eine periodisch wiederkehrende Frage. Notwendigkeit, sie für immer zu lösen. Unmöglich zu bestimmen, ob und wie es vorteilhaft sei, den geographischen ‚status quo' festzusetzen.

Andrassy: „Und auch darüber kann nichts bestimmt werden; man muß den Zeitpunkt abwarten, an welchem die Mächte sich zum Kongreß vereinigen werden."

Ich: „Gut. Würden Sie wohl Rußland ein Gebiet zubilligen?"

Andrassy: „Das nicht, aber für jede Neuordnung muß man den günstigen Augenblick abwarten."

Ich: „Sehr wohl. Auch darin wünschen wir, mit Ihnen übereinzustimmen."

Um ½4 Uhr bei Helfy.

Ich empfange folgende Antwort auf mein Telegramm von heute morgen:

„Je vous prie de venir loger à mon palais à Turin. Mercredi je vous ferai dire heure que j'aurai le plaisir vous voir. Bien des amitiés Victor Emanuel."

Um 9 Uhr 30 Min. Abreise nach Wien.

22. Oktober.

Um 6 Uhr morgens treffe ich in Wien ein. Um 9 Uhr abends bin ich an der Grenze.

23. Oktober.

Um 7 Uhr in Verona. —

In Turin. Unterredung mit dem König.

Neapel, 30. Oktober 1877.

Lieber Depretis!

Ich hoffe, daß wir keinen Krieg haben werden; aber da wir den Lauf der europäischen Ereignisse nicht aufhalten können und dafür sorgen müssen, daß uns Europa für mächtig genug hält, unsere Kraft im Falle von Verwicklungen infolge des Orientkrieges geltend zu machen, so ist es nötig, daß auch wir uns für einen Feldzug bereit halten. Darum, lieber Freund, brauche ich Dir wohl nicht mit Worten zu wiederholen, daß Italien zu jedem Opfer fähig sein muß, um seine Rüstungen zu vollenden. Im Ausland gelten wir für ein vorsichtiges und kluges Volk, aber nicht alle glauben uns stark genug.

Andrassy erwähnte es nicht, aber Robilant sagte, daß der österreichisch-ungarische Ministerpräsident im Gespräch mit ihm bei allen Gebietsfragen immer die eine Antwort gehabt hätte, das Kaiserreich wäre bereit, die Angelegenheit mit den Waffen zu entscheiden.

Im vaterländischen Interesse müssen wir uns also sagen, daß auch wir die Waffen ergreifen können, falls uns das Schicksal einen Feind sendet.

Dies ist die einzige Möglichkeit, einen Krieg zu vermeiden.

Doppelt schmerzlich ist mir der Gedanke, daß man mich nicht hörte, als ich 1870 vom Ministerium der Rechten eine Bewaffnung der Nation in der Voraussicht kommender großer Ereignisse verlangte.

Aber heute sind wir an der Regierung, und wenn ein Unglück geschähe, würden unsere Gegner sofort sagen, daß wir unsere Schuldigkeit nicht getan hätten. Gehen wir also mit vollem Eifer ans Werk, und tun wir das Notwendige.

Ich bitte Dich, mir zu telegraphieren, und ich versichere Dich, daß Du mich bei allem, was das Wohl unseres Landes betrifft, an Deiner Seite finden wirst.

Ich hoffe, daß Du Dich mit Zanardelli endlich einigen wirst.

Auch die Eisenbahnfrage ist von großer Wichtigkeit und muß auf irgendeine Weise bald gelöst werden.

Im Kriegsfall müssen die großen Verbindungslinien zwischen den verschiedenen Teilen Italiens wieder in Ordnung gebracht sein. Zanardelli ist ein großer Patriot und muß erkennen, welche Verantwortung auf ihm ruht. Der Monat Dezember darf nicht vergehen, ohne daß nicht dieser Zweig des öffentlichen Dienstes wiederhergestellt worden ist. Man darf die Eisenbahnen Oberitaliens nicht mehr in den Händen der „S ü d b a h n“ lassen. Obwohl der Direktor Dein Vertrauen genießt, so muß er doch einer uns nicht freundschaftlich gesinnten Gesellschaft gehorchen. Diese Frage ist meines Erachtens nicht nur eine finanzielle, sondern vor allem eine politische.

Wenn Du diese Saite im Gespräch mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten berührst, kannst Du Deines Erfolges sicher sein.

Dein getreuer F. Crispi.

Zweites Kapitel.

Italiens auswärtige Politik von 1878 bis zum Abschluß des Dreibundes.

Graf Corti lehnt die Anregung zu geheimen Abmachungen mit England am Vorabend des Berliner Kongresses ab. — Wie Frankreich seitens der Mächte Carte blanche betreffs Tunis erhielt. — Isolationspolitik. — Wegen Überhandnahme der irredentistischen Bewegung droht Österreich die Grenzen zu überschreiten. — Des Ministerpräsidenten Cairoli Franzosenfreundlichkeit verhindert nicht, daß Frankreich nach Tunis geht. — Die Besetzung von Tunis und Englands Gleichgültigkeit. — Schon damals hätte Italien Tripolis besetzen können. — Von Frankreich enttäuscht, wendet sich Italien an Deutschland. — Dreibundvorspiele. — Graf Maffei. — Der Vertrag vom 20. Mai 1882.

Da die Reise Crispis in Deutschland mit großer Freude begrüßt worden war, so erregte sie natürlich den Verdacht der französischen Regierung und ihrer Presse, die am Horizont sich ein italienisch-deutsches Bündnis entwickeln sahen. Der „Figaro" berichtete in einem Artikel „M. Crispi à Berlin" über den außerordentlich herzlichen Empfang, der dem italienischen Staatsmann bereitet worden war, und gab die bedeutungsvollsten Sätze aus der Rede des Präsidenten Bennigsen wieder, welche dieser bei dem parlamentarischen Diner am 23. September gehalten hatte; unter anderem hob der „Figaro" die Äußerung hervor, daß „die beiden Völker — das italienische und das deutsche — dieselben Feinde zu bekämpfen hätten". Auch in Italien machte es sich

die Presse der gemäßigten Partei zur Aufgabe, die Bedeutung der Crispi bereiteten Aufnahme herabzusetzen, „dieser sei zwar Präsident des Abgeordnetenhauses“ — schrieb die „Gazzetta d'Italia“ — „aber er repräsentiere auch nur dieses letztere, das, von nur 300 000 Wählern eines Volkes von 27 Millionen gewählt, eine kaum wahrnehmbare nationale Minderheit darstelle.“ Die „Opinione“, die maßgebendste Zeitung der Gemäßigten, ging (am 3. Oktobor) so weit, der italienischen Regierung vorzuwerfen, daß sie auf „Kosten der Würde Italiens“ gute Beziehungen zu dem Berliner Kabinett unterhalte. Dieses Urteil erweckte den Unwillen des Botschafters de Launay. Er schrieb an Crispi: „Das ist zu stark. Der Vorwurf fällt zum Teil auf denjenigen zurück, der in Deutschland diese Beziehungen pflegt. Ich habe an Melegari geschrieben, er möchte solche Anklagen energisch zurückweisen.“

In Wirklichkeit hatte Crispi auf seiner Reise durch Europa die Rechte Italiens wirksam vertreten, die Sympathien für Italien neu belebt und die Grundlagen für eine Politik geschaffen, die, hätte man sie ehrlich und klug befolgt, Italien die Schädigungen und die Beleidigungen erspart hätte, die ihm später von allen Seiten zuteil wurden. Er hatte zwar in Österreich noch den alten Groll lebendig gefunden, und er begriff, daß der Tag einer aufrichtigen und dauerhaften Freundschaft zwischen Österreich und Italien noch in weiter Ferne lag. Aber in Deutschland schien der richtige Augenblick für ein Bündnis mit Italien gekommen. Die öffentliche Meinung war dazu geneigt, und Fürst Bismarck war noch keine anderen Verpflichtungen eingegangen. Fürst Bismarck wollte mit Österreich zwar im Einverständnis vorgehen, aber an ein Bündnis mit diesem Reich dachte er erst nach dem Berliner Kongreß, nach dem es im Jahre 1879, als Antwort auf die Drohungen der Panslavisten

mit vieler Mühe, um Kaiser Wilhelm I. zu überzeugen, in der Tat auch zustande kam. Ein deutsch-italienisches Bündnis hätte Italien, abgesehen von allen anderen moralischen, politischen und wirtschaftlichen Vorteilen, auf dem Berliner Kongreß dazu verholfen, seine Rechte vertreten zu können; es hätte das spätere österreichisch-deutsche Bündnis nicht verhindert; aber nicht Italien, sondern Österreich wäre als Dritter Deutschlands Bündnissystem beigetreten, Italien wäre die Demütigung erspart geblieben, die ihm im Jahre 1882 auferlegt wurde, sich erst nach Wien wenden zu müssen, um in Berlin Gehör zu finden; endlich hätte Frankreich im Jahre 1878 nicht Carte blanche zur Einnahme von Tunis erhalten, und es hätte nicht gewagt, auf dem Recht des Stärkeren fußend, Italien zu erniedrigen.

König und Ministerpräsident beschlossen gemeinsam, der auswärtigen Politik Italiens eine neue Richtung zu geben. Am 29. Dezember 1877 trat Crispi als Minister des Innern in das Ministerium Depretis ein. Unglücklicherweise aber erkrankte Viktor Emanuel wenige Tage darauf und starb am 9. Januar 1878. Die Beisetzung des ersten Königs von Italien, die ersten Handlungen des Königs Humbert, der Tod des Papstes Pius IX. und das Konklave, aus dem Leo XIII. hervorging, nahmen die Tätigkeit des Ministeriums vollständig in Anspruch. Als der Augenblick nahte, die Aufmerksamkeit auf die mit Fürst Bismarck in Gastein getroffenen Vereinbarungen hinzulenken, wurde Crispi das Opfer eines schmachvollen Komplotts, das von Männern, die selbst von geringen Skrupeln im öffentlichen wie im Privatleben waren, im Namen der Sittlichkeit mit großer Geschicklichkeit geschmiedet wurde, und das bei dem stets nach Skandalaffären und moralischen Hinrichtungen dürstenden Publikum leicht Glauben fand. Crispi, der, da die Beschuldigungen seine intimsten Familienverhältnisse be-

rührten, sich auf eine Verteidigung vor dem Magistrat beschränkte, erhielt zwar die Bestätigung der Rechtlichkeit seines Handelns, aber er mußte mit unsagbarem Schmerz darauf verzichten, dem Vaterland diejenigen Dienste zu erweisen, die er seiner Überzeugung nach ihm hätte erweisen können.

Der Ärger über den unverbesserlichen Schaden, den seine Feinde mehr Italien als ihm selbst zugefügt hatten, verließ ihn niemals. Aus einem seiner Tagebücher aus dem Jahre 1896, in welchem Crispi ein am 26. Oktober stattgefundenes Gespräch mit dem Senatspräsidenten Domenico Farini wiedergibt, entnehmen wir:

„Wie du weißt, wurde für 1878 die Einberufung eines Kongresses in Berlin festgesetzt, und Italien sollte seinen Vertreter hinschicken. Ich wurde damals, ebenso wie heute, von meinen Gegnern gemißhandelt. Die persönlichen Angriffe ließen mich jedoch nicht die Interessen unseres Vaterlandes vergessen. Ich verschaffte mir die Gelegenheit, Bertani zu sehen, erzählte ihm von meiner Reise durch die verschiedenen europäischen Staaten und von unserer Lage gegenüber dem Ausland, bat ihn, Cairoli aufzusuchen und ihm zu raten, meine briefliche und telegraphische Korrespondenz zu lesen und mich dann zu einer Unterredung zu berufen. Bei Verhandlungen, die internationale Angelegenheiten betreffen, wird nicht immer alles niedergeschrieben. Ich hätte daher zu dem Geschriebenen noch vieles hinzufügen können. Willst du es glauben? Cairoli hat sich geweigert, meine Korrespondenz zu lesen, und hat auch keine Unterredung mit mir haben wollen! Bertani reiste entrüstet ab. In Berlin wurde der Vorschlag, daß Österreich Bosnien und

die Herzegowina besetzen solle, nicht bekämpft, sondern begünstigt."

Die Erklärungen, die Crispi in der Unterredung vom 5. Oktober Lord Derby im Namen Italiens machte, waren eine Saat, die auf günstigen Boden fiel. Da die englische Regierung nicht annahm, daß die äußere Politik Italiens wie ein Kinderspiel veränderlich sei, schlug Lord Derby in den ersten Tagen des März 1878 einen Gedankenaustausch über die gemeinschaftlichen englisch-italienischen Interessen im Mittelmeer vor. Depretis nahm den Vorschlag mit Eifer auf. General Menabrea, der Botschafter in London, telegraphierte am 3. März:

„Gemäß dem Telegramme Ew. Ex. vom gestrigen Tage, begann ich mit Lord Derby über die Angelegenheit in Ägypten, Tripolis und Tunis zu verhandeln. Er sagte mir, es sei augenscheinlich, daß Italien und England im Mittelmeer gemeinsame Interessen hätten, daß er einen Meinungsaustausch über dieses Thema wünsche und sich vorbehielte, darauf zurückzukommen."

Am 13. März telegraphierte Menabrea wiederum:

„. . . . . Derby wiederholte mir, daß er sich mit Italien über die Fragen betreffs des Mittelmeers verständigen wolle, und daß er Paget (den englischen Botschafter in Rom) beauftragt habe, E. Ex. über diesen Gegenstand Eröffnungen zu machen.

Am 16. März wiederholte Menabrea:

„. . . . Lord Derby scheint auf Italien zu rechnen, um die gemeinsamen Interessen im Mittelmeer und am Schwarzen Meer zu verteidigen. Er sagte mir, er habe Sir A. Paget beauftragt, E. Ex. selbst Eröffnungen in diesem Sinne zu machen, da E. Ex. ihm dies in dem Telegramm vom 8. März nahelegten."

Das Ministerium des Äußeren schwieg seit dem 8. März. Depretis hatte am 9. März seine Demission eingereicht; die Ministerkrisis endete am 24. März mit der Ernennung Bennedetto Cairolis zum Ministerpräsidenten. Endlich antwortete Rom. Graf Corti übernahm am

26. März das Amt des Ministers des Äußeren und hatte bereits zwei Tage später keine Bedenken, die ihm von England dargebotene Hand mit folgendem unglaublichen Brief zurückzuweisen, in welchem er die ihm für das gesamte Mittelmeer angebotene Verständigung unerklärlicherweise auf das Gebiet des Schwarzen Meeres und der Meerengen beschränkte.

„Rom, den 28. März 1878.

Exzellenz!

Heute ist der englische Botschafter zu mir gekommen. Er machte mir im Auftrage seiner Regierung die Eröffnung, die E. Ex. mir bereits angekündigt hatten.

In Anbetracht der Veränderungen, die der gegenwärtige Krieg in dem Gleichgewicht der Kräfte herbeiführen kann, das bis zur Stunde die Verbindungen zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer regelte, müßten diejenigen Regierungen, die an diesen Küsten das unmittelbarste Interesse haben, laut Ansicht der Regierung der Königin darin einig sein, den zur Erhaltung ihrer Handels- und politischen Interessen im Schwarzen Meer und in den Meerengen notwendigem Schutz und folglich auch jedwede Handlung, die darauf gerichtet ist, diese Interessen zu verletzen, als eine Frage allgemeiner Wichtigkeit zu behandeln; deshalb müßten sie sich von Zeit zu Zeit, soweit sich dies als praktisch durchführbar erweise, über die Maßnahmen verständigen, die zum Schutz dieser Interessen zu erreichen erforderlich wären.

Ich antwortete Sir Augustus Paget, daß die Regierung des Königs großen Wert darauf lege, mit der englischen Regierung die herzlichsten und freundschaftlichsten Beziehungen zu erhalten; daß England und Italien zweifellos auf dem Gebiete des Handels gemeinsame Interessen hinsichtlich des Regimes der Meerengen und des Schwarzen Meers haben; daß wir daher stets gern die Mitteilungen entgegennehmen und die Benachrichtigungen, die uns die Regierung der Königin rechtzeitig zukommen lassen würde, in ernsteste Erwägung ziehen würden; daß jedoch die Regierung ihrer Majestät nicht der Ansicht sei, aus diesen Gründen Verpflichtungen übernehmen zu können, die sie, gegebenenfalls, zum Handeln zwingen könnten.

Von dieser Mitteilung, die mir der englische Botschafter gemacht hat, und von meiner Antwort scheint es mir angebracht, in dieser Depesche, die zur persönlichen Information E. Ex. bestimmt ist, Notiz zu nehmen. Empfangen Sie usw.

L. Corti.

Angesichts der Unbeständigkeit der italienischen Politik mußte sich Lord Derby eine sehr schlechte Meinung über die „Enkel Machiavellis" bilden. Er hatte anscheinend im Vertrauen auf den Erfolg seines diplomatischen Plans und das seinerzeit Crispi gegebene Versprechen, das die Wahrnehmung der italienischen Interessen gegenüber der beabsichtigten Vergrößerung Österreichs zusicherte, auf Italien gerechnet. Lord Derby beeilte sich zwar wiederum, seinen politischen Eifer zu betätigen, aber diesmal im Interesse Österreichs. Auf dem Berliner Kongreß, der am 13. Juni des Jahres 1878 in der Reichshauptstadt seine Tagung begann, war es einer der englischen Bevollmächtigten, Lord Salisbury, der in der Sitzung vom 28. Juni „nach Prüfung der ernsten Lage in Bosnien und Herzegowina und angesichts der Unmöglichkeit eines Einschreitens seitens der Türkei" vorschlug, daß „diese beiden Provinzen von Österreich-Ungarn militärisch besetzt und verwaltet würden".

Fürst Bismarck, der vergeblich gewartet hatte, daß jemand die im Namen des Königs Viktor Emanuel von Crispi in Gastein und in Berlin geführten Unterhandlungen fortsetzen würde, beeilte sich nun, im Namen Deutschlands dem Vorschlag des Marquis von Salisbury zuzustimmen.

Italien war abwesend; Graf Corti, der es bei dem Kongreß vertrat, verstand nicht einmal zu schweigen. Er fragte den österreichischen Vertreter Andrassy, „ob er in der Lage sei, über die vorgeschlagene Kombination noch eine weitgehendere Erklärung vom Gesichtspunkt des allgemeinen europäischen Interesses zu geben". An-

drassy gab auf die unnütze Frage keine direkte Antwort, sondern sagte einfach, „er sei überzeugt, daß der Gesichtspunkt, der die österreich-ungarische Regierung geleitet hatte, von dem italienischen Kabinett ebenso gewürdigt werden würde, wie er von den anderen europäischen Kabinetten gewürdigt worden war“.

Auch die Zustimmung Frankreichs blieb nicht aus. Der erste Bevollmächtigte dieser Macht, Waddington, äußerte die Ansicht, daß „die von dem englischen Kabinett vorgeschlagene Kombination die einzige sei, die der Bevölkerung Bosniens und der Herzegowinas eine ruhige Existenz sichere, und daß die Einmischung Österreich-Ungarns als eine gemeinsame europäische Polizeimaßregel zu betrachten sei“.

Diese Zustimmung konnte nicht ausbleiben. Da England sich — laut eines mit der Türkei vor dem Kongreß (am 4. Juni) abgeschlossenen Vertrages — die Insel Cypern zu eigen machte, Deutschland seinen Vorteil in der Wahrnehmung der Interessen Rußlands suchte, dessen Dankbarkeit es zu erringen erstrebte, Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina bekam, so erhielt Frankreich laut der geheimen Vereinbarungen die Zustimmung, Tunis nach Belieben zu besetzen.

Die Gewährung dieser Zustimmung, welche die zweideutige Haltung des englischen Kabinetts in der Tunesischen Frage den Vorstellungen Italiens gegenüber erklärt, ist viele Jahre hindurch abwechselnd zugegeben und bestritten worden. Aber bezweifeln kann man sie nicht mehr.

„Gambetta“, so schrieb General Cialdini am 26. Juli 1880, „erinnerte daran, wie Frankreich am Tage nach der Unterzeichnung des Berliner Vertrages vom Fürsten Bismarck den Rat erhielt und von Lord Beaconsfield getrieben und angeregt wurde, sich Tunis' zu bemächtigen, ohne daß Deutschland noch England sich auch nur im

geringsten um die Bestrebungen und um die Bedürfnisse Italiens bekümmert hätten.

Waddington rühmte sich sogar dieser Konzession wie eines großen Erfolges seiner Laufbahn. Aus dem folgenden Brief des Botschafters Tornielli an Crispi geht das deutlich hervor.

„London, 9. Januar 1894.

In dem Wahlkampf, der für Waddington ungünstig ausfiel, rechtfertigte dieser seine Tätigkeit zugunsten seines Vaterlandes Frankreich im diplomatischen Dienst durch einen in den Zeitungen veröffentlichten Brief, in dem er unter anderen Verdienstansprüchen darauf hinwies, daß er es gewesen sei, der während des Berliner Kongresses und mittelst einer heimlichen Vereinbarung mit England für Frankreich „carte blanche" für Tunis erwirkt habe, die es ermöglicht habe, später das französische Protektorat über Tunis zu errichten, ohne daß sich daraus ein europäischer Konflikt entwickelte.

Als ich, dem dringenden Verlangen der Königlichen Regierung folgend, das Interesse des Londoner von Lord Salisbury geleiteten Kabinetts für unsere Angelegenheit betreffs Biserta zu erregen, mich beständig an seinen ausweichenden Antworten auf unsere Anregungen stoßen mußte, verfehlte ich nicht, zu berichten, daß dieser Minister, der während des Berliner Kongresses mit den Vollmachten seiner Regierung ausgestattet war, sich, meiner Ansicht nach, in dieser Angelegenheit von persönlichen Verpflichtungen leiten ließ, die er mit Waddington in Berlin direkt getroffen hatte. Diese Vermutungen, die ich auf Grund des eigentümlichen Verhaltens Lord Salisburys faßte, wurden für mich beinahe zur Gewißheit durch eine Unterredung, die ich im Juli 1893 mit Lord Rosebery hatte, in der mir dieser gesprächsweise bestätigte, daß Frankreich sich während des Berliner Kongresses mit den anderen Mächten über die Besetzung von Tunis verständigt habe.

Der jüngste Brief Waddingtons an seine Wähler läßt jeden Zweifel schwinden. Dieser frühere französische Botschafter in London ist nicht der Mann danach, sich in dem Gebrauch von Worten zu irren, deren Bedeutung und Wert ihm vorzüglich bekannt sind. Ich habe den französischen Text seines Schreibens nicht gesehen, aber ich habe den englischen Bericht, den die ‚Times' gebracht hat, vor Augen: „Finally by a secret stipula-

tion with England, I obtained carte blanche for France in Tunis, which later on permitted us to establish there our protectorate without the occurrence of any europan incident." Wenn Waddington schreibt, daß ein geheimes Einverständnis mit England vorhanden war, so bedeutet dies, daß eine schriftliche Abmachung existierte. Die letzten von ihm gebrauchten Worte würden darauf hinweisen, daß die anderen Mächte davon Kenntnis erhalten hatten, ohne gegen dieselbe Einwand zu erheben. Diese Auslegung würde derjenigen entsprechen, die mir Lord Rosebery gelegentlich gab."

Es ist bemerkenswert, daß die italienischen Bevollmächtigten in Berlin doch einen leisen Verdacht wegen anderer Abmachungen betreffs Tunis, die getroffen worden waren oder noch getroffen werden sollten, hegten. In der Tat telegraphierte der Botschafter de Launay am 18. Juli, fünf Tage nach Abschluß des Vertrages, nach Rom:

„Il serait prudent d'avoir l'œil ouvert à Paris relativement à des combinaisons éventuelles se rattachant à Tunis."

Diese Warnung, die dem Botschafter in Paris, General Cialdini übermittelt wurde, reizte denselben, und er antwortete am 18. Juli:

„En reponse à votre télégramme d'avant-hier soir concernant la question de Tunis, j'envoie aujourd'hui à V. E. nouveau rapport aussi rassurant que possible. Je prie de faire savoir à S. E. l'Ambassadeur de S. M. à Berlin qu'il serait prudent d'avoir l'œil ouvert sur le Prince de Bismarck relativement à des combinaisons éventuelles se rattachant à la Hollande."

General Cialdinis Ironie war durchaus nicht am Platze. Die Abmachung betreffs Tunis war bereits eine Tatsache. Aber nicht in Paris hätte man die Augen offen halten sollen, wie de Launay es riet, sondern, zu rechter Zeit, in Berlin.

Graf de Launay, der vielleicht kein Lumen, aber ein eifriger Diplomat war, suchte das Geheimnis zu ergründen. Die Informationen jedoch, die ihm seine Kollegen lieferten, machten es ihm unmöglich.

Der englische Gesandte Lord Odo Russell sagte ihm, daß „die Absichten Frankreichs, Tunis in seinen Besitz, oder wenigstens unter sein Protektorat zu bringen, bemerkenswerte Fortschritte gemacht hätten, und daß man auf der Hut sein müsse, um sich von den Ereignissen nicht überraschen zu lassen." — Radowitz äußerte die Meinung, daß Waddington „Insinuations" gemacht worden seien, und daß er „avait décliné d'entrer en pourparlers, même académiques." Da de Launay nicht in der Lage war, sich auf sichere Nachrichten zu stützen, stellte er Hypothesen auf und kombinierte, daß England von seinem Standpunkt aus wünschen müsse, daß lieber Italien, als Frankreich sich am Mittelmeer ausbreite, und daß auch Deutschland es vorziehen müsse, Tunis lieber in italienische, als in französische Hände fallen zu sehen. Man brauche also keine Befürchtungen zu hegen. „Es ist klar" — schloß er — „daß wir nicht gestatten können, daß die Regentschaft eine französische Provinz werde, um gelegentlich als Operationsgebiet zu dienen, sei es, um ein Eindringen in unser Gebiet vorzubereiten, sei es, um im Falle eines Krieges die Bewegungsfreiheit Italiens auf dem Mittelmeer zu behindern. Frankreich engt uns schon genügend mit Savoyen, Nizza, dem hohen Delfinat, Korsika usw. ein, als daß wir zugeben könnten, daß es sich noch andere strategische Stellungen zu unserem Schaden schaffte."

Die Politik Benedetto Cairolis, der von März 1878 bis Mai 1881 fast ununterbrochen Ministerpräsident war, erhielt Italien weiter in seiner Isolierung. Die Sympathien Cairolis wandten sich nach Frankreich; aber während er von der französischen Regierung offiziell nicht erreichte, daß sie den italienischen Interessen gebührende Beachtung zollte, unterhielt er mit den hervorragenden Persönlichkeiten der republikanischen Partei, die zwar nicht am Ruder waren, Beziehungen, traf mit ihnen heim-

liche Vereinbarungen, die beinahe wie positive Abmachungen aussahen und rechnete fest auf diejenigen, die sich leicht in weitgehenden Freundschaftsbezeugungen ergingen, gerade, weil sie öffentlich keine Verantwortung trugen. Als er in das Ministerium eintrat, vermochte er, der einer patriotischen alten lombardischen Familie entstammte, Österreich gegenüber nicht sich den Erinnerungen an vergangene Kämpfe zu entziehen und sein Amt nicht mit der kühlen und objektiven Klarheit zu betrachten, deren ein Staatsmann bedarf. Das will nicht besagen, daß er dem Irredentismus huldigte, während er an der Regierung war. Aber viele, die sich öffentlich seine Freunde nannten, waren streitbare Irredentisten, und seine ganze Tätigkeit deutete mindestens auf eine Toleranz der antiösterreichischen Bewegung gegenüber hin; auch reagierte die konstitutionelle Partei und ihre Presse nicht energisch genug gegen sie.

Diese Bewegung schadete Italien in der Tat sehr, da sie nicht ernst zu nehmen war, sei es, weil sich die Irredentisten in dem irrigen Glauben befanden, sie könnten Österreich die italienischen Provinzen mit den Waffen entreißen, sei es, weil sie sich einbildeten, ihr lautes Geschrei genüge, dieselben zu rächen. Die irredentistische Bewegung brachte Italien auch darum großen Schaden, weil sie in Österreich der Anschauung zum Siege verhalf, die Bekämpfung des italienischen Irredentismus befinde sich in Übereinstimmung mit den übrigen Grundsätzen, auf denen der Bestand des Reiches aufgebaut ist; hierdurch erschwerte sie eine bei gegenseitiger Übereinstimmung mögliche Regulierung der Grenzen, die jeder italienische Patriot erstrebt, immer mehr.

Crispi war stets der Meinung, daß Italien das größte Interesse daran habe, sich seine natürlichen Grenzen zu erringen, aber er wußte, daß für die Regelung dieser Frage nur die Diplomatie zuständig ist, und daß die Irre-

CARL A. RUDISILL LIBRARY
LENOIR-RHYNE COLLEGE

dentisten nichts anderes erreichen würden, als ihre Lösung ins Endlose zu verschleppen.

In Wien und in Berlin wurde wiederholt behauptet, daß der Irredentismus in Italien, gleich gewissen panslavistischen Umtrieben in Rußland, auf Intrigen beruhe, die von der französischen Aktionspartei angezettelt würden. Die deutsche und die österreichische Polizei vermeinten deren geheime Fäden entdeckt zu haben, die besonders in den italienischen Freimaurerlogen zu dem Zwecke gewebt werden sollten, Italien gegen Österreich und Deutschland feindselig zu stimmen, in Italien eine republikanische Bewegung mit irredentistischen Tendenzen zu entfachen, Österreich zu lähmen und das Bündnis mit Deutschland überflüssig zu machen. Durch ein seltsames und unglückliches Zusammentreffen wurde diese angebliche Propaganda der französischen Aktionspartei in Italien in einer Zeit betrieben, in der die Politik der Consulta Österreich als den natürlichen Feind Italiens, der Nationen des Donaugebiets und der Balkanstaaten zu betrachten schien. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Regierung in Wien mißtrauisch wurde. Im September 1879 veröffentlichte der frühere Militärattaché der österreichischen Botschaft am Quirinal, Baron Haymerle, der Bruder des Botschafters, ein Buch, das unter dem Titel „Italicae res“ dem österreichischen Gesichtspunkt gemäß ausführte, daß der Irredentismus auf einem Irrtum beruhe und in Österreich jederzeit auf unerschütterliche Gegnerschaft stoßen müsse. Die Veröffentlichung dieses Buches rief eine nicht enden wollende Polemik hervor. Kurz darauf, am Anfang des Jahres 1880, verursachte in Österreich die Tatsache, daß bei den Leichenfeierlichkeiten für General Avezzana, Präsident der „Irredenta“, zwei Minister und ein Unterstaatssekretär, gemeinsam mit dem Abgeordneten Matteo Imbriani, einem fanatischen Irredentisten, die Schnüre der Bahre gehalten hatten, großes

Mißbehagen. Die österreichische Regierung fühlte sich durch die von Cairoli abgegebenen Erklärungen nicht befriedigt und nahm eine drohende Haltung an. Am 31. März teilte der Kommandant des III. Armeekorps in Verona dem Ministerium mit, daß sich an der Grenze unter dem Kommando des Erzherzogs Albert Truppen sammelten; sie befanden sich in Bezzecca, in Pieve di Ledro und in Riva; der Erzherzog mit seinem Generalstab weilte in Arco. Am 10. April meldete der Botschafter in Wien, Graf von Robilant, daß die Konzentrierung der österreichischen Truppen in Tirol als eine Drohung aufzufassen sei.

Die Gemüter wurden das ganze Jahr 1880 hindurch und in den darauffolgenden Monaten in Aufregung gehalten. Am 14. April wurde der Abgeordnete Cavallotti aus Triest ausgewiesen; im Juni mißbilligte Österreich die Gütereinziehung der propaganda fide, indem es die Auffassung vertrat, daß es sich um eine internationale Gesellschaft handle; im August widersetzte es sich der Gewährung italienischer Auszeichnungen an Bürger Tirols und Triests; im Oktober erhob es Einspruch gegen die vom Komitee der nationalen Ausstellung in Mailand für das Jahr 1881 festgesetzte Bestimmung, Ausstellende aus den zum Reiche gehörigen italienischen Provinzen zuzulassen. Solange Cairoli die Leitung der Regierung und der äußeren Politik in den Händen behielt, d. h. bis Ende Mai 1881, wiederholten sich solche Zwischenfälle, deren Wiedergabe hier zu weit führen würde, immerfort. Cairolis Machtsturz war die Folge der Verhängung des Protektorats Frankreichs über Tunis: Seine Ungeschicklichkeit, die Italien mit Leichtigkeit in einen Krieg mit Österreich hätte verwickeln können, führte auf dem Gebiete, das er am meisten gepflegt hatte, zu einer moralischen und politischen Katastrophe. Der Ansporn, den man Frankreich gab, seine Tätigkeit nach

Tunis zu verlegen, war ein außerordentlich geschickter Schachzug. Mit eiserner Konsequenz lenkte Fürst Bismarck die ehrgeizigen Bestrebungen der Franzosen von Europa ab; obgleich diese den Vorschlag anfangs als eine Täuschung betrachteten und es für ein Verbrechen hielten, ihre Kraft zu verausgaben und an etwas anderes zu denken, als an die Revanche für Elsaß und Lothringen, fanden sie doch allmählich an der Wendung Gefallen, die ihnen in Afrika eine materielle Entschädigung und einen augenblicklichen moralischen Trost für die erlittenen Niederlagen gewährte. Manch einer mag im stillen gehofft haben, Frankreich werde in Afrika neue Kräfte sammeln, die es eines Tages in Europa auf die Wagschale werfen könnte. In einem Bericht vom 18. Juli 1878 schrieb General Cialdini:

„Es scheint (wenigstens für den Augenblick) als ein republikanisches Dogma zu gelten, daß Frankreich sich keinen Sieg und keine Annexion gestatten dürfe, bevor es nicht die verlorenen Provinzen Elsaß und Lothringen gerächt und der Republik wieder zugeführt habe."

Wenn Frankreich nur etwas bedacht gewesen wäre, die Empfindlichkeit und die Interessen Italiens nicht zu verletzen, so wäre Tunis für die freie Betätigung der beiden Nationen heute noch offen. Aber Frankreich lag vor allen Dingen sein internationales Ansehen und seine Machtstellung am Herzen. Was erstrebte das vereinsamte und wehrlose Italien? Daß das machtbegierige Frankreich, das seinen Weg von materiellen Hindernissen frei sah, aus Billigkeitsgründen und aus Sympathie für einen jungen Staat, der zur ungelegenen Zeit aufgetaucht war und sich wie ein Rivale gebärdete, Verzicht leisten solle? Das konnte nur jemand voraussetzen, der von der internationalen Politik einen äußerst kindlichen Begriff hatte. Für Italien, das die Gefahr entstehen sah, und das durch die sorgfältigen Informationen des Generals Cialdini über

die Entwickelung der öffentlichen Meinung betreffs der Nützlichkeit des geplanten Unternehmens auf dem laufenden gehalten wurde, hätte es gegolten vorzugreifen und den status quo im Mittelmeer durch Bündnisse zu sichern, zu denen es erst griff, als es zu spät war.

Die Handlungsweise Cairolis, der von 1878 bis 1881 über die Absichten des französischen Kabinetts in bezug auf Tunis genauestens unterrichtet wurde, ist nicht entschuldbar. Zuerst erkannte Frankreich formell das Recht Italiens an, auf seinem Meere nicht eingeschlossen zu werden. Cialdini berichtete am 19. August 1878 über folgende Erklärung des Ministers des Äußeren, Herrn Waddington:

„daß die Tunisfrage im Ministerium niemals erörtert, auch nicht einmal in einem flüchtigen Gespräch berührt worden sei." Er fügte hinzu, „daß, wenn infolge der Stellung, die den Mittelmeermächten von dem Berliner Kongreß und besonders durch den englisch-türkischen Vertrag eingeräumt worden sei, sich die Notwendigkeit oder das Bedürfnis einstellen sollte, im Becken des Mittelmeers Vorsichtsmaßregeln zum Schutze französischer Interessen zu ergreifen, nichts, absolut nichts ohne ein vorhergehendes Einverständnis mit Italien geschehen würde." Er fuhr fort, „daß man seiner Ansicht nach oft an Kompaktheit und an Kraft dasjenige verliert, was man an Ausdehnung und Fläche gewinne, daß schon Algier ein Hindernis, eine Last, eine Abschwächung für Frankreich ist, und daß er daher persönlich gegen die Erwerbung von Tunis sei." „Immerhin", meinte er, „könnte eine andere Ansicht als die meine, einmal ausschlaggebend werden; aber ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß, solange ich an der französischen Regierung mitarbeite, nichts Derartiges versucht werden, keine Einnahme von Tunis oder irgendeines anderen Punktes erfolgen wird, ohne ein gemeinschaftliches Vorgehen, ohne eine vorherige Anerkennung des Rechts, das Italien zustehen würde, einen anderen Punkt von entsprechender und angemessener Bedeutung zu besetzen."

Diesen Äußerungen des Ministers des Äußern fügte Cialdini noch diejenigen Gambettas hinzu:

„Gestern besuchte mich spät abends Gambetta, mit dem ich noch einmal über dieses Thema verhandeln wollte. Er

wiederholte mit großer Wärme und Treuherzigkeit die Versicherung, die er mir schon früher gegeben hatte, daß die gegenwärtige französische Regierung und die sie stützende republikanische Partei an die Einnahme von Tunis niemals gedacht hatten, da sie mit deren Zielen durchaus nicht übereinstimmte. Wenn jemals der Tag nahen sollte, an dem sie sich veranlaßt sehen sollten, ein derartiges Projekt zu erörtern, dann würden sie sich vor allem mit Italien verständigen, weil es nicht nach Frankreichs Sinn wäre, sich Italien zu einem unversöhnlichen Feind zu machen. Er bat mich, der Regierung des Königs mitzuteilen, daß, seiner Meinung nach, unter den verschiedenen Ergebnissen des Berliner Kongresses die Notwendigkeit hervortrete, sich immer besser zu verständigen, besonders aber in bezug auf die orientalische und Mittelmeerfrage.

Die so einander ähnelnden Erklärungen der beiden Politiker scheinen mir beruhigend, weil sie mir aufrichtig scheinen."

In einer späteren Periode dreht sich in Tunis der Kampf um den Einfluß: zwei ränkesüchtige Konsuln, Roustan und Macciò, machen sich den Rang streitig. Am 26. Juni 1880 bedauerte der Präsident der Republik, Grévy, General Cialdini gegenüber, daß die Tunesische Frage — die, seiner Ansicht nach, nicht den Wert einer 10-Pfennig-Zigarre habe — zu einem Streitobjekt zu werden drohe. Der Minister Freycinet hoffte die italienischen Wünsche mit den Interessen Frankreichs in Einklang bringen zu können. Nur Léon Gambetta, „der vielleicht aufrichtiger, sicher aber klarer war", sagte, daß Italien sich dem französischen Einfluß in Tunis nicht widersetzen dürfe. Wollte Italien denn nicht die Vorsicht und die Zurückhaltung, die Frankreich durch den Verzicht auf ein ihm von allen Mächten angebotenes Land bewies, anerkennen?

Der Ministerpräsident Cairoli glaubte, daß sentimentale Kundgebungen über die brüderlichen Gefühle, die Beteuerung der lauteren Absichten, daß die Drohung, die politische Richtung zu verändern, genügen würden, um Frankreich zu verhindern auf dem Wege zu beharren, auf

dem es jetzt nicht mehr ganz unfreiwillig fortschritt. Diese mündlichen Beteuerungen machten nicht den geringsten Eindruck. Eindruck machte dagegen das von der italienischen Regierung für die beiden Unternehmungen nicht privaten Charakters bewiesene Interesse, die ihr einen größeren politischen Einfluß sichern sollten: die Eisenbahnstrecke Tunis-Goletta und das Kabel Sizilien-Tunis. Dies übereifrige Interesse rüttelte Frankreich, das sich nach und nach daran gewöhnt hatte, die eigenen Interessen in Tunis als die vorherrschenden anzusehen, auf. Daher änderte Freycinet am 9. Juli 1880 die Erklärungen, die Waddington am 19. August 1878 abgegeben hatte: „Frankreich denkt augenblicklich nicht daran, Tunis einzunehmen, aber die Zukunft ruht in den Händen Gottes.“ Er weigerte sich, seine Zustimmung für die Konzession zu geben, die der Bey für die Errichtung eines direkten unabhängigen Kabels zwischen Tunis und Sizilien erteilt hatte.

Die Exklusivität des französischen Einflusses wurde in der dritten Periode des tunesischen Unternehmens das Ziel des Pariser Kabinetts. Noch war man von dem Entschluß einer militärischen Aktion weit entfernt, aber eine große Macht hatte die Überhand gewonnen, — die öffentliche Meinung, die, von der Presse unterstützt, einen entscheidenden Druck auf die Regierung ausübte. Spekulanten verfehlten nicht, die Gemüter zu beeinflussen und bis an die französische Kammer vorzudringen; man sagte, daß selbst hervorragende Persönlichkeiten aus der Umgebung Gambettas bei dieser Gelegenheit ihr Scherflein ins Trockne zu bringen suchten. Nur wenige Publizisten, wie Mad. Adam, versuchten in Paris gegen den Strom zu schwimmen, aber sie erreichten nichts anderes, als unpatriotischer Gefühle beschuldigt zu werden.

Da Freycinet voraussah, daß er eines Tages gezwungen sein würde, Tunis zu besetzen, so beschäftigte

er sich natürlich schon im voraus mit den möglichen Folgen dieses Ereignisses. Am 25. Juli 1880 war der italienische Botschafter bei ihm zu Besuch, als Freycinet plötzlich zu ihm sagte:

„Warum versteifen Sie sich darauf, an Tunis zu denken, wo Ihre Konkurrenz eines schönen Tages unsere guten Beziehungen stören kann; warum richten Sie Ihre Augen nicht lieber auf Tripolis, wo Sie sich weder mit uns, noch mit irgend jemand anderem zu streiten hätten?"

„Diese Worte" — bemerkte Cialdini — „erinnerten mich an einen analogen Satz, der dem Herzog Decazes entschlüpft war, und ich mußte mich immer mehr überzeugen, daß es einen ständigen traditionellen politischen Gedanken bezüglich der afrikanischen Mittelmeerküste gibt, einen Gedanken, dem alle Parteien huldigen, den sie zu bewachen, zu überliefern und zu entwickeln suchen.

Ich antwortete, daß ein derartiger Hinweis mich an den Ratschlag erinnerte, den Bismarck Napoleon III. erteilte, als er ihm riet, Belgien zu nehmen und die Rheinprovinz in Ruhe zu lassen, daß wir auf Tripolis ebensowenig Anspruch machten, wie auf Tunis, aber daß wir verlangten, daß beide Regentschaften im status quo erhalten blieben. Ich fügte hinzu, daß Tripolis auch nicht als Entschädigung in Betracht gezogen werden könnte, falls Frankreich eines Tages Tunis besetzen sollte, es sei denn, daß Tripolis seine Zugehörigkeit zu dem türkischen Reich verlöre.

„Die Zukunft ruht in den Händen Gottes", meinte hierauf Freycinet, indem er diese ihm beliebte Redensart anwandte, und fuhr dann fort: „Es mag sein, daß Frankreich eines Tages, der zweifellos noch in weiter Ferne liegt, durch die Macht der Verhältnisse gezwungen sein wird, Tunis zu besetzen und es zu annektieren. Wir wünschen nicht, daß dies geschehe; aber sollte es dennoch geschehen, dann nicht auf Kosten der Freundschaft, die Frankreich mit Italien verbindet, und die wir von ganzem Herzen erhalten möchten. Sie reisen ab, und auch ich werde in kurzem abreisen. Wir werden uns in den letzten Tagen des Oktobers wiedersehen und dann auf diese Angelegenheit zurückkommen; ich bin sicher, daß sich die Gemüter in Italien sowohl wie in Frankreich bis dahin beruhigt haben werden, und daß wir ruhig werden verhandeln können. Ich werde Ihnen dann erklären können, daß Frankreich nicht im geringsten

an die Einnahme von Tunis denkt; aber da die Zukunft in den Händen Gottes ruht und es in einer mehr oder minder fernen Zeit immerhin geschehen kann, daß Frankreich durch besondere Umstände in die Situation gebracht würde, Tunis zu besetzen, werde ich Ihnen gleichzeitig erklären, daß, wenn dieser Fall eintreten sollte, Italien möglichst frühzeitig in Kenntnis gesetzt werden würde, und daß unser freundschaftlicher Einfluß ihm dazu verhelfen würde, im Mittelländischen Meer eine entsprechende und ausreichende Entschädigung zu erlangen, um das Gleichgewicht zu erhalten.

Es war klar, daß die Besetzung Tunis' durch Frankreich eine Frage der Zeit war; Cialdini meldete alsdann auch, daß der einzige Weg sie zu verhindern sei, „andere Kombinationen" einzuleiten.

Ende September übernahm Herr Barthélemy de Saint-Hilaire (Ministerium Ferry) die Leitung des Palais am Quai d'Orsay; Cairoli befahl Cialdini, obgleich es durchaus unangebracht war, darauf zu dringen, daß das Pariser Kabinett gegen die Konzession des direkten und von dem französischen Telegraphennetz unabhängigen Telegraphenkabels keinen Einspruch erhebe. Cialdini gehorchte, wenn auch widerwillig, und erreichte nichts.

„Es handelt sich nicht" — schrieb er am 20. November — „um gute Gründe, sondern einfach um ein politisches Programm, das Frankreich sich aufgestellt hat, und von dem es nicht mehr abgehen wird. Der vom Fürsten Bismarck aus Europa vertriebene französische Einfluß hat sich in Afrika festgesetzt, wo keine Gefahr besteht, mit Deutschland zusammenzustoßen. Es wird uns nicht gelingen, von Frankreich irgendeine Konzession durch Überredung und durch diplomatische Wendungen zu erreichen. Das ist seit langer Zeit meine Überzeugung. Die Republik weiß genau, daß diese Politik uns verletzt und uns voneinander entfernt, — aber es muß offen gesagt werden, daß sie sich darum nicht kümmert."

Am 1. Februar 1881 telegraphierte Macció, italienischer Konsul in Tunis, nach Rom:

„Heute hat der französische Konsul dem Bey mitgeteilt, daß in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse in Tunis die Hohe Pforte beschlossen habe, ihn abzusetzen und Keredine zur Verwaltung des Landes hinzuschicken. Da jedoch die französische Regierung hiermit durchaus nicht einverstanden sei, hätte sie gern eine Flottendemonstration eingeleitet; diese würde aber in der Versammlung unangenehme Interpellationen hervorgerufen haben, deshalb hielte sie es für angebracht, daß Se. Hoheit die Aussendung einer Flottendivision nach Golletta verlange. Der Bey antwortete, er weigere sich, an das der Hohen Pforte zugeschriebene Projekt zu glauben, das halte er weder für ratsam, Frankreich gegenüber den Wunsch nach einer Flottendemonstration zu äußern, noch irgendeinen Ratschlag über diese Angelegenheit zu erteilen. — Es geschieht auf Wunsch des Beys, daß ich Sie über diesen Vorgang unterrichte."

Als Herr Barthélemy über die Wahrheit der von Macciò mitgeteilten Tatsache befragt wurde — die einen Versuch dargestellt hätte, um von dem Bey selbst wegen des Protektorats angegangen zu werden —, antwortete er, daß es sich um ein Märchen handle; aber Cialdini, der der Aufrichtigkeit des Ministers damals Glauben schenkte, hielt es nicht für ausgeschlossen, daß der Konsul Roustan in Tunis den Befehlen mächtigerer Personen gehorchte, als dem Minister des Äußeren, der gerade in jenen Tagen in den Gambetta ergebenen Zeitungen heftig bekämpft wurde.

Sobald der Bey erfährt, daß man in Paris den von dem französischen Konsul gemachten Versuch, einen Druck auf ihn auszuüben, leugnet, läßt er sein Gespräch mit ihm niederschreiben und schickt die beglaubigte Abschrift mit entsprechendem Protokoll nach Rom. Als dieses Dokument Barthélemy vorgelegt wird, erklärt er, daß er an seine Echtheit nicht glaube. Aber die von General Cialdini auch bei seinem englischen Kollegen eingezogenen Informationen bestätigten, daß Barthélemy Roustan selbst dieses Vorgehen angeraten

habe, und daß er zur Unterstützung des Erfolgs zwei Kriegsschiffe in die tunesischen Gewässer gesandt hatte.

Nachdem dieser Plan sich zerschlägt, verbreitet sich das Gerücht, daß der mächtige Stamm der Krumirs in algerisches Gebiet eingedrungen sei und die französische Eisenbahnstrecke Bona—Guelma bedrohe. Man deutet auch die Möglichkeit eines fanatisch-religiösen Aufstandes in Algier an. Die französische Presse bemächtigt sich des Themas und bringt die öffentliche Meinung in Bewegung: die Regierung läßt von Toulon Schiffe und Truppen abgehen, „um Algier in einer so ernsten Lage nicht ohne Schutz zu lassen“.

Große Erregung in Italien; das Ministerium Cairoli sieht sich in Gefahr und verlangt Erklärungen. Barthélemy versichert General Cialdini am 6. April, daß die Entsendung eines beträchtlichen Truppenkörpers keinen anderen Zweck habe, als die rebellischen Stämme an der Grenze Algiers zu bestrafen, und daß die französische Regierung „nicht im geringsten an eine ständige militärische Besetzung und noch weniger direkt an die Annexion von Tunis denke“. Am nächsten Tage werden dieselben Erklärungen mit der Hinzufügung wiederholt, „daß, nachdem der Kampf nun einmal begonnen habe, es sich allerdings nicht voraussehen ließe, was zu tun notwendig werden könne“. Inzwischen bewilligte die französische Kammer noch an demselben Tage, am 7. April, einen Kredit von 5 695 000 Francs für die militärische Expedition.

Nachdem die Truppen der Republik die Tunisgrenze überschritten hatten, ohne auf ein Hindernis zu stoßen, und, wie man sich in Paris im Palais Bourbon ausdrückte, eine „promenade militaire“ gemacht hatten, näherten sie sich Tunis, und die Kriegsschiffe landeten mit den Soldaten in Biserta. Am 11. Mai teilt der Minister Barthélemy dem Botschafter Cialdini mit, daß die Truppen in Tunis

nicht einziehen würden, wenn der Bey den Vertrag unterschreibe, den man ihm vorlegen würde; daß die militärische Besetzung aufgehoben werden würde, sobald man von dem Bey einen Beweis der Gutgläubigkeit seines Handelns und seiner Achtung vor dem Vertrage haben würde, und daß auch Biserta sofort geräumt werden würde.

Der sogenannte Garantievertrag wurde am nächsten Tag, dem 12. Mai, vom Bey und dem kommandierenden General der Okkupationstruppen unterschrieben. Der Bey, der sich vergeblich an die Mächte gewandt hatte, akzeptierte alles, was ihm auferlegt wurde, willigte auch in die militärische Besetzung ein, aber mit der Einschränkung, sie solle nur bis zur Wiederherstellung der Ordnung dauern.

Frankreich begnügte sich nicht mit dem Vertrag. Die Unruhen, die in Tunis begreiflicherweise infolge der fremden Invasion ausbrachen, gaben willkommenen Anlaß, die Kriegsoperationen auszudehnen. Ein neuer Kredit von 14 Millionen wurde vom Parlament bewilligt; am 12. Juli besetzten die französischen Truppen Sfax, am 24. Juli Gabes, am 9. Oktober zogen die republikanischen Truppen in Tunis ein.

So eroberte Frankreich die Regentschaft.

Alle Versprechungen, die dem General Cialdini von den drei Ministern Waddington, Freycinet, Barthélemy, die mit ihm über diese Frage verhandelten, gemacht worden waren, wurden der Reihe nach gebrochen; Cairolis naives Vertrauen wurde schlecht belohnt. Vor der italienischen Kammer verteidigte sich Cairoli, indem er sich auf seinen guten Glauben berief — der ebensowenig geleugnet werden kann, wie seine Unfähigkeit —, und versicherte, daß die Franzosen sich aus dem Regentschaftsgebiet zurückziehen würden, sobald sie die Krumirs besiegt haben würden; aber Crispi warnte ihn: „Es hieße die

Weltgeschichte vergessen, wenn man glaube, daß die französischen Truppen Tunis verlassen würden, nachdem die rebellischen Stämme bestraft worden wären."

Cairoli erklärte im Parlament, daß England mit ihm in der Beurteilung der Tunisfrage „übereinstimme"; er wollte auf diese Weise diejenigen Lügen strafen, die von „einer Vereinsamung Italiens" sprachen.

Es ist unverständlich, daß ein rechtschaffener Mann wie Cairoli Dinge behaupten konnte, die so weit von der Wahrheit abwichen. Man kann nur annehmen, daß er keine Dokumente las, oder daß er, wenn er sie gelesen hatte, deren Inhalt wieder vergaß: denn die Dokumente des Ministeriums des Äußeren enthielten den schlagendsten Beweis für das Gegenteil.

Als der Minister Salisbury am 7. Januar 1879 mit dem Marquis Menabrea, dem italienischen Botschafter in London, konferierte und über die Zeitungsstimmen befragt wurde, laut derer auch die Regierung der Königin Frankreich dazu anspornte, das Regentschaftsgebiet Tunis dem Algiergebiet anzugliedern, antwortete er, daß er „sich in dieser Angelegenheit neutral verhielte", d. h. daß er sich nicht einmischen wolle; er habe, als er bemerkte, Italien würde sich einer solchen Teilung widersetzen, Frankreich mitgeteilt, daß er es den beiden Mächten überlasse, sich über die Frage direkt zu verständigen. Als darauf Menabrea am 13. Februar desselben Jahres von Salisbury eine Erklärung Englands forderte, den status quo in Tunis aufrechtzuerhalten, enthielt sich Salisbury „eines jeden Versprechens." Am 11. Juli 1880 berichtete Menabrea wiederum, daß der Minister Graf Granville erklärt habe, „daß Tunis ein unabhängiger Staat sei, und daß in Anbetracht des Schutzes, den es durch die Hohe Pforte genösse, England sich nicht in jene Fragen einmischen könne, die sich als unsere Angelegenheiten der Regentschaft charakterisierten". Am

22. desselben Monats schrieb Cairoli, in der Annahme, daß Englands Haltung sich ändern könnte: „Es will uns nicht einleuchten, daß die anderen Mächte, besonders England, eine Theorie anerkennen wollen (d. h. daß Tunis als ein Anhängsel von Algier betrachtet werden soll), die das Gleichgewicht im Mittelmeer sofort stören würde.“ Aber Granville antwortete am 29. Juli, „daß England in Tunis nur geringe Interessen habe und sich nicht in die Zwistigkeiten mischen wolle, die zwischen Italien und Frankreich entstanden seien, ohne direkt dazu aufgefordert zu werden“; — es erübrigt sich, zu erwähnen, daß der edle Lord sicher war, von Frankreich eine derartige Aufforderung nicht zu erhalten.

Die Dinge veränderten sich natürlich nicht, als die Krisis nahe bevorstand; am 17. Februar 1881 mußte Lord Lyons, der englische Botschafter in Paris, General Cialdini mitteilen, daß England „sehr daran gelegen sei, nichts zu tun, was den Unwillen Frankreichs erregen könnte“.

Das Ministerium des Auswärtigen glaubte damals zu wissen, welche Politik England am Mittelmeer zusagen würde; aber es waren nur Vermutungen, auf die es sich stützte. Auch späterhin gaben wir uns in dieser Angelegenheit nur Illusionen hin, denn in Wirklichkeit fand England, außer in einer kurzen Periode, mit der wir uns später beschäftigen werden, stets seinen Vorteil darin, sich mit Frankreich zu verständigen.

Es mag sein, daß im Jahre 1878 die englischen Minister sich über die Zukunft Tunis' Vorstellungen machten, die ihnen ein französischer Schriftsteller, Constant l'Estournelle, zugeschrieben hat:

„Du jour où le gouvernement anglais constate que la Tunisie est condamnée et qu'une intervention étrangère y est inévitable, entre quelles mains doit-il souhaiter de la voir tomber? les nôtres ou celles de l'Italie? Entre

les nôtres sans aucun doute. De deux maux on choisit le moindre. Il a tout intérêt à ne pas abandonner à l'Italie la garde du vaste goulet qui met en communication les deux bassins de la Méditerranée. Son action en 1871 auprès du cabinet de Florence en était déjà une preuve. Or l'Italie serait maîtresse de ce passage, dans le cas où le promontoire tunisien qui s'avance vers la Sicile lui appartiendrait. Possédant, avec la Sardaigne et l'ilot de Pantellaria, la pointe du cap Bon, les sommets de Carthage, Bizerte, on peut dire qu'elle commanderait les communications maritimes de l'Europe avec l'Orient et qu'elle pourrait au besoin sinon les arrêter tout à fait, du moins les gêner considérablement. Il est clair que ce n'est pas l'Angleterre qui favorisera jamais la création d'une pareille entrave et qui s'exposera à faciliter l'interception de la grande route que sillonnent aujourd'hui librement par milliers ses bâtiments. Elle a tout avantage, au contraire, à ce que les deux côtes du passage appartiennent à deux puissances différentes: c'est pour elle le plus sûr moyen d'en assurer la neutralité" [1]).

Die Eroberung von Tunis durch die Franzosen gelangte in der italienischen Kammer nicht zur Diskussion; das Ministerium Cairoli zog sich am 12. Mai zurück, sobald es sich von dem niederschmetternden Eindruck hatte überzeugen können, den der Vertrag vom Bardo im ganzen Lande gemacht hatte. Crispi, der die Opposition im Zaume gehalten hatte, wurde als Nachfolger Cairolis bezeichnet; aber, wie immer, gerade die führenden Köpfe der parlamentarischen Linken waren darin einig, Crispi von der Regierung fernzuhalten. Sie behaupteten, daß sein Name Krieg mit Frankreich bedeute, und daß Crispis Ernennung französischerseits als eine Herausforderung aufgefaßt werden müsse. Dabei hatte Crispi wenige Tage

[1]) „La politique française en Tunisie", „Le Protectorat et ses origines" (1854—1891) par P. H. X., Paris, Librairie Plon, pag. 79—80.

vorher in der Kammer ausgeführt, „daß ein Krieg mit Frankreich einem Bürgerkrieg gleichkommen würde", und seinem Bedauern darüber Ausdruck verliehen, daß die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern durch eine leichtsinnige und unvorsichtige Politik gefährdet worden wären. Man kann in der Tat nicht leugnen, daß, wenn die Rechte Italiens tatkräftiger geschützt worden wären, die französische Regierung gar nicht in die Lage gekommen wäre, durch das tunesische Unternehmen ein Bollwerk zwischen den beiden Staaten aufzurichten. Jenes Unternehmen aber mußte Italien durch die Art und Weise beleidigen, in der es ausgeführt wurde, und durch den Hochmut, den man ihm gegenüber dabei an den Tag legte. Italien stand vereinsamt da, war schwach, seine Finanzen waren in Unordnung, es befand sich in einem Konflikt mit Österreich; Frankreich nützte diese Umstände nicht allein dazu aus, um die Italiener aus einem Lande, das in nächster Nähe Italiens liegt, und in dem es bedeutend wichtigere Interessen als Frankreich selbst besaß, zu verjagen, nein, es zeigte sich auch noch unwirsch über die natürlichen und berechtigten Ansprüche Italiens, fügte seinem rücksichtslosen Vorgehen noch Drohungen hinzu und ließ Italien die Verachtung spüren, welche die Lächerlichkeit des ohnmächtigen Zornes desjenigen auslöst, der unfähig ist, sich zu verteidigen.

Ist es wahr — wie man behauptet hat —, daß Italien, wenn es seinerzeit der Verhängung des französischen Protektorats über Tunis mit der Besetzung Tripolis geantwortet hätte, der Neutralität der Mächte und der Unterstützung Englands sicher gewesen wäre?

Ein englisches Blatt, der „Standard", veröffentlichte am 22. oder am 23. Mai 1881 ein bis dahin unbekanntes diplomatisches Dokument, in dem behauptet wurde, daß in einem Gespräch in Berlin zwischen den Herren Waddington, Lord Salisbury und dem Grafen Corti beschlossen

worden sei, daß, wenn Frankreich Tunis annektierte, Italien Tripolis besetzen könne.

Graf Corti — der in jener Zeit Botschafter in Konstantinopel war — beeilte sich, diese Behauptung mit einer Eile zu dementieren, als ob es gegolten hätte, die gröbste Beleidigung zurückzuweisen.

„Eine solche Unterredung" — schrieb er am 24. Mai — „hat niemals stattgefunden. Weder während des Berliner Kongresses, noch anderswo. Die italienischen Bevollmächtigten hatten keinen Auftrag, über die Verteilung anderer Provinzen zu verhandeln, als derjenigen, deren Verteilung sich als eine direkte Folge des Krieges ergab. Jene diplomatische Urkunde, auf die sich das Telegramm bezieht, ist also eine Fälschung, oder sie enthält den Bericht einer Unterredung, die nie stattgefunden hat. Ich habe mir darum die Freiheit genommen, Ew. Exzellenz zu bitten, die Behauptung des englischen Blattes dementieren lassen zu wollen."

Graf Cortis Geist kommt in diesem Dementi in seiner ganzen Armseligkeit zum Vorschein. Es ist klar: er wäre ein ausgezeichneter Pfaffe gewesen, aber als Diplomat war er nicht in seinem Element.

Marquis Menabrea, der italienische Botschafter in London, dem der Wunsch des Grafen Corti zur Kenntnis gebracht worden war, antwortete in einem Bericht vom 31. Mai 1881 wie folgt:

„Ich habe bereits am 25. d. M. dem Ministerium unchiffriert gemeldet:

Die „Times" veröffentlicht heute ein Telegramm aus Rom, das mitteilt, Graf Corti bestreite die ihm zugeschriebene Unterredung mit Lord Salisbury, in der Tripolis für den Fall, daß Frankreich Tunis annektierte, Italien zugedacht worden sei. Diese Erörterung hat in der letzten Sitzung des Unterhauses eine Anfrage des Mitgliedes Mr. Arnold zur Folge gehabt. Sir Charles Dilke antwortete, daß betreffs Tripolis zwischen der englischen und der italienischen Regierung kein schriftlicher Gedankenaustausch stattgefunden habe. Auch andere Anfragen, die Tunis betrafen, haben keine Klärung gezeitigt. gez. M.

Am 25. Mai, an demselben Abend, an dem ich die oben wiedergegebenen Depeschen abgesandt und erhalten hatte, begegnete ich beim Hofball dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Sir Charles Dilke. Er sprach mich an und gab unumwunden seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß Graf Corti die Angaben der „Times" dementiert habe, da tatsächlich im Foreign Office Beweise oder Dokumente existierten, die sich auf die behauptete Unterredung bezögen. Er fügte hinzu, daß alles dies am folgenden Tage Gegenstand einer im Unterhause gestellten Anfrage sein würde, daß er aber vermeiden würde, sich in eine Diskussion einzulassen, indem er rundweg ablehnen würde, weitere Erklärungen abzugeben.

In der Tat wurde am 26. desselben Monats die Anfrage gestellt. Ich übersetze aus der „Times" den Bericht, der dieselbe wiedergibt.

Tripolis und Tunis. — Das Mitglied Mr. A. Arnold fragt an, ob betreffs der Unterredung Lord Salisburys, die derselbe über die Besetzung Tripolis seitens Italiens im Falle der Annexion von Tunis durch Frankreich gehabt habe, Dokumente existierten. Sir Charles Dilke antwortete: Alle Mitteilungen, welche die Regierung Ihrer Majestät in der Lage war, zu machen, sind in den Dokumenten enthalten, die auf dem Tisch des Hauses liegen. Ich bin nicht gewillt, mich, indem ich der Frage meines ehrenwerten Freundes stattgebe, in eine Diskussion über diesen Gegenstand hineinziehen zu lassen.

Da mir die Antwort des Unterstaatssekretärs etwas doppelsinnig erschienen war, so begab ich mich an dem darauffolgenden Tage zum Grafen Granville, um ihn um eine Aufklärung in dieser Angelegenheit zu bitten, damit kein Zweifel auf dieser öffentlich bestrittenen Angelegenheit lasten bliebe.

Der edle Lord antwortete mir, daß zwischen den beiden Regierungen betreffs Tripolis ein schriftlicher Gedankenaustausch nicht stattgefunden habe, und daß keine offiziellen Schriftstücke über diese Angelegenheit vorlägen; gleichzeitig teilte mir jedoch Graf Granville streng vertraulich mit, daß es ihm nicht möglich sei, meine Frage zu beantworten, und daß er mir nicht mehr sagen könne.

Als ich mich vom Grafen Granville verabschiedete, sagte ich ihm scherzend:

„Ich bemerke, daß Ew. Exzellenz es wie einer unserer früheren Minister, der Komtur Galvagno, machen, der, als er

in der Kammer über Dinge ausgefragt wurde, die er nicht für gut hielt, öffentlich zu diskutieren, sich der unbequemen Frager mit diesen berühmt gebliebenen Worten entledigte: „Ich antworte, daß ich nicht antworte!“

Der edle Lord lachte herzlich über meinen Vergleich und antwortete auf französisch: auch ich antworte, daß ich nicht antworte!

Ich sah den Grafen Granville am Tage darauf im Foreign Office anläßlich des Empfanges zur Feier des Geburtstages der Königin. Er nahm mich beiseite und sagte mir mit großer Liebenswürdigkeit: „Ich habe bei unserer gestrigen Unterredung Ihnen gegenüber Nachdruck darauf gelegt, daß Sie unsere Unterredung als eine vertrauliche betrachten möchten. Ich habe mir aber überlegt, daß die Reserve, die ich mir auferlegen wollte, überflüssig ist. Sie können, wenn Sie es wünschen, Gebrauch davon machen, daß ich Ihnen auf Ihre Frage geantwortet habe, daß ich Ihnen nicht antwortete.“

Alle diese Dinge haben in mir den Eindruck hinterlassen, daß im Foreign Office die Überzeugung besteht, daß die Überlassung Tripolis an Italien als Kompensation für die Auslieferung Tunis an Frankreich tatsächlich in irgendeiner Unterredung bei dem Berliner Kongreß erörtert worden ist.

Ich habe es deshalb als meine Pflicht betrachtet, Ew. Exzellenz über die Angelegenheit zu unterrichten, sei es, um die telegraphische Anfrage des Ministeriums, die ich in der obigen Abschrift wiedergab, gebührend zu erledigen, sei es, um Ew. Exzellenz in die Lage zu setzen, zu bewerten, was für Zwischenfälle auf die Entwicklung der tunesischen Frage von Einfluß gewesen sein können . . .“

Des Generals Menabrea ahnungsvoller Eindruck entsprach den Tatsachen; die Überlassung von Tripolis an Italien ist in der Tat während des Berliner Kongresses erörtert worden, und zwar in einer Unterredung, die zwischen Lord Salisbury und dem zweiten Bevollmächtigten Italiens, Grafen de Launay, stattfand. Graf de Launay hatte auch am 11. August 1878 über dieselbe berichtet.

Ob man diesen Bericht auf der Consulta jemals gelesen hat?

Graf de Launay hatte geschrieben:

„. . . Ganz vor kurzem hatte ich mit meinem englischen Kollegen über diese Frage eine Unterredung. Ich hatte ihm von dem Gespräch erzählt, das ich in den letzten Tagen des Berliner Kongresses mit Lord Salisbury gehabt hatte, dem ich mein Bedauern darüber aussprach, daß uns die Regierung ihrer großbritannischen Majestät nicht wenigstens die Überraschung, die Nachricht der Besetzung von Cypern erst durch die Zeitungen erfahren zu müssen, erspart habe. Der Chef des Foreign Office suchte mir die Sache, so gut es ging, zu erklären und ließ mit vorsichtigen Worten durchblicken, daß Italien doch seinerseits ebenfalls an eine Ausdehnung nach Tripolis oder Tunis hin denken könne. Ich war nicht ermächtigt, mich auf eine Diskussion hierüber einzulassen. . . .“

Es steht also zweifellos fest, daß Lord Salisbury es als selbstverständlich erachtete, daß Italien eine Kompensation zustehe. Wenn er auch seinen Gedanken, wie Graf de Launay hervorhebt, keinen klaren Ausdruck zu verleihen wünschte — da er, wie man leicht begriff, die geheimen Abmachungen mit Frankreich nicht preisgeben durfte —, so hätte der Schleier des Geheimnisses sich doch im Jahre 1881 lüften lassen, als Frankreich nach Tunis ging.

Die Gewaltsamkeit, welche Frankreich anwandte, um den Einfluß Italiens in Tunis auszuschalten, verursachte einen völligen Umschlag in der öffentlichen Meinung Italiens. Getäuscht von der französischen Republik, welche die italienischen Demokraten dem gefallenen Kaiserreich gegenüber in den Himmel gehoben hatten, sah Italien den einzigen Ausweg, um sich vor weiteren Schädigungen der lateinischen Schwester zu schützen, nur in der Rückkehr zu einem Bündnis mit Deutschland.

Der historischen Wahrheit wegen ist es angebracht, daran zu erinnern, daß schon im Jahre 1880 der Generalsekretär des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Maffei, von Cairoli ermächtigt, in Berlin offiziös Fühlung genommen hatte „betreffs der Möglichkeit, den Beziehungen zwischen Italien und Deutschland den

Charakter größerer Vertraulichkeit zu geben und auf ein wirkliches Bündnis hinzuarbeiten".

Fürst Bismarck hatte ihm darauf geantwortet, „daß der Weg nach Berlin über Wien führe, und daß Italien vor allem auch dort die besten Beziehungen anknüpfen müsse, wenn es die Bande alter Freundschaft mit Deutschland erneuern wollte".

Minister des Innern im Kabinett Cairoli war Depretis, und es ist wahrscheinlich, daß auf sein Anraten, in Erinnerung an die Mission Crispis, Maffei beauftragt wurde, das Berliner Orakel zu befragen. Aber als die Antwort Bismarcks bekannt wurde, erklärte sich auch Depretis, welcher die Bedenken Cairolis, einen Weg zu betreten, der Italien entschieden von Frankreich entfernen mußte, teilte, als Gegner eines Bündnisses mit Österreich. Dessen ungeachtet bestand Maffei darauf — so berichtete er wenigstens Crispi —, die Möglichkeit zu einer innigen Verständigung mit Deutschland nicht zu verpassen, selbst wenn man darüber in Wien verhandeln müßte.

Zu dieser Zeit war Baron Haymerle, früherer Botschafter in Rom, österreich-ungarischer Minister des Auswärtigen, welcher schon Beweise seiner versöhnlichen Stimmung in schwierigen Momenten gegeben hatte. Deutscher Botschafter war v. Keudell, der, vom Urlaub zurück, seine persönliche Meinung dahin abgab, daß ein geheimes Abkommen zwischen den Leitern der italienischen und österreichischen Regierung eine ausgezeichnete Wirkung in Berlin hervorrufen würde. In diesem Vertrage sollten beide Teile sich verpflichten, den Frieden zwischen den beiden Ländern aufrechtzuerhalten, und dies Abkommen wäre von Jahr zu Jahr zu erneuern. Sobald dieser Vertrag angenommen worden wäre, würde Deutschland Italien Vorschläge betreffs der Grundlagen eines Bündnisses zur gegenseitigen Sicherung der gemeinschaftlichen Interessen unterbreiten

„Hierauf riet ich Cairoli," berichtete Graf Maffei weiter, „mich in unauffälliger, sozusagen privater Weise das Terrain durch einen Agenten sondieren zu lassen, den Baron Haymerle mir als absolut treuen Vermittler empfohlen hatte. Diese Maßnahme wurde später als günstig befunden. Selbstverständlich wurde Herr v. Keudell, der sich oft bei mir nach dem Gang der Verhandlungen erkundigte, fortwährend auf dem laufenden erhalten. Er stimmte völlig meiner Auffassung bei, daß die ersten Schritte in ganz vertraulicher Weise angebahnt werden müßten. Ich bin überzeugt, daß Baron Haymerle von Berlin aus über alles dies unterrichtet wurde, daß er damit einverstanden war, und daß er ungeduldig auf die Ankunft des Agenten wartete. Endlich dazu ermächtigt, sandte ich ihn im Januar 1881 nach Wien. Ich gab ihm nichts Schriftliches, sondern nur mündliche Instruktionen mit. Der Entwurf zu einem Friedensbündnisse entsprach genau den von Fürst Bismarck durch Herrn v. Keudell gemachten Angaben, und wenn ich die Anerkennung der schon bestehenden Verträge zur Grundlage nahm, so hatte ich andererseits wieder den Vorteil, dadurch verlangen zu können, daß auch Österreich gleichfalls die feierlichste Verpflichtung seinerseits übernahm, den Vertrag von Berlin nicht durch einen eventuellen Vorstoß auf dem Balkan zum Schaden Italiens zu verletzen, besonders, was die adriatische Küste anbetrifft.

„Ich sagte im wesentlichen dem Vertrauensmann des Barons Haymerle, Italien wünsche mit Österreich in freundschaftlichem Verhältnis zu stehen und allen seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aber unter der Bedingung, daß Österreich seinerseits ebenso handle. Die kaiserliche Regierung müßte unsere Interessen und unsere Lage zu verstehen suchen und der öffentlichen Meinung Italiens Rechnung tragen, die sich gegen eine Vergrößerung Österreichs nach dem Adriatischen Meere zu sicherlich aufgelehnt haben würde. Betreffs dieses Punktes hätte ich weder genauer noch bestimmter sein können, und ich betrachtete ihn als Grundlage der Verhandlungen."

Der Agent des Barons Haymerle kehrte nach Wien zurück und machte dort die Mitteilungen, mit welchen ihn Maffei beauftragt hatte. Am 17. Februar 1881 kam er wieder nach Rom und berichtete, daß Baron Haymerle sowie sein Adlatus, Baron Teckenberg, meinten, daß ein

Vertrag, der die gegenseitige Neutralität gewährleistet, leicht zum Abschluß zu bringen sei.

„Abgesehen von Bosnien und Herzegowina sowie von gewissen Veränderungen in staatsrechtlicher Beziehung, in Hinsicht der Souveränitätsverhältnisse und der Maßnahmen des Sultans betreffs der Zukunft dieser beiden Länder, erklärt Österreich-Ungarn den status quo im Orient striktest achten und die in diesem Vertrage festgesetzte Grenze nicht überschreiten zu wollen."

„Über die oben erwähnten möglichen Veränderungen in der Souveränität und den staatsrechtlichen Verhältnissen in Bosnien und in Herzegowina hinaus, welche sich gegebenenfalls, ohne den status quo im Orient und die Abmachungen des Berliner Vertrages zu verletzen, vollziehen könnten und daher nicht Gegenstand der Verhandlungen Österreich-Ungarns zu bilden brauchen, beabsichtigt es durchaus keine Eroberungspolitik im Orient zu betreiben, noch denkt es in irgendeiner Weise daran, in der Richtung von Saloniki und Albanien vorzugehen. Es wird den status quo vollkommen aufrechterhalten. Was diesen Punkt anbetrifft, ist Österreich-Ungarn bereit, alle notwendigen Erklärungen in bündiger Form abzugeben, um den festen Entschluß zu bekunden, genau im Rahmen der ihm durch den Berliner Vertrag festgelegten Grenzen zu handeln und sich von jeder politischen Ausdehnung fernzuhalten.

Diese von dem Minister und seinem Adlatus abgegebenen Erklärungen lassen, wie mir scheint, was Genauigkeit und Klarheit anbelangt, nichts zu wünschen übrig, und die Grundlage für spätere Verhandlungen zum Abschluß eines Neutralitätsvertrages wäre somit, nach meiner Ansicht, gefunden.

Baron Haymerle und Baron Teckenberg glauben, daß die allgemeine Lage nicht derart sei, daß sie dem Abschluß einer aufrichtigen und intimen Freundschaft zwischen Italien und Österreich ein ernstes Hindernis in den Weg legen könne.

Österreich-Ungarn war und ist immer bereit, die berechtigten Interessen Italiens als Großmacht und Seemacht in Betracht zu ziehen, und verfolgt seine Schritte mit Sympathie; daher wird es keine Schwierigkeiten bereiten, sondern mit Genugtuung die Ausdehnung der Interessen Italiens im Mittelländischen Meere verfolgen, vorausgesetzt, daß der status

quo im Adriatischen Meer erhalten bleibt, und daß es nicht ein italienisches Binnengewässer wird.

Von diesem Gesichtspunkte aus wird Österreich-Ungarn mit Vergnügen jedem den italienischen Interessen in der tunesischen Frage günstigen Vorschlag und gegebenenfalls einer Erwerbung von Tripolitanien zustimmen. Vom gleichen Standpunkt ausgehend, hat Österreich-Ungarn, um den Zuwachs der legitimen Interessen Italiens im Mittelländischen Meer zu fördern, den russischen Vorschlag, Griechenland mit der Insel Kreta zu entschädigen, zurückgewiesen. Nach Österreich-Ungarns Ansicht, das allerdings deshalb noch lange keine Verpflichtung übernommen hat, es ihm zu verschaffen, könnte Kreta an Italien gegeben werden, gerade, um seine Stellung im Mittelländischen Meere zu verstärken.

Baron Haymerle und Baron Teckenberg schlossen mit den lebhaftesten Freundschaftsbezeugungen für Italien und für seine Regierung und versicherten, daß sie glücklich sein würden, einen Vertrag abschließen zu können, welcher die ungestörte Weiterentwicklung einer aufrichtigen und innigen Freundschaft zwischen den beiden Ländern ermöglichen würde. Sie erwarten also die weiteren Vorschläge Ew. Exzellenz und überlassen Ihnen die Wahl, ob für die ferneren Verhandlungen jemand von Wien nach Rom kommen sollte, oder ob Sie vorziehen, eine Vertrauensperson nach Wien zu entsenden."

Cairoli, der Ministerpräsident, aber zögerte und wollte seinem Mitarbeiter nicht folgen. Es brachen darauf die tunesischen Ereignisse herein, welche natürlich das Prestige Italiens schwächten. Als Mancini, am 29. Mai zum Minister des Auswärtigen ernannt, sich zu einer Politik der Annäherung an Österreich und Deutschland entschloß und Ende Oktober den Besuch des Königs von Italien in Wien veranlaßte, wurden diese ersten Schritte unter ungünstigen, durch unsere schlechte Lage hervorgerufenen Bedingungen unternommen. Hiervon erhielt man einen offenkundigen Beweis in der Novembertagung der Abgeordneten, wo Männer von Ruf, wie der frühere Ministerpräsident Andrassy und wie Kallay, sich in unpassender

Weise über die Beweggründe der Reise König Humberts nach Wien ausließen.

Die Verhandlungen zu dem Bündnis, die in Wien begonnen hatten, wurden von den drei Kabinetten fortgesetzt. Österreich und Deutschland waren schon seit dem 7. Oktober 1879 durch den ewigen Bund, der am 3. Februar 1888 veröffentlicht wurde, miteinander vereint. Der Beitritt Italiens unter besonderen Bedingungen, welche Staatsgeheimnis sind, wurde am 20. Mai 1882 unterzeichnet. Es ist nur bekannt, daß er, anstatt ein gegenseitiger Neutralitätsvertrag zu sein, wie ihn Österreich zuerst wünschte, eine Garantie betreffs der Unantastbarkeit des Territorialbesitzes der drei Mächte enthält.

„Es war das ein erster Schritt, um aus der Vereinsamung herauszukommen" — sagte Minister Crispi später in seiner am 8. Oktober 1890 in Florenz gehaltenen Rede —, „um die drohende Kriegsgefahr abzulenken. Die öffentliche Meinung war zwar befriedigt, aber . . . in den ersten Jahren seines Bestehens trug das Bündnis keine Früchte. Weder in Wien noch in Berlin waren die Zweifel zerstreut, welche die vorangegangenen Ereignisse geweckt hatten, noch war die Führung der italienischen Politik, der inneren sowohl wie der auswärtigen, geeignet, sie vollständig zu beseitigen; unsere Aufrichtigkeit in der Erfüllung unserer Verpflichtungen erschien noch diskutabel. Die schriftlichen Abmachungen blieben für den Tag liegen, an dem sie auf die große Probe gestellt werden sollten; aber das Land blieb in der Beschützung seiner eigenen Interessen auf sich selbst angewiesen. — Erst in der zweiten Bündnisperiode erwachte das Vertrauen, das sich uns alsdann als nützlich erwies . . . !"

Aber bevor wir uns über das von Crispi vollbrachte Werk — den Dreibund zu einem aufrichtigen, herzlichen Bündnis zu gestalten, das seinen Einfluß auf alle inter-

nationalen Fragen, in denen Italien engagiert war, ausübte, weiter verbreiten, wollen wir in Erinnerung bringen, wie Italien, obgleich die Leitung seiner auswärtigen Politik in fähigere Hände übergegangen war, aus Mangel an Wagemut eine ausgezeichnete Gelegenheit unbenützt vorübergehen ließ, um sich wenigstens teilweise für Tunis schadlos zu halten.

Drittes Kapitel.

Die ägyptische Frage im Jahre 1882.

Italien lehnt die Aufforderung ab, in Ägypten gemeinsam mit England vorzugehen. — Crispis Reise nach Berlin und London. — Unterredungen mit Graf Hatzfeldt und Lord Derby. — Neun Briefe Crispis über die Vorteile, die für Italien aus der Annahme des englischen Vorschlages hätten erwachsen können.

Zu der Zeit, als die ägyptische Frage infolge der Erhebung Arabi Paschas gegen die Regierung (im September 1881) sich aus der Erstarrung löste, in der sie seit Jahren verharrte, übte Italien keinerlei Einfluß auf die inneren Angelegenheiten des Landes aus, in welchem England und Frankreich einander die Oberherrschaft streitig machten. Da die Autorität des Khedive bedroht war, erachteten die beiden Mächte es für angebracht, sie zu kräftigen, indem sie ihn öffentlich ihrer freundschaftlichen Gesinnung versicherten. Würde dieses Wohlwollen stark genug gewesen sein, um ein englisch-französisches Eingreifen mit militärischer Macht zu veranlassen? Vielleicht wohl, wenn Gambetta am Ruder geblieben wäre; da er aber am 26. Januar 1882 seine Entlassung nahm und Freycinet sein Nachfolger wurde, entwickelte die Angelegenheit sich in der Weise, daß Frankreich sich jeder Aktion enthielt und von dem Wettbewerb ausgeschlossen blieb. Nun entspann sich ein langer, mit Hartnäckigkeit geführter Kampf, um dem britischen Löwen die ägyptische Beute zu entreißen; es folgten seine vielfachen

Zugeständnisse, in der Absicht, seinen Gegner zur Abrüstung zu bewegen, bis der Vertrag vom 8. April 1904 den status quo, die unbegrenzte Okkupation durch England, als rechtlich festsetzte.

Mancini beschloß sofort, gegen das alleinige Vorgehen einer einzelnen Macht Einspruch zu erheben, und nach der damaligen Stellung Italiens scheint es, daß er einen vollkommen richtigen Weg einschlug. Allein das europäische Konzert verhielt sich ablehnend: außer England und Frankreich bewies keine Macht Interesse für die ägyptische Frage.

Auf den Vorschlag des Pariser Kabinetts hatten sich am 23. Juni die Abgesandten der Großmächte in Konstantinopel zu einer Konferenz versammelt, allein sie erfüllten keine andere Aufgabe als die, die Doppelzüngigkeit der türkischen Politik zu enthüllen und die europäische Intervention zu rechtfertigen. Zuerst wollte die Hohe Pforte an der Konferenz nicht teilnehmen; erst der zehnten Sitzung (24. Juli) wohnte sie bei, nachdem die Mächte sie durch eine Kollektivnote aufgefordert hatten, ohne Zögern genügende Truppen nach Ägypten zu schicken, „um die Ordnung wiederherzustellen, die Aufständischen niederzuwerfen und der ernsten Lage ein Ende zu machen Dieser Lage, die das Land bedrückte, die viel Blutvergießen verursachte, den Ruin und die Flucht von Tausenden von europäischen und muselmännischen Familien bewirkte und den Handel der Einheimischen und Fremden gefährdet hatte".

Die englische Regierung wußte, obgleich sie sich anders äußerte, daß der Sultan keine Truppen nach Ägypten schicken würde, und sie traf Vorbereitungen, statt seiner einzuschreiten. Der Suezkanal war in Gefahr, Lord Granville verband sich mit Frankreich zu seinem Schutze und forderte Italien auf, an der Aktion teilzunehmen. Mancini erwiderte, daß, da diese Frage der Konferenz vorgelegt werden müsse, er es vorzöge, deren

Entscheidung abzuwarten. Der italienische Antrag, „zur Sicherung der freien Schiffahrt auf dem Suezkanale ein rein polizeiliches Seeamt zu errichten, an dessen Überwachung alle Mächte teilhaben sollten", wurde zwar von allen angenommen, allein die beigefügten Vorbehalte machten ihn hinfällig. Der englische Gesandte behielt sich vor, daß „unter dem Drucke der Notwendigkeit" jede Macht berechtigt sein sollte, Truppen zu landen und alle für die Sicherheit des Kanals notwendigen Punkte zu besetzen; auch erklärte er, daß England „Aktionsfreiheit für die militärische Kooperation beanspruche, da es die Wiederherstellung der Autorität des Khedive im Auge habe".

Als die englische Regierung den rechten Augenblick ergriff, um ihre weittragenden Interessen zu schützen, hätte es Mancini klar werden müssen, daß die Konferenz in Konstantinopel nur Spiegelfechterei gewesen; er hätte die Untätigkeit Frankreichs ausnutzen müssen, um in gemeinsamem Vorgehen mit England in Ägypten für Italien die Stellung zu erringen, die man ihm bisher nicht zugestanden hatte.

Wie der englische Antrag Italien gestellt, und wie er abgelehnt wurde, ersieht man aus nachstehenden Dokumenten.

Sir Augustus Paget an Lord Granville.

Rom, den 28. Juli 1882.

Den Befehlen Eurer Exzellenz gemäß, die das Telegramm vom 25. d. M. enthielt, begab ich mich heute zu Herrn Mancini. Ich begann die Unterredung, indem ich sagte, daß ich Se. Exzellenz nunmehr durch den General Menabrea für die Mitteilung vorbereitet glaubte, die ich machen wollte, und die sich auf folgendes beschränkt: Die Regierung Ihrer Majestät würde es gern sehen, wenn Italien sich mit England und Frankreich verbände, um für die Sicherheit des Suezkanals Gewähr zu leisten, aber es würde ihr auch willkommen sein, wenn Italien bei einer direkten Aktion im Innern des Landes mit-

wirkte; diese könnte nicht länger aufgeschoben werden, und die Regierung Ihrer Majestät träfe dazu Vorbereitungen, obgleich die französische Regierung sich nicht geneigt zeigte, mitzuwirken.

Nachdem Herr Mancini mich gebeten hatte, Ew. Exzellenz den Dank der italienischen Regierung für diesen neuen Beweis von Vertrauen und Freundschaft zu übermitteln, sagte er mir, daß er durch General Menabrea von dieser Mitteilung schon Kenntnis erhalten und sofort (ich glaube den Abend vorher) Auftrag gegeben hätte, seine Vermutung auszudrücken, daß Sie bis Dato wohl noch nicht von der Antwort der Pforte auf die Kollektivnote (vom 25. Juli) unterrichtet seien.

Ich antwortete, ich hätte Grund, zu glauben, daß dem so wäre; allein ich sei in der Lage, Seiner Exzellenz zu berichten, daß meines Wissens die betreffende Antwort in keiner Weise die Absichten der Regierung Ihrer Majestät ändern würde oder sie davon überzeugen könne, daß die Verwendung der britischen Truppen weniger notwendig wäre als vordem.

Ich fragte ihn, wie es möglich wäre, einem so saumseligen Eingehen der Pforte auf die Forderungen Europas zu trauen. Es könnte wohl sein, daß die Türkei in der elften Stunde Vorbereitungen träfe, um Truppen nach Ägypten zu schicken, aber wer wollte verbürgen, daß diese dort einmal versammelten Truppen auch zu dem gewünschten Zwecke verwendet würden? Die Politik der Pforte in der ägyptischen Frage wird durch so viele Ausflüchte und Winkelzüge gekennzeichnet, daß man sich in Zukunft auf sie auch nicht im geringsten verlassen kann. Um ein Beispiel anzuführen, sagte ich, daß damals bei der letzten Sitzung der Konferenz Lord Dufferin den von allen Kollegen unterstützten Antrag gestellt habe, der Sultan solle Arabi Pascha für einen Rebellen erklären, aber der türkische Kommissar antwortete darauf nur durch einen seiner dilatorischen Gegenanträge. Ich fügte hinzu, daß kürzlich ein Geheimagent Arabis, der auf der Rückreise von Konstantinopel durch die englischen Behörden in Alexandria verhaftet wurde, und der, da man in seinem Besitze sehr kompromittierende Dokumente fand, Geständnisse machte, welche die Mitschuld Konstantinopels an den Umtrieben des Oberhauptes der Rebellen bewiesen.

Daher forderte ich Herrn Mancini auf, mir seine Meinung zu sagen, ob das Mißtrauen, mit dem die Regierung der Königin den Absichten des Sultans begegnete, nicht ebenso gerechtfertigt wäre, wie die getroffenen Maßnahmen, die seine ruchlosen Pläne

vereiteln sollten. Auch sagte ich, daß meines Erachtens die Regierung der Königin die Kooperation der Türkei angenommen haben würde, jedoch ohne sich von der Ausführung der schon getroffenen Vorkehrungen abhalten zu lassen.

Ohne irgendeine der aufgezählten Tatsachen, noch die daraus gezogene logische Folgerung zu beanstanden, erwiderte Herr Mancini, daß, welches auch die Gründe hinsichtlich des gegen die Pforte bestehenden Mißtrauens wären, für ihn ein Widerspruch darin läge, wenn Italien und England Verpflichtungen für eine andere Art der Intervention eingehen würden, nachdem die Pforte ohne Vorbehalt alle Bedingungen angenommen, die ihr in einer Note, an der sich auch diese beiden Mächte beteiligt hatten, vorgeschrieben wurden. Jedenfalls würde, seiner Ansicht nach, der gegenwärtige Zeitpunkt es gestatten, die Gesinnungen, nach denen die Türken jetzt handelten, auf ihre Aufrichtigkeit hin zu prüfen. Wenn sich Beweise fänden, daß sie nicht das Programm, das sie von den Mächten angenommen, rechtlich ausführten, oder wenn irgendein Anzeichen bewiese, daß sie die rebellische Partei begünstigten oder zu wenig Energie aufwendeten, um sie zu unterdrücken, würde die Sache sich in der Gesamtheit ändern, und neue Bedingungen müßten von den Mächten in Erwägung gezogen werden.

Se. Exzellenz gab immerhin zu, daß England eine andere Stellung einnähme als Italien und die andern Mächte. England hätte seine Truppen schon nach Ägypten geschickt, und er begriffe vollkommen die Absicht, daß es dort genügend Truppen haben wollte, um das Verhalten der Türkei kontrollieren zu können. Aber die Zustimmung Italiens zu dem ihm angeratenen Mitwirken würde ein Schritt sein, den die Umstände nicht rechtfertigten. Man muß, fügte er hinzu, den Lauf der Dinge abwarten, sowohl die Antwort, die S. Exzellenz General Menabrea erteilen wird, wie auch die öffentlichen Erklärungen, die die Minister der Königin bezüglich dieser neuen Entwicklung der Frage abgeben werden, ehe die italienische Regierung imstande sein würde, auf den ihr gemachten Vorschlag zu antworten.

Als Erwiderung drückte ich die Hoffnung aus, daß die italienische Regierung diesen ihr gemachten Vorschlag nicht vergessen möchte, damit man die Regierung der Königin nicht einst beschuldigen könnte, eine exklusive Politik getrieben zu haben.

A. Paget.

Lord Granville an Sir A. Paget.

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1882.

Bei meiner heutigen Zusammenkunft mit General Menabrea erklärte Seine Exzellenz, Herr Mancini scheine zu glauben, daß, als die Regierung Ihrer Majestät Italien den Vorschlag machte, an den Operationen im Innern Ägyptens teilzunehmen, es ihr unbekannt war, daß der Sultan die ihm von der Konferenz gestellte Forderung, Truppen nach Ägypten zu schicken, formell und ausnahmslos angenommen hatte. Da der Sultan jetzt beschlossen hatte, Truppen nach Ägypten zu entsenden, willfahrte er also dem von den sechs Mächten gestellten Verlangen. General Menabrea bemerkte, daß die italienische Regierung sich eines Widerspruches schuldig machen würde, wenn sie, im Hinblick auf das jetzige Verhalten des Sultans, sich an der Intervention einer andern Macht beteiligte. So bliebe ihm nur übrig, dem englischen Kabinett seinen Dank dafür auszusprechen, daß es dem Gedanken Ausdruck gegeben hatte, die Freundschaft Italiens für England könnte die Form einer aktiven Kooperation annehmen. Ich drückte mein Bedauern aus, daß Italien seine Kooperation in der angezeigten Weise ablehnte, aber ich könnte nichts gegen ein Argument einwenden, dessen Beurteilung der italienischen Regierung zustände. Dessenungeachtet freute ich mich, daß der gegenwärtige Stand der Dinge der Regierung Ihrer Majestät Gelegenheit geboten habe, Italien einen Beweis ihrer Freundschaft zu geben. Granville.

General Menabrea an Herrn Mancini.

London, den 29. Juli 1882.

Ich habe heute Lord Granville wörtlich nach Eurer Exzellenz Telegramm gestrigen Datums die Antwort auf den Vorschlag mitgeteilt, demzufolge Italien aufgefordert war, an der Expedition nach Ägypten teilzunehmen. Ich habe mich streng der von Eurer Exzellenz anempfohlenen Zurückhaltung befleißigt. Lord Granville hat die Antwort zu den Akten genommen, wie auch den Ausdruck der freundschaftlichen Gefühle, die Eure Exzellenz für England hegen, das, wie er sagte, *geglaubt hatte, Italien einen Freundschaftsbeweis zu geben, wenn es ihm die Gelegenheit bot, an einer Aktion teilzunehmen, die zu seinem Vorteil hätte ausschlagen können.*

In meiner Unterredung mit Lord Granville beschränkte ich mich darauf, die von Ew. Exzellenz bei den Erwägungen angewandte Vorsicht als eine Folge der unerwarteten, jetzt entschiedenen Intervention der Türkei in Ägypten hinzustellen. Lord Granville war sehr wortkarg; er nahm von meinen, im Wortlaute sich an das Telegramm Ew. Exzellenz anlehnenden Erklärungen Notiz. erkannte Ihre Antwort als seinen Wünschen nicht gemäß und schloß die Unterredung, indem er mir, mit immer höflichen Worten, sagte, daß das britische Kabinett durch den Vorschlag, mit England gemeinsam die Ordnung in Ägypten wiederherzustellen, Italien nur einen Freundschaftsbeweis hatte geben wollen, als es unsere Regierung aufforderte, an einem Werke teilzunehmen, das ihr hätte zum Nutzen gereichen können. Menabrea.

Mancini teilte den Kabinetten in Berlin und Wien — also den Verbündeten — die Ablehnung des englischen Anerbietens mit. Vielleicht erwartete er warmes Lob; aber Hatzfeld dankte Launay nur für die Mitteilung, indem er „peinlichst alles vermied, was eine günstige sowohl wie eine ungünstige Auffassung des britischen Vorschlages hätte andeuten können, und Graf Kalnoky fand die Beweisgründe Mancinis „sehr korrekt und angemessen"!

In der ersten Julihälfte verließ Crispi Rom, um eine Reise in das Ausland anzutreten. Vorher begab er sich auf die Consulta zu seinem alten Freunde Mancini und erhielt von ihm ein Schreiben, das ihn bei Gesandtschaften und Konsulaten einführen sollte; es hieß darin: „Der Patriotismus dieses unseres berühmten Mitbürgers und die großen Verdienste, die er sich um das Vaterland erworben, genügen ohne Frage, ihm bei allen Vertretern der Regierung im Auslande einen warmen Empfang zu bereiten. Trotzdem ist es mir Bedürfnis, ihn mit einer besonderen Empfehlung zu versehen, und ich werde Euer Hochwohlgeboren für jede Liebenswürdigkeit, die Sie diesem hervorragenden Vertreter unserer Nation erweisen wollen, ganz außerordentlich dankbar sein." Dem

Empfehlungsbriefe fügte Mancini noch gute Wünsche bei: „Glückliche Reise! Sammle Eindrücke und Informationen, die unserem Vaterlande nützen können, dem wir ja stets unsere vornehmste Sorge widmen."

Crispi begab sich ohne Aufenthalt nach Berlin. Dort am 17. Juli angekommen, bat er zuerst einen alten Bekannten, den Baron Holstein, ihn bei dem Grafen Hatzfeldt einzuführen. Über eine seiner Unterredungen mit Holstein finden wir folgendes vermerkt:

„Er kam um 9 Uhr 15 Min.; lange Unterredung. Deutschland kein direktes Interesse für Ägypten. Kein Bedürfnis für Kolonisation, oder die Zeit ist noch nicht gekommen, an die Gründung von Kolonien zu denken. Jedenfalls würde es niemals Ägypten wählen.

Fürst Bismarck leidet an Neuralgie; die Ärzte haben ihm Ruhe verordnet. — Hatzfeldt ist der Hüter seiner Ideen."

Am nächsten Morgen Unterredung mit Hatzfeldt. Crispi schreibt darüber:

18. Juli 1882.

Königgrätzerstraße 136 ist das dritte Haus rechts hinter der Voßstraße, vom Potsdamer Platze aus gerechnet, es liegt in einem Garten.

Graf Hatzfeldt war um 1 Uhr mittags in seinem Arbeitszimmer und widmete mir seine Zeit bis 2 Uhr.

Im Gespräche über die Tagesfragen äußerte er, daß er sich an der Lösung der ägyptischen Frage nicht beteilige. Er hätte die Konferenz angenommen, damit die Mächte Deutschland nicht den Vorwurf machen könnten, daß es durch seine Abwesenheit eine Lösung verhindert hätte, aber ihm fehlte jedes Vertrauen zu den Arbeiten

dort. Deutschland ist dabei durchaus unbeteiligt. Es macht keine Vorschläge, weil es keine Verantwortlichkeit übernehmen will. Es wird keinen Heller, keinen Soldaten für Ägypten opfern. Wer sich in den Wirrwarr begeben hat, mag sich daraus befreien. Die Haltung Englands hat er weder gebilligt noch gemißbilligt. Im Suezkanal soll ihnen die freie Durchfahrt nicht verwehrt werden.

In der Konferenz wollen sie, daß der status quo aufrecht erhalten werde. Welcher? Der, welcher vor der militärischen Aktion bestand? Der frühere vom Juni 1870? Der Satz ist dehnbar — er sagt viel und doch nichts. Italien hat direkte Interessen, — Spanien — Holland wollen intervenieren.

Die Dynastie fallen lassen? Tewfick hat keine Autorität. Halim einsetzen? Er ist gut, brav, des vorzüglichen Kaffees wegen bekannt, den man bei ihm trinkt, — sonst aber eine Null.

Die Finanzlage hat sich seit 1879 verschlechtert, es wäre interessant, zu erfahren, wem die Schuld daran beizumessen ist.

Deutschland wird jede Lösung annehmen, welche die Mächte gemeinsam sowohl für die Wiederherstellung der Ordnung als auch für eine Regierung in Ägypten vorschlagen werden. Ägypten mit parlamentarischer Regierung kann sich nicht halten.

Das ist eine Einrichtung, die dort nicht Wurzel fassen kann. Die Regierung muß aber ein Herrscher führen, der Autorität und Energie besitzt. Wir wollen nicht tun, was Kaiser Napoleon tat; wir mischen uns nicht ein, solange unsere Interessen unverletzt bleiben.

Ich: „Die Franzosen wollten den alten Römern nachahmen, aber sie eigneten sich nicht ihre Tugenden, sondern nur ihre Laster an. Die römische Republik und das Kaiserreich überdauerten viele Jahrhunderte, die französischen Republiken und Kaiserreiche kaum zwei Dezennien."

Er: „Den Römern standen Barbaren gegenüber. Heute herrschen in Europa andere Zustände. Frankreich ist von mächtigen, zivilisierten Völkern umgeben. Das wollen die Franzosen immer noch nicht begreifen."

Graf Hatzfeldt spricht über den Fürsten Bismarck und sein Leiden, das ihn hindert, an den Geschäften teilzunehmen. Alles ruht auf den Schultern des Grafen, den besonders die große Verantwortlichkeit drückt, die die äußere Politik ihm auferlegt.

Von Berlin begab sich Crispi nach London, wo man das Geschick Ägyptens entschied. Seinen Freund Giacomo Lacaita bat er, ihn bei Lord Granville, dem Minister des Äußern, einzuführen. Lord Granville sagte nicht nur, daß er sich freute, den ehemaligen italienischen Revolutionär kennen zu lernen, sondern er lud ihn auch zu einem Lunch in seinem Hause ein. Über den Empfang und die Gespräche dort schreibt Crispi:

29. Juli.

Lord Granville wohnt in dem Palaste Carlton House Terrace 18.

Die Einladung lautete auf 2 Uhr mittags. Um $1^3/_4$ Uhr verließen Lacaita und ich das Athenäum, und kurz vor 2 Uhr betraten wir das Haus des Earls.

Der Diener meldete uns, daß der Herr Minister noch in der Sitzung wäre und die Herren bäte, ihn zu erwarten. Wir wurden in die Bibliothek geführt. Kaum hatten wir

Platz genommen, als wir das Rauschen seidener Gewänder vernahmen. Lady Granville erschien mit ihren beiden Töchtern, und in der gegenüberliegenden Tür auch Lord Granville. Nach den üblichen Vorstellungen gingen die Damen voran in den Speisesaal, und wir folgten nach wenigen Minuten.

Lord Granville sagte, daß ein Ministerrat stattfände, er seine Kollegen aber verlassen hätte, um mit mir zusammen zu sein.

Der Speisesaal in Carlton House ist riesengroß. Bei der Tafel saß Lady Granville zwischen Lacaita und ihrer jüngeren Tochter, Lord Granville hatte mich zur Linken und die ältere Tochter zur Rechten. Zwischen den beiden Töchtern saßen der Privatsekretär und ein Neffe Granville's, ein anderer Neffe nahm den Platz zwischen mir und Lacaita ein.

Während der wenigen Minuten in der Bibliothek und auch beim Beginne des Mahles wurde über die italienische Presse gesprochen, über das französische Ministerium und über die wahrscheinliche Abstimmung in der französischen Kammer.

Da ich meinte, Freycinet würde die Stimmen gegen sich haben, und eine Krisis wäre zu erwarten, fragte Lord Granville:

„Was für ein Ministerium würde nach Ihrer Ansicht gewählt werden?"

Ich: „Ein Ministerium der Mittelpartei."

Er: „Der Meinung bin ich auch."

Ich: „Gambetta kann vorläufig nicht wieder an die Spitze treten. Sein Name bedeutet Krieg, und den kann

und will Frankreich nicht beginnen. In Deutschland gilt der Name Gambetta für eine Mahnung, sich kriegsbereit zu halten.“ Er hat sich zu klar durchschauen lassen.

Er: „Das ist wahr.“

Ich: „Freycinet dagegen verbürgt Deutschland den Frieden.“

Er: „Er hat Frankreich durch seine, die öffentlichen Arbeiten betreffenden Gesetze in große Unkosten gestürzt.“

Ich: „Er ist mehr Fachmann als Politiker.“

Er: „Sie haben recht.“

Ich: „Für die Franzosen gibt es nur zwei Wege: entweder sie schließen sich innerhalb ihrer Grenzen ab, vermehren ihre Reichtümer, sichern ihr materielles Wohl, — oder aber sie führen Krieg. In letzter Zeit war die Stimmung gegen den Krieg.“

Er: „Ein Krieg wäre jetzt für sie unmöglich. Die französische Armee ist in keiner guten Verfassung, die Offiziere sind nicht tüchtig, die Soldaten ohne Disziplin. Von Ihrem Heere dagegen habe ich nur Lobenswertes gehört; Sie haben gute Soldaten und gute Offiziere.“

Ich: „Ein kleines, aber tüchtiges Heer! Wir könnten unsere Kriegsmacht verdreifachen, wenn wir eine finanzielle Anstrengung machen wollten.“

Er: „Sind Sie in Paris gewesen?“

Ich: „Nein, Mylord!“

Er: „In Berlin?“

Ich: „Ja —“

Er: „Und wie denkt man dort über die Tagesfragen?“

Ich: „In Berlin? Die ägyptische Frage ist für sie vollkommen belanglos. Man überläßt ihre Lösung den un-

mittelbar Beteiligten. In Berlin denkt man nur an Frankreich und Rußland, an die beiden Mächte, welche die größte Besorgnis erregen und von denen möglicherweise ein Krieg zu befürchten ist. Daher sucht Fürst Bismarck die Türkei zu stärken und China bei der Reform seines Heeres zu unterstützen."

Er: „Leider! — Vor einer Beunruhigung von russischer Seite kann aber Europa vorläufig sicher sein."

Ich: „Das verstehe ich, aber in der Zukunft werden die Verhältnisse sich ändern."

Er: „Haben Sie General Menabrea gesprochen?"

Ich: „Ja, Mylord!"

Er: „In welcher Stimmung befindet er sich augenblicklich?"

Ich: „Er fühlt, daß sein alter Kriegsmut neu erwacht."

Lord Granville lachte. Die Tafel wurde aufgehoben, Lady Granville, ihre Töchter und Neffen sowie der Privatsekretär verließen uns, Lord Granville und ich blieben allein.

Ich hatte vergessen zu erwähnen, daß eine kleine Reise Lacaita gezwungen hatte, schon etwas früher aufzubrechen; Montag sollte er wieder in London eintreffen. Als wir allein waren, rückten wir uns zwei Sessel näher und ließen uns nieder.

Er: „Sie wollen also nicht mit uns gemeinsam nach Ägypten gehen?"

Ich: „Ich meinerseits würde keinen Augenblick zögern, mich mit Ihnen zu vereinen."

Er: „Herr Mancini hat unsere Aufforderung aber abgelehnt?"

Ich: „Das beklage ich! — Wenn es noch Zeit hätte, — wenn ich in Italien wäre, würde ich mein möglichstes tun, um den Minister zu einer mit England gemeinsamen Intervention in Ägypten zu überreden. Könnten Sie die Verhandlungen nicht noch einmal aufnehmen?“

Er: „Wir, — nein! Die italienische Regierung aber könnte es wohl. Wollen Sie mir wenigstens die Gründe sagen, die Ihre Regierung zur Ablehnung veranlaßten?“

Ich: „Ich könnte sie nur vermuten; ich habe den Minister Mancini nicht gesprochen und kenne seine Absichten nicht. Vielleicht meint er, daß er den Zweck unserer Intervention in Ägypten nicht vor der Kammer vertreten könnte. Sie werden sich erinnern, Mylord, wie wir im Jahre 1879 von Lord Salisbury und Herrn Waddington behandelt wurden.“

Er: „Erörtern wir die Vorgänge von 1879 nicht näher! Wir wünschten, daß Italien unsern jetzigen Vorschlag als einen besonderen Vorzug, als einen Beweis unserer Freundschaft erachten sollte. Unsere Offiziere begrüßten voll Freude die Kunde von einem möglichen Bündnisse mit Italien, unsere Truppen hätten überaus gern Seite an Seite mit den Ihren gekämpft.“

Ich: „Im Jahre 1879 wurde Italien von Frankreich und England in unwürdiger Weise beiseite geschoben. Sie sind freilich die Ersten, die für den Handel in Ägypten in Betracht kommen, wir aber nicht die Letzten.“

Er: „In der Bevölkerung Ägyptens stellen Ihre Landsleute ein überwiegendes Kontingent.“

Ich: „Und für die ägyptische Staatsschuld ist die Anzahl der italienischen Gläubiger von höchster Wichtigkeit.

Es ist klar, daß ein Zusammenwirken mit Ihnen uns die Stellung wiedergeben würde, die man uns 1879 schmählich verweigert hat.“

Er: „Sicherlich!“

Ich: „Mancini wollte wohl irgendeine Sicherheit haben, um sie dem Parlamente vorlegen zu können?“

Er: „Aber wir wollten doch nichts Unrechtes! Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß wir über die ablehnende Antwort Italiens nicht verstimmt sind, und daß unsere Beziehungen zu Ihnen ebenso freundlich und herzlich bleiben werden wie vorher. Der italienischen Regierung wurde der Vorschlag in aller Aufrichtigkeit und Herzlichkeit gemacht; wir wünschten in vollkommenem Einvernehmen mit ihr zu bleiben.“

Ich: „Wenn Sie die Verhandlungen doch wieder aufnehmen könnten!“

Er: „Wir können uns Ihnen doch nicht zu Füßen legen! England ist stark genug, um auch allein vorgehen zu können.“

Ich: „Wieviel Truppen kämen nach Mylords Ansicht für das ägyptische Unternehmen in Betracht?“

Er: „Die Franzosen meinten, es wären 40 000 Mann nötig, wir glauben aber, daß 20—25 000 Mann genügen würden. Der Krieg wird voraussichtlich von kurzer Dauer sein. Die Paschas sind untereinander nicht einig, und auf diese Uneinigkeit muß man bauen. Arabi-Pascha hat wenig Bildung und wenig Geist; ich möchte behaupten, daß irgendein Europäer ihm bei seinen Operationen hilft. Wieviel Zeit würden Sie brauchen, um Ihr Heer mobil zu machen?“

Ich: „In vier Wochen könnten wir bereit sein.“

Er: „Das wäre zu lange.“

Ich: „Vielleicht täusche ich mich auch. Aber sofort könnte man nach Ägypten nicht gehen; für den Europäer ist das Klima im Sommer zu ungünstig.“

Er: „Die jetzigen Zustände dort noch lange andauern zu lassen, wäre unmöglich.“

Ich: „Meinen Sie, daß Frankreich sich einmischen würde?“

Er: „Vorläufig will Frankreich sich auf die Überwachung des Suezkanals beschränken. Falls das Ministerium Freycinet fiele, wissen wir aber nicht, wie sein Nachfolger darüber denken würde.“

Wir verharrten einige Minuten stillschweigend und schauten einander prüfend an. Granville begann:

„Unsere Unterredung hat keine offizielle Bedeutung. Vielleicht hätte ich Ihnen nicht sagen sollen, daß Herr Mancini das Anerbieten abgelehnt hat.“

Ich: „Mylord, ich bin ein Privatmann und sehe augenblicklich in Ihnen nicht den Minister der englischen Königin, sondern einen Freund Italiens, der zu einem italienischen Patrioten spricht. Außerdem vergesse ich nicht, daß Sie unsere Freunde waren, ehe wir ein einiges Italien hatten.“

Während ich mich erhob und verabschiedete, erwiderte er:

„Ich hoffe, Sie vor Ihrer Abreise noch einmal zu sehen.“

Ich: „Ich werde nicht versäumen, Ihnen einen Abschiedsbesuch zu machen, Mylord!“

Er: „Sie sprechen Englisch?“

Ich: „Ich wage es nicht, Mylord, und ich verstehe es auch nicht gut. Mr. Gladstone hat mich verwöhnt, er sprach vorzüglich Italienisch.“

Während der Unterredung war ein Diener eingetreten und hatte Lord Granville eine kleine längliche Kassette überreicht. Er bat um die Erlaubnis, sie öffnen zu dürfen, entnahm ihr einige Telegramme und las sie.

Er: „Sie haben Brieftaschen, wir bedienen uns der Kassetten.“

Er erhob sich, schrieb einiges nieder und übergab alles dem Diener. —

Lord Granville ist von mittlerer Größe; er trägt den Bart nach englischer Art; er hat blaue Augen und einen überaus gütigen Gesichtsausdruck. Trotz aller vorsichtigen Klugheit prägt diese Herzensgüte sich beim Sprechen so deutlich aus, daß man Vertrauen gewinnt. —

Folgende, in jenen Tagen nach Rom gesandte Aufzeichnungen gaben Rechenschaft über Crispis Urteil in betreff der ägyptischen Frage, wie auch über seine Bemühungen, Mancini zur Annahme des englischen Anerbietens zu bewegen.

London, d. 25. Juli 1882.

Bei meiner Abreise von Italien gedachte ich, eine Vergnügungsreise zu unternehmen, allein ich änderte meinen Vorsatz, in der Meinung, daß eine Informationsreise größeren Wert hätte.

Ich begab mich also über den Gotthard nach Berlin, wo ich sieben Tage blieb; dann reiste ich über Brüssel und Ostende nach London und gedenke mich hier den Juli über aufzuhalten.

Welche Eindrücke habe ich empfangen? Keine tröstlichen für unser Vaterland. Wenn die Regierung nicht beizeiten aufwachen will, stehen uns neue Verluste nach den schon bei Tunis erlebten bevor.

Deutschland ist bei den Vorgängen in Afrika vollkommen unbeteiligt; es läßt denen freie Hand, die dort direkte Interessen haben oder zu haben glauben. Es tut also Eile not, um ohne Bedenken, ohne Scheu tätig mit einzugreifen.

Die Einigkeit Europas ist Komödie, und die Konferenz in Konstantinopel ein Kinderspiel. Die Mächte haben Vertreter entsandt, weil es keine andere Lösung gab. Wie geringe Wichtigkeit sie der Konferenz beimaßen, ergibt die Wahl des Vorsitzenden[1]). Wer immer in Ägypten interveniert, wird geduldet werden; ein Krieg entsteht darum nicht. Und wer interveniert, kann die Angelegenheiten dort nach seinem Gefallen ordnen.

Bismarck denkt nur an das Reich, seine Politik hat den einzigen Zweck, das Reich zu erhalten und zu festigen. Er sieht nur zwei Feinde, die das Reich bedrohen. Frankreich und Rußland. Und er wählt seine Verbündeten im Hinblick auf einen Krieg, der von diesen beiden Mächten kommen könnte. Unlöslich ist er mit Österreich verbündet, und er arbeitet daran, durch eine Heeresreform eine starke Macht in der Türkei zu gründen. Um Italien kümmert er sich wenig; er weiß, daß es im Kriegsfalle nicht sein Feind sein kann[2]) . . . . Wenn wir gut gerüstet

[1]) Bis zum 24. Juli war der Vorsitzende Graf Corti der italienische Gesandte in Konstantinopel und Doyen des diplomatischen Korps. (N. d. C.)

[2]) Crispi kannte, als er diesen Brief schrieb, augenscheinlich den Vertrag über den Dreibund noch nicht. (N. d. C.)

wären, würden wir in Europa eine ganz andere Stellung einnehmen. Sie würden uns nötig haben und nichts ohne uns tun. Ihr könnt Euch nicht vorstellen, mit welchem fieberhaften Eifer man hier an der Verstärkung der Heeresmacht arbeitet. . . .

Mancini ist mit seiner Politik zufrieden, — und mit Recht, denn unter Cairoli waren wir zu tief gesunken. — Allein positiven Nutzen hat er uns noch nicht gebracht, und kann es auch nicht. Wir haben weder Feinde noch Freunde, obgleich alle unsere Freundschaft wünschen. Aber da sie uns nichts zutrauen und wir nichts dazu tun, uns vorwärts zu bringen und handelnd einzugreifen, verfolgen alle ihre eigenen Interessen, ohne sich um uns zu kümmern, und wir bleiben zurück.

Die Intervention in Ägypten ist jetzt eine Notwendigkeit. Deutschland würde nichts dagegen haben und unser Freund bleiben; England wünscht unsere Mitwirkung und würde sie sehr gerne sehen. Wenn wir intervenierten, würde man in Afrika nichts ohne uns tun, und vor allem würde man verhindern, daß die anderen etwas zu unserem Schaden unternähmen. Bleiben wir aber untätig, so wird Frankreich seine Stellung in Tunis befestigen, und Tripolis wird gefährdet. Das Mittelmeer wäre dann für immer für uns verloren.

In Bezug auf Tunis habe ich über die Haltung der Unsern in Berlin im Jahre 1878 Dinge gehört, die mich in höchstes Erstaunen versetzten. Die Unfähigkeit unseres Vertreters ließ uns in unwürdiger Weise mitspielen.

Am Hofe hier bedauert man die Haltung der italienischen Presse, man begreift nicht, warum wir grollen. Dem Prinzen von Wales tut dies leid, er meint, es wäre ein Fehler, wenn Italien auch diese Gelegenheit, an der Intervention teilzunehmen, vorübergehen lassen würde. Hier wäre unsere Mitwirkung genehm, denn wir würden Frankreich, das man nicht liebt, das Gegengewicht halten.

Wenn Ihr durch Fabrizi diesen Brief Mancini zukommen lassen wollt, damit er ihn liest, tut es! Hebt ihn aber nachher gut auf, denn ich besitze keine Abschrift, und er könnte einst als Dokument dienen.

London, d. 26. Juli 1882.

England braucht zu dem ägyptischen Unternehmen einen Verbündeten mit militärischer Macht. Es wäre ihm willkommen, wenn dieser Verbündete Italien sein würde. Ich weiß, daß unserem Ministerium ein Anerbieten in aller Form zugegangen ist; Gott gebe, daß Mancini nicht ebenso antwortet, wie es Corti 1878 tat; die bejammernswerten Folgen sind Euch bekannt.

In Frankreich hat sich gegen Freycinet, anläßlich seiner schwankenden Politik, eine starke Partei gebildet, und es ist leicht möglich, daß dort in zwei bis drei Tagen eine Krisis eintritt. Dann werden Frankreich und England sich verbünden, und wir bleiben ausgeschlossen. Es ist also keine Zeit zu verlieren, wir müssen den uns gemachten Antrag unverzüglich annehmen.

England will alles tun, damit das ägyptische Drama zu einem seinen Interessen entsprechenden Abschlusse komme. In der heutigen Morgenausgabe betonte die „Times" die Notwendigkeit einer Regierung in Ägypten

unter dem Protektorate Englands. Sobald Italien ablehnt, wird England Frankreich irgendein Zugeständnis machen. Und es wird sich bewahrheiten, was ich Euch schon gestern sagte: Frankreich befestigt sich in Tunis, vielleicht mit der Genehmigung, auch Tripolis anzugreifen. Für uns wäre dann das Mittelmeer verschlossen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Deutschland, alles dieses voraussehend, in dem Bestreben, die Türkei zu stärken, diese zu einer Intervention überredet. Heute morgen hieß es schon, die Pforte habe geantwortet, sie sei bereit zu intervenieren, verschöbe es aber auf einen anderen Tag, ihre Bedingungen zu nennen. Ihr versteht wohl, daß ein neues Hinausschieben nur bezweckt, das Eingreifen der Mittelmeermächte zu verhindern oder zum mindesten zu verzögern.

Frankreich will aber nichts von der Türkei hören, weil es nicht wünscht, daß sie sich seinen afrikanischen Besitzungen zu sehr nähert. Und England traut ihr nicht, denn es erkennt in jeder ägyptischen Verwicklung türkischen Einfluß.

Deutschland würde gegen unsere Intervention nichts einwenden, im Gegenteile sie eher gutheißen. Der Reichskanzler würde ein Mittel darin sehen, die durch die Intrige von Tunis erregte Verstimmung zu beseitigen. Natürlich würde er uns weder vorschlagen zu intervenieren noch dazu auffordern, denn die Angelegenheit berührt nicht seine Interessen, er zieht es vor, sich nicht einzumischen.

London, den 27. Juli 1882.

. . . . Die Frage ist ernst, das Mittelmeer ist für Italien von höchster Bedeutung, daher dürfen wir uns die ge-

botene Gelegenheit nicht entgehen lassen. Ich kann es mir nicht versagen, Euch von neuem darüber zu schreiben.

Man hat das Entsenden von Kriegsschiffen und das Bombardement von Alexandria als einen Eingriff in die Unabhängigkeit einer fremden Regierung und eines fremden Volkes getadelt. Heute liegt die Sache anders. Tewfik ist nicht mehr Arabis Freund, und da dieser sich von seinem Herrscher getrennt hat und mit den Truppen operiert, die ihm rechtlich nicht unterstehen, ist er ein Rebell, der sich gegen die gesetzmäßige Regierung seines Landes auflehnt. Sein Werk müßte, um eine Rechtfertigung zu finden, von Erfolg gekrönt sein, d. h. er müßte siegen, den Herrscher unterwerfen und eine nationale Regierung einsetzen. Da der Erfolg vorläufig zweifelhaft ist, bleibt er noch Rebell.

Was bezwecken die Mittelmeermächte, also England und seine eventuellen Verbündeten? Die Wiederherstellung der Autorität des Khedive, also die Befestigung einer Regierung, die für die Ordnung im Innern bürgen und Europa Garantien geben soll. Daher sagte Gladstone gestern auch, als Erwiderung auf eine Anfrage Lawsons, daß eine Kriegserklärung nicht nötig wäre, denn die englischen Truppen gehen nach Ägypten als Freunde des Staatsoberhauptes, um im Einverständnisse mit ihm seine verletzte Autorität wieder zu befestigen.

Dieser Auffassung zufolge würde unsere Intervention in Ägypten keine Verletzung des Nationalitätsprinzips oder der Autonomie eines anderen Landes bedeuten. Wir würden bei einer Neuordnung der Regierung nur gemeinsam mit den anderen Mächten, die direkte Interessen

an jenes Land fesseln, uns den Einfluß wieder sichern, der uns zusteht. Unsere Anwesenheit dort ist eine Notwendigkeit für uns und eine Bürgschaft für Ägypten, denn unter unserer Fahne würden Eroberungsgelüste nicht geduldet werden. Schon daß wir zu dreien intervenieren würden — gerade zu dreien —, gibt Sicherheit; keiner würde dort zurückbleiben können, alle müßten das Land verlassen, sobald die Ordnung wiederhergestellt ist.

Warum trat Italien der Konferenz bei und trug Verlangen nach Übereinstimmung mit Europa? Weil es das englisch-französische Bündnis brechen wollte. Allein waren wir machtlos, und da wir 1879 einsam und schlecht gerüstet waren, wurden wir geopfert. Das englisch-französische Bündnis besteht nicht mehr. Was die französischen und auch die englischen Minister über dieses Bündnis sagen, ist Simulation. Für beide Mächte besteht ein Widerstreit betreffs ihrer Interessen in Ägypten; sie verfolgen verschiedene Zwecke, um zum Ziele zu gelangen. Daher kam das Anerbieten Englands, das sich gern einer Macht wie Italien anzuschließen wünscht, die nicht an die Herrschaft Afrikas denkt. Da der Zweck der Konferenz nicht erfüllt wurde und wir erlangt haben, was wir mit Europas Zustimmung gewünscht, bleibt uns nur übrig, Vorkehrungen zu treffen, um unsere Interessen am Mittelmeere zu wahren.

Welche Rangstufen nehmen die Völker Europas in Ägypten in Bezug auf die Zahl der Bevölkerung und auf den Handel ein? Bezüglich der auf die Bevölkerungsziffer sind wir — Griechenland ausgenommen - - die Ersten, dann kommt Frankreich, dann England, dann Österreich,

zuletzt Deutschland. Ich sage, wir sind die Ersten, weil von der sogenannten französischen Bevölkerung kaum die Hälfte naturalisiert ist, die übrigen stehen unter dem Schutze des Staates. In Betreff des Handels reihen wir als vierte Macht ein, uns folgt Österreich, zuletzt Rußland. Von Deutschland spricht man nicht. Die Reihenfolge der hauptsächlich beteiligten Mächte ist: England, Frankreich, Holland, Italien.

Und welche Nationen sind es, die nach dem Mittelmeere hinschauen? Spanien, Frankreich, Italien, Griechenland. Und hinsichtlich der Tradition, der Vergangenheit? Italien und Griechenland gehen allen voran.

Wenn man diese Tatsachen zusammenstellt und die direkten Interessen in Bezug auf Ägypten und das Mittelmeer, die nicht außer acht gelassen werden dürfen, bewertet, ist es klar, daß England, Italien und Frankreich in erster Reihe stehen. Ich schließe Spanien, Holland und Griechenland aus, da Spanien weder der Zahl der dort lebenden Spanier, noch seines Handels wegen, Holland zwar seines Handels, aber nicht der dort lebenden Holländer wegen in Ägypten Interessen besitzt. Alle drei sind Mächte zweiten Ranges, sie haben keine Vertreter in Konstantinopel.

Wenn diese Umstände uns veranlassen, eine Stellung einzunehmen und sie zu behaupten, begründen sie auch, warum Deutschland sich nicht einmischt und Österreich gleichgültig bleibt. In Berlin sagte man: „Mögen die ägyptische Frage diejenigen lösen, die ein unmittelbares Interesse daran haben, wir ziehen dafür nicht das Schwert aus der Scheide."

Meiner Ansicht nach habe ich nun genug gesagt und angedeutet, welche Haltung wir einzunehmen haben, um unsere Rechte und unsere Pflichten zu bestimmen. In Ägypten wird die Frage über die Herrschaft im Mittelmeere gelöst, und wir könnten uns für die in Tunis erlittenen Niederlagen entschädigen.

London, d. 29. Juli 1882.

Mein lieber Mancini!

Ich beklage es tief, daß Du das Dir von England gemachte Anerbieten, in Ägypten zu intervenieren, abgelehnt hast. Wollte Gott, daß diese Ablehnung Italien nicht neue Verluste hinsichtlich des Mittelmeeres verursacht.

Wir hätten ohne Zögern annehmen müssen. Als Cavour den Antrag stellte, daß die Westmächte vereint nach der Krim gehen sollten, trug man keinen Augenblick Bedenken. Die Regierung des kleinen Piemont besaß den Mut, der heute der Regierung Italiens fehlt.

Dein treuer F. Crispi.

London, den 29. Juli 1882.

In meinem Ärger legte ich heute morgen den Brief an Mancini bei und nahm mir fest vor, nicht mehr über Politik mit Euch zu sprechen. Die italienische Presse ist zu sentimental und wetteifert mit der Regierung in dem Bemühen, Italien die gute Gelegenheit verpassen zu lassen, die das Glück ihm bietet. Soeben erhalte ich Eure Depesche, die mir kundtut, daß Mancini meine schleunige Rückkehr wünscht. Ich antwortete darauf telegraphisch.

Wohl verstanden, alles, was ich Euch auch immer schreibe, hat nur den Zweck, auf Mancini einzuwirken, wenn überhaupt noch Zeit ist, den Fehler rückgängig zu machen.

Die englische Regierung zieht uns als Verbündete bei dem ägyptischen Unternehmen den Franzosen vor. Die Gründe hierfür bedürfen keiner Erklärung. Neulich traf Granville Menabrea und sagte: „Würdet Ihr dabei sein, wenn wir Euch aufforderten, gemeinsam mit uns in Ägypten vorzugehen?“ „Natürlich!“ erwiderte Menabrea. Selbstredend war das keine offizielle Anfrage, es waren nur hingeworfene Worte, um die Stimmung zu sondieren.

Einige Tage später traf der Prinz von Wales Menabrea und beglückwünschte ihn. Das alles habe ich aber nicht durch Menabrea erfahren; er tut mir gegenüber so geheimnisvoll, daß ich nicht beabsichtige, ihn wieder aufzusuchen.

Endlich kam der Antrag. Da ich unterrichtet war, Menabrea aber keine Ahnung von meiner Mitwissenschaft hatte, ging ich zu ihm, weil man mich gebeten hatte, Mancini in meinem Namen in Geheimschrift zu depeschieren, er solle meiner Ansicht nach der Mitwirkung in Ägypten sofort zustimmen, sobald ihm der Antrag gemacht würde. Mancini dankte zuerst, erbat sich nur Zeit zu einer Beratung mit seinen Kollegen, dann lehnte er ab.

Man sagt mir hier, sie wollen es uns nicht nachtragen, die Beziehungen sollen so herzlich bleiben wie vorher. Aber eine günstige Antwort wäre ihnen willkommen gewesen; sie hätten durch den Antrag Italien ihre aufrichtige Freundschaft beweisen wollen.

Ich kann Euch nicht alles wiedergeben, was heute an der Tafel bei einem Minister, zu dem ich zum Frühstück eingeladen war, darüber gesprochen wurde.

Mancini will mich in Rom haben. Warum? Will er etwa seine Haltung ändern? Oder aber will er für seine Politik Gründe angeben und mich davon überzeugen, daß er recht gehandelt hat? Im ersten Falle müßte ich zuerst noch einmal die Spitzen des Ministeriums hier sprechen; morgen ist aber Sonntag, und dann schlafen alle vierundzwanzig Stunden lang. Hinsichtlich des zweiten Falles wäre meine Rückkehr nach Italien überflüssig.

London, d. 30. Juli 1882.

Am 26. schrieb ich Euch von einer möglichen Ministerkrise in Frankreich, und am 28. (also einen Tag im voraus) depeschierte ich, daß in der Kammer gegen das Ministerium Freycinet gestimmt werden würde. In meinen Briefen habe ich vorausgesagt, daß, falls das italienische Ministerium sich nicht zu einem mit England gemeinsamen Vorgehen in Ägypten entschlösse, England sich mit Frankreich verbünden würde, und wir blieben dann vom Mittelmeere ausgeschlossen. Es ist in Frankreich genau so gekommen, wie ich es vorausgesehen. Der zweite Teil meiner Prophezeiungen hat sich noch nicht erfüllt, aber es wird dazu kommen. Um große Verluste zu verhindern, depeschierte ich gestern an Fabrizi[1]) unter Eurer Chiffre, in der Hoffnung, daß er vielleicht Mancini aus seiner bewußten Untätigkeit aufrütteln könnte, in die er sich so fest hineingedacht hat.

In Italien gehen die Zeitungen — die gemäßigten wie die fortschrittlichen — von einer falschen Annahme aus. Sie meinen, Frankreich und England wären ver-

[1] Die Depesche an General Fabrizi lautete: „Bitte Mancini, die Unterhandlungen mit dem englischen Ministerium wieder aufzunehmen. Beeile dich, jede Verzögerung ist verderblich.“ (N. d. l.)

bündet, und beide Mächte stellten Italien gemeinsam den Antrag. Bis heute besteht kein Bündnis zwischen Paris und London, aber es kann morgen mit dem neuen Ministerium geschlossen werden. Freycinet ist nicht etwa gefallen, weil er den Suezkanal besetzen wollte, sondern deshalb, weil er nicht in Ägypten intervenieren wollte. Die französische Kammer verweigerte den Kredit nicht deshalb, weil man dem Ministerium das Geld nicht bewilligen wollte, sondern weil die verlangte Summe ihr zu klein erschien. Als die Engländer Alexandria bombardiert hatten und anfingen, Truppen nach Ägypten zu schicken, wollten die Franzosen auch intervenieren. Das und nichts anderes hat die gestrige Abstimmung zum Ausdruck gebracht. Die Engländer hatten ihnen mit einem italienischen Bündnisse zuvorkommen wollen. Es ist ihnen nicht gelungen. Wir dürfen und können uns nicht beklagen, wenn sie sich, ihren Zwecken gemäß mit Frankreich verbünden und ihm große Zugeständnisse machen werden.

Wer wird in Frankreich an die Spitze treten? Entweder Waddington oder seine Genossen. Seine im Senate gehaltene Rede wird als ein Meisterwerk gepriesen. Da Gambetta nicht gehen und Freycinet nicht bleiben kann, muß ein Ministerium die Regierung übernehmen, das die parlamentarische Mehrheit befriedigt und das afrikanische Unternehmen von neuem aufnimmt, wie man es von Anfang an im Sinne gehabt hat. Waddington brachte die tunesische Angelegenheit in Berlin zustande, und Waddington trieb uns aus Ägypten. Wir wissen also, was wir von ihm und seiner Partei zu erwarten haben. Sie werden uns im Mittelmeere blockieren und diesesmal werden wir selbst die Schuld daran tragen.

Dienstag abend bin ich in Paris .... Ich gebe Euch die Versicherung, daß die Politik mich in steter Unruhe erhält, ich wünschte, mich von ihr frei machen zu können.

London, d. 31. Juli 1882.

Noch leuchtet Italiens Stern, trotz der begangenen Fehler hat sich unsere Lage noch nicht verschlimmert: noch haben wir Zeit, in unserer Politik einen besseren Weg einzuschlagen.

Zu der Zeit, in der ich schreibe (4 Uhr 30 Min. nachm.), meldet noch keine Nachricht aus Frankreich die Lösung der Krisis. Jeder Tag, der sie hinhält, ist für uns Gewinn. Hier heißer Kampf im Oberhause wegen des Gesetzes über die Pachtrückstände in Irland. Lord Salisbury wird ein Amendement vorschlagen, das die Regierung nicht annehmen wird. Und wenn sie im Oberhause darüber abstimmen werden, wird es nicht möglich sein, zwischen beiden Häusern ein Einverständnis zu erzielen; man sieht in diesem Falle der Auflösung des Unterhauses entgegen. Die Konservativen glauben nicht an einen Sieg bei den allgemeinen Wahlen, aber Lord Salisbury ist so fest von einem Siege überzeugt, daß es unmöglich ist, es ihm auszureden. Den Fall, daß die Konservativen siegen, möchte ich nicht vorsehen, denn dann würde unsere Position im Mittelmeere sich verschlechtern.

Die parlamentarische Krisis in England — falls sie einträte — und das Andauern der Ministerkrisis in Frankreich, der möglicherweise auch eine parlamentarische Krisis folgen könnte, gibt uns Zeit, zu überlegen und Vorkehrungen zum Handeln zu treffen.

In meinen Briefen habe ich genügend über die Politik gesprochen, die wir einschlagen müßten. Heute folgen nur noch einige Bemerkungen. Italien muß im Mittelmeere Hand in Hand mit England gehen. England fürchtet nicht die Entwicklung unserer Marine, im Gegenteil, sie freut sich dieser Entwicklung, denn dadurch entsteht eine Seemacht, die Frankreich entgegentreten könnte.

Wie ich schon neulich sagte, sorgt England sich nur um Frankreich. Als Freunde und Verbündete der Engländer haben wir zur See nichts zu befürchten. Wenn der entgegengesetzte Fall einträte, würden wir nie Herren unserer Küsten sein.

In der kontinentalen Politik liegt die Sache ganz anders. Da ist es unsere Pflicht, in Übereinstimmung mit Deutschland zu handeln. Täten wir das nicht, dann müßten wir eine starke Kriegsmacht haben, damit Deutschland uns achtete und uns zu Bundesgenossen wünschte.

Die Motive für unsere kontinentale Politik, wie für die maritime, sind die gleichen; wir haben in beiden Fällen denselben Feind zu bekämpfen. Hinsichtlich der ägyptischen Frage lag die Sache für uns insofern günstig, als ein Bündnis mit England uns Deutschland nicht zum Feinde gemacht haben würde. Also hätten wir nicht zögern dürfen.

London, d. 1. August 1882.

Wie der Telegraph Euch kundgetan haben wird, wurden gestern die von den Konservativen vorgeschlagenen Amendements zu dem Gesetze über die Pachtrückstände in Irland mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Die Regierung kann sie nicht durchgehen lassen,

und das Unterhaus wird sie nicht annehmen. Da über diese Frage eine Einigung zwischen beiden Häusern ausgeschlossen ist, hält man die Auflösung des Unterhauses für unvermeidlich. Ich kann Euch versichern, daß das Ministerium deshalb in Sorge ist.

Die Auflösung des Unterhauses wird von einigen Politikern, mit denen ich heute gesprochen habe, der Folgen wegen, für eine etwas zweifelhafte Maßnahme angesehen. Einige von ihnen halten die Niederlage der Liberalen für möglich. Für England wäre sie kein Segen, denn die Konservativen bieten keine Garantie für die Lösung der irischen Frage, für uns aber bedeutete sie einen Verlust, denn Salisbury war der Urheber alles dessen, was gegen uns in Tunis und in Ägypten unternommen wurde. Um jeder Gefahr vorzubeugen, müßte Mancini sich durch einen geschriebenen Vertrag mit England verbünden. Und das kann er tun, indem er an seine letzte Depesche bezüglich des polizeilichen Seeamtes für den Suezkanal anknüpft. Wenn das Bündnis erst geschlossen ist, mag irgendein Minister kommen, wer er auch sei, das Bündnis muß er achten.

In Frankreich ist der Wirrwarr so groß, daß die Neubildung eines Ministeriums jeden Tag schwieriger wird. Unsere lateinischen Brüder geben uns Zeit zum Handeln. Wollte Gott, daß wir es verständen, dieselbe recht vorteilhaft auszunutzen!

Hier beklagen sie sich über die Haltung der italienischen Presse. Allerdings könnte sie sich, auch wenn sie die Ansichten der Engländer bekämpft, einer höflicheren Form befleißigen. Man darf nie vergessen, daß unsere

Freunde in England Einfluß besitzen. Gladstone war der erste, der die italienische Frage anregte, als Italien noch in sieben Staaten geteilt war. Seine Briefe gegen Ferdinand von Neapel sind rühmlichst bekannt. Im Jahre 1860 waren es die Engländer, die, indem sie für eine sich von jeder fremden Einmischung fernhaltende Politik eintraten, Napoleon III. daran hinderten, Schiffe in die Meerenge von Messina zu schicken, die Garibaldi den Weg nach dem Festlande versperren sollten. Sie waren die einzigen, die gegen eine Abtretung von Nizza und Savoyen Einspruch erhoben. Und sie waren auch die ersten, die das italienische Königreich anerkannten. Ich möchte auch noch daran erinnern, daß, als am 29. Mai 1860 uns ein Schiff des Königs von Sardinien Munition verweigerte, ein englisches Schiff uns damit aushalf. Für so viele Wohltaten muß man dankbar sein, und auch wenn man widersprechende Meinungen bekämpft, ist es nicht nötig, schroff aufzutreten.

Paris, d. 3. August 1882.

. . . . Ich glaube nicht, daß Mancini in Berlin, anläßlich der ägyptischen Frage, Verpflichtungen eingegangen ist. Es würde ein Fehler sein, wenn er es getan hätte. Denn Deutschland hat am Mittelmeere keine unmittelbaren Interessen, das wiederholen die leitenden Staatsmänner dort immer von neuem. Wir aber leben und weben am Mittelmeere, und bei der Regelung der auf dieses Meer bezüglichen Fragen müssen wir uns der Angelegenheit mit Begeisterung widmen und suchen, sie unseren Interessen gemäß zu ordnen. Deutschland gegenüber muß

unsere Politik folgende Form annehmen: Freundschaft und gegebenenfalls festes Bündnis; niemals aber Abhängigkeit, noch weniger Aufopferung unserer Rechte, um so weniger, wenn dieses Opfer unserem Verbündeten nichts nützt und uns keine Entschädigung dafür geboten wird . . . .

Die Spannung im englischen Parlamente wird sich beseitigen lassen. Gladstone wird die Form für ein Amendement finden, das das Unterhaus passieren und vom Oberhause angenommen werden kann. Sollte das nicht gelingen, so wird er die Session schließen und im Oktober oder November eine neue eröffnen, der er dann das Gesetz über die Pachtrückstände in Irland mit einigen Modifikationen vorlegen will. Also haben wir eine Auflösung des englischen Parlamentes nicht zu erwarten.

Hier spricht man von einem provisorischen Ministerium, von einem Ministerium für die Parlamentsferien; erst bei Wiedereröffnung der Kammer will man zu der Bildung eines neuen Ministeriums schreiten.

Wir haben also Zeit, sowohl unsere Angelegenheiten zu überlegen als auch, eine bessere Politik einzuschlagen.

Es ist bekannt, daß die Engländer alle pessimistischen Prophezeiungen durch den Ausgang ihrer während der Sommermonate unternommenen militärischen Operationen Lügen straften, und auch, daß sie allein die Autorität des Khedive wiederherstellten.

Crispi depeschierte am 15. September an Lord Granville:

„Ich beglückwünsche Sie auch im Namen meiner Freunde zu Ihren Erfolgen in Ägypten und wünsche herzlichst eine baldige Beendigung Ihres ruhmvollen Feldzuges.“

Lord Granville antwortete:

„Ich bitte Sie, meinen herzlichsten Dank für Ihre mir telegraphisch übersandten Glückwünsche anzunehmen.“

Viertes Kapitel.

Vom ersten zum zweiten Dreibundsvertrage.

1882—1887.

Der Urfehler: Kaiser Franz Joseph kommt nicht nach Rom. — Das italienische Königspaar muß daher auf einen Besuch in Berlin verzichten. — Konzessionen und der Herzog von Genua. — Eine Anregung gelahrt in der Haltung Frankreichs und Rußlands gegeben. — Kronprinz Friedrich in Rom. — Das italienische Kabinett mit den Verbündeten unzufrieden. — General Robilant Minister des Äußeren. — Noch ein Urteil Bismarcks über die allgemeine Lage im Oktober 1885. — Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes. — Die Gründe, mit denen Bismarck England zu einem Einverständnis mit Italien betreffs des Mittelmeers zu überzeugen suchte. — Der neue Vertrag vom 20. Februar 1887.

Der Beitritt zum deutsch-österreichischen Bündnis zeitigte, obgleich er Italien aus seiner Vereinsamung befreite und seine auswärtige Politik klarlegte, keine greifbaren Früchte. Mehrere Jahre hindurch wußte niemand etwas von dem Vertrage: die Minister des Dreibundes bestritten in den Parlamenten sowohl wie bei den diplomatischen Empfangen das Vorhandensein schriftlicher Abmachungen. Aber, wenn auch außerlich nichts in den Beziehungen der drei Staaten zueinander verändert schien — ausgenommen die Haltung der österreichischen Zeitungen, deren Ton herzlicher wurde (das Verdienst hierfür wurde der Reise König Humberts zugeschrieben) —, wurde von unserer Seite wenig oder gar nichts getan, um jene Beziehungen inniger und vorteilhafter zu gestalten.

Schon in dem Verkehr zu Österreich war das Unternehmen nicht leicht; die Annäherung der Gemüter war keine freiwillige gewesen, mit Groll erinnerten sich all jene, die darunter gelitten hatten, der österreichischen Herrschaft in Italien, und in Wien hegte man wenig Vertrauen zu einer Regierung, die sich auf freiheitliche Prinzipien stützte und sich außerdem den extremen Parteien gegenüber schwach zeigte.

Ein schon vor der Unterzeichnung des Vertrages begangener Fehler Mancinis erhöhte noch die Schwierigkeiten, die Situation zu bessern. Als er dem österreich-ungarischen Kabinett König Humberts Wunsch, den Kaiser zu besuchen, ankünden ließ, verlangte er keine Verpflichtungen für die Erwiderung des Besuches in Rom; im Gegenteil, er berührte diesen Punkt mit keiner Silbe und dies nicht etwa aus Vergeßlichkeit — darauf hätten ihn seine Mitarbeiter, in erster Linie Graf Robilant, aufmerksam gemacht —, sondern weil er wußte und die vorherrschende Stimmung in den hohen österreichischen Sphären kannte, daß die geplante Reise ins Wasser gefallen wäre, wenn man einen Besuch des Kaisers in Rom zur Bedingung gemacht hätte.

Dieser Fehler schadete dem Ansehen des Bündnisses in der öffentlichen Meinung und seine Wirkungen sind geblieben, weil es schien und noch immer scheint, als ob Österreich uns nicht mit der Achtung behandelt, die es uns schuldig ist. Derselbe Fehler zeitigte dann auch bald darauf die Konsequenz, daß das italienische Königspaar daran gehindert wurde, sich 1883 zum Besuche des ruhmreichen Wilhelm I. nach Berlin zu begeben.

Fürst Bismarck hatte den ersten Schritt getan, indem er auf der Consulta durch den Botschafter v. Keudell erklären ließ, daß das italienische Herrscherpaar in Deutschland sehr gern gesehen würde; und daß der Kaiser seinen

Besuch mit großer Freude aufnehmen würde. Er hatte jedoch gleichzeitig darauf hingewiesen, daß, obgleich Kaiser Wilhelm keine Bedenken hätte, sich nach Rom zu begeben, es doch unvorsichtig sein würde, einen Greis von 86 Jahren die lange Reise unternehmen zu lassen. Kronprinz Friedrich Wilhelm würde den Vater vertreten können.

Wenn nicht der österreichische Präzedenzfall gewesen wäre, hätte man den Vorschlag annehmen können, da der Grund der Vertretung plausibel erschien; außerdem hatte Kronprinz Friedrich, der schon zu der Beisetzungsfeier Viktor Emanuels in Rom gewesen war, in Italien den besten Eindruck hinterlassen. Die Zurückhaltung Kaiser Franz Josephs machte ein Nachgeben jedoch unmöglich.

Fürst Bismarck wünschte so sehr den Besuch des italienischen Königspaares, daß er am 1. März 1883, während einer Unterhaltung mit dem Herzog Tomas von Savoyen, der sich seiner Heirat mit der Prinzessin Isabella von Bayern wegen in Deutschland befand, das Gespräch auf die ersehnte königliche Reise brachte, von der der Herzog nichts wußte.

In Anbetracht dieser Begegnung ist es interessant, das dem Herzog von Genua gegenüber geäußerte Urteil des Fürsten Bismarck über die damalige internationale Lage wiederzugeben.

Der Fürst führte aus, daß die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Italien eine natürliche Folge der Tatsache seien, daß die Interessen der beiden Mächte nicht auseinander liefen, sondern im Gegenteil die Erhaltung des allgemeinen Friedens zum Ziel hätten. Dasgleiche war vom Verhältnis des Berliner Kabinetts zum österreichischen zu sagen; Österreich hatte vollständig auf seine frühere Streitpolitik, ebenso wie auf die Vorherrschaft in Deutschland und Italien verzichtet, eine

Politik, die in der Geschichte die Ursache von großer Schwäche für das Haus Habsburg gewesen war. Darum befand sich Deutschland damals in vollkommenem Einvernehmen mit dem Nachbarreiche, was wiederum nicht ohne Einfluß auf die italienisch-österreichischen Beziehungen bleiben konnte. Das Einvernehmen dieser drei Mächte — fügte Fürst Bismarck hinzu — bietet vom Gesichtspunkte der Verteidigung aus eine feste und gegenseitige Garantie. Das Berliner Kabinett denkt nicht daran, irgend jemanden anzugreifen, aber es ist bereit und entschlossen, wenn sich die Gelegenheit bieten sollte, jedweden Angriff auf das energischste zurückzuweisen. Die Gefahr droht von Frankreich, wo die Leidenschaften in beständiger Aufwallung sind, und von Rußland, wo, um nur einen Einzelfall hervorzuheben, das Heer unzufrieden ist. Die Truppen sind über ein ausgedehntes Gebiet verstreut, der Offizier in kleine Garnisonen verbannt, er langweilt sich und zieht den Krieg vor, einem Leben, das nicht nur jeder Zerstreuung bar, sondern auch voller Entbehrungen ist.

Das italienische Königspaar ging nicht nach Berlin, dessen ungeachtet kam jedoch Kronprinz Friedrich offiziell im Dezember jenes Jahres nach Rom, um, wie man sagte, dem Könige für den ausgezeichneten Empfang in Genua zu danken, in Wirklichkeit jedoch, weil Bismarck zur Warnung der seitens Deutschlands vermuteten Feinde einen öffentlichen Beweis von den herzlichen Beziehungen, die er zu Italien unterhielt, geben wollte. In Wien war man darüber unzufrieden, da die dem deutschen Kronprinzen bereiteten Feste die Kühle der italienisch-österreichischen Beziehungen hervorhoben und in Erinnerung brachten, daß Kaiser Franz Joseph Italien einen Pflichtbesuch schuldig war.

Das Ministerium Depretis-Mancini, in steter Angst vor einer Gereiztheit Frankreichs, das durch die Zeitungsnach-

richten von einem bestehenden Bündnisse schon beunruhigt war, fühlte sich durch die Betonung der italienisch-deutschen Freundschaft eher in Verlegenheit gesetzt, als befriedigt. Seine Führung atmete solche Besorgnis, daß es lieber den auch später wiederholten Fehler beging, auf die durch das Bündnis hervorgerufenen Vorteile zu verzichten, um hinter einer eingebildeten Freundschaft herlaufen zu können; eine Freundschaft, die sich bei der Einnahme von Tunis als trügerisch bewiesen hatte und die auf jeden Fall unvereinbar mit unserem engen Verhältnis zu Deutschland war.

Während so das österreich-deutsche Bündnis immer herzlicher wurde und Rußland gegenüber, das sich im März 1884 den beiden Mittelreichen wieder näherte, seinen Zweck erfüllte, wurde Italien allgemein verdächtigt und von seinen Verbündeten vernachlässigt.

Im ungarischen Abgeordnetenhause hatte der Minister Tisza, als Antwort auf eine Interpellation Helfy von den auswärtigen Beziehungen Österreich-Ungarns gesprochen, ohne Italien in den Kreis der Erörterungen zu ziehen, und im österreichischen Parlamente hatte der Minister Taaffe eine passive Haltung bei der Italien beleidigenden Rede eines dalmatinischen Abgeordneten slawischer Rasse bewahrt.

Das Mißtrauen und der Unwillen der leitenden österreichischen Kreise äußerten sich bei jeder Gelegenheit. Ebensowenig zeigte die deutsche Regierung irgend welchen guten Willen, denn selbst Fürst Bismarck brachte seine Gleichgültigkeit uns gegenüber in schärfster Weise zur Geltung.

Minister Mancini beschwerte sich nachdrücklich über alle diese Vorgänge. Und er fragte sich: ging nicht außer dem Wortlaute des Vertrages und den vorgesehenen Fällen, aus der Tatsache des Bündnisses selbst, die Verpflichtung der Beihilfe bis zu dem Augenblicke hervor, wo durch Zufall der Interessenkonflikt zwischen dem

einen und dem anderen Verbündeten begann? So hatte er wenigstens bei jeder Gelegenheit den Vertrag ausgelegt; aber die Verbündeten hatten betreffs der italienischen Interessen keine derartigen Gedanken. Wie ging das zu?

Der Minister Mancini blieb bis zum 29. Juni 1885 im Amte; ihm folgte — nach kurzer Stellvertretung Depretis' — Robilant, der am 6. Oktober desselben Jahres von der Wiener Botschaft zur Consulta übersiedelte. Er hatte als Diplomat einen guten Ruf und genoß bei den europäischen Kanzleien großes Ansehen wegen seines geraden Charakters, seiner vornehmen Gesinnung und seiner Intelligenz. Dieses persönliche Prestige nützte dem Lande, weil es dem neuen Ministerium das notwendige Ansehen beim Fürsten Bismarck und dem Grafen Kalnoky verlieh, um in dem Dreibundvertrage den Schutz einiger italienischer Interessen verlangen zu können.

Man kann wohl sagen, daß die ganze ministerielle Arbeit des Grafen Robilant der Erneuerung des Vertrages gewidmet war.

Mit den im Jahre 1882 zwar von ihm selbst, aber in einem ungünstigen Augenblick, in dem es Italien war, das seine Hand zum Bunde bot, gestellten Bedingungen wenig zufrieden, sah er seine vornehmste Aufgabe darin, die Lücken auszufüllen, die ihm seine Erfahrung gezeigt hatte.

Die Kabinette — das Wiener und das Berliner Kabinett — äußerten sogleich den Wunsch, das Bündnis fortzusetzen, und da er im Prinzip einverstanden war, nahm er sich Zeit, die Verhandlungen zu eröffnen. Er verwarf die Idee, das Bündnis zu lösen ebenso wie die, es genau so, wie es bestand, fortzusetzen, aber um neue Bedingungen vorschlagen zu können, mußte man nachdenken, und Italien durfte nicht zeigen, daß es Eile hatte.

Am 19. Oktober ließ Fürst Bismarck, auf den ihm vom Grafen Robilant bei seinem Amtsantritt gesandten Gruß antwortend, denselben wissen, daß seine Worte den günstigsten Eindruck auf ihn gemacht hätten und daß er, um ihm einen Beweis seiner Gesinnung zu geben, den Botschafter de Launay in Friedrichsruh empfangen würde.

Graf de Launay machte den Besuch am 24. Oktober. Am Tage vorher war der französische Botschafter beim Reichskanzler gewesen. Fürst Bismarck spielte auf die Erneuerung des Vertrages an: er erklärte sich bereit, ihn praktischer und herzlicher zu gestalten und hatte gegen die Bemerkung des Grafen de Launay, daß man vorläufig nur die Wege für eine Besserung in der Praxis des bestehenden Bündnisses zu ebnen suche, nichts einzuwenden.

Er sprach alsdann mit überzeugender Aufrichtigkeit von der Situation:

„Um den Frieden aufrecht zu erhalten, hatte er vom Tage des Vertrages von Versailles an gesucht, in guten Beziehungen mit Frankreich zu bleiben und es nicht in seiner Ausdehnungspolitik in Tunis, China, Madagaskar und an der Westküste Afrikas zu behindern. Einerseits wollte er Frankreich damit eine Entschädigung, seiner Eigenliebe eine Genugtuung bieten, andererseits hatte er ihm aber auch klar zu verstehen gegeben, daß es für immer auf Elsaß-Lothringen verzichten müßte. Diesem Ideengange folgend, war er in gewissem Sinne, und besonders in Ägypten, der Vertreter französischer Interessen geworden. Seine Anstrengungen waren jedoch auf unfruchtbaren Boden gefallen, seinem Bemühen, seiner beinahe Liebedienerei im Laufe der letzten 15 Jahre war eine Enttäuschung vorbehalten. Frankreich, im Fahrwasser der öffentlichen Meinung treibend, denkt immer an eine ‚Revanche' und zürnt allen denen, die

seinen Groll nicht teilen. Es hat den letzten Beweis in der Karolinenfrage geliefert. Die jüngsten allgemeinen Wahlen werden übrigens als Resultat ein Hinneigen der Regierung zum Radikalismus hervorbringen. Bei dieser Gelegenheit erkannte auch der Kanzler die wachsende Bedeutung des Einverständnisses zwischen den zwei Kaiserreichen und Italien an. Er hatte damals den Grafen Hatzfeld für die Londoner Botschaft bestimmt, weil er annahm, daß es diesem leichter als Münster gelingen würde, eine Wiederannäherung auch mit England herbeizuführen."

Minister Robilant, entschlossen die Initiative der Verhandlungen selbst nicht zu ergreifen, war von der Aufnahme, die sein Vorschlag, daß der neue Vertrag den berechtigten und bescheidenen Forderungen Italiens gerecht werden müsse, beim Fürsten Bismarck gefunden hatte, befriedigt und wartete. Im Oktober 1886 endlich erklärte sich Fürst Bismarck bereit, die Verhandlungen in Rom sowohl als in Wien zu eröffnen. Robilant tat im ersten Moment unschlüssig, indem er erklärte, daß Italien mit oder ohne Bündnis in gutem Einvernehmen mit Deutschland sowohl als mit Österreich bleiben würde, und bemerkte dann, daß die öffentliche Meinung Italiens aus dem Bündnisse nicht recht die Vorteile ersähe, daß die Verbündeten Italien bisher keinen Beweis ihres vollkommenen Vertrauens gegeben hätten, daß Fürst Bismarck nie Zeit fände, um sich mit dem italienischen Botschafter zu besprechen. Diese Beschwerden und das Zaudern, das mehr scheinbar als echt war, verfehlten im Augenblick der Vertragserneuerung ihre Wirkung nicht. Tatsächlich würde die Lösung des Bündnisses einen starken Eindruck hervorgerufen haben, und Deutschland würde zwischen dem feindlichen Frankreich und dem wenig wohlwollenden Rußland nicht mehr sicher gewesen sein. Dies gestand auch Herr v. Keudell

ganz offen zu. Und die von Robilant gestellten Bedingungen, welche sich aus der Garantie des status quo im Mittelmeer und auf der Balkanhalbinsel zusammensetzten, wurden daraufhin angenommen.

Die neuen Verträge lagen fertig redigiert nach langem Austauschen von Vorschlägen und Gegenvorschlägen am 19. Februar 1887 vor; am Tage darauf wurden sie in Berlin unterzeichnet.

Die Bedingung, die Graf Robilant gestellt hatte, daß Italien im Mittelmeer geschützt würde, gab dem Fürsten Bismarck die Idee einer Verständigung mit England ein. Entschlossen, Italien an sich zu fesseln, und beharrlich in seiner Politik, die darauf hinausging, Frankreich zu isolieren, um es für einen Krieg unfähig zu machen, sah Fürst Bismarck den zweifachen Nutzen, der für Deutschland aus einer englisch-italienischen Verständigung hervorgehen würde, voraus: England würde jene Garantien bieten, die Deutschland nicht geben konnte, und indem es mit Italien Verpflichtungen einging, würde es sich die Möglichkeit einer Unterstützung der französischen Politik versperren.

In einer Zeit, in der die „splendid isolation" so viele Anhänger besaß, schien es allerdings schwierig, die Minister der Königin zu bewegen, sich einer kontinentalen Macht gegenüber zu verpflichten, sei es auch nur kraft einer Abmachung, die hätte geheim bleiben sollen. Nur für den Fürsten Bismarck nicht.

Am 1. Februar begab er sich zum Besuche des englischen Botschafters Sir E. Malet nach Berlin. „Das italienische Kabinett, sagte er, hätte ihn gebeten, die von London ausgehende Anregung einer engeren Freundschaft zwischen England und Italien zu unterstützen, und er sei der Meinung, daß die englische Regierung alle Gründe haben müsse, sich dieser Anregung freundlich gegenüber zu stellen. Es bestände wohl eine Art Bündnis

zwischen Deutschland und Italien, aber für Deutschland hätte es wenig Bedeutung, weil es ein ernster und wirksamer Verbündeter nur dann sein könnte, wenn es imstande wäre, seine eigenen Truppen zu Schiff zu befördern. Da in den Alpen die Pässe mit Befestigungen gespickt sind, würden sie jede wirksame Hilfeleistung verhindern. Nur wenn Italien seine Truppen zu Schiff befördern könnte, wäre es ein beachtenswerter Verbündeter. Dies ließe sich jedoch nur durch Mitwirkung Englands verwirklichen, mit dessen Hilfe die Vorherrschaft im Mittelmeer den beiden Mächten zugesichert würde.

Fürst Bismarck sagte, daß er die Schwierigkeiten, die sich jedem englischen Ministerpräsidenten, der ein Bündnis mit einer auswärtigen Macht zu schließen versuche, entgegenstellen, verstehen könne, im gegenwärtigen Falle jedoch wäre es nur notwendig, zu einer Verständigung zu gelangen, die sich auf das im Amte verbleiben der gegenwärtigen Regierung aufbaute. Er sei der Ansicht, daß freundschaftliche Verhandlungen mit Italien sympathische Aufnahme in England finden würden, weil sie in Übereinstimmung mit der geschichtlichen Überlieferung beider Länder seien. Ferner ist er der Meinung, daß das Bestehen einer solchen Abmachung in der gegenwärtigen Krisis ein sehr wichtiger Faktor für die Erhaltung des Friedens in Europa sein würde, während das Fehlen derselben den Krieg begünstigen könnte.

Die Frage der öffentlichen Meinung und die vom englischen Parlamente übernommene Verpflichtung, derselben Rechnung zu tragen, andeutend, bemerkte Fürst Bismarck, daß, welche auch die Gewohnheiten seien, es immer in der Macht des Ministeriums, mehr noch in dem Rahmen seiner Verpflichtungen läge, diese öffentliche Meinung zu formen. Sie ist nichts anderes, fügte er hinzu, als ein aus einer Menge kleiner Nebenflüsse gebildeter Fluß, deren einer der der Regierung ist. Wenn die Regierung ihren

Nebenfluß genügend speisen würde, trüge sie auf wirksame Weise dazu bei, die große allgemeine Meinung zu bilden; wenn sie statt dessen wartet, um die Stärke aller anderen Nebenflüsse zu prüfen, die, jeder einzeln genommen, weniger Kraft besitzen als der ihre, so würde sie durch deren Vereinigung doch überwältigt werden. Auf solche Weise handeln, wäre ein unverzeihlicher Mangel an Vorsicht.

Fürst Bismarck wies alsdann nochmals nachdrücklich auf die gegenseitigen Vorteile eines Bündnisses zwischen England und Italien hin, indem er betonte, daß die Interessen Italiens sich niemals denen Englands entgegenstellen würden. Im Mittelmeere richteten sich die Blicke Italiens nach Tunis und Tripolis, auf dem Festlande nach Nizza."

Sir Malet bemerkte, daß er sich ein Bündnis zwischen Italien und England, was nur die Orientinteressen anbeträfe, denken könne, er aber zweifele, daß England ein Bündnis eingehen würde, wodurch es mit Frankreich in Widerspruch kommen könne.

Jedesmal, wenn der Reichskanzler die Annahme eines Vorschlages empfahl, machte er gleichzeitig auf die Folgen aufmerksam, die eine Abweisung nach sich ziehen könnte.

Nach seiner Ansicht war es Englands Pflicht, einen Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen, um Europa den Frieden zu sichern. Er wußte von dem Bestehen einer Doktrin, die den Verzicht Englands auf Einmischung in die europäische Politik predigte, aber er war auch der Ansicht, daß Europa Gründe habe, in diesem Falle die Mitarbeit Englands zur Erhaltung des Gleichgewichtes zwischen den Mächten zu wünschen. Wenn England sich weigerte und wenn alle Versuche, es zu bestimmen, einen Teil der Gefahr und der Verantwortung, die auf jeder europäischen Macht ruhten, auf sich zu nehmen, mißlängen, so würden sich die in Betracht

kommenden Mächte gezwungen sehen, wo anders Fühlung zu nehmen. „Zum Beispiel — sagte der Fürst — könnte ich die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich mit großer Leichtigkeit freundlicher gestalten, wenn ich dem unaufhörlichen Drängen betreffs Ägyptens nachgeben würde. Und ich könnte jedes Bedenken von seiten Rußlands beseitigen, wenn ich unser Bündnis mit Österreich nur auf die buchstäblichen Verpflichtungen reduzierte, die Integrität österreichischen Gebietes zu garantieren, und darin einwilligen würde, daß Rußland den Bosporus und die Dardanellen besetzt."

Bei diesem Punkte angelangt, bemerkte Sir Malet natürlich, daß jeder derartige Versuch Rußlands einen Krieg mit England herbeiführen würde, und daß daher der Friede, der des Kanzlers einziges Ziel schien, sicherlich nicht durch solche Möglichkeiten gesichert sein würde.

Ein Lächeln der Genugtuung flog über das Gesicht des Fürsten, und er fügte hinzu, daß er nur auf Möglichkeiten hingewiesen hätte, dessen ungeachtet aber hoffe, daß sie sich niemals verwirklichen mögen.

Das Gespräch endete mit einem Urteil des Fürsten über die Gefahr eines Krieges mit Frankreich.

Solange Männer wie Ferry und Freycinet am Ruder seien, sagte er, hätte man nichts zu befürchten, wenn aber statt ihrer General Boulanger Ministerpräsident oder Präsident der Republik werden sollte, was wahrscheinlich sei, wäre die Gefahr drohend, weil er sich mit seiner allgemeinen Haltung schon kompromittiert hätte, und kein anderes Mittel, sich am Ruder zu halten, haben würde, als fortzufahren, die einmal übernommene Rolle zu spielen.

Fünftes Kapitel.

Crispi und die bulgarische Frage.

Die ministerielle Krise vom Februar 1887; die Haltung Crispis, seine Unterredungen mit dem König, seine Ernennung zum Minister des Innern. — Die bulgarische Frage und das Verhalten der italienischen Regierung vor und nach der Übernahme der auswärtigen Politik durch Crispi. Nachrichtenaustausch und Dokumente. Italien beantragt und erreicht von den Mächten die Annahme des Prinzips der Nicht-Intervention in Bulgarien. Kriegsgefahren. Briefwechsel zwischen Crispi und Lord Salisbury wegen eines militärischen Übereinkommens zwischen England und Italien. — Der orientalische Dreibund. — Urteile Crispis über Rußland.

Die ministerielle Krise, die durch die Hekatombe von Dogali am 8. Februar 1887 hervorgerufen wurde, erwies sich als lang und von schwieriger Lösung.

Die afrikanische Expedition, die mit der Landung einer italienischen Besatzung in Massaua (am 5. Februar 1885) begann, sollte nach der Absicht des Ministers Mancini eine Entschädigung für die Mißerfolge Italiens im Mittelmeer sein. „Warum wollen Sie nicht erkennen“ — sagte er in der Kammer am 27. Januar 1885 zu seinen Gegnern, die ihm vorwarfen, er verliere den wahren Faden der italienischen Politik, nämlich das Mittelmeer, aus den Augen — „warum wollen Sie, meine Herren, nicht erkennen, daß wir im Roten Meer, welches in nächster Nachbarschaft des Mittelmeers liegt, den Schlüssel zu diesem finden können?“ —

Leider gab es für Italien im Roten Meer nichts als Mißerfolge und noch dazu eine verhängnisvolle Ab-

lenkung, die schon damals von Crispi erkannt wurde, der in der Sitzung vom 29. Januar die Äußerung tat:

„Hätte der Herr Minister Mancini im Jahre 1882 die Vorschläge Englands angenommen, so wäre es vielleicht heute an der Zeit, eine ernste Kolonialpolitik zu beginnen, die wahre Früchte zeitigen könnte. Jedenfalls kann ich Italien nur wünschen, daß die Handlungsweise des Ministers nicht zu seinem Schaden ausschlage.“ —

Dogali war eine Folge des Leichtsinns, mit dem man die Schwierigkeiten der Unternehmung und besonders die Bedeutung der Feindschaft Abessyniens eingeschätzt hatte. In Massaua glaubte General Genè den feindlichen Massen mit einem Häuflein italienischer Soldaten Trotz bieten zu können; in Rom nannte der Minister Robilant kriegerische Völkerschaften, die beständig im Kampfe leben, wegwerfend ein „paar Räuber“.

Nach dem Rücktritt des Ministeriums Depretis — welches seit dem 29. Mai 1881 am Ruder war und bei dem gesund denkenden Teile des Volkes kein Ansehen genoß — beauftragte der König zuerst Depretis, das Kabinett wieder zusammenzusetzen. Dieses mußte aber schon am 23. Februar wieder abdanken. Nachdem Robilant, Biancheri und Saracco nacheinander zur Bildung eines neuen Ministeriums aufgefordert worden waren und abgelehnt hatten, beschloß der König am 5. März abends, die Demission des Kabinetts zurückzuweisen. —

Wie verhielt sich Crispi während dieser Krise, die mit seinem Amtsantritt ihr Ende finden sollte?

Werfen wir einen Blick in sein Tagebuch!

Am 9. Februar ruft ihn der König und zieht ihn zu Rate.

„Um 9¼ Uhr war ich im Quirinal.

Der König befragt mich um meine Meinung über die politische und über die parlamentarische Lage; er ist sichtlich besorgt wegen der Zustände im Lande, wegen

der Haltung Europas und wegen der großen Bedrängnisse, von denen wir heimgesucht sind.

Ich antwortete: Unsere Lage in Europa hat sich in diesen letzten Jahren verschlechtert. Deutschland zieht sich von uns zurück. Österreich mag zwar ein Interesse an unserer Freundschaft haben, wird jedoch kein beständiger Freund sein. Die parlamentarische Lage kann gar nicht schlimmer sein. Depretis hat alles in Unordnung gebracht, so daß auch er nicht mehr auf die Kammer zählen kann. Die Parteien sind zu zahlreich, und kein Parlamentarier ist in der Lage, eine Mehrheit zu bilden. Nichtsdestoweniger ist die Linke am stärksten. Die parlamentarische Unordnung kann nur durch eine Verwaltung beseitigt werden, die sich aus den rechtschaffensten und den fähigsten Männern zusammensetzt."

Er: „Ich wünschte nichts Besseres. Nennen Sie mir die Persönlichkeit, an die ich mich wenden kann."

Ich: „Es kommt mir nicht zu, Ihnen diese Angaben zu machen. Das ist Sache des Präsidenten des zurückgetretenen Ministeriums. So hält man es in England."

Er: „Ich schließe niemand aus, und wenn mir ein Name angegeben würde, so würde dies mein Amt erleichtern. Übrigens will ich Ihnen mitteilen, daß ich mit Mißfallen heute in einer Zeitung gelesen habe, Ihr Name sei bei Hofe ausgeschlossen. Das ist eine Bosheit. Ich bin Ihnen durchaus freundschaftlich gesinnt, ich schätze Ihren Patriotismus, Ihre Energie, Ihre Erfahrung. Wenn Ihr Name mir genannt würde oder ich ihn in irgendeiner ministeriellen Kombination fände, so wäre

ich sehr erfreut darüber; ich würde Ihnen gern die Führung der Geschäfte anvertrauen.“

Ich: „Ich danke Ew. Majestät für den Ausdruck dieser Gefühle.“

Er: „Nein, ich will nicht, daß man glaube, ich schließe jemand aus.“

Ich: „Ich kann in das Wort Ew. Majestät keinen Zweifel setzen.“

Er: „Gut. Sagen Sie mir: Wie stehen Sie mit dem Grafen von Robilant?“

Ich: „Sehr gut. Ich lernte ihn 1877 in Wien kennen. Ich sah ihn in der Kammer wieder, habe aber keine engeren Beziehungen zu ihm.“

Er: „Eine schwerwiegende Frage ist die der geeigneten Männer. Ich sehe ein, daß Drepretis alt und dem Posten des Ministers des Inneren nicht mehr gewachsen ist.“

Ich: „Vom Ministerium des Inneren sprach ich bei anderer Gelegenheit mit Ew. Majestät. Ich sagte Ihnen, daß es in Italien ganz und gar an einer Polizei fehle, die vorbeugend wirke. Glücklicherweise haben wir ein gutes Volk.“

Nach wenigen Minuten erhob sich der König, drückte mir die Hand, und ich empfahl mich.“

Am 22. Februar begab sich der Abgeordnete Saracco zu Crispi und bot ihm in dem Kabinett, das Depretis zu bilden hoffte, den Posten eines Justizministers an. Crispi lehnte das Anerbieten ab und erinnerte daran, daß er schon im Jahre 1866 und 1867 Justizminister hätte sein können. Er äußerte, daß er niemals eine Stellung angenommen haben würde, die ihm nicht gestattet hätte, die Politik im allgemeinen zu beeinflussen, und speziell

die äußere, an der die Ressortminister keinen Anteil zu nehmen pflegen.

Nachdem der Versuch Depretis gescheitert war, wurde Crispi Herr der Situation: am 25. und am 27. Februar empfing er den Marquis di Rudinì; am 3. März, nachdem Depretis eine Kombination Saracco dadurch zu Fall gebracht hatte, daß er ihr seine Unterstützung versagte, weil Rudini an derselben teilgenommen hätte, beschlossen die Dissidenten der Rechten in einer Versammlung, sich Crispi anzuschließen, der am 4. März den Abgeordneten Tajani, am 6. März wieder Rudinì, am 9. März die Abgeordneten Lacava und Giolitti empfing; darauf die Abgeordneten Baccarini, Cairoli und Nicotera, am 11. März die Abgeordneten Codronchi und Rudinì, Lacava und Giolitti. Am 12. März gewährte er den Abgeordneten Bonghi, Spaventa, Codronchi und Rudinì eine Zusammenkunft.

Wir entnehmen dem Tagebuch:

„12. März. — Um 5 Uhr nachmittags treffe ich im Hotel de Rome die Abgeordneten Bonghi, Rudinì und Codronchi. Gegen ¼6 Uhr kommt auch Spaventa.

Nach verschiedenen Auseinandersetzungen einigten wir uns über folgende Punkte: Möglichkeit eines Zusammengehens mit Depretis. Ich war der Ansicht, daß sie keine Aussicht auf Erfolg böte, daß man ihr aber dessenungeachtet keine Hindernisse entgegenstellen, sondern sie im Gegenteil unterstützen müsse.

Auswärtige Politik. — Die Abmachungen mit den Zentralmächten erneuern. Sie ablehnen, könnte schaden. Spaventa bemerkt, daß Deutschland mißtrauisch gegen uns werden könnte. Man muß auch die Stellung in Betracht ziehen, die das Papsttum Bismarck gegenüber eingenommen

hat. Inzwischen ist es nötig, die Beziehungen mit England wieder anzuknüpfen, mit ihm in Ägypten zusammen zu arbeiten, ihm durch unsere Hilfe die dort übernommene Aufgabe zu erleichtern, ihm so die Verpflichtung aufzuerlegen, in allen Fragen des Mittelländischen Meeres mit uns zu gehen.

Die Finanzen muß man durch neue Steuern heben, damit man die Einkünfte vermehren und den Ausgaben für das Heer und für die öffentlichen Arbeiten gerecht werden kann.

Heer und Flotte müssen stark sein.

Gemeinde- und Provinzialgesetzgebung, Wahlrecht: Zensus 5 Lire. — Mindestbildungsgrad: Absolvierung der vierten Volksschulklasse. — Den städtischen Beamten soll das Wahlrecht entzogen werden. — Dem Parlament bei der ersten Gelegenheit unsere Vereinbarungen mitteilen und den König ebenfalls von denselben unterrichten; letzteres wird Rudinì übernehmen.

Als die Rede auf die Steuern kam, wurde der Einfuhrzoll auf Getreide erwähnt; er allein würde aber nicht ausreichen, da man neuer Einnahmen in der Höhe von ca. 60 Millionen bedarf.

Rudinì sagt, daß er Zanardelli gesehen habe, der auch der Meinung sei, daß ein Koalitionsministerium das einzig mögliche sein würde. Er habe seine Anschauung nicht nur mit den parlamentarischen Verhältnissen, sondern auch mit der Notwendigkeit, vor der wir stehen, begründet, über neue Steuern zu beschließen. Der Abneigung des Volkes gegen dieselben müssen die Patrioten der verschiedenen Parteien entgegentreten.

13. März. — Um 10 Uhr morgens erhalte ich den Besuch des Marquis di Rudinì. Er war gestern abend beim König, dem er über die Übereinstimmung zwischen mir, Spaventa und den andern in den wichtigsten Regierungsangelegenheiten berichtete. Diese Übereinstimmung sichert die Möglichkeit der Bildung eines Verwaltungsministeriums im Falle einer Krisis.

Der König war damit zufrieden. Er würde auf alle Fälle wissen, an wen er sich zu wenden habe. Er fragte, ob er mit Depretis über das Übereinkommen sprechen könne, und Rudinì antwortete, daß dies ganz in seinem Belieben stände.

20. März. — Ich bin zu Depretis geladen und begebe mich nachmittags um ½5 Uhr zu ihm. Er erzählt mir, daß der König ihm den Inhalt der Unterredung mitgeteilt habe, die er mit dem Marquis di Rudinì über die im Hotel de Rome getroffenen Vereinbarungen gehabt hat. Depretis betont die Schwierigkeit der Lage und die Notwendigkeit, eine neue Verwaltung zu bilden. Er behauptet, daß die öffentliche Meinung die Ernennung eines Ministeriums Depretis-Crispi verlange; er sei bereit, diesem Verlangen Folge zu leisten und fordere mich auf, ein Portefeuille zu übernehmen. Ich sagte, daß ich nur unter der Bedingung eintreten würde, wenn es gelänge, ein Kabinett von längerer Lebensdauer zusammenzusetzen. Wir sprechen von den Persönlichkeiten, die man zur Bildung des Ministeriums heranziehen müßte. Depretis wendet ein, daß er alt und schwach sei, und daß er das Ministerium des Innern nicht mehr leiten könne. Er setzt mich davon in Kenntnis, daß der Vertrag mit den Zentralmächten bereits zu besseren Bedingungen, als die früheren,

abgeschlossen worden sei. Wir einigen uns über das Programm. Ich behalte mir meine Entscheidung vor.

24. März. — Um 2 Uhr nachmittags kommt Rattazzi im Auftrage des Königs zu mir; Se. Majestät wünscht, daß ich in das Ministerium eintrete und läßt mir freundliche und herzliche Dinge sagen. Ich nehme an.

28. März. — Von Neapel nach Rom zurückgekehrt, finde ich ein Billett von Depretis vor, der mir mitteilt, daß mich der König erwartet.

Se. Majestät empfängt mich um 11 Uhr vormittags. Er dankt mir, daß ich das Amt angenommen habe. Er erklärt, nicht nach Namen fragen zu wollen, und daß er die von Depretis und mir Vorgeschlagenen annehmen wird. Ich teile dem König die mit Zanardelli gepflogenen Verhandlungen mit und betone die Notwendigkeit, ihn im Ministerium zu haben. Man wird nicht umhin können, der Pentarchie die Vorteile eines gemeinsamen Versuches zur Bildung eines Ministeriums mit Depretis an der Spitze darzutun.

Auf alle Fälle ist es von Nutzen, die Dinge soweit zu führen, bis der Beweis geliefert ist, daß unsererseits der gute Wille nicht fehlt.

Der König stimmt zu."

Francesco Crispi trat das Amt als Minister des Innern am 4. April an. In der äußeren Politik konnte er seinen Einfluß nicht geltend machen, solange Depretis in Rom weilte, der sich nach dem Rücktritt Robilants die provisorische Leitung der äußeren Angelegenheiten vorbehalten hatte. Aber sobald Depretis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit Rom verlassen hatte, forderte Crispi, daß der Ministerrat über die Beschlüsse der Con-

sulta in der bulgarischen Frage auf dem laufenden gehalten würde, deren Lösung durch die Wahl Ferdinands von Sachsen-Koburg-Gotha (7. Juli) zum Fürsten schwieriger denn je geworden war.

Der Berliner Vertrag hatte Bulgarien zum selbständigen, der Türkei tributpflichtigen Fürstentum erhoben und bestimmt, (Art. 30) daß der Fürst vom Volk gewählt und von der Hohen Pforte mit Zustimmung der Mächte bestätigt werden müßte. Der Berliner Kongreß hatte außerdem im Süden des Balkanstaates unter dem Namen „Ost-Rumelien" eine neue Provinz gebildet und dieselbe unter die politische und militärische Oberhoheit der Türkei gestellt.

Die Wahl des ersten Fürsten, Alexanders von Battenberg, durch die bulgarische Abgeordnetenversammlung am 29. April 1879 hatte keinen Widerspruch gefunden. In seiner kurzen siebenjährigen Regierung (er dankte am 3. September 1886 ab) organisierte Alexander den Staat und das Heer, stärkte das Nationalgefühl der Bulgaren durch den siegreichen Krieg gegen Serbien (Schlacht bei Slivnitza am 28. November 1885) und durch die Erwerbung von Rumelien, ihnen so den Weg zur Unabhängigkeit weisend.

Der Ehrgeiz Rußlands, sich das Fürstentum in Abhängigkeit zu erhalten, war der Hauptgrund der Abdankung Alexanders von Battenberg, sowie der Schwierigkeiten, auf die sein Nachfolger stieß.

Da Crispi wünschte, daß Italien aktiven und unabhängigen Anteil an der Lösung der Frage nähme, leitete er am Tage nach der Wahl des Prinzen von Koburg folgenden Depeschenwechsel mit dem Ministerpräsidenten ein:

8. Juli 1887.

Ministerpräsident,

Stradella.

Nach Wahl neuen Fürsten Bulgariens, bei Ungewißheit russischer Entschließungen ist Ministerrat schwieriger Lage

Europas wegen in Sorge, wünscht wahre Sachlage zu erfahren; welche Haltung Italien eingenommen hat und einnehmen wird; ob und welches Abkommen mit den verbündeten Mächten getroffen. Crispi.

9. Juli.

Sr. Exzellenz dem Minister des Innern.

Rom.

Gewünschte Aufklärung folgt. Inzwischen bitte Befürchtungen Ministerrats zu zerstreuen, da wir sicher sind, auf der Grundlage der Verträge korrekt und in vollem Einverständnis mit befreundeten Mächten vorzugehen. Depretis.

9. Juli.

Ministerpräsident,

Stradella.

Erwarten Deine Antwort. Sicher hast Du unsern Botschaftern in Wien, Berlin, London, Konstantinopel und unserm Bevollmächtigten in Sofia Instruktionen betreffs ihres Verhaltens bei Ernennung des neuen Fürsten erteilt. Da Wien und London dieser Ernennung freundlich gegenüberstehen, dürfen wir nicht zu lange zögern. Auch ist es gut, die Haltung unseres Botschafters in Petersburg näher zu bestimmen, da Rußland der durch die bulgarische Versammlung erfolgten Ernennung entgegen ist.

Die bulgarische Frage kann Anlaß zu Zwistigkeiten geben, wir sollten daher versuchen aus unsern Freundschaften und Bündnissen Nutzen zu ziehen. Crispi.

9. Juli.

Sr. Exzellenz dem Minister des Innern.

Rom.

Hier die Situation: Die bulgarische Regierung dringt bei der hohen Pforte darauf, daß sie keine Schwierigkeiten mache, und verlangt, dem Berliner Vertrag gemäß, Zustimmung der Mächte bei Wahl des Fürsten. Wenn die Pforte einwilligt, muß man sich bereit halten, auf ihre Fragen zu antworten. Wir wissen schon, daß Rußland entgegen, England günstig ist. Deutschland wird gewohnte Zurückhaltung bewahren, Frankreich wahrscheinlich Rußlands Beispiel folgen. Österreichischer Gesandter Konstantinopel zeigt sich unzufrieden; da ich jedoch mit Recht an der Aufrichtigkeit dieses

Gefühls zweifle, habe ich Nigra telegraphiert, die österreichische Regierung offen zu befragen.

Es erscheint mir angemessen, sich jeden Entschlusses zu enthalten, bis Situation geklärt. Inzwischen ist der Meinungsaustausch mit verbündeten Mächten fortzusetzen. Depretis.

Ministerpräsident,

Stradella.

Ich freue mich, daß es mit Deiner Gesundheit immer besser geht, es tut mir leid, daß es mit der auswärtigen Politik immer schlechter geht, da Du sie nicht leitest, und sie nicht leiten läßt. —

Crispi.

Am 14. Juli teilt Depretis Crispi mit, daß er an die königlichen Botschafter und an die diplomatische Vertretung in Sofia folgende, dem türkischen Botschafter abgegebene Erklärungen telegraphiert habe:

„Im Interesse Bulgariens, der Türkei und ganz Europas ist es nach unserm Ermessen höchst wünschenswert, daß die bulgarische Frage so schnell wie möglich zu einem günstigen und definitiven Abschluß durch die Einsetzung eines Fürsten in Sofia, und durch die Wiederherstellung normaler Zustände im Fürstentum gelange. Die Hohe Pforte müßte daher unsere Teilnahme an solcher Lösung als einen Vorteil betrachten, da sie als Ausdruck freien bulgarischen Volkswillens in ihrer praktischen Ausführung mit den Forderungen des Berliner Vertrages übereinstimmen würde."

15. Juli.

Ministerpräsident,

Stradella.

Ich teilte meinen Kollegen das an unsere Botschaften und unsern Geschäftsträger in Sofia am 14. c. gesandte Telegramm Ew. Exzellenz mit. Einige von ihnen waren unzufrieden, weil es nichts enthält, was unsere Orientpolitik erklärt. Da in der Tat Italien keinen Entschluß gefaßt hat, wäre es wenigstens wünschenswert zu wissen, welche Maßnahmen von den andern Mächten getroffen worden sind, und welche Antworten man betreffs der Lösung der Frage erhalten hat. Crispi.

Am 21. Juli hatte Depretis einen plötzlichen Einfall, und ohne ihn dem Ministerrat mitzuteilen, unterbreitete er ihn dem Urteil des Botschafters in Berlin, de Launay:

„Wir betrachten die Wahl Koburg als fehlgeschlagen (!) Wenn die Beibehaltung des status quo und die Fortsetzung der interimistischen Regierung in Sofia den Verbündeten gleichgültig ist, so haben wir nur ruhig den Gang der Ereignisse abzuwarten. Wenn dagegen die Frage schnell geregelt werden soll, so könnte man vielleicht den Prinzen von Koburg eher in der Eigenschaft als fürstlichen Statthalter (lieutenant princier) nach Sofia schicken, als in der eines Fürsten.

Wenn das Petersburger Kabinett aufrichtig in seiner Opposition ist, wenn es die Rechtmäßigkeit der Wahl bekämpft, ohne die Absicht zu haben, sich die bulgarische Frage für seine Zwecke offen zu halten, so würde es diesen Ausweg annehmen.

In Berlin, dem natürlichen Mittelpunkt der Mächtegruppierung, der wir angehören, müßte man sich ein Urteil über diesen Vorschlag bilden und eventuell dasjenige Kabinett bezeichnen, welches am geeignetsten wäre, die Initiative zu demselben zu ergreifen.

Aber de Launay fand diesen Ausweg unmöglich, weil ein fürstlicher Statthalter, dessen Amt es gewesen wäre, die Wahl des Fürsten vorzubereiten, nicht der Thronkandidat selbst sein könnte. Andrerseits, wie könnte sich Ferdinand, der schon zum Fürsten gewählt war, in Bulgarien mit einem so untergeordneten Rang begnügen.

Die Gewohnheit, in anderer Spuren zu wandeln, war so eingewurzelt, daß Depretis nur ausnahmsweise gewagt hatte, einen eigenen Gedanken auszusprechen. In allen von der Consulta im Monat Juli ausgegangenen Dokumenten befinden sich, in Erwartung der Entschließungen der andern Mächte, nur unbestimmte Wendungen. Während Crispi den Ministerpräsidenten aufforderte, Stellung zu nehmen, schrieb man von der Consulta am 13. Juli an den Botschafter in Konstantinopel:

„Nachdem die Wahl des Prinzen von Koburg stattgefunden, haben wir nicht geglaubt, uns mit der Äußerung unserer Meinung beeilen zu müssen. Es erschien uns angemessen, daß wir von einer vorzeitigen Kundgebung bei Beurteilung einer Frage Abstand nähmen, in welcher einfache Erwägungen der gegen-

seitigen Rücksichtnahme und der internationalen Billigkeit uns veranlaßten, das Wort eher den beteiligten Mächten zu lassen, die in der bulgarischen Frage ein direkteres und unmittelbareres Interesse haben.

Depretis starb am 31. Juli; sein Nachfolger als Ministerpräsident wurde Crispi, der außerdem durch Dekret vom 8. August die vorläufige Verwaltung des Ministeriums des Äußern übernahm. Am selben Tage richtete Crispi folgendes Rundschreiben an die Vertreter Italiens im Auslande:

In dem Augenblick, in dem ich die Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten übernehme, wünsche ich meine feste Absicht zu bekunden, die Erhaltungs- und Friedenspolitik, welche die Haltung Italiens im europäischen Konzert charakterisiert, fortzusetzen.

Dieser Absicht entspricht die Stellung, die wir in der bulgarischen Frage einzunehmen gedenken, die durch die angekündigte, unmittelbar bevorstehende Ankunft des Prinzen von Koburg in Bulgarien in ein neues Stadium einzutreten scheint. Wir haben weder für diesen, noch für irgend einen andern Prinzen eine besondere Vorliebe, aber der Prinz Ferdinand bringt in unsern Augen, so lange bis der Gegenbeweis geliefert wird, durch eben seine Wahl, den bulgarischen Volkswillen zum Ausdruck.

Da Italien durch Volksbeschluß begründet ist, kann es den hohen Wert jener Kundgebung nicht verkennen, durch welche die erste und für uns wichtigste der drei im Artikel 3 des Berliner Vertrages gestellten Bedingungen erfüllt worden ist.

Überzeugt, daß die Lösung der bulgarischen Frage die beständig den europäischen Frieden bedroht, und die von allgemeinem Interesse ist — so schnell wie möglich gelöst werden müßte, hat sich die Regierung immer bereit erklärt für den Erfolg einer jeden Lösung zu wirken, die auf der Grundlage der Verträge und der Achtung des Willen der Völker der bulgarischen Nation eine beständige Regierung geben könnte. Die bereits erfolgte Wahl des Fürsten, die den Schlüssel zu einer Lösung gibt, scheint uns nun eine Möglichkeit, die, wenn sie von dem guten Willen der Mächte gefördert würde, unter Aufrecherhaltung der beiden obenangeführten Grundgedanken zum Ziele führen könnte. Wir erwarten daher, daß diejenigen

Mächte, die mit uns gleiche Ziele und gleiche friedliche Absichten verfolgen, gleich uns ihren moralischen Beistand hierzu leihen werden. Genehmigen Sie, usw. usw. gez. Crispi.

Am 7. August gab Fürst Ferdinand, nachdem er vergebens auf die Zustimmung der Türkei und der Mächte zu seiner Wahl gewartet hatte, dem ständigen Drängen der bulgarischen Regierung nach und zog in Bulgarien ein, wo er begeisterte Aufnahme fand. Es war genau ein Monat seit der Wahl der Sobranje verflossen, und während dieser dreißig Tage hatte der Fürst in qualvoller Unentschlossenheit gelebt, einerseits wegen des entschiedenen Vetos von seiten Rußlands und der schwankenden Haltung der Türkei, andererseits wegen seines eigenen Ehrgeizes. Am 29. Juli hatte der Gesandte Nigra aus Wien telegraphiert:

„Fürst Ferdinand hat mich dieser Tage besucht. Er hat meinen Rat verlangt. Ich habe es abgelehnt, ihm Ratschläge zu erteilen, da ich in meiner Eigenschaft als Botschafter ihm nichts zu sagen hätte. Als persönlicher Freund jedoch erklärte ich ihm, daß sein Weg durch die Verträge vorgezeichnet sei. Er schien mir nicht sehr geneigt, das Abenteuer eines Abstechers nach Bulgarien zu wagen. Ich weiß nicht, ob er irgendeinen Schritt in Petersburg getan hat; jedenfalls würde es ihm nichts genutzt haben."

Nach vollbrachter Tat, d. h. nach Besitzergreifung der vom bulgarischen Volke zu verleihenden Würde durch Fürst Ferdinand, wuchs die Erregung Rußlands und die Schwierigkeit der Situation.

Sogleich entstand die Frage, wie die Vertreter der Mächte in Bulgarien sich zum Fürsten stellen sollten. Crispi depeschierte ohne Zögern am 9. August an den Generalkonsul und bevollmächtigten Minister in Sofia:

„Eine formelle Anerkennung Ferdinands als Fürst von Bulgarien ist unsererseits erst möglich nach gewonnener Überzeugung, daß seine Wahl wirklich dem Willen des Volkes ent-

spricht, und nach Legitimierung seiner Stellung gemäß dem Berliner Vertrage."

Außer dieser Erklärung gab er dem Bevollmächtigten noch die Weisung, sich jedes Vorgehens zu enthalten, das eine Anerkennung in sich schlösse, gleichwohl aber dem Fürsten die schuldigen Rücksichten zu erzeigen und mit der fürstlichen Regierung die notwendigen Beziehungen aufrecht zu erhalten.

Österreich-Ungarn gab seinem Bevollmächtigten in Bulgarien hernach ähnliche Instruktionen.

Am 11. August erschien der russische Geschäftsträger auf der Consulta und erklärte, seine Regierung erkenne die Gültigkeit der Wahl nicht an; sie habe indirekt dem Fürsten von der Reise nach Bulgarien abzuraten versucht und fühle sich veranlaßt, sein Erscheinen im Fürstentum mit der Absicht, sich an die Spitze der Regierung zu stellen, für ungesetzlich zu erklären. Das Kaiserliche Kabinett appelliere an die Mächte in der Hoffnung, mit dem Verlangen nach Achtung des Berliner Vertrages nicht allein zu stehen. Crispi erwiderte, er würde sich mit den übrigen Kabinetten in Verbindung setzen; die italienische Regierung habe nicht aufgehört, den Berliner Vertrag als notwendige Grundlage für die Lösung der bulgarischen Krise zu betrachten.

In der festen Absicht, den Erwählten des bulgarischen Volkes zu unterstützen und die Gelegenheit zu ergreifen, um Italien Ansehen und Sympathien auf der Balkanhalbinsel zu verschaffen, suchte Crispi vor allem, sich für sein Vorhaben die Unterstützung Englands zu sichern, welches anfangs dem Fürsten Ferdinand nicht abgeneigt war, später aber Rußland zu verstehen gegeben hatte, es sehe die Wahl „mit Gleichgültigkeit" an, und Bulgarien, es „finde die Wahl des Koburgers nicht vorteilhaft für die Interessen des Fürstentums".

Wie Crispi die Haltung Italiens in den verschiedenen

Phasen der Frage regelte, und wie es ihm gelang, die italienisch-englisch-österreichische Gruppe zu bilden, welche das Prinzip der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Bulgariens vertrat, das geht aus den beifolgenden Schriftstücken hervor:

12. August.

An Se. Majestät den König,

Monza.

Lord Salisbury hat seinem Bevollmächtigten in Sofia Instruktion gegeben, den Fürsten von Koburg als Verwandten der Königin zu behandeln. Das Pariser und das Wiener Kabinett werden mit ihm Beziehungen wie mit einer tatsächlich bestehenden Regierung pflegen und dabei die Rechtsfrage offen lassen.

Crispi.

15. August.

An den Botschafter in Konstantinopel.

„Für uns ist bis zu einem triftigen Gegenbeweis die vollzogene Wahl ein vollgültiges Zeugnis für den Willen des bulgarischen Volkes. Der Ausdruck des Volkswille kann mit Recht für die beste Grundlage zur Auslegung des Berliner Vertrages in seiner Anwendung auf unvorhergesehene Fälle gelten."

Neapel, 16. August.

An Se. Majestät den König,

Monza.

Heute abend reise ich nach Rom zurück. Ich depeschierte vertraulich an Nigra und an Catalani, welche nach meiner Ansicht die Richtschnur des Verhaltens der Regierung Ew. Majestät in der bulgarischen Frage sein müßte: Bulgarien aus der ungewissen Lage herauszuhelfen, in der es verharrt, und die eine unmittelbare und fortdauernde Gefahr für Europa bedeutet. Der Fürst von Koburg, durch Zuruf gewählt, mit Begeisterung empfangen, hat wenigstens das Verdienst, eine annehmbare und zur Hälfte bereits verwirklichte Lösung zu bringen. Wir glauben daher, ihn nach Möglichkeit unterstützen zu müssen, wohlverstanden, ohne uns von dem Übereinkommen mit Österreich und England loszusprechen, zumal Deutschland ein solches Übereinkommen gern sieht. Die Einmütigkeit aller Mächte ist eine Utopie. Der russische Fürst oder General, der nur in Petersburg willkommen sein könnte, würde in Wien

mißfallen. Ich füge hinzu, daß Italien, um seinen Überlieferungen, seinen Grundsätzen und seinen Interessen treu zu bleiben, darauf bedacht sein muß, daß Bulgarien sowie alle Balkanstaaten zur Unabhängigkeit gelangen. Da aber dieses Ziel noch fern liegt, müssen wir inzwischen den Einfluß Österreichs vor allen andern Mächten fördern; das heißt, den Mittelpunkt seiner Interessen nach dem Osten hin verschieben helfen.

Ich habe ferner an Blanc depeschiert und ihn ermächtigt, mit vorheriger Einwilligung seiner österreichischen und englischen Kollegen der Ansicht Ausdruck zu geben, daß die vollzogene Wahl bis auf stichhaltigen Gegenbeweis für uns ein gültiges Zeugnis des Willens des bulgarischen Volkes sei, und hinzuzufügen, daß in unsern Augen das Prinzip der Rücksicht auf den Volkswillen die beste Grundlage für Auslegung des Berliner Vertrages in seiner Anwendung auf unvorhergeseheneFälle sei.

Crispi.

17. August.

Der türkische Gesandte befragt im Namen seiner Regierung Italien und die übrigen Großmächte:

1. nach ihrem Urteil hinsichtlich der Übernahme der bulgarischen Regierung durch den Fürsten;

2. Nach den Instruktionen, die sie im Hinblick darauf ihren Bevollmächtigten im Fürstentum erteilt haben;

3. nach dem Weg, den sie einschlügen, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu beseitigen und eine Lösung zu erzielen.

Meine Antwort lautet:

1. Wir sind der Meinung, daß Fürst Ferdinand durch die Annahme der fürstlichen Macht nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge sich von den Vorschriften des Berliner Vertrages entfernt hat.

2. Unsere Instruktionen sind die folgenden: Keine Handlung, die eine Anerkennung in sich schließt; Rücksicht auf die Person des Fürsten; Pflege der notwendigen Beziehungen zu der fürstlichen Regierung.

3. Die Lösung der bulgarischen Frage ist auf der friedlichen Grundlage des Berliner Vertrages zu suchen. Auf dieser Basis ist die Mitwirkung Italiens an jedweder Lösung gesichert, die dem gesetzlichen Willen des bulgarischen Volkes entgegenkommt und die Möglichkeit bietet, von sämtlichen Mächten, in erster Linie von der großherrlichen Macht, angenommen zu werden. —

18. August.

An den Botschafter in Konstantinopel.

Zwei Ziele sind es besonders, die uns vorschweben: das eine ein unmittelbares, nämlich die Aufrechterhaltung des Friedens; das andere ein mittelbares und weiter hinausgeschobenes, nämlich die definitive Ordnung auf fester und vernünftiger Basis derjenigen europäischen und christlichen Völker, die noch nicht als Nationen konstituiert sind, obgleich sie alle jene ethischen und moralischen Elemente in sich tragen, die das Wesen der Nationalität ausmachen. Diese beiden Ziele scheinen uns von hervorragender Bedeutung zu sein, das eine, weil es im Interesse unseres Landes liegt, das einen würdigen Frieden will; das andere, weil es den Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit entspricht, auf denen Italien aufgebaut ist und die seine sicherste Grundlage bilden.

Zur Erreichung des ersten Ziels haben wir unsere Bündnisse und Verträge. Das zweite erklärt unsere Haltung Bulgarien gegenüber. —

18. August.

An den Botschafter in Konstantinopel.

In Ihrem Bericht vom 13. cr. machten mir Ew. Exzellenz Mitteilung von den Bemühungen des dortigen russischen Botschafters, die Pforte zu veranlassen, in Sofia energische Schritte zu tun, um die Lossagung Bulgariens vom Fürsten Ferdinand zu erreichen, dessen Wahl, nach dem Ausspruch Herrn Onou's, die Mißbilligung aller Mächte finden würde.

Was meine Ansicht über die Wahl betrifft, so kann ich Ihnen nur mein Telegramm vom 16. d. M. bestätigen, durch das ich Sie ermächtigte, sich mit Ihrem österreich-ungarischen und englischen Kollegen ins Einvernehmen zu setzen, um der Meinung Ausdruck zu verleihen, daß wir in der vollzogenen Wahl, bis zum Beweise des Gegenteils, ein gültiges Zeugnis des bulgarischen Volkswillens erkennen müssen.

Der Grundsatz der Achtung des Volkswillens, ist, wie Ew. Exzellenz richtig bemerkt haben, in unseren Augen die beste Basis für die Auslegung des Berliner Vertrages, so oft es sich um die Anwendung desselben auf unvorhergesehene Fälle handelt.

An den Botschafter in Wien.

20. August.

Wir werden, ebensowenig wie Österreich-Ungarn, uns mit der Regentschaft eines russischen Generals (Ehrenroth) einverstanden erklären. Auf diese Weise würde sich der andauernd ungewisse Zustand zum Unheile Bulgariens noch verlängern. Ohne Voreingenommenheit glauben wir, daß die Wahl des Fürsten Ferdinand eine prinzipielle Lösung der Frage bedeutet.

Wir stehen über diesen Punkt in völligem Einvernehmen mit London und Wien.

An die Botschafter in London und Berlin.

23. August.

Der Vorschlag Rußlands an die Türkei, Fürst Ferdinand zu verjagen und einen russischen Vertreter einzusetzen, würde nur unter Anwendung von Gewalt durchführbar sein.

Er ist somit für denjenigen nicht annehmbar, der wünscht, daß der Berliner Vertrag als friedliche Basis für die Lösung der bulgarischen Frage diene.

An alle Botschafter.

24. August.

Angesichts einer als möglich zu betrachtenden russischen Besetzung Varnas und Erzerums, falls die Türkei sich nicht aktiv in Bulgarien einmischt, erklärt sich das italienische Kabinett gegen jede Gewaltmaßregel und gegen jede Verletzung des Berliner Vertrages und fragt die übrigen Regierungen, welche Haltung sie einnehmen werden.

An den Botschafter in Petersburg.

30. August.

Was unsere Stellung zur bulgarischen Frage betrifft, über die wir gar kein Geheimnis walten lassen, und deren Motive wir Rußland selbst getreulich dargelegt haben, beabsichtigen wir lediglich, im Osten den Frieden zu unterstützen, ohne daß unsere Haltung je von anderen als durchaus freundschaftlichen Gefühlen für Rußland geleitet wäre. Mit Rußland wünschten wir im Gegenteil, und wünschen wir noch fernerhin, auf dem freundschaftlichsten Fuße zu stehen, da es zwischen den beiden Staaten keine Ursache zum Zwist gibt.

An den Botschafter in Konstantinopel.

31. August.

Im gegenwärtigen Moment von Regenten, von einem fürstlichen Statthalter, von einem nach Bulgarien zu entsendenden Kommissar zu reden, heißt die Realität der Verhältnisse aus den Augen verlieren. Bevor wir über Namen und Nationalität einer Persönlichkeit diskutieren, müssen wir uns fragen, wie sie im Falle der Ernennung in einem Lande, in dem sie weder gewählt noch verlangt war, aufgenommen werden würde.

Die Bulgaren sind im Begriffe, unter einem Fürsten ihrer Wahl, der trotz der Irrtümer, die er begangen, sicherlich über eine nicht zu unterschätzende Partei verfügt, eine Regierung zu organisieren. Das Beste ist, ihr Werk nicht zu stören. Der Versuch einer Einmischung oder eines aktiven Eingriffs würde Europa entweder der Notwendigkeit aussetzen, seine Unfähigkeit zur Lösung der Krise einzugestehen, oder wenn es zur Gewalt griffe, würde es gerade den Konflikt heraufbeschwören, den man vermeiden will.

An den Botschafter in Konstantinopel.

2. September.

Ihr Bericht vom 20. August d. J. ist mir in gebührender Weise zugegangen, wofür ich Ew. Exzellenz ganz besonders danke.

Die Erklärungen, welche Baron v. Calice und Sir W. White bei der Pforte abgegeben haben, lassen sich kurz dahin zusammenfassen, daß die Wahl des Prinzen von Koburg nicht rechtlich ungültig ist; daß die Pforte weder eine militärische Okkupation versuchen, noch den Bulgaren einen ihnen verhaßten Regenten aufdrängen, noch eine nicht von den dem Berliner Vertrage beigetretenen Mächten gebilligte Entscheidung treffen soll.

Sie Ihrerseits erklärten den erhaltenen Ermächtigungen und Instruktionen gemäß, die Wahl des Fürsten sei für uns, bis zu gegenteiliger, gleichwertiger Kundgebung, eine vollgültige Willenserklärung des bulgarischen Volkes; das Prinzip der Achtung vor den Völkern bilde nach unserer Ansicht eine der besten Voraussetzungen zur Auslegung des Berliner Vertrages; man solle keinerlei Zwangsmittel gebrauchen, um Bulgarien einen ihm unerwünschten Regenten oder unerwünschte Kommissäre aufzudrängen, und endlich, jede zwischen Rußland und der Türkei ohne vorherige Zustimmung der anderen Mächte vereinbarte Sonderhandlung als rechtswidrig und gefährlich betrachten.

Ich konstatiere mit Befriedigung, daß die Meinungsübereinstimmung und die Analogie der Ausdrucksweise Ew. Exzellenz mit Ihren obenerwähnten Kollegen andauert.

In dem Augenblicke, in dem es schien, als ob die Petersburger Regierung, die sich keine genaue Rechenschaft von den wahren Dispositionen der Großmächte ablegte, durch ein bewaffnetes Einschreiten in Bulgarien den verlorenen Einfluß wiedererobern wollte, hatte Crispi die Vision des Krieges und erinnerte sich an die von Italien übernommenen Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung des status quo. Gewiß wünschte er den Krieg nicht und tat sein möglichstes, in Rußland zu veranlassen, den Ton seiner Einsprüche herabzustimmen, weil es fast ganz Europa gegen sich hatte; doch hielt er es für seine Pflicht, Italien auf die mögliche Krise vorzubereiten. Die Erinnerung an den Krimkrieg wurde in ihm wach; wie damals Piemont, als Repräsentant Italiens, sich das Recht, gehört zu werden, erkämpft hatte, so hätte die Teilnahme an einem gut geführten Kriege Italien nicht nur Ruhm verleihen können, sondern auch das Selbstvertrauen und den Nimbus, der es um die verlorene Zeit und die versäumten Gelegenheiten wiedereinzubringen benötigte.

Wäre nun der Konflikt entstanden, in welcher Weise hätte dann Italien das geeignete Kontingent auf den Schauplatz desselben entsandt? Daran hatte man in Italien nicht gedacht. Crispi telegraphierte daher am 29. August an den italienischen Botschafter in London:

„Hoffen wir, daß die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion in die Ferne rücke, doch müssen uns die Drohungen Rußlands gegen Bulgarien, von denen in unseren Depeschen vom 26. d. M. die Rede war, insofern beschäftigen, sie wiederholt werden oder Tatsachen im Gefolge haben könnten. Dies vorausgesetzt, halte ich es für nötig, daß zwischen den beiden Regierungen die Hauptlinien der vielleicht notwendigen bewaffneten

Intervention und der Anteil an der Mitarbeit festgelegt werde, der auf England und auf Italien entfiele.

Sollte Lord Salisbury unserer Ansicht sein, daß der Abschluß einer Militärkonvention empfehlenswert ist, so würden wir bereit sein, einen italienischen Generalstabsoffizier nach London zu entsenden, wenn Ew. Gnaden nicht vorzögen, einen englischen Generalstabsoffizier nach Rom zu schicken.

In solchen Dingen muß man nicht den Moment der Gefahr abwarten, sondern sich für den rechten Zeitpunkt fertig und vorbereitet halten."

Der italienische Geschäftsträger, T. Catalani, antwortete am 31. August:

„Lord Salisbury hat micht gebeten, Ew. Exzellenz seinen aufrichtigen Dank für den eine Militärkonvention betreffenden Vorschlag zu übermitteln. Er hat mir gesagt, daß er bei vorkommender Gelegenheit auf die Beihilfe des italienischen Heeres stolz sein würde, und daß der Augenblick eintreten könnte, in welchem sie notwendig würde. Aber Se. Gnaden fügte hinzu, daß ihn, bis die Kriegsgefahr nicht unmittelbar drohe, die politische Konstitution seines Landes und die von seinen Vorgängern übernommene Tradition vor die Unmöglichkeit stelle, eine derartige Konvention abzuschließen.

Im gegenwärtigen Augenblick scheint jede Gefahr in Bulgarien ausgeschlossen zu sein. Herr de Giers hat die Rußland zugeschriebenen Absichten einer Besetzung lebhaft dementiert, die Bedeutung der Mitteilung an Chakir-Pascha abgeschwächt und den Wunsch ausgedrückt, den Frieden aufrechtzuerhalten.

Überdies hatte der deutsche Botschafter, welcher gerade das Foreign Office verlassen hatte, ihm versichert, daß Fürst Bismarck den Horizont sich klären sehe; und eine von dem Grafen Kalnoky erhaltene Mitteilung beleuchtete die Situation in gleicher Weise. Es war keine Rede mehr von der Sendung des Generals Ehrenroth, welcher übrigens auch gar nicht in Bulgarien hineingelangt wäre, weil ihn die Bulgaren mit Gewalt daran gehindert hätten.

Nichts rechtfertigt somit die Festsetzung einer Konvention, welche eine Gefahr für die Regierung bedeutet hätte, weil trotz aller möglichen Vorsicht sich das Geheimnis nicht hätte bewahren lassen, und eine Interpellation in der Kammer die

Regierung vor die Notwendigkeit gestellt hätte, sie zu veröffentlichen.

Sollte sich jedoch die Situation ändern, „da ja die Politik" — — so sagte er — „veränderlich ist wie das Klima unserer Inseln," so wäre es immer noch an der Zeit, eine Militär-Konvention abzuschließen."

Crispi machte, wie aus einem Briefe Catalanis an den in Royat weilenden Lord Salisbury hervorgeht, einige Bemerkungen zu den Folgerungen des englischen Ministers, ließ aber seinen Vorschlag fallen. Catalani schrieb:

„Herr Crispi ist Ihnen dankbar für Ihre liebenswürdigen Erklärungen. Er begreift Ihre Stellung und ist, wie Sie wissen, ein Bewunderer der politischen Konstituton Englands, welche, wie Sie andeuten, die Regierung an der Festsetzung einer Militärkonvention hindern würde, bis die Gefahr im Anzuge wäre. Herr Crispi fragt jedoch: Ist die Gefahr so fern, daß Vorsichtsmaßregeln nicht nötig sind? Gesetzt den Fall, ein russisches Heer dringe in Bulgarien ein, dessen Verteidigungslinien nicht mehr die sind, die sie waren, werden wir dann Zeit haben, mit der in unseren Tagen für die militärischen Eventualitäten erforderlichen Geschwindigkeit eine Militärkonvention zu diskutieren und abzuschließen? Sollen wir uns unvorbereitet überraschen lassen?

Herr Crispi hält derartige Hypothesen nicht für allzu fernliegend. Sagten Sie mir nicht selbst am 25. vorigen Monats, Sie hätten indirekt Rußland dahin verständigt, daß es für ein russisches Heer zwar leicht wäre, in Varna einzudringen, aber nicht so leicht, wieder herauszukommen, weil es den Weg durch die vereinigten Streitkräfte Englands und Italiens versperrt finden würde?

Da Sie es jedoch ablehnen, über einen solchen Vorschlag zu verhandeln, besteht Herr Crispi nicht darauf, und die Erörterung ist abgetan."

Nichtsdestoweniger veranlaßte die während der Abwicklung der akuten Periode der bulgarischen Frage konstatierte Interessengemeinschaft ein Sonderabkommen für die Orientangelegenheiten zwischen Italien, England und Österreich-Ungarn:

London, 21. September.

Salisbury teilt vollkommen die Ideen Ew. Exzellenz hinsichtlich der Anbahnung von Unterhandlungen zwischen den drei Botschaftern in Konstantinopel zwecks Herstellung eines Übereinkommens. Catalani."

In Rußland erwarb sich der neue italienische Ministerpräsident mit seinem tatkräftigen, festen Auftreten keine Sympathien, und seit jener Zeit war Crispi dort schlecht angeschrieben. Seine Ideen über das komplizierte orientalische Problem, die er mehrmals in der Kammer dargelegt hatte, gestatteten ihm nicht, eine abweichende Politik zu verfolgen, und es war keine schlechte Politik, wenn es ihr gelang, einen gewaltigen Block von drei Mächten — wohl gebilligt und ermutigt durch den Fürsten Bismarck — zu bilden, welcher der Türkei den Mut verlieh, dem Druck des moskowitischen Kolosses zu widerstehen. Daß dieses Abkommen hauptsächlich das Werk Crispis war, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß es ihn nicht überlebte.

Mit dem Verhalten der Petersburger Regierung schien auch der Zar nicht zufrieden zu sein. In einem Tagebuche Crispis ist folgendes aufgezeichnet:

4. Oktober. — Kalnoky berichtete dem deutschen Botschafter, Grafen Reuß, über eine mit König Georg gepflogene Unterredung. König Georg sprach in Kopenhagen mit dem Zaren über die bulgarischen Angelegenheiten. Der König von Griechenland ist überzeugt, daß, obwohl das russische Kabinett den Mächten gegenüber die Entsendung des Generals Erenroth noch aufrechterhält und hierüber noch zwischen Petersburg und Konstantinopel verhandelt wird, der Zar dieselbe schon aufgegeben habe. Nach Ansicht des Zaren wäre die Sache vor dem Einzuge des Prinzen von Koburg in Bulgarien

ausführbar gewesen. Jetzt ist nicht mehr daran zu denken. Daher die schlechte Stimmung des Zaren gegen den Fürsten, der mit seinem ungelegenen Dazwischentreten in Bulgarien die Pläne Rußlands durchkreuzt hat. Rußland hatte mit der Uneinigkeit unter den bulgarischen Staatsmännern und den Wirren, welche daraus entstanden waren, gerechnet. Der Zar hat nicht gesagt, was er tun wird.

Wir geben ein Urteil Crispis über Rußland wieder:

Die Stellung Rußlands ist eine privilegierte. Es kann seine Feinde in Europa angreifen, selbst aber nur mit Schwierigkeiten angegriffen werden. Daher kann es nach seinem Belieben den Tag wählen, der ihm am besten zur Kriegserklärung paßt.

Eine Zauderpolitik ist ihm daher die gelegenste.

Seit dem Jahre 1871 befindet es sich in bedeutend besserer Lage als vorher. Da Frankreich aus dem Konzert der Zentral-Mächte losgelöst ist, hat Rußland einen Feind weniger. Das Bündnis von 1854 ist nicht mehr möglich.

Rußland kümmert es wenig, ob Frankreich Elsaß und Lothringen wiedererobert. Ich möchte im Gegenteil sagen, daß es ihm paßt, Frankreich mit Deutschland unversöhnt zu lassen.

Deutschland hat sich für unbeteiligt bei den Orientangelegenheiten erklärt und hat dies auch bewiesen, da es an keiner der Streitfragen, die seit 1871 auf der Balkanhalbinsel entstanden sind, direkten Anteil genommen hat. Rußland können sich daher nur Italien und Österreich als Landmächte und Großbritannien als Seemacht ent-

gegenstellen. Wenn Rußland seine Rüstungen beschleunigt und wartet, bis dieselben vervollständigt sind, zweifle ich, daß seine Gegner hinreichende Streitkräfte zusammenbringen können, um es zu besiegen.

Österreich und Italien könnten die Heere verdoppeln, aber ihre Budgets gestatten es nicht. Und wenn Frankreich den Krieg erklären würde, um die verlorenen Provinzen wieder zu erobern, und Rußland diesen Zeitpunkt wahrnimmt, um sich auf die Balkanstaaten zu werfen, so würde das Spiel für die Zentralmächte schwierig. Da sie am Rhein und an den Alpen in Anspruch genommen wären, könnten sie nicht über große Kräfte gegen den Orient hin verfügen. Man lief Gefahr, daß die Türkei allein gegen Rußland zu kämpfen hätte, wie im letzten Kriege, da England kein starkes Heer ins Feld zu stellen hat.

Bei den kleinen Balkanstaaten könnte die Türkei nicht auf Hilfe rechnen, erstens, weil einige von ihnen, wie Serbien und Montenegro, zur Gefolgschaft Rußlands gehören, zweitens, weil manche, wie Bulgarien und Griechenland, darauf lauern, diejenigen Territorien zu erobern, welche sie schon seit langer Zeit erstreben, um ihre nationalen Bestrebungen zu verwirklichen.

Unzweifelhaft ist für Rußland das österreichisch-ungarische Reich ein Hemmnis, wenn es ihm nicht befreundet ist.

In den Kriegen von 1854 und 1876 konnte der Zar von ihm die Neutralität erlangen. Im Jahre 1854 war der Feldzug gegen Ungarn in frischer Erinnerung, Kaiser Franz Joseph verdankte die Wiedereroberung des Reiches

des heiligen Stephan dem Zaren Nikolaus. Im Jahre 1876 erhielt Österreich als Belohnung seiner Neutralität die Abtretung Bosniens und der Herzegowina.

Heute ist die Lage anders. Österreich und Rußland sind Rivalen im Orient. Österreich kann nicht gestatten, daß Rußland nach Konstantinopel gelangt; seine Autonomie würde dadurch erschüttert und seine Zukunft in Frage gestellt.

In Österreich-Ungarn wäre ein Krieg gegen Rußland populär. In Budapest sind die Russen verhaßt; und in Wien nicht beliebt. Die Ungarn haben das Jahr 1849 nicht vergessen.

Sechstes Kapitel.

Die erste Reise nach Friedrichsruh.

Crispi und Frankreich. — Urteile Crispis über das Kaiserreich und die Republik. — Die Pariser Ausstellung 1889 und das monarchische Europa. — Erste Reise Crispis nach Friedrichsruh. — Unterredungen mit dem Fürsten Bismarck. — Die Turiner Rede.

Als Crispi die Leitung der Geschäfte übernahm, machte Frankreich eine unruhige Zeit durch. Am 17. Mai hatte das Ministerium Goblet, das erst seit dem 13. Dezember 1886 im Amt war, seine Demission eingereicht; Freycinet wurde beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden, lehnte aber, da er unüberwindliche Schwierigkeiten vor sich sah, das Mandat ab, das nunmehr vom Präsidenten der Republik Rouvier angeboten wurde. Diesem gelang es, den General Boulanger, der schon populär war und warm von der radikalen Partei als der einzige Mann bezeichnet wurde, der fähig sei, das Land zu retten, von dem neuen Kabinett auszuschließen. Es schien übrigens, daß das Ministerium Rouvier ein Übergangsministerium sein müsse, das zugunsten eines opportunistischen von der Rechten unterstützten Kabinetts unter dem Vorsitz Ferrys abtreten würde. Diese Annahmen bewahrheiteten indes sich nicht ganz. Rouvier trat nach wenigen Monaten vor einem Ministerium Tirard (12. Dezember 1887) zurück, das wiederum keine vier Monate dauerte. Auch die Stellung des Präsidenten der

Republik, Jules Grévy, war erschüttert, und sein Rücktritt schien nur eine Frage der Zeit. Aber dieser Möglichkeit sah man mit Sorge entgegen, da man fürchtete, daß die Radikalen und die Monarchisten sich zusammentun würden, um den General Boulanger in das höchste Amt zu erheben.

Crispis Gedanken über Frankreich waren bekannt: er war von der Geschichte dieses Landes genau unterrichtet, und er konnte sie auch so genau kennen, weil er so lange Zeit in Frankreich gelebt hatte; und wenn er, von seiner Nationalität absehend, auch den Geist des französischen Volkes und die großen der Kultur von ihm geleisteten Dienste bewunderte, war er doch als Italiener überzeugt, daß durch die geschichtliche Tradition, durch die Verschiedenartigkeit der Entwicklungsbedingungen und durch die gegensätzlichen Interessen, ein auf seine Würde stolzes und auf seine Rechte eifersüchtiges Italien, in Frankreich nur einen anmaßenden Gegner finden würde.

Haben Kaiserreich und Republik Italien gegenüber verschiedene Haltungen eingenommen?

Über diese beiden Zeitabschnitte werden wir Urteile und Meinungen Crispis selbst wiedergeben.

Welche Wohltaten empfing Italien von Napoleon III.?

Im Jahre 1849 erloschen die Herde der italienischen Revolution: allein Sizilien, Venedig, Rom widerstanden. Frankreich griff nicht zu unseren Gunsten ein, sondern, unter dem Vorwande, die Freiheit zu verteidigen, überfiel es die Römische Republik, zog in Rom ein, richtete dort die päpstliche Herrschaft wieder auf, belegte zur selben Zeit die sizilianischen Waffen und Dampfer mit Beschlag und half dem Bourbonen, sich der Insel zu bemächtigen. Noch einmal legte sich der Despotismus schwer auf Italien; aber Frankreich wurde bestraft; denn auch auf Frankreich

lastet er schwer .... Während sich Italien noch in voller Abhängigkeit befand, wurde in Frankreich eine heikle Frage erhoben, oder gesagt, wieder erhoben: die Grenzfrage. Im Jahre 1858 begannen in der Öffentlichkeit Flugschriften zu erscheinen, die die Notwendigkeit beweisen sollten, daß Frankreich Grenzen sowohl am Rhein als auch auf den Alpen besitzen müsse. Es handelte sich darum, sie zu erlangen, und man versuchte es. — Wie? Durch einen Eroberungskrieg? Der Tyrann hielt es schlauerweise für besser, dasselbe durch den Abschluß eines einfachen Geschäftes zu erreichen.

Im Geiste Napoleons III. — es ist bewiesen — war der Krieg mit Italien in Wahrheit nur ein Geschäft.

Durch das französisch-sardinische Bündnis verpflichtete sich Frankreich tatsächlich, Piemont dazu zu verhelfen, sich in den Besitz der Lombardei und Veneziens zu setzen; Piemont verpflichtete sich seinerseits, Frankreich alle Kriegskosten zu ersetzen, und mehr noch, ihm die gewünschten Grenzen zu geben.

Napoleon erwog einen großen Plan, der in der Sucht nach Macht festere Gestalt anzunehmen begann und in der Nachahmung der Großtaten seines Onkels in gewissem Maße die widerrechtliche Aneignung rechtfertigen, den wankenden Thron festigen sollte.

Er wurde vom Schicksal und von sich selbst betrogen. Der Krieg gegen Deutschland, der die Krönung des Gebäudes werden sollte, wurde statt dessen die Ursache seines Zusammensturzes.

Es ist indes festzustellen, daß der Gedanke der italienischen Einheit beim Abschluß des französisch-

sardischen Bündnisses Napoleon nicht zum Bewußtsein gelangte.

Aber außer der Alpengrenze schwebte Napoleon mit seinem Zug nach Italien noch ein anderes Ideal vor.

Napoleon III. hatte Italien im Jahre 1851 verlassen, als der Einheitsgedanke erst sehr wenige erleuchtete Geister befruchtet hatte und der großen Volksmasse noch fremd war. Er glaubte daher noch an die Wirksamkeit des Föderationsprinzips auf die Massen, und indem er den alten Gedanken des französisch-deutschen Gegensatzes neu belebte, dessen Feld unser Land war, hatte er vor, Österreich zu besiegen, es aus jenem Teil Italiens zu verjagen, der ihm zusagte, um aus diesem eine Konföderation von kleinen und schwachen Staaten zu bilden, die Handlanger Frankreichs werden mußten, frei in Friedenszeiten, Verbündete für seine Kriege.

Demjenigen, der sich ernstlich mit dieser wichtigen Periode der Weltgeschichte beschäftigt — ich sage: der Weltgeschichte, weil in ihr für Italien das Nationalitätsprinzip anerkannt wurde — wird an diesem Punkte einer merkwürdigen Erscheinung begegnen: Österreich nährte, unabhänhig von Napoleon, den gleichen Gedanken.

Es sah vielleicht die neuen Zeiten erstehen und strebte — mit einer gewissen Umformung der Art seiner Herrschaft — danach, ihnen zuvorzukommen, indem es seine politischen Interessen den materiellen der italienischen Bevölkerung verband.

Da Österreich nicht bis Neapel vordringen konnte, wo der Bourbon sich niemals eine österreichische Einmischung hatte gefallen lassen, plante es tatsächlich

damals für die Herzogtümer und den heiligen Stuhl Handelsverträge, welche die italienischen Staaten, unterstützt von österreichischen Garnisonen, in einem von ihm geleiteten und inspirierten Zollverein zusammengeführt haben würden.

Außer in dem Verlangen nach neuen Grenzen ist der Grund des italienischen Krieges in diesem Konflikt des Ehrgeizes und des Einflusses zwischen Frankreich und Österreich zu suchen. Wenn anfänglich noch Zweifel möglich gewesen wären, so hätte die Art, in der der Krieg geführt worden ist, dies klar bewiesen.

Die Mazzinianer, die damals, man kann wohl sagen, die einzigen Apostel der Einheitsidee waren, fühlten dies alles.

Mazzini klärte den Zweck des Krieges sehr genau auf und sagte sein Ende voraus. In einem seiner Manifeste — so sehr war er davon überzeugt — sagte er, daß der Krieg von Napoleon befohlen worden sei und enden würde, wenn es ihm gefiele und zweckmäßig erschiene.

Um inzwischen den Föderativgedanken zu verbreiten, sandte Napoleon ein vom Prinzen Jêrome befehligtes Armeekorps nach Toskana.

Im Geiste des Kaisers sollte Toskana das Königreich Etrurien bilden, dessen König oder Vizekönig Jêrome selbst werden würde, da der Staat von Paris aus die Direktiven für seine politische und wirtschaftliche Existenz empfangen sollte.

Aber die napoleonischen Voraussichten gingen fehl. Anstatt mit den Rufen: Es lebe Toskana! Es lebe Frankreich! empfing man Jêrome mit dem

Ruf: Es lebe Italien! Der von den Mazzinianern gestreute Samen hatte schon Keime angesetzt und der Föderativgedanke, auf den Napoleon rechnete, um die kleinen Staaten zu beherrschen, die er in seinem Geiste bildete, war von dem großen italienischen Einheitsgedanken abgelöst.

Die Vorwürfe vieler Franzosen waren also ungerecht. Ebenso wie Thiers glaubte auch Napoleon III., und vor ihm hatte es Napoleon I. geglaubt, daß ein schwaches und uneiniges Italien im Interesse Frankreichs sei; und gerade um es schwach und uneinig zu erhalten, um es der Herrschaft Österreichs zu entreißen und es Frankreich tributpflichtig zu machen, zog er nach Italien.

Daß er damit keinen Erfolg hatte, war nicht seine Schuld. Die Ereignisse täuschten ihn und waren stärker als er und sein Wille; aber er ließ kein Mittel außer acht, um ihren Lauf aufzuhalten und ihre Folgen zu vernichten.

In der Tat plötzlich vom Fortschritt des Einheitsgedankens überzeugt, vergaß er das Programm, mit dem er die Italiener verlockt hatte, um sich ihre Mithilfe zu verschaffen, und schließt nach einem Siege, der ihm erlaubt hätte, Österreich aus ganz Italien zu verjagen, Waffenstillstand und unterschrieb, ohne auch nur seinen Verbündeten davon zu benachrichtigen, die Präliminarien jenes Friedens von Villafranca, an den zuerst nicht einmal die Minister Viktor Emanuels glauben wollten.

Mit Savoyen hatte Frankreich damals die mit Ehrgeiz erstrebten natürlichen Grenzen erlangt, und sehr viel mehr, denn ein französisches Nizza ist ein geo-

graphischer Widersinn; mit den 50 Millionen Kriegsentschädigung waren ihm alle Kriegskosten bezahlt.

Da auf einmal verlieh der Züricher Vertrag einem anderen italienischen Bündnisgedanken feste Gestalt.

Lieber als das Prinzip eines geeinten Italiens anzunehmen, begnügte Napoleon III. sich damit, seinen Einfluß in jenem Staatenbund, in dem der Papst den Vorsitz führen sollte, mit Österreich zu teilen, das in demselben von Venetien vertreten werden sollte, ohne als schlechter Politiker jenen Keim fortwährender Zwietracht, den er so legte, zu erkennen.

Der Züricher Vertrag war jedoch zu günstig, so daß ihn Italien zurückweist. Es täuschte sich nicht über die Absichten Napoleons und hatte, zu seinem Glücke, das richtige Empfinden für die Absichten und die Ereignisse. Daher erklärten Toskana und Emilien ihre Selbstverwaltung und proklamierten das Einheitsprinzip.

Napoleon, der das Gebäude seiner Erwartungen und Hoffnungen einbrechen sah, stellte sich die Vereinigung der Bevölkerungen Toskanas und Emiliens mit Piemont gegenüber und erschwert die Bewegung der Bevölkerung des Kirchenstaats. Garibaldi kann das katholische Land nicht durchschreiten.

Aber der große Tag Italiens war angebrochen. Palermo stand auf: und, o Wunder, der sagenumsponnene Zug der Tausend wurde organisiert, der keine Hindernisse kannte, der jeden Widerstand brach, der ihm von allen Seiten entgegengestellt wurde.

Hier hätte Napoleon, wenn er tatsächlich der große Politiker gewesen wäre, wie viele seit zu vielen Jahren glauben und andere glauben machen wollen, begreifen

müssen, daß jetzt die Stunde gekommen war, seine Taktik zu ändern und, da er die Italiener nicht zu seinen Klienten machen konnte, suchen mußte, sie wenigstens zu seinen Freunden, zu seinen Verbündeten zu machen. Garibaldi gelangt also gegen den Willen Napoleons nach Neapel. . . . Er besiegt den Bourbonen am Vulturno und bereitet seinen Marsch auf Rom vor.

Aber Napoleon gibt nicht nach, und, dem Geizigen gleich, der gezwungen ist, sich gegen seinen Willen von seinem Schatz zu trennen, läßt er sich die Zustimmung nur durch vollendete Tatsachen entreißen und interveniert nur, um zu hindern. Und so schließt er, im Angesichte der Gefahr, Rom der italienischen Einheit als Mittelpunkt in die Arme gegeben zu sehen, mit Viktor Emanuel einen Vertrag, auf Grund dessen das Königliche Heer in die der Monarchie zu verbündeten Marken und in Umbrien einziehen sollten, um weiterreichende Bewegungen Garibaldis zu verhindern.

Inzwischen beschützte die französische Flotte in Gaeta den Bourbonen, der nur ihretwegen Widerstand leistete, auf diese Weise durch Frankreichs Schuld einen unnützen Krieg verlängernd. . . .

Nachdem das Patrimonium Petri auf diese Weise gerettet und unter den Schutz der französischen Waffen gestellt war, sah man Rom durch Frankreich zum Mittelpunkt der italienischen Reaktion werden. Dort in dem Asyl des entthronten Fürsten, unter den Augen Napoleons, kamen alle Verschwörungen zum Schaden der italienischen Einheit zustande, dort wurde der Brigantaggio organisiert und in einem der wichtigsten Teile des neuen Königreiches lebendig erhalten. Das war die Karikatur der Politik

eines großen Staates, aber eine blutige Karikatur, die nicht so leicht vergessen werden kann.

Die Anstrengungen des empörten Italiens brachen sich bei Aspromonte, und die Morgendämmerung des neuen Reiches trübte somit durch Frankreichs Schuld, durch ein Trauerspiel, das noch lebendig im Herzen aller Italiener lebt.

Aber die Politik Frankreichs änderte sich nicht. Da die bloße Organisation des Brigantaggio ihr nicht mehr genügte, so ließ sie ihm vor den Augen aller Welt offenkundig Schutz angedeihen.

Am 10. Juli 1863 lief in Genua die Aunis der Messageries marittimes an, die an Bord sechs Briganten, unter ihnen den berüchtigten La-Gala hatte, welche beabsichtigten, sich in freiwillige Verbannung zu begeben. Die italienische Regierung wollte sich ihrer bemächtigen. Frankreich verlangte jedoch, daß man sie nicht festnähme, sondern an Frankreich ausliefere. So geschah es, daß die französische Trikolore ruchlosen Meuchelmördern Leben und Freiheit gewährleistete und Italien die Schmach zufügte, die von ihnen gegen Vaterland und Menschlichkeit begangenen Verbrechen nicht strafen zu können. Aber nicht genug.

Obwohl Napoleon weit entfernt war, ein großer Politiker zu sein, hatte er doch genügend Verstand, um zu begreifen, daß nach der Proklamation Roms zur Hauptstadt Italiens, die römische Frage dazu bestimmt war, offen zu bleiben. Um sie zur Entscheidung zu bringen, dachte er sich die Konvention vom 15. September 1864 aus, die nichts anderes bedeuten konnte noch wollte, als einen Verzicht auf Rom. Durch dieselbe verlegte man tatsächlich

die Hauptstadt an eine zentrale Stelle Italiens und verpflichtete das neue Königreich, nicht nur den Kirchenstaat anzuerkennen, ihn nicht nur nicht anzugreifen, sondern auch zu verhindern, daß er angegriffen würde: mehr noch, man zwang es, einen Teil der öffentlichen Schuld des Heiligen Stuhles auf sich zu nehmen, und so gab man ihm damit die Möglichkeit, ein Heer zu organisieren und zu bezahlen, welches darüber wachen wollte, daß Rom nicht italienisch würde.

Alle erwarteten, daß Napoleon wenigstens diese für Italien so demütigende Septemberkonvention achten würde. Weit gefehlt.

In der Konvention stand geschrieben, daß Frankreich seine Truppen aus dem päpstlichen Gebiete zurückziehen würde. Scheinbar geschah dies auch, aber in Wahrheit wurden die französischen Soldaten in das Heer des Papstes eingereiht[1]).

Aber war Rom das Einzige, um das Napoleon mit Italien stritt?

Das Jahr 1866 brachte das italienisch-deutsche Bündnis. Napoleon gewährte großmütig die Erlaubnis zu dieser Allianz, aber setzte die Art und Dauer des Krieges gegen Österreich fest. Auch mit Österreich verhandelte er insgeheim. Er begriff, daß der Krieg für Italien unvermeidlich sei, fürchtet jedoch, daß es zu stark aus dem Siege hervorgehen könnte. Jede seiner Anstrengungen war daher darauf gerichtet, einen Beweis unserer

[1] Bei den bei Mentana gefallenen päpstlichen Zuaven fand man Hefte (livrets d'hommes de troupe), aus denen hervorgeht, daß sie tatsächlich dem französischen Heere angehörten, obwohl im Dienste des Papstes stehend. Wir haben das Heft Haslen Etienne's des 33. Linien-Infanterieregiments, eingeschrieben in der römischen Legion, vor uns liegen.

Waffentüchtigkeit zu verhindern, und er erreichte so, daß der Krieg mit einer schmachvollen Niederlage unserer Politik zu Ende ging, indem er die italienische Regierung zwang, Venezien nicht mehr aus den Händen Österreichs selbst, sondern aus denen Frankreichs entgegenzunehmen und so Italien, nachdem er ihm die Westgrenze entrissen hatte, ohne Ostgrenze ließ.

Graf Vitzthum, Vertrauter des Grafen Beust, war von diesem mit einer geheimen Mission bei der Kaiserlichen Regierung in Frankreich beauftragt. Er kam am 26. Juni 1866 nach Paris, als dort die Nachricht von Custozza eintraf. Er hat in seinem Buche London, Gastein und Sadowa die Eindrücke, die jene Nachricht dort hervorrief, folgendermaßen wiedergegeben:

„Ich fand die ganze Hauptstadt begeistert und fröhlich über die Nachrichten von den österreichischen Siegen in Italien."

„Man versicherte mir — und ich kann es bestätigen, daß in allen Klassen der Bevölkerung der Jubel über die Niederlage der Italiener allgemein und in den Kasernen geradezu unbeschreiblich war.

„Die Soldaten bestanden darauf, ihre Quartiere zu Ehren des österreichischen Heeres beleuchten zu dürfen. Und ich kann versichern, daß diese Dinge den tiefsten Eindruck auf den so italophilen Kaiserlichen Herrn der Tuilerien gemacht haben."

. . . . . Ein anderer Tag, ein anderer Name erscheint mir im Geiste: Mentana; dem der italienische Edelmut einen anderen Tag gegenübergestellt hat, einen anderen Namen: Dijon.

Im Jahre 1869 schlug Napoleon den Mächten vor, das päpstliche Territorium unter die Garantie Europas zu stellen. Er wollte durch einen internationalen Vertrag Italien hindern, seine Hauptstadt zu erobern; und er würde seinen Zweck erreicht haben, hätten sich nicht Berlin und London widersetzt.

Das Geschick trieb Napoleon in sein Verderben. Das Phantom der Einigkeit Italiens vermochte mehr über ihn als die Erkenntnis seiner eigenen Vorteile. Selbst Österreich sah im Jahre 1866, welches der Vorteil Frankreichs gewesen, Napoleon nicht. Selbst Österreich spornte Napoleon an, Rom Italien zu überlassen, um sich die Möglichkeit eines Bündnisses mit Italien zu sichern, Napoleon aber wollte nichts davon wissen. Auf diese Weise verliefen alle Verhandlungen erfolglos, und Frankreich blieb durch seine eigene Schuld in Europa isoliert.

Diese Vereinsamung ist es, die man seit jenem Tage Italien zum Vorwurf macht. Es sind wahrhaftig keine Worte nötig, um zu zeigen, daß es von Italien nicht allein eine Torheit, sondern ein Verbrechen gewesen wäre, die Waffen gegen eine befreundete und verbündete Macht zu ergreifen, um einem Schutzherrn zu helfen, der, trotzdem er sich weigerte, unsere Rechte anzuerkennen, dennoch unsere Mitarbeit verlangte, und der darauf bestand, uns zu unterdrücken.

Man glaube ja nicht, daß dies ein persönlicher Irrtum Napoleons III. war. Napoleon stürzte und zog Frankreich mit sich in den Abgrund; aber Frankreich verzichtete darum nicht auf Rom.

Italien ging nach Rom, aber Thiers' Gedanken waren

von denen Napoleons III. nicht verschieden; Italien ging nach Rom dank der deutschen Siege, die man Italien zugemutet hatte zu verhindern, das ohnmächtige Frankreich duldete es, aber fand sich nicht damit ab, und ein französisches Schiff blieb in Civitavecchia stationiert als ein fortdauernder Protest und als Zeichen des Protektorats, das Frankreich über den Heiligen Stuhl ausübte. Jahre waren nötig, bis das Schiff endlich abfuhr. Nur die Lächerlichkeit, die einzige Waffe, die moralisch in Frankreich tötet, und von der es durch diese Tatsache bedroht wurde, vermochte, daß dieses Schiff zurückgezogen wurde.

Nach 1870 hat Frankreich gegen Italien nur eine Politik der Verachtung und der Zurückweisungen geübt. Überzeugt, daß Italien ihm nicht in dem schrecklichen Zusammenstoß helfen würde, den es mit Deutschland auszuhalten hatte, folgte die republikanische Regierung den Vorurteilen der Kaiserlichen, zeigte dasselbe hochmütige Benehmen und anstatt vor allem die Mißverständnisse zu zerstreuen und daraufhin zu arbeiten, sich das italienische Volk zum Freunde zu machen, beleidigte und verachtete sie es, drohte sie ihm und machte es sich noch feindlicher gesinnt. Wenn die republikanische Regierung von den früheren Ereignissen gelernt hätte, würde sie begriffen haben, wie gerade das italienische Volk das Verschwinden des Kaiserreichs als eine Befreiung ansah, das mit seinen Ansprüchen und seiner Willkür die italienische Regierung tyrannisiert und die Befreiung Roms verhindert hatte. Im Übrigen hätte Italien, selbst wenn es gewollt hätte, dem Kaiserreich nicht helfen können, denn einige Monate bevor die

Feindseligkeiten begannen, hatte seine unvorsichtige und kurzsichtige Regierung abgerüstet. Und selbst wenn wir uns jedem Schaden, den, Rom nicht zu bekommen, mit inbegriffen, ausgesetzt hätten, wer hätte uns für die Haltung Österreichs gebürgt?

Hätte Preußen, wenn es von Italien, das ja gar keinen Grund zu einer Kriegserklärung hatte, angegriffen worden wäre, nicht einen Weg zur Verständigung mit Österreich finden können? Gibt man diese Möglichkeit zu, so hätten wir alle Vorteile, die wir in dem letzten Jahrzehnt zugunsten der Einheit des Vaterlandes errungen hatten, wieder verlieren können.

Wenn man nun all dies erwägt, so hatte die Regierung der Republik die Pflicht, eine Politik zu treiben, die geeignet gewesen wäre, sich die Freundschaft Italiens, die das Kaiserreich verloren hatte, zu erobern. Eine Politik des Friedens, der Achtung, der Brüderlichkeit hätte die Bildung des Dreibundes verhindert, und wir hätten uns tatsächlich dem Bunde der Mittelmeermächte genähert.

Die dritte Republik Frankreichs erstand nach einem nationalen Unglück. Sie war nicht die Folge einer Revolution, noch einer Verschwörung.

Das bei Sedan gefallene Kaiserreich hätte nur schwer wieder auferstehen können. Der einzige, der ihm hätte Leben geben können, war Bismarck, und der wollte nicht.

Die Monarchie von Gottes Gnaden war nicht bereit, den Thron zu besteigen. Die Juli-Monarchie hätte nicht gewagt, die Macht an sich zu reißen, und in jenen Momenten der durch unerwartete Niederlagen hervorgerufenen Mutlosigkeit würde es keiner versucht

haben, eine Dynastie wieder zu erheben, die nichts getan hatte, um sich die Achtung Frankreichs zu verdienen.

Da der Sitz frei war, wurde es den Parisern leicht, die Souveränität des Volkes zu proklamieren. Und das taten sie mit Furchtsamkeit, beinahe als wären sie über das Morgen im ungewissen. Die provisorische Regierung nahm den Titel eines Verteidigers der Nation an, bildete sich als eine Notwendigkeit des Augenblicks, für die Bedürfnisse des Augenblicks, um einen fremden Einfall zurückzuweisen.

Als im Saale der Fünfhundert in Florenz die Nachricht eintraf, daß am 4. September in Paris die Republik proklamiert sei, glaubten diejenigen, die sich der Heldentaten von 1792 erinnerten, daß Frankreich einen neuen Beweis seiner Tatkraft gegeben habe, und daß die Preußen verjagt werden würden.

Die Klügsten überlegten, daß die Zeiten andere seien, daß das Europa von heute nicht das von 1792 sei, daß der Heldenmut heute nicht die Wirkungskraft habe wie in alten Zeiten, und daß die Tapferkeit des Soldaten heute nicht mehr das Schicksal der Schlachten entscheide. Die moderne Waffe ist eine Maschine, die in der Entfernung arbeitet und den Kampf von Mann zu Mann unmöglich macht. Es siegt derjenige, der es verstanden hat, die größere Anzahl Soldaten zu sammeln und sie mit einem Schnellfeuergewehr von großer Tragweite auszurüsten. Auch die Aufstände können heute nicht mehr den früheren Erfolg haben.

Ich bezweifle sehr, daß eine Volkserhebung in Paris möglich gewesen wäre, und daß die Republik infolge

einer Volksbewegung hätte entstehen können. Im allgemeinen sind die Franzosen keine Verschwörer, das habe ich gesehen. Während meines Aufenthaltes in ihrer Hauptstadt habe ich mich davon überzeugt.

Nach den Junitagen von 1848 und nach dem Staatsstreich vom 2. Dezember reinigten zuerst Cavaignac und dann Louis Bonaparte Paris von der ganzen Masse jener Besitzlosen, jener Menschen, die ein fortgesetzt ungewisses Leben führen, die nur auf die Aufhebung der Ordnung spekulieren, die bei allen Volksaufständen die Vorhut bilden und die sich alle politischen Parteien nutzbar machen.

Heute muß Frankreich die Geschichte seiner Vorherrschaft und seines Einflusses diesseits der Alpen vergessen. Es muß erkennen und sich daran gewöhnen, anzuerkennen, daß die italienische Nation der französischen gleichwertig ist, und daß sie, wie die französische sich ihrer Unabhängigkeit erfreuen und sie mit der Zustimmung der Völker gebrauchen will.

Eine Frankreich betreffende Erklärung gab Crispi zum ersten Male in Vertretung des abwesenden Ministers des Äußeren am 25. Juni 1887 von der Ministerbank an die Kammer ab. Die Regierung wurde über ihre genauen Absichten betreffs der Teilnahme Italiens an der Pariser Weltausstellung im Jahre 1889 interpelliert.

Diese Verherrlichung der großen Revolution und daher der Vernichtung der Monarchie in Frankreich, die von den bekannten Schrecknissen begleitet war, konnte den monarchischen Regierungen Europas nicht gefallen, und in der Tat lehnten alle Großmächte, bei England angefangen, die Einladung ab, offiziell an der Pariser Ausstellung teilzunehmen; Rußland erklärte ausdrücklich: „die Unmöglichkeit der Kaiserlichen Regierung, an einer Festlichkeit teilzunehmen, die Grundsätze zu verherrlichen

beabsichtigt, die in direktem Widerspruch zu denjenigen stehen, auf die sich die Herrschaft des Zaren stützt."

Als Crispi die Absicht der italienischen Regierung kundgab, hatten die anderen Regierungen die Einladung schon abgelehnt. Daher konnte er sich auf den Standpunkt stellen, daß wenn Italien annähme, während die anderen Mächte sich zurückhielten, diese Haltung eine politische Bedeutung angenommen haben würde, die er ihr nicht geben wollte. Er gab aber im übrigen warme Freundschaftserklärungen für Frankreich ab, und meinte, daß es sich nicht beklagen könne, wenn Italien nicht an einer Weltausstellung teilnähme, die keine mehr sei.

Die französische Presse wollte jedoch diese Gelegenheit nicht unbenützt vorübergehen lassen, um Crispi antigallischer Vorurteile und passiven Gehorsams gegen Deutschland zu bezichtigen, das seinerseits seine erste Weigerung mit Phrasen umschrieben und versprochen hatte, die deutschen Industriellen zu ermuntern, auszustellen und erst seine Haltung änderte, als bei Gelegenheit der Vorstellung des Lohengrin in Paris antideutsche Demonstrationen stattfanden.

Als Ende September zuerst die französischen Zeitungen mitteilten, daß der Abgeordnete Crispi sich auf der Reise zum Besuche des Fürsten Bismarck befände, schien es, als bereite sich ein Ereignis von außergewöhnlicher Tragweite vor, und diejenigen, die sich vorgenommen hatten, die öffentliche Meinung zu beunruhigen, deuteten kriegerische Absichten gegen Frankreich an, welche in Friedrichsruh konkrete Form annehmen würden. Crispi wurde von seinen öffentlichen und geheimen Gegnern erst als ein Hitzkopf und später sogar als gefährlich hingestellt. Wenn er den gleichen Weg wie seine Vorgänger eingeschlagen hätte, so hätte man ihm vorgeworfen, daß die Politik, welche er als Abgeordneter stets bekämpft hatte, doch nicht so schlecht gewesen sein müßte, wie sie von

ihm, als Minister, für gut und richtig befunden wurde; da er dagegen einen neuen Weg nahm, so sah man geradezu den Weltuntergang voraus.

Bis dahin hatten die italienischen Minister nicht gewagt, die Landesgrenze zu überschreiten, um sich mit ihren fremden Kollegen auszusprechen. Auch Robilant hatte, als ihm vor der Erneuerung des Vertrages der Vorschlag gemacht wurde, sich doch mit Fürst Bismarck zu treffen, geantwortet, „daß er ihm nichts zu sagen habe". Crispi dachte jedoch, daß er dem großen deutschen Kanzler sogar sehr viel zu sagen hätte; er hatte Vertrauen in sich, in die Wirksamkeit seiner persönlichen Tätigkeit und erinnerte sich außerdem, daß es ihm im Jahre 1877 in Gastein gelungen war, den Wert eines Bündnisses mit Italien anerkennen zu lassen, zu einer Zeit, in der ein solches noch in weiter Ferne lag.

Die Einladung kam von seiten des Fürsten. In einem Privatbrief vom 18. September teilte Graf de Launay Crispi mit, daß er am Tage vorher den Besuch des Grafen Herbert Bismarck gehabt hätte, welcher von Friedrichsruh zurückgekehrt war. Der Graf hatte ihm von vielen Dingen gesprochen: von der bulgarischen Frage, von der Lage, in der sich die deutsche Regierung der italienischen, österreichischen und russischen Politik gegenüber befand, von den Punkten, welche bei dem jüngst dem Fürsten vom Grafen Kalnoky in Friedrichsruh abgestatteten Besuch berührt worden waren, und von der Bedeutung, welche die beiden Staatsmänner dem Bündnis mit Italien beimaßen; endlich hatte er ihm noch eine vom Fürsten für ihn persönlich bestimmte Botschaft gebracht. Dieser würde glücklich sein, wenn die Umstände ihm erlaubten, mit seinem italienischen Kollegen in gleicher Weise, wie mit dem Grafen Kalnoky, zusammen zu treffen, welcher sich seit 1881 jedes Jahr zu ihm begäbe. Sein Alter und sein Gesundheitszustand wären ein Hindernis für eine

Reise des Fürsten nach Italien, welcher, da er fürchte, nicht rücksichtsvoll genug zu sein, nicht wage, Crispi zu einer Unterredung einzuladen. Aber in Friedrichsruh, in Varzin oder in Berlin würde er, falls ein glücklicher Zufall ihn in diese Gegend führen sollte, besonders erfreut sein, ihn mit den gleichen Gefühlen der Genugtuung empfangen zu können, wie er sie bei seinem liebenswürdigen Besuche in Gastein im Jahre 1877 empfunden hatte. Es stände Crispi zu, sich über die Nützlichkeit eines solchen Besuches zu äußern und wenn persönliche oder politische Beweggründe dagegen sprechen sollten oder ein Hinausschieben desselben ratsam erscheinen ließen, so würde niemand ihm daraus einen Vorwurf machen. Crispi antwortete darauf dem Grafen de Launay, daß eine Zusammenkunft mit Fürst Bismarck sein lebhaftester Wunsch sei. Er würde vorgezogen haben, solch einer Begegnung den Anschein der Zufälligkeit zu geben; da aber der Fürst aus Zartgefühl seinem italienischen Kollegen die Wahl des Ortes überlassen hätte, so wäre es ihm tatsächlich angenehmer, wenn die Zusammenkunft in Friedrichsruh stattfände, wo vor einigen Tagen der österreich-ungarische Minister gewesen sei.

Crispi, dem der Mut zur Freundschaft nicht fehlte, entschloß sich sofort und da er sich in den ersten Oktobertagen in Rom befinden mußte, benutzte er die letzten Tage des Septembers, um sich nach Deutschland zu begeben. Er selbst erzählt in den folgenden Seiten von seiner Reise und von seinen mit Bismarck gehabten Unterredungen. Bevor er jedoch seine Reise am 23. September antrat, fand zwischen König Humbert, Crispi und dem deutschen Reichskanzler folgender Höflichkeitsaustausch statt:

Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck.

„Ich bin überaus glücklich Ew. Durchlaucht meine Glückwünsche zur 25 jährigen Feier ihrer Amtsernennung aus-

drücken zu können, in welcher Zeit Sie so große und glorreiche Dienste dem Kaiser, meinem verehrten Freunde, und dem Lande, das unser treuer Verbündeter ist, leisteten. Daß Gott Ew. Durchlaucht noch viele Jahre zur Größe Deutschlands, zum Frieden Europas und meiner Freundschaft und Bewunderung erhalten möge. Diese Gefühle teilt ganz Italien mit mir."

Humbert.

An Se. Majestät den König.

„Ich bitte Ew. Majestät meinen untertänigsten Dank für die huldreichen Glückwünsche, welche Ew. Majestät anläßlich meines Jubiläums an mich zu richten geruht haben, entgegennehmen zu wollen. Ich bin beglückt über den erhabenen Beifall, den Ew. Majestät meinem Fleiße zollen, den ich zur Verwirklichung der Absichten des Kaisers, meines Herrn, aufwende, indem ich die Politik Sr. Majestät auf dem von dem Bündnisse vorgezeichneten Wege unter der Bürgschaft einer segensreichen Freundschaft fortführe, welche die Herrscher, die Fürstenhäuser sowie die Völker Italiens und Deutschlands miteinander verknüpft. v. Bismarck.

Se. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck.

An diesem 25. Jahrestage, an dem ein erlauchteter Herrscher Sie zu seinen Beratungen rief, schweifen meine Gedanken zu jenen großen Taten zurück, die Sie vollendet haben. Das deutsche Vaterland unter einem glorreichen Szepter geeint, das deutsche Kaiserreich auf seinen Trümmern wieder aufgebaut und es seit 16 Jahren seinem Ziele, dem Frieden und der Erhaltung zugeführt zu haben, das sind die Ruhmestitel, die Sie der Dankbarkeit des deutschen Volkes und der Bewunderung, der Vorläufer kommender Generationen, der Übermittler der Geschichte, Ihrer Zeitgenossen, versichert. Nirgends weiß man besser als in Italien die Größe Ihrer Taten zu schätzen; wenige Jahre haben genügt, aus zwei in sich zerrissenen Völkern zwei große Staaten, die würdig sind, sich gegenseitig zu verstehen, zu schaffen.

Ew. Durchlaucht kennen meine persönlichen Gefühle: Wollen Sie deren Ausdruck an diesem Tage noch einmal genehmigen. Crispi.

Sr. Exzellenz Herrn Crispi.

„Von ganzem Herzen danke ich Ew. Exzellenz für die freundlichen Worte, die Sie mir telegraphisch haben zukommen lassen. Die Ähnlichkeit unserer geschichtlichen Vergangenheit, unserer nationalen Wünsche und der Gefahren, welche uns drohen können, hat zwischen unseren beiden Ländern jene Interessengemeinschaft geschaffen, die sie für ein natürliches und beständiges Bündnis vorher bestimmt hatte.

Ich bin glücklich, berufen zu sein, mit Ew. Exzellenz an der hohen Aufgabe zu arbeiten, unsere Politik in der Freundschaft unserer Herrscher und in den Friedensbestrebungen, die die Absichten Ihrer Majestäten leiten, zu befestigen und uns gegenseitig moralischen und materiellen Beistand zu leisten gegen jeden Angriff auf die Unabhängigkeit der beiden Verbündeten.

Die Kraft der Gefühle Ew. Exzellenz und der nationalen Erinnerungen, die sowohl das italienische als auch das deutsche Volk beseelen, geben uns das Vertrauen, daß diese Politik von Erfolg gekrönt sein muß. v. Bismarck."

Rom, den 27. September 1887.

9 Uhr 50 Min. abends Abreise von Rom.

28. September.

Ankunft in Mailand 1 Uhr nachmittags. Um 5 Uhr in Monza. Auf dem Bahnhof empfängt mich General Pasi.

Um ½6 Uhr bin ich beim König, mit dem ich mich bis 7 Uhr unterhalte. Um ½8 Uhr Diner, Rückkehr nach Mailand.

29. September.

Rattazzi schreibt mir, daß der König nach Mailand kommen und mich um ½6 Uhr nachmittags empfangen wird.

½6 Uhr. Ich bin beim König. Um ½9 Uhr Abreise.

30. September.

Um ½7 Uhr in Frankfurt. Wir steigen im Frankfurter Hof ab, wo wir verschiedene Telegramme vorfinden.

1. Oktober.

½9 Uhr vormittags Abreise nach Friedrichsruh. Kurz vor dem Ziel, in Büchen, trifft Graf Herbert Bismarck mit uns zusammen. Um 9 Uhr 15 Min. sind wir in Friedrichsruh. Der Graf macht mich aufmerksam: „Mon père.“ Der Fürst ist zu meinem Empfange am Bahnhof und nähert sich dem Waggon, um mir beim Aussteigen behilflich zu sein.

Er nötigt mich in seinen Wagen und führt mich zu seinem nur wenige Schritte entfernten Haus. Ich werde von der Fürstin empfangen, die sich meiner erinnert. Ich stelle meine Sekretäre vor: meinen Neffen Palamenghi-Crispi, Pisani-Dossi und Mayor.

Zusammensein im kleinen Kreise. Ankunft Dr. Schweningers. Man begibt sich zur Ruhe.

2. Oktober.

Ich stehe ½7 Uhr früh auf. Um 11 Uhr besucht mich der Fürst auf meinem Zimmer. Er entschuldigt sich, so spät aufgestanden zu sein, aber er müsse seinem Arzt gehorchen. Er wird nur noch die Post öffnen und dann, in einer Viertelstunde, frei sein. Ich möge in sein Kabinett hinunterkommen. Bald darauf benachrichtigt, begebe ich mich ins Erdgeschoß. Ich durchschreite einige Zimmer, die in einer Flucht liegen. An der Eingangshalle angelangt, finde ich zur Rechten einen kleinen Saal, von dem aus einige Stufen in die

Arbeitsräume des Reichskanzlers führen. Im dritten Zimmer befindet sich das Arbeitskabinett, dessen Einrichtung sehr einfach ist.

Der Fürst sitzt an seinem Schreibtisch; so wie er mich sieht, steht er auf, und wir setzen uns einander gegenüber.

Der Fürst entwirft ein allgemeines Bild der auswärtigen Politik in ihren Beziehungen zu Deutschland.

Er will den Frieden und stellt mit Bedauern fest, daß zwei Mächte, Rußland und Frankreich, ihn stören wollen. Er fürchtet sie jedoch nicht, denn der Dreibund ist eine feste Gewähr für die Erhaltung des Friedens.

Er hat alles Mögliche versucht, sich Rußland zum Freunde zu machen, aber es ist ihm nicht gelungen. Im Jahre 1878 nahm er die Last des Berliner Kongresses auf sich, um den Zaren die Folgen des Krieges weniger schmerzlich empfinden zu lassen. Gebeten, die Initiative zu ergreifen, lehnte er ab. Aber als dann Schuwalow sich im Namen des Kaisers an ihn wandte, willigte er ein. Was war der Lohn dafür? Rußland legte 200 000 Mann an die deutsche Grenze.

Er wiederholt, daß er den Frieden wünsche, daß er aber, wenn er ihn auch beklage, den Krieg nicht fürchte. Deutschland kann sofort 1½ Millionen Soldaten unter Waffen stellen und, von harter Not bedrängt, wenn es alle wehrfähigen Männer aushebt, sogar 3 Millionen. Für 3 Millionen Mann sind Uniformen, Waffen und alles das vorhanden, was nötig ist, um mehrere Heere gleichzeitig auf das Schlachtfeld zu führen. Deutschland fürchtet nicht den Angriff, da es eine Million Mann im Süden und eine im Norden aufstellen kann.

Für das übrige werden die Verbündeten sorgen.

Rußland ist seiner Truppen nicht sicher. Das Heer, Offiziere und Soldaten, sind von revolutionären Elementen durchsetzt. Das große Reich scheint unverwundbar, ist es aber nicht. Polen ist ein schwacher Punkt Rußlands, und Österreich ist in Polen beliebt. Wenn man den Polen nur ein wenig hälfe, sich zu erheben, könnten sie ihr Joch abschütteln und unter einem österreichischen Erzherzoge einen selbständigen Staat bilden.

Alexander III. will keinen Krieg. Sollte er ihn jedoch beginnen, so würde es nicht vorteilhaft für ihn sein, nach Bulgarien zu gehen. Siebenbürgen ist nicht weit, und Österreich würde es leicht haben, die Russen zu überfallen.

Fürst Bismarck meint, es mache wenig aus, ob die Russen nach Konstantinopel gingen. Rußland würde sich mit dieser Eroberung schwächen. Die Lösung der bulgarischen Frage kümmert ihn wenig, und wenn jemals ein Krieg aus derselben entstände, würde er daran nicht teilnehmen, solange Frankreich ruhig bliebe. Nur die Haltung Frankreichs könnte ihn bewegen, zu den Waffen zu greifen.

Er rechnet sehr auf den Dreibund und vertraut den beiden befreundeten Mächten. Er zweifelt nicht an der Aufrichtigkeit Österreichs.

Das Bündnis mit Deutschland und Italien ist in Österreich allgemein beliebt. Ein Bündnis mit Rußland wäre es nicht. G e g e n Rußland wäre ein Krieg populär, m i t Rußland als Verbündetem unmöglich.

Ich antwortete, indem ich die Verhältnisse, in denen

sich Italien befindet, darlegte. Unser Heer, wenn es auch nicht eine Million Mann erreicht, ist dennoch stark genug, die mit den beiden Verbündeten eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Im April könnten wir, ohne die Reserven und den Landsturm zu berechnen, ein erstes Aufgebot von einer halben Million stellen.

Unser Land ist ruhig, wir fürchten die Umsturzparteien nicht. Die Internationalisten sind bei uns nur wenige und werden niemals zu Tätlichkeiten schreiten. Bei einem feindlichen Überfalle würden alle sozialen Klassen sich an der Verteidigung des Vaterlandes beteiligen, bei Feldzügen im Auslande könnten wir alle unsere Kräfte aufbieten, da wir im Inland keinen Aufstand zu befürchten haben. Wir können aber nicht behaupten, in der orientalischen Frage uninteressiert zu sein. Wir dürfen nicht zugeben, daß Rußland nach Konstantinopel geht. Rußland wäre dort Herr des Mittelmeeres und könnte leicht die Seetüchtigkeit des griechischen Volkes, mit dem es sich durch religiöse Bande verknüpft fühlt, ausnützen.

Ich glaube nicht, daß es Rußland schwächen würde, Konstantinopel zu nehmen. Seiner erweiterten Macht in Europa würde es durch den Besitz Konstantinopels eine Basis schaffen, welche dem großen Reiche die Herrschaft über Orient und Europa sichern würde. Um zu verhindern, daß dies eintritt, verfolgt Italien seine traditionelle Politik. 1854 beteiligte sich Cavour darum an dem Krimkrieg, indem er sich Frankreich und England anschloß. Auch heute könnte Italien nicht anders handeln.

Wir kennen die Gefahren, die Europa bedrohen. Um sie abzuwehren, widersetzen wir uns allem, was seitens Rußlands oder der Türkei den Krieg herbeiführen könnte.

Uns geht es wenig an, ob in Bulgarien Alexander von Battenberg oder Ferdinand von Koburg regiert. Wir haben nur daran Interesse, daß dort der Frieden nicht gestört werde, und er würde gestört, wenn die Großmächte Rußlands Vorschlag annähmen, das, was heute tatsächlich in Bulgarien besteht, durch die Einsetzung eines fürstlichen Statthalters zu vernichten. König Ferdinand würde nicht freiwillig gehen, und auch wenn er ginge, würden sich die Bulgaren selbst mit den Waffen dem russischen Statthalter und dem türkischen Kommissar widersetzen.

Ich mache mir keine Illusionen über die Lage der Türkei. Dieses Reich ist in Auflösung begriffen und von einem Augenblick zum andern kann seine Aufteilung beginnen. In den neun Jahren, die dem Berliner Vertrage folgten, hat der Sultan nichts getan, um die Verwaltung zu reorganisieren. Es ist überhaupt ein Wunder, daß er sich noch hält, da seiner Regierung das zum Lebensunterhalt des Staates wichtigste, nämlich die Finanzen, fehlen. Der Artikel 23 des Berliner Vertrages gebot ihm, seinen Provinzen Verordnungen, ähnlich denen von Kreta, zu geben. Der Sultan hat nichts getan, und die Mächte haben ihn nicht zur Erfüllung seiner Pflichten angehalten.

Die gegenwärtige Unordnung in der Türkei kann Rußland nützen, wenn es, bereit, den letzten Schlag zu erteilen, zugreift. Dies aber kann den Großmächten

nicht passen, die keinesfalls erlauben dürfen, daß Rußland sich der Türkei bemächtigte.

Bei solchem Stande der Dinge ist das Dilemma, das sich uns bietet, folgendes: uns zu vereinigen, um die Regierung der Türkei neu zu organisieren, um wenn es nottut, sie zu verteidigen, mit einem Worte, um zu verhindern, daß sie sich zugrunde richtet, oder um die Grundlage zu schaffen, auf der eine oder mehrere Regierungen sich der türkischen substituieren könnten.

Im zweiten Falle sehe ich nichts Besseres, als die verschiedenen Länder, wie Mazedonien, Albanien, Alt-Serbien usw., mit Wahrung ihrer Selbständigkeit in derselben Weise zusammenzufügen wie Rumänien, Bulgarien und die anderen Balkanstaaten.

Der Grundsatz der Autonomie ist in Wien angenommen worden. Aus den Depeschen meines Botschafters in jener Stadt geht hervor, daß Graf Kalnoky die lokalen Autonomien auf der Balkanhalbinsel geachtet wünscht. Ich weiß nicht, wie der Graf glaubt, seine Gedanken verwirklichen zu können. Aber mir genügt, festzustellen, daß wir im Prinzip übereinstimmen.

Der Fürst fiel hier ein, indem er zum Ausdruck brachte, wie sehr der Zusammenschluß der drei Mächte ihn befriedige, und wie sehr er wünsche, daß dieselben, fest vereint, ihre Autorität geltend machten.

Dann fuhr er fort: In Bulgarien sei nichts zu machen. Es wäre besser gewesen, wenn Fürst Alexander dort geblieben wäre. Er war aber unklug und beschleunigte das Ende dadurch, daß er den Berliner Vertrag verletzte. Er tat sogar noch mehr: er beleidigte das empfindliche Eng-

land mit seinen Heiratsplänen. Wie dem auch sei, er ist nicht mehr der Fürst. Rußland besteht auf seinen Vorschlägen, Bismarck wird sie unterstützen, wenn die Türkei sie zu den ihren machen wird. Er ist jedoch der Meinung, daß sie nichts nützen werden. Die italienische Regierung soll in der Orientfrage freie Hand behalten. Deutschland wird immer mit Italien in allen Dingen übereinstimmen, die zur Aufrechterhaltung des Friedens dienen können. Wenn der Friede im Orient gestört werden sollte, so würde Deutschland die Nachhut seiner Verbündeten bilden.

„Was die Dinge im Orient betrifft," meinte der Fürst, „so verständigen Sie sich mit dem Grafen Kalnoky, erwägen Sie mit ihm, beschließen Sie mit ihm; alles auf den Orient bezügliche kann Gegenstand eines besonderen Vertrages werden."

Als ich wieder das Wort ergriff, fügte ich hinzu, daß die Erhaltung des Friedens mein Wunsch und meine Absicht sei. Über die außergewöhnlichen Verhältnisse, in denen wir uns in Massaua befinden, drückte ich ihm mein Bedauern aus.

„Jene Okkupation ist nicht mein Werk" sagte ich, „ich fand sie vor. Es ist jedoch meine Pflicht und die Pflicht der italienischen Regierung, die erlittene Beleidigung wettzumachen, und es wird einen Krieg geben, der zwar von geringer Wichtigkeit sein wird, zu dem wir aber verpflichtet sind, und den ich für notwendig halte.

„Ich will hoffen, daß Frankreich sich ruhig verhalten wird, aber es ist zu beachten, daß unsere Verträge vom Mai 1882 und vom Februar 1887 unvollständig sind.

Man sah die Möglichkeit der gegenseitigen Unterstützung der beiden Mächte im Kriegsfalle voraus, aber man hat nicht daran gedacht, eine Militärkonvention abzuschließen, die unbedingt nötig ist.

Niemand kann wissen, wann und wie der Krieg ausbrechen wird. Er kann plötzlich zur Tatsache werden. Aber wir wollen ihn nicht erst abwarten, sondern uns vorher über die Aufgaben einigen, die einem jeden von uns, bei der gemeinsamen Verteidigung, zufallen werden. Es ist notwendig, so schnell wie möglich einen Verteidigungs- und Angriffsplan aufzustellen, der alle Möglichkeiten in Betracht zieht, damit, wenn der Krieg einmal ausbricht, jeder von uns weiß, was er zu tun hat.

Mit einem Wort, ein militärisches Abkommen ist die notwendige Ergänzung unserer Verträge.

Der Fürst antwortete, daß er meinen Vorschlag für vernünftig halte, und daß er ihn annähme. Es sei jedoch notwendig, daß er darüber mit dem Kaiser spräche und die Befehle Se. Majestät entgegennähme. Der Kaiser sei das Oberhaupt des Heeres.

Ich erwiderte, daß, wenn mein Vorschlag im Prinzip angenommen sei, ich nichts anderes hinzuzufügen hätte als den Wunsch, dasselbe mit Österreich zu erreichen.

„Österreich", fügte ich hinzu, „ist das, was es ist, ein vielsprachiges Reich, aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt. Ich achte es, weil ich die Verträge achte und achten muß. Österreichs Bestehen ist notwendig für das Gleichgewicht Europas. Ich erkenne dies an, und Italien wird dem Nachbarreiche ein treuer Verbündeter sein.

„Mir liegt daran, dies auszusprechen, weil ich Österreichs Feind war und gegen Österreich konspiriert habe, solange es italienische Provinzen besaß. Ich bin mit meinen Erklärungen aufrichtig, und ich muß Sie bitten, beim Kabinett in Wien in einer Frage einzugreifen, deren Lösung uns alle, Österreich ebenso wie uns, interessiert.

„Im österreichischen Staate lebt eine in jeder Beziehung wichtige zahlreiche italienische Bevölkerung, die in günstiger Stimmung zu erhalten, der österreichischen Regierung nützlich ist.

„Ich verlange keine Privilegien für die Italiener. Ich verlange, daß sie wie die anderen Nationalitäten des Kaiserreiches behandelt werden. Die österreichische Regierung gewinnt dabei, weil sie jeden Grund zur Klage hinwegräumen und sich uns zu Freunden machen würde.

„Ew. Durchlaucht können den Schaden kaum ermessen, der aus der schlechten Behandlung, die den Italienern in den österreichischen Provinzen zuteil wird, erwächst, und in welche Verlegenheit Österreich die italienische Regierung durch dieselbe setzt. Jedesmal, wenn in Italien Nachrichten über Vergewaltigungen der in Österreich lebenden Italiener bekannt werden, erwacht in Italien das Nationalgefühl, und die politischen Parteien machen sich den Vorwand nutzbar, um die öffentliche Ruhe zu stören.

„Österreich kann nur leben und mächtig sein, wenn es die verschiedenen Nationalitäten respektiert.“

Der Fürst dankte mir für diese Erklärung und versprach, Kalnoky ein Wort darüber zukommen zu lassen.

Danach erachtete ich es noch für nötig, eine andere Frage zu berühren, die nur Italien und Deutschland angeht: die Ausübung der bürgerlichen Rechte der Italiener in Deutschland und die der Deutschen in Italien auf der Basis vollkommener Gleichheit. Ich bat ihn, die Ausführung dieses Entwurfes zu beschleunigen.

Der Fürst erinnerte sich seines diesbezüglichen Versprechens, das er mir durch die deutsche Botschaft in Rom hatte übermitteln lassen, und erklärte, daß die Sache im Gange und ihr Zustandekommen sicher sei. Man arbeite in Deutschland an einem Bürgerlichen Gesetzbuche für das ganze Kaiserreich, um die große Zahl der in Kraft befindlichen Gesetzbücher aufzuheben. Man müsse die Justizminister der verschiedenen Staaten hören; dazu werde Zeit gebraucht, aber man werde sich beeilen.

Es war jetzt ½1 Uhr mittags. Der Fürst bat mich, die Unterredung, die wir nach dem Frühstück wieder aufnehmen würden, zu unterbrechen, um einen Spaziergang im Parke zu machen. Er, Herbert und ich, jeder auf seinen Stock gestützt — er hatte mir einen von den seinen gegeben, die im Vorzimmer standen —, verfolgten einen Fußweg, der links vom Hause begann. Wir wanderten länger als eine halbe Stunde. Von Zeit zu Zeit unterbrach der Fürst das politische Gespräch, um mich auf irgendeine charakteristische Einzelheit der Umgegend aufmerksam zu machen.

Der Fürst fragte mich nach Cucchi, der 1870 während des Krieges vom Komitee der Linken zum deutschen Hauptquartier gesandt war. Er ließ ihn durch mich

grüßen. Die Erwähnung Cucchis gab Gelegenheit, auf den Ursprung unserer früheren Beziehungen zu kommen, auf den Krieg 1870, auf die Reise Herrn von Holstein's nach Florenz, auf die Hilfe, die Preußen dadurch geleistet wurde, daß die Sendung italienischer Truppen nach Frankreich verhindert worden war.

Wir beschleunigten unsere Schritte. Bei der Erinnerung an 1870 kam die Rede natürlich auf Frankreich. Ich lenkte seine Aufmerksamkeit auf die Deutung, die der „Matin" seinerzeit meiner Reise nach Friedrichsruh gegeben hatte. Der „Matin" hatte geschrieben, der Zweck meines Besuches sei die Versöhnung mit dem Papste.

Darauf der Fürst: „Das ist gerade das einzige, worüber wir nicht gesprochen haben. Die Franzosen suchen den Mittag am Abend."

Ich: „Übrigens ist auch keinerlei Grund dazu vorhanden."

Er: „Die Versöhnung mit dem Papste ist eine Frage, die uns nicht interessiert, und mit der wir uns nicht zu beschäftigen brauchen. Ich kann ihnen sogar sagen, daß kein Kardinal jemals mit mir über die Wiederherstellung der weltlichen Macht gesprochen hat, da alle wohl nur zu gut meine Antwort voraussahen."

Als Neuigkeit von rein zeitgeschichtlichem Interesse sprach ich ihm dann vom Pater Tosti und dessen Broschüre, von den Absichten des Papstes, seinen Widersprüchen, dem Brief Leo XIII. und jenem Rampollas, die genügten, um mich jeder Höflichkeit, die man inner-

halb der Grenzen der Garantiegesetze hätte von uns verlangen können, zu entheben.

Wenige Minuten vor 1 Uhr waren wir bereits wieder zu Hause und begaben uns zum Frühstück.

Nach dem Essen versammelt sich der Kreis in einem der neben dem Eßsaal gelegenen Gemächer. Es steht dort ein großer Nußbaumschrank mit Schreibpapier, Federn usw. gefüllt, den irgendein Fabrikant von Schreibmaterialien dem Fürsten zu einem Geburtstag geschenkt hat. „Darin ist mehr als ein Doppelzentner Papier," sagt lachend die Fürstin.

Sie überreichte mir alsdann ein Album — ein wirkliches „Album", d. h. ein Buch, das noch ganz weiß war, und bittet mich, als erster etwas hineinzuschreiben. Ich schreibe: „Dem Heim der Vaterlandsliebe, in dem man über den Frieden Europas wacht, dies zu meinem Andenken. 2. Oktober 1887. F. Crispi." Der Gedanke wird beifällig aufgenommen. Feierlich ruft der Fürst aus: „Ew. Exzellenz haben meine Absichten richtig aufgefaßt. Ich arbeite für die Erhaltung des Friedens und lebe für nichts anderes .... Wir haben genug für den Krieg getan, wirken wir jetzt für den Frieden und wirken wir vereint."

Ungefähr um ¼4 Uhr fordert mich der Fürst zu einer Wagenfahrt durch den Park auf. Ich stimme zu.

Aus Furcht, mein Mantel könne zu leicht sein, hängt mir die Fürstin den großen Militärmantel ihres Mannes über die Schultern.

Man durchstreift den Wald nach allen Seiten, eine

Zeitlang regnet es leicht. Dann teilen sich die Wolken für einen Augenblick, um sich aber gleich wieder von neuem anzusammeln und zu verdichten, so sehr, daß das Verdeck des Wagens hochgeschlagen werden muß. Endlich hat der Himmel Erbarmen und zeigt wieder ein Stückchen von seinem Blau.

Gegen ½5 Uhr sind wir wieder zu Hause. Während der zweistündigen Fahrt haben wir das Gespräch vom Morgen wieder aufgenommen und sind zu einem Entschluß gelangt. Die Militärkonvention wird abgeschlossen werden. Nach Entgegennahme der kaiserlichen Befehle wird der Fürst uns einen Brief schreiben mit dem Vorschlag, zu unterhandeln, und wir werden zustimmend antworten.

Um 6 Uhr wird zu Tisch gebeten. Am Diner nahmen meine Sekretäre, die beiden Kanzleiräte, Herbert, der Arzt des Fürsten, die Fürstin, der Fürst und ich teil.

Nach Beendigung der Mahlzeit gehen wir in den Salon. Fürst Bismarck macht es sich in seinem Lehnstuhl bequem und raucht seine Pfeife. Ich frage ihn, wann die Verhandlungen eingeleitet werden könnten. Der Fürst erkundigt sich bei seinem Sohne, wann der Kaiser zurückkehren wird. „Nach dem 20. Oktober," meint Graf Herbert, und der Fürst fügt hinzu: „Sobald der Kaiser in Berlin eingetroffen sein wird, werde ich einen formellen Vorschlag überreichen."

Die Unterhaltung berührte verschiedene Themata: den Krieg von 1859, die Gestaltung des Königreichs Italien. Bismarck meinte, daß Napoleon III. zwar ein Herz besessen, daß es ihm jedoch an Verstand gemangelt habe. Er erzählte, Napoleon habe ihm schon 1857 seinen

Entschluß, mit Österreich Krieg zu führen, anvertraut und ihn beauftragt, den König von Preußen zu bewegen, sein Verbündeter zu sein. Zur Belohnung habe er Hannover oder irgendeinen anderen deutschen Landesteil versprochen. Bismarck habe ihm erwidert, daß die Übermittelung dieses Planes ein Fehler wäre, da sein König nicht versäumen würde, ihn Österreich mitzuteilen.

3. Oktober.

Um 6 Uhr morgens erhebe ich mich. Gegen 7 Uhr sucht mich Graf de Launay, der italienische Botschafter in Berlin auf, den ich über die mit dem Fürsten besprochenen Dinge unterrichte. Er drückt mir seine Genugtuung über das, was ich ihm mitteile, aus.

Eine halbe Stunde später meldet man mir den Fürsten. Ich setze ihn vom Stande der Marokkoangelegenheit in Kenntnis und erkläre ihm, wie sich Italien im Todesfalle des Sultans verhalten würde, damit nicht ein Günstling Frankreichs auf den Sheriffenthron gelange, und damit Frankreich dies Ereignis nicht zum Vorwand nehmen könne, um seine Grenzen nach Marokko hin zu erweitern.

Um 8 Uhr rüsten wir zur Abreise. Fürst und Fürstin begleiten mich bis zum Bahnhof. Während wir die letzten Grüße austauschen und der Zug sich in Bewegung setzt, sagt Bismarck: „Wir sind uns in allem einig . . . . wir können befriedigt sein . . . wir haben Europa einen Dienst erwiesen.“

Um 11 Uhr Ankunft in Hannover, wo der vom Reichskanzler benachrichtigte Herr v. Bennigsen, Führer der nationalliberalen Partei, unserer wartet. Wir frühstücken zusammen, dann fahren wir weiter.

Um ½9 Uhr abends sind wir in Frankfurt a. M., wo wir übernachten.

4. Oktober.

Heute vollende ich mein 67. Lebensjahr. Beim Erwachen überreicht mir einer meiner Sekretäre folgendes Telegramm:

„Agréez, cher Collègue, de ma part et de celle de ma femme nos félicitations les plus empressées à l'occasion de l'anniversaire de votre jour de naissance et les voeux que nous formons pour votre santé et pour vos succès au service de la patrie. v. Bismarck.“

Um 1 Uhr nachmittags sitzen wir wieder im Zuge, um mit der Gotthardbahn nach Italien zurückzukehren.

5. Oktober.

Um 7 Uhr früh bin ich in Monza. Unterredung mit dem König. Um 1 Uhr weiter nach Mailand. Ich bleibe die Nacht über dort.

6. Oktober.

10 Uhr vormittags. Der italienische Botschafter in Wien, Graf Nigra, besucht mich. Die Unterredung dauert bis ½12 Uhr. Graf Nigra teilt mir einen Vorschlag des Baron Calice, des österreichischen Botschafters in Konstantinopel, mit, der die Grundlagen eines italienisch-österreichisch-englischen Abkommens über die Orientfrage betrifft.

1. Erhaltung des Friedens, 2. status quo, gestützt auf die Verträge, 3. lokale Autonomien, 4. Unabhängigkeit der Türkei, der Meerengen usw. von jedem bedeutsameren fremden Einfluß, 5. die Pforte kann nicht zugunsten anderer Mächte auf ihre Rechte in Bulgarien

verzichten, 6. Vereinbarung mit der Türkei, um alles obige zu gewährleisten, 7. im Falle eines türkischen Widerstandes oder unrechtmäßiger Forderungen Rußlands würden die drei Mächte sich über die zu gewährleistende Unterstützung gegenseitig verständigen, 8. im Falle des Einverständnisses oder der Passivität der Türkei würden sich die drei Mächte bezüglich der Besetzungen gewisser strategischer Punkte zur Erhaltung des Gleichgewichtes verständigen.

8 Uhr 15 Min. abends Abreise nach Rom.

Der Besuch Crispis beim Fürsten Bismarck wurde von den französischen Zeitungen unhöflich gedeutet. Ihr Urteil fand in den radikalen Blättern Italiens ein Echo, aber die öffentliche Meinung des Landes erkannte in ihrer großen Mehrheit doch die Tragweite der Zusammenkunft und freute sich über die Sympathiekundgebungen der gesamten deutschen Presse. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlichte einen bemerkenswerten Artikel, in dem sie, unter Hinweis auf die Gleichartigkeit der politischen Schicksale und die Gemeinsamkeit der Interessen der beiden Länder, die durch die nationale Idee geeint, fest miteinander verbunden sind, die Wichtigkeit der Friedrichsruher Begegnung hervorhob als ein neues Pfand friedlicher Bestrebungen. Die „Nationalzeitung" bemerkte, daß durch die Betonung des Einverständnisses Italiens mit den Zentralmächten die friedlichen Elemente in Frankreich und Rußland gekräftigt würden. Selbst die klerikale „Germania" sagte, daß, da Italien nun einmal bestände und Crispi seine Politik leite, es immerhin gut wäre, Italien ginge mit denjenigen Mächten, die sich um die Erhaltung des Friedens bemühten.

Am 25. Oktober wurde auf Veranlassung der Ab-

geordneten Giolitti, Roux und einiger anderer, denen sich außerdem die hervorragendsten Persönlichkeiten Piemonts anschlossen, Crispi in Turin ein Bankett gegeben. Das Ministerium erschien fast vollständig, ebenso ein großer Teil der Mitglieder der beiden Kammern. Bei dieser Gelegenheit, die denkwürdig auch wegen des herzlichen und festlichen Empfanges bleiben wird, den Piemont dem ersten mit der Leitung der italienischen Regierung betrauten Süditaliener bereitete, gab Crispi wichtige Erklärungen über die äußere Politik ab, die er zu verfolgen gedachte. Dieselben seien hier wiedergegeben.

„. . . . und so komme ich denn auf die Politik zu sprechen, die aufrechtzuerhalten und zu stärken unser Ziel ist. Ein empfindliches, heikles Thema, weil die äußere Politik geschickter Handlungen, aber weniger Worte benötigt. Sie erwarten von mir, daß ich Ihnen in dieser Frage mein Herz öffne. Ich werde gemäß den Regeln der modernen Diplomatie, welche die alten Künste der Täuschung und der Lüge verachtet, klar und aufrichtig sprechen,

„Der Friede ist das hohe, gemeinsame Ziel, das wir erstreben! Der Friede, der für unsere fortschreitende, innere Entwicklung, für die Ausführung der ersehnten Reformen zur nutzbringenden und fruchtbaren Anlage unserer Einkünfte, für die Erfüllung der Bestrebungen zur Wohlfahrt des Volkes, deren so große Teile Italiens noch bedürfen, notwendig ist. Aber auf welche Weise versuchen wir, diesen Frieden zu sichern?

„Wir sind mit allen Mächten befreundet und bestrebt, mit allen die besten Beziehungen zu unterhalten.

„Mit einigen sind unsere Beziehungen besonders herzlicher Art.

„Aber wenn wir auf dem Festlande mit den Zentralmächten verbündet sind, wenn wir auf dem Meere im Einverständnis mit England vorgehen, so verfolgen wir dennoch keine Ziele, durch die sich andere Mächte bedroht fühlen könnten. Meine kürzlich unternommene Reise nach Deutschland hat die öffentliche Meinung in Frankreich beunruhigt. Glücklicherweise ändert dies nichts an dem Vertrauen der französischen Regierung, welche die Aufrichtigkeit meiner Absichten kennt und weiß, daß ich nichts gegen dies Nachbarvolk unternehmen würde, mit dem Italien durch Rassenverwandtschaft und überlieferte Kultur verbunden ist. Ich lebte zwei Jahre lang in Frankreich, von 1856 bis 1858, und die Söhne dieser edlen Nation, mit denen ich befreundet war, und denen ich mein Herz erschloß, wissen wohl, wie sehr ich ihr Land liebe, und wie niemals von mir aus irgendeine Herausforderung oder eine Beleidigung erfolgen wird. Sie wissen, daß mein glücklichster Tag der wäre, an dem ich dazu beitragen könnte, den Frieden in jedes französische Herz zu tragen.

„Einen Krieg zwischen den beiden Ländern wird niemand wünschen noch wollen, weil Sieg oder Niederlage gleich verhängnisvoll für die Freiheit der beiden Völker wäre und dem europäischen Gleichgewicht Schaden bringen würde. Aus welchen Überzeugungen und Erwägungen heraus wirken wir für die Erhaltung des Friedens?

„Unser Bündnissystem hat daher als Zweck die Vorbeugung, nicht aber die Herausforderung: die Ordnung, nicht die Zerstörung. Dieses gereicht Italien zum Nutzen und ebenso den allgemeinen Interessen aller Staaten.

„Aber wir sind nicht die einzigen in Europa, die den Fortschritt in der Erhaltung des Bestehenden, die Möglichkeit emsiger Arbeit im Frieden erreichen wollen.

„Ein Name beherrscht die Zeitepoche, in der wir leben: der eines Staatsmannes, für den ich seit langem eine große Bewunderung hege, und an den mich seit ebenso langer Zeit persönliche Bande fesseln; dessen Regierungsprogramm sich durch die wunderbare Anordnung der verschiedensten Mittel zur Erreichung eines einzigen Zieles auszeichnet. Dieses scheinbar doppelte Ziel, der Friede und die Größe seines Vaterlandes, ist im Grunde nur eins. Dieser Mann hat dreißig Jahre lang gearbeitet, um dieses Ziel zu erreichen und, als er es erreicht hatte, um es zu behaupten. Diesen Mann, der wußte, was er wollte und der, was er wollte, mit der ganzen Kraft seines Willens wollte, Sie alle haben ihn genannt. Alle kennen ihn als einen großen Patrioten, und ich möchte hinzufügen, daß er ein alter Freund Italiens ist. Ein Freund von Anfang an, ein Freund aus den Tagen des Unglücks und der Knechtschaft, denn seit 1857 war er eingeweiht in das, was unter so großen Schwierigkeiten die Politik des Grafen Cavour zur Reife brachte. Er schwieg und gebot denen, die hätten sprechen können, Schweigen, weil er wußte, welchen Widerspruch zu lautes Reden hervorgerufen haben würde, und welche Vorteile seinem Lande von der Erfüllung der Geschicke Italiens erwachsen würden. Denn gleichzeitig mit der Einigung Italiens bereitete sich die Einigung Deutschlands vor. — Ich will mich nicht über die kürzlich mit ihm gehabten Unterredungen verbreiten. Ich will nur sagen, daß die

Übereinstimmung unserer Gedanken und unserer Gefühle, die schon immer bestand, die alle widrigen Schicksalsschläge überdauerte, eine neue Bekräftigung gefunden hat, seitdem die Politik Italiens mir anvertraut worden ist. Man hat behauptet, daß wir in Friedrichsruh konspiriert hätten. Mag sein: mir altem Verschwörer flößt diese Beschuldigung keine Furcht ein. Will man es so nennen, nun gut: wir haben uns in Friedrichsruh verschworen; aber verschworen für den Frieden, und daher können alle, die dieses hehre Gut lieben, an dieser Verschwörung teilnehmen. Von den denkwürdigen Aussprüchen, die bei diesen Unterredungen gefallen sind, erlaubt mir die Diskretion nur einen einzigen, im Augenblick des Abschiedes getanen, hier wiederzugeben, aber ich will ihn nicht verschweigen, denn in ihm liegt zusammengefaßt der Gehalt unserer ganzen Unterredung. Er lautete: Wir haben Europa einen Dienst erwiesen. Ich bin stolz darauf, an diesen Ausspruch, insofern er sich auf mein Vaterland bezieht, erinnern zu können, denn niemals ist in einer so vollständigen und herzlichen Verbindung, wie sie zwischen Italien und seinen Verbündeten besteht, seine Würde mehr geachtet, sind seine Interessen mehr gewährleistet worden.

„Aber außer mit den Bündnissen verfolgen wir den Zweck des Friedens, indem wir Gerechtigkeit verlangen. Das erklärt Ihnen, meine Herren, unsere Orientpolitik. Das, was wir im Orient verlangen, ist die Achtung des Völkerrechts, insofern dieselbe nicht gegen die bestehenden Verträge verstößt, die heute das öffentliche und das europäische Recht bilden; das, was wir erstreben,

ist die allmähliche Ausbildung der lokalen Autonomien. In der Balkanhalbinsel leben vier verschiedene Nationalitäten, jede hat ihre eigene Sprache, ihre hundertjährigen Wohnsitze, ihre uralten Gebräuche und — was das Wichtigste ist — das Bewußtsein der eigenen nationalen Individualität, die Sehnsucht nach der Freiheit. Nun wohl, helfen wir diesen Völkern, die, wie alle lebenden Wesen, der Freiheit zustreben, sich selbst zu finden ohne Kampf, ohne Blutvergießen, ohne neues Märtyrertum. Ist diese nicht die Italiens würdigste Politik, die, welche seinen Ursprüngen und unseren Prinzipien am meisten entspricht? Bedenken Sie, meine Herren, diese ist nicht eine Politik der Sentiments, der abstrakten Prinzipien — diese ist die Politik wohlverstandener Interessen. Die Balkanvölker, die auf der Halbinsel die Jugend in ihrer Unerfahrenheit, gleichzeitig aber auch die Zukunft mit ihren Hoffnungen und ihrer Kraft verkörpern, werden die selbstlose Hilfe nicht vergessen, die ihnen Italien gewahren wird. — Haben wir etwa die uns geleisteten Dienste vergessen? — Wer eine so fluchwürdige Behauptung aufzustellen wagte, sollte beim englischen Volke anfragen, von ihm würde er erfahren, ob es in seiner ganzen Geschichte einen treueren Verbündeten, einen aufrichtigeren Freund gehabt hat als früher Piemont und jetzt das heutige Italien. Gibt es selbst in Frankreich einen geraden, rechtschaffenen Mann, der den Tadel der Undankbarkeit, der in jenem, jedem Italiener so teueren Lande gegen Italien erhoben wird, bestätigen wollte?

„Aber ein Frieden ohne Handel und Wandel ist ein unfruchtbarer Frieden; darum sind unsere Bemühungen stets auf die Förderung unserer Handelsbeziehungen zu den Nachbarstaaten gerichtet. Ein Handelsvertrag war gekündigt worden, und da ist es meine Sorge gewesen, sobald ich mein Amt angetreten hatte, die Verhandlungen für seine Erneuerung einzuleiten, um einen Zollkrieg, und hätte er nur einen Tag gedauert, zwischen zwei Ländern zu vermeiden, deren Interessen so eng miteinander verbunden sind wie die Frankreichs und Italiens. Noch ein anderer Vertrag mit einem befreundeten und verbündeten Reiche stand nahe vor seinem Ablauf. Ich habe nicht gezögert, Verhandlungen einzuleiten. In Wien begonnen, gehen dieselben jetzt in Rom, woselbst ich kurz vor meiner Abreise, im Vertrauen auf eine nicht schwierige Verständigung, die Unterhändler Österreichs und Ungarns begrüßt habe, weiter.

„Der gegenseitige Schutz der verschiedenen Produktionen und der verschiedenen Arbeit, der in dem heftigen Kampf der wirtschaftlichen Schulen der einzig sichere Weg bleibt, den man verfolgen kann, bietet eine breite Grundlage für gerechte Ausgleiche und billige Verständigungen. Ein Abschluß des Vertrages wird uns um so lieber sein, als die beiden Staaten, zwischen denen bereits loyale, nicht müßige Bande bestehen, von den jetzt in Vergessenheit geratenen Kämpfen keine andere Erinnerung mehr haben als die der gegenseitigen Wertschätzung.“

Die Programmrede des Abgeordneten Crispi hatte nicht nur einen großen Erfolg in Italien, sondern wurde

in ganz Europa als ein Ereignis von großer Bedeutung für die internationale Politik angesehen. Dies bezeugen die Dokumente und die Urteile, auf die wir uns beziehen. Der italienische Geschäftsträger in Paris schrieb am 27. Oktober:

„In der Audienz, die ich gestern bei dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten hatte, gab ich ihm den mir von Ew. Exzellenz telegraphierten Text derjenigen Punkte zu lesen, die sich in der von Ihnen tags zuvor in Turin gehaltenen Rede auf die äußere Politik beziehen.

Herr Flourens zeigte sich befriedigt; er sagte mir, daß die französische Regierung niemals an Ew. Exzellenz guten Absichten ihr gegenüber gezweifelt hätte; daß nichtsdestoweniger die in jener Rede enthaltenen friedlichen und freundschaftlichen Erklärungen an Frankreich einen günstigen und wohltätigen Einfluß auf die öffentliche Meinung nicht verfehlen würden, obgleich die anfängliche Überraschung über Ew. Exzellenz Reise nach Friedrichsruh sich schon gelegt hat. Flourens berührte nicht die auf England und den Fürsten Bismarck bezüglichen Punkte; er konnte sie nicht loben, und daher zog er vor, zu schweigen.

Was die Aufnahme anbetrifft, die die Pariser Presse der Rede zuteil werden ließ, so ist es augenscheinlich, daß wir keine günstige und leidenschaftslose Würdigung erwarten konnten. Für die Franzosen bleiben wir die Verbündeten Deutschlands; in ihren Augen überragt diese Tatsache alle anderen Erwägungen.

‚Wir können‘, sagt der ‚Matin‘ von heute morgen, ‚die Freundschaftsbezeugungen des ehemaligen Revolutionärs als aufrichtig hinnehmen, der das Andenken der während seines Exils in Frankreich genossenen herzlichen Gastfreundschaft nicht vergessen hat, aber andererseits können wir nicht umhin, dem Staatsmanne ein gewisses Mißtrauen entgegenzubringen, der mit so großer Bereitwilligkeit auf die Anträge unseres Todfeindes eingegangen ist.‘

Dieses ist in wenigen Worten das wirkliche Gefühl der Mehrheit.

Das ‚Journal des Débats‘ greift die Worte Ew. Exzellenz über die Möglichkeit eines Krieges gegen Frankreich heraus und fragt sich, warum Italien, welches doch von niemand bedroht

ist, es für nötig gehalten hat, Bündnisse zu schließen, die es, gegen seinen Willen, in einen Krieg verknüpfen könnten, an den es niemals gedacht habe, und für Interessen, welche ihm fern liegen. Diese Zeitung erklärt, gerade der Angelegenheiten wegen ängstlich zu sein, welche Ew. Exzellenz eben nicht berührt haben. Der „Temps" hebt hervor, daß unsere Sympathieerklärung für Frankreich vollkommen frei von jedem Vorbehalt ist und nimmt Notiz, daß von unserer Seite niemals Herausforderungen oder Beleidigungen ausgehen würden.

Im allgemeinen kann man aus diesen Bemerkungen folgern, daß die Turiner Rede die Meinung einiger der uns wenig Wohlgesinnten erschüttert hat. Einige, denen es an Beweisen fehlt, schreiben die freundschaftlichen Worte Ew. Exzellenz dem Wunsche zu, mit Frankreich einen für unsere Interessen günstigen Handelsvertrag abzuschließen. Andere hätten vorgezogen, daß Ew. Exzellenz die Klauseln unserer Verträge einfach veröffentlicht hätten und deuten von neuem an, daß Abmachungen betreffs der Möglichkeit eines Angriffes bestehen müssen."

Der Geschäftsträger in Berlin, welcher der Reichskanzlei den Text der Rede übermittelte, schrieb darüber wie folgt:

„Graf Herbert Bismarck ließ mir heute seinen Wunsch ausdrücken, mich zu sehen; er sagte mir, daß er in Friedrichsruh die ihm gesandte Kopie des Telegramms von Ew. Exzellenz erhalten habe, und beauftragt mich, Ew. Exzellenz seinen besten Dank für die Übermittelung auszusprechen und gleichzeitig seiner großen Freude über die ‚schöne' Rede Ausdruck zu geben. Se. Durchlaucht wünschte außerdem, daß Ew. Exzellenz noch besonders in seinem Namen seine Dankbarkeit mitgeteilt würde, betreffend den Teil der Rede, welcher ihn persönlich berührt. Was die verschiedenen in der Rede entwickelten Ideen über die auswärtige Politik betrifft, so läßt Fürst Bismarck Ew. Exzellenz mitteilen, daß er denselben ganz und gar beipflichtet, aber daß er trotzdem es für angebracht hält, eine weitere Erklärung abzugeben,' betreffend des Satzes, welcher von den ‚vier verschiedenen Völkerschaften' handelt, die auf der Balkanhalbinsel leben. Er fürchtet, dieser Satz könnte als Vorwand denjenigen Mächten dienen, welche ein Interesse daran haben, unsern Einfluß in Konstantinopel zu schädigen, um in dem Sultan, der ja schon ohnehin zum Mißtrauen neigt, neuen

Verdacht gegen uns zu erwecken. Um dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen, würde nach seiner Meinung das beste Mittel sein, daß Ew. Exzellenz dem Botschafter Sr. Majestät in Konstantinopel den Auftrag gäben, dort zu verstehen zu geben, daß Sie mit den betreffenden Worten nur eine Anspielung auf die in den Balkanländern schon jetzt bestehenden Zustände haben machen wollen. Der Kanzler meint, Ew. Exzellenz könnten diesen Zweck leicht erreichen, sei es indem Sie sich auf den ethnographischen Standpunkt stellten, d. h. unter Berufung auf die vier auf der Balkanhalbinsel existierenden Nationalitäten Rumänen, Griechen, Slawen und Türken, sei es unter Hervorhebung der politischen Eigentümlichkeit der vier bestehenden Staaten: Rumänien, Serbien, Griechenland und Bulgarien. Ihm scheint, man könnte auf die eine oder die andere Weise dadurch erreichen, daß dieses Gerücht, welches man sicherlich daraus fabrizieren wird, noch im Keime erstickt würde, bevor es zum Nachteil der gemeinsamen Interessen verbreitet werden könnte."

Von den großen Zeitungen urteilt die „Times" über die Turiner Rede in folgender Weise:

„Ich habe die Ehre beifolgend Ew. Exzellenz die Übersetzung eines Artikels der ‚Times' von heute betreffend die von Ew. Exzellenz in Turin gehaltene Rede zu übermitteln. Das Urteil ist wert, hervorgehoben zu werden und des Rufes dieser Zeitung würdig. Die ‚Times' faßt meisterhaft zusammen, was die anderen Zeitungen des Vereinigten Königreichs, konservative wie liberale, über die Wichtigkeit dieser Rede für Europa schreiben. Die Artikel der andern Zeitungen sind so zahlreich, daß es beinahe unmöglich sein würde, deren Inhalt wiederzugeben.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner tiefsten Hochachtung gez.: C. Catalani."

Leitartikel der „Times" vom 3. November:

„Wenige Staatsmänner haben jemals das Glück gehabt, die allgemeine Anerkennung hervorzurufen, welche die von Signor Crispi in Turin vor zirka einer Woche gehaltene Rede erlangt hat. Diese Rede wurde in Berlin als bündiger Beweis des Bestehens eines Bündnisses zwischen Italien und den germanischen Mächten begrüßt, während dieselbe mit nicht geringerer Genugtuung wegen der von dem italienischen Minister für das französische

Volk ausgedrückten Sympathie in Paris aufgenommen wurde. Die Rede hat ebenso den Mitbürgern Herrn Crispis gefallen, welcher sogar die Ehre hatte, dafür die Glückwünsche seines Königs zu empfangen. Es steht ferner fest, daß Fürst Bismarck erklärt hat, allen von Herrn Crispi abgegebenen Erklärungen die auswärtige Politik betreffend völlig beizustimmen. Diese Sanktion ist um so beachtungswerter, da, soweit wir wissen, in verschiedenen Punkten die Turiner Rede bedeutend weiter über das hinausgeht, was in Deutschland jemals in bestimmten Worten zum Ausdruck gebracht worden ist. Indem er zum Beispiel die bulgarische Frage behandelt, tritt Herr Crispi für die lokale Selbständigkeit auf dem Balkan mit großer Wärme ein, welche äußerlich mit den wiederholten Erklärungen Deutschlands nicht übereinstimmt. Aber obgleich Fürst Bismarck sich den Bulgaren gegenüber recht scharf gezeigt und ihnen bei Gelegenheit in strengem Tone geantwortet hat, ist die deutsche Politik in dieser ganzen Zeit wesentlich günstig für die Freiheit der Bulgaren gewesen, weil nach den Verträgen Bulgarien sich immer unter dem Schutz des gesamten Europas befindet und dadurch der Vorherrschaft einer einzelnen Macht entzogen wird. Während Herr Crispi mit warmem Mitgefühl über die Kämpfe der Bulgaren um ihre Freiheit spricht und von neuem die Gefühle belebt, welche die Italiener für diejenigen hegen, die ihre Hand freundschaftlich Piemont hinstreckten, hat er mit nicht geringerer Sorgfalt wie Fürst Bismarck darauf hingewiesen, daß die bestehenden Verträge peinlich genau beachtet werden müssen. Auf diese Weise liefert uns die Zustimmung des Fürsten Bismarck zu den Auseinandersetzungen Herrn Crispis, den Beweis, daß zwischen Italien und den deutschen Mächten ein genau festgelegtes Bündnis besteht und zwar auf einer Grundlage, die, wie jeder erkennen kann, dabei geheime Absichten und launenhafte Zufälle ausschließt. Fürst Bismarck und Herr Crispi sind sich über ihr Programm, die Unverletzlichkeit der von den europäischen Mächten angenommenen Verträge betreffend, einig, und England, dessen Interessen alle völlig mit dem Frieden und der geregelten Fortentwicklung der Dinge verknüpft sind, stellt sein Übergewicht auf die Seite dieses so hervorragend der Erhaltung des Bestehenden dienenden Bundes."

Weiter folgen hier die Urteile von zwei der einflußreichsten deutschen Zeitungen:

Artikel der „Post", Nr. 297, 30. Oktober 1887:

Die Turiner Rede. Am 25. hat in Turin das Festmahl stattgefunden, welches die Bürger dieser jetzt so bedeutenden Stadt, die den Grundstein zum neuen Italien gelegt hat, schon seit langer Zeit für den Ministerpräsidenten Crispi, einen Süditaliener, vorbereitet hatten. Es war anfangs so bestimmt, daß dieses Fest den Verzicht der Wiege Italiens auf seine Vorrechte, sowie die vollkommene Vereinigung von Nord- und Süditalien zum Ausdruck bringen sollte. Inzwischen ereignete es sich, daß einige Wochen vor diesem Feste der Mann, welchen man feiern wollte, die Einladung erhielt, sich nach Friedrichsruh zu begeben, und das Ergebnis dieses glücklich verlaufenen Besuches wurde sofort in ganz Italien freudig als Bestätigung und Anzeichen der zunehmenden Macht des Staates begrüßt, welche man sich nicht augenscheinlicher hätte wünschen können. Auf diese Weise nahm das Fest eine andere Bedeutung an. Die Frucht langer Arbeit war jetzt erreicht, denn Italien erschien vor Europa als anerkannte Großmacht, und diese Frucht barg die Erwartung auf eine noch schönere Zukunft in sich. Darum wurde aus einem fröhlichen Mahle eine feierliche Handlung. Alle Minister waren zugegen, außer dem Kriegsminister, der eben die letzte Hand an die Vorbereitungen zu der abessynischen Expedition legte. Die erschienenen Abgeordneten, Senatoren und Würdenträger waren ungefähr 600. Nachdem der Präsident der Versammlung den Ehrengast begrüßt hatte, wurde weiter keine Rede außer der von Crispi gehalten. Wir besitzen noch nicht den genauen Wortlaut dieser Rede, aber die telegraphischen Auszüge enthalten gewiß die wichtigsten Abschnitte. Die Rede beschäftigt sich in gleicher Weise sowohl mit der inneren wie mit der äußeren Politik.

Der außerordentlich wichtige Teil der Rede, der Fürst Bismarck und die Zusammenkunft in Friedrichsruh betrifft, ist während einiger Tage von ganz Europa besprochen worden, jedoch, seltsamerweise, wurde dadurch nichts von dem Ergebnis der Unterredungen, ausgenommen das, was alle schon wußten oder sich einbildeten zu wissen, aufgedeckt. Ein geistvoller Mann kann alles verbergen und nichtsdestoweniger alle zufriedenstellen. Crispi zeigt sich als Meister in dieser Kunst. Natürlich wurde in Friedrichsruh vereinbart, daß es Sache Crispis sein sollte, zuerst öffentlich das Wort über die Zusammenkunft zu ergreifen, und gleichzeitig wurde dabei fest-

gesetzt, was veröffentlicht und was geheim gehalten werden sollte. Dem Reichskanzler ist sicherlich wenig daran gelegen, selbst große Dinge auszusprechen, und dieses Mal hat er seinem Freunde wohl um so lieber den Vorrang eingeräumt, weil in Italien die Politik anders gemacht wird als in Deutschland. In Italien muß man zum Herzen sprechen. Was also hat der Redner gesagt? Er hob hervor, man habe behauptet, daß er sich in Friedrichsruh verschworen habe. Dieser Vorwurf berühre ihn, den alten Verschwörer, nicht, denn man habe sich ja nur zur Erhaltung des Friedens verschworen, und jedermann könne an der Verschwörung teilnehmen. Dies alles ist geistvoll und wirksam gesagt, aber die Neugierigen werden sich damit nicht zufrieden geben, da sie gern wissen wollen, welche Vorkehrungen bei dieser Zusammenkunft getroffen worden sind, um den Frieden aufrechtzuerhalten, und von welcher Seite Störungen zu befürchten seien. Ohne diese Furcht wäre es ja nicht notwendig gewesen, sich zu verschwören. Man spricht manchmal von einem beredten Schweigen, aber hier war eine schweigende Beredsamkeit vorhanden, und wir, die wir die politische Lage vom deutschen Standpunkt aus beurteilen, wir sind zufrieden und schätzen den Staatsmann hoch, der sich so erfahren in dieser Kunst gezeigt hat. Aber gehen wir jetzt zur Prüfung derjenigen Abschnitte der Rede über, welche etwas mehr als eine geistreiche Umschreibung des Schweigens enthalten. Diese sind gewiß von Wichtigkeit. Der Redner bemerkte: „Italien hätte noch niemals ein so inniges und herzliches Bündnis geschlossen; die Würde Italiens wäre noch niemals so geachtet worden, und niemals waren seine Rechte und der Schutz seiner Bedürfnisse in gleicher Weise verbürgt; das sind Worte, hinter welchen man alles suchen kann, aber man muß sie immer wieder mit den andern in Verbindung bringen; daß man sich nur der Erhaltung des Friedens wegen verbündet habe. Die Art und Weise, diese Worte mit den anderen zu vereinen, wurde von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 6. Oktober angedeutet, worin gesagt wurde, daß der Besuch Crispis die vollkommene Übereinstimmung der beiden Staatsmänner in ihrem Entschluß bewiesen hat, im Verein mit Österreich-Ungarn, soweit es möglich sei, einen europäischen Krieg zu verhindern, und um im Notfalle sich gemeinsam verteidigen zu können. Außerdem hätten die beiden Staatsmänner vereinbart, in welcher Weise ein Angriff zurückzuweisen wäre, und darin würde das Hauptgewicht und das Geheimnis des Ver-

trages liegen. Jetzt, da wir es außer dem Bereich der Möglichkeit glauben, in das Geheimnis eindringen zu können, müssen wir eine weitere Bemerkung hinzufügen. Der Ministerpräsident verkündete vor einer zahlreichen Versammlung von Politikern seines Landes, daß Italien noch niemals ein so inniges und herzliches Bündnis geschlossen habe. Eine Handlung von so großer Wichtigkeit für Italien wurde allein vom König und vom Minister abgeschlossen. Niemand hat dagegen protestiert, und dennoch wird Italien für eins der freiesten Länder gehalten. Wir glauben, daß dieses mit Recht geschieht und daß es diese Freiheit mehr als andere Länder verdient. Kein Minister in einem nach parlamentarischen Grundsätzen regierten Lande hätte ein solches Bündnis abschließen können, weder in England, noch in Frankreich. In Frankreich vielleicht, aber nur in dem Falle, wenn alle Parteien überzeugt gewesen wären, daß in der Geheimhaltung die Revanche stecke. In England war einmal eine Zeit, zu welcher die Minister ähnliches hätten fertig bringen können. Da in der äußeren Politik die Regierungsparteien im Grunde einig waren, so konnte jede Partei mit Sicherheit darauf rechnen, daß die Nachfolger die von den Vorgängern abgeschlossenen Vereinbarungen aufrechterhalten haben würden. Dessenungeachtet, wurde von dieser Befugnis auch früher selten Gebrauch gemacht. Sie war aber notwendig, denn zur Zeit der großen Kriege befand sich ein Mann allein an der Spitze der Regierung in England und blieb dort bis zu seinem Tode. William Pitt bedurfte der Klarheit der Lage und des Kriegszustandes wegen keiner Geheimnisse dem Parlament gegenüber. Heute würde dies in England unmöglich sein. Aber seine Weltherrschaft geht dem Untergang entgegen. Ein Volk jedoch, das in der Lage ist, volles Vertrauen in den Willen eines einzelnen Mannes zu setzen und bereit ist, ihm, wenn notwendig, ein unbeschränktes Vertrauen zu schenken, und darauf zu verzichten, demselben Schwierigkeiten zu schaffen, zeigt, daß es seiner Freiheit würdig ist, weil es versteht, seine Waffen, die es zur Verteidigung seiner Freiheit besitzt, zu gelegener Zeit niederzulegen.

Artikel der „Kölnischen Zeitung", Nr. 300, (Morgenausgabe) vom 29. Oktober 1887.

Obschon wir noch nicht den Wortlaut der von Crispi in Turin gehaltenen Rede, die Gegenstand so vieler Kommentare war, besitzen, so bestätigt doch schon der telegraphische

Auszug in jedem Punkte, was von maßgebender Quelle über das im vergangenen Frühling abgeschlossene Bündnis und über dessen Befestigung gegenüber dem Ausland durch die Zusammenkunft in Friedrichsruh durchgesickert war. Crispi hat in jeder Hinsicht verneint, daß diesem Bündnis eine offensive Absicht innewohnte. Er hat vor allem hervorgehoben, daß jede Regierung die friedlichen Ziele des Vertrages zu den ihren machen könne. Er hat überdies ganz klar darauf angespielt, daß dieser Vertrag schon seit gewisser Zeit in Kraft sei und daß sein Besuch ihn nur mehr ins Licht gerückt habe. Zu diesem Zweck wollen wir daran erinnern, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" heute ohne weitere Erläuterung einen Artikel einer italienischen Zeitung abdruckt, in welchem gesagt wird, daß in Friedrichsruh kein neuer Vertrag abgeschlossen worden ist. Auch unser Verhältnis mit England betreffend sind irrige Gerüchte im Umlauf. Wie schon früher bemerkt, bestehen mit England keine förmlichen Verträge, weder für das Festland noch für die Meere. Was Crispi über eine Verständigung mit England sagt, stimmt fast wörtlich mit dem überein, was mehr als einmal darüber an dieser Stelle gesagt worden ist, wie zum Beispiel am 1. und am 15. März, sogleich nach Abschluß des Bündnisses. Damals wurde schon angekündigt und bestätigt, daß unter den zwischen den drei Mächten abgeschlossenen Vereinbarungen eine Österreich anbelangt, die unter Zustimmung Englands die Erhaltung des Gleichgewichtes im Mittelmeer zum Zweck hat, und hierin besteht gerade die Erweiterung der Grundlage, die Italien als Bedingung zur Erneuerung des Vertrages gestellt hatte.

Dennoch, obschon nach allem, was man aus vertrauenswürdiger Quelle weiß, ein formeller Vertrag mit England, aus obigen Gründen nicht stattgefunden hat, wird der oben erwähnte Gedanke als Richtschnur auch für die möglichen Erben des jetzigen englischen Ministeriums dienen, allein schon der gemeinsamen Interessen wegen, so daß auch dieser wie die andern Verträge zur Aufrechterhaltung des Friedens beitragen wird.

Siebentes Kapitel.

Der Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen Italien und Frankreich.

Unterhandlungen zwecks Erneuerung des italienisch-französischen Handelsvertrages. — Eine offiziöse Mission Bosellis in Paris: seine Briefe an Crispi. Politische und wirtschaftliche Gründe, die zu dem Zollkrieg führten. — Aus dem Tagebuch Crispis, Oktober bis Dezember 1887: internationale Fragen. — Eine Unterredung zwischen dem Zaren und dem Fürsten v. Bismarck. — Gefälschte Schriftstücke. — Der Florentiner Zwischenfall.

Der italienisch-französische Handelsvertrag vom 3. November 1881 wurde am 15. Dezember 1886 infolge einer Abstimmung des Parlaments und nach reifer Prüfung, gleichzeitig mit dem italienisch-österreichischen Vertrage, von der italienischen Regierung gekündigt. In dem Augenblicke der Kündigung erklärte der Minister des Äußeren, Graf Robilant, es sei seine Absicht, Verhandlungen für einen neuen Vertrag zu eröffnen, der den neuen sowie den bereits vorhandenen Bedürfnissen Italiens besser entspräche. Aber die französische Presse betrachtete die Kündigung als eine Wiedervergeltung der durch das französische Parlament erfolgten Zurückweisung des Schiffahrtsvertrags zwischen den beiden Ländern, den das italienische Parlament schon gebilligt hatte.

Die öffentliche Meinung in Frankreich, die schon seit 1882 infolge unseres Beitrittes zu dem österreichisch-deutschen Bund gegen uns verstimmt war, ließ nichts

Gutes betreffs des Erfolges der Verhandlungen für den neuen Handelsvertrag voraussehen. Dieselben waren noch nicht eingeleitet, als am 31. Juli 1887 Crispi die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm. Nach wenigen Tagen, am 12. August, schrieb er der italienischen Botschaft in Paris:

„es sei unsere Hoffnung, daß der Abschluß eines neuen Handelsvertrags sich erreichen lasse. Indessen könnten wir uns nicht verhehlen, daß in dem Augenblick, in dem wir uns eifrig bemühen, die Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu befestigen, eine neue Zurückweisung seitens des französischen Parlaments in Italien den unangenehmsten Eindruck machen würde. Wir sind entschlossen, die ersten Schritte zu tun, unter der Bedingung jedoch, daß das französische Ministerium sich im voraus bereit erklärt, unserer Initiative entgegenzukommen, und daß es die Möglichkeit einer Übereinstimmung gibt."

Da Crispi am 21. August von dem Ministerpräsidenten Frankreichs, Herrn Rouvier, keine befriedigende Versicherung erhalten hatte, so fügte er hinzu:

„Da aber Herr Rouvier nicht glaubt, in der Lage zu sein, uns Bürgschaften betreffs der Haltung des französischen Parlaments dem künftigen Vertrage gegenüber leisten zu können, die ich ihm betreffs unseres Parlamentes anstandslos geben würde, so ziehe ich es vor, die beiden Länder nicht den Reibungen auszusetzen, die selbstverständlich die unausbleiblichen Folgen einer dritten Ablehnung seitens des französischen Parlaments sein würden."

Da Herr Rouvier den Wunsch geäußert hatte, daß ihm unsere Fragen vorläufig unverbindlich und auf nur offiziösem Wege, sei es durch Vertrauenspersonen der italienischen Regierung, sei es durch die Botschaft, unterbreitet würden, so betraute Crispi den Abgeordneten Paolo Boselli, der als Unterhändler für den Schiffahrtsvertrag den französischen Minister kennen gelernt hatte und mit ihm in guten persönlichen Beziehungen stand, mit der Aufgabe, die wahren Absichten Rouviers in Erfahrung zu bringen.

Aus den von Boselli am 5., 7. und 10. September an Crispi geschriebenen Briefen bringen wir hier die interessantesten Abschnitte:

„Im Grunde kann Herr Rouvier über den Erfolg, den ein neuer Vertrag im französischen Abgeordnetenhause haben würde, nichts Positives und Sicheres im voraus sagen, wenn er nicht wenigstens die hauptsächlichsten Forderungen, Zugeständnisse und Absichten der italienischen Regierung kennt. Da die italienische Regierung den Vertrag gekündigt hat, so ist Herr Rouvier der Meinung, daß dieselbe ihre Wünsche, wenigstens die für die neuen Handels- und Schiffahrtsverträge grundlegenden, als erste aussprechen muß.

Schon jetzt kann er jedoch sagen, daß ein Vertrag, der sich über 1892 ausdehnen sollte, der Zeitpunkt, an dem Frankreichs Verträge mit den anderen Ländern verfallen, von dem französischen Parlament nicht angenommen werden würde. Und darum hofft er auch nicht, obgleich er es möchte, daß es möglich sein wird, die Billigung eines besseren Vertrags als desjenigen, der von uns gekündigt worden ist, zu erreichen. Seitens der italienischen Regierung ohne diesbezügliche Nachricht, kamen ihm nur zwei Artikel zu Gesicht, die ihm als den Angaben unserer Unterhändler Ellena und Luzzatti entsprechend bezeichnet wurden. Von diesen Artikeln bezog sich der eine auf den Viehzoll, in dem andern war der Wunsch ausgedrückt, den neuen Vertrag auf wenige Positionen zu beschränken. Ihm dünkt es weder leicht noch wahrscheinlich, diesem Wunsche entgegenkommen zu können. Dagegen wäre er nicht abgeneigt, ohne den gegenwärtigen Zoll zu berühren, die das Vieh betreffende Position festzusetzen, aber er hat in dem Landwirtschaftsministerium Widerstand gefunden und sieht voraus, daß er im Parlamente einen noch größeren finden wird.

Herr Rouvier hält es für unmöglich, einen neuen Handelsvertrag, der vor dem 1. Januar 1888 in Kraft treten könnte, rechtzeitig abschließen und durch die beiden Parlamente annehmen zu lassen (das französische Parlament muß wegen der Wahlen der Senatoren auf den 15. Dezember vertagt werden), und da er der Meinung ist, daß die Anwendung der entsprechenden allgemeinen Tarife aus wirtschaftlichen sowohl wie aus politischen Gründen zu vermeiden sei, so hält er eine Verlängerung des gegenwärtigen Vertrags auf ein Jahr oder wenigstens auf sechs Monate, in welcher Zeit man die neuen Verhandlungen beginnen sollte, für zweckmäßig.

Herr Rouvier ist überzeugt, daß eine dritte Zurückweisung seitens des französischen Parlaments unter allen Umständen zu vermeiden ist, fügt jedoch hinzu, daß er, wenn ihm auch nur auf offiziösem Wege die Forderungen der italienischen Regierung bekannt gegeben werden, wohl in der Lage sein würde, Ihnen durch die Ihnen bereits bekannten zahlenmäßigen Berechnungen begründete Angaben darüber zu machen, ob eine günstige Abstimmung zu erzielen sei, vorausgesetzt, daß diese Forderungen derartig wären, daß sie gewisse Anschauungen, die im französischen Parlament unüberwindlich sind, nicht verletzen. Wie Sie hieraus ersehen, sind die Vorsätze und die Absichten Herrn Rouviers sehr gute; aber um etwas Bestimmtes zu erfahren, ist es notwendig, über allgemein gehaltene Erklärungen hinauszugehen und ihm unsere Forderungen vorläufig auf offiziösem Wege, und wenn auch nur summarisch, so doch in bestimmter Form zu unterbreiten. Diese Angaben könnten ihm wohl durch die Botschaft erteilt werden, aber nach meiner Meinung nicht eher, als unsere Unterhändler darüber vernommen worden sind.

Herr Rouvier würdigt die ungünstige Wirkung, die in unserem Lande auch in politischem Sinne die Ablehnung des Schiffahrtsvertrags ausgeübt haben muß, vollkommen und schreibt dieselbe den courtiers der Seeschiffahrt zu und der Zuversicht, mit der der damalige Ministerpräsident auf die Billigung des Vertrags hoffte, ohne ihm jedoch die ihm zukommende Wichtigkeit beizumessen.

Der Kampf, der heute gegen unsere Arbeiter in Frankreich geführt wird, gab mir Anlaß zu lebhaften und wiederholten Beschwerden. Herr Rouvier versuchte die Bedeutung desselben abzuschwächen, unterließ es jedoch nicht, sein ausdrückliches Bedauern über das Geschehene auszusprechen . . . . .

Er weiß nichts davon, daß die französische Regierung die italienischen Arbeiter bei der Ausführung öffentlicher Bauten und aus anderen, den öffentlichen Verwaltungen unterstehenden Betrieben ausschließt, und behielt sich vor, darüber Erkundigungen einzuziehen und mir diesbezügliche Aufklärungen zu geben.

Er zeigte sich durchaus bereit, alles das, was in seinen Kräften steht, zu tun, um dieser, dem italienischen Arbeiter feindlichen Stimmung entgegenzuarbeiten, von der ich ihm sagte, daß sie einen so lebhaften und auch begründeten Widerspruch in unserem Volke erweckt habe.

Ich forderte ihn auf, uns dadurch eine Genugtuung zu verschaffen, daß er öffentlich, zum Beispiel mit einem Zirkular an die Präfekten, die Auffassung der Regierung zum Ausdruck brächte. Aber er erwiderte mir, daß in den Orten, wo die Gemüter aufgeregt sind, die öffentliche Einmischung der Regierung die Erregung nur schüren könnte, und glaubt, daß es nützlicher sein würde, den Präfekten geheime Instruktionen zu erteilen. (Darüber versprach er jedoch nichts Positives.)

Seit einigen Tagen behandeln verschiedene maßgebende Zeitungen die Angelegenheit in gerechterem und weitblickenderem Sinne; dennoch redete ich Herrn Rouvier zu, die verbreitetsten und volkstümlichsten Regierungsblätter dazu veranlassen zu wollen, sich zu bemühen, den Stimmungen und den Leidenschaften Einhalt zu gebieten, die trotz seiner gegenseitigen Meinung einen großen Umfang anzunehmen drohen. Übrigens nimmt Herr Rouvier an, daß unser noch gültiger Vertrag und der Vertrag zwischen Frankreich und Spanien uns berechtige, gegen jede Verletzung der Arbeitsfreiheit unserer Arbeiter in Frankreich Einspruch zu erheben, und erklärt, daß er entschlossen sei, unserem Rechte Achtung zu verschaffen. Dieser so wichtige Gegenstand wird einer der Hauptpunkte unserer späteren Unterredungen bleiben. Politisch fanden die offenen Worte einer b e f r e u n d e t e n S t i m m e in Herrn Rouvier einen Widerhall, aber er machte die Bemerkung, es sei zu beiderseitigem Bedauern zu konstatieren, daß die Ereignisse nicht immer nach unseren gemeinsamen Wünschen ihren Lauf genommen haben. Ich behalte mir vor, Ihnen persönlich über die schon gehabten und über die künftigen Besprechungen, die ich mit Herrn Rouvier über diesen Gegenstand noch haben werde, zu berichten, und beschränke mich jetzt darauf, einiges aus meiner heutigen Unterredung mit ihm hier kurz wiederzugeben.

Rouvier erkennt die Richtigkeit der Grundgedanken, die ich ihm, indem ich die Anleitungen Ew. Exzellenz befolgte, vorgetragen habe, an, behauptet jedoch, daß die Übereinstimmung zwischen Frankreich und Rußland betreffs der ägyptischen Frage die Beziehungen zwischen den beiden Ländern für inniger hat halten lassen, als sie es in der Tat sind, denn zwischen ihnen bestehen keine Abmachungen, während zwischen Italien und Deutschland tatsächlich etwas Schriftliches vorhanden ist. Er weiß, daß unsere Verpflichtungen gegenüber Deutschland sich auf den Fall eines Verteidigungskrieges be-

ziehen, eines Krieges, der (wie er sagte) nicht stattfinden wird, denn Frankreich wird mit Deutschland keinen Krieg anfangen (diese Worte sind natürlich so zu verstehen, wie sie verstanden werden müssen). Die sogenannte Revanche-Partei, die Partei, die den Krieg mit Deutschland will, ist, Rouviers Meinung nach, in Frankreich eine kleine Minderheit, und was Italien betrifft, sagt er, so sei in Frankreich niemand oder nur sehr wenige, die einen Krieg mit Italien wünschen oder die versuchen würden, ihn zu veranlassen. Er glaubt nicht, daß General Boulanger einen Einfluß auf die Schicksale seines Landes auszuüben vermöge, es war ein Feuerwerk, das allmählich erlosch; es bedurfte großer Energie und Tatkraft, ihn von der Regierung zu entfernen. Präsident Grévy würde seine Rückkehr nicht gestatten, die übrigens nicht wahrscheinlich sei, denn er habe weder solide Eigenschaften noch eigene und beständige Einflußmittel.

Herr Rouvier wünscht aufrichtig, es möge zwischen Italien und Frankreich eine neue Periode besserer E n t e n t e eintreten, und er seinerseits wird diesem Ziele mit größtem Eifer und weitblickendsten Plänen zustreben.

Die langen und freundschaftlichen Besprechungen, die ich täglich mit Herrn Rouvier habe, bieten mir die Möglichkeit, mir einen genauen Überblick über die Lage zu verschaffen. Ich sah ihn heute, nachdem er von Herrn Ressman die Handelsvertragsverhandlungen betreffende Mitteilungen entgegengenommen hatte. Er gibt gern zu (doch mit dem Vorbehalt, darüber erst mit seinen Kollegen sprechen zu müssen), daß den offiziellen, einleitende offiziöse und geheime Unterhandlungen vorangehen sollen; glaubt aber nicht, daß diese an einer zwischen den beiden Ländern liegenden Stelle stattfinden können, auch deshalb, weil es ihm nicht leicht fallen würde, seinerseits einen Mann zu finden, dem er dieselben anvertrauen könnte. Er glaubt, es sei für den guten Erfolg der Sache vorzuziehen, daß er sich selbst mit ihr beschäftige. Was den Ort der offiziellen Unterhandlungen betrifft, führt er gegen unseren Vorschlag die Einwände an, die sein Minister der auswärtigen Angelegenheiten dagegen erhebt.

Er wird jedoch alle diese Dinge mit seinen Kollegen besprechen, und sich bemühen, daß alles zur gegenseitigen Zufriedenheit erledigt werde.

Betreffs der Einleitung der ersten geheimen Verhandlungen mittels der Botschaft könnte die Sache wohl einen günstigen

Ausgang nehmen, wenn die italienische Regierung nicht auf ihrem Vorsatz bestände, sie an einem anderen Orte zu führen. Was die mir zugedachte Rolle in den Verhandlungen betrifft, antwortete ich ihm sofort, daß es mir nicht möglich sein würde, sie zu übernehmen, teils wegen meiner ihm schon bekannten Ansichten, teils aus Rücksicht auf unsere Unterhändler, die hervorragende Kollegen und meine Freunde sind. Ich halte es sogar für angemessen, daß ich binnen 4 oder 5 Tagen Paris verlasse, um zu vermeiden, daß ein längerer Aufenthalt zu Mißverständnissen Anlaß gäbe und die Anschauung erwecke, daß im Gegensatz zum Wunsche der italienischen Regierung, die einen anderen Ort vorzieht, die vorläufigen Verhandlungen dennoch in Paris eingeleitet würden.

Herr Rouvier fragte mich, ob es die Absicht der italienischen Regierung sei, daß der Schiffahrtsvertrag mit dem Handelsvertrag verknüpft werden solle, er würde der Meinung sein, ihn von demselben getrennt zu lassen.

Mit Bezug auf unsere Arbeiter wiederholte mir Herr Rouvier, daß er fest entschlossen ist, den Rechten, die ihnen durch die bestehenden internationalen Verträge zugesichert sind, Achtung zu verschaffen; es sei ihm nicht bekannt, daß seitens der staatlichen Behörden der Ausschluß der italienischen Arbeiter von irgendeinem öffentlichen Unternehmen angeordnet worden sei. Was die Gemeinde- und Departementsverwaltungen betrifft, stehe ihm kein gesetzmäßiges Mittel gegen die etwaigen Beschlüsse, die sie gefaßt haben, um die Unternehmer zu zwingen, sich nur inländischer Arbeitskräfte zu bedienen, zur Verfügung. Da ich auf einige Bestimmungen hinwies, die in den von der Staatsverwaltung für einige Unternehmungen ausgearbeiteten Kapitulationsbedingungen enthalten sein sollen, sagte er mir, er beabsichtige eine neue Untersuchung, und er werde mir eine diesbezügliche Antwort später zugehen lassen. Falls es gelänge, einen Weg zu finden, um uns eine Genugtuung oder eine Garantie zu gewähren, so könnte die italienische Regierung, hiervon benachrichtigt, offiziell Einspruch erheben und Erklärungen verlangen, die man vorher vereinbaren könnte. In der Sache selbst aber konnte Herr Rouvier kein positives Zugeständnis machen, und auch ich bin nicht in der Lage, Ihnen eine solche zu übermitteln. Herr Rouvier unterläßt jedoch nicht, mir zu wiederholen, daß er die gegenwärtige Bewegung gegen die ausländischen Arbeiter für eine Verwirrung der Gemüter hält, die gegen die großen Grundsätze der französischen Republik verstoße,

Zu etwas anderem übergehend, teile ich Ihnen mit, daß Herr Rouvier die Schwierigkeiten, die sich betreffs der Beteiligung Italiens an der Ausstellung von 1889 ergeben, nachdem in Italien Mitglieder der radikalen Partei ihre Förderung übernommen haben, vollkommen würdigt, und daß er einen Bund unter den lateinischen Nationen anstrebt, der die anderen internationalen, jetzt unvermeidlichen Verbindungen ersetzen soll.

Da ein Zusammengehen mit irgend einer Macht unerläßlich ist, so glaubt er, daß es vorteilhaft für Frankreich sei, gute Beziehungen zu Rußland zu pflegen. Er ist nicht der Meinung, daß in Bulgarien tatsächlich das Nationalitätsprinzip in Frage komme, und betreffs der ägyptischen Frage glaubt er, das Interesse Frankreichs sei demjenigen Italiens gleich: nämlich daß an Stelle der englischen Besetzung die Herrschaft eines unabhängigen Vizekönigs trete, der im Einverständnis mit den Konsuln der Großmächte regiere; man solle jenem Lande einen sozusagen neutralen Charakter verleihen. (Dies sind die Anschauungen Herrn Rouviers, aber die Grundidee der französischen Politik — Sie wissen es besser als ich — ist, unter Ausschließung Englands, die Festigung des Übergewichts Frankreichs in Ägypten. Doch ich b e r i c h t e, und daher enthalte ich mich jeglichen Kommentars.)

Durch die Botschaft werden Sie die Antwort Herrn Rouviers auf die drei Mitteilungen erhalten.

Ich kann Ihnen unterdessen schon den Inhalt derselben angeben:

Nach Rücksprache mit seinen Kollegen wird Herr Rouvier antworten, daß keine Bedenken dagegen vorhanden seien, daß die Verhandlungen nur offiziös und geheim geführt würden, sie müßten aber in Paris stattfinden. Es stehe ihm niemand zur Verfügung, den er nach außerhalb senden könne. Wenn er eine bekannte Persönlichkeit mit den Verhandlungen betraute, so würden dieselben aufhören geheim zu bleiben. Er wünsche dieselben, im Interesse ihres Zustandekommens, persönlich zu führen. Betreffs der endgültigen Verhandlungen habe er den Minister des Äußeren nicht überzeugen können und könne daher keine Verpflichtung dafür übernehmen, daß dieselben in Rom gepflogen werden. Dies muß sich nachher ergeben. Falls die vorläufigen Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen sollten, so wäre die Erörterung über den Ort, in dem die endgültigen Verhandlungen stattfinden sollten, eine müssige. Wenn aber während der vorläufigen Verhandlungen eine Einigung betreffs

der Hauptpunkte erzielt würde, so daß nur noch Einzelheiten zu beraten blieben, so könnte sich daraus kein Hindernis ergeben, daß die französische Botschaft in Rom, zum Beispiel zusammen mit den Generaldirektoren der Domänen und des Handels, die zu diesem Zweck nach der italienischen Hauptstadt gesandt werden könnten, mit den Verhandlungen und deren Zuendeführung zu betrauen. Oder aber es ergäbe sich die Notwendigkeit, auch noch in den Hauptverhandlungen wichtige Punkte zu diskutieren, und dann tauchten wiederum die ersten Bedenken auf: Rouvier habe keinen, den er nach Italien schicken könne, und daher müßten sich auch die Hauptverhandlungen in Paris abwickeln.

Übrigens glaubt er, daß schon während der offiziösen Verhandlungen sich die Notwendigkeit einer Verlängerung des bestehenden Vertrages ergeben wird.

Ich bemerkte ihm, daß solche Antworten in Italien nicht befriedigen würden, und daß, obgleich man die Nützlichkeit, daß die offiziösen Verhandlungen direkt von ihm geführt würden, einsähe, man doch sogleich festsetzen solle, daß die offiziellen Verhandlungen in Rom stattzufinden hätten, und lächelnd fügte ich hinzu, daß, wenn ich beauftragt wäre, mit ihm über diesen Punkt zu verhandeln, ich betreffs des Orts und der Art und Weise der offiziösen Verhandlungen seinen Wünschen nur unter der Bedingung nachgeben würde, daß gleichzeitig Rom als Ort der endgültigen Verhandlungen festgesetzt würde.

Aber er bestand auf seinen Erklärungen, es sei ihm nicht möglich, bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge etwas Sicheres zu versprechen; die Frage über den Ort der endgültigen Verhandlungen müsse von dem Ergebnisse der vorläufigen Verhandlungen abhängen, nämlich davon, was in den offiziellen Verhandlungen zu tun bleiben wird; daß, wenn er dagegen Einwendungen macht, daß sowohl die vorläufigen wie die endgültigen Verhandlungen in Rom geführt werden, er dies nicht aus politischen Gründen oder aus Gründen der Staatsraison tue, sondern ausschließlich deswegen, weil er mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Sache und der Gegensätze in der öffentlichen Meinung Frankreichs nicht weiß, wen er nach Rom senden solle. Ein Anhänger des Schutzzollsystems würde alles verderben, ein Freihändler von vornherein die Aussicht auf einen endgültigen Erfolg mindern; es sei daher besser, daß er an den Verhandlungen persönlich teilnehme; übrigens könne nur er allein sich ein Urteil über den wahrscheinlichen Ausgang derselben bilden.

Alles dies sagte mir Herr Rouvier gestern. Heute verläßt er Paris, um einen kurzen Ausflug aufs Land zu machen, und heute noch werde ich mich von ihm verabschieden. Übermorgen, den 12., werde ich dann von Paris abreisen und über die Schweiz nach Cumiana zurückfahren, von wo aus ich schnellstens nach Rom kommen werde.

Der Eindruck, den ich bei meinem Aufenthalt in Paris empfangen habe, stimmt mit den Erklärungen Herrn Rouviers überein:

Frankreich will in seiner großen Majorität den Krieg nicht, hat kein Revanchefieber, und es ist nicht anzunehmen, daß es Deutschland angreifen wird. Im Gegenteil wird es so lange wie möglich allen Anregungen dazu ausweichen.

In Bezug auf Italien gibt es nur eine sehr geringe Anzahl Franzosen, die daran denkt, mit uns Krieg anzufangen; die meisten fürchten, daß wir zusammen mit Deutschland Frankreich überfallen wollen, und warnen uns vor den Gefahren, die aus dem Untergange Frankreichs auch für uns entstehen würden.

Das Ansehen des Königsreichs Italien und seiner Regierung ist hier groß.

Selbst die Wichtigkeit der katholischen Frage erscheint hier jetzt von geringerer Bedeutung, und nur sehr wenige Leute möchten die Verteidigung des Kirchenstaates auf sich nehmen.

Herr Rouvier ist überzeugt, daß die italienische Politik unter Ihrer energischen Hand und von Ihrem Gedanken geleitet, lebhafter an der Lösung der internationalen Fragen teilnehmen wird, und war sehr froh, durch meine freundschaftlichen Versicherungen von Ihrer Gesinnung zu erfahren, da er dieser für die Herstellung besserer Beziehungen zwischen den beiden Ländern vertraut.

Unter anderem versicherte mir Herr Rouvier, daß in Bezug auf Italien sämtliche in Frankreich vorbereiteten Kriegspläne von der Annahme eines Verteidigungskrieges ausgehen.

Betreffs der Arbeiterfrage behauptet er, es handle sich um Lohnstreitigkeiten, aber nicht um eine nationale Antipathie gegen die Italiener.

Über alles das werde ich Sie jedoch besser mündlich unterrichten. Jetzt füge ich nur noch hinzu, daß mein Gedankenaustausch mit Herrn Rouvier durchaus zweckmäßig war. Er wird, seinem Wunsche entsprechend, in einem weiteren Briefwechsel fortgesetzt werden."

Nachdem festgesetzt war, daß die einleitenden und offiziösen Verhandlungen in Paris, die offiziellen aber in Rom stattfinden sollten, langten die italienischen Unterhändler Luzzati, Elena und Branca am 28. September in der französischen Hauptstadt an. Jedoch gleich zu Anfang forderte die französische Regierung, daß als Grundlage der Verhandlungen nicht unsere Tarife, was natürlich gewesen wäre, sondern der gekündigte Vertrag dienen sollte. Am 6. Oktober, ehe die italienischen Delegierten nach Rom zurückfuhren, teilten sie Crispi telegraphisch mit, daß die beauftragten französischen Sachverständigen über die Hauptpunkte des Vertrags nicht vorbereitet und daß die Stimmung der französischen Regierung dem Vertrage weniger günstig als in den ersten Tagen sei. Am 2. November schrieb der Botschafter Menabrea:

„Gestern abend habe ich mit Herrn Rouvier über unseren Handelsvertrag gesprochen. Er verhehlt sich die Schwierigkeiten nicht, auf die derselbe im Parlament stoßen wird."

In den ersten Tagen des Dezember verlangte der Botschafter Graf de Moüy von Crispi eine Verlängerung des Vertrages, welcher am Ende des Monats verfallen wäre. Crispi antwortete, er könne in diesem Verlangen nur nachgeben, wenn er hoffen könnte, zu einem Abkommen zu gelangen, und wenn die französischen Unterhändler nicht nach Rom kämen. Am Ende des Monats kamen die Unterhändler Teisserenc de Bort und Marie, und der Vertrag wurde auf zwei Monate verlängert; aber die feindliche Gesinnung des französischen Parlaments wurde deutlich durch das Gesetz bewiesen, welches am 15. Dezember auf Antrag des Zollausschusses angenommen und wonach die Regierung bevollmächtigt wurde, bei den italienischen Produkten die allgemeinen Tarife mit einem Aufschlag bis zu 100% anzuwenden.

Die Zusammenkünfte zwischen den italienischen und französischen Unterhändlern wurden schon nach der ersten unterbrochen, und am 5. Januar telegraphierte Crispi bei der Mitteilung dieser Unterbrechung, die er als schlechtes Vorzeichen ansah, dem Botschafter in Paris:

„Ich bedaure diese Verzögerung um so mehr, als wir von den besten Absichten, die Verhandlungen in einem versöhnlichen Geiste zu Ende zu führen, beseelt waren und noch beseelt sind. Ich will denn auch nicht einmal vermuten, daß Frankreich nur eine Verlängerung des alten Vertrages hat erlangen wollen."

Die Verhandlungen wurden nach wenigen Tagen wieder aufgenommen, aber auf Verlangen der französischen Unterhändler noch einmal unterbrochen. Sie verließen Rom mit dem Versprechen, bald wiederzukommen. Am 24. Januar teilte der Botschafter Menabrea durch eine Depesche mit:

„Aus einem mir von Herrn Flourens übersandten Briefe, in welchem es sich um einen anderen Gegenstand handelt, hebe ich diesen Satz hervor: ‚Ich habe mir über die in unseren beiden Parlamenten vorherrschende Stimmung genaue Rechenschaft gegeben. Wenn Italien glauben sollte, uns keine neuen Zugeständnisse machen zu können, so halte ich eine Stockung in unseren Handelsvertragsverhandlungen für unvermeidlich'."

Alle Versuche Crispis, die französische Regierung dazu zu bewegen, die Verhandlungen im versöhnlichen Sinne fortzuführen, scheiterten. Am 6. Februar, während der französische Unterhändler Senator Teisserenc de Bort sich von Ellena verabschiedete, sagte er ihm: „Solange Sie dem Dreibunde angehören werden, wird kein Handelsvertrag zwischen Italien und Frankreich zustande kommen." Und der Minister Flourens sagte, daß das höchste, was er von den französischen Parlamenten, die für das Schutzzollsystem begeistert waren, erreichen könne, die Erneuerung des Vertrages von 1881 sei. Das durfte Crispi,

ohne gegen den Willen des Parlaments, das die Kündigung des Vertrages gewollt hatte, zu verstoßen, nicht zugeben.

Wenn das, was der hervorragende Volkswirtschaftler Léon Say einem italienischen Freunde in einem Privatbriefe vom 21. Januar 1888 schrieb, wahr ist, so war übrigens die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß Herr Flourens sich getäuscht, und daß er Italien einer neuen Ablehnung durch das französische Parlament ausgesetzt hätte:

„La Chambre française avait pris le parti de dénoncer l'ancien traité avec l'Italie avant votre dénonciation à vous. Elle a indiqué formellement son opinion dans la discussion et a sursis à voter sur la demande du ministre des affaires étrangères. Le lendemain votre dénonciation était connue.

La Chambre Française est donc autorisée à considérer qu'elle a émis préalablement à tout le reste, l'avis qu'elle ne voulait plus du dernier traité, parcequ'elle le trouvait défavorable.

C'eût été se casser la tête contre un mur, que de lui demander d'accepter autre chose qu'une prorogation pure et simple."

Die nachträglichen Ereignisse, die Anwendung der allgemeinen und der Differentialtarife, sowie der wirtschaftliche Kampf, der aus denselben entsprang, wurden Crispi zur Last gelegt. Man behauptete, daß seine Reise nach Deutschland die feindliche Stimmung in Frankreich erzeugt habe, die schließlich zum Bruche der Handelsbeziehungen geführt hat. Wie willkürlich aber diese Urteile waren, ersieht man aus den oben wiedergegebenen Schriftstücken. Die Verhandlungen und die Forderung von Zugeständnissen nahmen nach der Reise ihren Anfang, und Frankreich hätte den Vertrag, trotz der Reise, angenommen, wenn es die Vorteile hätte erlangen können, die es beanspruchte.

Die Politik begünstigte allerdings den Sieg der Schutzzöllner. Die französischen Abgeordneten aber, die

sich gegen eine Verständigung mit dem Bundesgenossen Deutschlands auf handelspolitischem Gebiete erklärten, waren nicht der Reise nach Friedrichsruh wegen, die an der Sache nichts änderte und auch nichts ändern konnte, gegen Italien, sondern des Bündnisses selbst wegen, das nicht das Werk Crispis war.

Es war das Verdienst Crispis, das Bündnis fester und für Italien nützlicher gestaltet zu haben. Als Frankreich Italien seine Grenzen verschloß, fanden die Italiener in dem Bewußtsein, nicht einsam dazustehen, Trost und die Kraft, die Krisis zu überwinden, die ihrerseits nicht ohne Nutzen für den italienischen Handel blieb, da sie ihn für den Kampf stählte und ihn neue Märkte aufsuchen ließ.

Aus Francesco Crispis Tagebuch:

6. Oktober 1887.

Die Balkanfrage; infolge der Note des Staatssekretärs aus Berlin willigt Kalnoky, der die Einrichtung selbständiger balkanischer Staaten begünstigte, ein, die Grundlagen eines Abkommens mit Italien festzusetzen.

Bulgarien: Rußland besteht auf der Mission Ehrenroth, der es gern eine Dauer von sechs Monaten geben möchte, und verlangt, daß die Türkei sie selbst vorschlage. Es ist aber dagegen, Zwangsmaßnahmen anzuwenden.

16. Oktober.

Die Franzosen sind unruhig und versuchen, auch in Marokko Unruhen hervorzurufen. Der Minister des Auswärtigen Spaniens, Moret, sagt eine europäische Konferenz über Marokko an.

Nachrichten aus London: Frankreich und England verhandeln über einen internationalen Vertrag, der den freien Verkehr im Suezkanal gewährleisten soll.

22. Oktober.

Der spanische Gesandte kommt zu mir, um mich über die Ansichten und Absichten seiner Regierung betreffs Marokkos zu unterrichten. Es liegt darin eine Bestätigung dessen, was uns von unserem Gesandten Maffei darüber telegraphiert worden ist. Der spanische Minister des Auswärtigen, Moret, hat in Paris eine die Konferenz betreffende, vom August datierte Note des Sultans übermittelt.

23. Oktober.

Der österreichische Botschafter ist zu mir gekommen, um mich von einer Unterredung des spanischen Gesandten in Wien mit dem Grafen Kalnoky über marokkanische Angelegenheiten zu unterrichten. Kalnoky habe zu einer Verständigung zwischen Spanien und Frankreich geraten.

28. Oktober.

Der Geschäftsträger Frankreichs, Gérard, gratuliert mir zu meiner Rede in Turin und dankt mir für meine wohlwollenden Worte gegenüber Frankreich. Wir sprechen von der Vergangenheit.

31. Oktober.

Besuch des deutschen Botschafters, Grafen Solms. Militär-Konvention; der Kaiser hat meine Gedanken aufgenommen; Moltke arbeitet.

Die acht Punkte des Abkommens über die orientalische Frage, die mir und Salisbury von Kalnoky mitgeteilt worden, sind von Salisbury im Prinzip, so wie sie redigiert waren, unter Voraussetzung der Zustimmung des am Donnerstag zusammentretenden Ministerrats, ange-

nommen. Nachdem ich erfahren, welchen Anteil Bismarck daran gehabt hat, setzte ich die Botschaft in London hiervon in Kenntnis, damit sie auf Salisbury diesbezüglich einwirken möge. Solms glaubt, daß Bismarck auf Salisbury weniger Einfluß auszuüben vermag als ich.

Marokko: Die Konferenz ist von uns unter der Bedingung, daß sie sämtliche Fragen behandelt, und daß man zu einer endgültigen Erledigung derselben kommt, angenommen. Mit den von Frankreich mitgeteilten drei Punkten bin ich einverstanden.

Suezkanalkonvention: sie ist noch nicht unterzeichnet; Gedankenaustausch zwischen den drei Mächten.

1. November.

Besuch des österreichischen Botschafters de Bruck. — Pilger, katholische Kundgebungen. — Nachrichten aus Konstantinopel und Bulgarien. — Majorate in der Provinz Neapel für die Gräfin von Trani, Schwester der Kaiserin. — Suezkanalkonvention.

2. November.

Besuch des französischen Geschäftsträgers. — Handelsvertrag. —

Die Massaua betreffenden Kapitulationen; der Grieche verurteilt; griechischer Schutz; der Befehl des Generals Galetta, den Griechen freizulassen, und seine Bedeutung. Mein Vorbehalt. Die Kapitulationen bestehen nicht mehr zu Recht, es besteht Kriegszustand. Die Franzosen erkennen die Kapitulationen noch an, ich nicht. Die Suezkanalkonvention ist am 24. Oktober unterzeichnet worden. Mitteilung an die Türkei.

Besuch des spanischen Gesandten, Grafen Rascon's. Marokko: Mißtrauen Englands, das für eine Neutralisierung ist. Der französische Minister des Äußeren, Flourens, wird sich an der Konferenz unter der Bedingung, daß das Programm derselben vorher zwischen Spanien und Frankreich festgesetzt wird, beteiligen.

Spanische Pilger. — Goldenes Vlies für den Prinzen Amedeo. — Canovas y Castillo: seine Rede gegen die Regierung in dem konservativen Klub; man braucht sich mit derselben nicht zu befassen.

Besuch des griechischen Gesandten. Ich beschwere mich über die Inanspruchnahme französischen Schutzes und drohe den Ausländern mit strengen Maßnahmen.

6. November.

Abermaliger Besuch des Gesandten Spaniens. Am 4. kam in Madrid eine Depesche des spanischen Gesandten in Petersburg an. Das russische Kabinett rät der spanischen Regierung in höflichster Weise, sich in der marokkanischen Frage mit Frankreich zu verständigen.

Diese Kundgebung ist von großer Bedeutung. Es ist notwendig, den Verlauf der Verhandlungen mit Frankreich abzuwarten. Das Vorhandensein einer französisch-russischen Abmachung betreffs der marokkanischen Frage, welche die geplante Konferenz über den Haufen werfen könnte, ist gewiß.

10. November.

Besuch des Grafen Solms. Er spricht mit mir von der Krankheit des Fürsten Bismarck, der Reise des Zaren, der Gereiztheit des Kaisers. Das Benehmen der Russen gegen die Deutschen. Erregung der Gemüter.

Der Gesandte Spaniens. Er bringt mir Nachrichten über den Besuch der italienischen Journalisten. Wunsch einer Kundgebung. — Verleihung des Großkreuzes Isabella's an den Abgeordneten Bonghi; die des Ordens der italienischen Krone an Herrn Caspar Muñoz de Arce. — Suezkanalkonvention; Spanien wartet auf unseren Entschluß.

Besuch des Botschafters Englands. Traurige Nachrichten über das Befinden des Kronprinzen. — Suezkanalkonvention; Abänderungsvorschläge, deren gleichzeitige Einreichung seitens Frankreichs und Englands. Im Auftrage der Königin wird der Herzog von Norfolk nach Rom kommen, um dem Papst dafür zu danken, daß er ihr gelegentlich ihres Jubiläums Ruffo-Scilla gesandt habe, und um Seiner Heiligkeit ihre Glückwünsche zu seinem Jubiläum zu überbringen. Gegen den 16. nächsten Januars werden noch andere Lords und katholische Abgeordnete kommen.

11. November.

Graf Solms kommt mich von der Mission Radowitz' beim Sultan benachrichtigen, die den Zweck hatte, ihn von der schlechten Meinung, die er über mich hegte, abzubringen. Man hatte ihm eingeredet, ich erstrebe die Gründung eines albanesisch-mazedonischen Staates. Die Mission Radowitz' ist gelungen.

Franzosen gegen Italiener in Tunis. Kardinal Lavigerie ist, unterstützt von seiner Regierung, übermütig geworden und hat auch die Malteser an sich gezogen.

Ägypten: Reformierte Gerichte.

Solms unterrichtet mich, daß der französische Kriegs-

rat einen Antrag auf Schaffung von Alpentruppen abgelehnt habe.

Marokko: Drohungen Frankreichs gegen den Sultan, der die für den Tod des Kapitans Smith verlangte Entschadigung verweigert haben soll. — Er spricht mit mir von der Notwendigkeit der Neutralisierung Marokkos: diese sollte Gegenstand der Madrider Konferenz sein.

13. November.

Besuch beim österreichischen Botschafter und seiner Gemahlin. Die Baronin ist abwesend.

De Broch liest mir eine Mitteilung des österreichischen Botschafters in Paris vor, in der er über eine Unterhaltung, die er mit dem Präsident Grevy gehabt hat, berichtet. Dieser habe von den Angelegenheiten Bulgariens und der parlamentarischen Untersuchung in Frankreich gesprochen. Grevy soll die Meinung ausgedrückt haben, daß die Wahl des Koburgers gesetzmaßig war, und daß die Mission Ehrenroth nicht erfolgreicher als diejenige Kaulbars' sein wurde. Daß in Bulgarien nichts Besseres zu tun ware, als die Dinge so zu lassen wie sie sind. Bezüglich der angeordneten Untersuchung habe er gesagt, daß er dieselbe bedauere. Sein Amt würde er jedoch nicht niederlegen, er habe diesen Entschluß aus Vaterlandsliebe gefaßt. Sein Verbleiben bedeute die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ruhe. Frankreich würde in große Verwirrungen geraten, wenn er nicht an seinem Platz bliebe.

14. November.

Graf Solms kommt zu mir.

Türkische Finanzen; mein Vorschlag. Er meint, derselbe würde uns dem Sultan entfremden. Ich antworte, daß ich keinen formellen Antrag gestellt habe. Der Gedanke einer Regelung der türkischen Finanzen sei aus den Besprechungen der Botschafter der drei verbündeten Regierungen in Konstantinopel hervorgegangen.

Solms fragt mich, ob ich von den Bemühungen Frankreichs im Vatikan unterrichtet sei. Frankreich habe dem Papst jede Unterstützung versprochen.

Der Geschäftsträger Frankreichs, Herr Gérard, kommt gegen 4 Uhr nach dem Palazzo Braschi.

Er sagt mir, daß er von seiner Regierung beauftragt worden sei, mir den schon mit England beschlossenen Entwurf einer Suezkanalkonvention, zusammen mit einem Rundschreiben Herrn Flourens, und einem Briefe von Salisbury, mitzuteilen. Betreffs des Handelsvertrages drückt er sein und seiner Regierung Vertrauen in mich wegen seines Zustandekommens aus.

Ausweisung des Griechen Nicopoulo; er spricht sein Bedauern darüber aus.

Ich antworte, daß Nicopoulo zufrieden sein sollte, daß er aus dem Gefängnis entlassen worden ist. Fremde werden gewöhnlich erst ausgewiesen, nachdem sie ihre Strafe verbüßt haben. — Das geschieht auch in Frankreich.

17. November.

Dem Geschäftsträger Frankreichs habe ich gesagt, daß England mir die Suezkanalkonvention mitgeteilt habe. Ehe ich eine endgültige Antwort gebe, erwarte ich noch weitere Mitteilungen. Im Prinzip aber bin ich

einverstanden und werde mich bei den befreundeten Regierungen bemühen, daß auch sie die Konvention annehmen.

Graf Solms liest mir einen in Bismarcks Namen von Herrn von Holstein geschriebenen Brief vor, in dem steht, daß der Fürst mir für die ihm von mir gemachten Mitteilungen und für meine Haltung bei allen Geschäften, die zwischen den beiden Regierungen verhandelt worden sind, dankt. Ich erwidere den Dank und bemerke, daß der Fürst mich immer geneigt und stets von dem Wunsche beseelt finden wird, mit ihm in vollkommener Übereinstimmung zu handeln.

Eine Note vom 11. November aus Berlin gibt Nachrichten über die Marokko-Frage. Bismarck ist einer europäischen Konferenz, die den Schutz der Eingeborenen zum einzigen Gegenstand hätte, abgeneigt. Die Neutralisierung Marokkos erscheint notwendig. Jeraud, der französische Bevollmächtigte, ist nach Tanger zurückgekehrt, um im Interesse Frankreichs zu wirken. Moret widerstrebt den französischen Forderungen. Es ist eine Teilung Marokkos vorgeschlagen worden, aber die Regentin ist anderer Meinung; sie drückte sogar ihr Erstaunen darüber aus.

18. November.

Der Geschäftsträger Frankreichs kommt, um mir zu sagen, daß er gestern seiner Regierung meine günstige Antwort über die Suezkanalkonvention und mein Versprechen, mich bei den befreundeten Regierungen wegen ihrer Annahme zu bemühen, durch eine Depesche übermittelt hat. Herr Flourens dankt mir dafür, daß ich der erste gewesen bin, der zugestimmt habe, sowie für das

erteilte Versprechen. Ich warne vor den Intrigen der Monarchisten. Ich rate der französischen Regierung, sie zu beobachten, um Überraschungen zu vermeiden. Italien sei an der Aufrechterhaltung der Republik, die eine Gewähr für den Frieden sei, interessiert, Herr Grevy möge auf seinem Posten verbleiben.

Graf Rascon kommt zu mir und teilt mir mit, der Botschafter Frankreichs habe ihn von dem Abschluß der Suezkanalkonvention in Kenntnis gesetzt. Er fragt mich, ob Italien dieselbe annimmt, und ob es Spanien ratet, sie ebenfalls anzunehmen. Ich antworte, Italien sei prinzipiell dazu geneigt; da es aber noch nicht alle Urkunden erhalten habe, so habe es seine endgültige Antwort noch nicht gegeben. Ich bitte, bis Dienstag zu warten.

19. November.

Der Botschafter Englands bringt mir den Brief vom 4. November zu lesen, in dem Salisbury ihn beauftragte, mir die Suezkanalkonvention und den Inhalt der betreffenden Urkunden mitzuteilen.

Graf Solms teilt mir folgende Depesche des Fürsten Bismarck mit:

„Seine Majestät der Kaiser Alexander hat bei seinem Aufenthalte am Berliner Hofe Sr. Majestät dem Kaiser und in einer sehr langen Audienz mir gegenüber selbst rückhaltlos seine friedliche Gesinnung geäußert. Er hat seinen Entschluß ausgedrückt, keinem Bündnis beizutreten, das aggressive Absichten hege, und Deutschland nie anzugreifen. Wir werden sehen, ob die Gesinnung Sr. Majestät eine beruhigende Wirkung auf die Haltung der russischen Presse, auf diejenige der Beamten und der Botschafter und vor allem auf die des Botschafters in Paris auszuüben vermag.

Wir haben nie geglaubt, daß der Zar jetzt oder eine Zeitlang die Absicht gehabt hat, uns anzugreifen.

Infolge unserer offiziellen Mitteilung ist dem Zaren Alexander bekannt, daß ein Angriff Rußlands gegen Österreich uns den Verträgen zufolge zwingen würde, Österreich Hilfe zu leisten. Dies wurde ihm gestern bei unserer Unterhaltung wiederholt. Anderseits weiß der Zar, daß uns die Zukunft Bulgariens in keinem Falle Veranlassung geben würde, aus unserer Neutralität herauszutreten, und daß unsere diplomatische Haltung nach wie vor von den Bestimmungen des Berliner Vertrags geleitet wird.

Die beiden Monarchen haben gegenseitig keine Verpflichtungen übernommen. Die Zukunft wird zeigen, ob wir von der Besorgnis befreit werden sollen, daß die Erregung in Rußland und in Frankreich der Untätigkeit der Regierung gegenüber den Herausforderungen der niederen Organe und der Beamtenschaft wegen immer mehr zunimmt, und daß diese Erregung endlich, in einer mehr oder minder nahen Zukunft, den Frieden bedrohen wird, oder ob nach seiner Rückkehr nach Rußland Kaiser Alexander Abhilfe schaffen wird.

21. November.

Besuch des Barons de Bruck.

Er unterrichtet mich von den friedlichen Äußerungen des Zaren Bismarck gegenüber. Sie stimmen mit denjenigen, die mir Solms gestern mitgeteilt hat, überein.

Er weist mich auf das Recht der Bourbonen, die Rückgabe ihrer privaten Güter zu verlangen, hin, und möchte mich zu einer prinzipiellen Erklärung veranlassen, wie diejenige, die Lamarmora Spanien gab, als dieses das neue italienische Reich anerkannte. Ich antworte, daß man den speziellen Fall, ob im Reiche noch Privatgüter der Bourbonen vorhanden seien, untersuchen müsse. Ich verspreche die Angelegenheit prüfen zu wollen, sobald ich die Grundlagen dafür erhalten haben werde.

Besuch des französischen Botschafters, Grafen de Moüy, nach seiner Rückkehr von den Ferien. Wir sprechen von der französischen Krisis; er hat über das Ergebnis

derselben keine sichere Meinung. Er erzählt mir, daß er Villa, den Präsidenten des italienischen Komitees für die Weltausstellung von 1889, in Paris gesehen hat, und daß er sich dafür verwendet habe, ihn zufrieden zu stellen; den Italienern wurde ein besonderes Gebäude, das sie wünschten, bewilligt.

De Moüy dankt mir für meine Zustimmung zu der Konvention für den Suezkanal. Ich erwidere, daß ich im Prinzip die Konvention annehme, aber keine offizielle Antwort geben könne, bis ich nicht alle Dokumente, welche sich auf diesen schwerwiegenden Gegenstand beziehen, erhalten und gelesen haben werde. In Artikel V und VIII der Konvention finde ich das, was Italien verlangt hatte.

Auch die Reise nach Friedrichsruh bildet Gegenstand unserer Unterhaltung. Der Eindruck in Frankreich konnte kein günstiger sein. Die hervorgerufene Erregung ist aber glücklicherweise im Schwinden begriffen. Auf meine Bemerkung, daß in Friedrichsruh nichts gegen Frankreich geplant worden sei, und daß unsere Unterredungen sämtlich einen friedlichen Charakter hatten, gab er zurück, ich hätte doch um so Geringes nicht nötig gehabt, eine so weite Reise zu unternehmen. Ich erinnerte an die Vorschläge Gambettas im Jahre 1877 und an die Notwendigkeit, daß sich die beiden Länder verständigten. Seiner Ansicht nach ließe sich allerdings ein modus vivendi zwischen Frankreich und Deutschland finden; aber solange die elsaß-lothringische Frage bestehe, sei eine Verständigung unmöglich. Frankreich will den Frieden — fügte er hinzu — und braucht ihn auch; obwohl es ein starkes Heer hat, läßt es sich nicht versuchen, einen

Krieg zu führen. Es berühre ihn sonderbar, daß die anderen Mächte es für nötig erachten, Bündnisse zu schließen, um einen Frieden zu bewahren, den Frankreich niemals zu stören gedenkt.

Herr de Moüy spricht mir von dem Handelsvertrage. Ich machte die Bemerkung, daß die französische Regierung nur zwei Noten gesandt, und in derjenigen, welche die Antwort auf unsere Frage bildete, unmögliche Dinge verlangt habe; ich fügte hinzu, dies sei ein Beweis, daß es keinen Vertrag schließen wolle. Er verteidigte sich, indem er uns angriff. Nach ihm ist der Vertrag uns nützlicher als Frankreich. Diesem würde das allgemeine Tarifsystem vorteilhafter sein. Ich erinnerte, daß wir seit 1878 sieben oder acht Monate unter dem Tarifsystem geblieben seien. Er erwiderte, indem er mich darauf hinwies, daß wir Frankreich weniger geben, als wir empfangen, und daß die Bilanz von Ein- und Ausfuhr zu unseren Gunsten abschließe. Er empfahl eine Verlängerung des gegenwärtigen Vertrages.

22. November.

Graf Solms spricht mir von den Intrigen in Yildiz Kiósk. Rußland betätigt sich dort eifriger als alle anderen und flößt dem Sultan Furcht ein. Für den Großvesir Kiamil-Pascha bestand die Gefahr, durch einen Parteigänger Rußlands ersetzt zu werden.

Marokko: Der Sultan dieses Landes lud die Notabeln ein, um über die Konzessionen zu beraten, die den fremden Mächten gemacht werden könnten. Dies wäre eine Einleitung zur Konferenz.

25. November.

Besuch des Grafen Rascon.

Suezkanalkonvention.

Erhebung der Gesandtschaft zur Botschaft. Da Spanien eine Botschaft bei dem Vatikan hat, möchte es auch eine solche bei dem Quirinal haben; natürlich müßte Italien das Gleiche tun. Die spanische Regierung hätte den gleichen Vorschlag in Berlin und in Wien gemacht. Ich erwidere, daß ich im Prinzip beistimme, und mit meinen Kollegen darüber sprechen und die Befehle Seiner Majestät einholen werde.

27. November.

Graf Solms meldet mir, England stimme zu, daß die Marokkokonferenz die Schutzfrage zum Gegenstand habe. Die Vertreter der Mächte in Tanger sollen zwecks Verständigung über die anderen Fragen zusammentreten. Frankreich ist der Ansicht, daß sich die Konferenz mit allen Marokko betreffenden Fragen beschäftigen müsse. Moret möchte die Einladungen sofort ergehen lassen.

Aus Berlin wird geschrieben, daß nach den Unterredungen von Friedrichsruh in Tripolitanien Vorsichtsmaßregeln getroffen würden. Dem Sultan macht die Reorganisation der italienischen Schulen in Tripolis Sorge. Auch in Tunis wird gegen uns intrigiert.

Solms fragt, ob ich Kenntnis von gewissen Dokumenten, die gefälscht sein sollen, habe, von denen die „Kölnische Zeitung“ spricht. Er mißt dieser Zeitung wegen ihrer Beziehungen zum Reichskanzler Bedeutung bei. Ich antworte, daß ich keine weitere Kenntnis

als die, welche ich aus den Zeitungen entnommen, davon habe. Auch Seine Majestät hatte mich danach gefragt. Da diese Dokumente in den Händen des Zaren verblieben sind, sind sie niemand zu Gesicht gekommen. Fürst Reuß, von dem gesagt wurde, er habe einen der Briefe geschrieben, wandte sich an den Fürsten Ferdinand, um eine Erklärung zu erlangen. Sein Vetter erwiderte, niemals einen Brief von ihm erhalten zu haben und von der Existenz des ihm zugeschriebenen nichts zu wissen.

Der Botschafter sprach mir von dem hohen Ansehen, welches sich nach Informationen der Reichskanzlei Baron Blanc in Konstantinopel verschafft habe.

Hinsichtlich der Dokumente, auf welche Graf Solms anspielte, erhielt Crispi im Dezember die folgenden Informationen:

Wien, 18. Dezember 1887.

Die gefälschten Dokumente, von welchen die „Kölnische Zeitung" sprach, und die nach Kopenhagen an Se. Majestät den Kaiser von Rußland kurz vor seiner Abreise aus Dänemark gesandt wurden, sind vier:

1. Ein Brief des Prinzen Ferdinand von Koburg an Ihre Königliche Hoheit die Gräfin von Flandern, datiert vom 27. August 1887;

2. eine Notiz, welche Prinz Reuß, der deutsche Botschafter in Wien, dem Prinzen Ferdinand von Koburg übergeben hätte, und welche dem vorigen Briefe angefügt ist;

3. ein zweiter Brief des Prinzen Ferdinand an die Gräfin von Flandern, datiert vom 16. September 1887;

4. eine zusammenfassende Notiz, welche von Brüssel an Prinz Ferdinand gesandt worden wäre und das Datum vom 28. Oktober 1887 trägt.

Diese Dokumente ließ man (wie angenommen wird, durch Vermittlung eines gewissen Herrn Hansen) von Paris nach Kopenhagen gelangen, wo sie Kaiser Alexander vorgelegt wurden; eine Abschrift derselben wurde gleichzeitig an Herrn von Giers nach Petersburg gesandt. Dieser drückte

in einem Schreiben an Kaiser Alexander die Ansicht aus, daß die Dokumente nicht authentisch wären. Aber ihre Unechtheit wurde den Augen des Zaren nicht eher klar als nach der Unterredung, welche Se. Kaiserliche Majestät in Berlin mit dem Fürsten Bismarck hatte, und nachdem Prinz Reuß selbst sie mit einem Briefe dementierte, der Sr. Kaiserlichen Majestät vorgelegt wurde, während andererseits Ihre Königliche Hoheit, die Gräfin von Flandern, erklären ließ, sie habe niemals die dem Prinzen Ferdinand zugeschriebenen Briefe erhalten. Die vier Dokumente wurden einzig zu dem Zweck verfaßt, dem Kaiser Alexander vorzuführen, wie Fürst Bismarck, während er sich öffentlich und offiziell um die Affären Bulgariens nicht bekümmerte, ja sogar die russische Politik in dieser Frage begünstigte, dennoch unter der Hand die Kandidatur des Prinzen Ferdinand unterstütze und ihm auf dem bulgarischen Throne Beistand leihe.

Wer der Urheber der Fälschung sei, ist noch nicht bekannt. Man vermutet jedoch, daß er russischen Ursprungs ist und in Frankreich wohnt, oder wenigstens dort wohnte. Die Unechtheit der Dokumente ergibt sich zur Genüge aus ihrem ganzen Inhalt und auch aus ihrer Form. Die Dokumente werden für Übersetzungen aus dem Deutschen ins Französische ausgegeben. Aber es scheint erwiesen, daß sie auf französisch verfaßt wurden. Sie verraten als Autor eine Person, die mit dem Lesen diplomatischer Dokumente vertraut ist, und eine Feder, die an das Schreiben solcher gewöhnt ist. Aber gleichzeitig trifft man auf sehr ungenaue Urteile über Menschen und Dinge, wie auch auf tatsächliche Irrtümer. So sollte zum Beispiel Fürst Ferdinand in dem ersten Briefe Anspielung auf sein Zusammentreffen mit der Gräfin von Flandern in Ischl machen, einem Orte, den diese Fürstin nie betreten hat.

In dem letzten der erwähnten Dokumente wird unter anderem gesagt, daß in der Unterredung zwischen Ew. Exzellenz und dem Fürsten Bismarck die bulgarische Frage in einem der Erhaltung des Fürsten Ferdinand auf dem Throne von Sofia günstigen Sinne diskutiert und reguliert worden ist.

Allem Anscheine nach wünscht Fürst Bismarck, daß diese Affäre keine weiteren Folgen zeitige. Nichtsdestoweniger glaubt man, daß die Nachforschungen nach dem Verfasser fortgesetzt werden.

28. November.

Graf de Moüy überreicht mir einen Bericht vom 25. d. M., welcher die Vorschläge Frankreichs betreffs der Seidenwareneinfuhr enthält, die in den Abmachungen des neuen Vertrages vorgesehen sind. Ihm wäre eine Verständigung angenehm, damit sich nicht eine chinesische Zollmauer zwischen den beiden Ländern erhöbe. Auch ich wünsche eine Verständigung, und darum ist es notwendig, die Bedingungen für einen Vergleich zu finden.

Nachrichten aus Frankreich: Graf de Moüy hält die Wahl Freycinets zum Präsidenten der Republik für wahrscheinlich. Er würde darüber erfreut sein, weil er durch ihn den Posten als Botschafter erhalten hat. Ich antworte, daß auch ich jene Wahl als ein großes Glück für Frankreich betrachten würde, dessen Ruhe ich lobe. Wenn die Radikalen keine Ausschreitungen begingen und Patriotismus bewiesen, würde das Schicksal Frankreichs gesichert sein. Graf de Moüy ist über die Verzögerungen betrübt, hofft aber auf eine gute Lösung.

29. November.

Die Berliner und die Wiener Regierung sind dahin übereingekommen, mir den Inhalt des Geheimvertrages von 1879 zwischen Österreich und Deutschland mitzuteilen. Sie sind der Ansicht, daß Italien nichts verheimlicht bleiben dürfe. Mit einem Briefe Bismarcks vom 20. d. M. und einem des Grafen Kalnoky vom 24. sind die beiden Botschafter beauftragt worden, sich zu mir zu begeben, um mir die Abschrift des Vertrages auszuhändigen. Als erster traf de Bruck ein, später kam Graf Solms. Die beiden Botschafter hoben die Wichtigkeit dieser Hand-

lung als einen Beweis großen Vertrauens in mich seitens der beiden Kabinette hervor. Dankend erwiderte ich, daß ich es verdiente.

1. Dezember.

Truppenrüstungen in Tripolitanien. Ich habe Graf Solms zwei meiner Beschwerdenoten gegen die französischen Umtriebe in jenen Gebieten überreicht.

Der russische Botschafter, Baron Uxküll, bestätigt mir, daß der Zar von seiner Berliner Fahrt sehr befriedigt war, seine Anschauung über die bulgarische Frage aber habe sich nicht geändert, obgleich sie für den Augenblick zum Schweigen gebracht sei. Er fragt mich, ob Graf Greppi, der frühere Botschafter in Petersburg, auf seinen Posten zurückkehren würde. Ich antworte, daß er nicht zurückkehren werde, daß aber sein Nachfolger eine Persönlichkeit sei, die sich der Sympathien des Zaren erfreue.

Der spanische Gesandte spricht mit mir wieder von der beabsichtigten Konferenz über Marokko; die dortigen Vertreter werden sich darüber verständigen. Man erwartet auf eine spanische Note die Antwort Frankreichs. Rußland ist nicht direkt interessiert, aber es ist bereit, an der Konferenz teilzunehmen, wenn auch die anderen Mächte dort vertreten sind.

Besuch des Grafen de Moüy. Er spricht von verschiedenen Dingen, unter anderem auch von einer „Société d'histoire diplomatique", der verschiedene Diplomaten angehören. Er bittet um meine Teilnahme. Sie hätten die Königin gebeten, einzuwilligen, daß sie als Mitglied eingetragen werde, mußten aber später wegen eines wenig passenden Artikels gegen Italien darauf verzichten.

Er macht auch einige Bemerkungen über das Rundschreiben, in dem ich angeordnet habe, daß von jetzt an mit allen den Mächten in italienischer Sprache korrespondiert werden soll, die in ihrer eigenen Sprache schreiben. Diese Neuerung, glaubt er, sei für Frankreich gemacht; ich suche ihn von seiner Meinung abzubringen.

12. Dezember.

Besuch des Botschafters Graf Solms.

Atkinoff, der Führer der Kasaken in Paris, hat sich geweigert, auf die russische Botschaft zu gehen. Russische Rüstungen; Gefahren.

Der König. Bismarck glaubt, daß sich der König wenig um das Heer kümmere. Ich überzeuge Solms vom Gegenteil. Der König nimmt jetzt hervorragenden Anteil an den Interessen des Heeres und an unseren internationalen Beziehungen.

Bavier, der schweizerische Minister, kommt. Wir sprechen über den Handelsvertrag. Ich sage ihm, daß ich eine schlichte und einfache Verlängerung des Vertrages, der vor dem Verfall steht, nicht annehmen könne. Er solle mir die Artikel, über die es nötig ist, sich zu verständigen, nennen, ich sei bereit, zu verhandeln. Ich habe vom Parlamente die Zustimmung verlangt, um auch den italienisch-schweizerischen Vertrag abzuschließen und anzuwenden. Bavier antwortet, daß er beim Bundesrate beantragen werde, ihm die in Frage kommenden Artikel zu nennen. Er sagt mir, daß die schweizerische öffentliche Meinung unserer Zölle wegen beunruhigt ist. „Ein Grund mehr," antworte ich, „um einen Vertrag zu schließen. Wenn Sie ein Provisorium wollen,

wollen, halten wir uns an wenige Positionen, wollen Sie dagegen einen endgültigen Vertrag, so werden wir über alle Positionen sprechen und verhandeln, die der Bundesrat glauben wird, uns angeben zu müssen." Es wird beschlossen, daß Bavier nach Bern telegraphiert, damit sachverständige Unterhändler gesandt werden.

Graf Rascon kommt, um mich zu fragen, ob er das Abkommen für ein als Kohlenstation an Spanien abzutretendes Gebiet in Assab als geschlossen anzeigen kann, weil der Minister Moret im Parlamente darüber sprechen muß. Ich antworte, er könne nach Madrid telegraphieren, man möge das Abkommen als unterzeichnet betrachten.

Mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter spreche ich über die russischen Rüstungen. Keine beunruhigenden Nachrichten. Österreich hat 150—200 000 Mann in Galizien, die Eisenbahnen befinden sich in einem Zustande, daß sie sogleich andere Truppen in die bedrohten Ortschaften transportieren können.

Er hinterläßt mir eine Denkschrift über die Güter der Bourbonen.

Auch mit dem rumänischen Minister spreche ich von den rumänischen Rüstungen. Friedensnachrichten; aber es ist nicht ratsam, ihnen zu sehr zu trauen.

16. Dezember.

Photiadis-Pascha, der türkische Botschafter, läßt mich eine Notiz vom Said lesen, in der von der Rektifizierung der tripolitanischen Grenze die Rede ist. Der türkische Minister versichert, daß nichts verändert worden

sei, und daß das, was in dem „Bulletin de la Société de géographie" geschrieben worden, unrichtig ist.

Er erzählt nun auch von dem dem italienischen Botschafter und seiner Gemahlin vom Sultan gegebenen Diner und den ihnen erwiesenen Ehrungen.

18. Dezember.

Graf Rascon unterrichtet mich, daß sein Minister Moret dem spanischen Vertreter in Tanger geschrieben habe, er möge einen Bericht abfassen, der als Grundlage für die marokkanische Konferenz dienen soll. Rascon bittet, daß dem italienischen Konsul derselbe Auftrag gegeben werde. Der Bericht müßte die Schutzfrage und alles das, was sich auf dieselbe bezieht, behandeln.

In einigen Tagen wird die Vollmacht für die Verlängerung des Handelsvertrages eintreffen.

Graf de Moüy kommt, um mich noch einmal wegen des Vertrages zu sprechen: er wünscht eine Verlängerung des Bestehenden. Ich lehne ab. Die Verlängerung würde jetzt nach der Abstimmung in den französischen Kammern (welche die Anwendung des durch die Differentialtarife um 100% verschärften allgemeinen Tarifs auf italienische Waren autorisiert hatte) eine Schande für Italien sein.

„Sie versetzen uns in ein Dilemma," sagte ich ihm, „aus dem es für eine Regierung, die sich ihrer Würde bewußt ist, keinen Ausweg gibt. Sie drohen mit Zollkrieg, im Falle wir die schlichte und einfache Verlängerung des gegenwärtigen Vertrages nicht annehmen. Übrigens habe ich gar nicht die Befugnis, den Vertrag auf schlichte und einfache Weise zu verlängern. Das

Gesetz ermächtigt mich nur, einen provisorischen Vertrag abzuschließen."

De Moüy bittet mich um eine Verlängerung, die uns wenigstens zu einer Verständigung Zeit ließe. Die französische Regierung, die bei dem jetzt vorherrschenden Gedanken des Schutzzollsystems Schwierigkeiten gehabt hatte, das Gesetz, so wie es jetzt ist, durchzubekommen, wird schwerlich ein besseres erlangen können. Ich antworte, daß dies nicht meine Schuld sei. Schon vor mehreren Monaten hatte ich gesagt, daß ich während der Verhandlungen eine Verlängerung bewilligt haben würde, aber ohne eine Hoffnung auf einen neuen Vertrag ist es unmöglich. Lassen Sie die französische Regierung einen oder mehrere Unterhändler zur Verhandlung hierher senden, beweisen Sie mir, daß Sie, um den Zweck zu erreichen, verhandeln wollen, und ich werde die Verlängerung bewilligen.

Graf de Moüy bemerkt, daß die Zeit drängt, und daß es uns schwerlich gelingen dürfte, in diesem Monat noch etwas zu erreichen. Ich wiederhole, daß es immer an der Zeit sei, den guten Willen zu beweisen. Ich bin auch bereit, den Vertrag durch einen königlichen Erlaß zu verlängern, aber es ist notwendig, daß ihre Unterhändler hier sind und mit ihrer Anwesenheit einen Beweis liefern, mit dem ich mich vor dem Parlamente rechtfertigen kann.

Graf de Moüy verspricht, sogleich nach Paris zu schreiben, damit sie die Unterhändler schicken. Ich lege ihm ans Herz, das, was ich ihm gesagt habe, geheimzuhalten. Wenn die Zeitungen davon reden sollten, so enthebe ich

mich meiner Versprechungen und verlängere den Vertrag nicht. So bleibt es abgemacht.

Während er sich verabschiedet, fragt er mich, ob er dem Könige von unserem Gespräch Mitteilung machen solle; ich antworte verneinend.

21. Dezember.

Graf Solms hat mir eine Note vom Grafen Bismarck vom 15. d. M. zu lesen gegeben. Der Graf hatte in Wien Vorstellungen über die klerikalen Demonstrationen erhoben; Kalnoky hat versprochen, darüber zu wachen, daß die öffentlichen Beamten bei anderen Gelegenheiten nicht wieder Anteil nehmen. In dem Briefe ist gesagt, daß sich bei der Versammlung in Linz der Gouverneur, Baron Weber, nur zufällig dort befunden hätte. Er sei ein Liberaler.

Eine andere Note beschäftigt sich mit der Tripolisaffäre. Radowitz habe mit dem Großvesir darüber gesprochen, der dementiert hat, daß mit Frankreich irgendeine Abmachung für die Rektifizierung der tunesischen Grenze getroffen worden sei. Der Großvesir habe außerdem noch dem Gouverneur von Tripolis befohlen, keinen Kontakt mit den Franzosen zu nehmen.

Graf Solms fragt mich, auf welche Weise die Abtretung eines Gebietes in Assab an Spanien zustande gekommen sei. Ich antworte, daß man dieselben Formalitäten wie bei dem Vertrage betreffs Fernando Pó befolgt habe.

Er liest mir eine Note vor, in der gesagt wird, daß man der italienischen Marine in Frankreich eine große Wichtigkeit beimißt.

Rußland hat in Konstantinopel die Ermahnungen wegen Zahlung der Kriegsentschädigung wieder aufgenommen. Auf Einwendung der Pforte, daß sie der schlechten Lage ihrer Finanzen wegen nicht zahlen könne, hat Rußland geantwortet, daß der Sultan mehrere Millionen ausgegeben habe, um neue Gewehre zu kaufen, und daß es besser gewesen wäre, er hätte erst seine Schulden bezahlt.

24. Dezember.

Graf de Moüy kommt mich von der bevorstehenden Ankunft des französischen Unterhändlers für den neuen Handelsvertrag und der Absendung der Vollmachten für die Verlängerung des bestehenden zu unterrichten.

Er spricht mir von einem Vorfall, der sich in Florenz zum Schaden des dortigen französischen Konsuls abgespielt haben soll. Der Amtsrichter hätte sich auf das Konsulat begeben, die Türen erbrochen, das Archiv durchsucht und auf einigen Schriftstücken desselben seine Siegel angebracht.

Ich antworte, daß ich von dem Falle nichts wüßte, aber mich über denselben unterrichten würde.

27. Dezember.

Graf Rascon gibt mir amtlich Kenntnis von der Zustimmung der spanischen Regierung zur Berufung des Grafen Tornielli nach Madrid.

29. Dezember.

Photiades, Vernone, die tripolitanische Grenze. Die Franzosen, die eine Grenzberichtigung vorgeschlagen hatten, haben unter Ausnützung des Schweigens der Pforte, gehandelt. Der Großvesir Said gab Vernone die

Erklärung, keinen diesbezüglichen Vorschlag erhalten zu haben. Die Hohe Pforte ist niemals befragt worden.

Der holländische Gesandte teilt mir mit, daß sein König zum Jubiläum des Papstes einen Kammerherrn senden werde und daß er beauftragt sei, mir zu sagen, daß die holländische Regierung dieser Mission absolut keine politische Bedeutung beimesse, da es ein bloßer Akt der Höflichkeit sei.

Auf die Beschwerde wegen des Zwischenfalles in Florenz, den wir weiter oben angedeutet haben, ordnete Crispi sofort zwei Untersuchungen an, eine gerichtliche und eine auf dem Verwaltungswege; aber bevor er einen Entschluß faßte, befragte er zweimal das Tribunal für diplomatische Angelegenheiten.

Mit einem ersten Gutachten, betreffs der Handlungsweise des Amtsrichters, der, unter Anwendung von Gewalt einen Gerichtsbeschluß in dem Wohnsitze des französischen Konsuls zur Ausführung gebracht hatte, stellte der Gerichtshof fest, daß der Amtsrichter im juristischen Sinne zwar korrekt, aber in der Anwendung des Gesetzes zu scharf vorgegangen sei, da er nicht jene Rücksichten habe walten lassen, die das Gesetz ausdrücklich zugesteht, und die gegenüber einer befreundeten Nation erwünscht gewesen wären.

Dieses Gutachten war auf die Annahme gestützt, daß bei der Erbschaftsangelegenheit des in Frage kommenden tunesischen Untertans die Bestimmungen des zwischen Italien und Frankreich bestehenden Konsularvertrages anwendbar wären. Crispi bezweifelte in diesem Falle die Anwendbarkeit der Bestimmungen des Konsularvertrages, da es sich um die Erbschaft eines nichtfranzösischen Untertanen handelte, und forderte ein neues Gutachten des Tribunals über die juristische Stellung der Tunesier in Italien, über die Gültigkeit des italienisch-

tunesischen Vertrages von 1868 und in diesem besonderen Falle über die Einmischung des französischen Konsuls.

Die Antwort des Gerichtes konnte nicht zweifelhaft sein: Ungeachtet der französischen Besetzung von Tunis war die juristische Stellung der Tunesier in Italien unverändert und der Vertrag von 1868 in voller Kraft; die Handlungsweise des französischen Konsuls in Florenz war daher rechtsungültig und ungerecht.

In der sicheren Annahme, das Recht auf seiner Seite zu haben, widerstand Crispi so lange dem Verlangen der französischen Regierung nach Genugtuung, bis diese das Unrecht ihres Konsuls eingesehen hatte; bei dieser Gelegenheit verteidigte er energisch die noch übrig gebliebenen Rechte Italiens in Tunis.

Die diplomatischen Verhandlungen, zu denen dieser Zwischenfall Anlaß gab, wurden natürlich in Frankreich mit der Crispi gegenüber gewohnten Voreingenommenheit beurteilt.

Achtes Kapitel.

Botschafterempfänge.

Januar — Juni 1888.

Eine Unterredung Stourdzas mit dem Fürsten Bismarck: Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. — Die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Vertrages vom Jahre 1879. — Die Beziehungen zwischen Italien und Rußland in einer Unterredung zwischen Crispi und dem russischen Botschafter, Baron v. Uxküll. — Flourens will das französisch-russische Bündnis vereiteln. —Militärische Vorbereitungen in Frankreich. — Kronprinz Friedrich in San Remo. — Der Tod des alten Kaisers. — Die italienische und die österreichische Flotte zusammen in Barcelona. — Austausch von Herzlichkeiten zwischen Bismarck und Crispi. — Eine scharfe Aussprache zwischen Graf Herbert Bismarck und dem Botschafter Herbette. — Der Tod Kaiser Friedrichs III. — König Humbert äußert den Wunsch, sich nach Berlin zu begeben.

3. Januar 1888.

Graf Rascon überreicht mir die Abschrift der Beglaubigungsschreiben, mit denen er als spanischer Botschafter beim König von Italien akkreditiert wird.

9. Januar.

Graf Solms liest mir eine Note vor, daß die gewohnten Einflüsse in Konstantinopel sich dahin geltend machen, in dem Sultan den Glauben zu erwecken, Österreich und Italien hätten sich verbündet, um ihm Mazedonien und Tripolitanien zu entreißen. Auf Grund eines Briefes des deutschen Konsuls in Tripolis erzählt mir Graf Solms außerdem von den Drohungen an der tunesischen Grenze.

Um sich die Fürsten der Balkanstaaten zu Freunden zu machen, hat der Sultan dem König von Griechenland den Großkordon übersandt.

In Petersburg ist man mit dem neuen italienischen Botschafter, Marocchetti, sehr zufrieden.

Aus Bulgarien gute Nachrichten. Der Sultan soll in den besten Beziehungen zur bulgarischen Regierung stehen.

18. Januar.

Solms hat eine Note erhalten, in der man von der Mission Portal spricht. Nichts Neues; die in der Note angeführten Dinge sind durch die kürzlich empfangenen Berichte bereits bekannt. Der Negus will nicht, daß die Italiener weder in Massaua, noch in Sahati auf ihren gegenwärtigen Besitzungen verbleiben. Die französischen Missionare leisten den Abessyniern Spionagedienste.

Der italienische Botschafter in Konstantinopel, Baron Blanc, arbeitet für den Schutz der katholischen Interessen. Er muß eine Denkschrift über diese Angelegenheit an das Ministerium des Äußeren gesandt haben. Frankreich verfolgt dasselbe Ziel, und auch Österreich strebt nach dem Vorrang. Das einzige Mittel wäre, daß der Papst einen apostolischen Nuntius nach Konstantinopel schickte.

Die Marokkofrage ist wieder aufgerollt worden. In Tanger sind antifranzösische Unruhen ausgebrochen.

Der österreichische Botschafter, Baron Calice, hatte eine lange Unterredung mit Said Pascha über Lobanoffs Bande in Bulgarien. Beim russischen Konsul in Burgas wurden 40 000 türkische Pfund entdeckt, von denen ein ganz kleiner Teil den bulgarischen Kirchen zur Unterstützung dienen

sollte, aber der Rest war für den versuchten, doch nicht gelungenen Aufstand bestimmt.

19. Januar.

Graf Solms: Churchill in Rußland. England will keinen Krieg mit Rußland.

Nach einem offiziellen Bericht der spanischen Regierung ist Frankreich plötzlich auf seine alte Forderung zurückgekommen, daß sich die Madrider Konferenz auf die Diskussion der Schutzfragen beschränke. Außerdem wünscht Frankreich einen Präventivvertrag mit Spanien über die uns unbekannte Frage Schaar-al-Abels. Es scheint demnach, als wolle Frankreich eine Aussprache über die Neutralität verhindern. Da diese letzte Frage weniger Deutschland als England und Italien interessiert, bittet mich Graf Solms um meine Ansicht über die Ausschließung der Neutralitätsfrage vom Programm der Konferenz.

27. Januar.

Herr Stourdza, der rumänische Unterrichtsminister, der sich gelegentlich in Berlin aufhielt, hat um eine Unterredung bei dem Reichskanzler nachgesucht, der ihn am 22. d. M. nach Friedrichsruh einlud.

Der Fürst hat ihm folgende politischen Eröffnungen gemacht: „Ich wünsche die Aufrechterhaltung des Friedens. Ich schulde dies dem Kaiser, der zu alt ist, um sich in neue Unternehmungen zu stürzen; ich schulde es dem Kronprinzen, der von einem seltsamen Leiden betroffen und kränker ist, als man gewöhnlich annimmt; ich schulde es meinem Vaterlande, das in einem siegreichen Feldzug gegen Rußland nichts zu gewinnen hätte.

„Da Deutschlands Grenzen wirklich sehr gut festgesetzt sind, braucht es seinem Nachbarn im Osten nichts zu entreißen. Welches Land sollte es annektieren? Von Polen besitzt es bereits einen genügend großen Teil. Suchte das Deutsche Reich neue Eroberungen, so würde es sich in endlose Kriege mit Rußland und Frankreich stürzen, welch letzteres nur auf die Gelegenheit wartet, um sich für Elsaß-Lothringen zu rächen. Unter diesen Bedingungen kommen kriegerische Pläne, von welcher Seite sie auch ausgehen mögen, für mich nicht in Betracht.“ Übrigens könnte ein Krieg, so fügte der Fürst hinzu, nicht auf Veranlassung der verbündeten Mächte ausbrechen. Weder Deutschland noch Österreich würden Rußland angreifen. Der Angriff könnte nur von den Russen ausgehen. Als er die Frage prüfte, ob Rußland zur Offensive übergehen könnte, meinte er, daß, solange Kaiser Alexander und Herr von Giers die Situation beherrschen, wohl kein Feuer auf das Pulver geworfen werden würde. Doch bestehe in jenem Lande ein dumpfes Unbehagen, eine panslawistische Bewegung, die ausbrechen und den Zaren zum Kriege zwingen könnte. Im Hinblick auf diese Möglichkeiten müßten die Verbündeten ihre Rüstungen fortsetzen und sich bereithalten. Was Deutschland anbetreffe, so befinde es sich schon im Zustand der Verteidigung. „Ich bin bereit und fürchte nichts. Inzwischen aber kann ich mir die Meinung derer nicht aneignen, die da behaupten, daß es vorzuziehen wäre, schon heute die Initiative eines Krieges zu ergreifen, falls uns ein solcher morgen erklärt werden sollte.“

Da Fürst Bismarck mit einem rumänischen Staatsmann sprach, ist es verständlich, daß sich seine Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Beziehungen zu Rußland richtete. Es ergibt sich aus seinen Worten, daß, wenn der Krieg nicht nahe erscheint, die Aufrechterhaltung des Friedens doch eine beständige Wachsamkeit erfordert.

31. Januar.

Die Botschafter Deutschlands und Österreich-Ungarns teilen mir mit, daß ihre Regierungen die Notwendigkeit anerkannt haben, den Text des österreichisch-deutschen Geheimvertrages vom 7. Oktober 1879 bekanntzugeben, als heilsame Mahnung an Rußland, den Frieden nicht zu stören. Sie fragen nach meiner Meinung. Ich antworte ihnen, indem ich mich für die liebenswürdige Anfrage bedanke, daß die Regierungen von Deutschland und Österreich-Ungarn in eigener Sache selbst die besten Richter seien.

Der Vertrag wurde am 3. Februar gleichzeitig in Wien (in der „Wiener Abendpost") und in Berlin (im „Reichsanzeiger") zusammen mit folgender Bemerkung veröffentlicht:

„Die Regierungen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Monarchie halten es für angebracht, den zwischen ihnen am 7. Oktober 1879 geschlossenen Bündnisvertrag zu veröffentlichen, um die Zweifel, die sich über den absolut defensiven Zweck der in dem Vertrage enthaltenen Abmachungen von verschiedenen Seiten erhoben haben, Zweifel, die mehrfach ausgenutzt worden sind, zu zerstreuen. In ihrer Politik werden die beiden verbündeten Regierungen von dem Wunsche nach Aufrechterhaltung des Friedens geleitet; sie tun ihr möglichstes,

damit dieser nicht gestört werde. Da sie der Überzeugung sind, daß durch die Kenntnisnahme des Textes ihres Bündnisvertrages alle darüber bestehenden Zweifel verschwinden werden, haben sie sich zu dessen Veröffentlichung entschlossen."

Nach Graf Nigra's Meinung zeigte diese Veröffentlichung, daß die Lage alles andere als beruhigend war, und daß es dem Fürsten Bismarck, der die Initiative ergriffen hatte, bis dahin noch nicht gelungen war, die erstrebten Friedensgarantien von Rußland zu erhalten. Der Eindruck, den dies hervorrief, war gewaltig; nicht so sehr auf die Regierungen, die von der Existenz jenes Vertrages wußten — auch der Zar kannte seit sechs Monaten bereits dessen Text —, als auf die Presse und daher auf die öffentliche Meinung Europas. Die „Times" sprach von der schweren Beleidigung (a slap in the face), welche die beiden Mächte Rußland zufügen mußten, damit sie selber nicht verdächtigt würden, das, was den Krieg hätte verhindern können, verheimlicht zu haben. Die Kriegspartei in Rußland war nicht erfreut über die von den beiden Kaiserreichen an ihre Adresse gerichtete Verwarnung, und eine der angesehensten Zeitungen, die „Nowoje Wremja", die natürlich nicht eingestehen konnte, daß sie den Frieden nicht wünsche, behauptete daher, daß die beiden Verbündeten ihn nicht wünschten. Eine andere, ebenfalls bedeutende Zeitung ging noch weiter und betrachtete das deutsch-österreichische Bündnis als den Grundstein der deutschen Hegemonie und die Veröffentlichung des Vertrages als eine Ausflucht, um die Verantwortung für den Krieg, den die zwei verbündeten Mächte beschlossen hatten, von diesen abzuwälzen. Das Blatt schloß damit, daß durch diese Veröffentlichung das stillschweigende Bündnis zwischen Rußland und Frankreich sanktioniert worden sei.

3. Februar.

Solms: die von Solms erhaltenen Nachrichten über die Agitation der Parteien in Rumänien sind mit den meinen gleichlautend.

Auf der Leiche Nabukoffs fand man einen an ihn von Ignatieff, dem Bruder des Ministers, gerichteten Brief. In diesem wird auch der russische Gesandte in Bukarest (Hitrovo) bloßgestellt. In Rumänien ist es Hitrovo, der die Verschwörung gegen Bulgarien schürt. Mit Rußland geht die lokale Oppositionspartei, die einen Thronprätendenten, den Prinzen Bibesco, in Bereitschaft hält, dem Hitrovo königliche Ehren erweist, wenn er sich zur russischen Gesandtschaft begibt. Bibesco hat seine Söhne in Paris erziehen lassen.

Die Verhandlungen über den Suezkanal werden fortgesetzt. Der Sultan möchte auch auf diesem Wege, wenigstens moralisch, seine Oberherrschaft über Ägypten wieder gewinnen.

Ismail-Pascha ist nach Konstantinopel gereist, um seine Rückkehr nach Ägypten durchzusetzen. Er schickte zehn englische Pferde an den Sultan, der sie aber zurückwies. Der Sultan zögert, denn er möchte nichts gegen Frankreich unternehmen, dessen Empfindlichkeit er schonen will.

Minister Moret befindet sich der Marokkokonferenz gegenüber in Verlegenheit. Er hat, schon aus parlamentarischen Gründen, ein Interesse daran, daß sie abgehalten wird.

5. Februar.

Besuch des schweizerischen Gesandten Bavier.

Handelsvertrag. Ich weise jede Verlängerung des früheren zurück. Wir sind bereit, von neuem zu unterhandeln, und werden unseren guten Willen beweisen. Bavier sagt, er würde einen Tarifkrieg, auch im moralischen Interesse beider Länder, sehr bedauern. Ich antworte, daß wir Freunde unserer Nachbarn, der Schweiz, seien und es ferner bleiben wollen. Wir werden alle möglichen Konzessionen machen, verlangen aber einen Vertrag. Im entgegengesetzten Fall wird bei uns am 1. März der Generaltarif eintreten.

Solms: Flourens ist über die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Geheimvertrags erzürnt.

Die Agenten Frankreichs und Spaniens in Tanger hatten das Programm für die Marokkokonferenz vereinbart. Flourens verleugnete seine Agenten.

Uxküll: „Welchen Eindruck hat die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Vertrags gemacht?

Ich sagte, daß sie keinen anderen Zweck haben konnte, als den, die Zweifel über seine Tragweite zu zerstreuen. Die Begleitnote der Veröffentlichung erkläre, daß die beiden verbündeten Mächte nicht die geringste Neigung zum Angriff hätten, und das müsse Rußland freuen.

„Diese Note war für uns nicht nötig," antwortet er. „Seit sechs Jahren kannten wir den Vertrag. Aber wie lautet der Ihrige? Sie haben sich doch dem deutsch-österreichischen Vertrage angeschlossen?"

Ich: „Wir haben mit demselben nichts zu tun. Italien und Rußland sind so weit voneinander entfernt, daß kein Interessenstreit zwischen ihnen entstehen kann."

Er: „Sehr wohl. Aber warum haben Sie sich dann verbündet?"

Ich: „Unser Vertrag hat mit dem veröffentlichten nichts zu tun. Übrigens ist auch der unsrige ein Defensivvertrag."

Er: „Aber wir werden nicht angreifen; und wenn wir Krieg führen müßten, würden wir unsere Truppen wo anders hinschicken. Wir verteidigen uns, wenn wir angegriffen werden."

Ich: „Aber wer soll Sie denn angreifen? Rußland hat keinen Angriffskrieg zu fürchten. Es wird von seinem Klima und seinen Soldaten verteidigt. Napoleon I., der in Ihr Land eindringen wollte, mußte es bereuen. Und wenn Rußland keinen Krieg will, warum verständigt es sich nicht mit Europa in der Lösung der Orientfrage?"

Er: „Glauben auch Sie an die Fabel des Testaments Peters des Großen? — Wir wollen nur die Freiheit der Meeresengen."

Ich: „Warum also schlagen Sie keinen Vergleich vor?"

Er: „Wem sollte man dann Konstantinopel geben?"

Ich: „Das ließe sich entscheiden."

Er: „Wir unterstützen die Türkei; und Sie auch!"

Ich: „Es läßt sich nichts anderes tun! Jedoch haben Sie dieselbe mehrmals angegriffen und erklärt, daß sie sich nicht halten könne und deshalb sterben müsse."

Er: „Gut, lassen wir sie leben."

7. Februar.

Vom Fürsten Bismarck beauftragt, bittet mich Solms um Verzeihung, weil er in seiner gestrigen Rede eine Unbesonnenheit begangen habe, indem er von dem Bündnisvertrag mit Italien gesprochen habe, ohne mich vorher um Erlaubnis gebeten zu haben. Der Fürst bedauere

dies sehr. Ich antworte, daß ich dem Fürsten die päpstliche Absolution erteile. Übrigens hätte das Stillschweigen gar nichts genützt: alle wissen von der Existenz des italienisch-deutschen Bündnisses. Ich berichtete ihm über das am 5. d. M. mit dem russischen Botschafter gehabte Gespräch.

Der Marineminister zeigt mir an, daß sich zwei französische, als Maler verkleidete Offiziere dieser Tage in Spezia aufgehalten hätten, und daß sich in diesem Jahre viele sogenannte französische Künstler in Italien befänden. Auch das Jubiläum hat diese Überschwemmung von Offizieren begünstigt.

10. Februar.

Unser Geschäftsträger in Paris, Ressman, teilt mir mit, daß Herr Flourens die Notwendigkeit erkannt habe, für den Grafen de Moüy einen Nachfolger zu ernennen, und daß er auch schon ein dahingehendes Versprechen abgegeben habe; doch meint er, ihn nicht sofort abberufen zu können, da ihm die Wahl eines neuen Botschafters große Verlegenheit bereitet. Auch der Botschafter Menebrea hatte bei Flourens darauf hingewirkt, daß jener Diplomat bis zu seiner definitiven Zurückberufung einen sofortigen Urlaub erhalte, ehe wieder ein ähnlicher Zwischenfall wie der in Florenz einträte.

Der französische Minister wünscht eine Verständigung über die Stellung der in Italien wohnenden tunesischen Untertanen in ihrem Verhältnis zu den französischen Konsularbehörden und über die Auslegung des italienisch-tunesischen Vertrages von 1868. Mit Eifer nahm Flourens den Vorschlag eines Notenwechsels oder einer gegen-

seitigen Abgabe von Erklärungen auf, um die Unverletzbarkeit der Konsulararchive festzusetzen.

Auf die Bemerkungen über die Haltung eines Teils der französischen Presse antworteten die Herren Flourens und Tirard, daß sie derselben fern ständen. Tirard war sofort bereit, jede uns genehme Erklärung zu veröffentlichen, um die gegen die italienische Regierung und ihr Oberhaupt vorgebrachten Angriffe zurückzuweisen.

Es scheint, daß die perfiden Angriffe des „Figaro" gegen mich vom Vatikan ausgehen, dessen Sprachrohr Monsignore Galimberti ist.

11. Februar.

Solms: Die Ankunft der englischen Ärmelkanalflotte im Mittelländischen Meer hat den Verdacht Frankreichs erregt.

Einige Zeitungen berichten, der deutsche Kaiser habe an den Negus geschrieben. Diese Nachricht ist falsch.

Die Rückgabe Zeilas an den Sultan wird nicht mehr erfolgen. Die Kollegen Salisburys waren, aus Furcht vor Verwicklungen mit Frankreich, auch dagegen, daß man es Italien gäbe. Said-Pascha ist, in der Befürchtung, daß die Franzosen dorthin kommen könnten, dafür, daß Zeila den Engländern verbleibe.

Russische Anleihen: im Haag, 300 Millionen mit dem Comptoir d'escompte, mit der Bank von Paris, mit der Bank der Niederlande.

12. Februar.

Besuch des türkischen Botschafters: er spricht von den Streitigkeiten zwischen Christen und Mohamedanern in Beyruth.

Er legt Protest gegen die Abtretung von Assab ein. Ich antworte, daß ich keinen Akt davon nehme; unsere Erwerbung wäre gesetzmäßig.

Rascon, spanischer Botschafter, teilt mir mit, daß die spanischen Bevollmächtigten zum Zwecke der Handelsvertragsverhandlungen eingetroffen seien. Ich werde sie morgen im Palazzo Braschi sprechen.

Kriegsgerüchte. Schlechter Eindruck in Madrid. Frankreich drohe mit Krieg. Die Spanier werden einen Truppenteil vor Perpignan, einen anderen vor Bayonne entsenden.

14. Februar.

Ich höre, daß Minister Flourens zum englischen Botschafter in Paris, Lord Lytton, gesagt habe, daß der Bündnisvertrag zwischen Deutschland, Österreich und Italien Frankreich in eine peinliche Lage bringe. Jener Vertrag würde Frankreich zwingen, sich in die Arme Rußlands zu werfen. Um dies zu verhindern, hat Flourens einen Geheimvertrag zwischen Frankreich, England und den anderen, an der Aufrechterhaltung des status quo im Mittelmeer interessierten Mächten vorgeschlagen.

20. Februar.

Graf Solms übermittelt mir persönlich die vom russischen Botschafter in Berlin dem Reichskanzler gemachten Mitteilungen über die bulgarische Frage. Graf Schuwalow bat in seinem Brief vom 13. d. M. den Fürsten Bismarck, sich Rußland anzuschließen und so die Türkei zu überzeugen, daß der Aufenthalt des Prinzen Ferdinand in Bulgarien als gesetzwidrig erklärt werden müßte. Der Abschrift des Briefes Schuwalows waren

zwei Dokumente beigefügt, ein vom 31. Dezember 1887 vom Botschafter von Giers unterzeichnetes, das die Ziele des Petersburger Kabinetts klarstellte, und ein anderes ohne Datum und Unterschrift, in dem die Absichten des Reichskanzlers dargelegt wurden. Bismarck glaubt, daß eine solche Erklärung seitens der Türkei die Eigenliebe des Zaren befriedigen werde, und meint, daß wir dahin wirken müßten, diese zu erlangen. Ich antworte dasselbe, was ich bereits Uxküll gesagt habe; ich zweifle an den Folgen dieser Erklärung, die keine guten sein könnten.

Solms erzählt mir von dem Eindruck, den die Veröffentlichungen Sir Elliots auf das Gemüt des Sultans gemacht haben. Der Sultan sei erbittert gegen den Großvesir Kiamil-Pascha, den er für einen Parteigänger Großbritanniens hält; außerdem befürchtet er Attentate auf sein Leben. Es hat Mühe gekostet, ihn wieder zu beruhigen.

In der Angelegenheit von Damaskus hat sich die Mißstimmung Frankreichs besänftigt, das in Anbetracht ihrer geringen Bedeutung nicht mehr daran denkt, etwas zu unternehmen.

Frankreich widersetzt sich einem Beitritt der Türkei zur Marokkokonferenz. Die Türkei nahm an dem Vertrag von 1880 nicht teil und hat daher an marokkanischem Gebiete auch kein Interesse. Herr Moret sei hingegen dem Beitritt günstig.

23. Februar.

Herr Flourens hat sich bei dem englischen Botschafter in Paris über Italien und mich beklagt. Er beschuldigt mich einer feindlichen, herausfordernden Haltung. Diese

Beschuldigung ist zu unklar formuliert, um ihr Wichtigkeit beizumessen. Die französische Regierung möchte sich gern als Opfer aufspielen. Wenn man meine Handlungen, eine nach der andern prüft, wird man finden, daß ich bei jeder Gelegenheit die Nachgiebigkeit bis zur äußersten Grenze getrieben habe.

Über die politische Lage Frankreichs erhielt Crispi in den ersten Tagen des Februars folgende Informationen:

Es ist, als ob die Regierung den Anforderungen gegenüber, die sich rings um sie häufen, mit jedem Tage schwächer würde. Eine kühne, unverantwortliche Minderheit lenkt beständig ihre Hand, ohne daß es den, namentlich in der Provinz, noch zahlreichen ordnungsliebenden Elementen gelingt, ein Gegengewicht gegen diese Handlungsweise zu bieten. Intelligente, skrupellose Spekulanten, vielfach Ausländer, die bei der ersten Gefahr verschwinden würden, kaufen sich die meinungslose Presse, die derartige Strömungen in der öffentlichen Meinung erzeugt, daß sie die Regierung dem Pöbel ausliefert.

Gegen Ende des Jahres 1887 war die Regierung nicht sehr stark, doch war sie widerstandsfähig. Der alte Präsident Grévy stellte ein friedliches und gemäßigtes Element dar, das Ministerium war nicht schlecht und frei von kompromittierenden Personen, wie General Boulanger und Admiral Aube. Aber gerade deshalb war es beim Pöbel unbeliebt, der sich darüber beklagte, daß der Präsident ein Opportunist sei. Die Radikalen beschlossen daher, ihm den Krieg zu erklären, und benutzten die unkorrekte Haltung des Schwiegersohnes des Präsidenten, des Abgeordneten Wilson, eines schon seit Jahren in parlamentarischen Kreisen bekannten Geschäftsmachers, um ihn anzugreifen. Der Skandal erregte die öffentliche Meinung leidenschaftlich, und der Präsident Grévy wurde zur Niederlegung seines Amtes gezwungen.

In der Verwirrung, welche in den Tagen der Präsidentenkrisis herrschte, änderten die Radikalen ihre Richtung. Da sie vor der Möglichkeit, von Grévy auf Ferry zu fallen, zurückschreckten, suchten sie die öffentliche Meinung auf die Wiederwahl Grévys zu lenken und drohten mit Barrikaden in Paris, wenn man Ferry zum Präsidenten wählen würde. Eine starke Strömung bewog die Versammlung in Versailles, ihre Stimme Jules Ferry zu geben, der unter seinen Mitbewerbern für den

ernergievollsten und tüchtigsten Staatsmann galt; aber Frankreich im allgemeinen und selbst Paris sahen der Lösung dieser seltsamen und plötzlichen Krise gleichgültig zu. Nur die Radikalen, besonders die Pariser, regten sich und erhielten in der Versammlung eine Verstärkung durch eine Fraktion der Rechten, welche die Republik haßte und sie schwach, womöglich kommunistisch sehen wollte, um sich ihrer um so schneller zu entledigen.

Während der Kongreß in Versailles tagte, ergriff die radikale Mehrheit des Magistrats alle Maßregeln, um eine provisorische Regierung für den Fall zu proklamieren, daß Herr Ferry die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen würde. Die Stadträte hatten die Sitzung in Permananz erklärt und einige Vertreter des revolutionären Zentralkomitees ins Rathaus berufen, um sich ihrer Hilfe, wenn es nötig wäre, zu versichern. Auch hatten sie versucht, vom Seinepräfekten die Schlüssel der Türen zu erlangen, welche die unterirdischen Korridore abschließen, durch die das Rathaus mit anderen Gebäuden, besonders mit den Kasernen „Lobau" und „Napoleon", in Verbindung steht. Da der Seinepräfekt ihr Verlangen nicht erfüllte, versperrten die Stadträte den Durchgang mit einer Eisenkette, um zu verhindern, daß man auf diesem Wege in das Rathaus eindringen könne.

Die Drohungen der Radikalen trugen Früchte: die stets furchtsame Mehrheit rührte sich, ließ, da sie an eine große Gefahr glaubte, Ferry fallen und erwählte Herrn Sadi-Carnot, der keiner Partei angehörte und ohne Freunde war.

Alle wissen nun, daß, wenn Ferry gewählt worden wäre, einige tausend Hitzköpfe von Montmartre und von Belville in die Stadt gezogen wären. General Saussier, der Militärgouverneur von Paris, welcher die Garnison in Paris und Versailles verstärkt und energische Maßregeln ergriffen hatte, war auf die Ereignisse vorbereitet. Es wäre ein großes Glück gewesen, hätte man Paris auf einmal von der Schar der Zuhälter, von Dieben und Mördern, die die Hauptstadt besudelten, befreien, und die Regierung der Tyrannei der sie lähmenden äußersten Linken entziehen können.

Die Präsidentenkrise verwandelte sich in eine ministerielle Krise, die mit der Bildung eines ohnmächtigen Kabinetts endigte. Um ein Beispiel von den Schwierigkeiten zu geben, die man zur Bildung des Kabinetts überwinden mußte, braucht man nur an die Art und Weise zu erinnern, wie General Logerot Minister wurde. „Dieses Portefeuille, das vielen angeboten und immer zurückgewiesen worden war, blieb noch frei, als sich der Präsident des Ministerrats, Tirard, schon in das Elysée begab, um dort die

Zusammensetzung seines Ministeriums zu verkünden. Nachdem Tirard über die vergeblichen Schritte, einen Kriegsminister zu finden, berichtet hatte, schlug er vor, die Bildung des Kabinetts unter Vermeidung der Angabe, wer mit der Leitung des Kriegsministeriums betraut sei, bekannt zu geben; aber dieser Vorschlag gefiel Herrn Carnot nicht. Während er darüber nachdachte, wie aus der Verlegenheit herauszukommen sei, erinnerte sich der Präsident plötzlich, in Dijon, wo er ein Gut besaß, von jemandem gehört zu haben — er wußte aber nicht mehr von wem, vielleicht von einem Jagdaufseher oder einem Gärtner —, daß der kommandierende General der Garnison ein braver Mann sei. Aber er kannte seinen Namen nicht. Ein Ordonnanzoffizier, der danach gefragt wurde, antwortete, daß das Armeekorps von Dijon das achte wäre, und daß sein Kommandant Logerot hieße. Herr Tirard erhielt den Befehl, ihm sofort zu telegraphieren und den Kriegsministerposten anzubieten. Logerot antwortete: ‚Ich treffe morgen 9 Uhr früh ein'. Diese Worte wurden als eine Zustimmung ausgelegt, und am nächsten Tage brachte das „Journal Officiel" die Ankündigung des neuen Ministeriums, mit Logerot als Kriegsminister. Als dieser um 9 Uhr ankam, um sich zu entschuldigen, war die Sache schon geschehen, und man überredete ihn, sich ruhig zu verhalten, um die Regierung nicht in Verlegenheit zu bringen oder, schlimmer noch, sie lächerlich zu machen.

Dieses Kabinett hatte von Anfang an so wenig Lebenskraft, daß ihm die Kammer gleich nach seinem Amtsantritt und als der Etat für 1888 noch nicht einmal beraten worden war, nur provisorisch drei Zwölftel gewähren wollte. Bei jedem parlamentarischen Zwischenfall verkündeten die Weissager der Kammer sein nahes Ende.

Wenn es auch im Innern schwach erscheint, so zeigt es durch seinen Widerstand gegen russische Einflüsse doch einige Energie in der äußeren Politik. Seit langem sät Rußland in Frankreich, und schon zeigen sich die Früchte. Großfürsten und Großfürstinnen kommen und gehen, indem sie Sympathien in der großen Gesellschaft suchen. Französische, mehr oder weniger überzeugte, aber sicher gut bezahlte Schriftsteller übersetzen russische Romane und Novellen, die voll von grober und barbarischer Naivität sind und seltsame Titel tragen, die sie originell machen. Der Journalismus nennt Rußland „la nation sœur". So gewöhnt sich das französische Volk daran, Rußland als seinen Verbündeten anzusehen. Militärische

Kundgebungen haben nicht gefehlt, entsprechende Schritte des Generals Boulanger, eine Rede des Generals Saussier, viele Reden des russischen Militärattachés. Aber obwohl der russische Gesandte, Baron von Mohrenheim, keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um der Republik zu schmeicheln, scheint die Regierung bis jetzt noch nicht von dieser Strömung bezwungen zu sein, vielleicht weil sie weiß, daß sie derselben, wenn sie es will, nach Belieben folgen kann,

In einer der letzten Ministerkrisen schien es, daß nur Floquet ein Kabinett bilden könnte, aber seine Kandidatur wurde zurückgewiesen, um beim Zaren kein Mißfallen zu erregen, der sich noch immer an das von Floquet 1867 dem Zaren Alexander zugeschleuderte Wort „Vive la Pologne, Monsieur!“ erinnerte. Noch vor einem Jahre wurde Floquet von allen Russen peinlich gemieden. Als eines Tages Baron von Mohrenheim sich zu Besuch bei der Marquise Menabrea befand, saß er neben Frau Floquet; er unterhielt sich mit ihr, ohne sie zu kennen, und fand sie liebenswürdig und geistvoll. Nachdem sie den Salon verlassen hatte, fragte der Baron nach ihrem Namen. Als er denselben erfuhr, sprang er wie eine Feder empor, ein „bigre“ kam von seinen Lippen, was alle Anwesenden, denen er seinen Ärger nicht verbarg, in Erstaunen setzte. Einige Monate verflossen. Vor zwei oder drei Tagen ließ sich Herr von Mohrenheim bei einem Empfang des Handelsministers vom Minister des Äußeren dem Kammerpräsidenten, Herrn Floquet, vorstellen. Da im Fall einer Krise gerade ein Kabinett Floquet am Horizont in Sicht ist, soll eben dieser Schritt des russischen Botschafters zu verstehen geben, daß Rußland aus Liebe zur Republik geneigt sei, Herrn Floquet Absolution zu erteilen.

Am 21. Januar berichtete Reuters Telegraphenbureau, daß sich im Arsenal von Toulon eine fieberhafte Tätigkeit bemerkbar mache. Man halte ein Geschwader von Panzerschiffen und Kreuzern in Bereitschaft und führe Mobilisierungsversuche aus. Die Handwerker des Arsenals arbeiteten mehr als gewöhnlich. Das „Petit Journal“, die verbreitetste Zeitung Frankreichs, erklärte diese ungewöhnliche Tätigkeit mit der durch den Florentiner Zwischenfall hervorgerufenen Erregung.

Im Februar und März war in Modane eine Wagenladung Dynamit und eine große Menge Munition ein-

getroffen. Die Forts von Esseillon, Braman, Sassey und Replaton waren durch 1000 Mann Infanterie, Artillerie und Truppen des Geniekorps verstärkt worden.

Am 1. Februar telegraphierte Menabrea:

Ew. Exzellenz muß ich ergebenst melden, daß man auf der hiesigen deutschen Botschaft wegen der Mobilisierung und der Konzentrierung des größten Teils der französischen Flotte im Mittelmeer sehr besorgt ist. Der Seepräfekt von Toulon hat den Befehl erhalten, sowohl das Übungsgeschwader wie das Reservegeschwader, insgesamt 14 Panzerschiffe, in der kürzesten Frist in Bereitschaft zu stellen. Außerdem sollen in höchstens drei bis vier Wochen weitere acht Panzerschiffe für den aktiven Dienst in Ordnung gebracht werden. Im Ärmelkanal sollen nur vier oder fünf Panzerschiffe bleiben und einige Kreuzer, die nicht für die hohe See bestimmt sind. Es dürfte zweckmäßig sein, in Erfahrung zu bringen, was man über diese Konzentrierung in England und in Deutschland denkt.

Wenige Tage darauf[1]) wurde die Ankunft der englischen Ärmelkanalflotte im Mittelmeer angezeigt.

Während man wegen der Erneuerung des Handelsvertrages in Unterhandlung stand, begannen die Feindseligkeiten Frankreichs auf dem Finanzgebiet. Alle italienischen Wertpapiere sanken. Sie wurden angefangen mit der konsolidierten Anleihe, die man in den Börsenberichten der Zeitungen „maccaroni“ nannte, und durch eine heftige Kampagne in der Presse künstlich im Kurse heruntergeschraubte. Dem kleinen Rentier in Frankreich, der für seine Ersparnisse unsere konsolidierten Papiere bevorzugte und eine große Menge davon besaß, wurde geraten, sich ihrer zu entledigen.

Die deutsche Finanzwelt dagegen tat, auf Antrieb des Fürsten Bismarck, ihr möglichstes, um die Schäden dieses Krieges zu verringern und den Kursstürzen der italienischen Rente einen Damm entgegenzusetzen, indem sie dieselbe auf dem Pariser Markte erwarb, die Wechsel-

[1]) Siehe Seite 299.

effekten unseres Handels diskontierte und uns jenes Vertrauen bezeigte, das Frankreich uns verweigerte.

In der Sitzung der römischen Deputiertenkammer vom 5. März 1888 schlug der Abgeordnete Sonnino mit tiefempfundenen Worten die Absendung einer Depesche vor, die dem kaiserlichen Prinzen, der in dem milden Klima des schönen Liguriens seine Genesung suchte, die heißen Wünsche des Hauses übermitteln sollte. Die Aufnahme, welche die Kammer diesem von Crispi wärmstens unterstützten Vorschlag bereitete, rief den besten Eindruck in Deutschland hervor. Fürst Bismarck dankte dem italienischen Parlamente für die „edle Kundgebung", wie er sich ausdrückte, die beweise, daß die Freundschaft der beiden Länder, außer auf gemeinsamen Interessen zu beruhen, auch auf der soliden und dauerhaften Grundlage des gemeinsamen Wunsches für die Erhaltung des Friedens aufgebaut sei.

Leider sollte der Aufenthalt des Kronprinzen in San Remo nicht von langer Dauer sein.

Graf Solms teilte bereits am 7. März desselben Jahres Crispi den Inhalt der folgenden, vom Fürsten Bismarck erhaltenen Depesche mit:

Je prie Votre Excellence de communiquer confidentiellement à Monsieurs Crispi que depuis quelques jours l'état de santé de S. M. l'Empereur est devenu inquietant. Sa Majesté n'a pas pu recevoir des communications et malheureusement pas non plus celle de l'imposante manifestation au Parlement Italien. J'avais l'intention de prendre des ordres de Sa Majesté qui m'auraient autorisé à une réponse destinée à Sa Majesté le Roi Humbert. L'état de l'Empereur ne le permet pas. Nous sommes depuis ce matin très-alarmés. Bismarck.

Zwei Tage später war Kaiser Wilhelm I. tot, und der Reichskanzler antwortete auf Crispis Beileidsdepesche:

Le télégramme que votre Excellence vient de m'adresser prouve qu'elle comprend la profond edouleur, dans laquelle m'a plongé la mort du Souverain que j'ai eu le bonheur de servir

jusqu'à la dernière heure de sa vie. Je remercie votre Excellence de ce témoignage de sympathie. Il m'a apportè une grande consolation en se moment d'épreuves et m'a profondément touché. C'est dans la certitude de voir notre deuil partagé par tous les hommes de bien dans ce monde qu'avec l'aide de Dieu, je puise la force, dont j'ai besoin pour remplir la tâche qui m'incombe. v. Bismarck.

Kaiser Friedrich III. mußte sofort nach Deutschland zurück, um die Regierung zu übernehmen und um den Trauerfeierlichkeiten für seinen Vater beizuwohnen.

König Humbert bestand darauf, seinem erlauchten Freunde die Glückwünsche zu seinem Regierungsantritt persönlich noch auf italienischem Boden auszusprechen.

Am 10. März traf er auf der Eisenbahnstation von San Pier d'Arena gerade in dem Augenblick ein, in dem der deutsche Hofzug von der Riviera di Ponente in die Halle fuhr.

Die Begegnung der beiden Herrscher an jenem kalten, regnerischen Märztage war eine überaus traurige.

Der Kaiser, in seinem Salonwagen eingeschlossen, empfing den König und Crispi in tiefer Rührung. Er konnte nicht sprechen, aber er hörte aufmerksam zu, wenn man mit ihm redete, und schrieb alsdann die Antwort auf ein Blatt seines Taschenbuches. Crispi überreichte er eine Seite, auf der er geschrieben hatte:

„J'ai été bien touché des paroles prononcées dans les deux chambres."

Es war bisher nicht bekannt, daß während des Aufenthalts des Kronprinzen in San Remo Anarchisten ein Attentat gegen ihn geplant hatten. Ein über den Attentatsplan eingeforderter Bericht enthält folgende Einzelheiten:

In den bereits gemeldeten Zusammenkünften war zuerst beschlossen worden, den Kronprinzen mit Dynamitbomben anläßlich des Besuches Sr. Majestät des Königs zu töten, welch letzterer auf diese Weise mit ihm zusammen hätte umkommen müssen. Da der König seine Absicht nicht verwirklicht hat, ist die Ausführung des Verbrechens

verschoben worden. In einer neuen Zusammenkunft, die letzthin in Nizza stattgefunden hat, soll nun beschlossen worden sein, den Kronprinzen noch in dieser Woche zu ermorden. Der Beauftragte soll ein gewisser G. A., Küchenjunge in Mentone, sein.

Die Anarchisten wissen genau, daß die Ausführung des Attentats keine für ihre politischen Ziele günstigen Konsequenzen zeitigen könnte, aber sie wollen dessenungeachtet ihre Macht mit einer Großtat öffentlich bekunden.

Aus dem Tagebuche.

27. März.

Graf Solms berichtet mir, Moret habe die an die Hohe Pforte gerichtete Einladung, an der Marokkokonferenz teilzunehmen, zurückgezogen. Er befragt mich um meine Meinung, und ich erkläre ihm, daß ich gegen die Einladung bin und daß ich das auch dem Grafen Rascon mitgeteilt habe. Ich habe nach London telegraphiert, um Lord Salisburys Ansicht zu erfahren. Solms unterrichtet mich, daß Österreich geantwortet habe, es wolle sich der Auffassung der Mittelmeermächte anschließen.

Einem Privatbriefe des italienischen Botschafters in Madrid, Grafen Tornielli zufolge, der mir die Hoffnung des Ministers Moret mitteilt, daß Italien seine Sympathie für Spanien im kommenden Mai bei der durch die Königin-Regentin stattfindenden Eröffnung der Ausstellung in Barcelona kundgeben werde, telegraphiere ich an den Grafen Nigra nach Wien:

Mir scheint, daß es die spanische Regierung mit lebhafter Befriedigung sehen würde, wenn unser Geschwader unter dem Befehl des Herzogs von Genua sich Mitte Mai in Barcelona einfände, d. h. bei der Ankunft der Königin-Regentin daselbst. Diese Sympathiekundgebung, die das monarchische Prinzip in Spanien in einem Augenblick stärken würde, wo Frankreich es zu schwächen sucht, und die das Einvernehmen der beiden

Länder bekräftigen würde, könnte vielleicht noch eine wichtigere Bedeutung gewinnen, wenn das österreichisch-ungarische Geschwader sich mit dem unsern vereinte. Es scheint mir, daß die österreichisch-ungarische Regierung sich zu dem Plan günstig stellen muß. Wollen Sie darüber mit Kalnoky sprechen und mir telegraphieren, ob ihm der Gedanke genehm ist.

29. März.

Nigra's Antwort:

Kalnoky sagt mir, daß auch er es für angezeigt halte, das Geschwader während des Aufenthaltes der Königin-Regentin nach Barcelona zu entsenden, aber er müsse den Kaiser davon benachrichtigen und seine Befehle abwarten. Er behalte sich vor, Ew. Exzellenz die Entscheidung Sr. Majestät zu übermitteln.

(?) April.

Der österreichisch-ungarische Botschafter teilt mir folgendes Telegramm Kalnokys mit:

Wollen Sie Sr. Exzellenz, dem Herrn Ministerpräsidenten, sagen, daß wir uns mit großer Befriedigung dem Plane anschließen, die Geschwader der beiden Staaten vor Barcelona zu vereinigen, um dort Ihre Majestät die Königin-Regentin zu begrüßen, und daß wir großen Wert auf die Begegnung und Vereinigung der beiden Geschwader legen, welche, so vereint, die zwei Flaggen der beiden verbündeten Mächte zeigen werden. Se. Majestät der Kaiser und König hat mit großer Freude diesem Gedanken zugestimmt und bereits die für das Marinekommando nötigen Befehle erteilt.

6. Mai.

Nachdem ich dem Grafen Kalnoky vorgeschlagen hatte, daß das italienische und das österreichisch-ungarische Geschwader gleichzeitig mit dem englischen in Barcelona eintreffen sollte, teilte mir der Botschafter Nigra mit, daß die kaiserliche Flotte gestern nach Barcelona abgefahren sei, wo sie am 11. Mai einträfe. Die beiden Geschwader könnten zusammen von Barcelona abfahren.

30. Mai.

Ich sage dem spanischen Botschafter, daß er sich dem Beitritt der Türkei an der Marokkokonferenz nicht widersetzen solle. Da Spanien die Einladung gesandt habe, können sie dieselbe nicht zurückziehen.

Ich telegraphiere dem Fürsten Bismarck:

1. April.

Ich bitte Ew. Durchlaucht, meine aufrichtigsten Glückwünsche zum Geburtstag entgegenzunehmen. Vergleiche ich das Deutschland von heute, welches zum großen Teil Ihr Werk ist, mit dem Deutschland von 1815, das Jahr, in dem Sie geboren wurden, so bewundere ich die Größe Ihres Genies und Ihrer Willenskraft. Ich bin stolz auf die guten Beziehungen, die zwischen uns bestehen, und es ist ein Trost für mich, daß mein Land in unserer Zeitgeschichte gemeinsam mit dem Lande geht, dessen Schicksale die sichere, feste Hand Ew. Durchlaucht lenkt.

Graf de Launay telegraphiert mir, daß er dem Reichskanzler einen Besuch abgestattet habe.

Er sagte mir — schreibt de Launay — daß er von dem liebenswürdigen Telegramm, welches ihm Ew. Exzellenz zu seinem Geburtstag sandte, gerührt gewesen sei. Der Fürst ist höchst befriedigt über die zwischen beiden Regierungen herrschende Freundschaft. Ein vollständiges Einvernehmen ist bei der unsicheren Zukunft um so notwendiger. Niemand kann voraussehen, was in Frankreich geschehen wird, wo die extremen Parteien das Übergewicht über die gemäßigten Elemente haben. Wir greifen nicht an, weil wir nicht die Herausforderer sein wollen. Auch Ihre Regierung verhindere weise alles das, was nach einer Herausforderung aussehen könnte. Aber wenn trotz dieser Haltung ein Krieg ausbrechen sollte, so seien wir in der Lage, dem Schicksal mit Erfolg zu begegnen. Ich habe die Gelegenheit benutzt und dem Kanzler für die Hilfe gedankt, die er uns beständig angedeihen läßt, um eine Entwertung unserer Rente zu verhindern. Se. Durchlaucht antwortete mir, daß er dies aus vollem Herzen täte. Das seien Dienste, die sich Freunde gegenseitig leisten müßten.

3. April.

Solms gibt mir eine Note zu lesen, als Antwort auf mein Telegramm, welches bezweckte, daß Fürst Bismarck Salisbury überreden sollte, unseren in Massaua, jenem Hafen am Roten Meer, unter der großen Hitze leidenden Truppen zu erlauben, den Sommer in Ägypten zu verbringen. Statt dessen bot uns die englische Regierung die Insel Cypern an, aber ich antwortete, daß man dann ebensogut die Truppen nach Italien zurückberufen könne.

4. April.

Graf Rascon erzählte mir von dem Eingriff der Türkei in der Marokkoangelegenheit. Marokko weist eine solche Intervention zurück.

13. April.

Solms gibt mir Nachricht von einer Note Radowitz' aus Konstantinopel, nach welcher die Franzosen bei dem Sultan den Glauben erweckt haben, daß wir 8000 Soldaten von Massaua nach Suez gesandt hätten, um Ägypten zu besetzen.

15. April.

Photiades-Pascha teilt mir mit, daß man ihn von Konstantinopel aus über die Sendung von 8000 unserer Soldaten nach Suez, die unter dem Befehl des Generals Saletta ständen, befragt habe. Er hätte die Nachricht dementiert und hinzugefügt, daß es sich um die Rückkehr der Truppen aus Massaua handle. Diese Verdächtigung rühre vom französischen Vizekonsul in Massaua her.

3. Juni.

Graf Solms berichtet über eine Unterredung zwischen dem Grafen Herbert Bismarck und dem französischen

Botschafter in Berlin, Herrn Herbette. Die Frage, ob sich Deutschland bloß an der Kunstausstellung von 1889 beteiligen werde, hätte der Graf mit energischen Worten verneint. Er habe gesagt, daß es der französischen Regierung unmöglich wäre, die den Deutschen schuldige Gastfreundschaft zu gewährleisten. Wenn die Franzosen die Deutschen beleidigten oder ihren Kunstwerken Schaden zufügten, würde sich die französische Regierung in einer schwierigen Lage befinden, und da Deutschland den Frieden zwischen beiden Nationen aufrechterhalten möchte, so sei es besser, jede Gelegenheit zur Zwietracht zu vermeiden. Die Ereignisse von Belfort hätten bewiesen, daß die Deutschen auf französischem Boden nicht mehr schutzlos seien, sie täten nicht gut, nach Frankreich zu gehen. Im Innern Afrikas seien sie sicherer und begegneten geringeren Gefahren.

Herbette war bestürzt über diese Worte und rief aus: „C'est que vous êtes les vainqueurs et nous les vaincus."

Graf Herbert erwiderte, daß auch andere Kriege zwischen den beiden Ländern stattgefunden hätten, in denen manchmal die Deutschen unterlegen wären; es hätte sich aber niemals ereignet, was nach 1870 geschah, nämlich, daß die Gemüter in Frankreich so unruhig geblieben wären, daß sie die zwischen zivilisierten Völkern notwendigen Beziehungen erschwerten.

Herbette fügte hinzu, daß sich in Frankreich 30 000 geschäftstreibende Deutsche befänden.

„Vor 1870 waren es 300 000", entgegnete der Graf, „und diese ungeheure Zahl unserer Mitbürger mußte sich

zurückziehen. Ich wünschte, es erhöbe sich zwischen Frankreich und Deutschland eine chinesische Mauer, damit kein Grund zu Beziehungen oder Streitigkeiten bestände.“

Herbette war der Ansicht, daß, wenn sich Deutsche und Franzosen einander näherten und besuchten, sie sich endlich kennen lernen und achten würden. Nur so könnten die Zwistigkeiten aufhören. Aber Graf Herbert Bismarck hegte nicht die gleiche Hoffnung.

So endete das Gespräch.

Solms erzählte mir wiederum von der Fabel, die verbreitet wird, daß sich die vereinigte italienische, österreichische und englische Flotte nach Konstantinopel begeben würde, um eine Demonstration zu veranstalten. Radowitz habe versichert, diese Nachricht stamme von Photiades-Pascha, der sie nach Konstantinopel übermittelt habe. Er wäre das freiwillige oder unfreiwillige Organ der französischen und russischen Gesandtschaft beim Quirinal und Gérard und Paparigopoulo seien die Seele dieser Intrige.

15. Juni.

König Humbert erhält folgendes Telegramm:

Accablé de douleur je fais part de la mort de mon père bien aimé Empereur et Roi Frédéric III. Il s'est éteint doucement ce matin a onze heures et quart.

gez.: Guillaume.

Wenige Stunden, nachdem er es erhalten hatte, telegraphiert mir der König:

Der Tod des deutschen Kaisers legt mir die schmerzliche Pflicht auf, Ihre Aufmerksamkeit auf die Maßnahmen zu lenken, die in Anbetracht dieses traurigen Ereignisses getroffen werden müssen.

Sie werden bemerkt haben, daß in verschiedenen Blättern und zu verschiedenen Zeiten von der Wahrscheinlichkeit einer

Reise nach Berlin die Rede gewesen ist, die ich, zum Zwecke, dem hohen Kranken noch einen Beweis meiner Freundschaft zu geben, hätte unternehmen sollen.

Würde sich das, was bei Lebzeiten des Kaisers nicht zweckmäßig erschien, nicht vielleicht nach seinem Tode als passend erweisen?

Es würde sicher den Gefühlen meines Herzens entsprechen und vielleicht auch dem zarten Empfinden des italienischen Volkes, daß ich demjenigen, der so lange Jahre hindurch mein und Italiens bester Freund gewesen ist, die letzte Ehre erwiese.

Da aber nicht das Gefühl die alleinige und ausschlaggebende Richtschnur staatlicher Entschließungen sein darf, so ist es unsere Pflicht, zu erwägen, ob auch Gründe politischer Art dafür sprechen.

Ich verhehle nicht, daß mir der Gedanke nicht nahe liegt, dem neuen deutschen Kaiser, der jünger ist als ich und noch keine Gelegenheit gehabt hat, Handlungen vorzunehmen, durch die er ein besonderes Ansehen erworben hätte, den ersten Besuch zu machen.

Aber ich würde mich der Strapaze einer Reise nach Berlin dennoch gern unterziehen, wenn wir durch eine solche die Gewißheit erlangten, den Zweck, unsere Beziehungen auch mit dem neuen Kaiser innig und fest zu gestalten, zu erreichen und ihm gleichzeitig die Gelegenheit böten, den Besuch zu jener Zeit in Rom zu erwidern, die Sie vorher mit dem Fürsten Bismarck festsetzen würden.

Dieser Zweck ist den europäischen Mächten gegenüber vollkommen durch die allseitig bekannte Freundschaft gedeckt, die mich mit Friedrich Wilhelm verband und durch die Intimität, in der ich mich mit seiner Familie befunden habe.

Ich bitte Sie, dies alles zu überlegen und mir zu telegraphieren, ob Sie eine Reise nach Berlin im Interesse des Landes für zweckmäßig erachten und ob Sie zustimmenden Falles glauben, daß Sie vorher mit dem Fürsten Bismarck entsprechende Abmachungen treffen könnten.

Welche Ihre Entschließungen auch sein werden, ich würde Ihnen auf jeden Fall Dank dafür wissen, wenn Sie sie mir so schnell als möglich telegraphieren wollten.

Mein Beileid habe ich dem Kaiser bereits telegraphisch direkt übermittelt.

Ich bitte Sie aber, unbeschadet dem Botschafter, Grafen Solms, meine schmerzlichen Gefühle zum Ausdruck bringen zu wollen.

Ich drücke Ihnen die Hand.

Affectioniertest gez.: Humbert

Meine Antwort an den König lautete:

Der Ministerrat drückt seine Bewunderung für die großmütige Regung Ew. Majestät Herzens aus. Er ist einstimmig der Anschauung, daß es politisch nicht ratsam wäre, wenn der König von Italien nach Berlin ginge, vor allen Dingen, weil die Bestattung Kaiser Friedrichs einem ausdrücklichen Wunsche des Verstorbenen gemäß in ganz privater Form vor sich gehen soll, ohne die Teilnahme fremder Fürstlichkeiten oder auswärtiger Sonderabordnungen. Ein Besuch Ew. Majestät in Berlin muß zu gegebener Zeit, wenn die Umstände für beide Höfe und für beide Länder ihn angezeigt erscheinen lassen, Gegenstand besonderer Verhandlungen bilden.

Ich telegraphiere dem Fürsten Bismarck:

Le malheur qui frappe Votre pays plonge aussi l'Italie dans le deuil.

Quoique prévue et redoutée depuis longtemps, cette fin tragiquement simple et grandiose est un coup cruel pour nos souverains qui perdent un ami éprouvé, pour la nation italienne qui voyait en Frédéric III la personification sympathique et vénérée de la glorieuse nation allemande sa fidèle alliée. Le Gouvernement du Roi transmet, par mon entremise, à Votre Altesse et au Gouvernement Impérial et Royal les expressions d'une douleur profonde et les voeux les plus ardents pour la prospérité du nouveau Règne. Je prie Votre Altesse de recevoir personellement l'assurance de la part très sincère et très large qui je prends à sa douleur. Il faut toute la force d'âme dont Votre Altesse a donné tant de preuves pour supporter avec fermeté de pertes si rapprochées et si douleureuses.

Ich erhalte diese Antwort:

En ces temps de douleureuses épreuves que traverse l'Allemagne les paroles si sympathiques que Votre Excellence vient de me transmettre et que j'ai fait connaître aux membres du Gouvernement Impérial, ont apporté des consolations qui nous aident à supporter les grandes douleurs qui depuis trois

mois se sont appesanties sur l'Allemagne. Les sentiments du noble peuple italien qui se confondent en ce moment avec les nôtres dans les mêmes regrets et les mêmes espérances trouveront un écho reconnaissant dans tous les coeurs allemands; les condoléances que Votre Excellence m'adresse personellement m'ont profondément touché. Elle voudra bien ne pas en douter et croire à la sincérité de ma gratitude et de mon affection. de Bismarck.

Besuch des Grafen Solms: Danksagungen für die in der Kammer und im Senat anläßlich des Todes Kaiser Friedrichs gesprochenen Worte. Graf Solms äußert sich lobend über den neuen Kaiser.

Infolge der Unterbrechung der Beziehungen Italiens zum Sultan von Zansibar hat Graf Herbert Bismarck die Absendung des diesem Sultan verliehenen Ordens aufgeschoben. Er will die Verständigung abwarten.

17. Juni.

Botschafter Graf Rascon teilt mir die Bildung des neuen spanischen Ministeriums mit. Moret hat das Portefeuille des Innern und Marquis de la Vega das des Äußern. Das Kabinett hat eine demokratischere Färbung.

24. Juni.

Besuch des Grafen de Moüy: Er spricht von den Steuern in Massaua, und ich antworte ihm, daß deren Erhebung unser gutes Recht sei, da dort nach unserer Eroberung die Kapitulationen nicht mehr in Kraft seien. Diese Anschauung hatte ich im vergangenen Sommer auch Gérard gegenüber in Anbetracht eines gegen einen griechischen Untertanen gefällten Urteils aufrecht erhalten.

Neuntes Kapitel.

Noch ein französisch-italienischer Zwischenfall.

Der Streit mit Frankreich wegen der Steuern in Massaua: drei diplomatische Noten Crispis über die Rechte Italiens und die französischen Belästigungen. — Die Mächte sind auf Seiten Italiens. — Aus dem Tagebuche Crispis: Spanien und der Vatikan. — König Ludwigs von Portugal Befürchtungen wegen der Reise des italienischen Königspaares in die Romagna. — Zweiter Besuch Crispis beim Fürsten Bismarck. — Graf Kalnoky und Crispi in Eger.

Der von dem Grafen de Moüy angeregte und von der französischen Regierung verfochtene Streit, welcher der Erhebung der allen Einwohner Massauas, den Italienern sowohl wie den Fremden, auferlegten Kommunalsteuern entsprang, war ein weiterer Beweis dafür, daß Frankreich nur nach Vorwänden suchte, um mit Italien Händel anzufangen. Crispi wurde beschuldigt, ein Aufwiegler zu sein, der nur dem Willen des den Krieg wünschenden Fürsten Bismarck gehorche, um so dem Dreibunde eine drohende Haltung zu verleihen. Viele Jahre hindurch hat sich die französische und ein Teil der italienischen Presse in dieses Thema verstrickt, und noch in den neuerlichen Publikationen fährt man fort, das künstlich manierierte Bild eines arroganten, von Herrschergelüsten beseelten und im Urteil voreiligen Crispi zu zeichnen. Wieviel Wahrheit diese Anklagen enthalten, geht aus den nachstehend wiedergegebenen

Einzelheiten über den Zwischenfall von Massaua hervor. Der Grund, der zu demselben Anlaß gab, und die vom Minister Goblet, dem Nachfolger Flourens', angeführten Argumente sind aus den folgenden Dokumenten ersichtlich. Auch geht klar daraus hervor, daß diese Argumente lediglich bezweckten, sich der Ausübung der Herrschaft Italiens zu wiedersetzen auf diesem Fleck Erde, wo schon so viel italienisches Blut geflossen war.

Mittelst dreier Noten, zwei vom 25. und eine vom 31. Juli, die an die Botschafter geschickt wurden, um von diesen den Kanzleien der Großmächte weitergegeben zu werden, bekämpfte Crispi die französischen Einmischungen. Wir fassen die drei Noten kurz zusammen.

Der Generalkommandant von Massaua hat am 30. Mai allen Grundbesitzern und allen Kaufleuten der Stadt, Eingeborenen sowohl wie Fremden, eine Steuer, die monatlich zwischen 2 und 7 Lire schwankt, auferlegt, um die für die Gesundheitspflege, Beleuchtung usw. entstehenden Kosten teilweise zu decken. Eine andere Verfügung, die am 1. Juni zu demselben Zweck erlassen wurde, belegt den für den Verkauf von Getränken, Eßwaren usw. erforderlichen Gewerbeschein mit einer Steuer. Dreiundzwanzig Kaufleute, darunter zwei Franzosen, ein Schweizer und zwanzig Griechen, die — mangels eines Konsuls ihrer eigenen Nation — unter dem Schutze des Vizekonsuls von Frankreich, des einzigen fremden Vertreters in Massaua, stehen (diese Situation fanden wir im Moment unserer Besetzung vor), haben sich geweigert, diese Abgaben zu leisten.

Die französische Regierung unterstützt den Widerstand dieser Kaufleute und bestreitet uns das Recht, ihren Staatsangehörigen und Schützlingen Steuern auf-

zuerlegen, indem sie sich auf die betreffs Massaua v o r h a n d e n e n Verträge bezieht.

Kann man, angenommen, aber nicht zugegeben, daß die Angaben unserer Gegner bezüglich des Fortbestehens der Verträge in Massaua zuträfen, uns zwingen, fremden Untertanen und Schutzbefohlenen, ohne Zustimmung ihrer Regierungen keine städtischen Steuern aufzuerlegen? Wir sehen, was sich in dieser Hinsicht in den alten ottomanischen Provinzen und in den Kapitulationsländern ereignet, obgleich diese sich rechtlich in einer ganz anderen Lage befinden wie Massaua. In Bosnien-Herzegowina sind von dem Augenblick der österreichisch-ungarischen Okkupation an alle fiskalischen und kommunalen Privilegien, die zugunsten der Fremden bestanden, verschwunden. In Cypern ist das Recht, den Fremden Steuern aufzuerlegen, durch die Handelsverträge mit der Türkei geregelt und nicht durch die Kapitulationen. Bulgarien, das sich jetzt städtische Behörden geschaffen, hat Kommunalsteuern einführen müssen, gegen welche die europäischen Mächte keine Einwendungen gemacht haben. Ägypten hat ein Gesetz veröffentlicht, laut welchem alle Fremden einer Gewerbesteuer unterworfen sind, und auch in Kairo hat keine Regierung Einwendungen erhoben. Die Hohe Pforte hat versucht, diese Gewerbesteuer auch im Reiche einzuführen; die Vertreter, die wohl die Verletzung der Verträge erkannten, haben im Prinzip keinen Widerspruch erhoben und haben sich darauf beschränkt, eine genaue Regelung zu verlangen. In Tunis erhebt die Stadtverwaltung, eine französische Schöpfung, die Steuern.

Aber die Annahme, daß für Massaua noch Kapitulationen bestehen, ist eine irrtümliche. Niemals vorher hat die Türkei in Massaua eine unbestrittene Autorität ausgeübt, ebensowenig die ottomanischen Gerichte; die Kapitulationen wären, hätten sie wirklich existiert, nach der italienischen Okkupation wirkungslos geworden. Sobald eine christliche Nation ein muselmanisches Land verwaltet, haben die Kapitulationen keine Existenzberechtigung mehr. Sie sind nur dann möglich, wenn zwischen zwei Völkern, von denen sich das eine, um den Handel zu pflegen, im Territorium des anderen niedergelassen hat, eine große Verschiedenheit in Bezug auf Religion, Sitten, Gesetze und Gebräuche besteht. Um mit der Einführung der nationalen Gesetzgebung anzufangen, würde es für die Fremden, weder für Personen noch für Sachen, ohne besondere Garantien keine Sicherheit geben. Und das ist in Massaua nicht der Fall, wo seit drei Jahren eine regelrechte Verwaltung funktioniert, die alle wünschenswerten Garantien für Ordnung und Unparteilichkeit bietet. Wir haben in Massaua auch Abgaben fiskalischer Natur eingerichtet, wie für Schifffahrt, Hafenbenutzung, Zoll, die ohne jede Reklamation von allen gezahlt wurden. Und es ist sogar der eigentümliche Fall eingetreten, daß Griechen, die infolge mancherlei Umtriebe, auf die wir hier nicht näher eingehen wollen, sich weigerten, Steuern im kommunalen Interesse zu bezahlen, sich in der letzten Zeit alle an die italienische Justiz gewandt und sich deren Urteilssprüchen, ohne Einspruch zu erheben, gefügt haben.

Wir wollen auch nicht unerwähnt lassen, daß die hellenische Regierung, bevor sie sich von Frankreich beeinflussen ließ, sich nicht auf die Verträge berufen hat, sondern auf den Artikel 2 des Handelsvertrages von 1877 zwischen Italien und Griechenland, worin es heißt, „daß die Bürger beider Staaten in Bezug auf die Zahlung der Abgaben den Untertanen vollständig gleich sein sollen." Da die fraglichen Steuern gleichmäßig von in Massaua lebenden Italienern wie von Griechen getragen werden, so hat Griechenland unser Recht, dieselben zu erheben, anerkennen müssen.

Wir sind unseren Gegnern auf das von ihnen gewählte Gebiet gefolgt und haben ihre Behauptungen widerlegt, doch ist die Diskussion hierüber jetzt, wo die Souveränität Italiens in Massaua effektiv und unbestritten ist, unnütz für uns.

Italien besetzte Massaua am 5. Februar 1885 unter Umständen, die erwähnt zu werden verdienen.

Um den drohenden Fortschritten, die der Aufstand des Mahdi machte, vorzubeugen, konzentrierte Ägypten seine Streitkräfte und berief dieselben aus den entfernten Garnisonen zurück. Massaua, das außerhalb der Verteidigungslinie der khedivialen Regierung lag, mußte geräumt werden. Als die Türkei angeregt wurde, es zu besetzen, weigerte sie sich und verzichtete implicite mit dieser Weigerung auf die überdies sehr fraglichen Rechte, die sie sich auf diesem wichtigen Punkt am Roten Meer anmaßte.

So verlassen, war Massaua nun einer doppelten Gefahr ausgesetzt, entweder den Händen der Mahdisten oder der Anarchie anheim zu fallen. Im allgemeinen

Interesse mußte eine Großmacht diese Stadt besetzen und sie beschützen.

Italien war — es besaß in der Nähe ein Kolonialunternehmen, das ebenfalls gefährdet sein konnte — hierzu bereit. Die befreundeten Staaten sahen ohne Mißvergnügen und ohne Eifersucht, vielleicht sogar mit Genugtuung, wie sich Italiens Macht an den Ufern des Roten Meeres ausbreitete. Die Besetzung von Massaua war beschlossen, Italien okkupierte nicht nur Massaua, denn jede Autorität hörte durch den Rückzug der Ägypter und den stillschweigenden Verzicht der Pforte auf, sondern begann sofort Souveränitätsrechte auszuüben. Es waren noch nicht zehn Monate verflossen, daß alle öffentlichen Ämter sich in unseren Händen befanden und die letzten Spuren der vorigen Okkupation verschwunden waren. Die Okkupation von Massaua wurde den Großmächten durch zwei Telegramme vom 9. und 13. Februar 1885 bekannt gegeben.

Außerdem kamen die Einwendungen nicht etwa von der Türkei, die sich, nachdem sie zuerst ihre Vorbehalte gemacht hatte, mit der vollendeten Tatsache abfand. Wir wollen hierüber keinen anderen Beweis anführen, als den Artikel 10 der von der Pforte berichtigten Konvention über den Kanal von Suez, in dem anerkannt wird, daß die Türkei, am Roten Meer — außer an der östlichen Küste — keine Besitzungen mehr hat.

Die Einwendungen kommen, wie immer, von der französischen Regierung, die es verstanden hat, auch Griechenland in die Opposition zu ziehen; von der französischen Regierung, der das friedliche Wachstum der

italienischen Nation eine Herabsetzung ihrer eigenen Macht und Autorität zu bedeuten scheint, als böte nicht der afrikanische Kontinent allen Mächten, die seine Ufer besiedeln, genug Raum, ihren Ehrgeiz in Bezug auf Zivilisation zu befriedigen.

31. Juli.

Am 13. d. M. habe ich an Ew. Exzellenz eine Depesche gesandt, der am 25. zwei weitere folgten, von denen — nachdem sie vorgelesen — ich Sie ermächtigt habe, dem Minister des Äußeren Abschrift zu hinterlassen. Ich glaube in denselben deutlich bewiesen zu haben, daß Italien ein Recht auf Massaua hat, und daß Frankreich ohne einen plausibeln Grund die Angelegenheit der Kapitulationen gegen uns ausspielt, auf welche man sich in diesem von einer zivilisierten christlichen Macht okkupierten Gebiete nicht berufen kann.

Es bleibt noch zur Kenntnis zu bringen, welches die Haltung der französischen Vertreter in Massaua von den ersten Tagen unserer Besetzung an war, denn aus dieser Haltung ergeben sich die jetzigen Schwierigkeiten.

Vorausgesagt sei, daß Frankreich die einzige Macht ist, die eine Vertretung in Massaua unterhält, obgleich es dort keine Handelsinteressen hat, und nur zwei Franzosen seit einigen Monaten Kleinhandel treiben.

Mit dieser Vertretung verfolgt also Frankreich offenbar nur einen politischen Zweck. Es wird behauptet, daß die Vertretung eine Verbindung mit den in Abessinien wohnenden Lazzaristen herstellen soll, aber die Haltung seiner Vertreter läßt leider darauf schließen, daß

das von Frankreich verfolgte Ziel ein ganz anderes und weit größeres ist.

Im Augenblick unserer Besetzung haben wir in Massaua keinen französischen Konsular-Agenten angetroffen, erst 8 Monate später, gerade am 20. Oktober 1885, nachdem die Ägypter uns die volle Herrschaft dieses Ortes überlassen und sich zurückgezogen hatten, traf dort ein Herr Soumagne ein, der sich als französischer Vizekonsul vorstellte.

Sobald er mit unseren Behörden, mit denen freundschaftliche Beziehungen zu pflegen doch wohl der vornehmste Zweck seiner Anwesenheit in Massaua gewesen wäre, Besuche gewechselt hatte, bekümmerte er sich hauptsächlich darum, engere Fühlung zu Abessinien zu nehmen. Wir seher in der Tat, daß er sich im folgenden Frühjahr nach Adigrat begibt, wo er mit Ras Alula zusammentrifft, und wenige Monate später, im August 1886, ist er in Adua, wo er König Johann huldigt.

Er selbst sprach mit dem Oberkommandierenden unserer Truppen über seine innigen Beziehungen zum Negus und vertraute ihm an, daß er dem Negus den Vorschlag gemacht habe, mit Frankreich einen formellen Vertrag zu schließen. In diesem Vertrage sollte, wie man nachher von anderer Seite erfuhr, die wichtigste Klausel der Schutz sein, den Frankreich Abessinien gegen alle anderen Mächte gewähren würde.

Diese geheimen Beziehungen und Manöver des Vertreters Frankreichs zu dem Negus und zu Ras Alula erweckten den berechtigten Verdacht, daß er gegen uns intrigieren wollte, und als er aus Gesundheitsrücksichten

einen Urlaub erhielt und im März 1887 Massaua verließ, konnten sich die dortigen Behörden nur über die Entfernung dieser wenig beliebten Persönlichkeit freuen.

Aber auch das Benehmen seines Nachfolgers, eines gewissen Herrn Mercinier, war dem seinen nicht unähnlich. Dieser Herr, der von dem französischen Konsulat in Alexandrien geschickt war, wurde von Herrn Soumagne vor seiner Abreise dem Oberkommandanten als provisorischer Leiter des französischen Vizekonsulates vorgestellt.

Dieser Zeitpunkt ist der Anfang einer ununterbrochenen Kette von Beschwerden und Scherereien, die der sich keine Gelegenheit entgehen lassende neue französische Vertreter hervorrief, um sich unüberlegt in Angelegenheiten zu mischen, die ihn nichts angingen. So hatte er in seinem Bureau ein Register aufliegen, in das sich alle diejenigen einschreiben konnten, die sich unter seinen Schutz begeben wollten; und unter diesem Protektorate standen nicht nur Griechen, sondern auch Perser, Türken, Schweizer und sogar ein nordamerikanischer Bürger; es hatte den Anschein, als ob diejenigen, die zu unseren Feinden in Beziehungen standen, sich eines besonderen Schutzes erfreuten.

Es ist zwecklos, hier von den Beschwerden und Verwahrungen zu sprechen, die von Herrn Mercinier systematisch gegen alle von den italienischen Behörden getroffenen Verfügungen erhoben wurden; er drohte sogar, daß er seine Macht gegen uns gebrauchen würde, um die Bewohner des Landes zum Widerstand, ja zur offenen Rebellion aufzureizen, wie er es kürzlich in Sachen der

Abgaben gemacht hat, denen alle ohne Unterschied der Nationalität unterworfen worden waren. Es ist auch unnütz, darüber Worte zu verlieren, wie er seine Stellung mißbraucht hat; er drohte mit Geldbußen und mit Ausweisung derjenigen unter den Schutzbefohlenen, die seinem Befehle nicht gehorcht und die festgesetzten Abgaben bezahlt hatten.

Angesichts der Notwendigkeit, an einem befestigten Platze und in einem immer noch vom Kriegszustand beherrschten Gebiete, den unter unserer Verwaltung stehenden Eingeborenen und den die Kolonie besuchenden Ausländern gegenüber, die Ordnung aufrechtzuerhalten, und in Anbetracht dieser fortwährend, offensichtlich feindlichen Haltung der französischen Vertreter haben wir uns gezwungen gesehen, Herrn Mercinier in der von ihm angenommenen Eigenschaft eines Leiters des französischen Vizekonsulates nicht mehr zu dulden. Da es sich nicht darum handeln konnte, einem Beamten, der nur zeitweilig den Vizekonsul vertrat, das E x e q u a t u r der königlichen Regierung zu entziehen, das letzterer gar nicht besaß, so mußte sich General Baldissera darauf beschränken, ihm am 23. Juli mitzuteilen, daß er keine Beziehungen mehr zu ihm pflegen werde.

Es ist unnötig, hinzuzufügen, daß Herrn Mercinier, der durch diese Mitteilung wieder zu einem einfachen Privatmann geworden war, nicht gestattet werden konnte, im Verkehr mit seiner Regierung einen Zifferschlüssel zu gebrauchen, da ein derartiges Korrespondenzmittel in Massaua jedem Privatmann untersagt ist.

Es schien mir angebracht, Ew. Exzellenz von diesen

Tatsachen zu unterrichten, damit sich Ew. Exzellenz derselben zur Richtschnur bedienen könnten, falls bei einer Ihrer Unterredungen mit dem dortigen Minister des Äußeren dieser Punkt berührt werden sollte.

Es ist natürlich, daß der Minister[1]) Goblet sich den Schlußfolgerungen der italienischen Regierung nicht anschloß, und daß sich der ganze Zorn der französischen Presse auf Crispi ergoß. Crispi aber blieb unbeugsam. Obgleich er angegriffen war, verteidigte er seine Stellung mit Mäßigung, aber mit Energie. Er brachte den Streit vor die europäischen Gerichte, bewies, daß Frankreich eine falsche These aufrecht erhielt, und daß keine Prinzipienfragen oder Fragen der Würde sie bedingten, sondern lediglich Mißachtung vor dem Geiste der Unabhängigkeit, der die italienische Politik beseele.

Wie aus den folgenden Dokumenten hervorgeht, stand Europa auf Crispis Seite, der seinerseits nach dieser Zustimmung die Streitfrage als beendet ansah und erklärte, daß er Herrn Goblet[1]) nicht mehr geantwortet haben würde.

Paris, 25. Juli 1888.

Heute beschwerte sich Goblet bei mir, daß Ew. Exzellenz Herrn Gérard noch immer nicht haben empfangen können, und daß der Militärkommandant von Massaua Herrn Mercinier erklärt hätte, er würde aufhören, ihn als Vertreter Frankreichs

[1]) Graf de Moüy, der damalige französische Botschafter in Rom, entwirft in seinem bei Plon, Paris 1909, erschienenen Souvenirs et causeries d'un diplomat von Goblet folgendes Bild:

„L'accession de M. Goblet au ministère des Affaires étrangères avait soulevé dans les journaux français des objections sérieuses: on disait avec raison que cet homme politique, estimé d'ailleurs, orateur disert, logicien exercé était mal préparé, par son caractère raide et irascible, au maniement des choses diplomatiques qu'il traitait pour la première fois: on lui reprochait ses opinions anguleuses et son style peu engageant. Je n'étais pas, à cet égard, sans quelque souci, et je regrettais l'éloignement de M. Flourens dont j'appréciais vivement la connaissance parfaite de notre situation délicate à Rome, la douceur et l'habile sagesse." (N. d. C.)

zu betrachten, weil er mit keinem regulären Exequatur versehen sei. Es schien mir ein günstiger Augenblick, um Herrn Goblet Kenntnis von dem Inhalt der beiden letzten Telegramme Ew. Exzellenz betreffs des Zwischenfalles in Massaua zu geben, aber die triftigen Gründe Ew. Exzellenz haben nicht vermocht, Goblet von seiner ursprünglichen Anschauung abzubringen.

Er beruft sich nach wie vor auf die Kapitulationen, die wir nicht anerkennen, und besteht auf dem Verlangen, daß jede Steuereintreibung, nach einer gegen sie eingereichten Beschwerde, aufzuhören habe, während wir der Ansicht sind, daß man vor allem sich den staatlichen Behörden beugen müsse mit dem Vorbehalte nachträglicher Untersuchung. Goblet wurde immer lebhafter, worauf ich ihm prompt erklärte, daß, nachdem ich eine vollständige Meinungsverschiedenheit betreffs der beiden oben angedeuteten wichtigsten Punkte bemerkt hätte, sich die Diskussion, die uns vom ursprünglichen Wege abbrächte, nicht mehr fortführen könnte. Goblet sagte mir unter anderem, daß Frankreich nicht abgeneigt wäre, unseren Wünschen entgegenzukommen, wenn wir unsererseits ihnen ebenfalls einige Zugeständnisse machen würden. Er sagte mir nicht, aber ich nehme an, daß es sich um Tunis handelte, weil der hiesige österreich-ungarische Botschafter, der mit ihm ein diesbezügliches Gespräch gehabt hatte, mir vertraulich mitteilte, daß Goblet, während er ihm von Massaua sprach, auch auf Tunis angespielt hätte.

Man versichert mir, daß man hier, im Ministerium des Äußeren, der Haltung Griechenlands wegen ziemlich besorgt ist, da man seit einigen Tagen ohne Nachrichten, welcher Art diese sein sollten, ist. gez.: Menabrea.

London, 26. Juli.

Salisbury hat mir gesagt, er hätte dem französischen sowohl als auch dem deutschen Botschafter erklärt, daß der englischen Regierung zufolge die Handelsverträge keine Existenzberechtigung mehr haben, wenn ein muselmanisches Land von einer christlichen zivilisierten Nation verwaltet wird. Indem ich Salisbury vorschlug, ein jenem zwischen England und Österreich-Ungarn bestehenden, ähnliches Dokument sogleich zu unterzeichnen, drückte mir seine Gnaden das Vertrauen aus, daß Ew. Exzellenz von den klaren und deutlichen Erklärungen, die er mir gemacht habe, vollauf befriedigt sein würden. gez.: Catalani.

Brief Lord Salisburys an Catalani.

29. Juli 1888.

Sie verlangten die Meinung der Regierung der Königin bezüglich der Verbindlichkeit der Kapitulationen in jenen Gebieten zu hören, welche, wie Massaua, unter türkischer Verwaltung gestanden haben, zurzeit einer solchen aber nicht mehr unterstehen. Meine Antwort lautet wie folgt: die Meinung der königlichen Regierung ist in solchem Falle gegen die Gültigkeit der Kapitulationen. Diese Kapitulationen verdanken ihren Ursprung der Schwierigkeit, die Eigentümlichkeiten der türkischen Gesetze und der türkischen Verwaltung auf diejenigen Kaufleute anzuwenden, welche den Handel mit den christlichen Ländern vermitteln; daher lassen sich in den Gebieten, die unter die Verwaltung einer christlichen Regierung, wie der Italiens, gekommen sind, die Kapitulationen nicht länger durchführen; sie verlieren ihre Existenzberechtigung.

Rom, 1. August.

An Se. Exzellenz den Grafen Nigra.

Herr Botschafter, Ew. Exzellenz haben mir bekannt gegeben, daß Se. Exzellenz Graf Kalnoky in Erwiderung der Anfrage, welche die Königliche Regierung an ihn gerichtet hat, erklärte, daß die k. k. österreich-ungarische Regierung die Kapitulationen in Massaua für unanwendbar hält, und daß folglich die österreich-ungarischen Untertanen sich der dort in Kraft stehenden Gesetzgebung werden unterwerfen müssen. Ich bitte Ew. Exzellenz, die k. k. österreich-ungarische Regierung zu benachrichtigen, daß die Königliche Regierung von dieser Erklärung Kenntnis nimmt, und bitte Sie, Se. Exzellenz dem Grafen Kalnoky dafür danken zu wollen. Crispi.

Auch die Versuche, die Türkei zum Protest gegen Italien zu veranlassen, mißglückten Frankreich. Herr von Radowitz telegraphierte am 6. August, er habe den Eindruck, daß die Pforte sich nicht von Frankreich beeinflussen lassen würde; er habe dem Sultan erklärt, daß, würde er die Politik Frankreichs und Rußlands gefördert haben, er nicht gleichzeitig Freund des Dreibundes hätte bleiben können.

Aus dem Tagebuche:

11. Juli.

Besuch des Grafen Solms: Erörterung der die Missionare in China betreffenden Paßfrage. Deutschland folgt unserer Politik. Es hat die Regierung des Himmlischen Reichs ermahnt, die Ansiedelung katholischer, mit nichtdeutschen Pässen versehener Deutscher nicht zu gestatten.

Während des Besuchs des Geschwaders in Barcelona fand ein Bankett statt, dem der italienische Botschafter, Tornielli, und der französische Botschafter, Cambon, beiwohnten. Der spanische Minister brachte einen Trinkspruch aus und unterließ dabei, Frankreich zu erwähnen, worauf sich Tornielli erhob und das Versäumte nachholte. Nach diesem Trinkspruch kam eine Wiederannäherung der Mannschaften des italienischen und französischen Geschwaders zustande.

28. Juli.

Solms gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Zanzibar-Frage gütlich gelöst werde. Deutschland erhebt keinen Einwand, daß Italien dort Gebiet erwirbt. Er erwähnt die von Cecchi beobachtete Haltung, die Rechtfertigungen des Sultans und hofft auf einen freundschaftlichen Vergleich.

Massaua: Deutschland in der Rechtsfrage bloßgestellt, da es eine der unsrigen entgegengesetzte These vertreten hat. Es ist bereit, auf die Kapitulationen zu verzichten, solange Italiener in Massaua sein werden.

3. August.

Graf Tornielli, Botschafter in Madrid, hat mit dem Minister de la Vega de Armyo über das Zirkular Ram-

pollas, betreffs des sogenannten Ausgleiches zwischen Italien und dem Vatikan, verhandelt.

„Kaum hatte der päpstliche Gesandte, Monsignore di Pietro, den Gegenstand berührt," so erzählte der Minister, „unterbrach ich ihn, indem ich ihm sagte:

„Hochwürden, sprechen Sie mir nicht von der Notwendigkeit, daß der Papst Rom verlassen müsse. Zwei Dinge sind in gleichem Maße unmöglich: daß der Papst den Vatikan und die Italiener ihre Hauptstadt verlassen. Zwischenfälle können Schwierigkeiten aufwerfen, sie sind aber niemals imstande, Unmögliches möglich zu machen. Das beste wäre, sich in Frieden ins Unabänderliche zu fügen. Alsdann fügte der Minister de la Vega de Armyo hinzu, daß er die Unterhaltung auf die Herausforderungen gelenkt habe, die in letzter Zeit seitens des Heiligen Stuhles nicht gefehlt hätten, und die notwendigerweise den Groll der öffentlichen Meinung Italiens hervorgerufen haben müssen.

Anstatt sich über seine Lage zu beklagen, hätte der Heilige Stuhl wohl daran getan, jeden Grund zu dem Vorwurf zu vermeiden, die Geistlichkeit zum Widerstande gegen die Anwendung des Gesetzes auf die Zehnten aufgereizt zu haben; in seiner politischen Haltung hätte der Vatikan besser getan, keine so offene Geringschätzung der zwischen Italien und Deutschland entstandenen freundschaftlichen Beziehungen an den Tag zu legen. Es scheint, daß der päpstliche Nuntius, der bei solchen Mitteilungen nicht gern zu verweilen pflegt, das Gespräch bald fallen ließ und es auch später nicht mehr aufzunehmen versuchte.

6. August.

Solms teilt mir mit, daß der deutsche Konsul in Zanzibar anzeigt, der Sultan dort wäre bereit, sich auf das italienische Konsulat oder an Bord des Archimedes zu begeben, um der italienischen Regierung seine Entschuldigung auszusprechen. Ich weise den Grafen darauf hin, daß die Angelegenheit nahe daran ist, beigelegt zu werden.

8. August.

Solms liest mir eine gestern abend expedierte Depesche vor, von Fürst Bismarck abgesandt. Der Fürst erwartet meinen Besuch in Friedrichsruh mit großer Freude. Er kann nicht fort und wird in diesem Jahr nicht nach Kissingen gehen. Außerdem liest er mir ein Telegramm aus der Reichskanzlei vor, welches sich auf den Besuch Kaiser Wilhelms in Peterhof bezieht. Der Besuch hätte jeden Zweifel zerstreut und die Freundschaft der beiden Herrscher vertrauter und herzlicher gestaltet. Von Politik wäre nicht gesprochen worden, dagegen fand die Meinung Ausdruck, daß der Friede gesichert sei. Kaiser Wilhelm kehrte befriedigt von dem Besuch zurück.

Am Vorabend der Abreise des Herrscherpaares nach der Romagna, wohin es sich bisher, infolge des Vorurteils, daß das Gebiet wegen der dort verbreiteten republikanischen Grundsätze gefährlich und ungastlich sei, nicht begeben hatte, erhielt Crispi, der — die vorausgesagten Gefahren herausfordernd — zu dieser Reise geraten hatte, vom König Ludwig von Portugal, dem Vater des unglücklichen Königs Carlos, die Nachricht, daß ein anarchistisches Attentat das Leben König Humbert's bedrohe.

Berlin, 12. 8. 88.

Ich habe soeben den König von Portugal gesehen, welcher Eile hatte, mich zu sprechen, um mir zu sagen, er wüßte aus sicherer Quelle, daß gelegentlich der nächsten Reise unseres erlauchten Monarchen in die Romagna, in Bologna oder anderswo ein Attentat vorbereitet wird. In dem Augenblick, in dem die Menge die königlichen Wagen umringen würde, würden die Verschwörer inmitten der Zurufe ein „Es lebe die Republik! Nieder mit dem König!“ ertönen lassen und gegen Se. Majestät vom Revolver Gebrauch machen. Auf diese Art würde es sich

gewissermaßen um eine besser berechnete und verbesserte Auflage des Attentats von Passanante in Neapel handeln. Ich fragte den König von Portugal, ob er in der Lage sei, mir noch genauere Einzelheiten zu geben, und bat ihn, mir vor allem zu sagen, von wem die Warnung herrühre. Ohne sich weiter auszulassen, wiederholte mir Se. Majestät, daß er die Nachricht aus „sicherer Quelle" habe und fügte hinzu, er hege begreiflicherweise den lebhaften Wunsch, daß sie an die richtige Stelle weitergegeben werde. Der König war sehr bewegt, während er zu mir sprach. Ich bin es nicht weniger, indem ich Ew. Exzellenz das Gesagte mitteile, wie ich zu tun versprach, damit beizeiten alle Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, um die Verschwörung zu vereiteln und Italien ein ebenso kostbares wie nützliches Leben zu erhalten. Launay.

13. 8. 88.

de Launay, italienischer Botschafter, Berlin.

König Ludwig hätte ein nützliches Werk vollbracht, wenn er anstatt über die Art und Weise zu sprechen, in der die Verschwörung zur Ausführung kommen sollte, lieber die „sichere Quelle" angegeben haben würde, aus der ihm die Nachricht zuging. Das Geheimnis, in das er sich gehüllt hat, setzt Zweifel in die Gemüter, bietet aber keinen Anhalt zur Entdeckung der mutmaßlichen Verbrecher. Die Regierung hat bereits alle Vorsichtsmaßregeln ergriffen, um zur Entdeckung des geplanten Verbrechens zu gelangen. Crispi.

Berlin, 13. 8. 88.

Der König von Portugal, den ich heute wieder besuchte, um mir von ihm weitere Aufschlüsse geben zu lassen, erklärte, mir solche nicht geben zu können, da er sich demjenigen, dem er die Nachricht von der Verschwörung verdanke, zu strengster Geheimhaltung verpflichtet habe. Aber schon gelegentlich unserer ersten Begegnung habe er alle Einzelheiten wie er sie von einer durchaus glaubwürdigen Persönlichkeit erfahren habe, wiedergegeben.

Der Betreffende hatte ihm über alles das Bericht erstattet, was er infolge Durchsicht von Briefen in Erfahrung gebracht hatte, und die von sozialistischen Führern, vielleicht aus Paris, an den revolutionären Ausschuß der Romagna gerichtet waren. Se. Majestät erhielt bei anderer Gelegenheit und von derselben

Person im voraus Nachricht über Volksbewegungen, die sich in Spanien vorbereiteten, Nachrichten, die sich nachher genau bewahrheiteten. König Ludwig fügte hinzu, daß die Quelle also eine sichere genannt werden könne, und daß er einer Pflicht, die ihm die Anhänglichkeit auferlege, nachkomme, wenn er diese Warnung gebe.

Launay.

Graf Nigra, italienischer Botschafter, Wien.

(Persönlich streng vertraulich.) — Der König von Portugal tat zum Grafen de Launay in Berlin geheimnisvolle Erwähnung einer Verschwörung gegen das Leben unseres erlauchten Herrschers, welche in Bologna oder in einer anderen Stadt gelegentlich der bevorstehenden Manöver in der Romagna in Vorbereitung sei.

Ich habe Grund anzunehmen und sehe mich von meinen Beamten darin bestärkt, daß unser glorreiches Herrscherhaus nichts zu befürchten hat.

Ich bitte Ew. Exzellenz nichtsdestoweniger, sich König Ludwig zu nähern und einen Druck auf ihn auszuüben, daß er uns die Quelle enthülle, von welcher ihm die Nachricht zugegangen ist, damit ich ihre Bedeutung beurteilen, die Untersuchungen einleiten kann und es eventuell erreiche, die Urheber zu ermitteln.

Das Schweigen Ihrer portugiesischen Majestät würde nicht entschuldbar sein. Nachdem er den Zweifel in unser Herz gelegt hat, öffne er uns die Pforte zur Entdeckung der Wahrheit.

Crispi.

Wien, 13. 8. 88.

(Vertraulich, streng geheim.) — Der König von Portugal wird nicht vor dem 18. d. M. in Wien eintreffen. Ich werde am Bahnhof sein, um Audienz bitten und Seiner allergläubigsten Majestät den mir von Ew. Exzellenz erteilten Auftrag ausrichten. Obgleich Ew. Exzellenz unverzüglich alle nötigen Vorkehrungen treffen werden, müssen sich Ew. Exzellenz jedoch bewußt bleiben, daß König Ludwig voller Geheimnisse ist, die häufig jeder Unterlage entbehren.

Nigra.

13. 8. 88.

Italienische Botschaft, Paris.

Durch Enthüllungen einer hohen Persönlichkeit wissen wir, daß sich zwischen einigen französischen Sozialisten und solchen in der Romagna in Erwartung der bevorstehenden Manöver und des Besuchs des Herrschers in irgendeiner Stadt dieser Provinzen eine Verschwörung gegen das Leben des Königs gebildet hat.

Da manchmal auch die scheinbar unmöglichen Dinge möglich werden, beauftrage ich Sie, mittels unserer Agenten die notwendigen Untersuchungen zur Erforschung der Glaubhaftigkeit jener Nachrichten anzustellen.

Unsere Beziehungen zu Frankreich gestatten nicht, daß wir uns an die Landespolizeibehörde wenden, da wir befürchten müssen, daß sogar diese uns feindlich sein könnte. Wollen Sie sich daher in dieser delikaten Mission nur gänzlich italienischer Mittel bedienen.

Benachrichtigen Sie mich von allem.

Crispi.

Wien, 21. 8. 88.

Ich bat den König von Portugal um Angabe der Quellen und um Einzelheiten der Verschwörung, von welcher er zu de Launay gesprochen hat. Se. Majestät sagte mir, er könne nur dem König persönlich jene Quelle bekanntgeben; die Königin Maria Pia habe ihrem erlauchten Bruder über alles geschrieben. Obwohl ich meine Bitte dringend wiederholte, konnte ich König Ludwig zu keiner weiteren Mitteilung veranlassen, als daß der Ursprung der Verschwörung bei den Sozialisten von Genf oder Zürich zu suchen sei.

Nigra.

14. August.

Solms unterrichtet mich von einem Gespräch, welches Herr Raindre, französischer Geschäftsträger in Berlin, mit dem Grafen Herbert Bismarck hatte.

Herr Raindre beklagt sich über das Mißtrauen, welches Crispi in seinen Einwendungen gegen die Gemeindesteuer in Massaua gegen Frankreich bekundet hat. Frank-

reich will keine Hindernisse bereiten, sondern hat allein den Wunsch, eine Prinzipienfrage gelöst zu sehen.

Graf Herbert Bismarck verteidigte die Haltung der italienischen Regierung und gab den Grund ihres Mißtrauens an. Er mahnte zur Ruhe und bat die französische Regierung, doch nicht eine Frage aufzubauschen, die an sich von so geringer Bedeutung sei. Er fügte hinzu, daß er auch Rom zur Ruhe ermahnt habe.

Herr Raindre erwiderte, die französische Regierung sei bereit, die Ansprüche Italiens auf Massaua anzuerkennen, jedoch verlange sie als Ersatzleistung, daß Italien auf seine Rechte in Tunis verzichte.

Graf Herbert Bismarck antwortete, daß die beiden Fragen sich nicht verschmelzen ließen, weil die Lage der beiden Regierungen in Tunis und in Massaua nicht zu vergleichen sei. Deshalb nicht zu vergleichen, weil Tunis noch einen türkischen Souverän habe und außerdem ein großes, Massaua nur ein kleines Gebiet sei. Er schloß, indem er nochmals zur Vorsicht riet und darauf hinwies, daß im Falle eines ausbrechenden Zwistes Deutschland gezwungen sein würde, sich auf Italiens Seite zu stellen.

Herr Raindre erinnerte daran, mit welcher Leichtigkeit Grenzfragen zwischen Deutschland und Frankreich entschieden worden seien. Wenn Italien das gleiche Entgegenkommen wie Deutschland zeigte, so würden sich die schwebenden Fragen zwischen ihm und Frankreich in aller Freundschaft lösen lassen. Hier wandte Graf Herbert Bismarck ein, daß der Florentiner Zwischenfall und andere von geringerer Bedeutung auch beigelegt worden waren.

Graf Solms bestätigt mir, Graf Kalnoky genehmige den Grundsatz, daß die Kapitulationen keine Anwendung auf Massaua finden können, und daß die Italiener ein Recht darauf haben, dort ihre Gerichtsbarkeit auszuüben.

Salisbury hätte an den Geschäftsträger Großbritanniens in Athen geschrieben, er gebe dem griechischen Kabinett den Rat, nicht länger bei seiner Haltung zu verharren und sich hinsichtlich der Kapitulationen in Massaua nach dem britischen Gutachten zu richten.

Der Direktor im französischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Herr Charmes, hätte zu Graf Münster gesagt, Frankreich würde es gern sehen, wenn Italien Tripolis besetzte. Der deutsche Botschafter hätte darauf erwidert, Frankreich gibt, was ihm nicht gehört, und erlaubt den Italienern, was es nicht verbieten kann.

16. August.

Herr von Meyendorf liest mir eine Note des Herrn von Giers vor, datiert vom 9. August (28. Juli, russische Zeit).

Herr von Giers hat die beiden italienischen Noten vom 25. Juli erhalten. Zur Frage der Kapitulationen hat er nichts zu bemerken. Er bestreitet nicht, daß die italienische Verwaltung besser sei als die türkische. Er glaubt aber trotzdem nicht, daß die Kapitulationen wegen der italienischen Besetzung Massauas als aufgehoben zu betrachten seien. Herr von Giers erinnert daran, daß im Jahre 1885 Mancini den Mächten erklärt hätte, Italien sei nur in dies Gebiet gezogen, um dort für Ordnung und Sicherheit zu sorgen und es vor den Mahdisten zu retten.

17. August 1888.

Um 3 Uhr 45 Min. Abfahrt von Rom.

18. August.

Ankunft in Sant' Anna von Valdieri, um mit dem König zu konferieren, der mich auf der Terrasse des Königlichen Lustschlosses empfängt. Wir gehen zum Essen. Von 9 Uhr 40 Min. bis 11 Uhr erteilt mir der König Audienz.

19. August.

Ich stehe um 4 Uhr 30 Min. auf. Die Sonne ist noch nicht aufgegangen. Ich ziehe mich an, gehe hinaus, aber ich treffe keine lebende Seele. Der Himmel ist von klarstem Blau. Um 7 Uhr kommt auch der König auf die Terrasse. Um 7 Uhr 15 Min. fahre ich wieder ab. Um 8 Uhr 40 Min. bin ich in Cuneo. Die Stadt hat sich seit 1849, als ich sie zuletzt sah, sehr zu ihrem Vorteil verändert. Gegen Mittag komme ich in Turin an, um 5 Uhr 30 Min. in Mailand. Um 7 Uhr 15 Min. geht es über den Gotthard weiter.

20. August.

Um 8 Uhr 30 Min. morgens in Basel, um 4 Uhr nachmittags in Frankfurt am Main.

21. August.

Um 9 Uhr 5 Min. Abfahrt von Frankfurt über Hannover nach Friedrichsruh.

In Büchen steht der Extrazug bereit, dem mein Wagen angehängt wird.

Um 9 Uhr 30 Min. abends sind wir in Friedrichsruh — Hurrarufe verkünden, daß der Fürst am Bahnhof ist, um mich zu erwarten. Ich steige aus, und wir gehen Arm in Arm zu dem Wagen, der uns in wenigen Augenblicken zum

Hause des Fürsten bringt. Viele Menschen geben uns das Geleit, klatschen in die Hände und rufen: „Viva l'Italia!"

Die Fürstin ist in Bad Homburg. Gräfin Rantzau, die Tochter des Fürsten, macht mit ihrem Manne die Honneurs. Die Rantzau'schen Kinder begrüßen mich auf italienisch.

Wir trinken Tee. Alsdann sehen wir uns das mir zu Ehren abgebrannte Feuerwerk an.[1]) Nachdem das Feuerwerk vorüber, kehren wir zur Unterhaltung in den Salon zurück. Wir sprechen von dem Krieg 1870, von dem Friedensschluß, von Nizza, von Garibaldi, von der Kaiserin Eugénie. Die Gefahr einer Restauration des Kaiserreiches habe den Friedensschluß beschleunigt. Thiers sei damit gedroht worden, daß der kleine Loulou an der Spitze der 200 000 in Deutschland gefangenen Franzosen wieder in Paris einziehen würde.

Um ¼12 Uhr legen wir uns schlafen.

22. August.

Ich stehe um ½7 Uhr auf. Um 11 Uhr kommt der Fürst auf mein Zimmer. Er hat verschiedene Dokumente bei sich.

Er bringt sofort das Gespräch auf Massaua und bittet, indem er eine Karte ausbreitet, um Angabe, wo das letzte Gefecht stattgefunden habe. Er drückt den Wunsch aus, Italien möge sich nicht zu sehr engagieren und sich auf die Besetzung einzelner befestigter Punkte beschränken.

[1]) Das Feuerwerk wird außerhalb der Umzäunung des Bismarckschen Besitzes abgebrannt. Der Fürst begibt sich unter die hauptsächlich aus Hamburg herübergekommene Volksmenge und fordert sie auf, in den Ruf: „Evviva Crispi!" einzustimmen. Dreimal wiederholt sich der Ruf, der Fürst steht währenddessen entblößten Hauptes. A. d. H.

Ich erzähle ihm von dem Kampf bei Saganaite, und er stimmt mit mir darin überein, daß dieser keine Einbuße des Ansehens unseres Heeres nach sich gezogen habe. Er meint, auch Österreich wünsche, daß sich Italien in Afrika nicht kompromittiere.

England. Die Notwendigkeit, es uns freundlich gesinnt zu erhalten. Auch England habe es nötig, seine Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu vervollständigen.

Betreffs Zanzibars verabreden wir, daß Bismarck nach London schreiben wird, damit Lord Salisbury entweder selbst die Frage regele oder uns freie Hand lasse.

Türkei: Die Zweckmäßigkeit, uns den Sultan nicht zu entfremden und ihn gut zu behandeln. Bismarck entwickelt wieder seine alte Anschauung, daß Rußland, wenn es nach Konstantinopel ginge, sich schwächen würde. In den Balkanländern wäre es alsdann angreifbar und könnte empfindlich getroffen werden. Was jetzt in seinen gegenwärtigen Grenzen unmöglich ist.

Frankreich: Boulanger. Bismarck fürchtet den Krieg nicht, zieht aber den Frieden vor.

Der Papst. Die katholische und die orthodoxe Kirche. Ein Krieg Italiens würde letzterer zuträglich sein. Entfernung des Papstes aus Rom. Der Papst würde zeitweilig Aufenthalt in einem schweizerischen Kloster nehmen. Kardinal Schiaffini.

Telegraphenagenturen. Die letzten Tage Kaiser Friedrichs, eines schwachen Menschen, der sich von der Frau beherrschen ließ, die ihrerseits unter dem Einfluß der Mutter stand: sie wollte alles anglisieren. Hatte Bismarck eines

Tages mit dem Kaiser etwas besprochen, waren sie zu einer Übereinstimmung gelangt, so kam die Frau herein und bekannte sich zu einer gegenteiligen Auffassung. Seine Majestät wandte das Gesicht ab.

Um 9 Uhr abends. Cercle. Verschiedene Anekdoten. Der Krieg vom Jahre 1866. Die Schwäche Italiens. Der König will nach Wien und dann nach Ungarn. Bismarck ist dagegen. Diskussion und Vorwürfe. Er hat seinerzeit Österreich keine Provinzen wegnehmen wollen, weil er Österreich nicht erniedrigen wollte. Österreich sollte jede Erniedrigung erspart bleiben. In Italien, dank Napoleon III., in Deutschland dank Bismarck.

23. August.

Um ½9 Uhr besucht mich der Fürst auf meinem Zimmer. Er teilt mir mit, daß er nach London depeschiert habe, befürchtet aber, daß Lord Salisbury nicht dort sei. Wir sprechen neuerdings von Zanzibar. Ich eröffne ihm, welch' günstigen Eindruck es in Italien machen würde, wenn er den Kaiser nach Rom begleiten würde. Er antwortet, indem er mir die Gründe auseinandersetzt, die gegen eine solche Reise sprechen.

„Wenn der Kaiser mich mithaben wollte, würde ich selbstverständlich kommen, aber es ist notwendig, daß der Kaiser es verlangt. Ich wäre gern mit nach Rußland gegangen, aber der Kaiser hat mich nicht dazu aufgefordert. Der junge Kaiser versteht sich in der Tat besser mit Herbert."

Um ½10 Uhr ist unsere Unterredung zu Ende.

Wir bereiten uns zur Abreise vor. Herzlichster Abschied. Wir fahren um ½10 Uhr.

Um 5 Uhr 40 Min. sind wir in Leipzig.

Wien, 21. August.

Kalnoky hat mehrmals den Wunsch geäußert, sich mit Ew. Exzellenz zu treffen. Diesen Wunsch abzulehnen, scheint mir nicht ratsam. Auf alle Fälle, wenn Sie die Zusammenkunft nicht für zweckmäßig erachten, so wollen Sie mich bitte beauftragen, Kalnoky einen Grund dafür anzugeben. Nigra.

Wien, den 23. August 1888.

Kalnoky hält Karlsbad für gefährlich, weil man dort zu viel Bekannten begegnet. Er schlägt Ew. Exzellenz das nahe Eger als Ort für eine Zusammenkunft vor. Dort würde er Sonnabend den 25. Ew. Exzellenz von 7 Uhr morgens an im Hotel Wenzel erwarten. Es ist notwendig, daß Ew. Exzellenz mir sofort antworten. Nigra.

Leipzig, 23. August.

Graf Nigra, italienischer Botschafter, Wien.

Karlsbad oder Eger ist gleichgültig. Wo die Zusammenkunft auch stattfindet, sie wird sofort bekannt werden. Aber wie dem auch sei, ich nehme den Vorschlag an. Sonnabend den 25. werde ich mich in Eger aufhalten und im Hotel Wenzel absteigen. Crispi.

Wittenberg, 23. August.

An Se. Majestät den König, Mailand.

Ich kehre von Friedrichsruh zurück, wo ich vom Abend des 21. bis heute morgen um 9 Uhr gewesen bin. Der Fürst hat mich beauftragt, Ew. Majestät seine Ehrerbietung darzubringen. Bismarck und ich sind in allen Fragen einig gewesen. Ich habe in ihm nicht nur den ersten Minister eines mächtigen und sicheren Verbündeten Ew. Majestät gefunden, sondern auch einen uns treuen und ergebenen Freund.

Stets zu den Befehlen Ew. Majestät Crispi.

24. August.

Auf meine Danksagungen für die mir erwiesenen Aufnahme antwortete mir der Fürst mit einem Telegramm, mir bestätigend:

„les sentiments d'amitiés personelle et politique pour vous et pour la grande nation dont le gouvernement vous est confié

par la haute sagesse de votre souverain et dont l'alliance avec nous donne une des garanties les plus solides de la paix de l'Europe."

24. August 1888.

Von Leipzig um 8 Uhr 40 Min. über Dresden nach Karlsbad.

25. August.

Abfahrt von Karlsbad um 8 Uhr 30 Min. morgens. Ankunft in Eger um 10 Uhr 10 Min. Graf Kalnoky erwartet mich höflich am Bahnhof. Wir gehen in das Hotel Wenzel und besprechen uns über alle vorliegenden Tagesfragen.

Bulgarien. Tunis. Die Türkei. Ihre finanzielle Lage, die sie unter Vormundschaft erhält.

Der Sultan laviert mit Erfolg zwischen den beiden Mächtegruppen. Alles sein Verdienst.

Rußland. Kálnoky teilt die Ansicht Bismarck's, daß sich Rußland schwächen würde, wenn es Konstantinopel nähme. Im Jahre 1877 konnte es den Krieg nicht länger aushalten. Es fällt Rußland schwer, seine Schwarzmeerflotte wieder zu konstituieren. Es mangelt an geschultem Personal. Die inneren Zustände sind beklagenswert. Überall wird gestohlen.

Der König von Griechenland hat sich gegen Rußland erklärt. Das entspricht seinem eigenen Interesse, aber nicht der Politik seiner Regierung. Trikupis ist liberal, er ist unter dem Einflusse englischer Ideen aufgewachsen.

Deutschland. Elsaß wird germanisiert werden, Lothringen nicht. Die Elsässer und Frankreich. Die Schädigung des Handels und der Industrie. Das letzthin erlassene Gesetz drakonisch, aber notwendig. Manteuffel

behandelte die Elsässer gut, aber es ist ihm in achtzehn Jahren nicht gelungen, sie zu germanisieren, und man hat das System ändern müssen.

Kaiser Friedrich war charakterschwach. Die Schwierigkeiten Österreichs wegen der Verschiedenheiten der Nationalitäten. Eine Konföderation. Zwei Millionen Rumänen. Rumänien ist nicht russisch gesinnt. Auch die Opposition, die sich jetzt russenfreundlich zeigt, würde, zur Herrschaft gelangt, national handeln. König Milan ein kluger Kopf. Kalnoky hat ihm geraten, sich wieder mit seiner Frau zu versöhnen. Das Konsistorium würde in keine Scheidung einwilligen. Wenn es sie gestattete, würden viele Schwierigkeiten entstehen. Königin Natalie müßte die Initiative ergreifen. Die Notwendigkeit des österreichisch-italienischen Bündnisses, seine wohltätige Wirkung auf alle europäischen Fragen.

Der Papst. Quengeleien. Der Nuntius Galimberti.

Österreich war im Jahre 1849 bereit, dem König Karl Albert von Piemont die Lombardei zu überlassen, aber nicht Venezien, da man befürchtete, daß es Dalmatien nach sich ziehen würde, wo Sprache und Geschichte italienisch sind.

2 Uhr 45 Min. nachmittags. Nach einem herzlichen Abschied von Kalnoky reise ich nach Italien zurück.

Während der Fahrt nach Regensburg sende ich folgendes Telegramm an den König:

Ich habe vier Stunden mit dem Grafen Kalnoky, der besonders von Wien hierher gekommen ist, in Eger verbracht, und bin von dem gehabten Gespräche sehr befriedigt. Stets zu den Befehlen usw. Crispi.

26. August.

Um 3 Uhr 45 Min. nachmittags treffe ich in Mailand ein. Um ½7 Uhr bin ich beim König, dem ich über das Ergebnis meiner Unterredungen mit dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Kalnoky Vortrag halte. Am Abend bin ich wieder in Mailand.

Ich depeschiere an den Botschafter in Berlin:

Mailand, den 28. August.

Mit dem Fürsten habe ich über die Notwendigkeit gesprochen, das italienische, das deutsche und das österreichische offiziöse Nachrichtenbureau zu dem Zwecke zu vereinen, einen allgemeinen Nachrichtendienst für ganz Europa einzurichten. Der Fürst stimmt diesem Gedanken begeistert zu. Ich habe heute mit Nigra gesprochen, damit er sich in Wien für das Zustandekommen eines solchen Zusammenschlusses einsetze. Er hält die Ausführung dieses Planes für äußerst wünschenswert und wird nicht verfehlen, alles dafür zu tun, was notwendig ist. Es dürfte jedoch gut sein, daß Fürst Bismarck den Prinzen Reuß benachrichtigt, damit dieser Nigra bei seinen Bemühungen unterstütze.

Die deutsche und die österreichische Presse hoben die Bedeutung des Besuchs Crispi's in Friedrichsruh hervor. Besondere Erwähnung verdienen die Betrachtungen, welche die „Nationalzeitung" in ihrer am 23. August erschienenen Ausgabe anstellte. Der Artikel drückte, nachdem er konstatiert hatte, daß Crispi dem Fürsten Bismarck, ehe noch ein Jahr verflossen war, seinen Besuch schon wiederhole, die Meinung aus, daß unter den drei alliierten Staaten Italien derjenige sei, welcher sich in besonders exponierter Stellung befinde. Österreich habe es mit einer Macht zu tun, dessen auswärtige Politik von Diplomaten ersten Ranges geleitet wird, welche sich nicht zu sehr von den Volksleidenschaften überrumpeln lassen, und welche begründete Hoffnungen erwecken, daß sie die Interessen des Zarenreichs zu schützen wissen,

ohne die notwendige Rücksicht auf die Lebensinteressen des Nachbarlandes außer acht zu lassen. In Frankreich befindet sich die Regierung in Händen von Männern, wie Floquet und Goblet, deren Herrscher die „Volksgunst“ ist, Volkstribunen, die der Selbstbeherrschung und der Mäßigung ermangeln und die dabei vollkommen abhängig sind von der Gunst eines so eitlen, leidenschaftlichen und kriegliebenden Volkes wie das französische. Ein solcher Zustand könne nicht anders, als in der Folge zu einem Regierungswechsel führen, welcher die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in die Hände des Generals Boulanger legen würde. Wieviel Friedenserklärungen er auch neuerdings abgegeben habe, so würden ihn seine Vergangenheit und die Verbindung mit den erbittertsten Chauvinisten zwingen, eine herausfordernde Haltung anzunehmen, sei es, daß er den Blick auf Elsaß-Lothringen richte, sei es, daß er das verlorene Übergewicht im Mittelmeer wieder zu erlangen trachte. In beiden Fällen würde Italien in einen Krieg mit Frankreich verwickelt werden, entweder auf der Seite Deutschlands, oder auf der Englands. Die unglückseligen Kämpfe in Afrika hätten die Hoffnungen der Kannegießer an der Seine enthüllt; man glaubt, daß die italienisch-deutsche Allianz Italien den Beistand Deutschlands nur für den Fall einer französischen Invasion gegen die Halbinsel zusichere, und man rechnet auf die Möglichkeit einer Nichteinmischung Deutschlands für den Fall, daß Italien — bei einer Besetzung Tripolis durch Frankreich — diesem den Krieg erklären würde.

Keine geringere Gefahr erwüchse Italien, wenn die ägyptische Frage sich von neuem verschärfen sollte, da Italiens berechtigte Interessen ihm auferlegen, England energisch gegen die französischen Ansprüche zu unterstützen. „Unter solchen Umständen,“ so schloß der Artikel, „wird die Zusammenkunft der beiden Staats-

männer, welche die Politik Deutschlands und Italiens leiten, wohl einen positiven Zweck gehabt haben. Nicht etwa, daß eine Katastrophe nahe bevorstände oder geradezu unvermeidlich wäre, aber die unerschütterliche Festigkeit des mitteleuropäischen Bündnisses, der Ruhm, welcher das deutsche Heer umstrahlt, und die Furcht, welche es einflößt, sind ausgezeichnete Werkzeuge der Propaganda für den Völkerfrieden; dennoch haben sich die Verhältnisse in Frankreich seit dem 1. Oktober 1887 in mancher Beziehung dem Punkte genähert, wo das Chaos beginnt und die allernächste Zukunft ein unlösbares Rätsel wird. Als Crispi im vergangenen Jahr nach Friedrichsruh kam, herrschte eine verhältnismäßig optimistische Auffassung der Lage betreffs Frankreich vor. Das Ministerium Goblet-Boulanger war gefallen, und das gemäßigte Ministerium Rouvier leitete die Angelegenheiten der französischen Republik. Vernünftige Leute sehen noch keine Gespenster, aber sagen sich dessen ungeachtet, daß sich in Paris eine Explosion vorbereitet, und niemand ist imstande, vorauszusagen, bis wohin die Trümmer und Funken sich verlieren werden. Für den Augenblick wird die Reise des italienischen Ministerpräsidenten von guter Wirkung auf die beunruhigten Gemüter an der Seine sein. Das Bündnis zwischen Deutschland und Italien, abstrakt aufgefaßt, wirkt auf den Franzosen aus dem Volke als berechtigte Einschüchterung erst dann, wenn es seinen Augen in einer fühl- und greifbaren Form erscheint."

3. September.

Goedel, der österreichisch-ungarische Geschäftsträger, gibt mir eine Note zu lesen, in der über eine Unterhaltung des Grafen Kalnoky mit dem französischen Geschäftsträger berichtet wird. Die Note datiert vom 29. August.

Der französische Vertreter wollte die Meinung des Grafen Kalnoky von der letzten französischen Note und von der türkischen Note für Massaua kennen lernen. Der österreichisch-ungarische Minister hat zur Vorsicht gemahnt. Er hat gesagt, daß es nicht angebracht sei, der Frage Bedeutung beizumessen, und daß man sie am besten fallen ließe. Die Unterredung in Eger habe in ihm die Überzeugung hinterlassen, daß der Minister Crispi sich nicht weiter mit der Angelegenheit beschäftigen werde.

Kalnoky habe dazu geraten, vor allem die Erörterung zu lokalisieren und nicht vom Roten Meere in das Mittelmeer zu tragen. Die Mächte würden nicht zugeben, daß der status quo im Mittelmeer gestört werde.

Betreffs des türkischen Protestes habe der Graf dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß jenem kein besonderes Gewicht beizulegen und daß auch die Auslegung des Artikels 10 des den Suezkanal betreffenden Abkommens beiseite zu lassen sei. Es wäre nicht recht, wenn Frankreich der Türkei Beistand leistete. Außerdem wird Frankreich den Protest des Sultans vom Jahre 1881 gegen die Besetzung von Tunis nicht vergessen haben. Sicherlich kann der Protest vom Jahre 1881 wegen Tunis nicht von geringerer Bedeutung gewesen sein als der jetzige wegen Massaua. Wenn es dem ersten keine Wichtigkeit beigemessen hat, so kann es dem zweiten ebenfalls keine beimessen. Der französische Geschäftsträger hatte auf diese Schlußfolgerung nichts zu erwidern gewußt. Er hatte gesagt, daß die französische Regierung nach der letzten, von Goblet Italien überreichten Note, den Zwischenfall als abgeschlossen betrachten würde, aber

die Befürchtung ausgesprochen, daß Italien nicht entsprechend handeln würde, da es möglich sei, daß es mit der Entsendung seiner Flotte nach dem Orient auch kriegerische Absichten verbinde. Graf Kalnoky habe versichert, daß die italienische Flotte ausschließlich der gewohnten jährlichen Übungen wegen nach dem Orient geschickt worden sei.

Graf von der Goltz kommt, um mir eine gestern abend aus Berlin empfangene Depesche vorzulesen. Graf Hatzfeldt hätte dem Fürsten Bismarck die Erwiderung von Lord Salisbury in der Affäre von Kisimayo mitgeteilt. Seine Gnaden wünscht, daß die italienische Regierung die Konzession eines Territoriums abwarten möge, unter der Garantie, daß Kisimayo niemandem zugestanden werde. England wird sich darum bemühen, Italien zu verschaffen was es begehrt. Inzwischen verlangt Lord Salisbury, daß man ihm den Wortlaut des Versprechens, welches der verstorbene Sultan von Zanzibar Italien geleistet hatte, bekannt gebe.

Ich erwidere dem Grafen von der Goltz, daß ich das Tun Englands abwarten und inzwischen Lord Salisbury Kopie des Konzessionsvertrags übersenden werde. Ich bitte von der Goltz, dem Fürsten meinen Dank für das Interesse auszusprechen, welches er bei dieser Angelegenheit bewiesen hat.

4. September.

Herr von Goedel kommt zu mir, um mir zu erklären, daß Graf Kalnoky, durchaus einer Meinung mit uns, sich weigert, dem Wunsche der Regierung der Niederlande zu willfahren, eine Abänderung des Art. 9 des Abkommens betreffs der freien Durchfahrt durch den Suezkanal vorzunehmen.

15. September.

Herr von Goedel kommt im Auftrag des Grafen Kalnoky, um mir über die Instruktionen zu berichten, die er seinem Geschäftsträger in Konstantinopel in bezug auf einige von Sadullah-Pascha an ihn gerichtete Fragen gegeben hat. Der türkische Botschafter hatte gefragt, ob gelegentlich der Unterredung in Eger Crispi seine Ideen über die Absichten der italienischen Regierung in Afrika geäußert hätte und ob etwas über Bulgarien abgemacht worden sei. Kalnoky habe geantwortet, daß die Massaua-Frage erledigt sei. Minister Crispi beabsichtige nicht, sie zum Gegenstand weiterer Verhandlungen zu machen; in Eger bekundete er Neigung zum Frieden, und es ist nicht in seinem Interesse, eine nunmehr erschöpfte Debatte fortzusetzen. Es sei daher angebracht, daß Frankreich den Konflikt wegen der Ansprüche auf das Mittelmeer nicht neu belebe. Die Sache könnte dann die Aufmerksamkeit der Mächte auf sich lenken, denen an der Aufrechterhaltung des status quo gelegen ist. Was Bulgarien betrifft, so ist die italienische Regierung mit der österreichischen darin einig, daß es von Vorteil wäre, die Lösung der Frage der Zeit zu überlassen. Es werde nichts geschehen, um nunmehr erledigte Fragen wiederzubeleben und die Aufmerksamkeit Europas auf ein Volk zu lenken, das seine Angelegenheiten bestens führt. Italien sowohl wie Österreich werden jede Gelegenheit vermeiden, die den Frieden der Balkanländer stören könnte.

24. September.

Graf von der Goltz, der eigens hier nach Neapel gekommen ist, erzählt mir von verschiedenen Dingen, die

alle nicht ohne Bedeutung sind. Die Mission der abessinischen Priester bei der russischen Regierung hatte keinen Erfolg. Die Abessinier boten dem Zaren eine Insel im Roten Meer an, aber dieses Angebot, an sich schon zweifelhaft in Ermangelung der Insel, fand bei dem Herrscher kein Gefallen. Dennoch gab von Giers zu, daß in Rußland Sympathien für Abessinien aus religiösen Gründen vorhanden seien.

Die deutschen Missionare in China erlangten, was sie vom Beherrscher des Himmlischen Reiches gefordert hatten, und die Regierung in Berlin fragt an, ob wir das Gleiche erreicht haben, da es ihr Wunsch sei, daß man Italien dieselben Vorteile gewähre. Die deutschen Missionare, welche sich mit nichtdeutschem Paß nach China begäben, würden kein Visum erhalten. Ich habe die Antwort, die dem italienischen Geschäftsträger in Berlin gegeben worden war, wiederholt. Der deutsche Gesandte in Peking wird die Forderungen der italienischen Regierung unterstützen.

In Rußland hatte man erwartet, daß Bulgarien am 18. d. M. seine Unabhängigkeit proklamieren würde, aber es waren nur durch die Presse verbreitete Gerüchte, der Tag ging ruhig vorüber.

Zehntes Kapitel.

Der dritte Zwischenfall mit Frankreich.

(1888.)

Ein gefälschter Brief Felix Pyats. — Wilhelm II. in Rom. — Unterredungen Crispis mit dem Grafen Herbert Bismarck. — Beglaubigte Geschichte des Zwischenfalls der italienischen Schulen in Tunis. — Aus dem Tagebuch Crispis. — Die Lage Frankreichs am Ende des Jahres 1888.

In den ersten Tagen des September erhielt Crispi folgenden Brief:

Paris, den 7. September 1888.

Mein lieber Crispi,

bevor ich daran ging, Ihnen zu schreiben, hatte ich gehofft, versöhnliche Worte von Ihnen zu hören. Die Zeitungen haben Ihnen während all' dieser Tage so viele unheilvolle Pläne zugeschrieben, daß selbst diejenigen, welche Sie kennen, dadurch stark beunruhigt wurden. Die Wahrheit dringt endlich ans Licht: Sie haben niemals daran gedacht, den Krieg zwischen unseren beiden Nationen zu entzünden.

Diejenigen, welche von der Liebe zum Fortschritt und zur Demokratie durchglüht sind, leiden unter dieser Spannung in den Beziehungen, die zwischen zwei großen und hochherzigen Völkern bestehen. Wir sind dazu geschaffen, uns zu verstehen und zu lieben: das sollten zum wenigsten Ihre Gedanken sein. Und doch finden Sie kein Wort, um diese lächerlichen Machenschaften zu entkräften?

Ich versichere Sie, mein lieber Crispi, daß unsere Demokratie mit Italien sympathisiert, dem edlen Land der Künste und der Freiheit.

Männer, wie ich, die Ihnen nahestehen, sind verzweifelt über das, was vorgeht. Ergreifen Sie Ihrerseits doch energische Maßnahmen. Im Namen der Zivilisation, entschließen Sie sich nicht, jede Verbindung mit uns abzubrechen. Floquet hat in Toulon die ersten Schritte unternommen, es steht jetzt bei Ihnen, das Übrige zu tun. Die Welt wird Ihnen Beifall spenden.

Genehmigen Sie, mein lieber Crispi, zugleich mit der Versicherung meiner alten Freundschaft für Sie, meine aufrichtigsten Wünsche. Felix Pyat.

Bevor Crispi unmittelbar Pyat antwortete, telegraphierte er Folgendes an die Botschaft in Paris:

Turin, 11. 9. 88.

Italienische Botschaft.

Paris.

„Ich erhalte aus Paris einen Brief von Felix Pyat, der mich bittet und beschwört, alles zu tun, was in meinen Kräften steht, um die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Italien wieder herzustellen. Ich antworte ihm nicht unmittelbar, da ich keinerlei Streit heraufbeschwören will. Ich bitte daher Ew. Exzellenz, sich zu ihm zu begeben und ihm zu sagen, daß meine Gefühle für Frankreich noch dieselben sind wie die, die ich vor 32 Jahren hegte, als wir Verbannte in London waren. Ich habe mich gegen diplomatische Herausforderungen verteidigt, die ich von der französischen Regierung nicht erwartet haben würde. Unsere Politik ist eine Verteidigungs- und keine Angriffspolitik, und niemals wird ein Krieg gegen Frankreich von uns veranlaßt werden. Ich wünsche die herzlichsten Beziehungen mit unserem Nachbarvolke, aber die Franzosen werden derartig von ihrer eigenen Presse getäuscht, daß meine Hoffnungen auf ein Einverständnis zwischen beiden Völkern zu schwinden beginnen. Nun, wenn Felix Pyat die Kräfte in sich fühlt, seine Mitbürger zu unseren Gunsten umzustimmen und die Täuschung zu zerstören, in der diese sich befinden, so werde ich darüber höchst erfreut sein, und Sie können meinem Freunde Pyat die Versicherung geben, daß in diesem Falle auch Italien nicht verfehlen würde, das Seine zu tun.

Crispi.“

Aber der Brief Pyats erwies sich als gefälscht:

Paris, den 14. September 1888.

Persönlich. — Der Ihnen gesandte Brief mit der Unterschrift Felix Pyats ist eine Fälschung. Pyat hat mir soeben selbst versichert, daß er den Brief weder verfaßt noch inspiriert hat, und daß er von ihm keinerlei Kenntnis habe. Da er mir jedoch bei dieser Gelegenheit die glühendsten Sympathiebezeugungen für Italien kundgab, die in seinem Munde ernst sind, so sagte ich ihm, daß es mir lieb wäre, ihm einen Beweis der persönlichen Gefühle Ew. Exzellenz geben zu können, und gab ihm Ihr Telegramm vom 11. zu lesen. Er zeigte sich darüber sehr erfreut und erklärte, dem Fälscher zu verzeihen, der solche Erklärungen hervorgerufen habe. Er versprach, für seinen Teil alles Mögliche zu tun, damit sich seine Mitbürger wohlgesinnter und weniger ungerecht gegen Italien und gegen Sie zeigten, und erklärte, daß, wenn man zur Revision der Ansichten gelangen würde, er mit seinen Kollegen alles daran setzen würde, um jener fortwährenden Herausforderung Italiens ein Ende zu setzen, die in der Beibehaltung einer Vertretung der Republik beim Heiligen Stuhle bestehe. Er wandte sich dann gegen den Präsidenten der Deputiertenkammer, gegen die republikanische Regierung, die zu ihrem Haupte einen König hat, und spendete Ihnen seinen Beifall, daß Sie den kleinen und weniger gebildeten Gemeinden das Recht versagt, ihren eigenen Bürgermeister zu wählen, es den großen und erleuchteteren aber gewährt haben, während man hier fortfährt, dieses Recht selbst der kultiviertesten Gemeinde Frankreichs, Paris, vorzuenthalten. Er erzählte dann, wie in Marseille seine Ermahnungen für ein herzliches Zusammengehen mit Italien mit Begeisterung aufgenommen worden seien, und sagte, daß er, dorthin in einigen Tagen zurückgekehrt, fortfahren würde, die Saat zu säen. Er fragte mich endlich, ob ich ihm nicht die Übersetzung des Telegramms Ew. Exzellenz überlassen wolle, indem er sich verpflichtete, sich seiner nur im Einverständnisse mit Ihnen und mir zu bedienen. Ich antwortete ihm, daß ich das nicht könnte, ohne Sie zu befragen, da doch in der Tat Ew. Exzellenz ihm nicht auf einen Brief hätten antworten können, den er nicht geschrieben habe, und daß ich ihm Ihr Telegramm nur vertraulich hätte zeigen können. Ich bitte Sie, mir hierüber Ihre Instruktionen zugehen zu lassen. Die friedliebenden und für Frankreich wohlwollenden Worte, die S. M. der König

gestern in einer Audienz zu den französischen Gästen des Prinzen Napoleon gegenüber äußerte, haben hier einen ausgezeichneten Eindruck hervorgerufen. Ressman.

15. 9. 88.

Ich lese im „Journal des Débats" von heute: „Man bemerkte gestern in den Wandelgängen der Kammer die Anwesenheit Herrn Ressmans, des italienischen Geschäftsträgers, der kam, um mit Herrn Felix Pyat zu konferieren." In der Tat hatte mir Pyat in der Kammer eine Zusammenkunft gewährt. Man könnte sagen, wir kehrten zu den Sitten des Hohen Rats von Venedig zurück, denn wenn auch jene in sich so unbedeutende Notiz keine Insinuation zu sein beabsichtigt, so beweist sie zum wenigsten, mit welchem blassen Mißtrauen hier jeder Schritt von uns überwacht wird. Ich würde es jedoch für angebracht halten, Herrn Goblet in der gewöhnlichen Audienz des nächsten Mittwochs im günstigen Augenblick ein Wort zu sagen, um ihn über den Grund meiner Unterredung mit Pyat aufzuklären, wobei sich denn auch die Gelegenheit geben würde, ihm das so versöhnliche Telegramm Ew. Exzellenz vorzulesen, das noch ein Beweis Ihrer persönlichen Gefühle ist. Ich bitte, mir zu telegraphieren, ob Sie mich dazu ermächtigen.

Ressman.

Crispi gewährte natürlich die von ihm verlangte Ermächtigung, und Goblet erhielt somit einen Beweis mehr von der Loyalität des italienischen Ministers. Die ausgezeichneten Beziehungen, die zwischen Italien und Deutschland existierten, fanden im Oktober jenes Jahres eine feierliche Bekräftigung: Kaiser Wilhelm beschloß, König Humbert in der Hauptstadt des Königreiches zu besuchen. Er war der erste Herrscher einer Großmacht, der nach Rom kam, und die Aufnahme, die er dort fand, war großartig.

Bei dieser Gelegenheit fand zwischen Crispi und Bismarck sowie zwischen dem König und dem Kaiser folgender Telegrammaustausch statt:

Rom, den 11. 10. 88.

„Inmitten der Begeisterung, die in der Hauptstadt Italiens Ihren erhabenen Herrscher, den Freund unseres Königs und

das Oberhaupt des großen, unserm Land verbündeten Volkes empfangen hat und ihn jetzt umgibt, wende ich mich bewegten Herzens an Ew. Durchlaucht.

Ich möchte, daß das Echo der freudigen Rufe, von denen Rom widerhallt, bis zu Ihnen gelange und Ihnen sage, wie sehr das italienische Volk Deutschland liebt und die Freundschaft dieses Landes schätzt, das durch die weise Leitung Ew. Durchlaucht so ruhmreich und so groß geworden ist. Möge unser Bund immer so herzlich und so innig bleiben, zum Ruhme der beiden Dynastien, zum Glücke der beiden Völker und zum Frieden Europas. Crispi."

Friedrichsruh, 11. 10. 88.

„Ich danke Ew. Exzellenz von ganzem Herzen, daß Sie die Güte hatten, an mich in dem Augenblick zu denken, an dem Sie der Begegnung unserer Herrscher beiwohnten, welche der feierliche Ausdruck der herzlichen Freundschaft beider großen Nationen ist.

Das Bewußtsein, gemeinsam an der Befestigung dieser gegenseitigen Freundschaft unserer Herrscher und Länder gearbeitet zu haben, und unser fester Wille, sie zu erhalten, indem wir sie inniger gestalten, schlingen zwischen den in Rom gefeierten glänzenden Festlichkeiten und dem einsamen Forst, den mit mir zu durchwandern Ew. Exzellenz mir vor zwei Monaten die Freundschaft bezeigten, ein meinem Herzen teueres Band.
von Bismarck."

Ala-Roma, 20. 10. 88.

„Es liegt Mir am Herzen, Dir beim Verlassen Deines schönen, so gastfreien Landes zu wiederholen, wie glücklich Ich in Italien gewesen bin, und wie sehr Ich Mir der Freundschaft bewußt bin, die Du Mir gezeigt hast. Ich bitte Dich, zu glauben, daß Ich sie aufrichtigst erwidere, und daß Ich niemals den großartigen Empfang vergessen werde, den Du Mir in Deiner Hauptstadt bereitet hast. Ich umarme Dich von ganzem Herzen, und ich küsse Ihrer Majestät der Königin die Hände.
Wilhelm."

Rom-Ala, 20. 10. 88.

„Bevor Du Italien verläßt, will Ich Dir nochmals Meine Dankbarkeit für Deinen lieben Besuch und Mein tiefes Bedauern über Deine Abreise ausdrücken. Italien und Ich werden

niemals den glänzenden Beweis vergessen, den Du uns von Deiner Freundschaft gegeben hast. Du hast die Stimme eines ganzen Volkes in Dir den ersehnten, sichern Freund, den treuen Verbündeten, den erhabenen Dolmetscher Deines edlen und großen Volkes begrüßen gehört.

Unsere Segenswünsche folgen Dir auf Deiner Reise; sie werden Dich unaufhörlich auf Deinem ganzen Leben begleiten, welches wir Dir von Ruhm und Glück erfüllt wünschen. Die Königin und Mein Sohn möchten Dir empfohlen werden, und vereinigen sich mit Mir, Dich zu bitten, der Kaiserin, Deiner erhabenen Gemahlin, unsere Huldigungen zu Füßen zu legen.

Humbert."

Der Kaiser wurde vom Grafen Herbert v. Bismarck nach Rom begleitet, mit dem Crispi bei dieser Gelegenheit zwei Unterredungen hatte:

19. Oktober 1888, 6½ Uhr nachm.

Ich empfange den Besuch des Grafen Herbert Bismarck. Er berichtet mir über eine Unterredung zwischen dem Zaren und dem Fürsten Bismarck. — Russische Truppen an der Grenze (500—600000); der Zar konnte darüber keine Rechenschaft ablegen. — Dänischer Einfluß auf den Zaren. — Alle Prinzessinnen, die Königin eingeschlossen, der deutschen Regierung feindlich. Diese Frauen beeinflussen den Zaren und machen ihn glauben, daß Deutschland ihn angreifen wolle. — Bismarck tat sein möglichstes, ihn durch die Versicherung, daß der Dreibund einen rein defensiven Zweck habe, davon abzubringen. Nach der Veröffentlichung des österreichisch-deutschen Bündnisvertrages gebe es kein Geheimnis mehr. Die beiden Mächte hätten keine aggressiven Ziele. Wenn Rußland Österreich angreife, werde Deutschland es unterstützen.

Die Lage Deutschlands und Italiens sei dieselbe.

Frankreich müsse eine der beiden verbündeten Nationen angreifen, damit die angegriffene den casus foederis beanspruchen könne. Übrigens würde das auch ohne Vertrag geschehen. Deutschland könne nicht zusehen, daß Italien angegriffen werde, ohne zu seiner Verteidigung zu eilen. Dasselbe würde Italien Deutschland gegenüber tun, wenn Frankreich versuchen sollte, den Rhein zu überschreiten. Man sei überzeugt, daß, wenn Frankreich Deutschland besiege, es sich sofort gegen Italien wenden würde, um es niederzuwerfen und in Europa jene Hegemonie wieder zu erringen, nach der es begehre. Es würde dasselbe mit Deutschland tun, im Falle es erst Italien besiegen sollte.

Der Dreibund habe gar kein Interesse daran, die Türkei mit sich zu ziehen. Wenn ihr dieser Vorsatz innewohne, so würde er sofort bekannt werden, denn der Sultan sei nicht der Fürst, der ein Geheimnis zu wahren wisse. Die Türkei habe gute Truppen, aber dieselben hätten nur Wert in einem Verteidigungskriege. Es sei daher absurd, anzunehmen, daß man die Türkei in den Dreibund ziehen wolle; diese Absicht habe man ganz und gar nicht.

Diese bestimmte, aber loyale Sprache des Fürsten Bismarck machte Eindruck auf den Zaren; er verließ Berlin, überzeugt von den guten Absichten der deutschen Regierung.

Der Zar lud Kaiser Wilhelm zu den großen Manövern ein, die im nächsten Sommer in Rußland stattfinden werden. Die Überzeugung Kaiser Wilhelms und des Fürsten Bismarck ist, daß wenigstens für ein Jahr der Friede gesichert ist.

Das Urteil Bismarcks über Alexander III. geht dahin, daß er den Frieden liebt und wünscht. Seine Gewohnheiten, seine Studien, der gänzliche Mangel an Regierungserfahrung, die vollkommene Gleichgültigkeit gegen das Heer, selbst sein körperlicher Zustand lasse ihn sich nach Ruhe sehnen. Er ist jedoch von einigen Generälen umgeben, die der Fürst fürchtet, und die ihn beeinflussen könnten. Auch unter seinem Nachfolger, der noch ein Jüngling und noch nicht genügend in der Regierung erfahren ist, würden sich die Dinge nicht ändern.

20. Oktober, 1 Uhr nachm.

Zweite Unterredung mit dem Grafen Herbert Bismarck. Ich habe ihm auseinandergesetzt, wie Österreich immer dasselbe in seinen Regierungsmethoden bleibt. Von verschiedenen Völkern, mit verschiedener Sprache und Kultur gebildet, kann es nur unter einer Bedingung stark sein und hoffen, nicht auseinanderzufallen: daß es alle Nationalitäten achtet. Heute begünstigt man im Kaiserreich, ausgenommen in Ungarn, das dank dem gesunden Verstande Tisza's Autonomie besitzt und sicher auf seinem Wege fortschreitet, zum Schaden der deutschen und italienischen Stämme das slawische Element.

Das ist übel und verursacht uns Schwierigkeiten. Wenn die Italiener gut behandelt würden, wenn ihre Autonomie respektiert würde, hätten dieselben im Königreich keinen Grund, sich aufzuregen, und sie würden des Vorwandes für den Irredentismus ermangeln.

Die Härte, die man in Triest anwendet, ist unangebracht, sie nützt dem Kaiserreich nicht und schadet

uns. Dazu kommen die Verzögerungen in der Abwicklung der Prozesse. Der Prozeß Ullmann zieht sich schon über fünf Monate hin; es wäre besser gewesen, man hätte ihn gar nicht erst angefangen, aber jetzt ist es zu wünschen, daß er schnell zu Ende geführt werde.

Graf Herbert Bismarck stimmte meinen Gedanken zu. Er mißt die Schuld dem Grafen Taaffe bei, dem es nicht auf die Mittel ankomme, um an der Regierung zu bleiben. Der Kaiser setzt zu Unrecht Vertrauen in seinen Minister. Herbert sagt mir, seinem Vater einen diesbezüglichen Brief geschrieben zu haben, damit er darüber mit Kalnoky rede, der sich in einigen Tagen nach Friedrichsruh begeben wird.

„Dieser Punkt ist von großer Wichtigkeit," erwiderte ich. „Österreich ist in Italien nicht beliebt, es hat noch immer nicht seine Herrschaft auf italienischem Boden vergessen machen und erinnert daran durch die Art und Weise, wie es in Triest vorgeht." Auch hierin stimmte Graf Herbert Bismarck mit mir überein, und ich fuhr fort:

„Ich verhehle Ihnen nicht, daß Italien das Bündnis mit Deutschland das sympathischere ist. Ich weiß nicht, ob Ihnen der Fürst, Ihr Vater, je von unseren Unterredungen in Gastein 1877 gesprochen hat. Damals hatte ich keinen anderen Wunsch, als Italien und Deutschland aufs innigste miteinander zu verbinden, auch in der Voraussicht von Feindseligkeiten, die von seiten Österreichs kommen konnten. Der Fürst bereitete in jener Zeit mit Andrassy das Bündnis der beiden Kaiserreiche vor und zog die Möglichkeit in Erwägung, daß Österreich, das in Polen den Ihren entgegengesetzte Interessen hat, Ihr Feind

werden könnte. Damals war ich dagegen, daß Österreich Bosnien und die Herzegowina erhielte. Ihr Vater schlug allerdings vor, Italien solle zum Ausgleich Landstriche erhalten, die es nachher nicht bekam, aber die Tatsachen haben bewiesen, daß Österreich aus dem Kongreß zu Berlin stärker an der Adriatischen Küste hervorging, als es vorher gewesen war, und meine Hoffnungen wurden enttäuscht."

Er: „Sie haben recht! Aber 1877 waren Sie nicht mehr an der Regierung, und die Geschicke Italiens waren einem Minister anvertraut, der sich um Frankreichs Gunst bemühte."

Ich: „Darüber möchte ich mich nicht äußern. Aber man half auch Frankreich und erlaubte ihm, zu günstiger Zeit Tunis zu okkupieren."

Er: „Mein Vater glaubte, daß er Frankreich von Europa ablenken würde, wenn er ihm in Afrika Beistand lieh."

Ich: „Ich begreife. Das gehört der Vergangenheit an, und wir werden uns daran nur erinnern, um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen. Soviel ist gewiß, daß Italien keine sicheren Grenzen hat, und es wird nottun, daß uns Deutschland bei der ersten günstigen Gelegenheit hilft, sie wieder zu erlangen. Jetzt aber werden wir zusammenhalten und das Bündnis der drei Monarchien so innig wie möglich gestalten; dann werden wir nichts zu fürchten haben."

Er: „Die drei vereinigten Monarchien sind stark genug um den Frieden zu erhalten. Aber wir dürfen uns nicht die Freundschaft Englands verscherzen, dessen Macht uns im Mittelmeer so nötig ist."

Ich: „Ich für meinen Teil habe getan, was ich konnte, um die Freundschaft Lord Salisburys zu pflegen."

Er: „Und darin haben Sie Erfolg gehabt. Ich begehe keine Indiskretionen, wenn ich Ihnen wiedergebe, was Lord Salisbury dem Kaiser auf dessen letzter Reise nach England gesagt hat. Er erklärte, daß er im Mittelmeer im Einverständnis mit der italienischen Regierung handeln werde. Seine Gnaden fügten hinzu, daß er infolgedessen dem Befehlshaber der englischen Flotte in Ihren Gewässern besondere Instruktionen gegeben habe."

Die Unterredung wird hier durch die Ankunft des Königs und des Kaisers unterbrochen.

Die Erlasse über den Unterricht und das Vereinsrecht, die am 15. September 1888 Ali Bey, der „Inhaber der Herrschergewalt des Königsreichs Tunis", öffentlich bekanntgegeben hatte, stellten einen Versuch Goblets dar, die in der Angelegenheit der Steuern in Massaua erlittene Schlappe wieder gut zu machen. Diese Gesetze betrafen, obwohl allgemein gehalten, nur die italienischen Vereine und Italiens Schulen. Ein offiziöses Blatt der Verwaltung des französischen Residenten, der „Petit Tunisien", gab dies auch ganz klar und deutlich zu.

Als Frankreich dem Bey von Tunis sein Protektorat auferlegte, erklärte man im Vertrage von Casr-el-Saïd, daß die Regierung der französischen Republik die Erfüllung der zwischen der Regierung der Regentschaft und den verschiedenen europäischen Staaten bestehenden Verträge garantiere. Der Vertrag zwischen Italien und Tunis vom 8. September 1868 bestimmte in seinem § 1, daß alle den in der Regentschaft lebenden Italienern durch die bestehenden Gebräuche und Verträge eingeräumten

„Rechte, Privilegien und Immunitäten" aufrechterhalten bleiben sollten. Die Regierung der Republik garantierte also für alle aus Sonderabmachungen und aus dem Erwerb von Besitz zugunsten der Italiener sich ergebenden Rechte. Zwar trafen die Kabinette von Paris und Rom im Jahre 1884 Abmachungen, um die Ausübung des öffentlichen Rechtes in Tunis zu regeln, und das Kabinett in Rom willigte in die Aussetzung der italienischen Konsulargerichtsbarkeit ein, doch kam man in dem betreffenden Protokoll (25. Januar 1884) ausdrücklich überein, daß alle anderen Immunitäten, Vergünstigungen und Garantien, die durch die Kapitulationen, Gebräuche und Verträge sichergestellt waren, in Kraft bleiben sollten.

Bei dieser Rechtslage mußte es Crispi merkwürdig erscheinen, daß der Bey die oben angeführten Erlasse hatte ergehen lassen, und daß sie auch die Unterschrift des Repräsentanten der Regierung der Republik trugen.

Der Erlaß, der die italienischen Schulen der Aufsicht des Direktors des öffentlichen Unterrichts in der Regentschaft oder seiner Delegierten unterstellte, ihn über die Gültigkeit der Zeugnisse entscheiden ließ, das Studium der französischen Sprache obligatorisch machte, dem italienischen Unternehmer, der eine Privatschule zu eröffnen beabsichtigt, willkürliche Bedingungen auf den Hals lud, Strafen und Geldbußen in Vorschlag bringen sollte, war offenbar ein Anschlag auf unsere Vorrechte und verletzte unsere Rechte. Dasselbe muß von dem anderen Erlasse gesagt werden, der den Italienern, die sich in irgendeiner Weise zusammenschließen wollten, besondere Bedingungen auferlegte, bestehende Vereine auflösen wollte usw. Tatsächlich befanden sich unter den „Immunitäten, Vergünstigungen und Garantien", die Italien durch die Kapitulationen, Gebräuche und Verträge mit der Regentschaft sichergestellt waren, folgende: 1. das Vorrecht der italienischen Vereinigungen

und Schulen in Tunis, nur italienischem Rechte unterworfen zu sein; 2. die Vergünstigung für die Italiener, ihre Söhne in den italienischen und nach unseren Gesetzen geregelten Anstalten erziehen und unterrichten zu lassen; ebenso die Vergünstigung, sich zu Zwecken der Solidarität, der Wohltätigkeit, der gegenseitigen Hilfeleistung usw. zusammenschließen zu dürfen, wie sie sich immer zusammengeschlossen hatten; 3. die Garantie, daß der status quo innerhalb der bestehenden Verträge nicht geändert werden sollte.

Über Crispis Proteste und den Streit, der sich daraus ergab, geben die Dokumente Aufschluß, die wir hier kurz zusammenfassen[1]):

Tunis, den 22. September 1888.

Berio, Generalkonsul Italiens. Macht darauf aufmerksam, daß ein unter dem Drucke französischer Annexionsgelüste abgefaßter Erlaß des Beys alle Schulen der Aufsicht der Banken der Republik unterwirft. Ein anderes Gesetz verbietet die nichtangemeldeten Vereine. Beide Gesetze sind offensichtlich nur gegen die italienischen Institute gerichtet.

23. September 1888.

Crispi gibt den Sachverhalt in Berlin, Wien und London bekannt. — Er vertrete die Anschauung, daß die neuen Erlasse des Beys auf Italiener keine Anwendung

[1]) Graf de Moüy gibt in seinen Souvenirs (S. 264—266) zu, daß Goblet, als er die Streitfrage, mit der wir uns beschäftigen, aufrollte, damit die in der Angelegenheit der Steuern in Massaua erlittene Schlappe wieder gut machen wollte, doch berichtet er sehr ungenau über den Ausgang derselben. Er versichert, daß Crispi „avait un esprit trop fin et trop pratique pour soulever la moindre objection (!)". Die Dokumente, die wir veröffentlichen, zeigen, wie viele und welche Einwände Crispi erhob, und wie es ihm gelang, die Oberhand zu gewinnen. Wir müssen, um den Irrtum de Moüys zu erklären, bemerken, daß er nicht mehr Gesandter war, als der Zwischenfall der Schulen in Tunis sich abspielte. (Anm. d. H.)

finden können: 1. wegen des Rechtes, das ihnen die Kapitulationen (Artikel 2 des Protokolls vom 25. Januar 1884) einräumen, 2. wegen des Artikels 14 des Vertrages mit Tunis vom 8. September 1868. Er bittet, die betreffenden Regierungen darauf aufmerksam zu machen, daß diese Erlasse der Anfang einer versteckten Annexion und eine Antwort auf die letzten Ereignisse in Massaua sind.

24. September 1888.

Aus Paris (Ressman). — Die „Havas" bringt die Nachricht, daß die Erlasse über die Schulen und die Vereine einen dauerhaften Charakter haben und vom Bey innerhalb der Grenzen seiner hoheitlichen Rechte gegeben wurden. Goblet ließ Ressman indirekt sagen, daß bei ihrer Anwendung uns gegenüber die größte Nachgiebigkeit und Vorsicht ausgeübt werden wird.

28. September 1888.

Crispi. — Er wiederholt in einer Depesche, die er nach Paris sendet, daß die tunesischen Erlasse die vom Bey und von Frankreich anerkannten Kapitulationen verletzen. „Wenn der Bey von Tunis unabhängig wäre," depeschiert Crispi, „wüßte ich meine Vorkehrungen zu treffen. Da er aber unter der französischen Obhut steht, wie ein Mündel unter Vormundschaft, bin ich genötigt, mich an die ihn beschützende Macht zu wenden, damit sie sich in einer so ernsten Angelegenheit ausspreche. In Tunis leben 28 000 Italiener . . . . Wir können nicht auf unsere Vorrechte verzichten . . . . Es darf nicht vergessen werden, daß die Konsulargerichtsbarkeit in Tunis ausgesetzt, nicht aber aufgehoben ist."

28. September 1888.

Crispi an den italienischen Konsul in Tunis. — Über Paris habe er den Text der tunesischen Erlasse erhalten. Die Regierung des Bey hat das Recht, die öffentlichen Schulen zu reorganisieren, aber ihre Machtbefugnisse hören an der Schwelle der von Privaten oder von ausländischen Vereinen errichteten Schulen auf. Er hofft, daß die fraglichen Gesetze die Rechte berücksichtigen werden, die wir erworben haben und die uns ausdrücklich anerkannt worden sind. Er bemerkt, daß sie gewisse Handlungen, deren Urheber vor die Gerichte geschleppt werden würden, zu Verbrechen stempeln, die sie nicht sind. Die Konsularrechtsprechung ist nicht aufgehoben, sondern nur ausgesetzt. Er beauftragt Berio, dies dem französischen Ministerpräsidenten vorzutragen, damit Italiens Stillschweigen nicht etwa als eine Zustimmung aufgefaßt würde.

29. September 1888.

Aus Paris (Ressman). — Er hatte eine Unterredung mit Goblet, dem er vorhielt, warum er sich ohne vorheriges freundschaftliches Einverständnis mit der italienischen Regierung zu einem solchen Vorgehen entschlossen habe. Goblet antwortete, daß Massaua ihn entmutigt hätte; er vertrat den Standpunkt, man könne nicht behaupten, daß die Erlasse des Bey die Kapitulationen oder sonst ein erworbenes Recht verletzten, da alles von ihrer Anwendung abhinge. Goblet hat Massicault Instruktionen erteilt, er möge bei der Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen nichts tun, ohne die Einwilligung und die Mitwirkung des königlich italienischen Konsuls

zu erbitten. Goblet glaubt nicht, daß unsererseits die Gesetzmäßigkeit einer rein hygienischen Beaufsichtigung der Schulen angefochten werden könne; er würde nichts dagegen haben, wenn eine solche auch von Italien über französische Institute ausgeübt würde. Er beteuert, jeglichen Streit vermeiden und die Kapitulationen und unsere Rechte respektieren zu wollen; er verlangt aber, daß unsererseits der Schutzmacht die Pflicht und das Recht zuerkannt würden, das ihr schutzbefohlene Volk in die Bahnen der Zivilisation zu lenken. Goblet erschien unsere Reizbarkeit gerade in dem Augenblick merkwürdig, in dem wir ankündigten, in Tunis ein eigenes Inspektorat und eine Leitung der Schulen ins Leben rufen zu wollen. Zum Schluß sagte er: „Warten Sie doch die Anwendung der Erlasse ab; vielleicht gelangen sie gar nicht zur Anwendung, auf alle Fälle aber sicherlich nur in dem Maße, das nach Übereinkunft zwischen unseren Behörden und Ihrem Konsul festgestellt werden wird.“ Ressman macht darauf aufmerksam, daß der Sturz des Ministeriums bevorsteht, und daß es vielleicht leichter sein wird, sich mit dem folgenden, das die Wunden von Massaua und Zula weniger schmerzlich empfinden wird, zu verständigen.

30. September 1888.

Aus Paris (Ressman). — Die „Havas“ veröffentlicht den Inhalt des Gespräches zwischen Ressman und Goblet. Man wirft Italien vor, das Pulver in Brand stecken zu wollen. Goblet ist abwesend. Ressman bittet um Instruktionen für die nächste Unterredung, die er mit ihm haben wird.

1. Oktober 1888.

Crispi telegraphiert nach Paris. — „Wenn eine Regierung, die sich ihrer Würde bewußt ist, mit einer anderen Regierung verhandelt, so unterläßt sie es, die Unterredungen, die zwischen ihr und dem fremden Vertreter geführt werden, in die breite Öffentlichkeit zu zerren. In die Öffentlichkeit bringt man sie nur, wenn man eine Meinungsverschiedenheit nicht in freundschaftlicher Weise austragen will. Wir denken nicht daran, dem Bey, weder direkt noch indirekt, das Recht zuzuerkennen, Vorschriften über die Handhabung des Privatunterrichtes unserer Mitbürger in den italienischen Instituten in Tunis zu erlassen. Ich wiederhole, was ich bereits gesagt habe. Wenn dieses Recht zugegeben und Europa es gutheißen würde, so fühlten wir uns gezwungen, analoge Dekrete hier in Rom bei allen fremden Instituten und Korporationen, von denen der größte Teil französisch ist, in Anwendung zu bringen. Wenn wir mit unserer Beschwerde eine internationale Streitfrage hätten aufrollen wollen, so hätten wir nicht erst, wie es geschehen ist, an die französische Regierung telegraphiert. Herr Goblet scheint von ganz anderen Gedanken erfüllt zu sein. Kurz, wir können mit den uns abgegebenen Erklärungen über die Art der Auslegung der Erlasse und deren Anwendung auf die Institute Italiens nicht zufrieden sein. Vielmehr lehnen wir die Erlasse als im Prinzip ungesetzlich, als eine Mißachtung unserer Rechte, als den bestehenden Verträgen und den Kapitulationen zuwiderlaufend, ab . . .“

1. Oktober 1888.

Aus Paris (Ressman). — Er wird in seiner nächsten Unterredung mit Goblet auf die tunesischen Gesetze zurückkommen. Goblet hatte gesagt, daß er, um die Rücksicht zu beweisen, die er uns entgegenbringen wollte, Massicault den Auftrag erteilt habe, zum Mitgliede des in der Regentschaft einzusetzenden Aufsichtsbehörde über das öffentliche Unterrichtswesen auch den Direktor einer der italienischen Schulen zu ernennen.

3. Oktober 1888.

Aus Paris (Ressman). — Er hat eine Unterredung mit Goblet, der ihm alle Argumente der früheren Gespräche wiederholt. Ressman erklärt ihm, daß wir die Erlasse ablehnen. Goblet antwortet, daß er uns niemals gebeten habe, wir möchten sie annehmen; was ihn anbelangt, bleibt er dabei, daß der Bey oder die Verwaltung des Protektorats das Recht hätten, derartige Verfügungen zu erlassen, da sie nur zur Erreichung einer besseren Verwaltung und zur Förderung der Zivilisation bestimmt wären. Goblet bittet uns um nichts anderes, als daß wir unser Urteil für den Fall aufsparen, daß sie irgendwie zur Anwendung gebracht würden, was ohne Mitwirkung des italienischen Konsuls in Tunis nicht versucht werden wird.

7. Oktober 1888.

Aus Tunis (Berio). — Er besprach sich mit Massicault: dieser schlägt vor, den bereits bestehenden Schulen die Einholung einer Erlaubnis zu erlassen, und bei den Inspektionen, die nach vorheriger Benachrichtigung des königlich italienischen Konsuls und in Anwesenheit desselben

stattfinden werden, die größte Höflichkeit obwalten zu lassen. Er fordert aber den Zwang zur Einholung einer Erlaubnis für die zu gründenden Schulen und das Aufsichtsrecht. Massicault glaubt nicht, daß die Kapitulationen das Recht geben, solche Rücksichtnahmen zu verlangen. Berio schlägt Massicault (ad referendum) vor, ihm ein- oder zweimal jährlich die detaillierte Statistik des materiellen und geistigen Zustandes unserer Schulen mitzuteilen. Massicault geht auf den Vorschlag ein und wird hiervon Goblet in Kenntnis setzen.

10. Oktober 1888.

Aus Berlin (Riva, Geschäftsträger Italiens). — Der Botschafter Deutschlands in Paris benachrichtigte die Regierung der Republik, das Kabinett von Berlin wünsche, daß die Affäre auf diplomatischem und nicht auf dem Verwaltungswege beigelegt werde. Gleichzeitig ließ er durchblicken, daß der Text der Kapitulationen dem neuen tunesischen Erlasse nicht günstig sei. Dieser Wink wird wohl genügen, um der französischen Regierung begreiflich zu machen, daß Frankreich, falls es in der einmal gefaßten Stellungnahme beharren wollte, sich — wie es in dem Streitfall von Massaua geschah — auch Deutschland gegenübergestellt sehen würde.

11. Oktober 1888.

Aus Paris (Ressman). — Der deutsche Botschafter Graf Münster las ihm eine Note Bismarcks vor, in der dem deutschen Botschafter in Paris Instruktionen erteilt werden, die dem Inhalte des vorhergehenden Berichtes aus Berlin analog sind.

12. Oktober 1888.

Aus Paris (Ressman). — Die Erklärungen, die Goblet Münster abgab, waren in einem außerordentlich versöhnlichen und friedliebenden Tone gehalten. Frankreich müsse Verwicklungen vermeiden; man wolle unsere bestehenden Schulen respektieren; nicht einmal die Inspektion werde ohne die Teilnahme des italienischen Konsuls stattfinden. Lord Salisbury habe erklärt, seinerseits keine Einwände gegen die Anwendung der Erlasse des Beys in den englischen Schulen von Tunis zu erheben. Goblet fügte hinzu, daß unsere Drohungen mit einer Wiedervergeltung in bezug auf die französischen Schulen in Rom den französischen Radikalen nicht unangenehm wären, da jene Schulen im allgemeinen klerikal seien. Goblet äußerte sich wiederholt zu Münster, er wolle unsere Rechte und die Kapitulationen in jeder Beziehung respektieren.

16. Oktober 1888.

Crispi depeschiert nach Paris. — Ressman wird Goblet erklären müssen, daß die zwei Erlasse des Beys über die Schulen und die Vereine auf die in der Regentschaft ansässigen italienischen Staatsbürger keine Anwendung finden dürfen. Münster wird im gleichen Sinne sprechen. Crispi wünscht, die Streitfrage in Freundschaft zu schlichten.

18. Oktober 1888.

Crispi depeschiert wieder nach Berlin, Wien und London. — Den Erlassen des Bey gegenüber befindet sich Italien in einer anderen Lage als die anderen Mächte, die in Tunis keine Schulen oder Vereine ihrer Staatsangehörigen haben. Bei den anderen Mächten handelt

es sich nur um eine Prinzipienfrage, für Italien ist es eine prinzipielle und praktische Frage zugleich. Es ist wahrscheinlich nicht ausgeschlossen, daß bei der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten darüber Interpellationen eingebracht werden. Man muß also die Frage systematisch regeln.

19. Oktober 1888.

Crispi meldet nach Paris. — In Berlin wurde der französische Botschafter, Herbette, benachrichtigt, daß Deutschland auf unserer Seite sein wird, da die Justitiare des Auswärtigen Amts sich — in der Rechtsfrage — für u n s e r e Auffassung ausgesprochen haben. Uns genügt es, wenn Goblet durch Massicault an Berio die Erklärung abgeben läßt, daß die Dekrete in unseren Instituten keine Anwendung finden werden.

21. Oktober 1888.

Crispi telegraphiert nach Paris. — Herr Goblet scheint an die Fabel des Wolfes und des Lammes zu denken, aber ich beabsichtige nicht, mich dazu herzugeben, die Rolle des Lammes zu spielen. Wir haben gegen die Erlasse des Beys vom 15. September Einspruch erhoben, weil wir durch sie beleidigt worden sind, und nun möchte man glauben machen, daß unser Einspruch eine Herausforderung ist. Der Herausforderer ist aber derjenige, der uns beleidigt hat, und wir sind die Herausgeforderten. Unsere Stellung in Tunis ist einzigartig, und keine europäische Macht befindet sich dort in einer der unsrigen ähnlichen Lage. Keine Macht hat dort Schulen, und keine andere Macht hat in der Regentschaft eine Kolonie wie die unsrige, für deren geistige Entwicklung wir sorgen müssen.

Wenn die andern Mächte die Erlasse des Beys, ohne Einspruch zu erheben, annehmen, so schenken sie Frankreich damit gar nichts, keines ihrer Rechte wird darum verletzt. Für sie ist es nur eine Prinzipienfrage. Um einen Beweis der Mäßigung zu geben, teilte ich dem Grafen Herbert Bismarck mit, ich hielte nicht darauf, daß ein neues Dekret veröffentlicht werde, welches dasjenige vom 15. September widerrufe. Mir würde es genügen, wenn Herr Massicault dem Konsul Berio erklärte, daß die neuen gesetzlichen Bestimmungen auf unsere Schulen und Vereine in Tunis nicht angewandt werden, und daß sie überhaupt nie in Anwendung gebracht werden würden. Graf Herbert Bismarck muß in diesem Sinne an den Grafen Münster telegraphiert haben; ich unterrichte Sie davon, damit Sie wissen, daß die versöhnlichen Vorschläge von uns und nicht von Berlin herrühren. Ich teile Ihnen im weiteren vertraulich mit, daß vor fünf Tagen im geheimen von der Pariser Nunziatur nach dem Vatikan telegraphiert worden ist: Goblet sei betroffen und unschlüssig und bereit, Italien recht zu geben, wolle aber gern sein Ansehen wahren. Ich halte nicht auf die Form, wohl aber auf die Art; die Lösung, die ich vorgeschlagen habe und die Deutschland unterstützt, würde für beide Parteien annehmbar sein. Bei diesem Stand der Dinge liegt es der Botschaft ob, Gerechtigkeit zu erlangen.

21. Oktober 1888.

Aus Wien (Avarna, italienischer Geschäftsträger). — Kalnoky erkennt das gute Recht Italiens in dieser Frage an. Österreich-Ungarn hat an den tunesischen wie an den ägyptischen Angelegenheiten kein besonderes Interesse.

21. Oktober 1888.

Aus London (Catalani, italienischer Geschäftsträger). Das „Foreign Office" fordert ein Gutachten der juristischen Berater der Krone ein und gibt ihre eigene Meinung kund:

1. daß Frankreich nicht das Recht hatte, den Bey einen Erlaß verkünden zu lassen, den letzterer nicht das Recht gehabt hätte, vor der französischen Besetzung zu verkünden;

2. daß England, wenn es auch in die Abschaffung der Kapitulationen, welche die Gerichtsbarkeit betreffen, eingewilligt habe, Frankreich dennoch keinen Einfluß auf die englischen Schulen gestatte.

22. Oktober 1888.

Aus Paris (Menabrea). — Münster unterrichtete Menabrea von den Unterredungen Crispi's mit Herbert Bismarck bezüglich der Erlasse des Beys über die Schulen und die Vereine. Menabrea begab sich zu Goblet, um ihm den versöhnlichen Vorschlag Crispi's vorzutragen. Goblet entgegnete ihm, daß er Massicault bereits angewiesen habe, diese Frage mit Berio zu verhandeln, und daß er daher nicht gewillt sei, sie mit Menabrea zu erörtern. Menabrea fragte darauf, welche Instruktionen dem französischen Residenten gegeben worden waren. Goblet antwortete, daß nichts an dem Bestehenden geändert werden würde, und daß die Erlasse, ohne Zustimmung unseres Konsuls, auf italienische Schulen und Vereine nicht angewandt werden würden. Daraufhin entgegnete ihm Menabrea, daß es sich nicht nur um die Gegenwart handle, und daß die königliche Regierung es nicht zugeben werde, daß das Dekret die zukünftigen Institutionen bedrohe.

Ich bat Goblet — schreibt Menabrea —, die Folgen eines Zwistes mit der königlichen Regierung wohl zu erwägen, wenn sie in diesem Falle eine Aufsicht nicht gestatten würde, aber Goblet beharrte hartnäckig auf seiner ersten Antwort, ohne irgendwelche Bemerkung gelten zu lassen, und legte nach seiner Weise unsern Vertrag und das Protokoll vom 25. Januar 1884 aus, dessen Artikel 2 doch wohl deutlich und klar genug ist. Ich konnte nicht umhin, zu bemerken, daß, da es sich um einen Erlaß handelt, der wesentlich in die Lebensbedingungen der ältesten, zahlreichsten europäischen Kolonie in Tunis eingreift — die Franzosen seien in Tunis nicht mehr als ihrer 3000 —, es ratsam sei, auf die öffentliche Meinung Italiens eine gewisse Rücksicht zu nehmen. Goblet gab daraufhin zurück: „Wir haben in Tunis unsere Truppen stehen, die eure italienischen Interessen schützen," worauf ich ihm aufgebracht entgegnete, daß ich wohl wisse, wie die französischen Truppen in Tunis eingedrungen seien, und daß Italien die französische Protektion für unnötig erachte, daß es sich selbst zu beschützen wisse, ebenso wie es sich in Tunis vor dem Eindringen der Franzosen geschützt habe, wo es sich nie über Unannehmlichkeiten zu beklagen gehabt habe. Italien habe außerdem das Recht, respektiert zu werden; das scheine man in Frankreich nicht genug zu empfinden. Um dieser unangenehmen Unterredung mit so einem ungestümen, ränkevollen Manne ein Ende zu machen, stellte ich ihm das mir von Eurer Exzellenz angegebene freundschaftliche Ultimatum. Er nahm es nicht an, und ich zog mich zurück, ihm die Verantwortung für alle

Folgen seiner Weigerung überlassend. Man sieht wohl, er will sich eine Tür für den Fall offen halten, daß in Tunis neue italienische Unternehmungen gegründet würden. Es scheint mir, daß man Berio das Mandat überlassen könnte, den Vorschlag Ew. Exzellenz gegenüber Massicault energisch zu vertreten. Bevor ich mich zu Goblet begab, hatte ich Kenntnis von seinen vorherigen Unterredungen mit Ressman genommen, dessen Festigkeit und Umsicht, mit der er so lange den Behauptungen Goblets standgehalten hat, ich volle Bewunderung zolle.

23. Oktober 1888.

Aus Berlin (Riva). — Er sprach mit Herrn v. Holstein und übersandte ihm ein Memorandum. Herr v. Holstein sieht in dem Wechsel der Haltung des englischen Kabinetts ein Verdienst Deutschlands; als ein gutes Symptom betrachtet er die Besorgnis Englands für seine maltesischen Schulen in Tunis. Im Interesse des Friedens ist es angezeigt, alles zu vermeiden, was für die französische Regierung einer ausgesprochenen Demütigung gleichkäme. Italien könnte sich mit einer praktischen Lösung des Streitpunktes zufrieden geben, sich darauf beschränken, einen stillschweigenden Verzicht auf die Anwendung der Erlasse zu erreichen und sich nur vorbehalten, auf alle diejenigen Maßnahmen zurückzukommen und sie zu rügen, die einer Nichteinhaltung dieses Verzichtes gleichkämen.

23. Oktober 1888.

Crispi depeschiert nach Tunis. — Der Konsul solle die Unanwendbarkeit der Erlasse kundtun. Das Ministerium habe beschlossen, die Frage ausschließlich in Paris zu

verhandeln. Der Konsul möge sich nicht dem französischen Ministerresidenten gegenüber verpflichten.

20. Oktober 1888.

Crispi depeschiert nach Paris. — Er heißt Menabreas Verhalten gut. Die Frage kann nur in Paris erörtert werden. Berio hatte ausschließlich den Befehl zu erklären, daß die Erlasse von unserem Gesichtspunkt aus null und nichtig sind. Goblet hat den Beweis gegeben, daß er die Mäßigung, der wir uns befleißigten, nicht zu würdigen weiß. Menabrea kann, nachdem er sich mit Münster verständigt hat, einen letzten Versuch bei Goblet machen. Wenn er mißlingen sollte, so werden wir sehen, was zu tun ist. Ressman's Haltung ist lobenswert.

24. Oktober 1888.

Aus Paris (Menabrea). — Er verhandelte mit Goblet. Die Unterredung war weniger stürmisch als die vorherige. Es wurden von der einen wie von der anderen Seite die Argumente der letztgehabten Konferenz wiederholt. Menabrea bemerkte, daß der Bey mit diesen Erlassen eine Handlung begangen, die der Sultan selbst, sein hoher Souverän im ottomanischen Reiche, nicht gewagt hätte, und wogegen sich sogar die Franzosen aufgelehnt hätten. Die drei Botschafter Deutschlands, Italiens und Englands befanden sich an diesem Tage (24.) auf dem Auswärtigen Amt. Münster hatte Goblet schon angeraten, eine versöhnlichere Stellung einzunehmen. Lord Lytton, völlig unserer Meinung, hatte Menabrea gesagt, daß die Behauptung Goblet's, Salisbury habe die Erlasse angenommen, nicht stimme, die Frage sei hingegen den juristischen Beratern der Krone unterbreitet worden.

Trotzdem Goblet auf den Vorschlag Crispi's bis jetzt noch immer nicht eingegangen ist, scheine er doch bereits etwas erschüttert und sei vielleicht schon überzeugt, daß es das Beste für ihn ist, einzulenken, wenn Berio seine Erklärungen abgegeben haben wird.

26. Oktober 1888.

Aus Wien. — Avarna hat eine Audienz bei Kalnoky gehabt. Dieser ist froh über die Mäßigung, die Crispi sich in dieser Frage auferlegt hat. Österreich hat, trotzdem es kein direktes Interesse an dieser Frage besitzt, doch ein indirektes an derselben, das hauptsächlich darin besteht, daß der Friede nicht gestört werde, und daß Italien sich nicht in die Schwierigkeiten eines Konfliktes verwickle. Kalnoky weiß von den Ratschlägen, die von London und Berlin nach Paris gelangten. Er vertraut darauf, daß Frankreich auf jeden Fall einen Konflikt zu vermeiden suchen werde.

26. Oktober 1888.

Crispi vertraulich an die Botschafter in Paris, Wien und Berlin. — Er meldet, daß der italienische Geschäftsträger in London in einer Unterredung über die Erlasse des Beys von Tunis mit Lord Salisbury von diesem erfahren habe, daß er sich bereits vom politischen Gesichtspunkte aus über die Erlasse ausgesprochen habe, indem er Goblet hat wissen lassen, daß er sie als eine unüberlegte und unzweckmäßige Handlung ansehe.

26. Oktober 1888.

Crispi depeschiert nach Tunis. — Die in der Note Massicaults enthaltenen Argumente, die Berio mitteilt,

sind nicht stichhaltig. Tunis ist für uns, da es der muselmanischen Gewalt untersteht, und auf Grund eines unbestrittenen Rechtes, dessen sich Italien seit undenklichen Zeiten erfreut, ein Land der Kapitulationen. Dieses Recht ist im Artikel 1 des Vertrages mit dem Bey festgelegt und wurde von Frankreich durch das Protokoll vom 25. Januar 1884 anerkannt. Gemäß den Kapitulationen ist alles, was das intellektuelle, moralische, juristische Leben der italienischen Kolonie anbetrifft, der Autorität der Regierung des Bey entzogen. Die Artikel 15 und 18 sind irrtümlicherweise angezogen, da sie sich auf das materielle und wirtschaftliche Leben beziehen und auf die Schulen und die nichtgewerblichen Zwecken nachgehenden Vereinigungen keine Anwendung finden; mehr noch, sie bilden eine Ausnahme, und im Gesetz lassen Ausnahmebestimmungen keine weite Auslegung zu. Was die Konvention vom 3. Juni 1883 zwischen Tunis und Frankreich betrifft, so könnte sie augenscheinlich das Übereinkommen zwischen dem Bey und dritten Mächten gar nicht ändern. Sie geht außerdem dem Protokoll vom 25. Januar 1884 zwischen uns und Frankreich voraus, indem ausdrücklich festgesetzt ist, daß jedes Vorrecht und jeder Vorteil, durch Kapitulationen, Gebrauch oder durch Verträge gewährt, in Kraft bleiben. Mit anderen Worten: vor dem Protektorat hätte der Bey kein Recht gehabt, solche Erlasse zu geben, nicht mehr als die Türkei, was das ottomanische Reich betrifft; und wenn die Türkei es wagen würde, so würde sich Frankreich widersetzen. Nun könnte doch das Protektorat den juristischen Status nicht verändern, der Dritten gegen-

über existiere: 1. da es ohne ihre Zustimmung errichtet sei; 2. da durch den Vertrag vom Bardo die Rechte dritter Mächte für unverändert erklärt worden seien; 3. da uns unsere Rechte, unsere Immunitäten und unsere Vorrechte durch die Protektoratsmacht selbst bestätigt wurden. Der Bey befindet sich in einem Vasallenverhältnis zu Frankreich, so daß wir gegen ihn die Mittel nicht anwenden können, die wir einem unabhängigen Herrscher gegenüber gebrauchen würden. Im übrigen, da die Erlasse in Paris verfaßt und nur pro forma mit der Unterschrift des Beys versehen worden sind, so ist die Lösung der Frage auch in Paris zu erlangen. Beschränken Sie sich infolgedessen auf die Erklärung, daß die Erlasse gemäß der Anschauung der italienischen Regierung und aus den obenerwähnten Gründen nicht anwendbar sind und auch nicht angewendet werden dürfen auf unsere gegenwärtigen oder zukünftigen Unternehmungen und Vereinigungen, und bitten Sie darum, daß die Kenntnisnahme dieser Erklärungen Ihnen offiziell bestätigt werde. Sollte der Ministerresident sich weigern, so können Sie erklären, daß Ihnen jede weitere Verhandlung untersagt sei.

27. Oktober 1888.

Von Paris (Menabrea). — Ich teilte Goblet das Telegramm mit, das Crispi an Berio gesandt hat, und in dem er erklärt, daß die Erlasse nicht anwendbar sind und niemals angewandt werden dürfen auf unsere gegenwärtigen und zukünftigen Schulen und Vereinigungen in Tunis.

Ich bat Goblet, Kenntnis von den Erklärungen zu

nehmen. Es geschah, und er erklärte, daß er für seinen Teil die frühere Auslegung aufrecht erhalte.

24. Oktober, 2., 7. und 14. November 1888.

(Berichte aus Tunis.) — Berio trat (entgegen den Instruktionen des Ministers) in eine Diskussion mit Massicault ein. In seinen Berichten verbreitet er sich hauptsächlich über die Unterredungen, die er mit dem französischen Residenten gehabt hat.

Es zeichnet sich nur der eine Bericht aus, in dem Berio sich mit dem wahrscheinlichen Erfolg beschäftigt, den die Maßnahmen haben würden, die ihm vom Ministerium anempfohlen waren, nämlich den britannischen Konsul in die Diskussion zu ziehen und mittelst seiner, den Direktor des Institutes der englischen Gesellschaft für die Juden in Tunis. Dieser Direktor, ein gewisser Perpetuo aus Livorno, ein ehrgeiziger und charakterloser Mensch, obgleich geistvoll und kenntnisreich, hatte sich der französischen Residentschaft genähert; es war daher schwierig, ihn zu gebrauchen.

4. November 1888.

Crispi an den Konsul in Tunis. — Sie haben meine Instruktionen vom 20. Oktober nicht befolgt. Sie müssen verlangen, daß die Regierung des Bey formell von unseren Erklärungen Kenntnis nimmt, daß die tunesischen Erlasse nicht anwendbar sind und auch keine Anwendung auf unsere gegenwärtigen und zukünftigen Institutionen und Vereinigungen finden werden. Wenn die Regierung des Bey sich weigert, hiervon Kenntnis zu nehmen, dann müssen Sie erklären, daß Ihnen jede weitere Diskussion

untersagt ist. Sie müssen es infolgedessen ablehnen, die neuen Vorschläge Massicaults auch nur ad referendum entgegenzunehmen. Die Regierung des Königs hat eine Stellung, die in ihrem Recht uneinnehmbar ist, und will sie behalten. Sagen Sie Herrn Massicault, daß Sie durch die Annahme der Vorschläge ad referendum Ihre Befugnisse überschritten hätten, und daß die Regierung des Königs sich weigere, sie zu prüfen. Die Regierung des Bey hat weiter nichts zu tun, als Kenntnis von Ihren Erklärungen zu nehmen. Wenn Sie sich weigert, so beabsichtigen wir, die Erörterung nach Paris zu verlegen.

11. November 1888.

Aus Tunis. — Berio berichtet, daß er im Laufe einer Unterredung mit Massicault von dem Mittel gesprochen habe, zu einer Verständigung zu kommen; er hat jedoch keine Verpflichtung übernommen.

31. Dezember 1888.

Aus Paris (Menabrea). — Goblet sprach mit Menabrea von einem Mißverständnis, das zwischen Massicault und Berio über die Befugnis entstanden sei, die Frage der Erlasse untereinander und an Ort und Stelle zu verhandeln. Menabrea hatte Instruktionen erhalten, die Diskussion ausschließlich in Paris durchzuführen. Goblet hatte gewünscht, die Frage in Tunis zu behandeln.

1. Januar 1889.

Crispi an den Botschafter in Paris. — Von Anfang an hatte man Berio Instruktionen erteilt, sich jeder Behandlung der Schulfrage zu enthalten. Trotzdem versuchte

Herr Massicault, sowohl direkt als durch Vermittlung des Sekretärs der Residentschaft, Herrn Benoit, Berio zu veranlassen, einige Bedingungen anzunehmen, die den von uns der Regierung der französischen Republik gegenüber vertretenen Rechtsstandpunkt, daß die Erlasse des Beys weder in Gegenwart noch in Zukunft auf unsere Schulen und auf unsere Vereinigungen anwendbar seien, ungünstig hätten beeinflußen können. Sobald Berio uns von den Vorschlägen Massicaults unterrichtet hatte, wurde ihm verboten, auf dieselben einzugehen, da sie unserem Recht Abbruch tun könnten, und es wurde ihm befohlen, sich darauf zu beschränken, selbst den Plan zu einer Verständigung auszuarbeiten und nach Rom zu senden, damit man ihn prüfen und darüber entscheiden könne; aber es wurde ihm unter allen Umständen untersagt, irgendwelche Verhandlung mit der Residentschaft zu führen. Crispi kann daher Menabrea nur die voraufgegangenen Instruktionen bestätigen, damit die Frage in Paris und nicht anderswo verhandelt werde.

18. Januar 1889.

Aus Tunis (Berio). — Massicault hat ihm gesagt, daß die Schulfrage in Rom und Paris ausgeglichen worden ist. Die Grundlagen seien diese: Die bestehenden Schulen blieben unter dem Regime des status quo, die zukünftigen würden dem Erlaß des Bey unterliegen.

19. Januar 1889.

Crispi telegraphiert nach Tunis. — Die Nachricht, die Berio von Massicault erhalten hat, ist ungenau. Eine Verständigung ist nicht erreicht worden. Die italienische

Regierung wird sich immer weigern, die Erlasse des Bey als gültig anzuerkennen, auch für die zukünftigen Schulen.

16. Januar 1889.

Aus Tunis. — Berio übersendet Abschrift einer von ihm an Massicault gerichteten Note, in der er feststellt: 1. daß die Verhandlungen nicht von ihm (Berio), sondern vom Residenten eingeleitet worden waren, 2. daß Berio seine Vorschläge ad referendum nur aus seiner persönlichen Initiative heraus unternommen habe.

30. Oktober 1890.

Aus Paris (Menabrea). — Bei dem allwöchentlichen Botschaftsempfang erwähnte Ribot gegenüber Menabreas beiläufig die Erörterungen, die mit Goblet betreffs der Schaffung neuer italienischer Schulen in Tunis stattgefunden hatten und die man einer vorherigen Anmeldung unterwerfen wollte. Die Frage sei in der Schwebe geblieben, da die italienische Regierung seinerzeit erklärt hatte, es handle sich nicht darum neue Schulen einzurichten, sondern allein die bestehenden so zu erhalten, wie sie waren. Jetzt fragt Ribot, in Anbetracht der bereits begonnenen Schaffung neuer Institute, ob die königliche Regierung noch immer derselben Meinung über ihre Rechte sei und ob sie, abgesehen von der Formalität einer Anmeldung, nicht wenigstens die Behörden des Bey von ihrem Vorhaben unterrichtet habe. Menabrea antwortete, daß er keinen Auftrag habe, eine derartige Frage jetzt zu besprechen, aber daß er es für sicher halte, daß die Regierung des Königs nicht von ihrem ursprünglichen Standpunkt gewichen sei, da man ja auch im übrigen türkischen Reiche

Italien das Recht zuspreche, seine Schulen einzurichten, wie es ihm am besten dünke. Sie behauptet nach wie vor ihre Rechte in der Regentschaft Tunis, da diese, trotz des französischen Protektorates, nicht aufhöre, einen integrierenden Teil des ottomanischen Reiches zu bilden, dem gegenüber sie jederzeit alle Rechte aufrechterhalten wird, die sich aus den Kapitulationen ergeben, ausgenommen diejenigen, auf die wir als von untergeordneter Bedeutung, vorläufig Verzicht geleistet haben und die sich auf die Einrichtung der Gerichtshöfe beziehen. Ribot ließ das Gespräch fallen, indem er nur die Hoffnung ausdrückte, daß die italienische Regierung ihn von der Einrichtung neuer Schulen benachrichtigen würde. Er bat Menabrea, hierüber das Ministerium zu befragen.

1. November 1890.

Crispi telegraphiert nach Paris. — Man sei in Rom mit der Rede Menabreas einverstanden. Man glaubt jedoch nicht, daß man sich dazu verstehen werde, der Regierung der Regentschaft auch nur einfach die Eröffnung der neuen Schulen in Tunis mitzuteilen. Im übrigen sei dies eine müßige Frage, da in Tunis keine neue Schule eröffnet worden ist, noch vorläufig eröffnet werden wird.

Wie bekannt, blieben die Rechte Italiens unangetastet. Die französische Regierung befand sich im Unrecht und gab es stillschweigend zu.

Crispi hätte das Protokoll von 1884 kündigen und die Konsulargerichtsbarkeit in Tunis wieder einführen können, die ja nur ausgesetzt worden war, aber er wollte es nicht. Die Zurückhaltung, die er sich auferlegte, wurde jedoch in Frankreich von niemandem anerkannt.

22. Oktober.

Solms liest mir eine Note vor, in der sich der Sultan von Zanzibar dem Schutze der italienischen Regierung empfiehlt. Die Stellung desselben ist stark erschüttert, und er hat Hilfe nötig, sie wieder zu befestigen.

Solms erinnert mich an das, was mit dem Grafen Herbert Bismarck über ein gemeinsames Vorgehen vereinbart wurde, um den Sklavenhandel zu verhindern.

Der Sultan von Marokko geht nicht mehr nach Tanger; er hat Furcht vor Spanien. Die Konferenz zur Ordnung der Angelegenheiten dieses Landes müßte sich damit beschäftigen, die Fortsetzung eines Handelsvertrages zu ermöglichen, der die Beziehungen zu den verschiedenen Staaten Europas leichter gestaltete. Sie müßte auch die Grundsätze für die Zusammensetzung der gemischten Gerichtshöfe bestimmen, die rechtliche Stellung der Schützlinge und die Grenzen der Konsulargerechtsame über dieselben festsetzen und endlich den Schutz der Fremden sicherstellen.

Die Reise der Großfürsten Sergius und Paul von Rußland hatte keine politischen Absichten. Sie besuchten nur den Patriarchen von Konstantinopel, der ihnen von der großen orthodoxen Kirche sprach und um den Schutz des Zaren bat. Die Arbeit und der Einfluß der orthodoxen Kirche scheinen wichtig zu werden und sich im Osten zum Schaden der römischen auszubreiten.

25. Oktober.

Sr. Exzellenz Monsieur de Giers, Minister des Äußeren.

Petersburg.

Dieser Tag bezeichnet einen Denkstein in der so verdienstvollen Laufbahn Ew. Exzellenz, dem 20 Jahre treuer und ergebener Dienste den beneidenswertesten Anspruch auf die

Erkenntlichkeit seines erhabenen Herrschers und die Bewunderung aller wohlgesinnten Menschen verleihen.

Erlauben Sie mir, Sie im Namen der Regierung des Königs und in meinem eigenen Namen zu beglückwünschen. Wir verfolgen mit demselben Eifer dasselbe Ziel: die Aufrechterhaltung der Ordnung. Ich drücke daher auch als Mitarbeiter Ew. Exzellenz den ernstesten Wunsch aus, daß Ihre weisen Ratschläge noch lange Zeit Rußland und Europa erhalten bleiben mögen, als ein kostbares Pfand für die Erhaltung des Bestehenden und des Friedens. Crispi.

Herrn Crispi, Minister des Auswärtigen Italiens.

Ich bitte Ew. Exzellenz, meinen tiefgefühlten Dank für die Glückwünsche entgegenzunehmen, die Sie die Güte hatten, mir bei Gelegenheit meines Jubiläums auszusprechen. Glauben Sie sicher, daß ich ihnen großen Wert beimesse. Giers.

27. Oktober.

Graf Solms spricht von dem neuen Gesandten Frankreichs, Herrn Mariani[1]), er sei versöhnlich, souple, eine Autorität in Handelssachen.

China. — Pässe. — Diejenigen der deutschen Untertanen, die nicht aus Deutschland kommen, werden nicht visiert. Dank an Frankreich für den bis jetzt geliehenen Schutz. Italien wird ebenfalls danken. Solms bittet mich um eine Abschrift der Note, die wir in dieser Sache an Frankreich senden werden.

9. November.

Solms gibt mir ein Werk über Biserta. Er spricht von dem neuen Botschafter, den Minister Vega de Armijo nach Rom schicken will. Vega ist rein katholisch und würde glücklich sein, dem Papste einen Dienst erweisen zu können.

[1] Herr Mariani übte während seiner kurzen Amtszeit in Rom — er starb dort bereits im Sommer 1890 — keinen großen Einfluß auf die italienisch-französischen Beziehungen aus, machte sich aber seiner erhrlichen Handlungsweise und seines vornehmen Charakters wegen beliebt.

Er wird der Freund der drei Mächte bleiben, ohne sich feindlich gegen Frankreich zu zeigen.

Die Franzosen beraten den Plan einer Eisenbahnlinie von Oran nach Figuig. Diese würde eine Militärbahn werden.

Aus einer Note vom 19. geht hervor, daß der Sultan einmal mit der franco-russischen Gruppe, ein anderes Mal mit dem Dreibund liebäugelt. Für den Sultan würde es sich nicht lohnen, sich mit den drei Mächten zu verbünden. Er möchte gern wissen, wer wohl den Brief in der „Correspondance de l'Est" geschrieben hat.

20. November.

Graf Kalnoky, dem Se. Majestät den Annunziatenorden verliehen hat, schreibt mir, daß er von diesem Beweise hoher Gunst und der Zufriedenheit des Königs mit der politischen Linie, die wir verfolgen, lebhaft bewegt sei, und drückt mir Gefühle aufrichtiger Herzlichkeit aus.

Die hohe Auszeichnung, die man dem Grafen Kalnoky hatte zuteil werden lassen, bewies die guten, zwischen Italien und Österreich bestehenden Beziehungen. Kaiser Franz Joseph hatte seit dem Juni seine Zufriedenheit mit den guten Resultaten ausgedrückt, die die Politik Crispi's errungen hatte. In einem Privatbriefe vom 2. Juni schreibt Graf Nigra:

„Der Graf Kalnoky sagte mir vertraulicherweise, daß Se. Majestät der Kaiser Ew. Exzellenz seine ausnehmende Achtung und sein Wohlwollen durch die Verleihung des Groß-Cordons des S. Stephansordens zu beweisen wünschten; dies ist der höchste Orden, den man an Nicht-Österreicher verleiht (das Goldene Vlies ist den Angehörigen der Nation und den ausländischen Prinzen und Herrschern vorbehalten)."

27. November.

v. Bruck. — Er kommt, um mir die Befürchtungen Kalnoky's hinsichtlich der tunesischen Angelegenheiten auszudrücken. Es sei ihm mitgeteilt worden, daß die Beziehungen zwischen Berio und Massicault gespannt seien, und daß sie von einem Augenblick zum andern abgebrochen werden könnten. Kalnoky möchte nicht, daß der Krieg in Afrika ausbräche.

Ich habe geantwortet, daß nichts zu befürchten sei. Berio habe den Befehl, die Schulfrage nicht zu verhandeln, damit solle sich unser Botschafter in Paris befassen, denn dort müsse die Frage entschieden werden.

In Bukarest gehen die drei Mächte in Übereinstimmung vor.

3. Dezember.

Besuch v. Bruck's. Boulanger habe erklärt, er wolle eine tolerante Republik, die für alle offen sei. Manch einer glaubt, daß er ein zweiter Monk werden wird. Andiffret-Pasquier hat im Senat erklärt, daß er sich von seinen Freunden in der Kammer losmachen werde. Bei den nächsten allgemeinen Wahlen werden die Konservativen für die ihren stimmen und alles mögliche tun, um zu siegen. Wenn sie keinen Erfolg haben sollten, werden sie für Boulanger stimmen.

Boulanger arbeitet mit Erfolg an der Vorbereitung der Wahlen. Die Radikalen zählen auf die Opportunisten, um die Boulangisten und die Rechte zu schlagen. Präsident Carnot wird Floquet nicht ermächtigen, die Kammer aufzulösen, dies behält er einem neuen Ministerium Freycinet vor.

In den ersten Tagen des Dezembers erhielt Crispi über die innere Lage Frankreichs folgende Informationen:

„Wir durchlebten 14 Tage, die voller Zwischenfälle und Erregungen waren; sie begannen mit der von verschiedenen Zeitungen gebrachten Ankündigung eines Staatsstreiches, den das Ministerium Floquet gegen General Boulanger und seine Anhänger plane, und man gab derartige Einzelheiten von den Maßnahmen, die getroffen worden seien, um ihn zur Ausführung zu bringen, daß man im ersten Augenblick geneigt war, der Nachricht Glauben zu schenken; aber bald sah man, daß ihre Verbreitung nur ein Versuch gewesen war, um eine Interpellation in der Kammer hervorzurufen und den Minister zu zwingen, sich über die ihm untergeschobenen Pläne zu äußern und zu erklären, daß die ihm zugeschriebenen Maßregeln gegen das Gesetz verstößen, und sich so bis zu einem gewissen Grade zu binden. Obwohl der angekündigte Staatsstreich eine Fiktion war, so hatte man doch keinen Zweifel, daß er geplant gewesen war, und daß man immer mit dem Gedanken umginge, sich von General Boulanger zu befreien, dessen Einfluß sich immer mehr ausbreitet, anstatt sich zu vermindern, und den man mehr und mehr fürchtet, je näher man den neuen Wahlen rückt, die im nächsten Jahre stattfinden müssen.

Die große Kundgebung vom letzten 2. Dezember, auf die man auf der einen Seite gerechnet hatte, um eine Agitation gegen Boulanger einzuleiten, auf der anderen, um der ihm feindlich gesinnten Stadtverordnetenversammlung zu ermöglichen, ihre Bestrebungen, die höchste Gewalt über die Stadt Paris an sich zu reißen, zu verwirklichen, schlug fehl. In der gleichzeitig in Nevers stattfindenden Versammlung hatte General Boulanger im Gegenteil Gelegenheit, die gegensätzlichsten Meinungen um sich zu vereinen, die alle in dem Wunsche übereinstimmten, dem gegenwärtigen Regierungssystem ein Ende zu bereiten. Einem System, das infolge der Zusammenstöße, die sich unter den gegenseitig der Bestechlichkeit beschuldigenden Mitgliedern des Parlaments ereignen und in den Sitzungen zu Auftritten führen, die jedem Prinzip öffentlichen Anstandes widersprechen, die allgemeine Achtung nicht mehr verdient. So hat Boulanger leichtes Spiel und, obwohl man noch nicht sieht, welcher, wenn er überhaupt einen hat, sein Endzweck ist, so vermeidet er es doch, seine Stellung in der öffentlichen Meinung zu kompromittieren und erklärt, daß seine ganze Tätigkeit nur den Zweck habe, die Republik zu erhalten, die durch aller Art dem gegenwärtigen Regierungssystem zur Last fallenden Unordnungen bedroht und bloßgestellt sei. Welches wird die

Republik Boulanger's sein, wenn er es erreichen sollte, sich zu ihrem Haupte aufzuwerfen? Die Orleanisten sowohl wie die Bonapartisten hoffen, ihn zu ihren Zwecken ausnützen zu können, aber es ist nicht unwahrscheinlich, daß, wenn die beiden Parteien im Widerstreite der Meinungen sich zanken und das Volk zögert, seine Wahl zu treffen, General Boulanger sich an die Spitze der Republik stellen wird, die er rekonstruiert hat. Diese kann dann unter dem gleichen Namen verschiedene Formen annehmen, auch die eines Kaiserreichs, wie das Beispiel Napoleon's I. beweist, auf dessen ersten Münzen man noch auf der einen Seite République française und auf der anderen Napoléon empereur liest. Es ist gewiß sehr zweifelhaft, ob Boulanger so weit gelangen kann; aber es ist müßig, die Zukunft vorherzusagen, weil in diesem Lande mehr als in jedem andern die Zukunft immer ungewiß ist. Aus dieser Ideenverwirrung heraus, in der sich Frankreich gegenwärtig befindet, erklärt sich der von der Presse mit der ihr zugesicherten Freiheit getriebene Mißbrauch; die ersten, die gegen diesen Mißbrauch protestierten, waren dieselben, welche vordem mit Überzeugung für die Freiheit der Presse gekämpft hatten, und einer derselben ist der Expräsident Jules Grévy, der zugibt, daß er einen Fehler begangen habe, als er im Parlament das diesbezügliche Gesetz unterstützt habe.

Unter den Ursachen, die Anlaß zu Angriffen auf die Regierung geben, ist einer der hauptsächlichsten die finanzielle Unordnung des Staates, der von einer Sitzungsperiode zur anderen ein Manko mit sich schleppt, das immer wächst und das bald auf eine Milliarde angeschwollen sein wird, ohne daß man bis jetzt ein Mittel sieht, um es zu decken. Man hat zu diesem Zweck eine Einkommensteuer vorgeschlagen, aber diese ist soeben nahezu mit Einstimmigkeit von der Kommission der Kammer abgelehnt worden; sie wird, wenn nicht die Regierung den Gesetzentwurf wieder zurückzieht, eine außerordentlich lebhafte Diskussion hervorrufen, in der die Regierung wahrscheinlich den kürzeren ziehen wird. Auf jeden Fall wird die Finanzfrage diejenige sein, welche die Veranlassung zu einer Auflehnung der Parteien gegen die Regierung geben wird, welche die einen stürzen, die anderen noch radikaler gestalten wollen. Derjenige Minister, der inmitten dieser parlamentarischen Ränke und Hetzen die festeste und geachtetste Stellung einzunehmen scheint, ist der Kriegsminister, Mr. de Freycinet, der bei der Erledigung seiner wichtigen

Funktionen wirklich ganz besondere Anlagen zeigt; obgleich kein Militär, hat er es doch verstanden, sich das Vertrauen des Heeres dadurch zu erwerben, daß er sich auf seine besonderen Arbeiten beschränkte und sich damit beschäftigte, vom zwiefachen, moralischen und materiellen Standpunkte aus, das mächtige Werkzeug zu vervollkommnen, das einst diejenigen führen werden, die dazu berufen sind. Er bemüht sich, die Lage der Soldaten und Offiziere zu bessern, sucht die Eifersüchteleien zu töten, die Frankreich schon so verhängnisvoll geworden sind, er spezialisiert besonders die Obliegenheiten der einzelnen Elemente, die das Heer bilden, und tut das in der Weise, um allen Vorzugsgelüsten, mit denen einige Waffen oder Armeekorps sich vordrängen, Zügel anzulegen; dadurch bewirkt er, daß alle Waffen gleichmäßig behandelt werden und jeder mit seiner ganzen Kraft dem allgemeinen Zweck diene. In seiner Eigenschaft als hervorragender Ingenieur beschäftigt er sich viel mit Verbesserungen im Eisenbahnwesen, damit sich die Mobilisationen und Konzentrationen mit der größten Schnelligkeit abspielen können und damit man in der Lage sei die Bewegungen zu unterstützen, die beim Angriff oder bei der Verteidigung nötig werden können.

Gegenstand seiner besonderen Aufmerksamkeit ist der Ausbau der Befestigungswerke, die er in Stand setzen will, den gewaltigen Angriffsmitteln, die in den Heeren eingeführt sind, mit Erfolg widerstehen zu können. Seine Aufmerksamkeit wendet sich auch der Herstellung jener Waffen zu, die sich für den Gebrauch der neuen, mächtigen, kürzlich erfundenen Explosivstoffe eignen; man arbeitet in fieberhafter Tätigkeit daran, dem Heere solche neuen Kriegswerkzeuge zu geben, damit es durchweg in der ersten Hälfte des künftigen Jahres damit versehen sei. Es scheint Frankreich in diesem Augenblicke gerade seiner Explosivstoffe wegen allen anderen Nationen voraus zu sein, und es ist dies das Übergewicht, auf das man rechnet, um Vorteile sowohl im Angriff als in der Verteidigung zu erlangen. Die Mittel, mit denen das französische Heer nächstens ausgerüstet sein wird, sind derart, daß die Ausarbeitung einer neuen Taktik unerläßlich sein wird, und aus diesem Grunde ist man schon jetzt dabei, eine solche festzusetzen, die jedoch fürs erste, da man noch ohne praktische Erfahrung ist, immerhin unsicher bleiben wird. Die Überlegenheit, die sich Frankreich in der Herstellung von Explosivstoffen errungen und bis jetzt erhalten hat, dankt es dem Umstande, daß

es dieselbe einem Spezialingenieurkorps anvertraut hat, das von dem der Artillerie gänzlich getrennt ist und dem nur die Studien obliegen, welche diese wichtige Materie betreffen. Die Untersuchungen, die zur Zusammensetzung dieser Explosivstoffe geführt haben, sind in dem Zentral-Pulver-Institut in der Nähe von Paris ausgeführt worden. Sie wurden unterstützt durch die Mitarbeit der eminentesten Gelehrten des Instituts de France, unter anderen Mr. Berthelot, Exminister des öffentlichen Unterrichtswesens und Verfasser einer klassischen Abhandlung über die Explosivstoffe. Die chemische Zusammensetzung dieser neuen Pulverarten ist, da einige Mächte, darunter Deutschland, Autoritäten auf diesem Gebiete besitzen, genügend bekannt. Unbekannt dagegen ist ihre Herstellung. Infofern, als es in anderen Ländern noch nicht gelungen ist, dieselben Resultate wie in Frankreich zu erzielen, wird es ratsam sein, mit der Überlegenheit zu rechnen, die das französische Heer augenblicklich in dieser Beziehung besitzt. Ein Offizier der Spezialwaffen, der den mit dem neuen Pulver ausgeführten Versuchen beigewohnt hatte, erzählte mir, es ist noch nicht lange her, daß er über die Durchschlagskraft desselben erstaunt gewesen sei. Es gibt nahezu keinen Rauch, das Geräusch des Geschosses bei dem Austritt aus dem Gewehre ist ähnlich dem des gewöhnlichen Geschosses, die Wurfbahn ist so gespannt, daß bis auf 500 m kein Visierwechsel nötig ist, und seine Durchschlagskraft im Lebelgewehr ist so stark, daß die Geschosse in dieser Entfernung Papier von gebundenen Büchern von 7 bis 8 cm Dicke durchschlagen. Die Folgen von Geschoßexplosionen sind bekannt; aber bei diesen ist zu bemerken, daß ihre Explosionsgase äußerst giftig sind. Ich beende diese militärische Abschweifung mit den Worten, daß derjenige unter den gegenwärtigen Ministern, der die festeste Stellung hat, wie gesagt, Mr. Freycinet ist; er befindet sich außerhalb jeden politischen Streites und spart sich, ganz seinem jetzigen Amt gewidmet, für die Zukunft auf.

Es bleibt mir noch von den Beziehungen zu sprechen, in denen Frankreich scheinbar mit Rußland steht. Es ist zu bemerken, daß seit einiger Zeit viele Prinzen der kaiserlich russischen Familien längeren Aufenthalt in Frankreich, in Biarritz und besonders in Paris nehmen, wo sie eine festliche Aufnahme sowohl seitens der Bevölkerung als des Staatsoberhauptes selbst, des Präsidenten der Republik, finden. Gegenwärtig wird Rußland als Verbündeter betrachtet; die Anleihe

von 500 Millionen, die kürzlich mit einer der ersten Pariser Banken abgeschlossen wurde, ist das Band, das beide Länder vereint. Alle Anstrengungen der Spekulanten sind darauf gerichtet, die Anleihe erfolgreich zu gestalten, zum Schaden anderer Werte, hauptsächlich der italienischen, die man in jeder Weise zu drücken sucht, indem man unser Land als durch die Kündigung unseres Handelsvertrages mit Frankreich ruiniert darstellt. Es vergeht kein Tag, ohne daß auch in den ernsteren Blättern irgendein Leitartikel über unsere Finanzlage erschiene, um die Besitzer unserer Wertpapiere zu veranlassen, sie loszuschlagen und ihr Geld in neuen russischen Fonds anzulegen. Es scheint, daß sich die Inhaber italienischer Papiere nicht so leicht verlocken lassen, und soviel auch unser Land in den düstersten Farben geschildert wird, so hört man Italien preisen als die Frugum alma parens, saturnia tellus, und daß, wenn auch etwas Geld im Handel fehlt, doch immer noch genug hervorgebracht wird, sei es zum Leben selbst, sei es für die Annehmlichkeiten des Lebens.

Die Gereiztheit gegen Italien, obwohl sie nachläßt, ist noch weit davon entfernt, zu verschwinden. Sie wird genährt durch den Geist des Chauvinismus, der auch in den klareren Köpfen herrscht. Aber trotzdem bei vielen das Verlangen nach einer aufrichtigen und dauernden Verständigung mit Italien groß ist, so kann doch dieses Volk sich noch nicht darüber beruhigen, daß sich Italien, als es seine Einheit errichtete, zum mindesten dem moralischen Protektorat entzogen hat, das Frankreich über unser Land auszuüben beabsichtigte. Bei den heftigeren Chauvins ist die Hoffnung auf eine Auflösung Italiens noch nicht gewichen, und eben darum finden die Klagen des Papstes um den Verlust der weltlichen Macht ihr lautestes Echo nicht nur in den Kreisen des Klerus, sondern auch der französischen Laien, sogar in den der weniger Gläubigen und selbst bei den Freidenkern. Ich glaube daher, daß unsere Regierung, wenn sie jederzeit fest auf den Grundsätzen der Unabhängigkeit und Einheit, die unsere Nation wieder hergestellt haben, stehen bleibt, wenn sie sich auf der anderen Seite aber in weniger wichtigen Angelegenheiten, die jene Grundsätze nicht in Frage stellen, nachgiebig zeigt, — den Erfolg haben wird, die Ausländer zu überzeugen, daß wir jetzt eine achtungswerte Nation sind, und daß sich jene Wolken verziehen werden, die noch immer unsere Beziehungen zu diesem Land schwierig gestalten, die aber als gute zu erhalten, wir ebenfalls ein großes Interesse haben.

Elftes Kapitel.

1889.

Der Selbstmord des Erzherzogs Rudolf von Habsburg. — Das Balkan-Bündnis und eine Initiative Crispi's. — Die Eröffnung der Pariser Weltausstellung. — Die Kriegsgefahr mit Frankreich. Die Sendung des Kardinals Hohenlohe an Leo XIII: Sendung des Abgeordneten Cucchi an den Fürsten Bismarck. — Italien und Paris. — Die Abschaffung der Differentialtarife und die Feindseligkeit Frankreichs. — Urteile Floquet's über die französische Presse.

Das Jahr 1889 war für die internationale Politik ein Jahr schwerer Besorgnisse und schmerzlicher Ereignisse. Die Vorkommnisse in Florenz, Massaua und Tunis hatten die öffentliche Meinung in Frankreich dermaßen erbittert, daß die französische Regierung Lust hatte, zu ihrem Vorteile den Streit um die italienischen Schulen in Tunis durch die Annexion der Regentschaft zu lösen. Das französisch-russische Bündnis war glücklicherweise noch in der Schwebe, und in Rußland war die Erregung wegen des Verlustes seines Einflusses auf Bulgarien und Rumänien eine große. Der Dreibund, von England vorsichtigerweise flankiert, gab damals, indem er allen Schwierigkeiten die Spitze bot und nach und nach zerstreute, durch seine Eintracht und Entschlossenheit einen Beweis seiner Kraft, hielt sich aber stets in der Defensive. Wenn man die Aktenstücke liest, dann hat man die Erklärung für die Unruhe, welche zu jener Zeit in den europäischen Kabinetten herrschte, und man begreift gleichzeitig die

Anklagen, welche damals gegen Frankreich und Rußland als alleinige Veranlassung aller Aufregungen und der ungeheuren Rüstungen gerichtet wurden.

Die Freundschaft und das gegenseitige Vertrauen zwischen dem Fürsten von Bismarck und Crispi war an dem Feuer des täglichen Kampfes zusammengeschweißt. Italien vertraute bedingungslos auf Deutschland, weil es überzeugt war, daß dessen Politik zum Frieden neigte; Deutschland, welches in betreff Italiens sicher war, unterstützte dessen Ansehen und Interessen, wo es auch war, noch über den Wortlaut des Bündnisvertrages hinaus. Aus den Abrissen des vorstehenden Tagebuches geht dies sonnenklar hervor.

Zu Neujahr wurden zwischen diesen beiden Staatsmännern nachstehende Glückwünsche gewechselt:

Friedrichsruh, 31. XII. 1888.

Ew. Exzellenz bitte ich, die Wünsche, welche meine Frau und ich für Ihre Gesundheit und Ihr Wohlergehen hegen, gütigst aufnehmen zu wollen und mir Ihre persönliche Freundschaft und die politischen Sympathien zu bewahren, welche uns für die Zukunft wie bisher verbinden. Bismarck.

Rom, 1. I. 1889.

Ich danke Ew. Durchlaucht, mir so liebenswürdig zuvorgekommen zu sein. Die Wünsche, die Ew. Durchlaucht und die Frau Fürstin von Bismarck mir ausgedrückt haben, sind die gleichen, die ich von ganzem Herzen für Sie hege. Meine persönlichen Gefühle sind Ew. Durchlaucht genugsam bekannt, als daß ich Ihnen wiederholen muß, wie tief und aufrichtig meine Freundschaft und Bewunderung für Sie sind. Ich wünsche, daß unsere politischen Sympathien ebenso unwandelbar sein mögen, denn ebenso wie wir gemeinsame Freunde haben, sind auch unsere Feinde die Ihren. Crispi.

Ende Januar wurde das österreichisch-ungarische Kaiserhaus von einem schweren Schicksalsschlage getroffen, dem Selbstmord des Kronprinzen Rudolf.

Über dieses Ereignis hatte Crispi aus zuverlässiger Quelle folgende Auskünfte; wir veröffentlichen dieselben,

um die verschiedenen Legenden, welche darauf hinzielen, ein sehr schlechtes Licht auf den unglücklichen Erzherzog zu werfen, zu zerstreuen):

Wien, 6. Februar 1889.

Am Mittwoch, den 30. Januar d. J., wurde der Erzherzog in seinem Bette in Mayerling durch einen Schuß in die Schläfe getötet aufgefunden. Neben ihm auf demselben Bette lag der Leichnam des Fräulein Maria Wetchera, Tochter der Witwe Baronin und des verstorbenen Barons Wetchera, eines ehemaligen österreichisch-ungarischen Konsularagenten in Ägypten, ebenfalls mit durchbohrtem Schädel, eine 18jährige, in der Wiener Gesellschaft wegen ihrer Reize sehr bekannte junge Dame. Es handelt sich offenbar um einen Doppel-Selbstmord.

Die Leichenöffnung würde ergeben haben, daß die junge Dame zwar nicht mehr unberührt, aber auch nicht, wie angenommen gewesen, schwanger war.

Es scheint, daß der Erzherzog die junge Wetchera zum ersten Male beim Derbyrennen in Wien im Frühjahre gesehen und von ihrer Schönheit einen tiefen Eindruck empfangen hat. In Wien war es kein Geheimnis, daß der Erzherzog mit seiner Gemahlin, der Erzherzogin Stephany, nicht in Eintracht lebte, und daß die beiden Eheleute tatsächlich seit langer Zeit keinen vertrauten Umgang mehr hatten. Der Erzherzog konnte das Zusammenleben mit seiner Frau nicht mehr ertragen und man behauptet sogar, daß er den Kaiser gebeten habe, sich scheiden lassen zu dürfen, um das Fräulein Wetchera zu heiraten und daß er darauf, wie man sich das wohl vorstellen kann, eine von Vorwürfen begleitete abschlägige Antwort erhielt. Die Baronin Wetchera, die Mutter, der die Aufmerksamkeit des Erzherzogs gegen ihre Tochter nicht unbekannt war, wenn man auch versichert, daß sie nicht gewußt habe, bis zu welchem Grade der Vertrautheit diese Aufmerksamkeiten gediehen waren, hatte mit ihrer Tochter während der Sommersaison im Juni und Juli einige Zeit in London zugebracht und darauf den Rest des Sommers in Reichenau, unweit Wien, verlebt. Man sagt, daß der vertraute Umgang zwischen der jungen Dame und dem Erzherzog durch eine Dame, eine Freundin des Hauses Wetchera, und das erkaufte Stillschweigen der Dienerschaft begünstigt, bereits im vergangenen Oktober begonnen und bis zum Augenblick des tragischen Endes angedauert hat. Die Orte der Zusammenkunft sollen der Prater,

der Garten und der dem Erzherzog Franz von Österreich-Este gehörige Palast von Modena, das Haus der Baronin Wetchera selbst, in deren Abwesenheit, und das Haus des Erzherzogs in Mayerling gewesen sein. Dies Haus oder vielmehr diese Gruppe von Gebäuden von Mayerling, ein altes Kloster, später ländliches Hoflager, war seit einigen Jahren in den Besitz des Erzherzogs übergegangen, welcher daraus ein Jagdschloß gemacht hatte; es liegt in einem von Wäldern flankierten Tale, welches sich vom Helenental, dem Haupttale von Baden bei Wien, abzweigt.

Am vergangenen Sonntag, 27. Januar, war der Erzherzog Rudolf mit dem Kaiser, verschiedenen Erzherzögen und Erzherzoginnen und der Erzherzogin Stephany, seiner Gemahlin, bei einer Soiree beim Fürsten und der Fürstin Reuß zugegen. Auf dieser Soiree, an der das gesamte auswärtige diplomatische Korps und die ganze Aristokratie von Wien teilnahmen, waren auch die Baronin Wetchera mit Tochter. Ich selbst sprach mit der ersteren und stand einige Zeit neben der letzteren, nicht ohne zu bemerken, daß ihre Augen fortwährend auf den kaiserlichen Prinzen gerichtet waren. Man sagte mir, daß dieser zu ihr gesprochen habe. Ich habe es nicht gesehen. Aber es scheint sicher, daß die junge Dame während der Soiree entweder mündlich oder, wie man auch sagt, durch ein tags darauf übersandtes Billett den Prinzen benachrichtigte, daß sie ihn in Mayerling treffen wolle.

Am Montag, den 28. Januar, nachmittags begab sich der Erzherzog nach Mayerling und lud seinen Schwager, den Herzog Philipp von Sachsen-Koburg und den Grafen Hoyos, seinen Vertrauten, zu einer Jagdpartie auf den nächsten Morgen ein.

Fräulein Wetchera, welche am Nachmittage desselben Tages, Montag, den 28. Januar, die Aufmerksamkeit ihrer Gesellschaftsdame, welche auf einige Augenblicke in das Geschäft von Rodek am Kohlmarkt eingetreten war, getäuscht hatte, bestieg einen Fiaker und traf an demselben Abend im Jagdschloß zu Mayerling ein. Die Mutter, durch diese Flucht beunruhigt, soll sich, um Nachricht von ihrer Tochter zu bekommen, an die Polizei gewendet haben, welche nichts wußte oder ihr nichts darüber sagen wollte. Tatsache ist, daß die junge Dame die Nacht vom 28. auf den 29. Januar mit dem Erzherzog in dessen Zimmer verbracht hat. Am Dienstag früh, 29. Januar, nahm der Erzherzog an der Jagd nicht teil und ließ dem Herzog Philipp von Koburg und dem Grafen Hoyos sagen, sie mögen ohne ihn jagen. Nach der Jagd, am Nachmittage, als der Erz-

herzog nach Wien zurückkehren mußte, um an einer Familientafel teilzunehmen, bat er den Herzog Philipp von Koburg, welcher gleichfalls der Familientafel beiwohnte, ihn beim Kaiser und der Kaiserin zu entschuldigen und telegraphierte an die Erzherzogin Stephany, um sich zu entschuldigen, indem er ein leichtes Unwohlsein vorschützte.

Der Graf Hoyos blieb in Mayerling. Die Jagd sollte am folgenden Morgen, Mittwoch, den 30. Januar, frühzeitig wieder aufgenommen werden.

Der Erzherzog verbrachte auch diese Nacht mit Fräulein Wetchera. Der Fiakerführer des Erzherzogs, Bratfisch, wurde, wie man sagt, zu später Stunde zur Gesellschaft des Erzherzogs und der jungen Dame zugezogen und sang, um sie zu unterhalten.

Und hier spielte sich in den ersten Stunden des Morgens des 30. Januars das Trauerspiel des Doppel-Selbstmordes ab.

Die junge Dame scheint von der Hand des Erzherzogs zuerst getötet worden zu sein, zufolge des beiderseitigen Entschlusses, zusammen zu sterben, aber es ist auch möglich, daß sie sich eigenhändig den Tod gegeben hat. Es erscheint jedoch festgestellt, daß sie zuerst gestorben ist, weil sie in geordneter Lage mit gefaltenen Händen aufgefunden wurde. Der Erzherzog dagegen neigte sich mit dem Oberkörper etwas aus dem Bett, mit freihängendem Arm und mit Blutspritzer auf der Brust, welche, wie es scheint, aus der Wunde der jungen Toten gespritzt sind. Das sind die Annahmen, welche sich auf die Untersuchungen der Leichname stützen. Trotzdem haben sie nicht das Gepräge der Zuverlässigkeit. Die unmittelbaren und mitwirkenden Begleitumstände der zweifachen Tötung hatten keine Zeugen. Durch welche außergewöhnliche Seelen- und Sinneserregung, durch welche wechselseitige Überspanntheit des Geistes im Fieberwahn, oder durch welche Tollheit des einen oder andern oder beider jenes tragische Ende herbeigeführt ist, ist ein Geheimnis, welches wahrscheinlich in die beiden Gräber, in die bescheidene Grube von Heiligenkreuz und in die Gruft der Kapuzinerkirche von Wien eingesargt bleiben wird.

Wie die Nachricht durch den Grafen Hoyos nach Wien gebracht worden ist, wie eine kaiserliche Kommission, an welcher Professor Wiederhofer, der Hofarzt und der Hofkaplan teilnahmen, an Ort und Stelle beordert wurde und wie der Leichnam des verstorbenen Erzherzogs in der Nacht vom 30. zum 31. Januar nach Wien überführt worden ist, das wurde seit den ersten Tagen von der amtlichen Presse berichtet.

Der Leichnam der jungen Dame wurde nach stattgehabter Leichenschau mit dem denkbar geringsten Aufsehen im Beisein der Mutter auf dem Friedhofe von Heiligenkreuz, etwa 4 km von Mayerling entfernt, begraben.

Als trauriges Nebenereignis des Dramas hat sich der Jäger des Erzherzogs, der Vertraute oder mindestens Mitwisser dieser Liebesaffäre, auch selbst entleibt. Sein Leichnam ist in Baden begraben worden. Dieser Umstand hatte zu der in den ersten Augenblicken verbreiteten Lesart, daß der Erzherzog durch einen Jagdaufseher oder einen Waldhüter getötet sei, beigetragen.

Der Brief des Erzherzogs an Herrn von Szögyény, in welchem die Absicht des Selbstmordes des Erzherzogs angekündigt war, ist seinem wesentlichen Inhalt nach durch die Zeitungen veröffentlicht worden; er ist am Morgen des 30. Januars geschrieben, also unmittelbar, vielleicht nur einige Minuten vor dem Schuß. Aber es bleibt ungewiß, wenigstens zurzeit, ob er vor beider Ableben oder in der Zwischenzeit zwischen dem Tode des einen und dem des andern geschrieben wurde.

Wien, 14. Februar 1889.

In betreff des Todes des Erzherzogs Rudolf füge ich einige neue, aus bewährter Quelle empfangene Einzelheiten hinzu. Die jugendliche Maria Vetsera (so muß dieser Name geschrieben werden) ging am Montag, den 28. Januar, nachmittags in Gesellschaft der Gräfin Maria Larisch geb. von Wallersee (Tochter Sr. Königlichen Hoheit des Herzogs Ludwig von Bayern) aus dem Hause. In der Kohlmarktstraße betrat die Gräfin Larisch das Geschäft der Gebr. Rodek. Maria Vetsera benutzte diesen Augenblick, um zu entfliehen, und fuhr, wie ich früher berichtete, nach Mayerling, wohin der Erzherzog sich am selben Tage begeben hatte. Die junge Dame trug den Revolver bei sich, mit welchem der doppelte Selbstmord später ausgeführt wurde. Die Mutter, Baronin Vetsera geb. Baltazzi, unterrichtet von dem Verschwinden ihrer Tochter und ahnend, wo dieselbe sich befinden mochte, begab sich an demselben Abend zum Polizeidirektor, Baron Franz von Krauß, und tags darauf zum Minister des Innern, der ihr sagte, daß sich der Erzherzog noch an demselben Tage zum Diner beim Kaiser einfinden müsse und ihr die Versicherung gab, mit ihm über die Angelegenheit sprechen zu wollen, inzwischen sei es nicht angebracht, Aufsehen zu erregen. Am Morgen des 30. Januar begab sich

die immer mehr beunruhigte Mutter in die Burg und fragte nach der Kaiserin. Ihre Majestät, welche bereits die Nachricht von dem doppelten Selbstmorde empfangen hatte, wollte der Baronin Vetsera die traurige Mitteilung selbst machen, sie sagte ihr weinend, als diese eben bei ihr eingeführt worden war: „Unsere armen Kinder sind tot.“

Niemand weiß, wie gesagt, auf welche Weise sich die Katastrophe abgespielt hat. Aber es ist gewiß, daß der Revolver von der jungen Dame mitgebracht wurde, und daß diese zuerst starb. Man muß annehmen, daß sie, sei es infolge der Weigerung des Erzherzogs auf ihren Vorschlag einer Flucht und Vereinigung einzugehen, sei es auch Verzweiflung über eine mehr oder weniger bald in Aussicht stehende Vernachlässigung, oder sei es auch durch Überreizung eines von mächtiger Leidenschaft erfüllten Herzens, den ihr den Tod bringenden Revolverschuß gegen die eigene Schläfe richtete. Wenn diese Voraussetzung, die viel für sich hat, zutrifft, so erklärt sich unschwer, wie der Erzherzog, der übrigens keinen Revolver bei sich hatte, der an jenem Abend fröhlich und ausgelassen erschien, der Jagdeinladungen für diesen und den folgenden Tag hatte ergehen lassen, der sich während des ersten Abschnittes der denkwürdigen Nacht von seinem Fiakerführer Bratfisch Kuplets vortragen ließ, der sich dann plötzlich gegenüber der Leiche einer aus guter Familie stammenden jungen Dame befand, die sich aus Liebe zu ihm in seinem Bette getötet hatte, und der nun die Folgen eines solchen tragischen Endes für seinen Ruf, für seine Zukunft und für die Ehre seines Hauses vorher sah, zu dem Entschlusse gelangte, auch sich zu töten. Es scheint, daß zwischen dem Tode der jungen Dame und dem des Erzherzogs tatsächlich einige Zeit verstrichen ist. In dieser Zwischenzeit mag er die von ihm zurückgelassenen Briefe und besonders denjenigen an Herrn v. Szögyény geschrieben haben.

Die Annahme, daß sich der Erzherzog und die junge Dame nach vorherigem Einverständnis getötet haben, scheint nicht zulässig.

Der Erzherzog hatte gleichzeitig offenkundig andere Beziehungen, die das Vorhandensein einer mächtigen und stürmischen Leidenschaft in ihm ausschloß. Es ist wahrscheinlicher, daß der Erzherzog seine Beziehungen zu der jugendlichen Vetsera unter demselben Gesichtspunkt betrachtet hat wie diejenigen, die er mit anderen Damen unterhielt, und daß er die Liebe, welche diese junge Dame für ihn gefaßt hatte, mit der gleichen

Flüchtigkeit und Leichtfertigkeit aufgefaßt hatte. Statt dessen befand er sich mit einem Male einer heftigen Leidenschaft gegenüber, welche ihn erschreckt oder auch gelangweilt haben mag, und der er sich hatte entziehen wollen. Die Zusammenkunft wird wohl vom Erzherzog, wenn sie eine Verabredung und keine Überlistung war, nicht erbeten, sondern geduldet gewesen sein, und die junge Dame wird sich mit dem Revolver, den sie sich, wie versichert wird, in Wien verschafft hatte, bewaffnet nach Mayerling begeben haben, mit dem Vorsatze, sich zu töten, sobald sie sich bewußt werden würde, daß er sie demnächst verlassen könnte. Dies, ich wiederhole es, ist lediglich eine Annahme, aber von allen ersonnenen die begründetste. Die Mutter, Baronin Vetsera, ließ man, was man auch anfangs erzählt haben mag, nicht nach Mayerling reisen. Statt ihrer reisten ein Bruder von ihr, Herr Baltazzi, und sein Schwager, Baron von Stockau, die beide von der Polizei besonders benachrichtigt worden waren, dorthin und zwar am Abend des 30. Januar. Am Nachmittage dieses Tages hatte die Kaiserliche Kommission, die sich nach Mayerling begeben hatte, den in ein Leintuch gewickelten Leichnam der jungen Dame in ein Nachbarzimmer, welches verschlossen und versiegelt wurde, schaffen lassen. Alsdann wurde die Leiche des Erzherzogs einer Rekognoszierung unterzogen und in der Nacht nach Wien überführt. In derselben Nacht wurden die Herren Baltazzi und Baron von Stockau ermächtigt, die Leiche ihrer Nichte, aber heimlich, im eigenen Wagen mit sich nehmen zu dürfen. Sie schafften auch tatsächlich die Leiche bis zum Kloster von Heiligenkreuz, wo dieselbe, in einem Sarg eingeschlossen, vorläufig auf dem Friedhofe begraben wurde. Die Mutter erhielt die Erlaubnis, den Sarg, welcher inzwischen auf dem Friedhofe von Heiligenkreuz verblieb, sobald sie es wünschen würde, nach einem andern Orte überzuführen.

Die Ansicht, die Lösung der orientalischen Frage durch ein Bündnis der verschiedenen auf der Balkanhalbinsel lebenden Völker zu versuchen, ist alt.

Crispi, der seit langer Zeit hierfür eingenommen war, ergriff, auch dem Nationalitätsprinzip gehorchend, das ja in der Wiedergeburt Italiens Triumphe gefeiert hatte, die Initiative, um sie in die Tat umzusetzen. Zuvor sprach er mit Bismarck und Kalnoky darüber. Die Absicht, sowohl

dem Vordringen Rußlands einen Damm entgegenzusetzen, als auch das Ansehen des Dreibundes im Orient zu befestigen, fand die Zustimmung beider Staatsmänner.

Im April 1889 schlug Crispi zum Zwecke der Förderung dieses Gedankens eine Militärkonvention zwischen Rumänien, Bulgarien und Serbien vor, und zwar unter folgenden Umständen:

Beleidigt durch die Undankbarkeit, mit welcher Rußland die wertvolle Beihilfe des rumänischen Heeres im Kriege von 1877 bei der Einverleibung Bessarabiens belohnt hatte, traten König Karl und die rumänischen Liberalen dem russischen Einfluß in ihrem Lande entgegen und errichteten dem Seret entlang Befestigungen, um den Russen den besten Weg für einen Einfall in die Balkanländer zu versperren.

Als der rumänische Gesandte in den ersten Tagen des Aprils jenes Jahres dem Zar in Petersburg sein Beglaubigungsschreiben vorlegte, sagte ihm dieser, „Rumänien verstehe seine eigenen Interessen nicht", und wandte sich in lebhaften Ausdrücken „gegen die dort bestehende Dynastie fremder Fürsten". Auch der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, von Giers, welcher in jenen Tagen mit dem Botschafter Italiens, Marocchetti, sprach, beklagte die fortwährenden Irrtümer der rumänischen Politik und bemerkte, daß die gegenwärtige, nicht orthodoxe Dynastie den wahren Interessen des Landes widerspräche.

Als die russenfreundliche konservative Partei, den Erfordernissen der rumänischen parlamentarischen Lage entsprechend, ans Ruder kam, gab deren Vorsitzender, Lascar Catargi, folgende Erklärungen ab: „die auswärtige Politik, welche Herr Carp befolgen will, ist dermaßen antinational, daß, wenn er es wagte, offen einzugestehen, in welchem Sinne er sie führt, er wahrscheinlich im Lande nicht länger leben könnte.

„Das Ministerium Rosetti-Carp ist gleich der Regierung Bratianos eine persönliche Regierung des Königs gewesen. Es ist die Pflicht des Parlaments, jedwede persönliche Regierung anzuklagen, und wenn das Land will, daß der König nicht mehr eine persönliche Politik mache, so muß es alle solche Regierungsformen niederwerfen. Der Griff paßt nicht zur Sichel."

Die Unehrerbietigkeit dieser Sprache sowie der ausdrückliche Tadel, den man über die durch Bratiano begonnene und von Carp fortgesetzte auswärtige Politik verhängte, verstimmte die ganze liberale Presse. Auch England befaßte sich damit, und Lord Salisbury beeilte sich, wirksame Schritte zu tun, um den König Karl anzufeuern, sich nicht von Rußland vergewaltigen zu lassen.

Crispi telegraphierte am 15. April an die italienischen Botschafter in Wien und Berlin:

Nach den uns gewordenen Mitteilungen hat sich ergeben, daß die von Herrn Catargi im Parlamente gehaltene Rede recht wenig Zuversicht einflößt, zumal sie sich als eine heftige Anklage gegen die auswärtige Politik des gestürzten Kabinetts darstellt und für den König, welchen sie anschuldigt, ein persönliches Regiment gewollt zu haben, beleidigend erscheint. Dies Benehmen des ersten Ministers offenbart eine schwierige Lage, auf welche die Aufmerksamkeit der dortigen Regierung hinzulenken ich für überflüssig halte, wenn es mir nicht passend und dringend erschiene, eine gemeinsame Richtschnur unserer Haltung angesichts der möglichen Umwälzungen in Rumänien festzusetzen.

Belieben Sie, meine Besorgnis zum Ausdruck zu bringen und zu berichten.

Am 18. April telegraphierte Crispi an den Botschafter in Berlin:

Ich erfahre aus Petersburg, daß die russische Regierung, die Ausweisung einiger russischer Untertanen aus Rumänien vorschützend, ihren Gesandten in Bukarest angewiesen hat, zu verlangen:

1. strenge Untersuchung;
2. Bestrafung der Beamten, welche die Ausweisung veranlaßt haben;
3. Geldentschädigung.

Es ist klar, daß dies Verlangen zu einem der beiden folgenden Ergebnisse führen muß: entweder zu einem Nachgeben der rumänischen Regierung in einer inneren polizeilichen Frage, in welcher sie allein befugter Richter ist, oder — wenn die Regierung nicht nachgibt — zu Maßnahmen, welche die rumänische Selbständigkeit aufs Spiel setzt.

Ich habe die Kabinette von Wien und London aufmerksam gemacht. Ich halte es für zweckmäßig, auch in Berlin darauf hinzuweisen, daß dies Kabinett sich für das, was in Rumänien vorgeht, tätig interessieren muß, weil ein Krieg im Orient bis an den Rhein nachklingen kann.

Von Berlin wurde geantwortet, daß die deutsche Regierung Crispis Ansichten teile, aber, da Deutschland in Rumänien keine vitalen Interessen habe, so sei es in erster Linie Österreichs Sache, die Donauländer zu überwachen. Graf Herbert Bismarck war der Meinung, daß zur Festsetzung einer gemeinschaftlichen Richtschnur für die angesichts der möglichen Umwälzungen in Rumänien zu ergreifenden Maßnahmen Crispi sich an Österreich und an England wenden möge, und „die Beweggründe seiner vorsorglichen Initiative auseinandersetzen müsse".

Graf Kalnoky hingegen antwortete, er sei zwar wegen der Lage besorgt, aber er halte das rumänische Ministerium für wenig lebensfähig und Rußland dem Kriege abgeneigt; eine Verabredung erscheine zurzeit verfrüht.

Am 20. April sandte Crispi folgende Telegramme ab:

Italienische Botschaft,

Wien.

(Streng vertraulich.) Ich werde mich enthalten, über die in Ihrem gestrigen Telegramm wiedergegebene Meinung des Grafen Kalnoky ein Urteil auszusprechen. Uns scheint die Lage ernster als der österreichischen Regierung, und obwohl jene an der Frage viel mehr interessiert ist als wir, empfinde

ich die Pflicht, gewisse, vielleicht wahrscheinliche Möglichkeiten zu erwägen. Ich will jedoch, wenn Graf Kalnoky auch den Zeitpunkt für eine durchgreifende Verständigung noch nicht für gekommen erachtet, auf den Vorteil hinweisen, zwischen Serbien, Rumänien und Bulgarien in der Voraussetzung eines Krieges ein militärisches Bündnis anzubahnen, damit beim Ausbruch der Feindseligkeiten ihre Streitkräfte einem einzigen Heerführer unterstellt werden und nach einem einheitlichen Plane vorgehen können. Ich habe Grund zu der Annahme, daß dieser Plan Christic gefallen wird und daß König Karl, der vor kurzem die Absicht kundgab, mit Bulgarien Zollverträge zu schließen, der Vereinigung mit den andern Balkanstaaten nicht entgegen sein würde. Sollte Graf Kalnoky mit diesem Plan übereinstimmen, so würde man auch die Art und Weise des gemeinsamen Vorgehens bei den betreffenden Regierungen besprechen müssen.

Italienische Gesandtschaft, Belgrad. — Italienische Agentur, Sophia.

(Streng vertraulich.) Ich wünsche zu wissen, ob der Plan einer Militärkonvention, wonach im Kriegsfalle auf der Balkanhalbinsel Serbien, Bulgarien und Rumänien unter einen einzigen Heerführer gestellt und dessen Bewegungen nach einem einheitlichen Plan sich vollziehen würden, bei der dortigen Regierung günstig beurteilt werden würde. Tragen Sie die Idee mit großer Vorsicht vor, setzen Sie deren Vorteile, ohne Vorschläge zu machen, auseinander. Wenn Sie das Terrain sondiert haben, berichten Sie.

Aber der Vorschlag fand nicht die Genehmigung Kalnokys.

Ich erstattete, so telegraphierte der Botschafter Nigra am 23. April, über Ew. Exzellenz Ansicht wegen einer Militärkonvention zwischen den Balkanstaaten Kalnoky Bericht. Kalnoky hat mir geantwortet, daß er nichts besseres als die Bildung einer solchen wünschen würde, daß er aber 1. sie nicht für wahrscheinlich halte, 2. nicht für wahrscheinlich, ausgenommen in dem Falle zwingender Notwendigkeit, oder der Drohung unmittelbar bevorstehender Ereignisse und das ist selbstverständlich —; 3. daß der Zar keinerlei Kriegsabsichten hege, und daß die verbündeten Mächte ihm keinen

Vorwand liefern dürften, sein Verhalten zu ändern, indem sie eine Militärkonvention auf dem Balkan hervorrufen.

Auf diese Ausführungen antwortete Crispi:

Was ein Bündnis der Balkanstaaten anbetrifft, so bin ich der Ansicht, daß ein solches in ruhiger Zeit vorbereitet werden muß und nicht, wenn sich die Ereignisse überstürzen. Ich habe Grund zur Annahme, daß ein derartiges Bündnis in Berlin nicht ungern gesehen werden würde, und bin sicher, daß man in Belgrad sehr geneigt sein wird, es zu verwirklichen. Indem ich in dieser Beziehung eine Verständigung unter den verbündeten Mächten vorschlug, meinte ich keineswegs, daß diese überstürzt werden müsse, sondern riet vielmehr zu der erforderlichen Vorsicht, damit kein Verdacht, der eine entgegengesetzte Wirkung als die, welche die Verständigung hervorbringen soll, wachgerufen würde. Wie dem auch sei, ich werde die Ruhe des Grafen Kalnoky nicht stören in der Hoffnung, daß die Mächte die Verzögerung nicht zu bereuen haben werden.

Am 25. April fügte er infolge neuer beunruhigender Nachrichten, die er über die Absichten der russischen Regierung gegen Rumänien erhalten hatte, hinzu:

Der Plan eines militärischen Bundes der Balkanvölker kann und darf natürlich nur im Wege der Beratung verwirklicht werden, damit er von den drei Regierungen, als aus eigenem Antrieb gewollt, nicht von andern eingegeben, viel weniger als aufgezwungen erscheine. Auch glaube ich nicht, daß man den letzten Augenblick abwarten soll, um diese Übereinstimmung herbeizuführen. Sobald ein Krieg ausgebrochen ist, kann man keinen Bund mehr bilden, höchstens noch Bündnisse abschließen, die dann aber von dem Interesse des Augenblicks bestimmt werden. Ich teile nicht die optimistischen Anschauungen des Grafen Kalnoky, dem ich, wie auch uns, wünsche, daß Rußland an die Auseinandersetzung, welche mit Rumänien bevorzustehen scheint, mit Ruhe herangehe.

In der Sitzung der Deputiertenkammer vom 3. Mai antwortete Crispi auf eine Anfrage und einen ihm seitens einiger Deputierter der äußersten Linken erteilten Tadel wegen des dem Botschafter Italiens bei der französi-

schen Regierung am Vorabende der Eröffnung der Pariser Ausstellung bewilligten Urlaubs folgendes:

Die Regierung der französischen Republik hat das diplomatische Korps nicht zur hundertjährigen Feier des 5. Mai und zur Eröffnung der Weltausstellung eingeladen, daher sind wir auch gar nicht in der Lage gewesen, eine Einladung abzulehnen. (Lachen auf der Rechten — Unruhe auf der äußersten Linken.)

Der Urlaub des Generals Menabrea ist ihm von mir weder aufgenötigt, noch angeraten worden. Seit dem 3. April erbat unser Botschafter vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Erlaubnis, nach Italien kommen zu dürfen und diese wurde ihm sofort bewilligt. (Unterbrechung auf der äußersten Linken.)

Präsident: Ich bitte Sie, verehrte Kollegen, nicht zu unterbrechen!

Crispi, Ministerpräsident: Indem ich dies feststelle, fallen alle politischen Schlußfolgerungen, alle Behauptungen der verehrten Kollegen von der äußersten Linken in sich zusammen, und wir dürften hiermit schließen. Ich habe an dem, was ich am 25. Juni 1887, als ich dem Abgeordneten Cavallotti antwortete, nichts abzuändern.

Auch habe ich mich nicht gegen die Anschuldigung der Schwäche oder des Versäumnisses internationaler Pflichten zu verteidigen, weil solche gar nicht in Frage stehen; auch habe ich nicht das Bedürfnis, der Kammer mitzuteilen, wie ich das Land zu regieren gedenke, weil sie nach zwei Jahren, seitdem ich im Amte bin, hat erkennen können und weiß, wie ich die innere Politik führe und wie ich die äußeren Angelegenheiten geleitet habe und leite.

Es schmerzt mich nur, daß der Abgeordnete Ferrari, nachdem er die Lebenden bekämpft hat, das Grab eines Prinzen erwähnt hat, welches von den teilnehmenden Sympathien der ganzen Welt umgeben ist. (Sehr gut. Bravo!) Lassen wir, meine Herren, alle zu geräuschvollen und volltönenden Phrasen beiseite. Beurteilen wir die Welt, wie sie ist. Wir brauchen kein Glaubensbekenntnis abzulegen: wir alle sind Kinder der Revolution; und gibt es eine mächtigere Revolution, meine Herren, als diejenige, durch die wir hier sind? (Sehr gut.) Jedes Land hat seine berühmten Jahrestage, aber ich glaube, daß unsere Kollegen, die sie sich des 5. Mai 1789 erinnert haben, nicht

des besten Tages der französischen Revolution gedacht haben.

Ich würde es verstehen, wenn Sie an die Nacht vom 4. zum 5. August 1789 erinnert hätten, in der alle Vorrechte abgeschafft und die berühmte Erklärung bezüglich der menschlichen und bürgerlichen Rechte erlassen wurde. Übrigens haben wir einige noch bessere Jahrestage, z. B. den 20. September 1870 (gut! auf der Rechten und im Zentrum), durch den die letzten Reste der politischen Feudalherrschaft abgeschafft und dem Volke die Gewissensfreiheit voll und ganz gegeben wurde. (Beifallsausbruch von allen Seiten der Kammer.)

Wir haben niemals andere darum ersucht, daß sie dieses Fest feiern möchten, weil jedes Land die seinen feiert, und ich verstehe die Hast, die Eile, das Verlangen, nicht die berühmten Jahrestage anderer Nationen zu feiern, während wir die unseren haben, die so ruhmvoll sind. (Bravo — andauernder Beifall.)

Tatsächlich hatte der Botschafter Menabrea den Urlaub mittelst Schreibens vom 3. April erbeten, welches folgendermaßen begann: „Beim Herannahen der österlichen Feste wende ich mich an Ew. Exzellenz Liebenswürdigkeit mit der Bitte, mir erlauben zu wollen, mich für diese Zeit, wie ich jährlich zu tun gewohnt bin, nach Rom zu begeben, um mit Ew. Exzellenz über Angelegenheiten, welche die Beziehungen Italiens zu Frankreich berühren, Rücksprache zu nehmen."

Crispi hatte keine Veranlassung, den Urlaub abzuschlagen, weil ihm bekannt war, daß sämtliche bei der französischen Regierung beglaubigten Botschafter von ihren Regierungen die Weisung erhalten hatten, der Eröffnung der Ausstellung nicht beizuwohnen, und sich anschickten, Paris zu verlassen. Das, was in Italien als eine Feindseligkeit Crispis gegen Frankreich erschien, war ein Entschluß des gesamten monarchischen Europas, Rußland mit einbegriffen.

Am 20. April fand eine Zusammenkunft der in Paris anwesenden Botschafter statt. Der Geschäftsträger Ress-

man, welcher den abwesenden Menabrea vertrat, berichtete an Crispi, daß einige der Anwesenden auch den Geschäftsträgern gern ihr Erscheinen bei der Feierlichkeit untersagt hätten; aber man entschied sich für die, wenn auch nur offiziöse Teilnahme, so daß die Geschäftsträger weder Uniform anlegen noch dem Präsidenten der Republik bei dem Eröffnungsrundgang folgen sollten. „Den Widerstand eines Teiles des diplomatischen Korps voraussehend" — schreibt Ressman —, „hat die französische Regierung schon seit langer Zeit erklärt, daß sie, um jede politische Gedenkfeier scharf von einem rein industriellen Feste zu trennen, am 5. Mai in Versailles die Hundertjahrfeier des Zusammentritts der Generalstaaten begehen würde, zu der sie die Beteiligung der ausländischen Vertreter nicht fordern, daß sie aber das diplomatische Korps zur nichtpolitischen Feierlichkeit am 6. Mai in Paris einladen würde. Die Botschafter lassen weder eine solche Unterscheidung zu, noch glaubten sie, daß die Feier am 6. Mai als eine geringere Verherrlichung der Revolution aufzufassen sei, als die in Versailles am 5. Von dieser Auffassung geleitet stimmten sie darin überein, daß es gleichfalls unmöglich sei, an dem Bankett teilzunehmen, das der Pariser Gemeinderat am 11. Mai geben will — hinsichtlich dessen er schon die Absicht, das ganze diplomatische Korps einzuladen, angekündigt hat —, sowie der Revue und den Festen des 14. Juli nächsten Jahres, dem hundertsten Jahrestage der Einnahme der Bastille beizuwohnen."

Crispi gab, indem er vor der Kammer bestätigte, daß das diplomatische Korps nicht eingeladen worden sei, in seiner Zurückhaltung keinen diesbezüglichen Grund an, auch nahm er in der ganzen Angelegenheit keine Stellung und blieb in seiner Haltung nicht hinter der des Leiters der russischen Politik, des Freundes Frankreichs, zurück.

Der politische Horizont war nicht klar; die inneren Zustände Frankreichs und die aggressive Sprache seiner Presse erweckten schwere Befürchtungen. Seit langer Zeit hatte sich Crispi der Aufgabe gewidmet, die nationale Verteidigung zu verstärken. Die folgenden, an den Kriegsminister General Bertolè gerichteten Briefe bringen seine Befürchtungen zum Ausdruck:

Rom, d. 19. April 1889.

Lieber Bertolè!

Das Jahr 1889 ist ein Jahr der Vorbereitungen. Darum haben wir der Kammer das Gesetz vom 30. Dezember 1888 vorgeschlagen und es nach langer und lebhafter Diskussion durchgebracht.

Wir sind jetzt im vierten Monat des Jahres, und ich fürchte, wenigstens habe ich Grund, es zu glauben, daß man sowohl in der Herstellung der Waffen als in der Verteidigung der Küsten, in den Sperrforts und der Verteidigung Spezias die Arbeit kaum oder überhaupt noch nicht begonnen hat.

Sie werden begreifen, liebster Freund, daß Ihre und meine Verantwortung schwer ist, und wenn der Krieg ausbräche und wir wären nicht bereit, könnten Sie und ich die Folgen eines Unglücks spüren, für das mir auch nur einen kleinen Teil der Schuld zuzuschieben, wahrhaftig nicht gerecht sein würde.

Ich halte es daher für notwendig, Sie zu bitten, mit dem größten Eifer dafür zu sorgen, daß das Gesetz vom 30. Dezember 1888 angewandt wird. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich dieselbe Bitte an unsere Kollegen von der Marine und den öffentlichen Arbeiten gerichtet habe, dem ersteren wegen der Befestigung der Maddalena und der Arbeiten, die zum Schutze der Küsten nötig sind, dem zweiten der Erbauung von Eisenbahnen und der Vermehrung der Stationen wegen, da das eine wie das andere im Falle von Truppenbewegungen gleich nötig ist.

Da ich grade von Truppen spreche, erlauben Sie mir, daß ich Ihre Aufmerksamkeit auf das Mobilisierungssystem lenke, das einzig Italien unter allen Großmächten beibehält, das sehr viel kostet, langsam arbeitet und im Kriegsfalle geradezu gefährlich werden kann.

Ich sprach mit General Cialdini darüber, der sich sehr günstig über das preußische äußerte und zum wenigsten zur Annahme des französischen Systems raten würde, das ein Mittelding zwischen dem preußischen und unserem System darstellt.

General Cialdini hatte nur ein Bedenken und zwar das der politischen Zweckmäßigkeit, aber darüber überließ er mir das Urteil.

Nachdem nunmehr das Königreich Italien 29 Jahre besteht, scheint es mir merkwürdig, sehr merkwürdig, daß man an unserem Lande zweifeln kann. Das nationale Gefühl ist in allen Klassen der Bevölkerung ein tiefes, und mit den 29 Aushebungen hat die Bevölkerung sich so vermischt, daß die Verschmelzung vollkommen ist.

Fügen Sie hinzu, daß die Bildung lokaler Korps den Vorteil hat, den der Sporn zur Nacheiferung erzeugt. Der Bourbone hatte durch die Einreihung von Freiwilligen sizilianische Regimenter gebildet, und keiner hat je an ihrer Tapferkeit und Tatkraft gezweifelt. Eins dieser Regimenter stand bei Curtatone in der Feuertaufe und hinterließ auf dem Schlachtfelde ein ruhmreiches Andenken.

Das österreichische Kaiserreich ist von den verschiedensten Völkerschaften zusammengesetzt, weshalb die Regierenden, angesichts der Teilung der Rassen und der Verschiedenart der Nationalitäten, die nicht immer Freunde, aber oft Gegner sind, mißtrauisch sein und deshalb das Territorialsystem in Anwendung bringen müssen. Italien dagegen besteht, Gott sei Dank, aus einem Stück, und alle Bewohner auf der Halbinsel sind Italiener.

Das Territorialsystem im Heere würde eine große Dezentralisation und damit große Ersparnisse in der Militärverwaltung mit sich bringen.

Übrigens besteht das Territorialsystem ja schon bei der Artillerie und bei den Alpenjägern, und keinem würde es je in den Sinn kommen, anzunehmen, daß diese Korps weniger von nationalem Geist erfüllt seien als die anderen, und daß sie bei der ersten Gelegenheit ihrer Pflicht nicht genügen würden.

Also Mut! Der Ruhm dieser Reorganisation, die so viele Anhänger in unserem Heere hat, gebühre Ihnen!

Ich schließe, indem ich die in diesem Brief zum Ausdruck gebrachten Gedanken zusammenfasse: Beschleunigen

Sie das Werk der nationalen Verteidigung, und reorganisieren Sie das Mobilisierungssystem unserer Truppen, indem Sie es verbessern.

Es ist keine Zeit zu verlieren.

Ihr sehr affektionierter

Crispi.

Rom, den 10. Juli 1889.

Mein lieber Bertolè!

(Vertraulich.) Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf die fortgesetzten Desertionen im Korps der Alpenjägèr; sie zeigen ein chronisches Leiden an, das mit Energie und bald geheilt werden muß . . . .

Ich nehme diese Gelegenheit wahr, um Sie darauf hinzuweisen, daß die hohen Kommandostellen in unserem Heere nicht alle guten Händen anvertraut sind. Man muß unsere Generalität verjüngen und das so schnell wie möglich.

Deutschland hat dieses für die Verteidigung des Staates ebenso wichtige wie nötige Werk bereits durchgeführt. Und in Deutschland genießen die Offiziere den Glorienschein großer Siege, der den unseren vollständig mangelt.

Ich verfehle nicht, Ihnen mit diesem Schreiben den größten Eifer und die größte Sorgfalt in der Herstellung der Waffen anzuempfehlen, die, soviel ich weiß, sehr langsam vor sich geht.

Europa ist gegenwärtig ein Vulkan, der jeden Augenblick zum Ausbruch kommen kann, man muß sich daher bereit halten. Wir wachen jeden Tag auf in der Gefahr, daß der Krieg ausbricht.

Die großen Staaten beschleunigen ihre Rüstungen mit fieberhaftem Eifer. Wir sind unglücklicherweise hinter allen zurück und sind doch dem feindlichen Angriffe zuerst ausgesetzt.

Die benachbarte Republik hat, auf dem Meere und zu Lande, alles vorbereitet, was nötig ist, um uns anzugreifen. Groß ist die Verantwortung, die auf dem Ministerium lastet, und Sie, dem die nationale Verteidigung anvertraut ist, sollten das besser begreifen als alle.

Ich habe darüber mit dem König gesprochen und habe S. M. darauf hingewiesen, daß es sein Recht und seine Pflicht sei, sich um die nationale Verteidigung zu bekümmern.

Der nächste Krieg kann sich nicht in den engen Grenzen jener von 1859 und 1866 bewegen, denn der Haß und der Groll sind so groß, die Kriegswerkzeuge so gewaltig, daß er, wie er

auch ausfallen mag, eine Katastrophe sein wird. Machen Sie sich klar, daß uns dieses Mal nicht die Ehre genügen kann, zu beweisen, daß wir uns zu schlagen wissen, sondern daß wir siegen müssen, siegen um jeden Preis.

Die Franzosen haben, um sich eine Rechtfertigung zu verschaffen, versucht, sowohl in ihrem Lande wie bei uns, die Überzeugung zu verbreiten, daß ich den Krieg wolle. Meine Widersacher in Italien geben sich zur Unterstützung dieser unwürdigen und unpatriotischen Mache her.

Kein Staatsmann kann den Krieg wollen. Auch ich kann ihn nicht wollen, einmal weil wir nicht stark genug sind, ein andermal, weil ich es, wären wir stark genug, nicht wagen würde, einen Konflikt heraufzubeschwören, dessen Ausgang niemals sicher ist.

Überlegen Sie sich das alles, lieber Bertolè, und handeln Sie Ihrerseits so, daß sich der König und unser Vaterland nicht über uns zu beklagen haben.

Ihr sehr affektionierter

Crispi.

Im Juli erweckte die bis zum Paroxismus gestiegene Unruhe Frankreichs große Aufregung. Von verschiedenen Seiten wurde Crispi benachrichtigt, daß die französische Regierung einen Vorwand suchte, um mit Italien zu brechen, und er erhielt sichere Mitteilung von einem französischen Druck auf den Vatikan, der beabsichtigte, Leo XIII. zu einer Entfernung aus Rom zu veranlassen. Der Botschafter Frankreichs beim Papst, Lefèvre de Behaine, hatte sich Ende Juni nach Paris begeben und war mit der Ermächtigung auf seinen Posten zurückgekehrt, dem alten Papst — der durch die kürzliche Einweihung eines Denkmals für Giordano Bruno auf dem Campo di Fiori in Erregung versetzt war — formell zu versprechen, daß Frankreich die Lösung der „römischen Frage“ auf sich nehmen würde, sobald es durch die Entfernung des Papstes aus dem Vatikan Gelegenheit zum Einschreiten fände.

Am 12. Juli wurden die Befürchtungen Crispis durch

die Informationen einer angesehenen Persönlichkeit, die enge Beziehungen zu Frankreich unterhielt, bestärkt. Es war ihm, der sich eine Verantwortung vor dem Lande bewußt war, unmöglich sie unbeachtet zu lassen.

Das Tagebuch besagt:

12. Juli. — . . . . kommt und gibt mir Nachrichten, die er von S. erhalten hat. Abends rufe ich Ratazzi (Minister des königlichen Hauses), der gegen 11 Uhr anlangt. Ich erbitte eine Audienz beim König. Um 11½ Uhr schreibt er, daß der König mich morgen um 10 Uhr vormittags empfangen würde.

13. Juli. — Um 10 Uhr beim König. Ich unterrichte ihn über einen möglichen Angriff. Notwendigkeit der Verteidigung. Den Kriegsminister Bertolè besuchen und einen Spezialrat vereinigen, und zwar: Bertolè, Brin (Marineminister), Cosenz (Chef des Generalstabes), ich und der König.

Um 11 Uhr kommt Pelloux (Unterstaatssekretär im Kriegsministerium) und berichtet über die Desertionen im Korps der Alpenjäger in Dalmazzo.

Ich schreibe an Brin. Er kommt um 3½ Uhr. Ich informiere ihn. Wir besprechen die zu ergreifenden Vorsichtsmaßregeln.

Um 11 Uhr kommt Ratazzi zurück. Der König hat Bertolè zu sich berufen. Er hat eine lange Unterredung mit ihm gehabt. Bertolè ist bereit, zu tun, was ich verlange. Er wünscht, keinen Lärm zu schlagen, sondern alles im stillen anzuordnen.

14. Juli. — Um 9½ Uhr vormittags beim König. Um 2½ Uhr kommt Bertolè zur Beratung. Überein-

stimmung in allem. Mobilisierung: Waffen — Generalstab — Oberkommando — Korpskommandeure. — Er wird sich mit Cosenz und Brin verständigen, um gemeinsam mit ihnen diejenigen Verfügungen zu treffen, die geeignet sind, jede Überraschung, sei es zu Land oder auf dem Meere, zu verhindern.

14. Juli.

Ich sende den Deputierten Francesco Cucchi[1]) nach Deutschland, um mit dem Fürsten Bismarck zu verhandeln, und gebe ihm das folgende Einführungsschreiben mit:

„Durchlaucht!

Diesen Brief überreicht Ihnen der Abgeordnete Cucchi, der Ihnen seit 1870 bekannt ist. Er wird Ihnen Mitteilungen ernstester Art überbringen, die ich der Feder nicht anvertrauen kann.

Herr Cucchi genießt mein volles Vertrauen!“

15. Juli.

Minister Brin erscheint um 11½ Uhr mit Admiral Racchia im Palazzo Braschi. Wir sprechen von der Flotte, den Vorbereitungen. Brin beklagt sich, daß uns Informationen über die französischen Häfen fehlen, während Frankreich über alles, was bei uns geschieht, auf dem laufenden ist. Racchia (Unterstaatssekretär des Marineministeriums) gibt mir beruhigende Auskunft.

16. Juli.

Um 12½ Uhr kommt Catalani, aus London herbeigerufen, zu mir. Nach der Mahlzeit führe ich ihn in mein Kabinett. Ich erzählte ihm, daß Frankreich kriegsbereit sei, und daß es uns anscheinend zur See angreifen will.

[1]) Francesco Cucchi war dem Fürsten Bismarck seit dem August 1870 bekannt. Er war damals vom Ausschuß der parlamentarischen Linken, deren Seele Crispi war, zum deutschen Hauptquartier gesandt worden, um sich der Zustimmung Bismarck's für die Besetzung Rom's zu versichern.

Es wäre ein gewagter Plan und allem Anschein nach eine Torheit, aber da ich von glaubwürdiger Seite unterrichtet bin und außerdem die Franzosen auch einer Torheit fähig halte, so ist es notwendig, die Sache ernst zu nehmen und zur Verteidigung zu rüsten. Ich muß in Erfahrung bringen, welche Absichten Lord Salisbury für einen solchen Fall hegen würde, und ob er beabsichtigt, einem Überfall zuvorzukommen oder, im Gegenteil, abwarten würde, daß man uns angreift. Würden wir geschlagen, so verlöre England einen sicheren Verbündeten zur See.

Catalani glaubt, Lord Salisbury werde nicht warten, bis wir angegriffen würden, sondern werde, um einen Krieg zu vermeiden, eine starke Flotte in das Mittelmeer senden. Er will noch heute abend abreisen und mir Freitag von London aus telegraphieren.

— Sie können Lord Salisbury sagen, daß ich Frankreich keinesfalls herausfordern, daß ich nichts unternehmen werde, was einen Krieg hervorrufen könnte. Sondern daß, wenn es zu einem Kriege käme, ich gegen meinen Willen in denselben hineingezogen würde.

Catalani fragte mich, ob ich nichts für die Wiederherstellung der Konsulargerichtsbarkeit in Tunis getan hätte. Ich erwiderte, daß diese Frage ruhe und fügte hinzu, daß ich auch nicht auf die Lösung der Angelegenheit von Gabes[1]) gedrungen hätte.

— Ich werde nichts tun, keinerlei Vorwand liefern.

[1]) Am 4. Juni 1889 wurden in Gabes (Tunis) zwei italienische Fischerbarken von Beamten des französischen Monopols visitiert, ohne daß der italienische Konsul zugezogen wurde. Die Beamten mißhandelten die Fischer und beschimpften die italienische Flagge.

Das Land soll wissen, daß wir keinen Krieg wollen, und daß wir nur dann zu einem solchen bereit sind, wenn uns ein unberechtigter Überfall zwingt, uns zu verteidigen.

Ich fordere den Minister Bertolè auf, die nötigen Maßnahmen zu treffen, um die Abreise des Königs von Rom zu ermöglichen. Um 2½ Uhr kommt er in den Ministerrat und sagt mir, daß er schon mehrere Konferenzen mit Cosenz gehabt habe. Mobilmachung — Befehlshaber der Armeekorps — Oberkommando. Ich bemerke, daß Bertolè zögert und unsicher ist.

17. Juli.

Um 11 Uhr vormittags Rattazzi; Ich beauftrage ihn, dem König zu sagen, daß seiner Abreise nichts im Wege stehe.

Rattazzi kommt um 2½ Uhr zurück. Ich übergebe ihm eine im Vatikan eingelaufene Depesche und eine andere aus Sofia, damit er dem König deren Inhalt mitteile.

Um 3 Uhr Brin. Mahnungen.

Um 3½ Uhr Bertolè.

18. Juli.

Audienz beim König. Besprechung der Sachlage. Der König fährt um 11 Uhr nachts nach Pisa. Im Wartesaal berichte ich ihm über die letzten Nachrichten aus dem Vatikan, welche den Herrscher sichtlich überraschen. Als ich den Bahnhof verlasse, erblicke ich Cosenz. Ich frage ihn, ob er sich mit Bertolè geeinigt habe. Cosenz antwortet mir, daß der Minister Kriegsangelegenheiten nur dann mit ihm bespräche, wenn Kriegsgefahr herrsche. Ich bitte ihn, mich zu besuchen.

20. Juli.

Um 3 Uhr kommt General Cosenz zu mir. Auch er ist der Meinung, daß die Franzosen uns angreifen werden. Die Festungswerke von Messina, Spezia und Genua sind fertig. — Tarent. — Die 14 Armeekorps. Vier Oberkommandos: Herzog von Aosta, Pianell, Bariola, Ricotti. — Mitwirkung der Kriegsschiffe. Bataillone, Kompagnien aus Sparsamkeitsrücksichten vermindert. — Landsturm. Keine Möglichkeit, ein Freiwilligen-Korps zu Hilfe zu ziehen wie im Jahre 1866; es fehlen ein Führer und die Kaders.

Ein Billett von Nigra (Botschafter in Wien):

„Lieber Herr Präsident! Ich bin angekommen und erwarte Ihre Befehle im Hotel Roma, am Corso."

Telegramm aus London:

„Obwohl Salisbury unsere Befürchtungen nicht teilt, wird er im August das Geschwader im Mittelmeer bedeutend verstärken, d. h. nach der Flottenrevue zu Ehren des deutschen Kaisers. Nähere Einzelheiten durch den Kurier. Catalani."

Um 10½ Uhr kommt Graf Nigra nach dem Palazzo Braschi. Ich unterbreite ihm die Nachrichten aus Frankreich und diejenigen, welche uns aus dem Vatikan bekannt sind. Ich bemerke, daß das Drängen des Herrn v. Mombel ernst gemeint sei, und wenn es nicht von Erfolg gekrönt ist, so liege dies nur an der Unschlüssigkeit des Papstes. Wien wird über den Vatikan schlecht unterrichtet und sieht daher alles rosig.

Nigra erwidert, daß Kalnoky die Abreise des Papstes nicht verheimlicht bleiben könnte. Wie dem auch sei, wir müssen wissen, was Österreich tun würde, falls uns Frankreich angreift. Es würde verpflichtet sein, uns zu

helfen. Es ist notwendig, ein militärisches Abkommen zu schließen, sowohl für ein gemeinsames Vorgehen auf dem Lande als auch zur See. Betreffs eines Abkommens für die Flotte hatte ich bereits eine Verständigung mit Bismarck eingeleitet, die weiter zu pflegen ist.

Ein gemeinsames Vorgehen der drei Flotten würde Frankreich imponieren, und wenn sich noch England mit uns vereinigte, was sehr wahrscheinlich ist, wäre der Sieg gewiß.

Bezüglich der Flottenkonvention, bemerkte Nigra, müßte Berlin die Initiative ergreifen. Von dort ein Schreiben nach Wien, und alles wäre getan. Das militärische Abkommen ist eine Angelegenheit, die zu zweien erledigt werden muß. Unterhandlung könnte in Wien oder hier stattfinden. Mir gilt beides gleich.

Ich sprach mit Nigra über die Scherereien der Italiener in Triest und hob die Notwendigkeit hervor, dem ein Ende zu bereiten.

Österreich ängstigt sich vor Schemen. Die Kundgebungen haben keinerlei Bedeutung, und wenn man stark ist, liegt kein Grund vor, sie zu fürchten. Aber nur dann ist man stark, wenn man die berechtigten Forderungen der Völker erfüllt. Wozu gegen Ullman losziehen und ihm einen Nimbus von Patriotismus verleihen?

Er ist ursprünglich Bayer und besitzt italienische Staatsangehörigkeit nur dank eines Dekrets, das er unter Cantelli für sich erlangt hat: er ist einer jener Menschen, die ihre Nationalität wechseln, je nachdem es gerade ihrem persönlichen Vorteil entspricht.

Der Prozeß gegen Piccoli ist absurd; man sollte den Mann in Ruhe lassen.

Nigra gibt zu, daß das Verfahren der Österreicher ungeschickt ist, und daß es in ihrem eigenen Vorteil läge, mit den polizeilichen Nörgeleien nicht länger fortzufahren. Versetzung des Konsuls Durando, jedoch nach einer guten Residenz.

Betreffs Trient's und Triest's behauptet der Graf, daß Lamarmora schuld sei, wenn wir Triest nicht bebesetzten. Österreich hätte es uns gegeben.

Ich habe ihm meine Gedanken betreffs Triest auseinandergesetzt, er stimmt mit mir überein, daß es uns nichts nützen würde, es zu besitzen. Meiner Ausführung über die Notwendigkeit der Existenz Österreich's pflichtet er bei. Es ist jedoch erforderlich, daß die Regierung Österreich's ihre Haltung ändere. Österreich kann nicht existieren, wenn es zwischen seinen Völkerschaften Eifersucht entfacht, die über kurz oder lang zu einem Bürgerkriege führen muß. Die Achtung der Nationalitäten, die Gleichheit der Rechte jedes einzelnen müssen die Grundlagen eines friedlichen Bestandes des Reiches bilden.

Mit Kalnoky über die Möglichkeit der Entfernung des Papstes aus Rom sprechend, hat Nigra gesagt, daß in einem solchen Falle Italien vom Vatikan Besitz nehmen und auf demselben seine Fahne aufpflanzen würde. Das wäre das, was ich getan hätte, wenn im Jahre 1878 das Konklave außerhalb Italiens abgehalten worden wäre.

Nigra versichert mir, daß man in Wien auf uns baut, und daß von Bruck optimistische Berichte schreibt.

Wir fassen zusammen: Also drei Aufgaben: eine liberale Politik für Triest verlangen — eine Marinekonvention — eine Militärkonvention.

Ich bitte den Botschafter, Kalnoky zu versichern, daß ich Frankreich keine Gelegenheit geben werde, die ihm zum Vorwande dienen könnte, den Frieden zu stören. Es kann kein Zweifel darüber obwalten, daß an unseren Grenzen die Truppen verstärkt werden, und daß Frankreich nur auf den geeigneten Augenblick wartet, um uns anzugreifen. Im Vatikan wird ein Druck ausgeübt, um den Papst zur Abreise zu bewegen; es ist bisher nur des Wankelmuts Leos XIII. und des Widerspruches des Heiligen Kollegiums wegen nicht gelungen. Aber man hat in Frankreich die Hoffnung noch nicht aufgegeben.

21. Juli.

Meiner Einladung Folge leistend, ist Kardinal Hohenlohe um ½2 Uhr zu mir in mein Haus in der Via Gregoriana gekommen.

Ich habe ihm gesagt: „Die vergangenen Male ist Ew. Eminenz von selbst zu mir gekommen, heute bin ich es, der Sie hat hierher bitten lassen. Ich muß mit Ihnen über eine schwerwiegende Frage sprechen, und ich werde Sie mit einer äußerst delikaten Aufgabe betrauen. Man spricht von der Möglichkeit einer Entfernung des Papstes aus Rom. Er wird dazu gedrängt, den Vatikan zu verlassen. Ich habe keine Ratschläge zu erteilen. Wenn er bleibt, so wird er, auch wenn ein Krieg ausbrechen sollte, den ich auf alle Fälle zu vermeiden suchen werde, nach wie vor unserer Achtung sicher sein. Sollte er abreisen wollen, so werden wir uns seinem Vorhaben nicht widersetzen. Bei seiner Abreise und solange er auf italienischem Boden weilen wird, steht er unter dem

Schutze der italienischen Gesetze, genießt alle seine Rechte, seine ganze Freiheit.

„Inzwischen — und ich bitte Ew. Eminenz, es dem Papste ja entsprechend zu wiederholen — mache ich darauf aufmerksam, daß er sich hüten möge, die Ursache eines Krieges zu werden, und daß er sich daran erinnere, wieviel es Pius IX. gekostet hat, fremde Bajonette zu seinem Schutz herbeizurufen. Nicht allein die Religion würde bei einem solchen Krieg an Ansehen verlieren, sondern auch der Mensch, der ihr Fürst und Herrscher ist."

Der Kardinal hatte aufmerksam zugehört und häufig durch Kopfnicken oder durch Zwischenrufe seinen Beifall zu erkennen gegeben. Dann antwortete er:

„Ich gehe nicht oft in den Vatikan; aber ich werde es tun, um Ihren Auftrag auszurichten.

„Der Papst wird nicht fortgehen; aber man kann nicht auf ihn bauen. Er macht gern von sich reden; und manchmal befindet er sich in einer nervös überreizten Stimmung, die leicht zu unvorsichtigen Vorsätzen verleitet."

Ich erwiderte: „Ich spreche nicht für mich oder im Namen der Regierung. Ich bin ein Mensch, der von einem Augenblick zum andern von der Welt verschwinden kann, und die Regierung ist stark genug, um den Krieg nicht zu fürchten. Italien hat Verteidigungsmittel genug. Und es hat zwei mächtige Verbündete.

„Ich spreche für den Papst, für den Katholizismus. Leo XIII. hat, indem er sich Frankreich in die Arme warf, das Glück der östlichen Kirche gemacht. Der orthodoxe Glaube schreitet täglich, zum Schaden des

katholischen, vorwärts; es kann ja auch nicht anders sein. Frankreich vernachlässigt den Orient zugunsten Rußlands, dessen Einfluß sich dort ständig steigert. Der Papst weiß von diesen Dingen nichts, und man verheimlicht sie ihm, weil man einen Vorteil davon hat, daß er sie nicht kennt.

„Aber, wie dem auch sei und um, zusammenfassend, auf den Gegenstand zu kommen, über den ich mit Ihnen zu sprechen wünschte, stelle ich Ihnen anheim, dem Papste folgendes zur Kenntnis zu bringen:

„Wenn er in Italien bleibt, wird man ihn respektieren, selbst wenn ein Krieg ausbrechen sollte; will er abreisen, so wird er zwar gleichfalls respektiert werden, und es wird ihm mit allen Ehren das Geleit gegeben werden. Aber der Papst möge bedenken, was er tut! Sein Name, seine Zukunft, die Zukunft des Katholizismus steht auf dem Spiel."

Wir haben uns um ¾7 Uhr voneinander verabschiedet. Der Kardinal ging seiner Wege; ich kehrte nach der Consulta zurück.

Rom, den 23. Juli 1889.

Ausgezeichneter Herr Präsident!

Vertraulich füge ich diesen Brief bei. Da man solche Dinge nur mit dem Meister selbst besprechen kann, so wird es besser sein, die Erfüllung Ihres Wunsches noch zu verschieben. Man scheint Furcht vor mir zu haben. Warum? Ich weiß es nicht!

Im übrigen aber verfügen Sie über mich und lassen Sie mich wissen, was Sie für notwendig erachten.

Mit der größten Hochachtung und Freundschaft bestätige ich mich Ew. Exzellenz sehr anhänglicher

G. Kardinal v. Hohenlohe.

Originalbrief Rampollas, dem vorangehenden Schreiben beigelegt:

Nr. 82 253.
Rom, 22. Juli 1889.

Mein Ausgezeichnetster, Hochwürdigster und Allerbeachtenswertester Herr, Ew. Eminenz

Wunsche gemäß, der in dem von gestern datierten Billett ausgesprochen war, habe ich mich bei dem Heiligen Vater zu dessen Dolmetsch gemacht.

Da Se. Heiligkeit aber durch ihre vielen Beschäftigungen und durch die gegenwärtige Hitze davon abgehalten wird, außerordentliche Audienzen zu erteilen, so hat sie sich dazu herbeigelassen, mich zu ermächtigen, mit Ihnen zu konferieren, falls es Ihnen gefallen sollte, durch meine Vermittlung dasjenige zu ihrer souveränen Kenntnis zu bringen, was Sie ihr vorzutragen beabsichtigen.

Indem ich mich zu Ihrer Verfügung halte, beehre ich mich, Ihnen den Ausdruck meiner tiefen Verehrung inzwischen zu erneuern, mit dem ich Ihnen ganz unterwürfig die Hände küsse.

Ew. Eminenz unterwürfigster, ergebenster, wahrhafter Diener
M. Kard. Rampolla.

Herrn Kardinal v. Hohenlohe.

Rom, den 24. Juli 1889.

Ausgezeichnetster Herr Präsident!

Nach Abfassung meines gestrigen Schreibens habe ich einige Dinge aufgesetzt, um sie Sr. Heiligkeit zu schreiben; ich würde sehr gern wissen, ob Ew. Exzellenz dieselben gutheißen, oder ob Sie etwas hinzufügen oder wegzustreichen beabsichtigen; tun Sie, wie es Ihnen beliebt. Der Brief wird unfehlbar in die Hände Sr. Heiligkeit gelangen.

Senden Sie mir den Entwurf mit denjenigen Änderungen, die Sie für gut befinden, zurück, er wird sofort abgeschrieben werden. Mit aufrichtiger Ehrerbietung bestätige ich mich Ew. Exzellenz ergebenster Diener

G. Kardinal v. Hohenlohe.

(Entwurf eines Briefes des Kardinals Hohenlohe. — 24. 7. 89.)

In der letzten mir erteilten Audienz setzte ich Ew. Heiligkeit davon in Kenntnis, daß ich den Minister Boselli dazu aufgefordert hatte, die St. Gregor-Treppe wieder in Ordnung

bringen zu lassen, daß der Minister mir dies zugesichert hatte, und daß er uns noch andere Aufmerksamkeiten zu erweisen beabsichtigte. Mir schien, daß Ew. Heiligkeit darüber erfreut wären. Meine Überraschung, den unhöflichen[1]) Brief des Kardinals Rampolla zu erhalten, war daher um so größer. Wir können uns heute nicht mehr von den Persönlichkeiten der italienischen Regierung durch ein chinesisches System abschließen[2]). Gott hat die Dinge so geordnet, daß die Kirche ihre weltliche Herrschaft nicht wiedererobern kann. Das Heil der Seelen erfordert, daß wir uns bescheiden, daß wir ruhig in geistlichen Sphären bleiben, und daß wir Barmherzigkeit üben mit unseren Mitteln und mit unseren Belehrungen für die Gläubigen.

Man spricht von Abreise. Se. Exzellenz Crispi hat mir neulich selbst gesagt und mich gebeten, es Ew. Heiligkeit zu wiederholen[3]), daß, wenn Sie abreisen wollen, er Sie nicht daran hindern wird, daß er Sie mit allen Ehren begleiten lassen wird, daß Ew. Heiligkeit aber niemals mehr nach Rom zurückkehren werden. Wenn Ihre Abreise z. B. Frankreich zu einem Kriege veranlassen sollte, so würde die Religion darunter ungeheuer leiden. Italien wird den Krieg nicht beginnen, wenn Frankreich es nicht angreift. Die italienische Regierung gewährleistet auch im Kriegsfalle die Sicherheit des Papstes in Rom. Aber der Papst möge sich keiner Täuschung hingeben: einmal abgereist, wird er nach Rom nicht wieder zurückkehren und der Heilige Stuhl wird eine furchtbare Erschütterung erleiden.

Noch mehr: Frankreich schafft Rußland im Orient alle möglichen Erleichterungen, damit das Schisma dort triumphieren kann, um das Bündnis mit Rußland aufrechtzuerhalten. Wenig ist also von dieser Seite zu erwarten[4]).

Wir Kardinäle haben die strengste Pflicht, dem Papste die Wahrheit zu sagen, hier ist sie: Schon in der Zeit Pius VI. gingen die fünf Millionen Scudi verloren, die im Kastell (Sant

[1]) Ausgestrichen

[2]) Eigenhändig durch Kardinal Hohenlohe in die Worte „von dem modernen Leben abschließen" umgewandelt.

[3]) In die Worte „eine Exzellenz Crispi wohlvertraute Persönlichkeit versicherte mir, des Ministers Anschauung sei folgende" umgewandelt.

[4]) Ausgestrichen.

Angelo) gelegen hatten, aber dessenungeachtet schwor bis 1839 jeder neue Kardinal, diese fünf Millionen, die nicht mehr da waren, zu erhalten. Kardinal Acton allein erhob endlich, im Jahre 1839, Einspruch gegen diesen Schwur, und Papst Gregor konnte nicht umhin, seine Bedenken als berechtigt anzuerkennen. Ebenso läßt man auch heute noch die Kardinäle Dinge schwören, die man nicht halten kann. Daher muß Abhilfe geschaffen werden [1]).

Bericht Pisani Dossi's an Crispi. 2. 8. 89.

Der Papst erhielt den Brief Hohenlohes durch Vermittlung seines Dieners Centra am Sonnabend, den 27. Juli. Derselbe hatte außer den Änderungen, die in Gegenwart Pisani Dossi's von ihm vorgenommen worden waren, noch folgende erlitten. Am Anfang: 1. ich sende Ew. Heiligkeit die versprochenen Photographien, usw. usw. Gemeint sind anscheinend die Aufnahmen von der Reise König Humbert's nach Berlin, welche Pisani Dossi Hohenlohe geschenkt hatte. 2. Es wurde eine Audienz beim Papste erbeten und der Gegenstand derselben angegeben. Dann folgte der nach dem Entwurf vereinbarte Brief. 3. Am Ende war hinzugefügt: dies hatte ich Ew. Heiligkeit zu sagen.

Am 3. August sandte der Papst den Kommissär beim Sant' Ufficio und Vikar von Santa Maria Maggiore, den Piemontesen Monsignore sallua, zu Hohenlohe und ließ ihm sagen, daß Se. Heiligkeit sehr betrübt über das an sie gerichtete Schreiben sei, und daß sie sich nicht in der Lage sähe, die nachgesuchte Audienz zu erteilen. Hohenlohe antwortete, daß er wohl eher selbst Grund habe, sich über die Haltung des Papstes ihm gegenüber zu beklagen, und daß der Papst ihm, Hohenlohe, zu Dank verpflichtet sei, wenn er ihm die Wahrheit über die gegenwärtige Lage zur Kenntnis gebracht habe. Auch die übrigen Regierungen, fügte er hinzu, seien derselben Anschauung wie die italienische. Der abschlägige Bescheid seines Gesuches um eine Audienz sei, seiner Auffassung nach, eine Herausforderung; aber sie sollten die Genugtuung nicht haben, zu sehen, daß er sich zu unüberlegten Schritten hinreißen ließe. Gott sollten sie danken, daß er sich solche Mäßigung auferlege,

[1]) Der Brief sollte dem treuen Diener des Papstes Centra durch Monsignor Azzocchi zugestellt werden, damit er nicht etwa abgefangen würde. In der Tat schrieb Kardinal Hohenlohe am 27. Juli an Pisani Dossi: „Heute morgen wird das bewußte Schreiben überreicht werden."

und der Papst ganz besonders, der es Hohenlohe zu verdanken habe, wenn er einst Kardinal geworden sei, da es Hohenlohe gewesen sei, der im Jahre 1852 den Zorn Pius IX. gegen Monsignore Pecci, den er nicht einmal empfangen wollte, besänftigt habe. Hohenlohe schloß, indem er betonte, es sei Zeit, mit dem ganzen Lug und Trug ein Ende zu machen.

Monsignore Sallua erblaßte, die Tränen liefen ihm über die Wangen, und er versuchte, den Papst mit seinem hohen Alter zu entschuldigen.

Da begann Hohenlohe wieder, indem er darauf hinwies, daß der Papst ein Spielball in den Händen weniger Intriganten und der Agenten des Kardinals Monaco sei, der, ein Bauer mit zwar grobem Schuhwerk, aber mit feinem Geiste (ital. Sprichwort), dem Papste mit den Qualen der Hölle Angst mache.

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung bekannten sich Hohenlohe sowohl wie Monsignore Sallua zu der Auffassung, daß die beabsichtigte Entfernung des Papstes aus Rom einen großen Teil des Klerus gegen ihn aufgebracht habe.

Hohenlohe, der dieses Pisani Dossi, teilweise im Diktat, wiedergab, meinte, dem Papst einen heilsamen Schrecken eingejagt, Crispi aber einen Dienst erwiesen zu haben.

Berlin, 21. Juli 1889.

Liebster Freund!

Vor vier Tagen bin ich in Berlin angekommen. Zuerst besuchte ich Holstein. Ich erfuhr, daß der Fürst in Varzin ist und sich nicht wohl befindet. Sein Sohn Herbert ist am Tage vorher von seinem Urlaub nach Berlin zurückgekehrt. Holstein bemerkte, daß in bezug auf die ernsten Nachrichten, welche ich in Deinem Namen brachte, der Fürst nichts wissen konnte als das, was ihm aus Berlin mitgeteilt wurde. Hinsichtlich der zu treffenden Vorkehrungen ist es sicher nötig, ihn selbst zu hören. Telegraphisch wurde ihm meine Ankunft und deren Zweck angezeigt. Er antwortete Herbert und Holstein, daß sie mir alle nur möglichen Informationen geben sollten, und daß er mich morgen, Montag abend, als seinen Gast in Varzin erwarte. Dienstag wird auch Herbert dort sein. Es ist eine langweilige Reise von elf Stunden. Varzin liegt in kurzer Entfernung von Rügenwalde an der Ostsee.

Inzwischen stellte mich Holstein Herbert vor, dem Kriegsminister, General Verdy du Vernois (aus einer französischen

Familie evangelischer Konfession, welche vor zweihundert Jahren aus Frankreich verbannt wurde), und dem Legationsrat Raschdau, welcher den Kaiser nach Italien begleitet hat, und der mit Holstein in der Kanzlei die geheimsten Angelegenheiten verwaltet. Sie sind hier durchaus skeptisch gegenüber den von mir überbrachten Nachrichten betreffs der Möglichkeit eines plötzlichen Angriffs gegen unsere Grenzen und eines Versuchs, mittelst zweier, einer von Toulon und einer von Algier kommenden Schiffsdivisionen zur Landung an den Küsten im Süden Italiens usw. Wenigstens schließen bis jetzt alle Auskünfte, welche von der französisch-italienischen Grenze und aus Paris vorliegen, die Möglichkeit solcher Vorfälle aus. Es wurde jedoch an den Generalstabsmajor Freiherrn von Huene, Chef des der Botschaft angegliederten militärischen Bureaus, nach Paris telegraphiert. Er ist eine hochintelligente Persönlichkeit, welche mit seltener Geschicklichkeit in ganz Frankreich einen vollkommenen Informationsdienst organisiert hat. Die heute morgen eingetroffene Antwort des Freiherrn v. Huene sagt, daß sich an der italienischen Grenze keinerlei außergewöhnliche Anhäufung von Truppen zeige, noch bemerke man eine besondere Emsigkeit im Arsenal zu Toulon.

Er wiederholte, was er bereits in einem kürzlich gegebenen Bericht niedergelegt hatte, daß man in den höheren militärischen Kreisen Frankreichs mit dem Befestigungssystem an der italienischen Grenze unzufrieden ist, und daß, um dem abzuhelfen, bald Arbeiten in größerem Umfange vorgenommen werden sollten. Dies würde aber auf Verteidigungspläne hindeuten und nicht auf Angriffsabsichten. Die strategischen Eisenbahnverbindungen sind leider sehr gut, was die Möglichkeit gäbe, in kürzester Zeit jene Truppenansammlung zu erreichen, die jetzt nicht vorhanden ist. Die letzten Flottenmanöver, welche die Möglichkeit der Verteidigung der Mittelmeerküsten ergeben sollten, ließen viel zu wünschen übrig. An mehreren Punkten, wo die Eisenbahn zu nahe der Küste läuft, wird emsig gearbeitet, um die Gleise nach dem Innern zu verlegen. In Lyon, dem Sitz des Armeekommandos, welches gegen Italien zu operieren haben würde, ist keine außergewöhnliche Tätigkeit zu bemerken. Der kommandierende General würde Billot sein. Er war früher ein tüchtiger Kriegsminister, wurde aber seiner monarchistischen Prinzipien wegen schnell abgeschoben. Jedenfalls sind mit Bezug auf Italien in Frankreich, ob Monarchisten oder Republikaner, ob Boulangisten oder Anarchisten, alle gleich.

Hierzu gestatte ich mir in Parenthese folgendes zu bemerken. Ehe ich Mailand verließ, traf ich den Abgeordneten Mazzoleni, eine treue Seele, ein Nazarenertyp, der es in diesen Zeiten als seine ernsteste Mission ansieht, Frieden auf Erden zu predigen. Er war aus Paris zurückgekehrt, wo er der Konferenz der interparlamentarischen Union für den Frieden beigewohnt hatte. Von mir in die Enge getrieben, gestand er mir in seiner Rechtschaffenheit, daß er von der in allen Klassen herrschenden Abneigung gegen Italien tief betroffen gewesen sei. Er sei mit Pandolfi, Boneschi und, ich entsinne mich nicht mehr, welchen anderen Abgeordneten in die Kammer gegangen, um den französischen Deputierten, welche nach Italien gekommen waren und in Mailand so viele Erklärungen der Freundschaft und Brüderlichkeit abgegeben hatten, die Hände zu schütteln. Nun wohl, die Herren, die sich sehr gehütet hatten, sich zum Bahnhof zu begeben, um unsere Landsleute zu empfangen, entfernten sich auch aus der Kammer, damit man sie nicht finden konnte. Bei den nahe bevorstehenden Wahlen beobachtet zu werden, wie man einigen italienischen Deputierten, und seien sie noch so radikal, die Hände schüttelte, hieße sich den Wählern gegenüber bloßstellen, die eigene Wahl gefährden.

(Hier schließe ich die Parenthese.)

Unseren hiesigen Freunden gab ich zu verstehen, daß, wenn Du Dich auch über das, was Du aus ganz besonderer und sicherer Quelle erfahren, beunruhigt hattest, Du dennoch annähmst, daß ein Angriff nicht vor Oktober oder November stattfinden würde. In Bezug hierauf stimmen Herbert und Holstein darin überein, daß das, was sie jetzt nicht für möglich halten, allerdings dann sehr leicht möglich werden könnte. Sie glauben fest daran, daß die Männer, welche jetzt in Frankreich die Macht haben, zur Zeit den Krieg nicht wünschen, weil sie ausschließlich mit der Vorbereitung zu den Wahlen beschäftigt sind, eine Frage, die für sie über Leben oder Tod entscheidet. Nur der Ausgang der Wahlen wird zu erkennen geben, was früher oder später von Frankreich zu erwarten ist. Sie betrachten den Boulangismus als stark im Sinken befindlich und sind der Meinung, daß die beunruhigenden Nachrichten, welche Dir zugegangen sind, von der monarchistischen Seite der Boulanger-Partei stammen, die im Vatikan intrigiert. Auf jeden Fall, wenn auch derjenige, der nach den Wahlen das Geschick Frankreichs leiten wird, einen Gewalt-

streich versuchen wollte, — hier versichert man, daß man auf alles vorbereitet sei. Auch in der Zwischenzeit, falls an der französischen Grenze oder anderswo ein beunruhigender Vorfall bemerkt werden sollte, würden sie, wie mir Herbert sagte, ebenso wie zur Zeit der Schulfragen in Tunis, den Botschafter beauftragen, der französischen Regierung die Mitteilung zu machen, daß sie, als unsere Verbündeten, großes Interesse an einer möglichen Gefahr für uns nehmen und angesichts derselben bereit seien, uns beizustehen. Aber hierüber werde ich eingehender mit dem Fürsten in Varzin sprechen.

Auf jeden Fall ist es sehr angenehm und beruhigend, daß man hier unserem Bündnis so großen Wert und solche Bedeutung beimißt. Sie betrachten und erklären das Bündnis mit Österreich gegen Rußland für unerläßlich, sagen aber, daß sie nicht Österreich, sondern Italien lieben.

Ich sah Herbert gestern um ½4 Uhr, und er sagte mir, daß einige Augenblicke vorher Graf de Launay mit einer Depesche von Dir, welche die mögliche Abreise des Papstes auf besondere Anregung des Kardinals Rampolla betraf, zu ihm gekommen sei. Herbert glaubt, daß dieser Kardinal, als Dein Landsmann, Dich mehr als jeden anderen hassen muß. Er sagte mir, er habe de Launay geantwortet, daß es kein Unglück für Italien sein würde, wenn es gelänge, diesen nagenden Wurm zu entfernen. Was wird der Fürst dazu sagen? Auch das werde ich zu hören bekommen und dann sehen, ob die Ansicht des Vaters mit der des Sohnes übereinstimmt.

Es versteht sich von selbst, daß ich von Varzin nach Berlin zurückgekehrt, sogleich schreiben werde. In Berlin werde ich mich nicht aufhalten, weil dazu keine Veranlassung mehr vorliegt. Statt dessen soll ich meine Rückreise nach Italien in Frankfurt unterbrechen und zwar auf Wunsch des Kriegsministers, welcher sich sehr für unsere Vorbereitungen an der französischen Grenze interessiert, eine Angelegenheit, in der ich nur ungenaue Auskunft geben konnte. Von dort aus wird er mich von einem Offizier begleiten lassen, damit ich mir einen Begriff bilde, wie weit sie vorbereitet sind.

Ich werde das Anerbieten, da es ja nur eine Verzögerung von 24 oder 48 Stunden mit sich bringt, nicht ablehnen.

Die herzlichsten Grüße von

Deinem Checco.

Berlin, 24. Juli 1889.

Liebster Freund!

Heute morgen bin ich von Varzin zurückgekehrt, wo ich sehr liebenswürdig vom Fürsten und der Fürstin, vom Grafen und der Gräfin Rantzau und von Herbert, der mir vorausgeeilt war, empfangen wurde. Alle sprachen von Dir mit Zuneigung und Begeisterung und trugen mir auf, Dir die herzlichsten Dinge zu sagen.

Ich gebe die Unterredungen, die ich mit dem Fürsten hatte, wieder.

Er glaubt keineswegs an die Möglichkeit eines Angriffes gegen Italien, wie solches aus den Mitteilungen, die Du erhalten hast, und die ich ihm wiedergab, hervorgeht. Er sagt, daß dies den Unwillen der ganzen zivilisierten Welt erregen würde. Die Verantwortung, einen Krieg in Europa mit (wörtlich) einer räuberischen Handlung angefangen zu haben, würde Frankreich ungeheuer teuer zu stehen kommen. Es würde die (wörtlich) finis Galliae sein. Da würden fünf Milliarden, wie im Jahre 1871, nicht genügen. Er fügte hinzu, daß, rein vom opportunistischen Standpunkte aus, ein solch wahnsinniger Überfall direkt zu wünschen sei. In den hohen militärischen Kreisen Deutschlands würde man einen sofortigen oder einen im Frühjahr ausbrechenden Krieg einem in zwei Jahren stattfindenden vorziehen, da inzwischen Frankreich Zeit haben würde, seine militärischen Rüstungen und Befestigungen zu vollenden. Auf jeden Fall, sagte der Fürst, würde Deutschland die Augen offen und sein Pulver trocken halten. Auf die Gefahr eines drohenden oder unvermuteten Überfalles ist es seit langer Zeit vorbereitet. In zehn Tagen könnten 1 200 000 Mann in Frankreich eindringen. Die Kriegs- und Mundvorräte, die für einen Monat für diese immense Armee nötig sind, sind schon in den Städten und Festungen längs des Rheins, in Lothringen und im Elsaß untergebracht. Alle diese Vorbereitungen sind noch außer den Maßnahmen, die für den Fall eines Angriffes von seiten Rußlands vorgesehen sind, getroffen, doch hofft der Fürst, daß es jetzt nicht zu einem Bruch mit diesem Reich kommen würde, und daß es in den Kampf nicht vor einer ersten Niederlage Frankreichs eingreifen könne. Da für den Fall, daß die erste große Schlacht absolut entscheidend ausfalle, alles vorbereitet ist, so würde das Gewicht, das Rußland in die Wagschale werfen könnte, sicher verringert sein.

Was die Qualität der französischen Armee anbetrifft, so glaubt man hier, daß es ihr an Kompaktheit und Disziplin fehlt. Ohne diese beiden Eigenschaften hat die große Zahl keinen Wert, kann sogar unter gewissen Umständen schaden. Man zweifelt aber nicht daran, daß wenigstens im Anfang das französische Heer besser geleitet sein wird als im Jahre 1870/71. Man hat eine gute Meinung von dem Generalstabschef Miribel. Die Deutschen glauben, daß sie mit ihrer Artillerie überlegen sind, besonders mit der Belagerungsartillerie. Es mag sein, daß das französische Lebelgewehr besser ist, aber im nächsten Frühjahr wird die Front des ganzen deutschen Heeres mit einem neuen Gewehre ausgerüstet sein, das das Vollendetste darstellt, was bis jetzt auf diesem Gebiet geleistet worden ist. Man arbeitet in den Arsenalen fieberhaft, aber ohne Aufsehen zu erregen, daran, und es werden täglich 4000 Stück davon fabriziert.

Der Fürst setzt viel Zutrauen in das Wohlwollen Englands, sobald Frankreich zuerst den Krieg beginnt. Er hat mit Vergnügen gesehen, wie geschickt Du die englische Freundschaft ausgestaltet hast, ohne zu beachten, ob Salisbury oder Gladstone an der Macht seien. In dem wahrscheinlichen Falle, daß man auf die tatkräftige Hilfe Englands rechnen könnte, würde die gemeinsame Aktion der drei Flotten vollständig diejenige der französischen Flotte paralysieren und sie zwingen, sich in ihre Arsenale zurückzuziehen oder einen Kampf mit ungleichen Kräften zu führen. Das, sagte der Fürst, würde die Operationen gegen Frankreich in den Kämpfen zu Lande erleichtern. Die drei Flotten wären: die englische, die deutsche und die italienische. Ich fragte ihn, warum er nicht auch die österreichische mitzählte, worauf er mir sagte, daß diese wohl gutes Personal, aber schlechtes Material habe. Überhaupt habe ich beim Fürsten eine gewisse Kälte gegen Österreich bemerkt. Als er von dem bevorstehenden Besuch des Kaisers Franz Josef in Berlin sprach, sagte er: „Zum Glück hat er der Trauer wegen, die er trägt, gewollt, daß man keine Feste für ihn feiere.“ Bemerkenswert ist dagegen die allgemeine Genugtuung, mit der er den Besuch des Königs Humbert begleitete. Auf die Trauer des österreichischen Hofes zurückgreifend, ist der Fürst der Ansicht, daß Erzherzog Rudolf ermordet worden sei.

Es würde zu weit führen, Dir schriftlich alle Ideen des Fürsten über die Politik Englands, Rußlands, Österreichs und

der Türkei und über die Stellungnahme dieser Mächte im Falle eines ersten Angriffs Frankreichs gegen Deutschland und Italien oder eines solchen Rußlands gegen Österreich und die Türkei auseinander zu setzen. Ich werde Dir mündlich alles erzählen.

Gleichzeitig werde ich Dir berichten, was der Fürst und seine Umgebung über die Art, wie bei uns die auswärtige Politik geleitet wird, denken. Ich habe alle ein wenig gekitzelt und glaube daher, einen ziemlich genauen Begriff von dem zu haben, was man hier über Dich und Deine Ratgeber sowie über einige unserer Vertreter im Auslande denkt. Ihr Urteil über unsere auswärtige Politik gereicht Dir zur Ehre, aber sie sagen, daß, da Du Dich auch mit der inneren Politik beschäftigen mußt, Du Dich durch die übermäßige Arbeit zugrunde richten wirst.

Bezüglich der inneren Politik befürchtet der Fürst nur, daß es möglich sein könnte, daß Du durch parlamentarische Ursachen zu Falle kämst, was, wie er sagte, fatal wäre. Ich beruhigte ihn und sagte, daß, wenn man auch in Italien mit dem Parlament nicht so umgehen könnte, wie er es seit Jahren in Deutschland tut, Du in der gegenwärtigen Kammer doch eine große Mehrheit besäßest. Ich fügte hinzu, daß ich über die Qualität dieser Kammer nicht streiten wollte, aber die Tatsache dieser großen Mehrheit stände fest. Auf jeden Fall, sagte ich, könnte man sicher sein, daß der König Dich nötigenfalls zur Auflösung der Kammer und zur Vornahme neuer Wahlen ermächtigen würde.

Der Fürst hält es nicht für möglich, daß Boulanger zur Macht gelangt, und solange Carnot bleibt, vertraut er auf den Frieden. Carnot weiß genau, daß, wenn er sich für den Krieg entscheidet, er von den Generälen in seiner Machtbefugnis überflügelt werden würde.

Der Fürst glaubt durchaus nicht an eine Abreise Leos XIII. von Rom. Nach seiner Meinung hängt das Prestige des Papstes mit der Geschichte und den Traditionen Roms, mit den Schätzen und dem Pomp der Peterskirche und des Vatikans zusammen. Außerhalb Roms würde der Papst nicht mehr der Repräsentant einer alten und mächtigen Institution, wie sie der Katholizismus ist, sein, sondern er würde einem beliebigen Schah von Persien gleichen, der auf Kosten anderer auf dem Bummel durch Europa reist. Den katholischen Mächten und Frankreich selbst würde es große Verlegenheit bereiten, den Papst

als Gast zu beherbergen. Er sagte mir, daß der deutsche Gesandte in Spanien vor einigen Tagen telegraphiert habe, daß der Papst bereits in Madrid erwartet würde. Der Fürst hat dem Gesandten erwidert, er verbiete ihm, solchen Unsinn (sic) zu telegraphieren. Er ist informiert, daß man auch von Wien aus dem Papst geraten hat, sich nicht aus Rom fortzubegeben, wenn er nicht durch Gewalttätigkeiten des Pöbels dazu gezwungen würde, was Du, wie er überzeugt ist, nicht erlauben würdest.

Entschuldige die Unordnung in meinen Mitteilungen. In Rom oder Neapel werde ich Dir nähere Details geben können. Morgen früh werde ich mich nach Köln und Mainz begeben, um die Besuche zu machen, von denen ich Dir in meinem letzten Schreiben sprach. Sonnabend oder Sonntag werde ich in Mailand sein, Montag oder Dienstag in Rom.

Viele Grüße Dein anhänglicher

Checco.

Glücklicherweise wurde, sei es, daß die französische Regierung, über die militärischen Vorbereitungen und die diplomatische Aktion Italiens unterrichtet, von ihrem Vorhaben absah, sei es, daß sie keinen Vorwand zum Angriff fand, der Friede nicht gestört. Fürst Bismarck drückte dem Grafen de Launay die Meinung aus, daß die Franzosen ohne Verbündete nicht Krieg zu führen wagten, sondern nur mit allen möglichen Mitteln suchten, in Italien fortgesetzt Mißtrauen zu säen und Unruhen hervorzurufen in der Hoffnung, so unserem Ansehen und unserer Volkswirtschaft zu schaden. Trotzdem hielt Crispi vorsorglich fortgesetzt die Augen offen. Doch der blinde Lärm hatte auch manchen Vorteil gebracht, denn er gab den Mächten und England Gelegenheit, Italien ihre Sympathie zu beweisen.

Berlin, 14. August 1889.

(Vertraulich.) Ich sagte heute zum Staatssekretär, daß die Regierung des Königs sich mit großer Genugtuung den Kundgebungen gelegentlich des kürzlich erfolgten Besuches

Kaiser Wilhelms in England angeschlossen habe, und daß sie jetzt mit denselben Gefühlen an den durch die Gegenwart des Kaisers Franz Josef in Berlin hervorgerufenen teilnähme. Graf Herbert Bismarck antwortete mir, daß Italien tatsächlich allen Grund hätte, sich darüber zu freuen; man betrachte es bei derartigen Zusammenkünften jederzeit im Geist gegenwärtig. England, wenngleich an dem Dreibund nicht beteiligt, flankiert ihn. Auch die englische Regierung ist Italien gegenüber von den besten Absichten im Falle einer Herausforderung von seiten Frankreichs beseelt. Der Kaiser von Österreich erklärte, wie sehr er darüber erfreut sei, daß unser erhabener Herrscher einen ersten Minister von solchem Werte habe. Seine Kaiserliche Majestät ist von der Wichtigkeit der Beziehungen zu Italien für die Erhaltung des Friedens überzeugt.

Graf Kalnoky wird alles, was in seinen Kräften steht, für die Italiener im Reiche tun. Weder Salisbury noch Kalnoky glauben an einen nahen Krieg und noch weniger daran, daß Frankreich den Fehler begehen wird, ihn Italien zu erklären.

Launay.

Die Politik Crispi's Frankreich gegenüber wurde in Italien von den äußersten Parteien bekämpft, und die schändliche Sprache der französischen Zeitungen wurde von einigen der unsrigen leider nachgeahmt. Es ist bekannt, welchen Einfluß eine gewisse Presse auf schwache und impulsive Gemüter ausübt; ein gewisser Caporali griff am 13. September Crispi an und brachte ihm eine nicht unerhebliche Verletzung bei.

Die französischen Machenschaften zeitigten noch eine andere beklagenswerte Erscheinung. Einige Italiener hatten die verfehlte Idee, eine Art Wallfahrt italienischer Arbeiter zu organisieren, die sich nach Frankreich begaben, um gegen die Regierung ihres Vaterlandes zu protestieren. Über diese Reise schrieb der Geschäftsträger in Paris, Herr Ressman, am 14. September privatim an Crispi:

„Was auch darüber gesagt werden möge, die w a h r e Wahrheit über den skandalösen Pilgerzug unserer republikanischen Arbeiter nach Frankreich ist die, daß sie keine Ver-

anlassung hatten, sich allzusehr über den ihnen zuteil gewordenen Empfang zu begeistern. Wir konnten ganz andere, lärmende Demonstrationen befürchten: statt dessen blieb die große Masse der Pariser Bevölkerung absolut indifferent und ruhig, fast als ob sie von der Anwesenheit von Italienern nichts wüßte. Augenzeugen versicherten mir, daß auch der Empfang im Hôtel de Ville kühl war. Ein paar überspannte Reden und die üblichen Übertreibungen einiger minderwertigen Zeitungen ersetzten das, was die Veranstalter vielleicht von einer spontanen Volksbewegung erhofft hatten. Die vernünftigeren unter den Franzosen gaben sich keiner Illusion über die praktische Wirksamkeit der Demonstration hin, und bei vielen trug die Verachtung für die unverschämten Verkünder des Hochverrats den Sieg über jede politische Berechnung davon. Solche Verachtung durchdringt sogar unwiderstehlich den Korrespondenten des ‚Secolo', des bekannten Paronelli aus Asti, früheren Korrespondenten in Berlin, der zu mir kam, um seinem Unwillen Luft zu machen und mir zu erklären, daß er angesichts solcher Treulosigkeit öffentlich mit Sonzogno brechen wolle, da es sich nunmehr um eine Frage der Treue zum nationalen Banner handle.

Alfieri, Visconti Venosta, Imbriani, Nicotera sind unter allen unseren hierher gekommenen Politikern diejenigen, welche die Aufmerksamkeit am meisten auf sich ziehen, und spräche ich nur von dem ersten und dem dritten, so würde ich sagen auch diejenigen, die sich besonders darum bemühen. Visconti Venosta hielt sich, so viel er konnte, mit feinstem Takt im Schatten. Nicotera, erschrocken über die nicht gewollte Reklame als Haupt der Opposition, mit welcher der „Figaro" seine Ankunft begrüßte, beeilte sich, die Schuld an dem lästigen Kompliment durch ein Telegramm an die „Tribuna" von sich abzuwälzen, das er mir gestern vorlas, indem er feierlich erklärte (damit ich es Ihnen wiederholen sollte), daß er trotz seiner parlamentarischen Stellung sich für Crispi schlagen würde, wenn man ihn verdächtigen wolle, daß er gekommen sei, um auf diesem Boden Ihre äußere Politik zu bekämpfen, während er tatsächlich aus keinem anderen Grunde gekommen sei, als um den Eiffelturm zu sehen. Ich sagte ihm, ich hätte nicht gewagt, an der Übereinstimmung seiner und meiner Empfindungen gegen Leute zu zweifeln, die fähig waren, unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei den Franzosen eine Stütze für ihre politischen Zwecke in Italien zu suchen.

P. S. Herr Jules Ferry läßt mich nach der Adresse des Barons Nicotera befragen. Ich erspare mir jede Bemerkung."

Am 4. Oktober vollendete Crispi sein siebzigstes Lebensjahr und Fürst Bismarck benutzte die Gelegenheit dieses Geburtstages, um seinem Freunde und Kollegen seine Gefühle von neuem auszudrücken:

„Heute, lieber Freund und Kollege, feiern Sie den Gedenktag, den ich vor fünf Jahren festlich begangen habe; ergibt mir Gelegenheit, die heißen Wünsche, die ich für Ihr Glück und Ihre politische Zukunft hege, denjenigen zuzugesellen, welche Ihre Landsleute am Tage Ihres Festes an Sie richten. Ich hoffe, daß Ihre Gesundheit schnell wieder hergestellt sein und Ihnen gestatten wird, noch lange Jahre dem Friedenswerk Ihre kostbare Beihilfe zu gewähren, das uns im Interesse unserer beiden Nationen verbindet. v. Bismarck."

„Ich danke Ihnen herzlich für die mir ausgedrückten warmen Glückwünsche. Ich bin tiefgerührt von dieser Freundschaftsbezeigung, wie auch von dem Wert, welchen Ew. Durchlaucht der ergebenen Beihilfe beimessen, welche ich Ihnen bei dem großen Friedenswerke leihe, das unsere beiden Nationen verbindet. Crispi."

Crispi fehlte nie der gute Wille, bessere Beziehungen zu Frankreich herzustellen. Am 10. Oktober erhielt er von Ressman die folgenden Informationen:

„Ich hatte bei Herrn Spuller nicht eine einzige Audienz, in welcher er nicht bei einem oder dem anderen Thema seine entschieden freundschaftlichen Absichten gegenüber Italien und der königlichen Regierung bekräftigt hätte, indem er in fast stereotypen Wendungen wiederholte, daß durch sein Werk nie eine Zwistigkeit zwischen beiden Nationen entstehen solle, daß er nie einen Einspruch von unserer Seite zum Konflikt ausarten lassen werde, daß er sich stets befleißigen werde, uns jeden stärksten Beweis von Gutwilligkeit und Verbindlichkeit zu geben. Auch in der Unterredung, die ich gestern mit ihm hatte, sagte mir dieser Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten — indem er mir das nahe bevorstehende Eintreffen des auf Urlaub befindlichen Herrn Mariani ankündigte, der hier zwei

bis drei Wochen sich aufhalten wird —, er werde ihm mündlich die bestimmtesten Instruktionen wiederholen, damit er nach seiner Rückkehr nach Italien seine Bemühungen verdopple, um die königliche Regierung von den herzlichen Gesinnungen der Regierung der Republik zu überzeugen, und sich ‚mit Eifer, mit ruhiger Klarheit, mit gutem Mute' (dies sind seine Worte) bestrebe, jede Möglichkeit eines Mißverständnisses zu zerstreuen und die beiden Länder mehr und mehr einander nahe zu bringen.

Die Gelegenheit war gut, um Herrn Spuller zu verstehen zu geben, daß durch Taten, besser als durch Worte, Ew. Exzellenz und die Regierung Sr. Majestät veranlaßt werden könnten, die Zweifel an der Aufrichtigkeit jener Intentionen zu beseitigen. Zweifel, die nur zu oft aufstiegen: erstens, weil niemand in Italien sich überzeugen könne, daß die französische Regierung der allzuoft bitteren, verleumderischen, agressiven Sprache der Pariser Presse wie auch der der Departements gegen das Nachbarreich gänzlich fernstände; zweitens, weil es schwierig schien, nicht ein gewisses stillschweigendes Einverständnis der Regierung mit dem so erbitterten Kriege anzunehmen, den ein mächtiger Bund von Baissespekulanten gegen den italienischen Kredit führte; drittens, weil bei mehr als einer zwischen den beiden Regierungen aufgeworfenen Streitfrage, wie z. B. bei der von Gabes, die Ausflüchte und die einem Abschluß hinderlichen Verschleppungen in Wahrheit keine Gefühle verrieten, die den wiederholten Freundschaftserklärungen entsprächen. Ich verbarg Herrn Spuller nicht, daß diese Beobachtungen mir nicht allein durch mein persönliches Urteil eingegeben wären, sondern mir öfters von Ew. Exzellenz gemacht würden, und daß es mir am Herzen läge, Ihnen anderes berichten zu können, als meine eigenen, von dem Wunsche nach Versöhnung diktierten Urteile.

Mich inspirierte bei meiner Rede das Telegramm, welches Ew. Exzellenz mir unter dem 3. d. M. gesandt hatten.

Bei seiner Antwort begann Herr Spuller damit, in äußerst heftigen Ausdrücken gegen den Journalismus und die Zeitungsschreiber zu schimpfen. Mit lebhaftestem Bedauern erkannte er an, daß die Regierung machtlos gegen die Presse wäre, nicht allein kraft des Gesetzes, sondern hauptsächlich wegen des Charakters und der Qualität der Journalisten, mit denen sie zu tun habe. ‚Ich, der ich mich jeden Morgen dazu

verurteilt sehe, viele von ihnen zu empfangen, kann Ihnen sagen, daß ihre große Ignoranz, ihre unsinnige Voreingenommenheit, ihre Leidenschaftlichkeit ohne Gleichen ist. Und die Leidenschaft ist das Erbteil der Ignoranz; denn wer gebildet ist, wer Kenntnisse hat, wer vernünftig urteilt, darf sich nicht blind einer Leidenschaft hingeben. Heut rekrutieren sich die Journalisten aus allem, was es niedrigstes, tiefststehendes unter den Leuten gibt, die fähig sind, eine Feder zu halten. Bringen Sie Ihrer Regierung dies zur Kenntnis, damit sie nicht uns für Ausschreitungen verantwortlich macht, die wir beklagen, und gegen die wir als erste ankämpfen.'

Ich wendete dagegen ein, daß wir gewiß zwischen der einen und der anderen Klasse von Zeitungen und Journalisten zu unterscheiden wüßten, daß sich aber mein Wunsch auf eine Veränderung in der Haltung der französischen Zeitungen sich besonders auf die offiziöse Presse bezöge, für welche die Regierung der Republik sich doch nicht als unverantwortlich hinstellen könnte. Hierauf erwiderte Herr Spuller durch Anführung der Zeitung, welche bereits das Blatt Gambetta's und das seinige war, „La République Française", über die wir, seiner Ansicht nach, uns nicht beklagen könnten. Ich meinerseits nannte ihm „Le Temps", die täglich Mitteilungen aus dem Ministerium des Äußeren empfinge und doch vor nicht allzulanger Zeit recht wenig wohlwollende Urteile über Menschen und Dinge in Italien aufnahm. Herr Spuller schien in diesem Punkte nicht mit mir übereinzustimmen.

Dem Kriege, welcher gegen die italienischen Wertpapiere geführt wird, steht, so behauptete der Minister, das Handeln der Regierung ganz und absolut fremd gegenüber, doch fand er keine Antwort, als ich ihm sagte, der Argwohn, zu welchem die fast vollkommene Einmütigkeit der Börsenberichte aller Pariser Zeitungen in ihren täglichen, heftigen Angriffen auf die italienische Anleihe Anlaß gäbe, wäre doch zum mindestens entschuldbar."

Wahrscheinlich waren es diese Erklärungen Spullers, seines alten persönlichen Freundes, die Crispi veranlaßten, in seiner Rede zu Palermo am 14. Oktober die Aufhebung der Differentialtarife anzukündigen, welche auf die nach Italien aus Frankreich importierten Waren Anwendung fanden.

Crispi stellte keine Bedingungen, sondern nötigte, durch die Tatsache seiner Initiative selbst, die französische Regierung, Farbe zu bekennen.

„In einer Unterredung am 23. Oktober drückte mir Minister Spuller“ — telegraphierte der Botschafter Menabrea — „seinen innigen Wunsch aus, der Initiative Ew. Exzellenz zu entsprechen, wobei er jedoch die parlamentarischen Schwierigkeiten nicht verhehlte. Um bestimmtere Erklärungen von Herrn Spuller zu erlangen, ohne Ew. Exzellenz weiter zu verpflichten, sagte ich ihm unter meiner persönlichen Verantwortlichkeit, daß ich glücklich sein würde, wenn ich meine Karriere damit krönen könnte, friedliche Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Italien herzustellen, worauf Spuller antwortete, daß er sich im Gegenteil glücklich schätzen würde, seine diplomatische Karriere mit dem Erreichen des Zieles zu beginnen, dem er gewillt ist, sich mit seinem ganzen Eifer zu widmen. Er lud mich ein, über das Thema mit Herrn Tirard zu konferieren.“

Welche Haltung der Ministerpräsident, Herr Tirard, annahm, ergibt sich aus einem anderen Telegramm Menabreas vom 25. Oktober:

„Infolge der Unterredung, welche ich letzten Mittwoch mit Herrn Spuller hatte, und über welche ich Ew. Exzellenz in meinem gestrigen Telegramm Rechenschaft ablegte, begab ich mich zu Herrn Tirard, der Zeit gehabt hatte, Ew. Exzellenz Rede zu lesen und zu überdenken.

Er schien ihr großen Wert beizulegen und erkannte ihren beruhigenden, versöhnlichen Sinn an; jedoch gibt er durchaus nicht zu, daß gerade die Haltung Frankreichs auf unserer Seite die Kündigung des Handelsvertrages verursacht habe, welche den Vorwand so vieler Beschuldigungen gegen uns bildete und noch bildet.

In der Ankündigung Ew. Exzellenz, daß Sie die Absicht haben, dem Parlament die Abschaffung der Differentialgebühren Frankreich gegenüber vorzuschlagen, ohne von diesem Lande das Gleiche zu fordern, war Herr Tirard so liebenswürdig, einen versöhnlichen Akt anzuerkennen, der die jetzt in den Handelsbeziehungen unserer beiden Länder vorhandenen Schärfen zu glätten geeignet wäre. Als ich ihn aber fragte,

ob er auf dem ihm von Ew. Exzellenz eröffneten Wege der Versöhnlichkeit gefolgt wäre, erwiderte er mir, daß, bevor Frankreich seinerseits zur Abschaffung der Differentialtarife gelangen könne, es nötig wäre, einige Artikel unseres allgemeinen Tarifs zu reformieren, die für den französischen Handel Einfuhrverboten gleichkommen. Ich gab ihm darauf zu bedenken daß die in dieser Weise aufgeworfene Frage von der anderen gänzlich verschieden wäre, weil er uns tatsächlich für unsere Tarife Modifikationen nahelegte, die allein die Stipulierung eines neuen Handelsvertrages rechtfertigen würden, eines Vertrages, dem Frankreich selbst in diesem Augenblick widerstrebte, während die auf die Abschaffung der Differentialgebühren bezügliche Erklärung Ew. Exzellenz ein Akt verbindlicher Höflichkeit wäre, eines Aktes, der nur durch einen einigermaßen gleichen wiedervergolten werden könnte, um wohl zu beweisen, daß unsere beiden Länder, in Wahrung ihrer Handelsfreiheit nicht beabsichtigen, einen Tarifkrieg weiterzuführen, der keinem dienlich ist. Obwohl sich Herr Tirard beflissen zeigte, bequemere Handelsbeziehungen zu Italien herzustellen, verhehlte er nicht, daß er befürchtete, in der neuen Kammer auf ein fast unüberwindliches Hindernis zu stoßen. Da die letzten Wahlen unter dem Einfluß des absolutesten Schutzzollsystem gestanden haben, sei es zweifelhaft, ob er, mit dem besten Willen, den Wunsch erfüllen könne, den mir sein Kollege, Herr Spuller, so lebhaft ausgedrückt habe, d. h., den kommerziellen Frieden wieder- hersustellen.

Nichtsdestoweniger ist die Feindseligkeit gegen Italien im Schwinden begriffen; die Rede Ew. Exzellenz machte auf die einsichtigeren Männer großen Eindruck. Obwohl die Presse, die im allgemeinen unter dem Einfluß der Spekulation steht, es versucht, eine Erregung, die als Grund ihrer Polemik dient, aufrechtzuerhalten, gewinnen die friedlichen Anschauungen die Oberhand.

Der Präsident der Republik, dem ich heute morgen meinen Pflichtbesuch machte, sprach ebenfalls in diesem Sinne und gab dem Gedanken Ausdruck, die europäischen Mächte sollten, statt Schätze zu vergeuden, um sich gegenseitig zu verschlingen, sich lieber verbinden, damit sie dem Gegner der westlichen Küste des Atlantischen Ozeans, der, wie es scheint, den Handel und die Industrie Europas bedrohen will," Widerstand leisten können..

Aber die französische Feindschaft war unüberwindbar, und die friedliche Haltung Crispis blieb unerwidert.

Crispi empfand dessenungeachtet keinen Groll gegen die Minister der Republik.

Im folgenden Briefe ist ein kleiner Beweis des Gleichmuts seiner Empfindungen wiedergegeben:

Sombernon (Côte d'or) le 13 mai 1890.

Monsieur le Président du Conseil!

J'ai l'honneur de vous offrir la sincère et respectueuse expression de mes sentiments de reconnaissance pour l'insigne faveur qui m'a été accordée sur la proposition de Votre Excellence, par sa Majesté le roi d'Italie, quand elle a daigné me conférer la grand-croix de son ordre royal des Saints Maurice et Lazare dont son digne ministre à Paris M. Ressman, m'a remis les insignes et le diplôme le six mai courant.

Il m'a été particulièrement agréable de recevoir par l'intermédiaire de Votre Excellence cette marque de la haute estime de Sa Majesté, et je serais heureux, si Votre Excellence voulait bien se charger d'être auprès du Roi l'organe et l'interprète de ma profonde gratitude.

Je saisis cette occasion, monsieur le Président du Conseil, de vous assurer de la très haute considération avec laquelle j'ai l'honneur d'être

de Votre Excellence

le très humble et très obéissant serviteur

E. Spuller,

Député au Parlement français

ancien ministre des affaires étrangères de la République.

Zwölftes Kapitel.

Tunis und Tripolis.

(1890.)

Die Entlassung des Fürsten Bismarck: Die kaiserlichen Verordnungen über Arbeiterschutz; Erklärungen Kaiser Wilhelms; Crispi und Bismarck. — Die beabsichtigte Annexion Tunesiens durch Frankreich; Widerspruch Crispis; die Unterstützung der Großmächte; Briefwechsel Crispi-Salisbury. — Tripolis für Tunis. — Die Befestigungen von Biserta. — In Erwartung der italienischen Besetzung Tripolitaniens.

Am Abend des 20. März veröffentlichte das Beiblatt des „Reichs- und Staats-Anzeigers" zwei Verfügungen des Zivilkabinetts, nach welchem Fürst Bismarck auf sein Ersuchen seiner Ämter als Kanzler des Deutschen Reichs, als Präsident des preußischen Staatsministeriums und als Minister der Auswärtigen Angelegenheiten enthoben wurde, und General v. Caprivi, der Befehlshaber des X. Armeekorps, zum Kanzler und Präsidenten des Staatsministeriums ernannt wurde; dem Grafen Herbert Bismarck wurde provisorisch der Auftrag der Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten erteilt.

Graf de Launay schrieb privatim an Crispi, der Rücktritt des hervorragenden Staatsmannes, der seinem Vaterlande so unschätzbare Dienste hatte leisten können, sei das verhängnisvolle Ergebnis des Gegensatzes zweier Gewalten: die eine im Aufsteigen, die andere im Niedergange begriffen; diese, gewohnt, keine Hindernisse zu

berücksichtigen und jeden Widerstand niederzuwerfen, — jene, jung und entschlossen, die Stellung zu behaupten, die ihr von Rechts wegen zukommt, eine hervorragende Rolle zu spielen und nach dem eigenen Willen zu handeln. „Die Macht dieser Gewalt", schrieb de Launay, „tritt immer deutlicher hervor und wird durch einen Fürsten verkörpert, der eine hochfliegende und männliche Seele besitzt, der Verantwortlichkeit lebhaft empfindet, einen brennenden Eifer für die Erfüllung seiner Pflichten und seiner rechtschaffenen Absichten zeigt. Er verdient sicherlich, daß der Erfolg seinen edlen Bemühungen entspricht."

Über die entscheidenden Umstände des Ereignisses, welches überall die größte Überraschung hervorrief, empfing Crispi die nachstehenden Informationen:

„Der Ausgangspunkt der Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck ist die kaiserliche Verordnung vom 4. Februar über den Arbeiterschutz gewesen. Alsdann kämen verschiedene Umstände dazu, welche vorgestern (16. März) zu einer Aussprache zwischen Sr. Majestät und dem Fürsten geführt haben. Dieser hatte den Besuch des Herrn Windthorst, des Führers der Zentrumspartei, empfangen. Unter den Mitgliedern dieser Partei befinden sich gewiß einige, welche die Interessen der katholischen Religion mit denen des Reiches zu vereinigen suchen; aber es ist nicht weniger wahr, daß zu besagter Kategorie nicht Herr Windthorst gehört, der unter dem Deckmantel der Religion die Grundfesten des Reichs zu erschüttern versucht. Das offiziöse Organ, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", bemühte sich, in der Absicht, eine Regierungsmajorität im Reichstage zu erlangen, wie immer in dem Sinne, dem Zentrum die Partei der Konservativen auf der Grundlage des Autoritätsprinzips zu nähern, welches beide verkörpern. Von anderer Seite wurde das Bündnis zwischen beiden Parteien in einem Artikel desselben Blattes in deutlicher Weise nahegelegt, welcher nachwies, daß die vereinten Konservativen und Ultramontanen in Wirklichkeit über die Mehrheit verfügen würden, und daß eine Verständigung zwischen ihnen in einer gewissen Anzahl von Fragen möglich sei.

Der Kaiser sprach dem Kanzler sein Mißfallen aus, daß er den Besuch des Herrn Windthorst nicht zurückgewiesen habe.

Se. Majestät ersuchte außerdem den Fürsten, eine Verfügung zurückzuziehen, kraft deren die Minister und Staatssekretäre nicht ohne Erlaubnis des Kanzlers vor dem Kaiser zum Vortrag erscheinen dürfen. Der Fürst verweigerte seine Zustimmung.

Der Souverän wünschte ferner, entgegen der Ansicht seiner Durchlaucht, die vom Parlament zu fordernden neuen Militärvorlagen, die dazu dienen sollten, die Artillerie um 74 Batterien zu vermehren, auf das Allernotwendigste zu beschränken. Der gegenwärtige Reichstag würde den Gesetzentwurf ablehnen und daraus würde ein Konflikt entstehen, den Se. Majestät zu vermeiden wünscht. Die Befehlshaber der Armeekorps sind nach Berlin berufen worden, um sich über die äußerst zulässigen Grenzen der Beschränkungen auszusprechen.

Endlich beklagte sich Se. Majestät, daß er über die auswärtigen Angelegenheiten ungenügend informiert wäre.

Fürst Bismarck verriet durch Gesten eine hochgradige Erregung und nach diesem Ausbruch seiner Verstimmung feuchteten sich seine Augen. Der Kaiser bewahrte während dieser peinlichen Auseinandersetzung die größte Ruhe, und indem er sich von seinem ersten Minister trennte, sagte er ihm, er erwarte das Ergebnis seiner Erwägungen zu erfahren.

Gestern aber begab sich der Chef des Militärkabinetts, General von Hahnke, zum Kanzler, um ihm zu melden, daß er im Schlosse erwartet werde, um mit Sr. Majestät die seinen Rücktritt betreffenden Einzelheiten festzusetzen. Fürst Bismarck weigerte sich, diesem Rufe zu folgen und übersandte heute dem Kaiser ein Rechtfertigungsschreiben.

Auch der Staatssekretär wird seinerseits darum bitten, vom Dienste suspendiert zu werden, sobald die Nachricht von der Entlassung seines Vaters offiziell bestätigt wird. Graf Herbert Bismarck handelt unter der Einwirkung einer edlen Regung, da zwischen Sr. Majestät und ihm kein Anlaß zu einer Meinungsverschiedenheit über die Leitung der auswärtigen Politik besteht.

Im Grunde beruht die wahre Ursache des Zwiespalts zwischen dem Kaiser und dem Fürsten auf der Unduldsamkeit ihrer Charaktere. Der Fürst ist sich seiner Macht bewußt, er duldet nicht den geringsten Widerspruch, er will sich durch keine Vergleiche beugen lassen. Obwohl der Kaiser dem Fürsten volle Gerechtigkeit widerfahren läßt wegen der hervorragenden Dienste, die er während mehr als einem Vierteljahrhundert der

Monarchie, Preußen sowohl wie Deutschland, erwiesen hat, so ist er doch entschlossen, die innere Politik wie auch die auswärtige unter seine eigene hohe Leitung zu nehmen, während der Kanzler die Zügel der Regierung in seinen Händen halten wollte, wie er sie während der letzten Jahre der Regierung Kaiser Wilhelms I. gehalten hatte.

Man weiß noch nichts über den Nachfolger. Gut informierte Persönlichkeiten versichern, daß der Kaiser seit einem Monat seine Wahl getroffen habe. Wie dem auch sein mag, es wird nichts an der auswärtigen Politik geändert werden. Der Kaiser wird dem Dreibund treu bleiben.

Die voraufgehenden Nachrichten sind mir mit dem Auftrag übergeben worden, sie Ew. Exzellenz persönlich mitzuteilen. Die so huldvollen Worte an die Adresse Ew. Exzellenz, welche heute vom Kanzler an den Senator Boccardo gerichtet wurden, können als ein Lebewohl an denjenigen betrachtet werden, der, wie Sie, die Freundschaft und die Achtung Sr. Durchlaucht zu erringen verstanden hat."

Die kaiserlichen Verordnungen vom 4. Februar über die Verbesserung der Lage der Arbeiter waren vom Fürsten Bismarck nicht ohne Widerspruch aufgenommen worden. Wenn er auch das menschliche Gefühl seines Souveräns schätzte, beschäftigte sich der große Kanzler doch vorwiegend mit dem Mißerfolge, dem dieser sich aussetzte, mit den schwer zu verwirklichenden Hoffnungen, die er aufkommen ließ, und mit der Rückwirkung, die die kaiserliche Initiative auf die Lage der Parteien haben mußte. Ebenso fürchtete er, daß in den damals bevorstehenden Reichstagswahlen viele Wähler veranlaßt werden könnten, für Kandidaten zu stimmen, welche unter der Flagge der von oben her bekannt gegebenen Bestrebungen ihre sozialistische und anarchistische Gesinnung verbergen würden. Der Fürst glaubte, daß im Sinne eines „Staatssozialismus" mit den Gesetzen über Unfallversicherung, Sparkassenwesen und Invalidität der Arbeiter für den Augenblick genug geschehen sei, und daß der Staat sich darauf beschränken müsse, die Freiheit der

Arbeit zu schützen, ohne sich in die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzumischen, indem jede Störung der Ordnung streng bestraft würde.

Nach der Ankündigung der Krise schrieb Graf de Launay vertraulich am 23. März an Crispi:

„Ich bin unterrichtet worden, daß seit dem 19. d. M. die deutschen Botschafter in Rom, Wien, London und die Bevollmächtigten Preußens in Dresden und München benachrichtigt wurden, daß die Veränderungen, welche in Berlin Platz greifen mußten, in keiner Weise die internationalen Beziehungen des Reiches ändern würden.

Heute, beim Ordensfeste, befand ich mich an der Seite des neuen Kanzlers, der mit mir in demselben Sinne sprach. Er hat von Anfang an das Anerbieten seines Herrschers schweren Herzens angenommen. Sein Ehrgeiz war es, auch weiterhin aktiv im Heere zu dienen und, im gegebenen Falle, auf einem Schlachtfelde zu sterben, anstatt seine Kräfte auf einem Gebiete aufzureiben, auf dem er den Nachteil hat, der Nachfolger des Mannes, eines Genies zu sein, der so viele Jahre hindurch eine gewaltige Rolle in Europa gespielt hat. Er gab nach, als der Kaiser an seine Ergebenheit appellierte: für ihn als Militär bilden Mut und Gehorsam die Grundlagen seines Berufs. Aber er versicherte mir, daß er in der auswärtigen Politik in die Fußtapfen seines Vorgängers treten werde. Ich sagte ihm, daß ich mit ihm Beziehungen gegenseitigen Vertrauens im Interesse beider Länder aufrechtzuerhalten hoffte, und daß ich alles nur Mögliche zur Erreichung dieses Zweckes tun würde. General Caprivi antwortete mir, Fürst Bismarck habe, als er das diplomatische Korps Revue passieren ließ, in der Reihe der Diplomaten den italienischen Botschafter als denjenigen bezeichnet, dem er volles Vertrauen schenken könne. Ich spielte auf gewisse Berichte der deutschen Presse an, welche seiner Familie italienischen Ursprung zuschreibe; unsre Zeitungen hatten aus dieser Tatsache als ein weiteres günstiges Zeichen für das Fortbestehen der ausgezeichneten Verbindungen zwischen Italien und Deutschland hervorgehoben. Der General bestätigte mir, daß seine Vorfahren aus dem österreichischen Friaul nach Deutschland ausgewandert seien; die Verwandtschaft mit Montecuccoli's sei jedoch nicht nachgewiesen. ‚Das hindert nicht,'

fügte er hinzu, ‚daß ich die Italiener liebe, und daß ich vorschlage, mit mir auf deren Wohl zu trinken.‘ Ich meinerseits stieß auf das Wohl der Deutschen an.

Nach dem Frühstück nahm mich der Kaiser beiseite. Er bestand darauf, daß ich Sr. Majestät dem König und Ew. Exzellenz einiges Nähere über die hier eingetretene Krise mitteile. Nach seiner Rückkehr aus Friedrichsruh war Fürst Bismarck nicht wiederzuerkennen; es machte sich in ihm eine starke Überreizung bemerkbar. Nach Meinung des Arztes hätte dieser Zustand, wenn er länger angedauert hätte, Anlaß zu einer Nervenattacke gegeben. Er war durch seinen Kräfteverfall ein Mann geworden, mit dem es zu Ende geht. ‚Mein Herz‘, sagte der Kaiser, ‚hat durch die Notwendigkeit, einen alten und bewährten Diener der Krone in die Reserve versetzen zu müssen, schwer gelitten.‘ Se. Majestät drückte die Hoffnung aus, daß auch in Zukunft die Einsicht, die Energie und die Treue des Fürsten gegebenenfalls dem Reiche nicht fehlen würden. Im Ausland werde man sich der Friedenspolitik, die Fürst Bismarck so weise befolgt habe, erinnern, ‚die ich selbst mit allen Kräften meines Willens weiterzuführen entschlossen bin. Ich bleibe dem Dreibund treu.‘ Ohne ihn würde Europa längst blutige Konflikte erlitten haben. ‚Ich habe beruhigende Nachrichten aus Petersburg erhalten. Kaiser Alexander ist von den besten Gesinnungen erfüllt, und um zu erreichen, daß er nicht davon abweicht, werde ich ihm im Laufe des Jahres zur Zeit der großen Manöver in Zarskoje-Sselo einen Besuch abstatten.‘

Ich sagte Sr. Majestät, daß ich in meinem Briefaustausch schon angekündigt hätte, daß keine Änderung in dem Friedensprogramm des Berliner Kabinetts stattfinden würde und daß es durch die Aufrechterhaltung des Dreibundes, der eine sichere Grundlage des Friedens bedeute, unerschütterlich bestehen bleiben würde. Ich fügte hinzu, daß ich mich beeilen würde, die neuen Erklärungen dessen, der mit fester Hand die Zügel des Staates hält, nach Rom zu übermitteln.

Der Kaiser erwiderte: ‚Sie wissen, daß der italienische Botschafter persona gratissima ist, und daß er sich unseres vollen Vertrauens erfreut.‘

Ich sagte Sr. Majestät noch außerdem, daß ich Sorge getragen hätte, den unversöhnlichen Ultramontanen jede Hoffnung auf Erfolg zu benehmen, da sie den Augenblick gekommen glauben, zu ihrem Traum von der Wiederherstellung der welt-

lichen Macht zurückzukehren. Se. Majestät zögerte nicht zu erklären, daß solche Träume sicherlich nicht von ihm begünstigt werden würden. ‚Ich bin ein zu guter Protestant, um mich für solche Bestrebungen einzusetzen. Außerdem fühle ich eine aufrichtige Zuneigung für Ihren König und für Italien.'

Mir ist bekannt, daß der Kaiser auch meinem österreichischen Kollegen gesagt hat, daß nichts an seinem Programm der auswärtigen Politik geändert werden wird.

Se. Majestät hat sich durchweg mit den Arbeiten der Konferenz für Arbeiterschutz einverstanden erklärt. Er hofft, von ihren Beratungen einen guten Erfolg zu sehen, wenn auch nur als Grundlage für anderweitige Konferenzen.

Graf Herbert Bismarck besteht darauf, trotz aller Bemühungen des Souveräns, ihn in seinen gegenwärtigen Ämtern zu belassen, sich zurückzuziehen. In jedem Falle wird er einen längeren Urlaub nehmen. Der Botschafter in London, Graf Hatzfeldt, wird die vorläufige Vertretung der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen."

Einige Tage darauf wurde das Entlassungsgesuch des Grafen Herbert Bismarck angenommen und auf seinen Posten wurde Freiherr von Marschall, Gesandter des Großherzogtums Baden am königlichen Hofe und Mitglied des Bundesrats, berufen.

Crispi war durch den Rücktritt des Fürsten Bismarck von der deutschen Politik aufrichtig betrübt, sowohl wegen der Freundschaft, die beide verband, wie auch wegen der unbegrenzten und energischen Unterstützung, die er von ihm in allen Lagen genossen hatte. Am 21. März, unmittelbar nach der offiziellen Bekanntgabe im „Reichs- und Staats-Anzeiger", sandte er dem Fürsten seinen Gruß, der sofort darauf antwortete. Hier sind die beiden Telegramme:

Rom, 21./3. 1890.

An Se. Durchlaucht den Fürsten Bismarck, Berlin.

Wenn auch Ew. Durchlaucht beim Rücktritt von den hohen Ämtern, zu denen das Vertrauen dreier Kaiser Sie berufen, und in denen es Sie erhalten hatte, Deutschland das kostbare Erbteil der Friedenspolitik hinterlassen, der Sie Sich so aus-

schließlich gewidmet hatten, empfinde ich nichtsdestoweniger das tiefste Bedauern über Ihren Entschluß, ein Bedauern, das mir ebenso durch die Freundschaft, die mich mit Ew. Durchlaucht verbindet, wie durch das unbegrenzte Vertrauen, das ich in Sie setzte, eingeflößt wird. Diese Freundschaft und dieses Vertrauen können nicht getrübt werden. Ew. Durchlaucht dürfen davon überzeugt sein. Sie werden immer auf meine aufrichtigste und herzlichste Ergebenheit rechnen können.

Crispi.

Berlin, 22. März 1890.

Ich danke Ew. Exzellenz von ganzem Herzen für die liebevollen Worte, die Sie soeben an mich gerichtet haben. Sie sind mir ein neues Zeichen für das Vertrauen und die Zuneigung, die mir zur Ehre gereichen, und die ich aus ganzer Seele erwidere. Ich war glücklich, mich an der Seite eines Staatsmanns, wie Ew. Exzellenz, zu befinden, als es darauf ankam, über die Angelegenheiten unsrer beiden Länder zu verhandeln, und ich bitte Sie, meinem Nachfolger gegenüber die vertraulichen Beziehungen aufrechtzuerhalten, die so sehr dem Interesse beider Länder gedient haben. Ich werde stets die Erinnerung an unsre politischen Beziehungen bewahren, und ich bitte Sie, mir die persönliche Freundschaft zu erhalten, die ein unveränderliches Ergebnis unsrer Arbeit im Dienste des Vaterlandes bleiben wird.

von Bismarck.

Bei der Wiederkehr des 1. April, des Geburtstages des Fürsten, hatte Crispi, welcher ihm in den Vorjahren seine Glückwünsche gesandt hatte, nicht verfehlt, dieselben zu erneuern. Und sein Telegramm wurde durch einen Brief beantwortet, der ein neuer Beweis für die Herzlichkeit der Gefühle ist, welche Bismarck seinem früheren Kollegen verbanden.

1. April 1890.

An Se. Durchlaucht den Fürsten Bismarck

Friedrichsruh.

Gestatten Sie mir, mein Fürst, die aufrichtigsten und wärmsten Glückwünsche, die ich für Ew. Durchlaucht an Ihrem Geburtstage zum Ausdruck bringe. Sie haben in die

Ruhe und Einsamkeit, die Ihnen so teuer ist, das Bewußtsein der ruhmreichen Erfüllung einer großen Aufgabe mitgenommen, eines an Arbeit reichen Lebens, das ganz und gar dem Dienst, einer großen Dynastie und eines großen Volkes gewidmet war. Ihnen ist ein schönes Los beschieden. Möge Gott Ihnen vergönnen, es noch lange Jahre zu genießen, indem er Sie Ihrem Herrscher und Ihrem Vaterlande erhält, die stets auf die Ratschläge Ihres Genies und Ihrer Erfahrung rechnen dürfen, der Liebe Ihrer Familie, der unveränderlichen Zuneigung aller, die Ihnen ergeben sind. Crispi.

Friedrichsruh, den 21. April 1890.

Mein lieber Minister!

Die guten Wünsche, die Sie zu meinem Geburtstage an mich gerichtet, haben mich lebhaft bewegt, und ich bitte Sie, den Ausdruck meiner aufrichtigen Dankbarkeit entgegennehmen zu wollen.

Der Ort, aus dem ich diese Zeilen datiere, ist mir nicht allein durch die Ruhe seiner Wälder lieb, sondern vor allem durch die so angenehme Erinnerung an die Besuche, mit denen Sie mich dort zu beehren die Güte hatten. Zu meinem Bedauern sind unsere ausgezeichneten offiziellen Beziehungen unterbrochen worden, aber ich bin gewiß, daß mir Ew. Exzellenz jederzeit die persönliche Freundschaft, die uns verbindet, bewahren wird, und ich würde glücklich sein, Ihnen, wo es auch sei, die Hand drücken zu können.

Wollen Sie, lieber Freund, an die Gefühle meiner aufrichtigen Ergebenheit glauben; meine Frau und mein Sohn bringen sich Ihnen in herzliche Erinnerung.

von Bismarck.

Crispi vernachlässigte während seiner Regierung nicht das geringste italienische Interesse im Auslande: diplomatische und Konsulatsvertretungen, Schulen, Missionen, Handelsagenturen, Seestationen — kurz, jedes Mittel, Einfluß zu erlangen, wurde von ihm in Anwendung gebracht und aufmerksam gefördert.

Selbst die entferntesten Kolonien Italiens fühlten sich dem Mutterlande nahe und pflegten unter seinem wachsamen Schutz die nationalen Bande mit Stolz.

Hauptsächlich aber erfreuten sich die Interessen Italiens im Mittelmeer der größten Aufmerksamkeit Crispis, einer stolzen, eifersüchtigen, leidenschaftlichen Vorliebe. Sicherlich dachte er nicht daran, daß die Ereignisse sich rückwärts bewegen würden: aus Ägypten waren wir endgültig ausgeschlossen, und Tunis war zum großen Teil verloren. Aber dennoch sah er, daß eine umsichtige und feste Politik hätte verhindern können, daß die Situation Italiens sich in seinem Meere verschlechterte, und daß es vielleicht eine Entschädigung für die erlittenen Schäden finden könne.

Als Frankreich dem Bey von Tunis sein Protektorat aufzwang, hatte es sich verpflichtet, die Kapitulationen und die von den anderen Mächten erworbenen Rechte zu respektieren und in Tunis keine Befestigungen anzulegen, die eine militärische Basis bilden könnten. Natürlich wurden diese Verpflichtungen mit der Zeit eine schwere Abhängigkeit, und darum suchten die Franzosen, indem sie nach und nach die Auffassung änderten, mit der sie das tunesische Unternehmen begonnen hatten, ihre Herrschaft unbeschränkt und endgültig zu gestalten. Zwei Staaten hatten ein Interesse daran, sich diesem Vorschlage entgegenzustellen: England und Italien.

Die italienische Politik schätzte immer die britische Freundschaft hoch, denn sie stellte für Italien eine Bürgschaft des status quo im Mittelmeer dar. Aber in Wahrheit sind die Bestrebungen, ihr Fortdauer zu geben und sie innig zu gestalten, oft wegen des Auseinandergehens der englisch-italienischen Interessen vergeblich gewesen. In der Theorie mußte England lieber sehen, daß Italien, sein friedliebender und aufrichtiger Freund, im Mittelmeer die Vorherrschaft oder doch wenigstens eine starke Stellung hätte; da aber England in der weiten Welt vielfache Interessen und hier und da mit der französischen Macht zu rechnen hat, so muß es manchmal in der Praxis

ein Auge zudrücken und Frankreich die verlangten Entschädigungen gewähren, und das gerade im Mittelmeer.

Wir haben gesehen, wie weit England sich im Jahre 1878 in der Tunisfrage[1]) verpflichtet hatte, und es erklärt sich so vollkommen die nachfolgende zweideutige Politik zwischen Frankreich, das Grund hatte, sich in Tunis keiner englischen Einsprüche zu begeben, und zwischen Italien, das eine Solidarität der Interessen annahm, die nicht bestand.

Bei dieser Situation waren die Schwierigkeiten, denen sich Crispi gegenüber sah, unüberwindlich. Es ist ohne Zweifel wichtig, zu wissen, wie er sie zu zwingen versuchte, und wie es ihm gelang, die Tätigkeit der französischen Regierung lahmzulegen.

Crispi erhält im Juni 1890 Nachricht aus Paris, daß zwischen Lord Salisbury und dem französischen Botschafter in London, Waddington, Besprechungen im Gange seien, bei denen es sich um Konzessionen in Tunis von seiten Englands handle als Entgelt für die Zustimmung Frankreichs zu dem Protektorate Englands über den freien Staat Zanzibar. Er ermächtigt den italienischen Botschafter, Grafen Tornielli[2]), dem Minister Salisbury zu erklären, die Regierung des Königs habe die Meinung, daß die von Frankreich bei Biserta begonnenen Werke eine Störung des Gleichgewichtes der Kräfte im Mittelmeer in drohende Aussicht stellten, und daß das Kabinett der Königin in Paris Vorstellungen erheben möge, um das Fortschreiten der Arbeiten zu verhindern; gleichzeitig telegraphiert er nach Berlin, daß

[1] Zweites Kapitel.

[2] Graf Tornielli war nach dem am 17. Okfober 1888 in London erfolgten Tode des Grafen di Robilant zum Gesandten bei der Königin von England ernannt worden. Crispi hatte Robilant wenige Monate vorher wieder in den Dienst zurückgerufen, im April, ein Jahr, nachdem dieser eminente Diplomat die Regierung unter den bekannten Umständen verlassen hatte.

die Regierung des Königs bei verschiedenen Gelegenheiten die Bemerkung gemacht zu haben glaube, bei der britischen Regierung bestände Neigung, Frankreich in Tunis Konzessionen zu machen zum Schaden italienischer Interessen, auf die Italien nicht verzichten könnte.

Lord Salisbury erklärt am 25. Juni Tornielli, er habe den französischen Botschafter über die Arbeiten von Biserta befragt, und man habe ihm geantwortet, jene Arbeiten hätten keinen militärischen Charakter; dem deutschen Botschafter, Grafen Hatzfeldt, sagt Salisbury, daß zwischen London und Paris über Tunis nicht gesprochen worden sei. Betreffs Zanzibars stellt Salisbury das von ihm angenommene Prinzip auf, daß ein Staat nicht aufhöre, unabhängig zu sein, wenn er diese Unabhängigkeit dazu benutze, sich freiwillig unter das Protektorat eines anderen Staates zu stellen, und er bemerkt weiter, er habe die französische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß, wenn dies nicht ihrer Anschauungsweise entspräche, er die Einwände, die man ihm machen würde, prüfen wolle.

Es schien daher, als ob Unterhandlungen nicht im Gange wären, und doch blieb die Sachlage so, daß Frankreich Entschädigungsansprüche in Tunis erheben konnte.

Am 7. Juli telegraphiert Crispi dem Grafen Tornielli:

„(Streng vertraulich. Persönlich.) Zufällig bin ich von einem intimen Freund Freycinets und Ribots davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Frankreich mit England betreffs eines Handelsvertrags über Tunis verhandelt. Die Angelegenheit ist in Hinsicht auf die besondere Lage Englands, das dort einen Vertrag von unbestimmter Dauer hat, in Anregung gebracht worden. Dieselbe Person hat mir zu verstehen gegeben, daß Frankreich das gleiche mit uns tun möchte, und daß es bereit sei, uns dieselben Bedingungen zu gewähren wie Großbritannien.

Daß Frankreich etwas in Tunis vorbereitet, ist nunmehr sicher. Man zögert, weil man weder Englands noch unsere Unzufriedenheit erregen will. Darum habe ich dem offiziösen Freund mit der größten Zurückhaltung und ohne mich im

geringsten zu binden, geantwortet, daß die Tunisfrage in Italien nicht berührt werden könne, ohne die öffentliche Antipathie wachzurufen; daß die Angelegenheit eine eingehende Bearbeitung erfordere, und daß, wenn ich die Grundlagen des Vertrages kennte, ich mich sofort anschicken würde, sie gebührenderweise zu prüfen. Inzwischen würde es gut für mich sein, die Absichten Lord Salisbury's kennen zu lernen, da ich nichts unternehmen möchte, das nicht seiner vollkommenen Zustimmung sicher wäre. Ich bitte Sie daher, mit der größten Vorsicht ergründen zu wollen, wieviel Wahres an den mir gemachten Mitteilungen sei."

Eine gleiche Mitteilung wird in Berlin gemacht. Tornielli und Hatzfeldt konferieren mit Salisbury, der diese Verhandlungen nicht ableugnet, aber ausdrücklich erklärt, daß „in jedem Falle England Frankreich Konzessionen in Tunis nur auf dem Gebiete des Handels machen würde, aber niemals solche politischer Natur, was ja einen Verzicht auf die Kapitulationen bedeuten würde."

Crispi empfängt am 14. Juli vom italienischen Konsul in Tunis, Machiavelli, folgende alarmierende Nachricht:

„Ich habe aus guter Quelle erfahren, daß durch Vertrag vom Mittwoch, 9. d. M., zwischen regierendem Bey und seinen unmittelbaren Nachfolgern einerseits und französischer Regentschaft andrerseits, Familie des Bey beim Tode desselben aufhört, zu regieren, Frankreich garantiert Zivilliste der Prinzen unverbindlich auf zwei Millionen Francs festgesetzt, für denjenigen, dem der Thron zukommen würde. Englischer Konsul macht der ‚Foreign office' gleiche Meldung."

Diese Nachricht machte auf Crispi einen tiefen Eindruck. Er berief die Geschäftsträger in London und Paris, Catalani und Ressman, nach Rom, um ihnen mündliche Instruktionen zu erteilen und brachte die Kanzleien der Großmächte in Bewegung. Folgende Schriftstücke zeigen, mit welchem Eifer und in welchem Sinn Crispi die Frage behandelte.

Rom, 15. Juli 1890.

Königlich Italienische Botschaft, Berlin.

Am 9. d. M. wurde in Tunis ein Vertrag unterzeichnet, durch den die Abtretung der Oberherrschaft des Bey zugunsten Frankreichs nach dem Tode des gegenwärtigen Fürsten festgelegt wurde. Frankreich soll dafür dem Thronfolger eine Jahresrente von zwei Millionen Frank gewähren. Diese Abmachung vervollständigt den Vertrag vom Bardo und sichert der benachbarten Republik die Herrschaft über ein sehr weites Gebiet von der Grenze Marokkos bis zu der Tripolitaniens.

Die Nachteile, die sich daraus für Italien ergeben werden, sind unberechenbar. Der Irrtum, den das Berliner Kabinett 1881 damit beging, daß es die Besetzung von Tunis zugab, wird seine Folgen haben. Wenn Deutschland den besagten Vertrag vom 9. Juli in Kraft treten läßt, so wird uns nicht nur die Freiheit im Mittelmeer, auf die wir ein Anrecht haben, genommen, sondern unser Land wird ständig bedroht sein. Wenn die befreundeten Mächte sich dieser neuerlichen räuberischen Handlung nicht widersetzen wollen oder sich nicht widersetzen können, so sollen sie wenigstens sich zusammentun, um zu erreichen, daß Italien gegen die unausbleiblichen Gefahren diejenigen Garantien erhalte, die zu seiner Verteidigung unbedingt notwendig sind.

Sprechen Sie, bitte, sogleich mit dem Grafen Caprivi und bitten Sie ihn um eine schnelle Antwort, damit wir uns danach richten können.

Rom, 16. Juli 1890.

Königlich italienische Botschaft, Berlin.

Ich lasse meinem Telegramm von heute Nacht andere Erwägungen folgen, die ich dem Reichskanzler sofort zu unterbreiten bitte.

Der Vertrag vom 9. d. M., durch den Frankreich die Oberhoheit über Tunesien erhalten soll, dürfte, sofern er nicht verhindert würde, Italien in die Lage versetzen, die Hilfe Deutschlands anzurufen. Wenn Tunesien völlig unter die Herrschaft Frankreichs käme, so würde es im Kriegsfalle eine große militärische Bedeutung gegen uns annehmen.

Der Hafen von Biserta, an dem seit einiger Zeit gearbeitet wird, würde zu einer gewaltigen Feste werden; er ist nur drei Stunden von Sizilien entfernt, das er ständig bedrohen würde.

Italien wäre dann gezwungen, ein starkes Heer in Sizilien zu halten und könnte nicht ohne Gefahr seine Flotte aus den sizilischen Gewässern entfernen.

Um größere Übel zu vermeiden, sehen wir uns genötigt, die verbündete Regierung zu benachrichtigen, die sicherlich gemeinsam mit uns die notwendigen Schritte in London und, zur gegebenen Zeit, auch in Paris tun wird.

Falls Sie die notwendigen Dokumente nicht besitzen, so fordern Sie sie vom Grafen de Launay.

Rom, 18. Juli 1890.

Ich komme auf die tunesische Frage zurück.

Die französische Okkupation von Tunis 1881 hat den Sturz des italienischen Ministeriums zur Folge gehabt. Italien war darüber verstimmt, aber damals war es isoliert.

Heute besteht der Dreibund, und der Wechsel der Oberherrschaft in Tunesien dürfte in Italien zwei Folgen haben: den Rücktritt des gegenwärtigen Ministeriums und in unserm Volke die Erregung der Überzeugung von der Nutzlosigkeit des Dreibundes. Diese zweite Folge könnte verhängnisvoll werden; daran muß das Berliner Kabinett denken.

Ich bin überzeugt, daß, wenn Deutschland in Paris zu verstehen gäbe, daß die Ausführung des Vertrages vom 9. d. M. den Krieg hervorrufen könnte, die Regierung der Republik in einen Vergleich mit Italien einwilligen würde.

Teilen Sie diese meine Erwägungen dem Reichskanzler mit.

Tunis, 16. Juli.

Herr Minister! In Bestätigung und zur Erläuterung des vorgestern von mir an Ew. Exzellenz gerichteten Chiffretelegramms habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die darin enthaltene Nachricht mir in der Form einer vertraulichen Mitteilung vom englischen Konsul gegeben worden ist, der sie, wie er mir sagte, von einer Persönlichkeit am tunesischen Hofe, einem Vertrauten des Bey, empfangen hatte.

Mittwoch, den 9. d. M., waren bei Sr. Hoheit die Fürsten Taib und Hussein, Herr Regnauld, der Stellvertreter des Residenten, der Anwalt der Republik, Herr Fabry, und der Kommandant Catroux als Dolmetscher versammelt. Es soll beschlossen worden sein, daß die Familie des Bey nach dem Tode des gegenwärtigen Beys die Herrschaft niederlege, und daß Frankreich die Zivilliste der Prinzen garantieren solle, die es

für ewig auf zwei Millionen Frank für denjenigen von ihnen festsetzte, dem der Reihenfolge entsprechend der Thron zukäme, wenn nicht von seiten Ali-Beys und der beiden nächsten Erben im Namen der Dynastie Verzicht geleistet worden wäre.

Der englische Konsul fügte hinzu, die Persönlichkeit des Mannes, die Art und Weise, in der er seine vertraulichen Mitteilungen machte, und irgendein Wort, das einem Beamten der Residenz entschlüpft wäre, hätten der Mitteilung solchen Anschein von Wahrheit verliehen, daß er sich verpflichtet gesehen hätte, sie schleunigst der „Foreign office" mitzuteilen, auch im Hinblick auf die schwebenden Verhandlungen wegen Afrika, mit denen die tunesische Frage wohl in Zusammenhang stehe.

Aus der Art und Weise, wie Herr Drummond zu mir sprach, entstand in mir ein gewisser Verdacht, daß die Nachricht vom Bey selbst oder von einem (andern) tunesischen Prinzen herrühren könne, da ich weiß, daß, wenn sie auch nicht den Mut zum offenen Widerstande haben, sie doch eine Einmischung der europäischen Mächte gern sehen würden, um der immer mehr um sich greifenden Machtentfaltung Frankreichs in Tunesien einen Riegel vorzuschieben.

Es ist bemerkt worden, daß bei der sofort nach Rückkehr des Herrn Massicault erfolgten Unterredung zwischen diesem und dem Bey der gewohnte Dolmetscher, General Valensi, nicht zugegen war, obgleich er der Regierung bis zur Servilität ergeben ist, sondern daß der zweite Sohn Sr. Hoheit als Übersetzer fungiert hat, woraus hervorgeht, daß man sehr wichtige und heikle Dinge verhandelt haben muß.

G. B. Machiavelli.

Tunis, 18. Juli.

Herr Minister!

Zur teilweisen Berichtigung meiner Mitteilung vom 16. d. M. muß ich Ew. Exzellenz mitteilen, daß an Stelle des Prinzen Hussein, der wegen eines typhösen Fiebers das Bett hüten mußte, bei der Zusammenkunft in der Marsa ein anderer Prinz aus der Familie des Bey zugegen war.

Herr Drummond-Hag hat mich heut wissen lassen, daß ihm von der „Foreign office" Mitteilungen zugegangen sind, nach denen es ausgeschlossen ist, daß England geneigt sei, auf seine Rechte in der Regentschaft zu verzichten und die tunesische Frage mit der Zanzibar betreffenden zu verbinden, wie es von Frankreich so lebhaft gewünscht worden war.

Er hat noch hinzugefügt — und ich glaube es auf jeden Fall wiederholen zu müssen —, daß nach seinem Ermessen die Regierung der Königin der Regierung der Republik keine Zugeständnisse in Tunis machen werde, ohne eine Entschädigung in Ägypten zu erlangen, sobald der geeignete Moment eintreten werde.

G. B. Machiavelli.

Der Geschäftsträger in Berlin telegraphierte am 18. Juli, er habe dem Kanzler Caprivi die ihm von Crispi zugesandten Telegramme mitgeteilt und ihm die lebhafte Bewegung vorgestellt, welche die Nachricht von dem neuen tunesischen Abkommen nach ihrem Bekanntwerden in Italien hervorgerufen habe.

„Der Kanzler — sagte Beccaria — schien mir vom Ernst des Gegenstandes durchdrungen zu sein; er erklärte mir jedoch, er könne sich gerade darum nicht ohne reifliche und ernste Überlegung darüber aussprechen. Die Bürde der Geschäfte, die ihn vom Tage seines Amtsantrittes völlig in Anspruch genommen haben, habe ihm bisher keine Zeit gelassen, der tunesischen Frage auf den Grund zu gehen, die sich wider Erwarten schnell zugespitzt und ihn daher völlig überrascht hätte. Er wird sie sogleich zum Gegenstand sorgfältiger Prüfung machen . . . .

Nach den jüngst vom Grafen Hatzfeldt gesandten Auskünften dürfte Lord Salisbury keine Kenntnis von der Sache haben."

Berlin, 23. Juli.

Ich komme von einer Unterredung mit dem Kanzler. Se. Exzellenz hält für das Gelingen des diplomatischen Feldzuges in der tunesischen Frage die Mitwirkung Österreich-Ungarns und, was von höchster Wichtigkeit ist, die Englands für zweckmäßig . . . .

Gleich nach meinen ersten Mitteilungen leitete das Berliner Kabinett entsprechende Schritte in London und Wien ein. Obgleich diese noch keinen Erfolg gezeitigt haben, so hofft der Kanzler doch, zur Erhebung gemeinsamer Vorstellungen in Paris gelangen zu können . . . . Inzwischen bat er mich dringend, Ew. Exzellenz zu versichern, daß die Regierung, wie in der Vergangenheit, von den besten Gefühlen und von dem größten Wunsche beseelt sei, Italien einen Dienst zu leisten, und daß ferner er selbst, General Caprivi, gern die Gelegenheit benütze, Ew. Exzellenz seinen guten Willen und die hohe Meinung zu

bekunden, die er von Ihren Ansichten und Urteilen hege, wohl wissend, mit welch erfahrenem und illustrem Staatsmann er zu tun habe .... Aus gewissen Winken, die mir der Kanzler gegeben, und aus Nachrichten, die uns aus anderer Quelle zugegangen sind, konnte ich folgern, daß nach Sondierung des Terrains in London das Berliner Kabinett zwar nicht an der Möglichkeit englischer Hilfe zweifle, aber sich doch von der Notwendigkeit überzeugt habe, gegen England, besonders im gegenwärtigen Augenblicke, wo Lord Salisbury mit Frankreich in schwierigen Unterhandlungen betreffs Zanzibars und Neufundlands steht, nur mit großer Vorsicht vorzugehen.

Beccaria.

Rom, 24. Juli.

Königlich italienische Botschaft, Berlin.

Gestern abend kam Graf Solms und teilte mir ungefähr das mit, was in Ihrem Telegramm steht. Ich setzte dem deutschen Botschafter auseinander, welches die Gefahren für die Freiheit des Mittelmeers und den europäischen Frieden seien, wenn Frankreich die absolute Herrschaft über Tunesien erlangte. Ich fügte hinzu, daß, wenn dies ohne einen Einspruch von seiten der verbündeten Mächte geschähe, auch die Besetzung Tripolitaniens unabwendbar sein würde. Es käme also darauf an, entweder Mittel und Wege zu finden, um die absolute Herrschaft Frankreichs in Tunesien zu verhindern, oder Vorsorge zu treffen, daß Tripolitanien uns gegeben werde, als einzig mögliche Sicherheit gegenüber einer Vergrößerung der Land- und Seemacht Frankreichs. Wir wollen im Einvernehmen mit den befreundeten Regierungen vorgehen, aber wir sind entschlossen, alle Mittel anzuwenden, damit Italien nicht von einem Ereignisse betroffen werde, das einem Unglücke gleichkäme.

Crispi.

Berlin, 25. Juli.

Ich komme von Herrn v. Holstein, der mir mitteilte, das Berliner und das Londoner Kabinett hätten beschlossen, die französische Regierung in höflicher Form in der tunesischen Angelegenheit zu interpellieren.

Während ich mit Herrn v. Holstein sprach, kam ein Telegramm des deutschen Botschafters in Paris folgenden Inhaltes an:

„Sowie ich das Gespräch auf Tunesien brachte, erklärte Herr Ribot das von Italien ausgestreute Gerücht von einem

Abkommen Frankreichs mit dem Bey, demzufolge seine Erben mit zwei Millionen Frank entschädigt worden seien, für absolut falsch. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten bat mich, dies dem Reichskanzler mitzuteilen, um einem Mißverständnis vorzubeugen. Beccaria."

Rom, 27. Juli.

Königlich italienische Botschaft, Berlin.

Das Dementi Ribots bezüglich des Vertrages, nachdem die volle Souveränität über Tunesien an Frankreich abgetreten sein soll, hat nur relative Bedeutung und beruhigt uns nicht, wenn wir an das frühere Verhalten der Regierung der Republik denken. Am 12. April 1881 wurde Tunesien besetzt und der Vertrag über das Protektorat unterzeichnet; dabei hatte am 6. April desselben Jahres, d. h. wenige Tage vorher, Barthélemy Saint-Hilaire dem General Cialdini erklärt, daß es nicht besetzt werden würde. Crispi.

Berlin, 28. Juli.

Ew. Exzellenz werden schon von London aus unterrichtet sein, daß Lord Salisbury den französischen Botschafter wegen des Abkommens befragt hat, das der französischen Republik die volle Souveränität über Tunesien sichern soll. Herr Waddington soll seiner Regierung Bericht erstattet und dem englischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine ähnliche Erklärung abgegeben haben, wie sie Herr Ribot dem Grafen Münster gegeben hat. Letzterer schrieb im Anschluß an das Telegramm, von dessen Inhalt ich Kenntnis gab, die Versicherungen des französischen Ministers des Auswärtigen wären ganz formeller Natur gewesen, so daß man entweder glauben müßte, das Abkommen existiere wirklich nicht, oder Frankreich fühle sich nicht stark genug, um angesichts des sichtbaren Widerstandes seine Ziele zu verfolgen. Beccaria.

Gleichzeitig war Crispi in London tätig; Lord Salisbury begann Zweifel über das Bestehen des Vertrages zu äußern.

„Er sähe nicht, so berichtete Tornielli, wie man die Wahrheit betreffs des Bestehens eines Vertrages vom 9. Juli ermitteln könne, weil Frankreich ihn sicherlich nicht mitteilen würde und der Bey ebensowenig."

Nach einigen Tagen zeigt Salisbury an, daß er keine Beweise über den Vertrag der Abtretung Tunis' an Frankreich hätte sammeln können, jedoch ließen einige Anzeichen darauf schließen, daß irgendein Schriftstück zwischen dem regierenden Bey und der französischen Regierung unterzeichnet worden wäre, um beim Tode des Bey die Thronfolge zu sichern. Er äußerte sich dahin,

„daß, wenn die nach Rom gelangten Nachrichten von genügenden Beweisen unterstützt wären, die Tatsache sicherlich derart schwerwiegend sein würde, daß sie eine Verständigung der Italien befreundeten Kabinette erfordere, um festzustellen, welche Schritte man einleiten müßte."

Aber Crispi, von der dem Botschafter gegebenen Antwort nicht zufrieden gestellt, schrieb Lord Salisbury folgenden Brief:

Rome, le 23 juillet 1890.

Mon cher lord Salisbury!

Votre Excellence recevra cette lettre des mains du commandeur Catalani, qui vous ouvrira toute ma pensée au sujet de la question tunisienne, question dont la solution est d'un si grand intérêt pour l'Italie et pour la Grande Bretagne.

La France est depuis neuf ans en Tunisie. Il serait impossible de l'en déloger et sa ferme intention est manifestement d'y rester maîtresse et en toute sécurité.

Sans donner suite aux nouvelles contradictoires reçues de Tunis et voulant même prêter fois au démenti de M. Ribot, j'ai la conviction que, tôt ou tard, la France saura acquérir la plénitude de la souveraineté de ce pays.

En attendant il ne faut pas oublier, que jusqu'au 6 avril 1881, c'est-à-dire un mois environ avant le traité du Bardo, M. Barthélemy Saint-Hilaire déclarait au Général Cialdini que le gouvernement français ne pensait aucunement à une occupation militaire permanente et moins encore à l'annexion de la Tunisie.

Si ce changement de domination en Tunisie venait d'avoir lieu sans opposition et à notre insu, la Tripolitaine ne tarderait pas à avoir son tour. Le Gouvernement de la République tend

à occuper cette région, comme le prouvent surabondamment ses empiètements continuels sur la frontière.

Il arriverait alors que du Maroc à l'Égypte une seule puissance dominerait l'Afrique du nord, et que de cette puissance dépendrait la liberté de la Méditerranée. L'Italie, pour ce qui la concerne, serait sous la menace incessante de la France; Malte et l'Égypte ne seraient pour la Grande Bretagne une garantie suffisante.

En présence de tels dangers, il faut se préparer et prévenir l'exécution des desseins de la France.

La Tunisie ne pouvant être rendue à elle même, et puisque on ne peut empêcher le Protectorat de devenir un jour ou l'autre une souveraineté, il serait nécessaire de se prémunir contre une occupation possible de la Tripolitaine de la part de la France en l'occupant avant elle.

Si nous avions la Tripolitaine, Biserta ne serait plus une menace pour l'Italie, ni pour la Grande Bretagne.

Nous sommes vos alliés nécessaires; et notre union vous garantirait la domination de Malte et de l'Égypte. Grâce à elle, l'Italie n'aurait plus à craindre qu'une double expédition militaire pût simultanément être dirigée contre elle de Biserta et de Toulon.

Je prie Votre Excellence de peser ces considérations et d'agir de concert avec le Gouvernement que j'ai l'honneur de présider. Il s'agit de notre salut et de votre grandeur dans la Méditerranée.

Je saisis cette occasion pour offrir à Votre Excellence les assurances de ma très haute considération.

F. Crispi.

Am 31. Juli berichtete der Geschäftsträger Catalani Crispi aus London:

„Ew. Exzellenz Brief hat auf Salisbury einen tiefen Eindruck gemacht. — Se. Gnaden werden binnen kurzem schriftlich antworten. Inzwischen hat mich Se. Gnaden beauftragt, Ew. Exzellenz zu depeschieren, „er sei davon überzeugt, daß, wenn der status quo im Mittelmeer auch nur im geringsten verändert werden sollte, es absolut notwendig wäre, daß Tripolis von Italien besetzt würde". Er erinnerte mich außerdem aus eigenem Antrieb noch daran, daß er mich bereits

zu andrer Zeit von dieser seiner Auffassung, die einen der wichtigsten Grundsätze seiner Politik darstelle, unterrichtet habe. Er fügte alsdann hinzu: „Die Besetzung Tripolis' muß sich unabhängig von den ägyptischen Ereignissen vollziehen, d. h. unabhängig davon, ob Ägypten in englischen Händen oder in denen des Sultans bleibt. Die Besetzung Tripolis' durch Italien ist, damit das Mittelmeer kein französisches Binnengewässer wird, im Interesse Europas unbedingt erforderlich. Die einzige Frage, die zu erörtern wäre, ist die, ob der gegenwärtige Augenblick für das Unternehmen zweckmäßig ist. Hierüber ist Salisbury anderer Meinung als Ew. Exzellenz. Er glaubt, daß der geeignete Zeitpunkt noch nicht gekommen sei. Daher richtet er an Ew. Exzellenz durch mich eine Bitte, die sich in einem Worte zusammenfassen läßt: warten. Dieses Wort sei bereits aus Berlin in Rom eingetroffen oder werde demnächst dort eintreffen. Alles läßt darauf schließen, daß Frankreich, indem es die Versicherung gab, mit dem Bey keine neuen Abmachungen getroffen zu haben, aufrichtig gewesen ist. Auf die Bemerkung, die Abmachungen könnten ja bereits von einer vorhergegangenen Regierung zum Abschluß gebracht worden sein, antwortete Salisbury, daß man dafür keine Beweise habe. ‚Das größte Hindernis für eine sofortige Besetzung Tripolis' würde der Widerstand des Sultans sein, der Italien den Krieg erklären würde. Die gegenwärtigen Verhältnisse der Türkei sind andere als diejenigen, in der sie sich zur Zeit der Überlassung Cyperns befand. Die Türkei selbst ist ja nicht zu fürchten, aber die Türkei wird von Rußland unterstützt werden, das sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen wird, sich den Sultan zum Vasallen zu machen, indem sie ihm sein Land beschützt. Ein Vorstoß Italiens in Tripolis würde das Signal zur Aufteilung der Türkei geben, die zwar ein Schicksal ist, dem die Türkei nicht entgehen kann, die aber ein Ereignis darstellen würde, auf das zurzeit weder die Mächte noch die öffentliche Meinung in England vorbereitet sind. Italien wird nichts dadurch verlieren, daß es wartet: wenn es sich für den Augenblick, in dem Frankreich Anzeichen für die Verwirklichung seiner Pläne böte, bereit hält, zu handeln.'

Salisbury wird seinerseits Frankreich energisch davon abraten, irgendeine politische Veränderung in Tunis vorzunehmen. Auf mein Ansinnen, der französischen Regierung offen zu erklären, daß die englische Flotte sich zur Aufrechterhaltung des status quo Tunesiens mit der italienischen

vereinen würde, antwortete Salisbury, daß eine solche Erklärung einen parlamentarischen Zwischenfall hervorrufen könnte, da Waddington N. N. davon unterrichten würde. Salisbury schloß: ‚Die italienische Regierung wird Tripolis erhalten, aber der Jäger muß auf den Hirsch schießen, wenn er in Schußweite ist, damit er ihm, wenn er auch verwundet worden ist, nicht entweichen kann.'

Meine Eindrücke sind folgende:

1. Die Beziehungen zwischen England und Frankreich sind bedeutend gespannter als im vorigen Jahre;
2. Salisbury ist viel mehr als im vorigen Jahre geneigt, sich Ägypten nicht entschlüpfen zu lassen. Ein Vorstoß Italiens in Tripolis würde die sofortige Proklamierung eines Protektorats Englands über Kairo zur Folge haben.

Dér Schlüssel Tripolis' liegt zurzeit in Berlin. Ein entschlossenes Wort von dort würde Salisbury den Mut einflößen, der ihm fehlt. Se. Gnaden wünschen, sich drei bis vier Tage Zeit zu nehmen, um Ew. Exzellenz eine Antwort zugehen zu lassen. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß diese Frist dazu dienen soll, einen Gedankenaustausch mit Berlin herbeizuführen."

Am 5. August traf folgendes Telegramm von Catalani ein:

„Den von Lord Salisbury an Ew. Exzellenz gerichteten Brief habe ich erhalten. Ich werde ihn morgen, in einem Umschlag verwahrt, dem Botschafter übergeben, damit er mittelst des Kuriers befördert wird.

Ew. Exzellenz bitte ich, Tornielli Befehl zugehen lassen zu wollen, den Kurier sofort nach Rom zurückzuschicken.

Wenn, wie ich Grund habe, anzunehmen, die schriftliche Mitteilung Salisburys mit den mir mündlich gemachten Eröffnungen übereinstimmt, so ergibt der zwischen den beiden Premierministern Italiens und Englands gepflogene Briefwechsel ein vollständiges Einvernehmen in der Tripolisfrage. Es ist wahrscheinlich, daß der deutsche Kaiser von dem Briefwechsel unterrichtet worden ist."

Die Antwort Lord Salisbury's lautete:

Londres, 4 août 1890.

Mon cher Signor Crispi!

J'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre dont Votre Excellence a bien voulu m'honorer. Je l'ai lue avec le plus grand intérêt.

Je suis d'accord avec Votre Excellence sur l'avenir probable de la Tunisie. Elle deviendra fatalement Française un jour ou l'autre: mais je crois cette issue assez loin. Aussi, je me trouve en parfaite harmonie avec Vos idées sur le danger d'une avance ultérieure de la part de la France. Les intérêts politiques de la Grande Bretagne aussi bien que ceux de l'Italie ne comportent pas que la Tripolitaine ait une destinée semblable à la Tunisie. Il faut absolument parer à une telle éventualité, quand elle nous menacera. Mais je ne la crois pas proche. La France a beaucoup de chemin à faire avant de se trouver à ce point là.

Or, dans une telle affaire, les précautions prématurées sont pleines de danger.

Si l'Italie venait à occuper Tripoli en temps de paix sans que la France ait pris aucune mesure aggressive, elle s'exposerait au reproche d'avoir réveillée la question d'Orient dans des conditions fort désavantageuses. Le Sultan ne supportera pas la perte d'une autre province sans pousser des hauts cris. Pour garder son territoire il fera sacrifice de son indépendance, et il acceptera le protectorat et le soutien de la Russie.

Ainsi, si j'osais offrir un conseil à Votre Excellence, je la prierais vivement d'agir avec beaucoup de circonspection et de patience dans cette affaire; et, tant que les desseins de la France n'ont pas pris corps, d'éviter toute action qui pourrait nous compromettre irrévocablement avec le Sultan.

Je prie Votre Excellence de croire toujours à la sympathie vive que le peuple et le gouvernement Anglais ressentent pour l'Italie: et d'agréer l'assurance de ma considération et mon respect.

Salisbury.

Eine Erwiderung Crispi's auf diesen Brief konnte nicht fehlen, und er vertraute sie einem seiner Sekretäre, Edmondo Mayor de Planches, an, der über den ihm gewordenen Auftrag mit folgendem Bericht Rechenschaft gab:

La Boboule, 26. August 1890.

Sehr ausgezeichneter Herr Minister!

Ich habe heute abend Lord Salisbury den Brief übergeben, den Ew. Exzellenz mir für ihn anvertraut hatten.

Ich habe Se. Gnaden in einer bescheidenen Wohnung im ersten Stockwerk einer maison meublée, Villa Medicis genannt, gefunden. Es ist das erstemal, daß der edle Lord die Kur dieser arsenikhaltigen Wasser gebraucht, früher ging er nach Royat, einem von hier nicht weit entfernten Orte derselben Gegend.

Lord Salisbury, den ich mit einem Billett um eine Audienz gebeten hatte, antwortete mir sogleich nach meiner Ankunft mit einer sehr höflichen Einladung. Heute morgen um ½11 Uhr empfing er mich in seinem kleinen Arbeitszimmer.

Gleich nachdem wir uns gesetzt hatten, überreichte ich ihm den Brief. Da dieser ein wenig zerknittert war, sagte ich, ihn bittend, dies entschuldigen zu wollen:

„Je ne sais si je fais un bon Diplomate, mais je suis, à coup sûr, un mauvais courrier de Cabinet."

Se. Gnaden lachten und wollten den Brief vor mir öffnen; hielten aber dann inne: „Dois-je la lire maintenant?"

Ich antwortete: „Je crois que Votre Excellence en peut prende connaissance à son aise. C'est une réponse à la lettre du 4."

„Ah, bien! . . ." sagte er und legte den Brief fort.

Er: „Et vous êtes venu expressément?! Je regrette d'avoir été pour vous cause de tante de trouble. Au moins voyez-vous un beau pays. Vous le connaissiez?"

Ich: „Nullement."

Er rühmte die Schönheiten dieser Gegend und fügte hinzu: „Vous avez quitté M. Crispi depuis peu?"

Ich: „Depuis cinq jours."

Er: „Comment se portait-il?"

Ich: „Il était en parfaite santé."

Er: „Et politiquement aussi," sagte er lachend, „il se porte très bien."

Ich: „Je crois qu'il se sent très fort sous tous les rapports."

Er: „C'est un homme bien étonnant. Il nous veut toujours du bien, n'est-ce-pas?"

Ich: „Il a pour l'Angleterre comme nation l'admiration la plus vive, et de Votre Excellence une très haute estime."

Er: „Il est bien indulgent pour moi. Quel âge a-t-il?“

Ich: „Soixante et onze ans.“

Er: „Et il soutient le poids de trois porte-feuilles?!“

Ich; „De trois, en effet, car la Présidence du Conseil en est un et qui implique de très graves responsabilités.“

Er: „Vous ne manquerez pas de le saluer chaleureusement de ma part et de lui dire combien je désire que nous restions toujours bons amis. Vous retournerez directement à Rome?“

Ich: „Directement . . . . par Paris.“

Er lächelte noch einmal, und da er nichts hinzufügte, stand ich auf und verabschiedete mich.

Ich: „Je vous souhaite bon voyage et meilleur temps qu'ici.“

Er: „Je souhaite à Votre Excellence une heureuse cure.“

Diese letzten Worte wurden im Stehen ausgesprochen. Se. Gnaden drückten mir die Hand und begleiteten mich bis zur Tür, die er öffnete und wieder schloß.

Lord Salisbury ist groß und bei starkem Körperbau, ein bißchen dick. Er geht ziemlich gebückt. Etwas asthmatisch, seine Atmung ist mühsam und kurz. Schon bevor ich ins Zimmer trat, hatte ich sein schweres Atmen vernommen. Er gehört zu der Kategorie der schüchternen Engländer. Mit vorgebeugtem, dem Sprecher zugewandtem Kopfe hört er aufmerksam zu und sieht ihn von Zeit zu Zeit mit festem und durchdringendem Blick an.

Er lacht leicht und kurz, immer in gleichmäßiger Weise.

Dies ist der Eindruck, den ich von einem Gespräch, das vielleicht zehn oder zwölf Minuten gedauert haben mag, davontrug.

Ich bin Ew. Exzellenz usw.

Der von Mayor überreichte Brief war folgender:

Rome, le 16 août 1890.

Mon cher lord Salisbury!

Votre Excellence me permettra de répliquer brièvement à Sa lettre du 4 courant qui m'est arrivée par le dernier courrier.

En vous écrivant, le 23 juillet, j'avais pour but de dénoncer à Votre Excellence les dangers qui nous menacent en Tunisie, et de vous signaler la nécessité d'un accord entre l'Italie et la Grande Bretagne pour les éventualités que je prévoyais. Ce but ayant été atteint grâce à l'échange de nos deux lettres

et aux colloques qui ont eu lieu entre Votre Excellence et le commandeur Catalani, il ne me reste à ce sujet rien à demander, ni à désirer.

Je suis en plein accord d'idées avec Votre Excellence sur ce point qu'il ne convient pas de précipiter une action qui pourrait jeter le Sultan dans le bras de la Russie. Du reste il manquerait actuellement à l'Italie une raison pour agir.

Il appartient cependant à la prudence d'un homme d'État de ne pas se laisser surprendre; et, dans le cas spécial qui nous occupe, il importe de faire savoir à Paris que nous ne pourrions, en aucun cas, permettre qu'en Tunisie le protectorat se change en pleine souveraineté.

Il y a lieu, en outre, d'avertir les gouvernements amis, que le fait, s'il ne se vérifie aujourd'hui, est cependant inévitable, et cela pour que nous ne nous trouvions pas surpris et non préparés le jour où il sera nécessaire d'agir. Bien des injustices internationales ont pu s'accomplir par suite de l'emprévoyance, ou de la négligence de ceux dont l'intervention, à un moment donné, eût pu les prévenir.

La Turquie n'a pas les forces suffisantes à sauvegarder la liberté de la Méditerranée. Elle est impuissante à arrêter les empiètements qui se vérifient depuis neuf ans sur le territoire tripolitain du côté de la Tunisie. Il est donc plus que probable qu'elle ne saura et ne pourra s'opposer à l'occupation de ce territoire. La Turquie, à cause de sa position toute speciale, n'a que la force des faibles; elle ne peut guère que jeter la division parmi les forts, obligés à se montrer tolérants par crainte de ce qui peut survenir. Mais ce privilège dont jouit le Sultan, ne doit pas constituer un danger permanent pour les autres États, qui cohabitent dans la Méditerranée et qui ont le devoir de garantir leur propre existence, et de veiller au maintien de leur propres droits.

Cela dit, je renouvelle à Votre Excellence l'expression des sentiments de ma plus haute considération.

F. Crispi.

Während diese Korrespondenz stattfand, hielt Crispi es für angebracht, das großbritannische Kabinett durch die Überreichung folgender Note zu verpflichten:

Rom, 5. August.

Herr Botschafter!

Während Ew. Exzellenz, meinen Instruktionen gemäß, mit dem ersten Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten Sr. Großbritannischen Majestät einen Gedankenaustausch eingeleitet hatten, durch den versucht werden sollte, den Folgen des, wie behauptet wird, zwischen der französischen Regierung und dem regierenden Bey von Tunis abgeschlossenen Übereinkommens, daß bei dem Tode dieses Fürsten eine grundsätzliche Veränderung in den Souveränitätsverhältnissen der Regentschaft einführen soll, vorzubeugen, und während die Einzelheiten der zuerst erhaltenen diesbezüglichen Nachricht erwartet wurden, ließ mir Se. Exzellenz, der Marquis v. Salisbury, die formelle Dementierung dieser Nachrichten seitens des Ministers des Auswärtigen der französischen Republik höflich durch den englischen Botschafter in Rom mitteilen.

Ich wünsche, daß Sie den Danksagungen, die in meinem Auftrage Se. Exzellenz Lord Dufferin seiner Regierung für die so freundschaftliche und wichtige Mitteilung übermitteln sollte, noch den Ausdruck meiner Genugtuung hinzufügen, meine Genugtuung, die die Ihnen von Lord Salisbury gemachten Erklärungen hervorgerufen haben. Denn sie geben mir die Gewißheit, daß — wenn die unumwundene Dementierung des Pariser Kabinetts nicht für den Augenblick die Fortführung des begonnenen Ideenaustausches überflüssig gemacht hätte, und wenn andere Oppertunitätsgründe es nicht hätten ratsam erscheinen lassen, darüber hinwegzusehen, damit den eiligeren zwischen London und Paris schwebenden Verhandlungen keine Verzögerungen bereitet würden — sich die Regierungen sowohl unseres hohen Herrschers als die Ihrer Majestät der Königin von England sogleich im Einvernehmen gefunden haben würden. Und es wären dann alle an der Erhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer interessierten Staaten bestimmt worden, sich über das, was zur Vorbeugung in dem Wechsel der Herrschaft von Tunis für notwendig erachtet wurde, zu verständigen. Es ist die Meinung der Regierung Sr. Majestät des Königs — und ich hoffe auch derjenigen Ihrer Majestät der Königin — daß, wenn auch die gegenwärtigen Verhältnisse gestattet haben, die Prüfung nicht naheliegender Möglichkeiten auszusetzen, dennoch die kürzlich zwischen Ew. Exzellenz und Sr. Exzellenz dem Marquis v. Salisbury gewechselten vertraulichen Erklärungen —

falls sich in den vorerwähnten Verhältnissen Veränderungen bemerkbar machen sollten, die eine neuerliche Erörterung der gemeinsamen, in der Erhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer festgelegten Interessen ratsam erscheinen ließen — die Grundlage zu einer schnellen Verständigung bieten werden, die sicherlich genügen wird, um jeder ernsten Gefahr, die diesen Interessen drohen könnte, vorzubeugen. Aus diesem Grunde waren mir die Versicherungen, die Sie in dem oben angeführten Sinne nach Ihrer, mit dem ersten Staatssekretär des Auswärtigen Ihrer großbritannischen Majestät gehaltenen Aussprache am 21. des vergangenen Monats in der Lage waren mir mitzuteilen, für mich äußerst wertvoll, und es ist mein Wunsch, daß Se. Gnaden die ganze Wichtigkeit, die die Regierung Sr. Majestät des Königs ihnen beimißt, kennen möge. Wollen Sie daher Sr. Exzellenz dem Marquis von Salisbury diese Depesche vorlesen und ihm, wenn er es wünscht, eine Abschrift davon zurücklassen. Crispi.

Durch die in Wien gegebene Anregung wurde ein doppelter Zweck erreicht, nämlich, daß das Auswärtige Amt in London und Paris sich zugunsten Italiens verwendete und daß man Erklärungen, die sich mit den italienischen Interessen deckten, abgab. Was wirklich zwischen London und Paris verhandelt wurde, erfuhr man durch Kalnoky, der den Botschafter Nigra davon verständigte, daß Salisbury, auf seinen Befehl von Deym, dem österreichischen Botschafter, befragt, gesagt hatte, die Verhandlungen mit Frankreich beträfen: 1. die Umwandlung der ägyptischen Reiche; 2. ein umstrittenes afrikanisches Gebiet; 3. die Revision des Handelsvertrags betreffs Tunis, die nur die Tarife anginge und nicht die Frage der Kapitulationen berühre. „Nach dem in Wirksamkeit befindlichen Vertrage hat die tunesische Regierung das Recht, diese Revision schon seit dem Jahre 1882 zu verlangen. Es ist keine Frage politischer Vorteile, die sich Frankreich in Tunis erwerben will."

Die Revision des englisch-tunesischen Handelsvertrages — so teilte Kalnoky nachträglich mit — hatte

nicht den von Frankreich gewünschten Erfolg, denn Lord Salisbury verstand sich nicht dazu, dem Vertrage einen Termin zu setzen. Und in betreff des Frankreich zugeschriebenen Vorhabens, den status quo in Tunis zu ändern, beauftragte Kalnoky selbst Nigra, Crispi die Versicherung zu geben, „daß die tunesische Frage, obwohl sie Österreich-Ungarn nicht in besonderer Weise berühre, hier doch mit großem Interesse verfolgt werde, und daß die kaiserliche und königliche Regierung ihrerseits bereit sei, an jeder Aktion, die ihr nützlich erschien, teilzunehmen, um im Einverständnis mit England und Italien zu verhindern, daß sie zum Schaden des allgemeinen Interesses geändert werde."

Die Nachrichten, die in jenen Tagen über die von Tunesiern hervorgerufenen Gefechte an der tripolitanischen Grenze in Rom eintrafen, schienen den Verdacht zu rechtfertigen, daß Frankreich Absichten auf Tripolitanien habe. Wenn Kalnoky auch nicht glaubte, daß Frankreich direkt etwas in Tripolis unternehmen wolle, so erklärte er Nigra doch, die österreichisch-ungarische Regierung habe „keine Bedenken, daß Italien, wenn die Gelegenheit sich böte, eine Entschädigung an der afrikanischen Küste erlange, aber er macht uns freundschaftlich darauf aufmerksam, daß es für die verbündeten Mächte von höchster Wichtigkeit sei, die Türkei nicht Rußland oder Frankreich in die Arme zu treiben; er teilt uns im übrigen mit, daß er keine Verpflichtung eingehen könne, um Italien materiellen Beistand zu leisten."

Von diesen Erklärungen nahm Crispi mit Genugtuung Kenntnis, indem er bekräftigte, daß er von Österreich-Ungarn keinen materiellen Beistand beanspruche.

Frankreich gegenüber gedachte Crispi, nachdem er die in den vorhergehenden Dokumenten besprochene diplomatische Demonstration veranlaßt und dadurch die

französische Regierung überzeugt hatte, daß sie ohne Zustimmung Italiens ihre Herrschaft über Tunis nicht aufrichten könnte, aus der Situation die möglichen Vorteile zu ziehen. Welches sein Ziel war, erhellt aus dem folgenden:

Paris, den 1./8. 90, 4^{40} nachm.

Gestern spät begab ich mich zur von Freycinet festgesetzten Zusammenkunft, und sagte ihm, daß ich, da ich den Auftrag habe, gute Beziehungen zwischen unseren Ländern aufrecht zu halten, mich aus eigener Initiative freundschaftlich an ihn, als das Haupt der Regierung, wende, um seine Aufmerksamkeit wieder auf die Lage in Tunis in ihren Beziehungen zu Italien und auf die Frankreich gegebenen Anregungen, zwecks Annektierung der Regentschaft, zu lenken. Ich bemerkte, daß Italien derartigen Ereignissen nicht gleichgültig gegenüberstehen könne, und daß, wenn wir uns nicht beizeiten vorsähen, zu einer auch Italien befriedigenden Verständigung zu gelangen, in Tunis ein Brand ausbrechen könne, der leicht eine allgemeine Feuersbrunst entfachen könnte, eine Feuersbrunst, die wir, soweit es in unserer Macht steht, zu verhindern wünschen, da sie für alle verhängnisvoll sein würde. Ich ließ die Bemerkung fallen, daß die französische Besetzung von Tunis in Italien als eine große Beleidigung und ein Schaden angesehen würde, denn sie zeige die Tendenz, Italien eines Siedelungsgebietes zu berauben, das seine arbeitsame Bevölkerung, die seit undenklichen Zeiten jene Sizilien so nahe gelegenen Gegenden bereist, unbedingt nötig ist. Wenn jene von Frankreich erstrebte Annexion Tatsache würde, so müsse Italien eine Landesentschädigung haben, und im übrigen noch sichere Garantien für seine Untertanen, die nicht aufhören könnten, sich häufig nach Tunis zu begeben, wo übrigens zur Entwicklung des Landes ihre Mitarbeit nötig sei. Ich erinnerte daran, daß eine solche Notwendigkeit von verschiedenen französischen Ministern anerkannt worden sei, unter anderen von Ferry, der mir die Hilfe der französischen Regierung selbst anbot, wenn wir Tripolis besetzen wollten, im Tausch gegen Tunis, das Frankreich unbestritten verbleiben sollte. Diese Vereinbarung kam allerdings infolge der in Italien sowohl wie in Frankreich erfolgten häufigen Ministerwechsel nicht zustande. Nachdem ich dies betont hatte, sagte ich zu Freycinet, ihm liege es ob, die Mittel zu

finden, um Italien jene Genugtuung zu geben, die eine für beide gleich wünschenswerte und notwendige Verständigung ermögliche. Freycinet erklärte, die Schwere der tunesischen Frage erkannt und immer seinen Kollegen vom Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten anempfohlen zu haben, den Übereifer der Beamten zu zügeln, und alles zu vermeiden, was die Italiener in Tunis verletzen könnte. So wie ich erkannte auch er die Wichtigkeit wechselseitiger guter Beziehungen zwischen unseren Ländern an und verheimlichte nicht, daß er den Krieg, dessen Folgen verderblich für alle sein könnten, verabscheue. Freycinet sagte mir freiwillig, daß die vermuteten Verträge über die Annexion von Tunis in der Tat nicht existierten, er wiederholte dies mehrere Male und versprach mir, daß er mit Ribot konferieren und einen Weg ausfindig machen würde, um diese schwierige Frage zu lösen.

Ich erwarte daher die Antwort Freycinet's, der mir äußerst wohlwollend entgegenkam. Menabrea.

Die Andeutung, die Menabrea hier von einem Versprechen Ferry's betreffs Tripolis macht, findet ihre Bestätigung in einem Telegramm vom 11. Mai 1884 desselben Botschafters, welches hier zu wiederholen angebracht ist. Es scheint, daß der damalige Ministerpräsident Depretis und der Minister des Äußeren, Mancini, aus diesem Angebot wegen befürchteten Komplikationen keinen Nutzen zogen.

„Endlich schloß Mr. Ferry seine Unterhaltung mit den Worten, daß Frankreich jetzt genügend annektierte Gebiete und Protektorate am Mittelmeer besitze, daß es in Marokko, wie in Tripolis, nur die Erhaltung des status quo anstrebe, und daß es, wenn Italien danach verlange, Tripolis zu besetzen, ihm nichts entgegenstellen werde. Diese letztere Erklärung ist mir in durchaus vertraulicher Weise gemacht worden. Menabrea."

Auf das Telegramm vom 1. August antwortete Crispi am folgenden Tage:

„Da Sie nach der Unterredung vom 31. Juli Freycinet wiedersehen und vielleicht auch mit Ribot werden zusammenkommen müssen, so halte ich es für gut, die Hauptgedanken des weiteren Gespräches festzustellen.

Zuerst werden Sie diese Herren überzeugen müssen, daß wir keine politische Änderung in Tunesien zulassen können und, falls die Regierung der Republik die volle Herrschaft in der Regentschaft übernähme, wir unsere Verbündeten auf unserer Seite haben würden. Das Protektorat wurde geduldet, weil Italien isoliert war, aber heute befinden wir uns nicht mehr im Jahre 1881. Tripolitanien gehört dem Ottomanenreiche, und wir wollen keinen europäischen Krieg heraufbeschwören, um es zu besitzen. Wenn Frankreich sich geneigt zeigte, uns den friedlichen Erwerb als Ausgleich für Tunesien zu erleichtern, so müßte es sich mit allen Mitteln in Konstantinopel und Petersburg verwenden, wo sich selbstverständlich Widersprüche bemerkbar machen würden. Dies muß klargelegt werden, da uns Frankreichs Einwilligung allein noch nicht genügt, um das genannte Gebiet in Besitz zu nehmen."

Paris, 9. August.

Freycinet sagte mir heute, er habe meine vorige Unterredung mit ihm Herrn Ribot mitgeteilt; ich bestand auf der Notwendigkeit, der gereizten Stimmung zwischen den beiden Ländern ein Ende dadurch zu machen, daß er den materiellen Interessen und dem Selbstgefühl Italiens eine Genugtuung verschaffte.

Ribot erwiderte, er sei solchen Gedanken durchaus nicht abgeneigt, er habe schon selbst daran gedacht und hoffe, am nächsten Mittwoch, nach seiner Rückkehr von einer kleinen Reise, in der Lage zu sein, einleitende Schritte in der Sache zu tun. Inzwischen müssen wir die Rückkehr Ribot's abwarten.

Menabrea.

Paris, 13. August 90, 7^{20} abends.

Heute sah ich Ribot und setzte mit ihm die mit Freycinet begonnene Unterredung fort, daß es notwendig sei, die Ursachen der noch immer zwischen beiden Ländern bestehenden Spannung zu beseitigen, die ihren Ursprung in der französischen Besetzung Tunesiens haben. Ich bemerkte, daß Frankreich, anstatt eine Milderung zu versuchen, die Spannung noch vergrößern zu trachten scheine, indem es ungerechterweise die Differentialzölle aufrecht hielt und der Entwicklung einiger unserer Haupterwerbszweige, wie der Schiffahrt und der Fischerei, Hindernisse entgegensetze. Unter anderem gab ich Herrn Ribot auch zu verstehen, daß die Besetzung Tunesiens unsere Stellung im Mittelmeer außerordentlich geschädigt habe

und daß sie sich geradezu gefährlich zu gestalten drohe, wenn Frankreich einen wichtigen militärischen Hafen dort anzulegen versuchte, und daß es Italien ein für einen Teil seiner Bevölkerung so wichtiges Siedelungsgebiet weggenommen habe.

Ribot erwiderte, er bedaure eine solche Situation nicht minder als ich und wünsche, sie zu bessern, aber er erwarte von seiten Italiens positive Vorschläge.

Darauf wandte ich ein, ich hätte keinen Auftrag, Vorschläge zu machen, hätte jedoch die Initiative ergriffen, seine Aufmerksamkeit auf den gegenwärtigen Stand der Dinge zu leiten, und da das Übel von Frankreich ausgegangen sei, so erhoffe ich von Frankreich den Vorschlag zur Abhilfe. Ribot erklärte, er würde geneigt sein, für uns besondere Vorteile in Tunesien auszuwirken, aber er würde uns seinerseits auffordern, auf die Kapitulationen zu verzichten; dann wies er auf den Dreibund hin. Ich erwiderte ihm, daß die Kapitulationen Waffen in unserer Hand seien, um den wenigen Rechten, die uns in Tunis verblieben, seine Geltung zu verschaffen, und daß man, was den Dreibund betrifft, diesen solange erhalten müsse, wie er zur Gewährleistung unserer Interessen, zur Anerkennung unserer Würde und zur Erhaltung des Friedens notwendig sei.

Ich hielt mich von jedem Vorschlag Ribot gegenüber zurück, da ich keinen diesbezüglichen Auftrag hatte und überließ es ihm, einen solchen zu machen, den ich Ew. Exzellenz unterbreiten könnte. Alsdann verließ ich ihn und nahm mit freundlichen Worten Abschied. gez.: Menabrea.

21. August 1890.

Herr Präsident!

Gestern nachmittag hatte ich meine erste Unterredung mit Herrn Ribot nach der Abreise General Menabrea's. Ich hatte mir vorgenommen, mit dem neuen Minister des Auswärtigen fürs erste nicht auf das von Herrn Freycinet und dem Botschafter betretene Gebiet zurückzukommen. Allein, wie ich vorausgesehen hatte, war er es, der nach den ersten, zwischen uns gewechselten Worten sich einer Diskussion der vom General gemachten Einleitungen zuwandte, indem er erklärte, weder Freycinet noch er selbst hätten die tiefere Bedeutung derselben verstanden. Darauf entspann sich zwischen uns ein langes und sehr eingehendes Gespräch, nach-

dem ich freilich vorausgeschickt hatte, daß meine Worte über einen solchen Gegenstand nur freundschaftlichen Charakter und Wert haben könnten, und daß wir beide eine Diskussion darüber nicht als ein offizielles, sondern nur als ein vertrauliches Privatgespräch betrachten dürften. Er erklärte sich sofort ausdrücklich hierzu bereit.

Ich sagte im wesentlichen folgendes: Wenn die französische Regierung wirklich den Preis der herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die wir unsererseits wünschen, erlangen wollte, so müßte sie sich vor allem bemühen, die Ursachen endgültig zu beseitigen, aus denen das Zerwürfnis zwischen uns entsprungen ist; es seien uns ehemals in Rom und dann in Tunis die tiefsten Wunden geschlagen worden; die Zeit, unsere Vernunft und die gegenwärtigen Interessen der republikanischen Regierung würden die erste heilen, aber die zweite bleibe offen; Frankreich habe nichts getan und tue nichts, um sie zu heilen, vielmehr könne durch die bei jeder Gelegenheit hervortretenden Bestrebungen, das Protektorat zu verlängern, von einer Stunde zur andern die Wunde sich verschlimmern und zu den schwersten Folgen führen. „Jeder Schritt," sagte ich, „den Sie in Tunesien über die Grenzen der vorliegenden Bedingungen und über die Grenzen unseres strikten Rechts hinaus unternehmen würden, wird sogleich unsern Widerstand herausfordern, und Sie müssen wissen, daß wir nicht allein stehen würden. Diese andauernde Ursache der Reibungen und Verdächtigungen zwischen uns für immer zu entfernen, scheint mir daher das erste Mittel, um wieder zu vertraulichen und wahrhaft freundschaftlichen Beziehungen zu gelangen. Der Preis muß jedoch der Schwere der uns zugefügten Unbill angemessen sein, und nicht gering dürfte der Wert des Heilmittels sein, durch das Frankreich die tunesische Wunde schließen wollte. Eine Entschädigung für Italien in Form von mehr oder weniger vorübergehenden Zugeständnissen kommerzieller und finanzieller Natur zu suchen, wäre ein eitles Unterfangen."

Herr Ribot seinerseits kam im Verlaufe des Gesprächs immer wieder auf das „quid?" zurück, bis er, sich gleichsam selbst die Antwort gebend, sagte: „Ich fragte General Menabrea, ob er es auf Tripolis absähe, aber er fiel mir ins Wort und verwahrte sich dagegen, da sich Italien nicht schlecht mit dem Sultan stellen wolle."

Bei dieser Gelegenheit erinnerte auch ich, wie Menabrea

es Freycinet gegenüber getan hatte, an die Angebote der Mitwirkung, die zuerst mir selbst, dann dem Botschafter ehedem von Herrn Jules Ferry gemacht und dann von Mancini nicht angenommen worden waren, und ich bemerkte dazu, falls solche Vorschläge in irgendeiner ähnlichen Unterhandlung heute gemacht würden, so gäbe es in Rom einen Minister, mit dem man sicherlich darüber verhandeln könnte; denn ich wüßte, wie sehr es ihm, trotz aller Verleumdungen, am Herzen liege, eine Versöhnung mit Frankreich zustande zu bringen, falls er seinem eigenen Lande damit dienen könnte.

Ich gebrauchte die größte Vorsicht im Gespräch, und ich muß zu Ehren des Herrn Ribot sagen, daß, wenn ich mich während der ganzen Unterredung wie auf der Schneide eines Messers bewegt habe, er mehrere Male ganz herzhaft auf den Busch geklopft hat. Er fing zuerst an, ohne Rückhalt von Tripolis zu sprechen, sagte, daß er von einer Beunruhigung wüßte, die in Konstantinopel Platz gegriffen habe, daß man dort etwas von italienischen Plänen wittere, und daß die an sich gefährliche Frage einer Abtretung auf ein absolutes non possumus des Sultans stoßen würde. „Außerdem würde die öffentliche Meinung in Frankreich der Regierung nicht folgen, wenn diese bei einem ähnlichen Unternehmen Italien die Hand bieten würde, ohne daß es auf den Dreibund verzichtete."

Den Dreibund zerstören, das ist das eifrige, unaufhörliche Bestreben der französischen Staatsmänner. „Solange der Vertrag des Dreibundes, der vom Zaren und mehr noch von der französischen Republik angegriffen wird, nicht gelöst ist, wird eine innige Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland ebenso wenig möglich sein, wie zwischen den Italienern und uns. Man braucht sich nicht als Feinde zu behandeln, aber sich als Freunde zu betrachten, ist nicht möglich."

Diese Worte, die ich heute im „Matin" wiederfinde, sind der deutliche, klare Ausdruck der Meinung Ribots, sowie aller seiner Kollegen, überhaupt aller Franzosen.

Es ist daher natürlich, daß die ganze französische Politik uns gegenüber, sei es diejenige Ribots oder anderer, — wenn sie auch in ihren Handlungen niemals jene Grenze überschreiten würde, die eine ernstliche Bedrohung des Friedens darstellen könnte — immer jedes wichtigere und größere Zugeständnis im Verhältnis zu seiner Wirksamkeit, jenes Ziel — die Zerstörung des Dreibundes — zu erreichen, bemessen würde.

Herr Ribot sprach mit mir auch von der Situation in Tunesien, indem er Ew. Exzellenz rühmend gedachte und Ihre konziliante Haltung bei den unwichtigeren Zwischenfällen hervorhob. Er protestierte bei dieser Gelegenheit gegen die ungerechten Vorurteile seiner Landsleute Ihnen gegenüber, die er nicht teile, und die er immer getadelt habe. Er gab mir die Versicherung, daß er gewissenhaft den status quo in Tunesien aufrecht erhalten wollte und zeigte sich zu einer Verständigung mit uns bereit, um das Los unserer Fischer, über das sich General Menabrea beklagt hatte, zu verbessern.

Indem er darauf hinwies, daß in sechs Jahren unser Handelsvertrag mit dem Bey abgelaufen sein werde, fragte er, ob wir nicht geneigt sein würden, unter Aufgabe einiger unserer Privilegien in Tunis wegen seiner Erneuerung zu verhandeln.

Herr Ribot gibt also den Wunsch und die Hoffnung nicht auf, sich mit uns irgendwie zu einigen. Um dies zu erreichen, darf ich wohl von Ew. Exzellenz diejenigen Instruktionen erbitten, die Sie mir zu geben für ratsam halten werden, da ich das Resultat der von Ihnen nach meiner Abreise von Rom anderweitig angestellten Ermittlungen und Ihre gegenwärtigen Absichten nicht kenne. Ich kann natürlich in wenigen Zeilen nicht wiedergeben, was ich mich in einer Unterredung von mehr als einer Stunde befleißigte, meinem Partner verständlich zu machen. Ich würde, wenn er ein resoluterer und ein kühnerer Mann wäre, hoffen, den Samen nicht in den Wind geworfen zu haben. Aber ich bitte Sie, nicht daran zweifeln zu wollen, daß ich Ihren Anregungen gemäß immer alles mögliche versuchen werde.

Ich würde nur wünschen, daß Herr Mayor des Planches, wie er es angekündigt hatte, hierher zurückkehrte, um von ihm über Ihre gegenwärtigen Ideen zu hören und wie man am besten für sie wirken kann. Im nächsten September wird Herr de Freycinet sich nach Aix-les-Bains, also ganz in die Nähe des Generals, begeben, der ihn dann in einer ruhigeren und für Unterhandlungen geeigneteren Umgebung wiedersehen kann, als es das Audienzzimmer eines Ministers ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner tiefsten Ehrerbietung und Ergebenheit.

Ew. Exzellenz anhänglicher Diener

C. Ressman.

P. S. Wie sehr unser Bündnisvertrag diese Herren beunruhigt, geht aus der Frage hervor, die Herr Ribot während unserer Unterredung unvermittelt an mich richtete, ob für seine Lösung eine formelle Kündigung notwendig sei und ob die Bedingung des Weiterbestehens bei stillschweigender Übereinstimmung vorhanden sei.

Rom, den 2. 9. 1890.

Herrn Ressman. — Italienische Botschaft,
Paris.

Die Hartnäckigkeit Herrn Ribot's, unsere Absichten bezüglich der Erneuerung des Dreibundes zu erfahren, ist eines Staatsmannes unwürdig. Auf anderthalb Jahre hinaus kann man in der Politik nichts voraussagen. Es ist jedoch zweckmäßig, auf die Gründe hinzuweisen, die den Minister Mancini dazu zwangen, sich um ein Bündnis mit Österreich-Ungarn und Deutschland zu bemühen.

Italien wurde vom Jahre 1879 bis 1881 fortgesetzt von der Regierung der Republik schlecht behandelt, von den Österreichern bedroht und in Berlin mißachtet. Im Jahre 1880 war ein Heer von 40 000 Mann bereit, in das Königreich einzudringen, da die Regierung in Rom die Agitation der Irredentisten duldete. Die französische Presse verspottete uns, und die französische Regierung besetzte Tunis. Die von Bismarck im Jahre 1879 ausgesprochenen Worte, daß Italien keine zu fürchtende Militärmacht sei, und daß ein paar österreichisch-ungarische Regimenter genügen würden, um es zur Vernunft zu bringen, sind ja berühmt.

Nur durch Bitten und Beschwörungen setzte es Minister Mancini nach vielen Bemühungen in Wien und in Berlin durch, daß Italien in den Bund der beiden Reiche aufgenommen wurde.

Heute hat sich alles zu unserem Vorteil geändert, und ich würde es nie zugeben, daß Italien wieder in jene demütigende Lage käme, in der es sich durch seine Isolierung bis zum Jahre 1881 befunden hatte.

Anstatt von uns Aufschluß über unsere Absichten betreffs der Erneuerung des Dreibundes zu verlangen, sollte Herr Ribot versuchen, sich in die Lage zu versetzen, keiner derartigen Informationen zu bedürfen; er solle sich lieber vergewissern, daß, wenn sich unsere Beziehungen zu den beiden Reichen einmal lösen sollten, Frankreich sich nicht sofort

wieder in Unternehmungen wie die Tunesischen stürzte, daß es uns auf der Halbinsel nicht durch Unterstützung des Vatikans Schwierigkeiten verursachte, und daß es unsere Unabhängigkeit achtete. Aber bis jetzt ist nichts geschehen, was uns hätte überzeugen können, daß Italien, die französische Regierung und das französische Volk Freunde, und zwar wahre und treue Freunde, sein wollten. Crispi.

Die Anstrengungen Crispi's, die Mißstimmung zwischen Italien und Frankreich aus der Welt zu schaffen und den Frieden zwischen den beiden Staaten zu sichern, waren vergebens, er mußte auf der Hut sein und jede Bewegung Frankreichs überwachen, damit Italien kein neuer Schaden zugefügt würde.

Nachdem er sich vergewissert hatte, daß die Annexion von Tunis ohne Italiens Einwilligung nicht stattfinden könnte, d. h. ohne eine Entschädigung für Italien, fuhr er fort, sein Augenmerk auf Biserta gerichtet zu halten, das die französische Regierung zu befestigen suchte. Schon seit geraumer Zeit hatte er zuverlässige Leute an Hand, die ihn über die Fortschritte und die Art der in jenem Hafen vorgenommenen Arbeiten unterrichteten. Er machte den befreundeten und verbündeten Mächten davon Mitteilung und suchte die englische Regierung dafür zu gewinnen, mit Italien eine Aktion zu unternehmen, um die Fortsetzung jener Arbeiten zu verhindern, die entgegen den von Frankreich im Jahre 1881 gegebenen Versprechungen das Gleichgewicht im Mittelmeer noch mehr zu stören drohten. Das englische Kabinett hatte schon erkannt, daß Biserta der wichtigste strategische Punkt des Mittelmeeres sei und hatte zusammen mit dem deutschen auswärtigen Amt lebhaften Einspruch in Paris erhoben. Im Jahre 1889 versicherte Herr Goblet in London sowohl wie in Rom, daß er „nicht die Absicht hätte, den Hafen Biserta zu vergrößern oder zu befestigen", und Herr Ribot leugnete im Oktober des Jahres 1890, daß „Vorbereitungen zur

Errichtung von Festungswerken oder militärischen Operationen in Biserta gemacht worden seien".

Aber die französischen Minister waren natürlich verschwiegen; die in Biserta ausgeführten Arbeiten waren ohne Zweifel militärischer Art, und Crispi bewies dies in einer Denkschrift. Deutschland erkannte, daß die Situation ernst geworden war, und unterstützte die von Italien unternommenen Schritte, um eine Entscheidung herbeizuführen. Am 20. Januar 1891 ließ Crispi in England anfragen, ob es zu einem sofortigen gemeinsamen Handeln bereit sei, aber die Frage wurde mit dem Rücktritt Crispi's am 31. Januar 1891, hinfällig, und wie Italien, so zeigte auch England kein Interesse mehr für Biserta.

Was Tripolitanien anbetrifft, so hatte Crispi einen Moment lang, im Juli 1890, die Hoffnung, daß es ohne Widerspruch der Großmächte italienisch werden könnte, da sie zu verschiedenen Malen seine Rechte darauf anerkannt hatten. Er wollte aus politischen Gründen nicht mit der Türkei brechen, aber alles voraussehend, dachte er auch an eine militärische Besetzung, die die Türken zwar zu verhindern suchten, und an die Art und Weise, sie zu ermöglichen. Er schickte sich daher an, das Terrain zu sondieren, um Italien die Sympathie und die Unterstützung der Eingeborenen in Tripolitanien zu sichern. Grande, der italienische Konsul in Tripolis, arbeitete umsichtig daran, die Absichten des Ministers zu fördern. Das folgende Telegramm, das sich auf die Unterhandlungen mit Sid Hassuna Karamanli, dem Haupt der Familie, welches das Vilayet seit 1835 beherrschte, bezieht, zeigt, daß man in der Gunst der Araber bereits gute Fortschritte gemacht hatte.

Tripolis, 7. August 1890.

(Ew. Exzellenz möge selbst entziffern. — Streng geheim.) Die Gelegenheit der Anwesenheit des Sid Hassuna Karamanli benutzend, der wegen der letzten Ereignisse an der Grenze vom Generalgouverneur hierher berufen worden war, veranlaßte

ich einen gemeinsamen, intimen und zuverlässigen Freund, mit ihm zu sprechen. Die Unterredung fand gestern abend statt. Um nun seine Bereitwilligkeit und Absichten zu ermitteln, hatte ich dem Freund anempfohlen, der Eröffnung der Verhandlungen einen rein privaten Charakter zu verleihen, als ob sie so seiner eigenen Initiative entsprängen.

Sid Hassuna Karamanli zeigte sich, da er überzeugt ist, daß, wenn wir nicht zugreifen, Tripolitanien von anderen okkupiert werden würde, bereit, die italienische Besetzung zu unterstützen; er sagte, er verfüge über die gesamten Streitkräfte der Bergbevölkerung, deren Sympathien ihm gehörten. Er brauche jedoch, um das Terrain zu sondieren, Zeit und Geld, nicht für sich, sondern für die Scheiks. Eine Form der Regierung, ähnlich der in Tunesien, würde er annehmen. So, sagte er, würde das Eingreifen der Araber verhindert und dem Land der Frieden gegeben werden können. Er verkennt nicht den Widerstand, den die Türkei erheben könnte, doch würde die Türkei, wenn keine Hilfe von den Arabern zu erwarten sei, der italienischen Macht weichen. Er empfahl die größte Vorsicht, da er vom Generalgouverneur überwacht werde. Er erklärte, daß das Land der türkischen Herrschaft müde sei.

Karamanli zeigte, daß er die politische Lage in Afrika kennt, und daß er sie für günstig hält. Er kehrt heute abend nach Dschebel Ghurian zurück. Er hat versprochen, wiederzukommen. Grande.

Der Zustimmung seitens Englands, Deutschlands und Österreich-Ungarns in der Angelegenheit der italienischen Besetzung von Tripolis im Prinzip sicher, würde Crispi auch die Einwilligung Frankreichs leicht gewonnen haben, wenn er an der Verteidigung der italienischen Kapitulationen in Tunesien bis zum Abschluß eines Vertrages festgehalten hätte. Und mit der seinem Charakter eigenen Entschlossenheit hätte er nicht lange gewartet, um das Banner Italiens am anderen Ufer des Mittelmeers aufzupflanzen. Was die Türkei anbelangt, so war eine Verständigung mit dem alten Regime nicht schwierig. Der Sultan, als feiner Politiker, war sich seiner Verantwortung und der prekären Situation des Reiches bewußt, er hätte sich in das

Unvermeidliche gefügt und sich mit den geeigneten Entschädigungen getröstet.

Aber mit dem Rücktritt Crispis infolge der Abstimmung in der Kammer vom 31. Januar 1891 war dem Gebäude der Grundstein genommen. Der Widerspruch gegen die Befestigungen von Biserta, der Ende Januar sich energisch erhoben, wurde von seinem Nachfolger fallen gelassen. Und Frankreich, das nun sein Gebiet in Tunesien nach Belieben befestigen konnte, hatte nicht mehr nötig, sich zu Verhandlungen mit Italien zu bequemen und Konzessionen zu machen.

Als die Frage über Tripolitanien wieder aufgenommen wurde, mußte Italien Frankreich das Opfer anderer Interessen bringen.

Personenverzeichnis.

Adam (Madam) 107.
Albert (Erzherzog) 103.
Alexander von Battenberg 181, 225, 226.
Alexander III. von Rußland 222, 223, 272, 273, 292, 360.
Alfieri di Sostegno 438.
Alula (ras) 325.
Amadeus von Savoyen 267.
Andrassy, Julius 3 ff., 28, 31, 35, 59, 67, 69 ff, 77 ff., 80, 84, 96 ff., 124.
Arabi-Pascha 127, 130, 141, 148.
Arnold, Artur 117, 118.

Baccarini, Alfredo 177.
Bargoni, Angelo 11.
Barthélemy de Saint-Hilaire 109 ff., 463 ff.
Bavier (Minister) 281 ff., 295.
Beaconsfield (Disraeli) 65.
Beccaria 462, 463.
Bennigsen, Rudolf von 23 ff., 54, 90, 234.
Berio (Generalkonsul) 365, 370, 371, 374, 377, 379, 381, 382, 383 ff., 390.
Bertani, Agostino 93.
Berthelot 394.
Bertolè-Viale (Minister) 412, 416, 419.
Biancheri, Giuseppe 174.
Bibesco (Fürst) 320.
Bismarck, Herbert von 33, 217, 221, 230, 233, 244, 312 ff., 336, 337, 342, 358, 360, 361, 374, 375, 387, 406, 431, 432, 445, 451.
Bismarck, Otto von 3, 11, 17, 24, 25 ff., 38 ff, 51, 57, 58, 61, 67, 71, 84 ff., 91, 92, 96, 97, 99, 104, 108, 121, 122, 134, 139, 144, 162 ff., 177, 194, 196, 213, 217, 219, 221 ff., 243 ff., 266, 271 ff., 285, 291 ff., 300, 307, 312, 318, 333, 339 ff., 356 ff., 397, 404, 421, 433 ff., 445 ff., 482.
Bismarck (Fürstin) 33, 221, 232, 233, 340.
Bitto, Istvan 84.
Bixio, Nino 10.
Blanc, Alberto 189.
Bonghi, Ruggero 177, 268.
Boselli, Paolo 252.
Boulanger (General) 172, 200, 201, 256, 302, 305, 341, 347, 390, 391, 392.
Branca, Ascanio 261.
Brin, Benedetto (Minister) 416.
Bruck, von (Botschafter) 266, 269, 273, 279, 389, 390, 422.
Bülow, von 23, 41, 64, 70.

Cairoli, Benedetto 93, 94, 100, 103, 105, 106, 109, 111 ff., 124, 145, 177.
Calice, Baron von 192, 235, 290.
Cambon (Botschafter) 331.
Canovas y Castillo 267.
Caprivi (Reichskanzler) 445, 449, 458, 461.
Catalani, Tommaso (Geschäftsträger) 188, 194, 195, 245, 329, 330, 375, 417, 418, 457, 465, 467.
Catargi, Lascar 405.
Cavaignac (General) 215.
Cavalotti, Felice 103, 409.
Cavour, Camillo 239.
Cecchi, Antonio 331.
Cialdini, Enrico 66, 67, 68, 69, 97, 99, 104, 105, 106, 108, 109 ff., 463, 464.
Chakir-Pascha 194.
Charmes, Francis 338.
Codronchi, Giovanni 177.
Constant d'Estournelle 114.
Corti, Luigi 94, 96, 116, 117, 146.
Csernatory 84.
Cucchi, Francesco 230, 231, 417.

De Broglie 7.
Decazes 7, 13, 15, 18, 19, 21, 108.
Depretis, Agostino 10, 11, 38, 40, 44,

46, 68, 76, 92, 94, 121, 166, 175, 176, 177, 179, 180 ff.
Derby (Lord) 67, 70, 71, 72, 75, 94, 96.
Dernburg, Friedrich 39, 45, 53.
Deyne, von, (Botschafter) 473.
Dilke, Charles 117, 118.
Dufferint (Lord) 472.
Duncker (Bürgermeister) 56.

Eber 84.
Ehrenroth (General) 194.
Ellena, Vittorio 261.

Fabrzj, Nicola 153.
Falk 84.
Farini, Domenico 93.
Friedrich Wilhelm (später Friedrich III.) 38, 163, 164, 268, 291, 307, 308, 316.
Ferdinand von Bulgarien 181, 184 ff., 196, 225, 277, 278, 300.
Ferry, Jules 172, 200, 302, 303, 439, 475, 476.
Floquet 305, 347, 354.
Flourens 243, 262, 263, 267, 270, 271, 298, 300, 301.
Fortou 7.
Franz Josef 4, 163, 196, 389, 434.
Freycinet (Minister) 106, 107, 108, 112, 127, 138, 142, 146, 154, 172, 200, 279, 392, 453, 475 ff.

Galimberti (Nuntius) 299.
Galvagno (Minister) 118.
Gambetta, Leon 7, 16, 17, 35, 76, 97, 105 ff., 119, 127, 137, 154, 274.
Garibaldi 206, 207.
Garnier-Pagès 19.
Gené (General) 174.
Gérard 265, 270, 317, 328.
Chyczy 53.
Giers, von 194, 292, 338, 387.
Giolitti Giovanni 177, 237, 301, 352.
Georg (König von Griechenland) 196.
Girardin, Emil von 19.
Gladstone, William 71 ff., 148, 158, 159.
Glaser (Minister) 76, 81.
Goblet 318, 328, 329, 347, 356, 366, 367 ff., 378, 381 ff., 483.
Goedel (Geschäftsträger) 348, 350, 351.
Goldberg, Friedrich 47, 52.
Goltz, v. d. (Geschäftsträger) 350, 351.
Gorosc 83
Grande (Konsul) 485.
Granville, Graf von 114, 118, 119, 128, 129, 132, 133 ff., 160.
Grävenitz 54.
Greppi, Graf 280.
Grévy, Jules 106, 201, 256, 269, 272, 302, 392.
Guibert (Kardinal) 15.

Halim 135.
Hassuna-Pascha 484, 485.
Hatzfeld, Graf von 134, 168, 350, 456, 457, 461.
Haymerle, Baron von (Botschafter) 5, 78, 102, 121 ff.
Haymerle (Militärattaché) 102.
Hélfy, Ignaez 84.
Herbette (Botschafter) 313, 314, 373.
Hitrovo (Minister) 295.
Hohenlohe, Gustav (Kardinal), 423 ff.
Holstein, von 23, 41, 44, 45, 52, 57, 70, 134, 231, 271, 377, 431, 462.
Huene, Freiherr von (Militär-Attaché) 430.
Humbert I. 92, 125, 161, 219, 308, 339. 356, 362, 434.

Imbriani, Matteo 438.
Isabella von Bayern 163.
Ismail-Pascha (Ex-Khedive) 295.

Kallay 124.
Kallay-Beni 84.
Kalnoky 133, 166, 194, 196, 217, 226, 227, 229, 264, 265, 279, 285, 310, 330, 338, 343 ff., 348, 349 ff., 361, 374, 379, 389, 390, 404, 406, 407 f. 420, 422, 423, 473, 474.
Kaulbars (General) 269.
Keudell, Baron von 26, 121, 122, 162.
Kiamil-Pascha 275, 301.

Lacaita, Giacomo 236, 237, 239.
Lacava, Pietro 177.
La Gala 208.
Lamarmora, Alfons 273, 422.
Launay, Graf de (Botschafter) 23, 24, 39, 40, 41, 43, 44, 46, 47, 53, 54, 56, 69, 76, 91, 99, 119, 120, 167, 184, 217, 218, 234, 311, 334, 335. 432, 436, 445, 449, 459.
Lawson (Abgeordneter) 148.
Lefèvre de Béhaine 415.
Leo XIII. 423 ff.
Leonhardt (Minister) 24, 52, 53.
Loewe, Ludwig (Abgeordneter) 39, 53.
Luigi, König von Portugal 333, 334, 335, 336.

Luzzatti, Luigi 261.
Lyons (Botschafter) 114.
Lytton (Botschafter) 300, 378.

Macciò 106, 109.
Machiavelli (Generalkonsul) 457.
Mac-Mahon 6, 17, 21, 23, 58, 71.
Maffei 120 ff., 265.
Malet, E., 169, 171.
Mancini, Pasquale St., 9, 66, 124, 128, 129, 130 ff., 162, 165, 166, 173, 174, 476, 477 ff., 482.
Mariani (Botschafter) 388, 440.
Marie 336.
Marocchetti (Botschafter) 290.
Marschall, von, 451.
Martin, Heinrich 19.
Massicault (Ministerresident) 367, 370, 371, 374, 375 ff., 382, 383 ff., 460.
Mayor des Planches 221, 468.
Mazzini, Giuseppe 1, 2, 204.
Mazzoleni (Abgeordneter) 431.
Melegari, L. A. (Minister) 10, 79, 91.
Menabrea, L. F. (Botschafter) 65, 69, 71, 94, 113, 117, 119, 129, 130 ff., 139, 152, 261, 262, 298, 305, 306, 375, 378, 381, 383, 386, 409, 410, 411, 442, 476, 477 ff.
Mercinier 326, 327.
Meyendorf (Geschäftsträger) 338.
Mezzacapo, Luigi (General) 66, 67, 69.
Minghetti, Marco 3.
Miribel (General) 434
Mohrenheim (Botschafter) 305.
Moltke (Feldmarschall) 265.
Moret (Minister) 264, 265, 271, 282, 295, 301, 309, 317.
Moüy, Graf de (Botschafter) 261, 273 ff., 298, 317, 318, 328.
Münster (Botschafter) 371, 372, 378, 463.
Muñoz, Caspar 268.

Napoleon III. 2, 36, 108, 158, 201 ff., 233.
Nelidoff (Botschafter) 6.
Nicopoulo 270.
Nicotera, Giovanni 66, 177, 438.
Nigra, Graf Costantino (Botschafter) 188, 235, 294, 309, 310, 330, 335, 343, 346, 389, 407, 420, 421, 422, 473, 474.
Norfolk, Herzog von 268.

Onou 190.
Orczy 77, 80.

Paget, August 95, 129.
Palamenghi-Crispi, Tommaso 221.
Pasi (General) 220.
Pelloux, Luigi 416.
Phothia dès-Pascha 282, 312, 314.
Pianell (General) 69, 420.
Pius IX. 60, 61, 92, 424 ff.
Pisani-Dossi, Alberto 221, 428.
Portal, Gérald 290.
Pulscky 84.
Pyat, Felix 354, 355, 356.

Racchia, Alberto (Admiral) 417.
Radowitz 100, 285, 312, 330.
Raindre (Geschäftsträger) 336, 337.
Rampolla, Mariano (Kardinal) 426, 427.
Rantzau 433.
Rascon, Graf (Botschafter) 267, 272, 276, 282, 286, 288, 300, 309, 312, 317.
Rati-Opizzoni 37, 38.
Rattazzi, Urbano (jun.) 180, 220, 416, 419.
Ressman, Costantino (Geschäftsträger) 18, 256, 298, 356, 366, 367 ff., 377, 378, 437, 439, 457, 481, 482.
Reuß, Prinz 196, 277.
Ribot (Minister) 385, 386, 456, 462, 463, 476, 478 ff., 483.
Ricasoli, Bettino 9.
Robilant, Graf (Botschafter) 5, 76, 79, 80, 81, 103, 162, 166, 167 ff., 180, 217, 251.
Rudolf von Habsburg 397 ff.
Rosebery 98.
Roustan 106, 110.
Rouvier (Minister) 200, 252, 253 ff.
Roux, Luigi 237.
Rudini, Marquis von 177 ff.
Ruiz, Armando 16.
Russel, Odo (Botschafter) 100.

Sadi-Carnot (Präsident der Französischen Republik) 303.
Said-Pascha (Groß-Vezier) 286, 290, 299.
Saletta (General) 312.
Salisbury (Lord) 96, 98, 113, 116, 117, 118, 120, 140, 155, 157, 188, 194, 195, 198, 265, 266, 272, 299, 309, 312, 329, 330, 338, 341, 342, 350, 363, 372, 378, 379, 404, 418, 420, 455, 456, 461, 462, 463, 464, 465, 466 ff., 469 ff., 474.
Saracco, Giuseppe 174, 176.

Savini, Medoro 13.
Say, Léon 263.
Schuwalow (Botschafter) 300.
Schulze-Delitzsch 56.
Schweninger (Doktor) 221.
Simon, Jules 6.
Solms, Graf 265, 266, 267, 268 ff., 279 ff., 289 ff., 296 ff., 307, 309, 312, 314, 317, 331 ff, 387, 388, 462.
Sonnino, Sidney 307.
Soumagne (Vizekonsul) 325, 326.
Spaventa, Silvio 177, 179.
Spuller, E. (Minister) 439, 440 ff.
Stansfeld, James 65.
Stourdza (Minister) 291.
Szapary 83.
Szlavy, Josef 83.

Taaffe (Minister) 165, 361.
Tajani, Diego 177.
Teckenberg 122, 123, 124.
Teisserenc de Bort (Senator) 262.
Tewfick (Khedive) 135, 148.
Thiers 16, 17, 18, 19, 23, 48, 211.
Tirard (Minister) 299, 304, 442, 443.
Tisza, Stefan 82, 83, 165, 360.
Thomas, Prinz von Savoyen 163.
Tornielli, Giuseppe (Botschafter) 98, 286, 309, 331, 455, 456, 457, 463, 467.
Tosti, Luigi (Abt) 231.

Ullmann 361.
Uxküll, Graf von (Botschafter) 280, 296.

Valeri, Giovanni 38, 39.
Vega (de la) de Armijo (Minister) 317, 331.
Verdy du Vernois 429.
Vetséra, Maria 398 ff.
Vidulich 81.
Villa, Tommaso 274.
Visconti-Venosta, Emilio 3, 438.
Viktoria (Prinzessin, Kaiserin von Deutschland) 38, 43, 45, 47, 70.
Viktor Emanuel II. 2, 54, 75, 88, 92, 96, 163.
Vitzthum, Graf 210.

Waddington (Minister und Botschafter) 97, 98, 99, 100, 105, 112, 116, 140, 154, 463.
Wahérmann-Mor, 84.
White, W. (Botschafter) 192.
Wilhelm I. 54, 65, 70, 162, 163, 291, 307, 333, 362.
Wilhelm II. 342, 356, 446 ff.
Wimpffen 4.
Windthorst (Abgeordneter) 446.

Zanardelli, Giuseppe 66, 77, 89, 178, 180.
Zsedénzi 84.

Verlag von F. Fontane & Co., Grunewald-Berlin

Fr. Aug. Dreßler

Moltke in seiner Häuslichkeit

Mit 20 Illustrationen, darunter 3 Skizzen nach Moltkeschen Originalen und 2 Faksimile-Reproduktionen

Geh. M. 3.50; geb. M. 5.—

Theodor Fontane

Kriegsgefangen

Erlebtes 1870

(Hochschulausgabe)

Geh. M 1.—; geb. M. 1 50

Meine Kinderjahre

Autobiographischer Roman

(Neue ill. Ausg.)

Geh. M. 4.—; geb. M. 5.—

Kriegsgefangen — Aus den Tagen der Occupation

Geh. M. 5.—; geb. M. 6.—

Briefe erste Sammlung

(An die Familie)

Zwei Bände

Geh. M. 8.—; geb. M. 10.—

Briefe zweite Sammlung

(An die Freunde usw.)

Zwei Bände

Geh. M. 10.—; geb. M. 12.—

Von Zwanzig bis Dreißig

Autobiographisches

(Neue illustr. Ausgabe)

Geh. M. 6.—; geb. M. 7.50

Vierzig Jahre

Bernhard von Lepel an Th. Fontane

(Briefe von 1843—1885)

Geh. M. 6.—; geb. M. 7.—

Wilhelm Lübke

Lebenserinnerungen

(Wohlfeile Ausgabe)

Geh. M. 1.–; geb. M. 2.—

Fedor v. Rauch

Mit Graf Waldersee in China
Tagebuchaufzeichnungen mit 3 Skizzen und 10 Anlagen
Geh. M. 6.—; geb. M. 7.50

Ludwig Max Goldberger

Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten
Achte Auflage
Geh. M. 5.—; geb. M. 6.50

Ernst von Wolzogen

Der Dichter in Dollarica
Blumen-, Frucht- und Dornenstücke aus dem Märchenlande der unbedingten Gegenwart
Vierte Auflage
Geh. M. 5.—; geb. M. 6.—

Geh. Reg.-Rat Dr. Hintrager

Wie lebt und arbeitet man in den Vereinigten Staaten
Zweite Auflage
Geh. M. 5—; geb. M. 6.50

Wilhelm von Polenz

Das Land der Zukunft
oder
Was können Amerika und Deutschland voneinander lernen?
Sechste Auflage
Geh. M. 6.—; geb. M. 7.50

Ludwig Pietsch

Von Berlin bis Paris
(Volksausgabe)
Kriegsbilder 1870/71
Geh. M. 3.—; geb. M. 4.—.